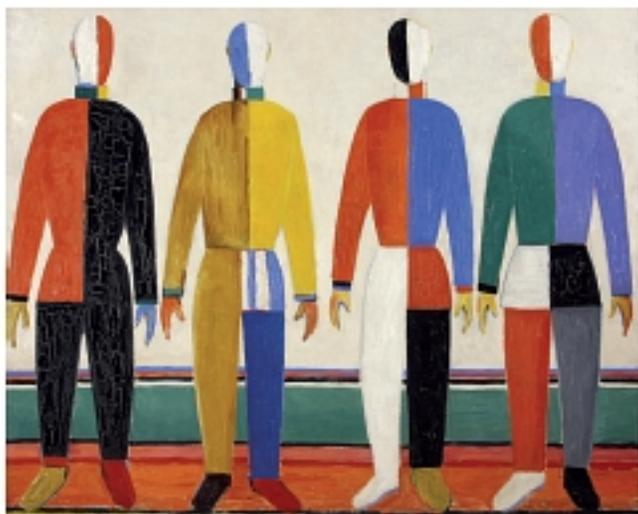


**Nach dem Zerfall  
der Imperien:  
Historische Zäsur und  
biografische Erfahrung  
im östlichen Europa**

**After the Fall of Empires:  
Historical Turning Points  
and Biographical  
Experience in  
Eastern Europe**





# Nordost-Archiv

Zeitschrift für Regionalgeschichte

Herausgegeben vom  
Institut für Kultur und Geschichte  
der Deutschen in Nordosteuropa e.V.  
an der Universität Hamburg  
– Nordost-Institut –

in Verbindung mit  
Andres Kasekamp (Tartu), Nikolaus Katzer (Moskau),  
Claudia Kraft (Siegen), Ilgvars Misāns (Rīga),  
David J. Smith (Glasgow), Darius Staliūnas (Vilnius),  
Robert Traba (Berlin) und Elena Zubkova (Moskau)

Nach dem Zerfall der Imperien:  
Historische Zäsur und biografische  
Erfahrung im östlichen Europa /  
After the Fall of Empires:  
Historical Turning Points and Biographical  
Experience in Eastern Europe

Herausgeberin der Ausgabe:  
Katrin Steffen, Lüneburg

23. Jahrgang 2014  
Lüneburg 2015

**Herausgeber:**

Institut für Kultur und Geschichte  
der Deutschen in Nordosteuropa e.V. (IKGN)  
an der Universität Hamburg  
– Nordost-Institut –  
Conventstr. 1, D-21335 Lüneburg  
Telefon (0 41 31) 40 05 90  
Telefax (0 41 31) 40 05 95 9  
E-Mail: sekretariat@ikgn.de  
<http://www.ikgn.de>

Umschlagabbildung: Kazimir Malevich (1878–1935): De Sportlieden (1928–1930), 142 x 164 cm, Russisches Museum in St. Petersburg,  
<https://commons.wikimedia.org/wiki/File>

**Redaktion:**

Anja Wilhelmi, Kai Willms

Die Beiträge der Zeitschrift „Nordost-Archiv“ werden im Double-Blind-Peer-Review-Verfahren begutachtet. Das „Nordost-Archiv“ ist eine referierte Zeitschrift.

Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

**Bezugsbedingungen:**

Nordost-Archiv erscheint einmal jährlich.

Preis pro Heft € 17,50, Jahresabonnement € 15,00 zuzüglich Versandkosten.

Ein Abonnement gilt zur Fortsetzung bis auf Widerruf, Mindestlaufzeit 2 Jahre. Das jeweilige Abonnement kann bis zum 30. September des laufenden Jahres gekündigt werden. Die Kündigung bedarf der Schriftform (per Brief oder Fax).

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprache, vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben vorbehalten. Unverlangt eingesandte Rezensionsexemplare können nicht zurückgesandt werden.

Articles appearing in this journal are abstracted and indexed in HISTORICAL ABSTRACTS

Satz: Adam Pituła, Thorn, Polen

Herstellung: Stahringer: Satz.GmbH, Grünberg

ISSN 0029-1595

**Nach dem Zerfall der Imperien:  
Historische Zäsur und biografische Erfahrung  
im östlichen Europa /  
After the Fall of Empires:  
Historical Turning Points and Biographical  
Experience in Eastern Europe**

Editorial:	
Katrin Steffen (Lüneburg): Das Nachleben der Imperien: Eine integrierte biografische Perspektive auf Russland, Deutschland, Polen und das Baltikum .....	9
 <b>Abhandlungen</b>	
Martin Müller-Butz (Jena): Nach dem Imperium: Zur Entstehung und zum Ende des Wilnaer <i>sowjetoznawstwo</i> aus erfahrungsgeschichtlicher Perspektive .....	23
Hanna Bazhenova (Lublin): Evacuation without return: World War I and the Historians of the Warsaw Imperial University .....	48
Per Bolin (Södertörn): The Fall of Empire and the Emergence of New Elites: Creating a National Academic Elite at the University of Latvia, 1919–1922 .....	67
Valters Ščerbinskis (Rīga): Attorneys and Notaries between two Worlds. Educated Professionals in Latvia before and after the 1918 Independence .....	86
Jens Boysen (Warschau): Gezeiten nationaler Identität: Joseph Unruh / Józef Unrug als Offizier der deutschen und polnischen Marine (1907–1918 bzw. 1919–1947) ..	103
Mathias Voigtmann (Chemnitz): Die „Baltikumer“ – Deutsche Freikorps im Lettland des Jahres 1919 als besondere Schule der Gewalt .....	122
Tobias Grill (München): Isaak Nachmann Steinberg: „Als ich Volkskommissar war“ oder „Eine soziale Revolution, die die Rechte ihrer Klassegegner verteidigt – das wäre eine große moralische Lehre der Menschlichkeit gewesen!“ .....	141
Karsten Brüggemann (Tallinn): Erinnerungen von Frauen an Krieg und Revolution. Autobiografische Darstellungen von Umbruch in und Aufbruch aus Estland 1914–1920 .....	168

Andrea Griffante (Kaunas): „Irgendetwas in mir ist verhärtet oder abgestorben. Ich bin nicht mehr die, die ich war.“ Gabrielė Petkevičaitė und ihr Kriegstagebuch ...	192
---	-----

### **Forschungsbericht**

Christin Conrad (Lüneburg): „Was Du ererbt von Deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen!“ Familiengeschichtsforschung: Das Familienarchiv Schwarz in Dresden und Lüneburg .....	209
--	-----

### **Rezensionen**

Ulrich Prehn: Max Hildebert Boehm. Radikales Ordnungsdenken vom Ersten Weltkrieg bis in die Bundesrepublik (Matthias Barelkowski) .....	221
Andreas Oskar Kempf: Biographien in Bewegung. Transnationale Migrationsverläufe aus dem ländlichen Raum von Ost- nach Westeuropa (Florian Kühner-Wielach) ...	223
Eike Eckert: Zwischen Ostforschung und Osteuropahistorie. Zur Biographie des Historikers Gotthold Rhode (1916–1990) (Esther Abel) .....	225
Stephan Rindlisbacher: Leben für die Sache. Vera Figner, Vera Zasulič und das radikale Milieu im späten Zarenreich (Anke Hilbrenner) .....	227
Hanspeter Marti (Hrsg.): Kulturaustausch. Baltisches Echo auf Gelehrte in der Schweiz und in Deutschland (Martin Klöker) .....	229
Debora Sommer: Eine baltisch-adlige Missionarin bewegt Europa. Barbara Juliane v. Krüdener, geb. v. Vietinghoff gen. Scheel (1764–1824) (Anja Wilhelmi) .....	232
Per Bolin: Between National and Academic Agendas (Adam Brode) .....	235
Jörg Ganzenmüller: Russische Staatsgewalt und polnischer Adel. Elitenintegration und Staatsausbau im Westen des Zarenreiches (1772–1850) (Manfred von Boetticher)	238
Mari Tarvas (Hrsg.): Bibliothekskataloge der Tallinner Literaten des 18. Jahrhunderts. Quellenedition aufgrund überlieferter Nachlassverzeichnisse (Dorothee M. Goeze) .....	240
Mārtiņš Kaprāns, Olga Procevska u.a. (Hrsg.): Padomju deportāciju pieminēšana Latvijā: Atmiņu politika un publiskā telpa [Das Gedenken an die sowjetischen Deportationen in Lettland: Erinnerungspolitik und öffentlicher Raum] (Ron Hellfritsch)	242
Małgorzata Pakier: The Construction of European Holocaust Memory. German and Polish Cinema after 1989 (Magdalena Waligorska) .....	245
Christoph Dieckmann: Deutsche Besatzungspolitik in Litauen 1941–1944 (Ruth Bettina Birn) .....	248

Björn M. Felder, Paul J. Weindling (Hrsg.): Baltic Eugenics. Bio-Politics, Race and Nation in Interwar Estonia, Latvia and Lithuania 1918–1940 (Tilman Plath) . . . . .	252
Tilman Plath: Zwischen Schonung und Menschenjagden. Arbeitseinsatzpolitik in den baltischen Generalbezirken des Reichskommissariats Ostland 1941–1944 (Ruth Bettina Birn) . . . . .	255
Anna Moskal: Im Spannungsfeld von Region und Nation. Die Polonisierung der Stadt Posen nach 1918 und 1945 (Pascal Trees) . . . . .	258
Ulrich Schmid (Hrsg.): Schwert, Kreuz und Adler. Die Ästhetik des nationalistischen Diskurses in Polen (1926–1939) (Christian Prunitsch) . . . . .	260
Per Anders Rudling: The Rise and Fall of Belarusian Nationalism 1906–1931 (Irina Romanova) . . . . .	263
Ulrike Huhn: Glaube und Eigensinn – Volksfrömmigkeit zwischen orthodoxer Kirche und sowjetischem Staat, 1941 bis 1960 (Sebastian Rimestad) . . . . .	268
Lilita Zalkalns: Back to the Motherland. Repatriation and Latvian Émigrés 1955–1958 (Raimonds Ceruzis) . . . . .	271
Klaus Garber: Das alte Breslau. Kulturgeschichte einer geistigen Metropole (Marcin Miodek) . . . . .	274
Matthias Weber (Hrsg.): Jahrbuch des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 20 (2012) (Raika Simone Maier) . . . . .	280
Karsten Brüggemann, Mati Laur u.a. (Hrsg.): Die baltischen Kapitulationen von 1710 (Norbert Angermann) . . . . .	283
Tobias Grill: Der Westen im Osten. Deutsches Judentum und jüdische Bildungsreform in Osteuropa (1783–1939) (Kerstin von der Krone) . . . . .	286
Die Autoren der Abhandlungen . . . . .	291



## EDITORIAL

### **Das Nachleben der Imperien: Eine integrierte biografische Perspektive auf Russland, Deutschland, Polen und das Baltikum**

von Katrin Steffen

Die in diesem Heft behandelten Biografien fallen in die Zeit der Auflösung der Imperien des Russländischen Reiches, des Osmanischen Reiches, der Habsburgermonarchie und des deutschen Kaiserreichs.<sup>1</sup> Letzteres gilt zwar nicht als ein exemplarisches Imperium, weist mit seiner polnischen Bevölkerung in den preußischen Ostprovinzen aber ebenfalls eine die Imperien kennzeichnende übernationale Komponente auf. Ein weiterer, damit eng verbundener Fokus liegt auf der Bildung von Nationalstaaten nach dem Zerfall der Imperien. Es geht um ein Nach- und Fortleben der Imperien und seine Auswirkungen auf die individuellen und kollektiven Lebenswelten im nördlichen Osteuropa, das in den überwiegend national dominierten Historiografien der betroffenen Länder bislang nur wenig Aufmerksamkeit erfahren hat. Jene stellen eine fast gradlinige Entwicklung von den Imperien zu den das 20. Jahrhundert dominierenden neuen Ordnungen, den Nationalstaaten, in den Vordergrund. Diese Perspektive aber verstellt den Blick darauf, dass für den Übergang von den Imperien zu den Nationen nicht von einer fast teleologischen Gradlinigkeit auszugehen ist. Der biografische Ansatz soll daher dazu genutzt werden, multiperspektivische Zugänge zu entwickeln und sowohl Wandel und Diskontinuitäten als auch Kontinuitäten aufzuzeigen, die sich bei einer alleinigen Betrachtung der Imperien ohne ihr Nachleben genau so wenig erschließen wie bei einer isolierten Betrachtung der neuen politischen Entitäten ohne ihr imperiales Vorleben.

Die hier betrachtete Zeit hatte viele Facetten: Sie war von Verlust, von Umbruch und von extremer Gewalt mit hohen menschlichen Verlusten gekennzeichnet. Bewaffnete Konflikte dauerten im östlichen Europa nach 1918 noch mehrere Jahre an. Die zivile Normalität war durch den Ersten Weltkrieg und die ihm folgenden Auseinandersetzungen um die Grenzen im östlichen Europa zerstört worden. Die Russische Revolution, die auf den gesamten Kontinent und darüber hinaus ausstrahlte und die das neue sowjetische Imperium hervorbrachte, transportierte in ihrem Einflussbereich Gewalt in den Alltag der Menschen. Neue Grenzziehungen führten dazu, dass wissenschaftliche und wirtschaftliche Verbindungen, die über Jahre hinweg in und über die Grenzen der Imperien hinaus gewachsen waren, plötzlich gekappt wurden, mit zum Teil tragischen Folgen für ihre Trägerinnen und Träger. Mit den neuen Grenzen einhergehende Migrationsprozesse führten zu Flucht, Vertreibung und Migration von Millionen von Menschen. Diese Prozesse wurden nicht selten

<sup>1</sup> Die Mehrzahl der Beiträge dieses Heftes geht auf die Tagung „Historische Zäsur und biografische Erfahrung: Das östliche Europa nach dem Zerfall der Imperien (1917–1921)“ zurück, die im September 2013 am Nordost-Institut in Lüneburg stattfand.

von der Ausbreitung von Krankheiten und Epidemien begleitet. Zudem entstand ein „Volk von Staatenlosen“, dessen Existenz für Hannah Arendt die „Atmosphäre des Zerfalls“ der 1920er Jahre symbolisierte.<sup>2</sup> Die geografisch neu konstruierten Räume standen oftmals in einer konfliktreichen Beziehung zu den immer mehr an Bedeutung gewinnenden ethnisch konstruierten Räumen. Zwar waren die Räume ethnischer Zuschreibung oder nationaler Zugehörigkeit nicht unveränderlich – vielmehr ist von der Existenz multipler Geografien auszugehen.<sup>3</sup> Dies verdeutlichen zahlreiche Beiträge in diesem Heft, indem sie die Akteure in das Zentrum ihrer Betrachtungen rücken. Sie verdeutlichen aber ebenso, dass sich viele Ethnien plötzlich in Nationalstaaten anstatt in Vielvölkerreichen wiederfanden. Befördert wurden diese Entwicklungen durch die Versailler Nachkriegsordnung, die nur scheinbar zu einer Klärung territorialer oder ethnischer Verhältnisse beitrug. Denn obwohl vor 1914 über 60 Mio. Europäer von fremden Nationen beherrscht wurden, und sich diese Zahl durch die Versailler Neuordnung von 1919 auf 25 Mio. reduzierte, waren viele Angehörige der neuen nationalen Minderheiten stärker als zuvor damit konfrontiert, mit einer bestimmten Ethnizität identifiziert zu werden.<sup>4</sup>

Der Drang zu Planung, zu Ordnung und zu Regulierung in den neuen, jungen Nationalstaaten zielte zum Teil ebenfalls auf ethnische Homogenisierung. Signifikante Minderheiten galten nun vielfach als „Problem“. Solchermaßen gekennzeichnete, vormals nicht selten privilegierte Ethnien oder Schichten verloren daher ihre Stellungen, obwohl sie vielerorts als eine Art Transmissionselite und Wissensspeicher für eine Übergangsphase gebraucht wurden. Sie mussten sich jetzt neu arrangieren und gingen zum Beispiel in freie Berufe über, wenn sie wie deutschbaltische Juristen in Lettland nach 1918 nicht mehr im Staatsdienst tätig sein durften. Ihre Rollen als Funktionseliten wurden in neuen Ordnungen von Anderen übernommen und die sozialen Räume, in denen sie zuvor als Akteure aufgetreten waren, verschwanden oder mussten neu definiert werden – auf diese Art und Weise wurden Handlungsspielräume erheblich eingeschränkt. Zudem waren die neuen Minderheiten damit konfrontiert, dass nunmehr ihre Loyalität zu einem gegebenen Staatswesen in Frage gestellt werden konnte und wurde.<sup>5</sup> Zum Teil wurden sie wegen irredentistischer Bestrebungen auch der offenen Feindschaft verdächtigt. Auf der anderen Seite waren Angehörige der Minderheiten ebenso in der Lage, ihre Loyalitäten aus den Imperien auf die neuen Nationalstaaten zu übertragen.

Die Zeit symbolisierte aber nicht nur Gewalt und Verlust von Handlungsspielräumen, sondern ebenso einen Neuanfang: Von Finnland über das Baltikum und Polen bis Jugoslawien und zum Kaukasus entstanden zahlreiche Nationalstaaten mit unterschiedlicher Le-

2 Hannah Arendt: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München 1986 (Dt. Erstausgabe 1955), S. 426 ff.

3 Siehe zum Konzept multipler Geografien und globaler „Ethnoscapes“ Arjun Appadurai: „Globale ethnische Räume“, in: Ulrich Beck (Hrsg.): *Perspektiven der Weltgesellschaft*, Frankfurt a.M. 1998, S. 11-40, hier S. 13; auch Michael G. Müller, Cornelius Torp: *Conceptualising Transnational Spaces in History*, in: *European Review of History* 16 (2009), Nr. 5, S. 609-617, S. 613 f.

4 Vgl. Michael Schwartz: *Ethnische Säuberungen in der Moderne*, München 2013, S. 320.

5 Zum Begriff: Martin Schulze Wessel: „Loyalität“ als geschichtlicher Grundbegriff und Forschungskonzept: Zur Einleitung, in: Ders. (Hrsg.): *Loyalitäten in der Tschechoslowakischen Republik 1918–1938. Politische, nationale und kulturelle Zugehörigkeiten*, München 20014, S. 1-22.

bensdauer neu oder nach langer Zeit wieder.<sup>6</sup> Zu den damit einhergehenden Prozessen von Staatsbildung und Territorialisierung, also der Herstellung staatlicher Ordnung, gehörten Mobilität und Urbanisierung, Aufbrüche, Chancen und Karriereschübe.<sup>7</sup> Neben den Versuchen, alte Traditionen und Netzwerke zu erhalten, standen solche, sie in neuer Form wiederzubeleben oder ganz neue Strukturen zu schaffen. Daher muss neben einer Einschränkung von Handlungsspielräumen für Individuen und Gruppen seit 1914 ebenso ihre Erweiterung in den Blick genommen werden. Dabei war die Zeit um 1918 für viele Akteure weit davon entfernt, eindeutig zu sein. Die Zukunft war nur schlecht vorstellbar, sie war unsicher und hielt selten gradlinige Entwicklungen bereit.

Aus dieser Perspektive muss das in der Historiografie anzutreffende und eingangs bereits erwähnte Narrativ von einem fast „teleologischen Übergang vom Imperium zur Nation“<sup>8</sup> einer kritischen Überprüfung unterzogen werden. Die damit oft einhergehende Postulierung der Zeit um den Ersten Weltkriegs als einer klaren und eindeutigen Zäsur sollte dabei ebenso hinterfragt werden. In solchen triumphalistischen Narrativen, in denen mit 1918 plötzlich eine neue, bessere Welt aufscheint, glänzen die Nationalstaaten fast immer als überlegenes Ordnungsprinzip, das die so genannte Rückständigkeit der Imperien zugunsten des unaufhaltbaren Fortschritts im homogenen Nationalstaat mit seinem Gleichheitsversprechen auflösen sollte. Solche Narrative wurden in jüngster Zeit vermehrt in Frage gestellt.<sup>9</sup> Auch dieses Heft soll zu einer differenzierteren Betrachtung über das Nachleben der Imperien beitragen, in denen die Imperien weder als Völkergefängnis verdammt noch als multiethnisches und multikonfessionelles Paradies verklärt werden.

- 6 Vgl. Reinhard Koselleck: *Hinter der tödlichen Linie. Das Zeitalter des Totalen*, in: Ders.: *Vom Sinn und Unsinn der Geschichte. Aufsätze und Vorträge aus vier Jahrzehnten*, hrsg. und mit einem Nachwort von Carsten Dutt, Berlin 2010, S. 228-240, S. 236.
- 7 Vgl. Charles S. Maier: *Consigning the Twentieth Century to History. Alternative Narratives for the Modern Era*, in: *American Historical Review* (2000), H. 105, S. 807-831; Charles Maier: *Transformations of Territoriality 1600–2000*, in: Gunilla Budde, Sebastian Conrad u.a. (Hrsg.): *Transnationale Geschichte: Themen, Tendenzen und Theorien*, Göttingen <sup>2</sup>2006, S. 32-55.
- 8 Vgl. Steffi Marung, Katja Naumann: *Einleitung*, in: Dies. (Hrsg.): *Vergessene Vielfalt. Territorialität und Internationalisierung in Ostmitteleuropa seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, Göttingen 2015, S. 11-44, S. 26.
- 9 Vgl. Marung, Naumann, *Einleitung* (wie Anm. 8); sowie Jörn Leonhard: *Multi-Ethnic Empires and Nation-Building: Comparative Perspectives on the Late Nineteenth Century and the First World War*, in: Stefan Berger, Alexei Miller (Hrsg.): *Nationalizing Empires*, Budapest u.a. 2015, S. 629-646, S. 630; auch Ulrike von Hirschhausen, Jörn Leonhard: *Beyond Rise, Decline and Fall. Comparing Multi-Ethnic Empires in the Long Nineteenth Century*, in: Dies. (Hrsg.): *Comparing Empires. Encounters and Transfers in the Long Nineteenth Century*, Göttingen 2011, S. 9-34, S. 9 f.; und Tim Buchen, Malte Rolf (Hrsg.): *Eliten im Vielvölkerreich. Imperiale Biographien in Russland und Österreich-Ungarn (1850–1918)*, München 2015; auch Malte Rolf: „*Imperiale Biographien. Lebenswege imperialer Akteure in Groß- und Kolonialreichen (1850–1918) – zur Einleitung*“, in: Ders. (Hrsg.): *Imperiale Biographien, Themenheft Geschichte und Gesellschaft* 40 (2014), H. 1, S. 5-21.

## Zäsur und Biografie

Aufgrund der tiefgreifenden Umbrüche, die die Jahre um 1918 mit sich brachten, sind sie in vielfacher Hinsicht als einschneidende Zäsur beschrieben worden. Der Begriff Zäsur, der inzwischen ubiquitär verwendet wird, wird immer dann herangezogen, wenn es gilt, eine Differenz zwischen einem Vorher und einem Nachher zu markieren. Wie scharf oder wie eindeutig aber diese Unterscheidung zwischen den Zeiten ist, ist ausgesprochen subjektiv. Die Bewertung hängt meist von einer retrospektiven Betrachtung ab, wodurch der Begriff sehr verschiedene und wandlungsfähige Phänomene beschreiben kann. Zum Teil werden bestimmte Zeiten schnell als Zäsur ausgerufen, geraten dann aber ebenso schnell wieder in Vergessenheit.<sup>10</sup> Dies gilt nicht für den Ersten Weltkrieg: Er hat seinen Charakter als starken Einschnitt in der Zeitgeschichte über Jahrzehnte hinweg nicht verloren, weil er mit seiner bislang unbekannt hohe Zahl an Opfern, neuen Strategien der Mobilisierung und seinem Charakter als langer industrieller Krieg als erster totaler Krieg in der Geschichte galt. Darüber hinaus ist er den erlebenden, sondern auch folgenden Generationen nachhaltig im Gedächtnis geblieben. Da eine Zäsur in der historiografischen Perspektive zu einem Ereignis vor allem auch dann wird, wenn sie in der Erinnerung über viele Jahre hinweg schmerzt und präsent bleibt, hat dieser Umstand zu seiner Wahrnehmung als Zäsur beigetragen.<sup>11</sup>

Wahrnehmung variiert abhängig von der Perspektive des Betrachters. Je nach Betrachtungsweise lassen sich verschiedene Jahre als die „eigentlich“ einschneidenden Jahre kennzeichnen.<sup>12</sup> Für die einen bildet 1914 mit dem Kriegsbeginn das entscheidende Datum, für andere 1916 mit der Schlacht von Verdun oder 1917 mit dem Kriegseintritt der USA, der dem Krieg eine globale Dimension verlieh. Ebenso ließe sich das Jahr 1918 mit dem Kriegsende als das entscheidende interpretieren, verbunden die einen damit doch große Hoffnungen auf einen Neuanfang, andere wiederum vor allem eine schmerzhaft Niederlage. Jüngere globalgeschichtliche, wirtschafts- und migrationshistorische Interpretationen haben die Wahrnehmung der Ersten Weltkriegs als Zäsur darüber hinaus weniger eindeutig erscheinen lassen, weil um die Mitte des 19. Jahrhunderts Prozesse etwa in der Globalisierung der Gesellschaften einsetzten, die von der Zeit von 1914 bis 1918 nicht in ihrer Dynamik eingeschränkt wurden.<sup>13</sup> Auch mit Blick auf den Ersten Weltkrieg sollte daher gefragt werden, ob die mit der Kriegszeit verbundene Zäsur eine eher nachträglich gesetzte Deutungszäsur ist oder von den zeitgenössischen Akteuren ebenso als solche erfahren wurde.<sup>14</sup>

10 Vgl. Martin Sabrow: Zäsuren in der Zeitgeschichte, in: Frank Bösch, Jürgen Danyel (Hrsg.): Zeitgeschichte – Konzepte und Methoden, Göttingen 2012, S. 109-130, S. 117.

11 Vgl. dazu Aleida Assmann: Erinnerungsräume, Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses, München 2006, S. 221 ff.

12 Vgl. Matthias Schöning: „Zäsur“. Probleme einer historiographischen Angewohnheit, in: Christian Meierhofer, Jens Wörner (Hrsg.): Materialschlachten. Der Erste Weltkrieg und seine Darstellungsressourcen in Literatur, Publizistik und populären Medien 1899–1929, Göttingen 2015, S. 67-81, S. 76.

13 Vgl. Marung, Naumann, Einleitung (wie Anm. 8), S. 26.

14 Vgl. Sabrow, Zäsuren (wie Anm. 10), S. 122.

In diesem Heft soll die Wahrnehmung als Zäsur ebenfalls einer kritischen Überprüfung unterzogen, indem sie durch das Prisma biografischer Erfahrungen betrachtet wird. Die Biografieforschung ist dazu besonders geeignet, weil Biografien Gegenstand interdisziplinärer Forschung sind und auch vor Epochengrenzen nicht halt machen. Biografische Ansätze erlauben es daher, eng gesetzte politische, soziale oder kulturgeschichtliche Zäsuren zu überwinden, wodurch sie die Komplexität von historischen Umbruchsituationen wie Revolutionen oder Systemwechsel besonders gut zu beleuchten vermögen und die Dynamik von Wandel oder Kontinuität beschreiben können. Daher können hier sowohl die Chancen als auch die Zwänge in den Blick genommen werden, die der Übergang von der imperialen zur nationalen Ordnung für die Menschen bereithielt. Zudem kann die Verflechtung und das Ineinandergreifen beider Ordnungen verdeutlicht werden. Die Autorinnen und Autoren fragen also von einer Mikroebene aus, wie die Zeit um den Ersten Weltkrieg mit biografischen Erfahrungen korreliert, ob sie als deckungsgleich erfahren wurden oder nicht. Sie fragen damit sowohl nach „biografischer Kontinuität in historischer Diskontinuität“<sup>15</sup> als auch nach einer historischen Kontinuität imperialer Einflüsse und daraus erfolgender biografischer Diskontinuität.

Der für die Erforschung historischer Phänomene und Ereignisse erhellende und zunehmend anerkannte Charakter der Biografieforschung verdankt sich nicht zuletzt intensiv geführter Debatten in den Sozial-, Geschichts- und Kulturwissenschaften vor allem in den vergangenen drei bis vier Jahrzehnten. Nach diesen Debatten konnte sich die historische Biografieforschung davon lösen, als ein methodisch verstaubter Ansatz oder ein Genre „in der Krise“ zu gelten, wie vor allem Vertreter der Sozial- und Strukturgeschichte in den 1970er Jahren postulierten. Sie wollten die Blickrichtung der historischen Forschung vor allem auf überindividuelle „Motive und Einflüsse, nicht jedoch auf die sog. individuellen Motive“ lenken.<sup>16</sup> Die Kritik an dem Genre, wie sie in der Folge auch von postkolonialer, feministischer und postmoderner Seite vorgetragen wurde, hat dazu beigetragen, biografische Erzählungen selbstreflexiver und kritischer werden zu lassen. Mit der Einsicht, stets subjektiv zu sein, sind sie auch wissenschaftlicher geworden.<sup>17</sup> Heute liegt eine große Vielfalt von Ansätzen in der Biografieforschung vor.<sup>18</sup> Das handelnde Individuum wird dabei weder auf einen Träger von Strukturmerkmalen reduziert noch als ein „homo clausus“, als „eine kleine Welt für sich“ (Norbert Elias) und von der Gesellschaft abgekapselt betrachtet. Vielmehr geht es darum, Individuen in der Gesellschaft zu verorten, sie in ihren Lebenswelten und in ihren sozialen, ethnischen, wirtschaftlichen, kulturellen, wissenschaftlichen, religiösen und politischen Kontexten zu untersuchen.<sup>19</sup> Weil Biografien sich disziplinären Grenzen

15 So die Formulierung von Sabrow, Zäsuren (wie Anm. 10), S. 120.

16 Hans-Ulrich Wehler: Zum Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Psychoanalyse, in: Ders. (Hrsg.): *Geschichte und Psychoanalyse*, Frankfurt a.M u.a. 1971, S. 9-30, S. 22.

17 Siehe zusammenfassend Levke Harders: *Legitimizing Biography: Critical Approaches to Biographical Research*, in: *Bulletin of the German Historical Institute* 55 (Fall 2014), S. 49-56, S. 50.

18 Dazu grundlegend Christian Klein (Hrsg.): *Handbuch Biografie. Methoden, Traditionen, Theorien*, Stuttgart 2009.

19 Siehe etwa Simone Lässig: *Biography in Modern History – Modern History in Biography*, in: Volker Berghahn, dies. (Hrsg.): *Biography between Structure and Agency, Central European Lives in International Historiography*, New York, NY 2008, S. 1-26, S. 10 f.; Margit Szöllösi-Janze: *Fritz Haber 1868–1934. Eine Biografie*, München 1998, S. 12.

entziehen, zeigt der Fokus auf das individuelle Leben auch deutlich, dass es fast unmöglich ist, das Private vom Öffentlichen zu trennen, das Ökonomische oder Wissenschaftliche vom Kulturellen und das Politische vom Personellen.<sup>20</sup>

Entsprechend der Vielfalt von biografischen Ansätzen kommen in diesem Heft unterschiedliche biografische Formen zum Ausdruck: Das Tagebuch der Litauerin Gabrielė Petkevičaitė, das sie zwischen 1914 und 1919 verfasste und für dessen Veröffentlichung sie sich nach Ende der kriegerischen Auseinandersetzung selbst einsetzte, dient Andrea Griffante zum einen für die Analyse der Krise, die die Autorin angesichts der vom Krieg gezeichneten Welt durchlebte. Zum anderen lassen sich die Geschehnisse zwischen dem Niedergang des zarischen *Ancien Régime* und der Entstehung des litauischen Nationalstaats reflektieren. Ebenso wie in diesem Tagebuch wird an den autobiografischen Darstellungen dreier Frauen aus der Umbruchs- und Aufbruchszeit in Estland in der Zeit von 1914 bis 1920 im Text von Karsten Brüggemann die Sinnstiftung solcher Aufzeichnungen deutlich, die sich erst vor dem Hintergrund des historischen Kontextes ihrer Entstehung erschließt. Autobiografische Darstellungen, die in zahlreichen der hier versammelten Texten als wichtige Quelle figurieren, erscheinen dabei häufig nach Krisen oder epochalen Ereignissen. In unsicheren Zeiten wollen Menschen zu einer erinnernden und somit historischen und gesellschaftlichen Selbstverortung gelangen.<sup>21</sup>

Zuweilen motiviert die Erfahrung eines Umbruchs den autobiografischen Akt erst. Solche Texte, die als soziale Kommunikation sowohl mit der Leserschaft als auch mit der eigenen Vergangenheit verstanden werden sollten, machen dann Konfigurationen und Rekonfigurationen von kollektiv geteilten Sinnsystemen rekonstruierbar.<sup>22</sup> Das eigene Erleben soll nicht nur sinnvoll dargestellt werden, sondern auch in einer Beziehung zu seinen Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Ereignisse legitimiert werden – dies wird etwa in der individualbiografischen Betrachtung von Tobias Grill über den russischen Juristen, Politiker und Publizisten Isaak Nachmann Steinberg deutlich, der seine eigene Beteiligung an der Oktoberrevolution retrospektiv zu legitimieren suchte, indem er den Bolschewiki vorwarf, einen an sich richtigen Akt verraten und pervertiert zu haben. Ebenso wie Steinberg, der sein Leben nach seiner Ausweisung aus der Sowjetunion im Jahr 1923 in zahlreichen weiteren Ländern verbrachte, wird im Beitrag von Jens Boysen der Offizier Joseph Unruh / Józef Unrug individualbiografisch dargestellt. Eine Gemeinsamkeit, die dieser nicht nur mit Steinberg teilte, war, dass auch sein Leben in mehreren imperialen und nationalen Ordnungen verlief, war er doch sowohl in Preußen als auch im neu gegründeten Polen nach 1918 im Militär aktiv.

Der größte Teil der Beiträge hat sich demgegenüber einem kollektivbiografischem Ansatz verschrieben: Am Beispiel von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und Publizisten unterschiedlicher Fachrichtungen in Lettland, Polen und Russland, Angehörigen

20 Deslay Deacon, Penny Russell u.a.: *Transnational lives*, Introduction, in: Dies.: (Hrsg.): *Transnational Lives: Biographies of Global Modernity, 1700–present*, New York, NY 2010, S. 5.

21 Vgl. Heinz Peter Preußner, Helmut Schmitz: *Autobiografik zwischen Literaturwissenschaft und Geschichtsschreibung. Eine Einleitung*, in: Heinz-Peter Preußner, Helmut Schmitz (Hrsg.): *Autobiografie und historische Krisenerfahrung*, Heidelberg 2010, S. 7-20, S. 15.

22 Vgl. Volker Depkat: *Zum Stand und zu den Perspektiven der Autobiographieforschung in der Geschichtswissenschaft*, in: *BIOS* 23 (2010), H. 2, S. 170-187, S. 179.

von deutschen Freikorps-Verbänden im Baltikum sowie Juristen und Notaren in Lettland wird der gesellschaftliche Wandel in der Zeit von 1914 bis weit in die Zwischenkriegszeit untersucht, der sich sowohl in kollektiven als auch in individuellen Leben konkretisiert hat. In mehreren Skizzen werden die Erfahrungs- und Handlungsräume, und die Chancen und Zwänge der betroffenen Gruppen in Umbruchsituationen aufgezeigt. Einerseits wird sehr deutlich, welche Wirkung der zum Teil abrupte und umfassende Verlust nicht nur von gewohnten Privilegien oder Einfluss, sondern auch von konkreten materiellen Gütern, und die neu entstehenden Strukturen auf die betroffenen Individuen ausübten, mit zum Teil tragischen Folgen für die Individuen. Andererseits zeigt sich, wie Individuen und Gruppen neue Ordnungen (oder auch das Fehlen solcher in einer Situation von Umbruch) für sich nutzen konnten und wie sie selbst aktiv an ihrer Gestaltung beteiligt waren. Da die Beiträge kontrastive Betrachtungen zu anderen Kollektiven einschließen, können Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Lebensgeschichten deutlicher hervortreten als es in Individualbiografien möglich ist.<sup>23</sup>

In einigen Aufsätzen wird die eng mit dem Komplex Biografie und Zäsur verknüpfte Frage aufgeworfen, inwieweit die Erfahrungen rund um den Ersten Weltkrieg als generationell prägende Erfahrungen zu begreifen sind. In der deutschen Geschichtswissenschaft wurde der Erste Weltkrieg – wie selten ein anderes Ereignis – als Erlebnis einer Generation wahrgenommen.<sup>24</sup> Auch in der deutschsprachigen Biografik spielt die Vorstellung von generationenbedingten biografischen Gemeinsamkeiten eine explizitere Rolle als etwa im englischsprachigen Raum. Dies geht auf die von Karl Mannheim begründete Tradition der sozialwissenschaftlichen Forschung zu Generationenfragen zurück.<sup>25</sup>

In diesem Band überprüfen einige der Autoren, inwieweit die Nachkriegsjahre in ihrer komplexen Umbruchsituation im östlichen Europa entscheidend dadurch geprägt waren, dass die beteiligten Akteure die unterschiedlichen Erlebnisse als Generationserfahrungen begriffen. Mit Reinhart Koselleck lässt sich konstatieren, dass es „generationsspezifische Erfahrungsfristen und Erfahrungsquellen [gibt; K. S.], die einmal institutionalisiert oder überschritten, gemeinsame Geschichte stiften.“<sup>26</sup> Solche Erfahrungen müssen zwar nicht, sie können aber eine prägende Wirkung haben und eine Generation von der anderen abheben – es kann sich ein bestimmtes Gedächtnis einer Generation ausbilden, das spätere Generationen bereits in jener spezifischen Ausformung nicht mehr teilen oder sogar verändern. Dies entspricht dem Wesen des Gedächtnisses, ist es doch wandelbar, plural und sozial bedingt. Darauf aufbauend bietet sich die Möglichkeit, Einzelerfahrungen in Kollektivbiografien einer generationellen Gruppe aufgehen zu lassen, um Vernetzungen und Einflüsse, Verflechtungen, Parallelitäten, aber auch Unterschiede zwischen einzelnen Perso-

23 Vgl. zu den Funktionen der Kollektivbiografie auch Levke Harders und Hannes Schweiger: Kollektivbiographische Ansätze, in: Klein, Handbuch Biografie (wie Anm. 18), S. 194-198.

24 Vgl. Ulrike Jureit: Generation, Generationalität, Generationenforschung, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11.2.2010, URL: <http://docupedia.de/zg/Generation?oldid=106418> [letzter Zugriff: 1.12.2015].

25 Vgl. Hannes Schweiger: Die soziale Konstituierung von Lebensgeschichten. Überlegungen zur Kollektivbiographik, in: Bernhard Fetz (Hrsg.): Die Biographie – Zur Grundlegung ihrer Theorie, unter Mitarbeit von Hannes Schweiger, Berlin 2009, S. 317-352, S. 334.

26 Reinhart Koselleck: Zeitschichten, Studien zur Historik, Frankfurt a.M. 2000, S. 36.

nen und Gruppen aufzuzeigen.<sup>27</sup> Somit kann der Generationenbegriff dazu genutzt werden, moderne Erfahrungen gesellschaftlichen Wandels zu deuten und zu strukturieren.<sup>28</sup>

Gleichwohl sollte die Rede von einer Generationszugehörigkeit immer dahingehend überprüft werden, ob sie dazu tendiert, die Verantwortung Einzelner für bestimmte Handlungen gering zu schätzen oder in legitimatorischer Absicht von einer historischen und unabdingbaren Notwendigkeit auszugehen, die es nur selten gegeben hat.<sup>29</sup> Ebenso wenig reicht es für eine Generationenzugehörigkeit aus, einfach im selben Jahr geboren worden zu sein – ein oder mehrere einschneidende Ereignisse in einem bestimmten Zeitabschnitt oder eine konzentrierte räumliche Erfahrung sowie eine gemeinsame Verarbeitung der Ereignisse sollten hinzutreten, um von einer Generationszugehörigkeit und einer entsprechenden Auswirkung auf gesellschaftliches Handeln oder Strukturen sprechen zu können.<sup>30</sup> Eine ausgeprägte generationelle Erfahrung tritt zum Beispiel im Text von Mathias Voigtmann über die Freikorps-Einheiten der so genannten Baltikumer hervor. Das gemeinsame Erleben bzw. die Tatsache, dass bestimmte (Gewalt)-Erfahrungen als Gemeinsamkeiten empfunden wurden, scheint entscheidend für die generationelle Selbst- und Fremdzuschreibung dieser Gruppe gewesen zu sein. Ihr kann somit eine potentielle Verbundenheit unterstellt werden.<sup>31</sup> Aber auch das zum Teil rauschhaft erfahrene Bewusstsein, nach 1918 an der Gründung von neuen Nationalstaaten beteiligt gewesen zu sein, konnte im postimperialen Raum eine gemeinsame und identitätsstiftende Generationenerfahrung begründen, wie es Martin Müller-Butz in seinem Beitrag über die Vertreter des Wilnaer *sowjetoznawstwo* reflektiert.

### **Die Wirkmächtigkeit der Imperien: transnationale Leben und der Nationalstaat**

In diesem postimperialen Raum ist zumindest für eine gewisse Zeit von einer Gleichzeitigkeit mehrfacher territorialer Ordnungsvorstellungen auszugehen, die sowohl national als auch imperial geprägt sein konnten. Die neuen staatlichen Ordnungen entstanden nicht aus dem Nichts, sie bauten vielmehr auf den territorialen Ordnungen aus den Imperien auf und setzten sich in Teilen aus ihnen zusammen. Dies wird zunehmend auch in der Historiografie anerkannt, wie Hanna Bazhenova veranschaulicht. Die von ihr behandelte Kaiserliche Warschauer Universität im russischen Teilungsgebiet erfahre eine Neubewertung in der polnischen Historiografie, in der sie nicht mehr nur als imperiales Unterdrückungswerkzeug und Verhinderer von einer Modernisierung einheimischer Wissenschaft gesehen, sondern ihr Beitrag zur Entwicklung von Wissenschaft und Bildung in den polnischen Territorien anerkannt werde. Das Vermächtnis der Imperien bestand aus solchen staatlichen Institutionen, aus Eliten, aus sozialen und ökonomischen Strukturen und einem jeweils spezifischen Verständnis von politischer Kultur.<sup>32</sup> Wie etwa politisches Handeln unter den Bedingungen

27 Vgl. Levke Harders, Veronika Lippardt: Kollektivbiografie in der Wissenschaftsgeschichte als qualitative und problemorientierte Methode, in: *Traverse* 13 (2006), Nr. 2, S. 81-91, hier S. 82.

28 Vgl. Ulrike Jureit: *Generationenforschung*, Göttingen 2006, S. 8.

29 Vgl. Schweiger, *Soziale Konstituierung* (wie Anm. 25), S. 340.

30 Vgl. Ebenda, S. 341.

31 Vgl. dazu auch Ulrike Felt (Hrsg.): *Wissenschaftsforschung. Eine Einführung*, Frankfurt a.M. 1995, S. 13.

32 Vgl. Karen Barkey: *Thinking about Consequences of Empire*, in: Dies., Mark von Hagen (Hrsg.):

der Autonomie in der Habsburgermonarchie im Unterschied zum restriktiveren Regime des Russländischen Reichs hatte eingeübt werden können, spielte im polnischen Nationalstaat seit 1918 eine erhebliche Rolle – tendierten doch zum Beispiel jüdische Politiker, die aus Galizien kamen, viel eher zu Kompromissen mit den jeweiligen Regierungen als diejenigen aus dem russischen Teilungsgebiet, wo im 19. Jahrhundert auch Kampf gegen staatliche Autoritäten eingeübt wurde.

Die Träger solchen Wissens, die Funktionsebenen der Reiche, spielten oft eine tragende Rolle beim Aufbau der neuen Staaten – sie waren diejenigen, die bestimmte Strukturen überhaupt erst ermöglichten. Es war fast unmöglich, nicht auf ihr Fachwissen und ihre Expertise zurückzugreifen.<sup>33</sup> Sie, die ihre Bildung innerhalb imperialer Funktionsebenen erhalten hatten, spielten als nationale Akteure aber nicht nur eine besondere Rolle bei der Ausformung von Institutionen im neuen Staatsgebilde, sondern traten auch für den Erhalt von Beziehungen und Querverbindungen zwischen den Gesellschaften ein.<sup>34</sup> Daher griffen regionale, nationale und globale Verflechtungszusammenhänge dynamisch ineinander.<sup>35</sup> Territorium ist daher vielmehr als ein Prozess zu verstehen als ein statisches Gebilde. In den Imperien eingeübte soziale Praktiken bestanden fort, Strukturen und Institutionen verschwanden nicht einfach von einem Tag auf den anderen – sie produzierten Netzwerke und Räume, die das Verschwinden politischer Grenzen lange überdauern konnten.<sup>36</sup> Die Imperien waren bis 1918 ein bestimmender territorialer Ordnungsrahmen, der auch nach ihrem Zerfall wirkmächtig blieb.

In diesem Rahmen waren und blieben Akteure aus Ost- und Ostmitteleuropa über Grenzen hinweg vernetzt. Aufgrund der neuen Grenzziehungen im östlichen Europa ist hier häufig von Menschen die Rede, die nicht nur in einer Region, einem Imperium oder einer Nation gelebt, sondern Grenzen überschritten haben. Identitäten, die nicht als essentialistisch gegeben zu verstehen sind, und Loyalitäten konnten so an unterschiedlichen Orten produziert werden. Transnationale Ansätze in der Geschichtsschreibung haben den Blick auf solche Fälle gelenkt. Auch in diesem Heft geht es um das, was als „transnationales Leben“ oder „transnationale Biografie“ bezeichnet worden ist.<sup>37</sup> Mit dem Begriff der „Transnationalität“ soll vor allem eine Perspektive eingenommen werden, die eine Alternative zu der auf die Nation konzentrierten dominierenden Historiografie darstellen will.

After Empire. Multiethnic Societies and Nation-building: The Soviet Union and the Russian, Ottoman, and Habsburg Empires, Boulder 1997, S. 99-114, S. 101.

- 33 Vgl. zum Beispiel Ingo Loose: How to Run a State: The Question of Know-How in Public Administration in the First Years after Poland's Rebirth in 1918, in: Martin Kohlrausch, Katrin Steffen u.a. (Hrsg.): Expert Cultures in Central Eastern Europe. The Internationalization of Knowledge and the Transformation of Nation States since World War I, Osnabrück 2010, S. 145-159.
- 34 Vgl. Anna Veronika Wendland: Am Rande der Imperien: Mychajl Drahomanov und die Anfänge einer europäischen Verflechtungsgeschichte der Ukraine, in: Guido Hausmann, Angela Rustemeyer (Hrsg.): Imperienvergleich. Beispiele und Ansätze aus osteuropäischer Perspektive. Festschrift für Andreas Kappeler, Wiesbaden 2009, S. 221-246, S. 223 f.
- 35 Vgl. auch Ulrike Jureit: Das Ordnen von Räumen, Hamburg 2012, S. 21.
- 36 Vgl. dazu auch Béatrice von Hirschhausen u.a. (Hrsg.): Phantomgrenzen. Räume und Akteure in der Zeit neu denken, Göttingen 2015.
- 37 Deacon, Russell u.a., Transnational Lives (wie Anm. 20); vgl. auch Bernd Hausberger: Globalgeschichte(n) als Lebensgeschichten, in: Ders. (Hrsg.): Globale Lebensläufe. Menschen und Akteure im weltgeschichtlichen Geschehen, Wien 2006, S. 9-27.

Die Rolle der Nation als wirkmächtige Kraft in der Geschichte soll dabei nicht geleugnet werden, sie soll nur nicht als alleiniger Ausgangspunkt gelten.<sup>38</sup> Transnationale Biografien sind dabei nichts Neues, denn Menschen, deren Leben räumlich entgrenzt verliefen, hat es auch in früheren Zeiten gegeben. Dadurch aber, dass sich die Nationalisierungsprozesse nach dem Ersten Weltkrieg verstärkten und sich das Nationalstaatsprinzip, die „Eroberung des Staates durch die Nation“,<sup>39</sup> in der Zeit von 1918 bis 1939 mehr denn je durchgesetzt hatte, entstand die Gefahr für diejenigen, die sich dem nationalen Paradigma zu entziehen suchten oder national nicht eindeutig zuzuordnen waren, ausgegrenzt oder Bürger zweiter Klasse zu werden.<sup>40</sup>

Die neu gebildeten Nationalstaaten, die vielfach eher als nationalisierende Staaten zu verstehen sind,<sup>41</sup> standen im östlichen Europa nach 1918 vor großen Herausforderungen: In einer Situation, die noch immer von gewaltsamen Auseinandersetzungen, zahllosen Konflikten und Kompromissen, von Migration, Epidemien, aber ebenso von einer großen Offenheit gekennzeichnet war, versuchten Akteure, die neue Ordnung zu etablieren und auch auf internationalen Bühnen wie dem Völkerbund ökonomische und politische Vorteile für die ethnisch definierten Nationalstaaten auszuhandeln. In den Staaten mussten neue Funktionsebenen ausgebildet werden, da sie technologisches und wirtschaftliches Expertenwissen benötigten. Dies musste zum Teil aus anderen Teilen der Imperien oder anderen diasporischen Orten „importiert“ werden. Man versuchte, eine gut ausgebildete ethnisch „passende“ Elite, zurückzugewinnen, wollte man doch andere Länder nicht länger von diesen „Migranten“ profitieren lassen – eine solche Strategie hatte etwa im russischen Teilungsgebiet unter dem Stichwort der „Emigration der Talente“ bereits im 19. Jahrhundert zu erhitzten Diskussionen geführt.

Die nationalstaatliche Entwicklung sollte möglichst erfolgreich sein – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der vormaligen Imperien, an denen die neuen Staaten gemessen wurden und an denen sie sich vor allem selbst maßen: Es galt, die Überlegenheit des Nationalstaates als Form politischer Verfasstheit über die vorherigen Vielvölkerreiche zu beweisen.<sup>42</sup> Nicht nur die Bolschewiki versuchten, zu diesem Zweck einen „neuen Menschen“ zu kreieren – dieses Ziel setzte sich etwa auch der erste Gesundheitsminister Polens, Tomasz Janiszewski, der an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika schrieb, sein Ministerium solle für die Entstehung einer „neuen Sorte Mensch“ sorgen.<sup>43</sup> Wie bemüht Staaten waren, solch hoch gesteckten Ziele mit den entsprechenden Vertretern der „passenden“ Nationalität

38 Klaus Kiran Patel: Transnationale Geschichte, in: Europäische Geschichte Online (EGO), 03.12.2010, URL: <http://www.ieg-ego.eu/patelk-2010-de> [letzter Zugriff: 23.1.2014].

39 Arendt, Elemente und Ursprünge (wie Anm. 2), S. 434.

40 Vgl. dazu Tara Zahra: Imagined Noncommunities. National Indifference as a Category of Analysis, in: *Slavic Review* 69 (2010), S. 93-119.

41 Vgl. Rogers Brubaker: Nationalizing states in the „Old New“ Europe – and the new, in: *Ethnic and Racial Studies* 19 (1996), Nr. 2, S. 411-437.

42 Vgl. Katrin Steffen, Martin Kohlrausch: The Limits and Merits of Internationalism. Experts, the State and the International Community in Poland in the First Half of the Twentieth Century, in: *European Review of History* 16 (2009), Nr. 5, S. 715-737.

43 Tomasz Janiszewski: The Versailles Treaty and the Question of Public Health, in: *International Journal of Public Health* 2 (1921), S. 140-151; dazu Katrin Steffen: Experts and the Modernization of the Nation – the Arena of Public Health in Poland in the First Half of the 20<sup>th</sup> Century, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 61 (2013), H. 4, S. 574-590.

verwirklichen zu können, zeigt der Beitrag von Per Bolin: Alle lettischen Wissenschaftler, die sich noch im Jahr 1919 an russischen Universitäten befanden, erhielten Telegramme, sie seien zu Professoren der neu gegründeten nationalen Universität Riga gewählt worden. Damit einher ging die Aufforderung, nach Riga zu kommen. Sie sollten die zukünftige akademische Elite im lettischen Nationalstaat bilden und die etablierte deutschbaltische Professorenschaft ablösen. In vielen Disziplinen konnten Vertreter der jungen Generation mit der „richtigen“ Nationalität daher relativ schnell hohe Positionen erlangen, zuweilen unabhängig von ihrer Qualifikation. Dass dies kein Automatismus war, zeigt Bolin anhand der medizinischen Fakultät der Universität in Riga. Dort war man nicht unmittelbar gewillt, nationalistischen Argumenten gegenüber der professionellen Qualität der Lehrenden den Vorzug zu geben. Aber prinzipiell eröffneten die mit der Nationalstaatsbildung einhergehenden Neugründungen von Universitäten auch anderswo jüngeren Wissenschaftlern die Chance auf eine schnelle Universitätskarriere: In Warszawa, Vilnius und Poznań dominierten die 30-jährigen in den neuen Universitäten.<sup>44</sup>

Mit der Rückkehr von Emigranten oder vormaligen Staatsbürgern der Imperien ging ein bedeutender Wissenstransfer aus den alten Ordnungen in die neuen Nationalstaaten einher. So trug der polnische Staat ein beträchtliches personelles und diskursives „kognitives Erbe“ aus den Imperien in sich, wie etwa Jens Boysen am Beispiel der polnischen Marine zeigt. Eine solche Migration von Wissen, von Erlebtem oder Gelernten fand dabei in der gegebenen Zeit nicht nur in die Richtung West-Ost statt: Die Freikorps-Verbände etwa, die im Baltikum aktiv geworden waren, transferierten das dort Erlebte und Verinnerlichte zurück nach Deutschland, wodurch sie zu zunehmender Gewalt in der Weimarer Republik beitrugen. Zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die nach 1918 in die neuen Nationalstaaten im östlichen Europa zurückkehrten, blieben international vernetzt und beförderten eine transnationale Verflechtung von Wissen. Das Fortleben von Wissen, Ideen und Konzepten aus den Imperien führte auch dazu, dass längst nicht alle Menschen davon begeistert waren, in den neu formierten Nationalstaaten zu leben. In Polen etwa rief der neue Staat durchaus gemischte Gefühle hervor: Die einen versetzte er in eine Art euphorischen Rauschzustand mit der Vision einer idealisierten Zukunft in einem Land voller sozialer Gerechtigkeit, das durch die so genannten gläsernen Häuser im Werk des Schriftstellers Stefan Żeromski, die Martin Müller-Butz analysiert, so deutlich symbolisiert wird. Diese Euphorie trug viele auch noch durch die Zwischenkriegszeit, als sich alle Illusionen und Ideale im alltäglichen Parteiengezänk allmählich aufgelöst hatten. Andere waren von Beginn an weitaus skeptischer, sei doch die Unabhängigkeit infolge des Ersten Weltkriegs mit hohen Verlusten und großem Elend errungen, dass sich kein Mensch daran erfreuen könne, so postulierte der Sprachwissenschaftler Jan Baudouin De Courtenay. Ähnlich erlebte der aus Galizien stammende Rabbiner Joseph Samuel Bloch den Zerfall der Habsburgermonarchie als eine „gewaltsame Zerstörung“, als „Zertrümmerung“, die vor allem Bruchstücke einer einstigen Ordnung hinterlassen habe. Solche Einschätzungen mögen immer auch der

44 Vgl. Tomasz Schramm: *Tworzenie uniwersytetów. Kadry profesorskie uniwersytetów w Warszawie, Poznaniu i Wilnie u progu Drugiej Rzeczypospolitej* [Universitätsgründungen. Die Professoren der Warschauer, Posener und Wilnaer Universitäten zu Beginn der Zweiten Republik], in: Włodzimirz Medrzecki (Hrsg.): *Spółczesność. Państwo. Modernizacja. Studia ofiarowane Januszowi Żarnowskiemu w siedemdziesiątą rocznicę urodzin*, Warszawa 2002, S. 140.

Logik der autobiografischen Sinnstiftung in einer Zeit der Entfremdung und des Umbruchs folgen – sie zeigen aber eben auch die Wirkungsmächtigkeit der Zeit der Imperien.<sup>45</sup>

Diese Wirkmächtigkeit konnte für die Betroffenen durchaus Gefahren bereithalten. Während sich viele Nationen nur wenig ihrem imperialen Vermächtnis stellten und nationale Errungenschaften davon abkoppelten, hatten diejenigen, die die Imperien oder Verbindungen zu ihnen repräsentierten, es in den neuen Staaten nicht immer leicht. Hanna Bazhenova zum Beispiel erwähnt den Historiker Teodor Wierzbowski, der jahrelang an der Kaiserlichen Universität in Warschau unterrichtet hatte. Später habe er als nach Russland orientierter Dozent gegolten, der die Universität habe verlassen müssen. Die erwähnten transnationalen Biografien oder ihre Verankerung im imperialen Gefüge gefielen in den neuen Nationalstaaten nicht allen, die diese Staaten zu repräsentieren glaubten. Der Metallwissenschaftler Jan Czochralski etwa, der sowohl in Preußen, in der Weimarer Republik und in Polen wissenschaftlich gearbeitet hatte und mit einer deutschen Staatsbürgerschaft und zahlreichen internationalen Vernetzungen 1929 in Polen hochwillkommen mit einem Lehrstuhl an der Warschauer Technischen Hochschule und zahlreichen prestigereichen Ämtern ausgestattet worden war, musste sich wenige Jahre später vor Gericht mit dem Vorwurf auseinandersetzen, zu „deutschfreundlich“ und kein „echter“ Pole zu sein. Auch sein Leben wurde in der Fremdwahrnehmung unzertrennbar mit dem preußisch-deutschen Anteil in seiner Biografie verbunden.<sup>46</sup> Ein imperiales Erbe konnte verschiedene Menschen zur „Reizfigur“ in der Öffentlichkeit machen.<sup>47</sup> Auf diese Weise konnten diese Personen dann für national einigende Zwecke instrumentalisiert werden. Durch einen alltäglich gelebten Transnationalismus, der durch den Zerfall der Imperien und vielfache Migrationsbewegungen nach 1918 nicht nur ein Elitenphänomen war, sahen manche Vertreter der neuen Staaten nationale Identitätskonstruktionen gefährdet. Die Lebensläufe von Menschen wie Czochralski, die das Prinzip von Territorialität herausforderten und in zwei oder mehreren Nationen oder anderen politischen Einheiten lebten und somit politisch definierten Grenzen überwandten, konnten für eine Verunsicherung der Zeitgenossen sorgen – die Kritik an ihnen verhiess hingegen nationale Einigung. In der späteren Überlieferung sind sie dann oftmals aus dem Blick geraten oder unterlagen einer eindimensionalen Betrachtungsweise, da die Beschreibung von Lebensgeschichten nicht selten in den Dienst der Nationen gestellt wurde.<sup>48</sup>

\*

An dieser Stelle wird der Mehrwert von zäsur- und grenzüberschreitenden Perspektiven von Biografien deutlich, wie sie in diesem Heft versammelt sind: Zum einen werden Aspekte von Mobilität, von Netzwerken und von Transferprozessen in den Vordergrund gerückt, oh-

45 Vgl. Tim Buchen, Malte Rolf: Eliten und ihre imperialen Biographien. Zur Einführung, in: Dies., *Imperiale Biographien* (wie Anm. 9), S. 3-31, S. 2.

46 Katrin Steffen: Anerkannt, verfemt, rehabilitiert: Der Metallurge Jan Czochralski in Deutschland und in Polen im 20. und im 21. Jahrhundert, in: *Historie. Jahrbuch des Zentrums für Historische Forschung der Polnischen Akademie der Wissenschaften* 6 (2013), S. 220-236.

47 So Martin Müller Butz: Von Russland nach Polen. Zum Potential imperialer Erfahrung nach dem Zerfall der Imperien am Beispiel der Biographie von Aleksander Lednicki, in: Rolf, *Imperiale Biographien* (wie Anm. 9), S. 199-219, S. 215.

48 Vgl. Deacon, Russell u.a., *Transnational Lives* (wie Anm. 20), S. 2.

ne Kategorien wie Imperien oder Nation zu vernachlässigen. So lässt sich erkennen, dass Fragmente von Identitäten und Lebenswegen zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten produziert werden können. Ebenso können an mehreren Orten in verschiedenen Kontexten unterschiedliche Rollen gespielt und unterschiedliche performative Strategien und Techniken eingesetzt werden. Daher ergibt es wenig Sinn, nach dem einen „ganzen biografischen Subjekt“ zu suchen, das es ohnehin nur als konstruiertes Narrativ geben kann. Zudem lassen sich über die biografischen Betrachtungen nationale Meistererzählungen herausfordern. So hat sich im Falle Estlands ergeben, dass eine Einheit des Volkes im Streben nach einem Nationalstaat in den Jahren 1917 und 1918 in der zeitgenössischen Beobachtung keineswegs gegeben war. In den hier versammelten biografischen Betrachtungen zeigt sich, dass die vermeintlich eindeutige „Zäsur“ des Ersten Weltkriegs letztlich sehr unterschiedliche Auswirkungen in verschiedenen Jahren hatte: Für einige markierte sie einen erheblichen Einschnitt, wie etwa für die Historiker der Warschauer Kaiserlichen Universität im Beitrag, die aus der Stadt im Jahr 1915 evakuiert wurden. Für andere wiederum stellte sie sich als kein so eindeutiger Schnitt zwischen einem Vorher und einem Nachher dar. Mit dem Zerfall der Imperien entstand ein dynamischer Übergangs- und Möglichkeitsraum. Dieser Raum ist sowohl von der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, also der Existenz der Imperien, als auch von ihrem Zerfall und der Zeit danach geprägt, von den Aushandlungsprozessen staatlicher Neuordnungen, und von den Biografien ihrer Bewohnerinnen und Bewohner, die aus den imperialen Ordnungen kamen und zweifellos von ihnen geprägt waren. Für viele Akteure gab es im Übergangsraum nach 1914/18 zahlreiche historische Wirklichkeiten, Chancen und Gefahren. Ihnen anhand ihrer Biografien nachzuspüren, eröffnet die Möglichkeit, die Ambivalenzen und verschiedenen Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen, die diese Zeit für sie bereithielt.



**Nach dem Imperium.  
Zur Entstehung und zum Ende des Wilnaer *sowjetoznawstwo*  
aus erfahrungsgeschichtlicher Perspektive<sup>1</sup>**

von Martin Müller-Butz

„Im Alter erst habe ich erfahren, dass ich eigentlich Historiker bin und ein sehr begrenzter. Ich beschränke mich letzgens auf die Jahre 1917–1920, wo meiner Meinung nach sich die tragischen Knoten verbanden, die letzten Endes unsere Welt und unser Leben völlig erdrückten. Mehr oder weniger bewusst habe ich das bereits in Wilna vorhergesehen, und daher mein Interesse – damals so ungerne und misstrauisch von den maßgeblichen Akteuren gesehen – an unserem östlichen Nachbarn, in dessen feindseliger Umgebung und Schatten uns zu leben zufiel.“<sup>2</sup>

2014, anlässlich des 100. Jahrestags seines Ausbruchs, stieg das Interesse am Ersten Weltkrieg in den Medien stark an. Die Frage nach der Interpretation des Ereignisses und dessen Bedeutung für unsere Gegenwart erfreute sich dabei intensiver Diskussion – Urkatastrophe, Zäsur, „Riss in der Zeit“ sind nur einige zu nennende Schlagwörter und weisen auf die Bedeutung des Ereignisses als eines zentralen Umbruchs für das 20. Jahrhundert hin.<sup>3</sup> Während in der westlichen Öffentlichkeit Fragen nach der aktuellen Bedeutung des Ersten Weltkrieges im Fokus der öffentlichen Diskussion stehen, soll hier daran erinnert werden, dass im östlichen Europa die militärischen Konflikte mit der Kapitulation des Deutschen Reiches 1918 längst nicht beendet waren und es im Gefolge des Weltkriegs zu weiteren Auseinandersetzungen und Kriegen kam, in deren Verlauf neue Grenzen und neue Staaten geschaffen wurden – mit der Folge massenhafter Bevölkerungsströme aufgrund (para-)militärischer Gewalt, Flucht und Vertreibung. Nationalstaaten wie Polen, die Tschechoslowakei, Litauen, Lettland und Estland traten auf dem Gebiet der untergegangenen

- 1 Die Arbeit an dem vorliegenden Beitrag sowie die dafür notwendigen Recherchen in den Archiven des New Yorker Jozef Pilsudski Institute und des Polish Institute and Sikorski Museum wurden dem Autor durch ein Gerald D. Feldman-Stipendium der Max Weber Stiftung im Februar und im Juni 2013 ermöglicht. Bei Katrin Steffen möchte ich mich für ihre Hinweise bei der Überarbeitung des Textes bedanken.
- 2 Wiktor Sukiennicki: Schreiben an Włodzimierz Toczyłowski, Stanford, Kalifornien, 2.3.1966, kol. 214, t. 4. Sukiennicki verwendet in seinen Aufzeichnungen ausschließlich die polnische Schreibweise (Wilno). Offiziell hieß die Stadt im Zarenreich Vil'na. Zur Vereinfachung wird im Folgenden nur die deutsche Schreibweise verwendet (Wilna).
- 3 Lucian Hölscher: 100 Jahre Erster Weltkrieg. Ein Riss in der Zeit, in: Süddeutsche Zeitung, 24. Januar 2014, S. 13. Vgl. dazu auch folgende Besprechung der aktuell relevantesten Publikationen zum Thema: Hans Rudolf Wahl: Sammelrez.: Jay Winter (Hrsg.): The Cambridge History of the First World War, Cambridge 2014 / Max Hastings: Catastrophe. Europe Goes to War 1914, London 2013 / Herfried Münkler: Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918, Berlin 2013 / Oliver Janz: 14. Der große Krieg, Frankfurt a.M. 2013 / Jörn Leonhard: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkrieges, München 2014, in: H-Soz-Kult, 05.09.2014, <http://www.hsozkult.de/publication-review/id/rezbuecher-22260> [letzter Zugriff: 2.3.2015].

deutschen, russischen und österreichisch-ungarischen Reiche an und waren gezwungen, das Erbe dieser drei Imperien zu verwalten.<sup>4</sup>

Im polnischen Fall führten der Zerfall des russischen Zarenreichs – bis zum Kriegsausbruch 1914 hatte Russland etwa 70% des Territoriums des frühneuzeitlichen Polen-Litauens beherrscht – und die Entstehung eines sowjetischen und eines polnischen Staates sowie die daraus erwachsenden territorialen Streitigkeiten zum Krieg zwischen beiden Staaten. Dies erschwerte die ohnehin komplizierte Bewältigung der Kriegsfolgen in Polen und die innen- und außenpolitische Ausrichtung des jungen polnischen Staates. Eine der ersten Herausforderungen polnischer Politik war die Rückführung von Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen, die vor dem Ersten Weltkrieg polnische Gebiete bewohnt hatten und von russischen Truppen entweder evakuiert oder vor der deutschen Armee nach Osten geflüchtet waren.<sup>5</sup> Hinzu kamen Flüchtlinge, die vor 1914 im Inneren Russlands gelebt hatten und sich aus unterschiedlichen Gründen in Polen niederließen, sich etwa in polnisches Exil begaben.<sup>6</sup>

Anhand der Einwanderungspolitik des polnischen Staates lässt sich zeigen, dass die Frage, wer Zugang zur polnischen Staatsbürgerschaft erhielt, nicht nur von Faktoren wie nationaler Herkunft oder kultureller und religiöser Zugehörigkeit abhing, sondern dass Faktoren wie politische und nationale Gesinnung, Loyalität und Staatstreue zunehmend wichtiger wurden. Aus der von Krieg und gegenseitigem Misstrauen geprägten polnisch-sowjetischen Nachbarschaft sollte sich Zaur Gasimov zufolge in der Zwischenkriegszeit in Polen ein antikommunistischer Konsens entwickeln, der große Teile der ansonsten weitgehend polarisierten Eliten umfasste<sup>7</sup> – die Regulierungen des polnischen Innenministeriums über die Verleihung der polnischen Staatsbürgerschaft von 1924 spiegelten mit ihren Verweisen auf die makellose politische und moralische Haltung der Antragsteller diesen antikommunistischen Geist wider.<sup>8</sup>

Unter den Bedingungen der Erblast dreier untergegangener Imperien und den Folgen des Polnisch-Sowjetischen Kriegs von 1920/21 eröffnet sich dennoch ein Blick auf die

- 4 Vgl. Karen Barkey: Thinking about Consequences of Empire, in: Dies., Mark von Hagen (Hrsg.): *After Empire. Multiethnic Societies and Nation-building: The Soviet Union and the Russian, Ottoman, and Habsburg Empires*, Boulder, CO 1997, S. 99-114. Der jüngst erschienene Sammelband *Legacies of Violence. Eastern Europe's First World War* widmet sich als eine der ersten Publikationen explizit den Formen und Konsequenzen militärischer Auseinandersetzung während und im Gefolge des Ersten Weltkriegs in Osteuropa, vgl. Jochen Böhrer, Włodzimierz Borodziej u.a. (Hrsg.): *Legacies of Violence. Eastern Europe's First World War*, München 2014.
- 5 Artur Patek geht von etwa 1,5 Millionen polnischer Flüchtlinge und Vertriebenen in Russland während des Ersten Weltkriegs aus, vgl. Artur Patek: *Polska Diaspora w Rosji do 1917 roku [Die polnische Diaspora in Russland bis zum Jahr 1917]*, in: Adam Walaszek (Hrsg.): *Polska diaspora [Die polnische Diaspora]*, Kraków 2001, S. 275-292, hier S. 288.
- 6 Vgl. Peter Gatrell: *War, Population Displacement and State Formation in the Russian Borderlands 1914–1924*, in: Nick Baron, Peter Gatrell (Hrsg.): *Homelands. War, Population and Statehood in Eastern Europe and Russia 1918–1924*, London 2004, S. 10-34, hier S. 24. Über die Rück- und Zuwanderung von Polen aus Russland in der Zwischenkriegszeit vgl. Dorota Sula: *Powrót ludności polskiej z byłego Imperium Rosyjskiego w latach 1918–1937 [Die Rückkehr der polnischen Bevölkerung aus dem ehemaligen Russischen Imperium in den Jahren 1918–1937]*, Warszawa 2013.
- 7 Vgl. Zaur Gasimov: *Der Antikommunismus in Polen im Spiegel der Vierteljahresschrift Wschód 1930–1939*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 24 (2011), S. 15-30, hier S. 15.
- 8 Vgl. Konrad Zieliński: *Population Displacement and Citizenship in Poland, 1918–24*, in: Baron, Gatrell (Hrsg.), *Homelands* (wie Anm. 6), S. 110.

Geschichte der Zweiten Polnischen Republik, der sich – in Anlehnung an Claudia Kraft – nicht darauf beschränken will, die 1918 gegründete Polnische Republik „von ihrem Ende her als die Geschichte ihres zwangsläufigen Scheiterns“ zu betrachten, sondern mit dem Verweis auf die komplexe Ausgangslage der Republik nach den Potentialen fragt, die „der Garant für positivere Entwicklungen hätten sein können“.<sup>9</sup> Zugleich ist danach zu fragen, woran es gelegen hat, dass diese Potentiale eingelöst werden konnten oder nicht. Denn Krafts Formulierung verweist neben dem Bezug auf die kurze Lebensdauer der Zweiten Republik vor allem darauf, dass dem Aufbau der polnischen Gesellschaft zwangsläufig Ideen und Weltanschauungen zum Opfer fielen oder mindestens einer Aktualisierung bedurften.

Indem die Biografien einzelner Vertreter des Wilnaer *sowjetoznawstwo* (deutsch etwa Sowjetkunde) – einer Gruppe von Wilnaer Ökonomen, Juristen, Sozial- und Geisteswissenschaftlern, die sich mit dem Phänomen der Sowjetunion beschäftigten – nachgezeichnet werden, wird in diesem Beitrag geprüft, inwiefern Erfahrungen vom Zerfall des russischen Zarenreichs und der Entstehung der Sowjetunion Ideen und Konzepte dieser Personen in der Zwischenkriegszeit beeinflussten und welche Bedeutung die Protagonisten selbst diesen Erfahrungen zuwiesen. Der auffallend hohe Anteil derjenigen innerhalb des *sowjetoznawstwo*, die auf eine Sozialisation und Ausbildung im Russischen Zarenreich verweisen konnten, lässt vermuten, dass persönliche Eindrücke und Erfahrungen vom Leben im russischen Imperium und von dessen Zerfall 1917 für ihre spätere Tätigkeit durchaus von Bedeutung waren. Anna Veronika Wendland hat diesbezüglich auf die Prägung von Biografien „durch nichtnationale Formen der Raum- und Herrschaftsorganisation und Wissenschaftskommunikation“ im 19. Jahrhundert verwiesen. Daran anknüpfend, ist zu fragen, ob die These einer imperialen Prägung für das hier zu behandelnde Zeitalter *nach* den Imperien ebenso Gültigkeit beanspruchen kann. Dies bedeutet nicht, eine solche Prägung lediglich nachzuweisen. Vielmehr wird eruiert, wie sich die Erfahrung der imperialen Gesellschaftsordnung und deren Zerfall auf das Selbstverständnis und die Vorstellungen polnischer Sowjetologen von Nation, Staat und Gesellschaft auswirkte und welcher Transformation ihre Vorstellungen und Deutungen im jeweiligen zeitgenössischen Kontext unterlagen.<sup>10</sup>

Dazu wird zunächst in einem methodologischen Teil auf die Problematik einer solchen Erfahrungsgeschichte anhand von Ego-Dokumenten und autobiografischen Texten hingewiesen. In einem zweiten Teil wird das Wilnaer *sowjetoznawstwo* in der polnischen Osteuropaforschung der Zwischenkriegszeit verortet und erläutert, warum eine Erfahrungsgeschichte des *sowjetoznawstwo* aufgrund des derzeitigen Forschungsstandes zum Thema eine neue und sinnvolle Perspektive bietet. Darauf aufbauend, widmet sich ein analytischer Teil der Biografie des Sowjetologen Wiktor Sukiennicki (1901–1983) und seiner Rolle als „Meister“ des Wilnaer *sowjetoznawstwo* in persönlichen Dokumenten und Korrespondenzen. Eine solche Vorgehensweise soll die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen eines erfahrungsgeschichtlichen Zugangs für die Gruppenbiografieforschung verdeutlichen.

9 Claudia Kraft: Europa im Blick der polnischen Juristen. Rechtsordnung und juristische Profession in Polen im Spannungsfeld zwischen Nation und Europa 1918–1939, Frankfurt a.M. 2002, S. 3.

10 Anna Veronika Wendland: Ukraine transnational: Transnationalität, Kulturtransfer, Verflechtungsgeschichte, in: Andreas Kappeler (Hrsg.): Die Ukraine. Prozesse der Nationsbildung, Köln 2011, S. 51-66, hier S. 64.

## Überlegungen zur Methodik und zur Quellenlage

Worin besteht der Nutzen einer Erfahrungsgeschichte für gruppenbiografische Forschung?<sup>11</sup> Den Begriff der Erfahrung hat bekanntermaßen Reinhart Koselleck als historisches Kategorienpaar von Erfahrungsraum und Erwartungshorizont in die Geschichtswissenschaft eingeführt – ursprünglich, um das Bewusstsein für Raum- und Zeitgrenzen zu schärfen.<sup>12</sup> Generell sieht Koselleck in dem Begriffspaar die Voraussetzung von Geschichte, wenn er schreibt: „[E]s gibt keine Geschichte, ohne daß sie durch Erfahrungen und Erwartungen der handelnden oder leidenden Menschen konstituiert worden wäre.“<sup>13</sup> In dieser Auffassung von Geschichte ist bereits eine erfahrungsgeschichtliche Perspektive angelegt, welche die Repräsentation von Erfahrungen, durch welche eben Geschichte *verfasst* wird, in den Blick nimmt. Für Ulrike Jureit ist Erfahrung denn auch eine Kategorie mit einer doppelten Funktion des Erlebens und des Verarbeitens, „die für die Transformation vom Erlebnis zur Erinnerung von entscheidender Bedeutung ist“.<sup>14</sup> Die Erfahrungsgeschichte betont neben dieser Doppelfunktion das vergemeinschaftende Element von Erfahrungen, etwa wenn Koselleck auf die „konkreten Handlungseinheiten im Vollzug ihrer sozialen oder politischen Bewegung“<sup>15</sup> hinweist und wenn Jureit schreibt, dass Erfahrungen auf verschiedenen empirischen Grundlagen beruhten, womit sie auf die Bedeutung von Erfahrung als Vergleichs- und Verortungskategorie verweist.<sup>16</sup>

Vor allem der Kategorie der Generation kommt vor dem Hintergrund des in der Moderne aufkommenden Phänomens der Ungleichzeitigkeit zunehmende Bedeutung als strukturierendes und synchronisierendes Element gemeinschaftlicher Erfahrungen zu.<sup>17</sup> Karl Mannheim hat in seinem viel zitierten Aufsatz „Zum Problem der Generationen“ darauf aufmerksam gemacht, dass aufgrund der Fülle gleichzeitiger Möglichkeiten in der Moderne zwar alle Menschen in einer chronologischen Zeit lebten, jedoch jeder „in einer qualitativ völlig

11 Einen Überblick zu den verschiedenen Konzepten gruppenbiografischer Forschung bietet Wilhelm Heinz Schröder: Kollektivbiographie als interdisziplinäre Methode in der historischen Sozialforschung. Eine persönliche Retrospektive, Köln 2011, S. 74-154.

12 „Offensichtlich beanspruchen die Kategorien ‚Erfahrung und Erwartung‘ einen höheren, kaum übersteigbaren Grad an Allgemeinheit, aber auch an Unabdingbarkeit ihrer Verwendung. Darin kommen sie als historische Kategorien denen von Raum und Zeit gleich.“ Reinhart Koselleck: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt a.M. 2000, S. 352.

13 Ebenda, S. 351.

14 Ulrike Jureit: Erfahrungsaufschichtung: Die diskursive Lagerung autobiographischer Erinnerungen, in: Magnus Brechtken (Hrsg.): Life Writing and Political Memoir. Lebenszeugnisse und Politische Memoiren, Göttingen 2012, S. 225-242, hier S. 229.

15 Koselleck, Zukunft (wie Anm. 12), S. 353.

16 Vgl. Jureit, Erfahrungsaufschichtung (wie Anm. 14), S. 228.

17 Ulrike Jureit weist denn auch auf den engen Entstehungszusammenhang des Generationenkonzepts infolge des Ersten Weltkriegs hin: „Die Nachkriegsjahre waren entscheidend dadurch geprägt, die unterschiedlichen Erlebnisse als Generationserfahrungen zu begreifen. In der Forschung gilt der Erste Weltkrieg daher weiterhin als das zentrale Beispiel für den kausalen Zusammenhang von politischen Totalereignissen und Generationenbildung.“ Ulrike Jureit: Generation, Generationalität, Generationenforschung. Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11.2.2010, <http://docupedia.de/zg/Generation?oldid=97400> [letzter Zugriff: 2.3.2015].

verschiedenen inneren Zeit“<sup>18</sup>. Die Generation bietet hier einen Ausweg, denn durch sie wird die empfundene Diachronizität durch eine gemeinschaftliche Synchronizität ersetzt. Mannheim geht jedoch in seiner Skizzierung des Problems der Generationen über die bloße Rekonstruktion von historischen Prozessen mithilfe der Generationskategorie hinaus und stellt die Behauptung auf, dass – neben „anderen geschichtsbildenden Strukturfaktoren“ – so genannte Generationseinheiten selbst es seien, die einen Beitrag zum Wandel eines Zeitgeistes leisteten, ja dass durch sie, d.h. durch eine „zu einem bestimmten Zeitpunkt zu besonderer Bedeutung gelangende soziale (einfache oder zusammengesetzte) Schicht“ erst eine Epoche geprägt und ihr ein „Zeitgeist“ verliehen werde.<sup>19</sup>

Aus diesem erfahrungsgeschichtlichen und generationstheoretischen Zugriff ergeben sich für den Untersuchungsgegenstand zwei Fragenkomplexe. Erstens: Wie werden in den Schriften der Wilnaer Sowjetologen Erfahrungen von Weltkrieg, Umbruch und Aufbruch repräsentiert, und inwiefern beschreiben sie aus den neuen gesellschaftlichen Konstellationen erwachsende Möglichkeitsräume oder Zwänge? Welche Rolle spielen in ihrer Bewertung der Erfahrungen der zeitliche Abstand, der jeweilige zeitgenössische Kontext und das eigene soziale und politische Milieu? Zweitens: Finden sich in den Schriften der hier zu behandelnden Sowjetologen Generationszuschreibungen, und wenn ja, inwiefern werden durch sie Erfahrungen des Umbruchs und des Aufbruchs strukturiert? Mannheim spricht in seinen Ausführungen zur Generation als Kategorie eben dann von einer „Schicksalsgemeinschaft“, wenn die sich durch „Partizipation der derselben Generationslagerung angehörenden Individuen am gemeinsamen Schicksal und an den dazugehörenden, irgendwie zusammenhängenden Gehalten“ konstituieren.<sup>20</sup> Wenngleich heute stärker als noch bei Mannheim auf die Konstruiertheit von Generationszusammenhängen hingewiesen wird, bleibt dennoch die Frage relevant, inwiefern sich die Wilnaer Sowjetologen im Rückgriff auf ihre Erfahrungen als „Schicksalsgemeinschaft“ repräsentieren und welche Ereignisse für eine solche Interpretation von Bedeutung sind.

Im Falle der hier zu präsentierenden Erfahrungsgeschichte des Wilnaer *sowjetoznawstwo* bedeutet dies, Schriften, autobiografische Dokumente, Erinnerungen und – wo dies möglich ist – Ego-Dokumente Wilnaer Sowjetologen in den Blick zu nehmen. Über deren Befragung ist es überdies möglich, mehr über die persönlichen Hintergründe und das Milieu der Wilnaer Sowjetologen sowie über die ideellen Grundlagen des *sowjetoznawstwo* in der Zwischenkriegszeit zu erfahren. Inwiefern trifft Zaur Gasimovs These vom antikommunistischen Konsens der polnischen Eliten auch auf sie zu?

### ***Prometeizm, sowietologia, sowjetoznawstwo:* Die polnische Osteuropaforschung als Forschungsproblem**

Einen großen Einfluss auf die Schaffung einer systematischen und institutionalisierten Forschung zur Sowjetunion in Polen übten die historischen Ereignisse der russischen Revolu-

18 Karl Mannheim: Das Problem der Generationen, in: Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie 7 (1928), H. 2, S. 157-185 und H. 3, S. 309-330, hier H. 2, S. 164.

19 Ebenda., H. 3, S. 321 f.

20 Ebenda., H. 3, S. 313.

tionen 1917 und mehr noch der Ausbruch und Ausgang des Polnisch-Sowjetischen Kriegs von 1919 bis 1921 aus. Im Ergebnis ließ dieser eine gemeinsame Grenze Polens mit einer außenpolitisch isolierten und von schweren gesellschaftlichen Umwälzungen geprägten Sowjetunion Wirklichkeit werden. Nach Abschluss des Friedensvertrags von Riga im März 1921 mussten die Pläne Józef Piłsudskis, das unabhängige Polen in den Grenzen von 1772 als einen föderativen Staat wiederauferstehen zu lassen und östlich von Polen einen unabhängigen ukrainischen Staat als Puffer gegen eine nach Westen ausgreifende Sowjetunion zu installieren, endgültig als gescheitert angesehen werden.<sup>21</sup> Stattdessen sah sich Polen im Osten mit der Ukrainischen und der Weißrussischen Sowjetrepublik konfrontiert – dabei deckten beide Republiken Gebiete ab, die in der Zwischenkriegszeit immer noch von einer größeren polnischen Minderheit bewohnt wurden. Ähnliches galt umgekehrt für die zu Polen gehörenden Ostgebiete, in denen große Minderheiten von Ukrainern und Weißrussen siedelten.<sup>22</sup>

Die angespannte außenpolitische Lage und die Frage nach dem Umgang mit den nationalen Minderheiten im Osten Polens schienen von staatlicher und militärischer Seite eine intensive Beschäftigung mit der Sowjetunion notwendig zu machen. Für viele polnische Intellektuelle hingegen war, ähnlich wie für etliche westliche Intellektuelle auch, die Sowjetunion ein faszinierendes Experiment. Im Unterschied zu den begeisterten Intellektuellen in Westeuropa hatte jedoch ein großer Teil derjenigen, die in Polen Osteuropaforschung betrieben, den Zusammenbruch des Zarenreiches und die Entstehung neuer gesellschaftlicher Ordnungsstrukturen mit deren Konsequenzen gewaltförmiger Um- bzw. Neuverteilungen politischer Machtbefugnisse als Zeitzeugen beobachtet. Von den Folgen dieses umfassenden gesellschaftlichen Wandels waren sie als Flüchtlinge, Vertriebene und Rückkehrer unmittelbar betroffen. In Polen war es ebendieser biografische Hintergrund, der ihnen den Einstieg in die polnische Russland- und Sowjetunionforschung nunmehr als Experten erleichterte.<sup>23</sup> So schreiben Ryszard und Hanna Szawłowsky über die Expertise der polnischen Sowjetologen:

„[T]hese people played an important role and, at times, considerable role in Russia's economic life (e.g. in the illegal Social-Democratic movement, in the State Duma, and during the 1917 Revolution), in her civil service and her army, her liberal and artistic professions, and her universities. They usually possessed a perfect knowledge of the Russian language, and were often not recognized by ‚original‘ Russians as foreigners.

21 Vgl. Daria Nałęcz, Tomasz Nałęcz: Stosunki polsko-sowieckie w latach 1917–1921 [Die polnisch-sowjetischen Beziehungen 1917–1921], in: Adam Daniel Rotfeld, Anatolij W. Torkunow (Hrsg.): Białe plamy – czarne plamy. Sprawy trudne w polsko-rosyjskich stosunkach (1918–2008) [Weiße Flecken – schwarze Flecken. Schwierige Fragen in den polnisch-russischen Beziehungen (1918–2008)], Warszawa 2010, S. 25–44, hier S. 39.

22 Vgl. Giennadij F. Matwiejew: Stosunki polsko-sowieckie w latach 1917–1921 [Polnisch-russische Beziehungen in den Jahren 1917–1921], in: Rotfeld, Torkunow (Hrsg.), Białe plamy (wie Anm. 21), S. 45–84, hier S. 77.

23 Zur Entstehung nationaler Experten im Ersten Weltkrieg und danach vgl. Martin Kohlrausch, Katrin Steffen u.a.: Expert Cultures in Central Eastern Europe. The Internationalization of Knowledge and the Transformation of Nation States since World War I – Introduction, in: Dies. (Hrsg.): Expert Cultures in Central Eastern Europe. The Internationalization of Knowledge and the Transformation of Nation States since World War I, Osnabrück 2010, S. 9–30, hier S. 16; Gatrell, War (wie Anm. 6), S. 14.

They had a good knowledge of the country, its population, its achievements and weaknesses in different fields, etc.“<sup>24</sup>

An der Eingliederung in Russland sozialisierter bzw. als so genannte Repatrianten zurückkehrender Kriegsflüchtlinge schien die polnische Gesellschaft demnach interessiert, wenn gleich Fragen nach der Loyalität dieser Personen dem polnischen Staat gegenüber auf der Tagesordnung standen. Dabei verlief der Diskurs kaum entlang alter imperialer Konfliktlinien – Andrzej Chwalba etwa stellt fest, dass die Lustration ehemaliger Verwaltungsangestellter im russischen Staatsdienst trotz einer von Patriotismus und Nationalismus aufgeladenen Atmosphäre in der Zwischenkriegszeit nur eine geringe Rolle spielte.<sup>25</sup> Patrice Dabrowski erklärt sich diese fehlende Auseinandersetzung damit, dass eine nationalistisch geprägte öffentliche Rhetorik nach dem Vorbild Roman Dmowskis so genannte Halbpolen in so genannte Vollpolen transformierte und somit eher nationale Minderheiten in den Fokus der polnischen Nationalisten gerieten.<sup>26</sup> Konrad Zieliński ergänzt diese ethnozentrierte Lesart um eine politische Dimension. Ihm zufolge war der antikommunistische Konsens der Polnischen Republik für Integration oder Aussonderung von Remigranten in die polnische Gesellschaft entscheidend. Insbesondere nach dem Polnisch-Sowjetischen Krieg sei es vermehrt zur Ablehnung von Anträgen um die polnische Staatsangehörigkeit gekommen. Solche Ablehnungen wurden von einer Mischung aus den Behörden inhärentem Antisemitismus, gesellschaftlich akzeptiertem Antibolschewismus und schließlich auch antiukrainischem Denken beeinflusst.<sup>27</sup>

Unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen formierten sich in Polen ab den 1920er Jahren die Kommunismus-Studien. Als Zentren ragten in Polen besonders das 1930 in Wilna gegründete „Naukowo-Badawczy Instytut Europy Wschodniej“ (NBIEW, Wissenschaftliches Forschungsinstitut Osteuropas) und das bereits vier Jahre zuvor entstandene Warschauer „Instytut Wschodni“ (IW, Ostinstitut) heraus, wobei vor allem ersteres ein Wirkungsort von noch jungen, im zaristischen Russland vor oder während des Krieges sozialisierten und mehrheitlich linksliberal ausgerichteten Akademikern war. Eher lose zusammenhängend bildete sich bereits in der Anfangszeit der Republik die antisowjetische *prometeizm*-Bewegung, eine Ansammlung von polnischen Intellektuellen, Politikern und Wissenschaftlern sowie kaukasischen, russischen und ukrainischen Emigranten, deren Ziel es war, die Nationalbewegungen innerhalb der Sowjetunion zu unterstützen und so zu einer Implosion der Sowjetunion beizutragen.<sup>28</sup>

24 Ryszard Szawłowski, Hanna Szawłowska: Polish Sovietology 1918/19–1939, in: Polish Review 17 (1972), H. 3, S. 3-36, hier S. 3.

25 Vgl. Andrzej Chwalba: Polacy w służbie Moskali [Polen im Dienst der Moskali], Warszawa 1999, S. 244.

26 Vgl. Patrice M. Dabrowski: Russian-Polish Relations Revisited, or the ABC's of „Treason“ under Tsarist Rule, in: Kritika 4 (2003), S. 177-199, hier S. 198.

27 Vgl. Zieliński, Population Displacement (wie Anm. 8), S. 110.

28 Hauptvertreter dieser Strömung war übrigens Włodzimierz Bączkowski, ein aus der Mandchurei stammender polnischer Flüchtling und Herausgeber der ab 1930 unter der Ägide regierungsnaher Institutionen wie Außenministerium, Generalstab der Armee und Geheimdienst publizierten Zeitschrift „Wschód-Orient“. Vgl. Gasimov, Antikommunismus (wie Anm. 7), S. 19 f.; Marek Kornat: Początki studiów sowietologicznych i wschodoznawczych w Polsce (1919–1939). Ośrodki badaw-

In der polnischen Forschungslandschaft erfreuen sich die Kommunismus-Studien in den letzten Jahren eines wachsenden Interesses. Zu erklären ist dieses Interesse keineswegs ausschließlich mit den Versuchen, die postkommunistische Transformation zu beschreiben, wie Krzysztof Brzechczyn skizziert.<sup>29</sup> Vielmehr finden sich vor allem in der polnischsprachigen Literatur zum Thema wiederholt Verweise auf die polnischen Kommunismus-Studien aus der Zwischenkriegszeit als Vorläufer der angloamerikanisch geprägten Sowjetologie, die sich erst nach 1945 in der Konstellation des Kalten Krieges etablierte – auch die Verschlagwortung der polnischen Kommunismus-Studien der Zwischenkriegszeit als *sowjetologia* dient diesem Zweck.<sup>30</sup> Zwar wird auf die Politisierung dieser Studien hingewiesen, zugleich aber wird die polnische Forschung zur Sowjetunion in der Zwischenkriegszeit und ihr deutlich antikommunistischer Impetus kaum kritisch reflektiert. An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass Publizisten und Wissenschaftler wie Włodzimierz Bączkowski (1905–2000) oder Wilnaer Sowjetologen wie Stanisław Swianiewicz (1899–1997) und Wiktor Sukiennicki später selbst in der angloamerikanischen Sowjetologie tätig waren. Es waren nicht zuletzt ihre antikommunistische Einstellung und im Falle der beiden letzteren die Erfahrung der sowjetischen Gefangenschaft, die sie als Vertreter einer antikommunistischen Internationale unter westlichem Banner prädestinierten.<sup>31</sup>

Die aktuelle Rehabilitierung der polnischen Osteuropaforschung der Zwischenkriegszeit ist wohl auch darauf zurückzuführen, dass eine Auseinandersetzung mit dieser in der Volksrepublik Polen kaum möglich war. Umso stärker rücken besonders antikommunistische Konzepte dieser Studien wie die Prometheismus-Bewegung in den Fokus der polnischen Forschung und werden zunehmend thematisiert. Dabei wird die Geschichte der Bewegung als Geschichte einer antikommunistischen solidarischen Internationale und ihrer

cze, problemy, ludzie [Die Anfänge sowjetologischer und östlicher Studien in Polen (1919–1939). Forschungsmilieus, Probleme, Personen], in: *Polski Przegląd Dyplomatyczny* 2 (2002), H. 5, S. 89–158, hier S. 144 f. Zum Prometheismus und dessen Rezeption in Volkspolen im 20. Jahrhundert vgl. auch Paweł Libera: *Polski Prometeizm. Jak ewoluował i jak z nim walczone?* [Polnischer Prometheismus. Wie entwickelte er sich und wie bekämpfte man ihn?], in: *Pressje* 22–23 (2010), S. 89–97.

29 Vgl. Krzysztof Brzechczyn: *Polish Discussions on the Nature of Communism and Mechanisms of its Collapse: A Review Article*, in: *East European Politics and Societies* 22 (2008), H. 4, S. 828–855, hier S. 830.

30 „Last but not least, communist studies developed in Poland are part of a global history of Sovietology, which no sufficiently comprehensive textbook of this discipline should ignore“ (ebenda). Eine solche Lesart wird ebenfalls in folgenden Monografien und Beiträgen offeriert: Ireneusz Piotr Maj: *Działalność Instytutu Wschodniego w Warszawie 1926–1939* [Die Tätigkeit des Ost-Instituts in Warschau 1926–1939], Warszawa 2007; Marek Kornat (Hrsg.): *Polska szkoła sowietologiczna 1930–1939* [Die polnische sowjetologische Schule 1930–1939], Kraków 2003; Jacek Kłoczkowski, Paweł Kowal: *O Włodzimierzu Bączkowskim* [Über Włodzimierz Bączkowski], in: Dies. (Hrsg.): *O wschodnich problemach Polski. Wybór pism* [Über die östlichen Probleme Polens. Eine Schriftauswahl], Kraków 2000, S. 7–28. In diesem Sinne argumentiert auch Ralph Schattkowsky: *Prometheismus und Osteuropaforschung in der Zweiten Republik*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 61 (2012), H. 4, S. 519–565.

31 Diese Instrumentalisierung war wohl auch der Grund, weswegen Sukiennicki den sowjetologischen Studien nach dem Zweiten Weltkrieg Dogmatismus vorwarf. Vgl. *Polish Institute and Sikorski Museum: Wiktor Sukiennicki: Russkij ili Poljak? o.D.*, kol. 214, j. 2, S. 6.

wichtigsten Vertreter skizziert.<sup>32</sup> Jedoch wird kaum reflektiert, dass sich hinter der Idee des Prometheismus in der Zwischenkriegszeit ebenso Ideen einer zivilisatorischen Mission, kolonialistisch-kompensatorisches Denken und durchaus auch sozialdarwinistische Thesen wiederfanden.<sup>33</sup>

Entfernt man sich etwas vom Paradigma des Antikommunismus, werden anhand der Geschichte der Bewegung ideengeschichtliche Phänomene sichtbar, die typisch für den Zeitgeist der 20er und 30er Jahre des 20. Jahrhunderts zu sein scheinen und in ihren Ausprägungen an den Kulturpessimismus, der die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg prägte, und die Diskurse um den „Untergang des Abendlandes“ (Oswald Spengler) erinnern.<sup>34</sup> Stefan Wiederkehr hat darauf aufmerksam gemacht, dass der polnische Diskurs um die Zugehörigkeit zu Europa in der Zwischenkriegszeit und die antisowjetische Rhetorik auch anschlussfähig für Ideologien russischer Emigranten wie den Eurasianismus waren.<sup>35</sup>

Es erscheint angesichts der Fokussierung auf den Antikommunismus nahezu logisch, dass in der gegenwärtigen Forschung die Geschichte des Wilnaer *sowjetoznawstwo* kaum vorkommt. Lediglich Marek Kornat hat in einer von ihm herausgegebenen Schriftensammlung der Wilnaer Wissenschaftler auf die Schlüsselbedeutung des Wilnaer *sowjetoznawstwo* für die polnische Osteuropa- und Totalitarismusforschung sowie auf deren personelle Kontinuitäten in der angloamerikanischen Sowjetologie hingewiesen.<sup>36</sup> Diese Leerstelle lässt sich einerseits dadurch erklären, dass die Aktenbestände des Instituts infolge des Zweiten

32 Jüngstes Beispiel ist der Sammelband „Ruch Prometejski“, der im Rahmen der jährlich in Warschau stattfindenden Prometheismus-Konferenzen entstanden ist: Marek Kornat (Hrsg.): *Ruch prometejski i walka o przebudowę Europy Wschodniej (1918–1940). Studia i szkice* [Die Prometheismus-Bewegung und der Kampf um die Umgestaltung Osteuropas (1918–1940). Studien und Skizzen], Warszawa 2012. Seit 2000 publiziert das Zentrum für Osteuropastudien der Universität Warschau die Halbjahresschrift „Nowy Prometeusz“ (Neuer Prometheus).

33 An dieser Stelle sei nochmals auf die Schriften von Włodzimierz Bączkowski verwiesen, hier insbesondere: Włodzimierz Bączkowski: *O wschodnich problemach Polski. Uwagi Propedeutyczne* [Über die östlichen Probleme Polens. Propädeutische Bemerkungen], in: Jacek Kłoczowski, Paweł Kowal (Hrsg.): *O wschodnich problemach Polski. Wybór pism* [Über die östlichen Probleme Polens. Eine Schriftauswahl], Kraków 2000, S. 29-45; Włodzimierz Bączkowski: *Znajomość przedmiotu* [Fachwissen], ebenda, S. 46-49; Włodzimierz Bączkowski: *Uwagi o istocie siły rosyjskiej* [Bemerkungen zum Wesen der russischen Kraft], ebenda, S. 112-136. Lediglich Zaur Gasimov betont die politische Komponente polnischer Osteuropa-Forschung in der Zwischenkriegszeit und geht in seiner Dissertation ähnlichen Fragen nach, vgl. Zaur Gasimov: *Codename Prometheus. Antikommunistische Netzwerke zwischen Warschau, Paris und Istanbul* (Projekttitel, erscheint 2015).

34 Zur Wahrnehmung von Oswald Spengler und dessen Thesen in Europa vgl. Zaur Gasimov: *Oswald Spengler als europäisches Phänomen. Die Kultur- und Geschichtsmorphologie als Auslöser und Denkrahmen eines transnationalen Europa-Diskurses*, in: Ders., Carl Antonius Lemke Duque (Hrsg.): *Oswald Spengler als europäisches Phänomen. Der Transfer der Kultur- und Geschichtsmorphologie im Europa der Zwischenkriegszeit 1919–1939*, Göttingen 2013, S. 7-14.

35 Vgl. Stefan Wiederkehr: *Die eurasische Bewegung. Wissenschaft und Politik in der russischen Emigration der Zwischenkriegszeit und im postsowjetischen Russland*, Weimar u.a. 2007, S. 23.

36 Vgl. Kornat, Szkoła (wie Anm. 30). Auch der Begriff des *sowjetoznawstwo* (deutsch etwa Sowjetkunde) – in der Zwischenkriegszeit in Wilna durchaus gebräuchlich – wird in der Forschung nicht mehr verwendet. Während Kornat lediglich in einer Fußnote zu Beginn seiner Schriftensammlung „*Polska szkoła sowietologiczna*“ auf den Begriff hinweist, ist er in seinen anderen Werken nicht mehr zu finden. Vgl. Marek Kornat: *Słowo Wstępne* [Einführung], in: Ders. (Hrsg.): *Polska szkoła sowietologiczna 1930–1939* [Die polnische sowjetologische Schule 1930–1939], Kraków

Weltkrieges nahezu vollständig zerstört wurden. Kornat hat folglich die Geschichte des Instituts aus den persönlichen Nachlässen der beiden bekanntesten Wilnaer Vertreter, Wiktor Sukiennicki und Stanisław Swianiewicz, zu rekonstruieren versucht und weist den Gründern und Angestellten des Instituts eine „besondere Rolle in der Entwicklung der polnischen Sowjetologie-Studien“ zu.<sup>37</sup> Zum anderen – und darauf weisen Ryszard und Hanna Szawłowsky hin – galt das Wilnaer Institut seinerzeit als einziges liberales Zentrum einer unabhängigen Osteuropaforschung in einem zunehmend nationalistisch und antikommunistisch geprägten Umfeld. Es lässt sich so nur schwerlich dem Interesse an antikommunistischen Denkmodellen der Zweiten Republik in der aktuellen polnischen Forschung zuordnen.<sup>38</sup>

Es ist umso erstaunlicher, dass die Gründung des Instituts auf der Grundlage eines parteiübergreifenden Konsenses zwischen der regierenden Piłsudski-Gruppe, linken und agrarischen Bewegungen sowie konservativ gesinnten Gruppen 1930 möglich wurde. Eine Erklärung dafür liegt wohl darin, dass vor allem Anhänger eines jagiellonischen Polens im Sinne der Ideen Józef Piłsudskis die Bildung eines solchen Instituts unterstützten und das Institut somit einen gesellschaftlichen Ordnungsentwurf repräsentierte, der an die Traditionen des Großfürstentums Litauens anknüpfen sollte.<sup>39</sup> Am Institut, das der Universität angegliedert wurde, war es etwa möglich, dass Vertreter der nationalen Minderheiten sowohl lernten und als auch lehrten. Ebenso war der Frauenanteil am Institut bemerkenswert hoch – 1934 zählte man unter 237 Hörern 60 Frauen.<sup>40</sup> Die Ethnologin Cezaria Baudouin de Courtenay, Leiterin der Sprachenabteilung des Instituts und Inhaberin des Lehrstuhls für polnische Ethnografie an der Stefan-Batory-Universität, war die erste Professorin in Polen überhaupt.<sup>41</sup>

Der Bezug auf das Gebiet des frühneuzeitlichen Polen-Litauens sollte auch im Gründungsstatut zum Ausdruck kommen, in dem die „Erforschung der Gebiete und Staatsformationen zwischen dem Schwarzen Meer und dem Baltikum sowie der diese Regionen bewohnenden Völker unter historischen, geografischen, wirtschaftlichen, kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Gesichtspunkten, die Erweiterung des Wissens um die genannten

2003, S. 7-14, hier S. 7. Stattdessen plädiert er dafür, in Anlehnung an den englischen Begriff *sovietology* von sowjetologischen Studien oder schlicht Sowjetologie zu sprechen.

37 Marek Kornat: Instytut Naukowo-Badawczy Europy Wschodniej w Wilnie (1930–1939) i jego wkład w rozwój polskiej sowjetologii [Das Wissenschaftliche Institut zur Erforschung Osteuropas in Wilno (1930–1939) und sein Einfluss auf die Entwicklung der polnischen Sowjetologie], in: *Kwartalnik Historyczny* 107 (2000), H. 3, S. 43-89, hier S. 43.

38 Szawłowski, Szawłowska, *Sovietology* (wie Anm. 24), S. 6.

39 Zur Entstehung des Instituts vgl. Marek Kornat: Instytut Naukowo-Badawczy Europy Wschodniej w Wilnie (1930–1939) i początki sowjetologii w Polsce międzywojennej [Das Wissenschaftliche Institut zur Erforschung des östlichen Europas in Wilno (1930–1939) und die Anfänge der Sowjetologie in Zwischenkriegspolen], in: Ders. (Hrsg.): *Polska szkoła sowietologiczna 1930–1939* [Die polnische sowjetologische Schule 1930–1939], Kraków 2003, S. 15-104, hier S. 29. Zu Piłsudskis Ordnungsvorstellungen vgl. Andrzej Nowak: *Wizja polityczna Józefa Piłsudskiego* [Die politische Vision Józef Piłsudskis], in: *Arcana* 70-71 (2006), S. 109-121.

40 Vgl. Władysław Wielhorski: *Szkoła Nauk Politycznych w Wilnie przy Instytucie Naukowo-Badawczym Europy Wschodniej. Dane na rok 1933/34* [Die Schule für Politikwissenschaften in Wilno am Wissenschaftlichen Institut zur Erforschung Osteuropas. Daten zum Jahr 1933/34], Wilno 1934, S. 7.

41 Vgl. Barbara Czarniawska, Guje Sevón: *The Thin End of the Wedge: Foreign Women Professors as Double Strangers in Academia*, in: *Gender, Work and Organization* 15 (2008), H. 3, S. 235-287, hier S. 268.

Gebiete und Völker“ als Forschungsauftrag formuliert wurde.<sup>42</sup> Anders ausgedrückt bedeutete dies, das geistige und kulturelle Erbe dieser zwischen Deutschland und der Sowjetunion gelegenen Regionen zu schützen und seine zeitgenössischen Ausprägungen zu untersuchen. In diesem Sinne veröffentlichte das Institut neben den Monografien seiner Angestellten, die in einer gemeinsamen Reihe erschienen, ein Institutsbulletin („*Biuletyn Instytutu*“), die internationale Zeitschrift „*Balticoslavica*“ mit Beteiligung estnischer, finnischer und deutscher Autoren sowie das Jahrbuch des Instituts („*Rocznik NBIEW*“, erschienen 1933 und 1934).<sup>43</sup> Interessant ist auch der Umstand, dass neben Verbindungen zu ukrainischen und russischen Emigranten in Polen ein Austausch mit dem Königsberger Institut für Ostforschung initiiert wurde, infolgedessen deutsche Ostforscher wie der auch als Politiker bekannte Theodor Oberländer am Wilnaer Institut arbeiteten.<sup>44</sup> Kornat beschreibt, dass es 1936 auf Einladung des Rektors der Wilnaer Universität zu einem Treffen von Angestellten beider Institute kam.<sup>45</sup> Stanisław Swianiewicz arbeitete schließlich auch als Stipendiat am Breslauer Osteuropa-Institut, das als Vorbild für den Aufbau des Wilnaer Instituts fungierte.<sup>46</sup> Sein Aufenthalt diente ihm als Grundlage einer Arbeit zum Dritten Reich, die als eines der ersten Werke der Totalitarismusforschung bezeichnet werden kann.<sup>47</sup>

Die beiden prägenden Figuren des Instituts waren der Jurist Wiktor Sukiennicki und der bereits genannte Ökonom Stanisław Swianiewicz.<sup>48</sup> Beide stammten aus der Region des historischen Litauens. Die Kriegszeit hatten sie als polnische Flüchtlinge im russischen Rybinsk bzw. in Orel' verbracht und waren vor Ort Zeugen der gewalthaften Auseinander-

42 Sławomir Czerwiński: Statut Wyższej Szkoły Instytutu Naukowo-Badawczego Europy Wschodniej [Hochschulstatut des Wissenschaftlichen Instituts zur Erforschung Osteuropas], Warszawa 1930.

43 Vgl. Kornat, *Instytut* (wie Anm. 37), S. 48 f.

44 Das Wilnaer Institut wurde interessanterweise von deutscher Seite als „eine Art Moskauer Propagandazentrale“ bezeichnet, was wohl eher der Bewertung des Instituts in Teilen der polnischen Öffentlichkeit entsprach. Vgl. N.N.: Politische Forschung in Polen I. Das Osteuropa-Institut in Wilna, in: *Osteuropa* 12 (1936), H. 2, S. 142-145, hier S. 145.

45 Vgl. Kornat, *Instytut* (wie Anm. 37), S. 59.

46 Vgl. Kornat, *Początki* (wie Anm. 28), S. 115.

47 Vgl. Stanisław Swianiewicz: *Polityka gospodarcza Niemiec Hitlerowskich* [Die Wirtschaftspolitik Hitlerdeutschlands], Warszawa 1938. „The essence of totalism is the subordination of the whole life of a country to some ideological system. In achieving the goals of such an ideological system a suitable psychic ground must be prepared, a common mood embracing many lawyers of society, a suggested belief in its ideals“, Stanisław Swianiewicz, zit. in: Marek Kornat: *Polish Interpretations of Bolshevism and Totalitarian Systems (1918–1939)*, in: Jerzy Wojciech Borejsza, Klaus Ziemer (Hrsg.): *Totalitarian and Authoritarian Regimes in Europe. Legacies and Lessons from the Twentieth Century*, New York, NY 2006, S. 80-105, hier S. 83. Kornat merkt an, dass es in der Zwischenkriegszeit in Polen kein homogenes Totalitarismus-Modell gab und stattdessen der Begriff des „Totalismus“ zunächst deskriptiv verwendet wurde. Man verwies auch auf die unterschiedliche Ausprägung der nationalsozialistischen und sowjetischen Totalitarismen. Kornat betont ebenfalls die Elastizität im polnischen Totalitarismus-Diskurs der 1930er Jahre (vgl. ebenda, S. 87).

48 Swianiewicz machte vor dem Zweiten Weltkrieg neben seiner Monografie zum Dritten Reich vor allem mit seinem Werk zum ökonomischen Denken Lenins auf sich aufmerksam: Stanisław Swianiewicz: *Lenin jako ekonomista* [Lenin als Ökonom], Wilno 1930. Im Zweiten Weltkrieg in sowjetische Gefangenschaft geraten und nur durch Zufall den Massenerschießungen des NKWD von polnischen Gefangenen aus Starobel'sk, Kozel'sk und Ostaškov entgangen, erlangte er als Zeitzeuge und Zeuge in Prozessen sowie als Memoirenschreiber in den 1980er Jahren weltweite Berühmtheit, vgl. Stanisław Swianiewicz: *W cieniu Katynia* [Im Schatten von Katyń], Paryż 1976.

setzungen und revolutionären Umwälzungen von 1917 geworden. Swianiewicz hatte zudem bis 1917 in Moskau an der Universität Recht studiert. Als Legionäre gehörten sie in der Schlussphase des Ersten Weltkriegs den Piłsudski-nahen Truppen der Polnischen Militärorganisation (POW) an. Es sind vor allem Schriften und Dokumente aus dem Nachlass Sukiennickis, die im folgenden zweiten Teil des Beitrags analysiert werden und eine Antwort auf die Frage geben sollen, ob und in welchem Maße die Erfahrung vom Zusammenbruch der alten Gesellschaftsordnung, von Umbruch und Aufbruch für ihn, seine Umgebung und für sein späteres intellektuelles Schaffen von Bedeutung war.

### **Wiktor Sukiennicki: Zur Biografie**

„Als Sohn einer alleinstehenden Frau“ wurde Wiktor Sukiennicki 1901 in Aleksota in der Nähe von Kovno<sup>49</sup> geboren. Er wuchs – folgt man seinen autobiografischen Aufzeichnungen – in einfachen Verhältnissen auf, die von polnischem Patriotismus und einem lebendigen Familiengedächtnis an die Verbannung Familienangehöriger nach Sibirien geprägt waren. Sukiennickis Großvater etwa wurde auf diese Weise für seine Teilnahme am polnischen Aufstand von 1863 bestraft.<sup>50</sup> Gleiches soll Sukiennicki zufolge dem Urgroßvater sowie dem Bruder der Mutter widerfahren sein.

Sukiennickis eigene Biografie weist ebenfalls eine Vielzahl an Verbindungen zu Russland und zur späteren Sowjetunion auf. Nachdem er als polnischer Flüchtling in Rybinsk den Ersten Weltkrieg verbracht, dort die Schule besucht und vor Ort Gewalt und Terror infolge der Revolutionen 1917 miterlebt hatte, kehrte er als 17-jähriger in die Wilnaer Region zurück, um sich sogleich der Piłsudski nahestehenden Polnischen Militärorganisation (POW) anzuschließen. Stanisław Swianiewicz schreibt in einem Nachruf auf Sukiennicki, dass beide zur Generation derjenigen gehörten, die vor dem Erreichen der Unabhängigkeit Polens aufgewachsen und so am Kampf darum beteiligt gewesen seien.<sup>51</sup> Sukiennicki hingegen erwähnt in seinen Aufzeichnungen seine Rolle in der POW kaum; an seinen Sohn schreibt er nach dem Zweiten Weltkrieg: „[S]päter gab ich damit nicht an und ‚Karriere‘ machte ich damit ebenfalls nicht.“<sup>52</sup> Lediglich eine Anstellung an der neu gegründeten Wilnaer Universität und „ein paar Kreuze“ habe er als Veteran der POW dafür erhalten – Sukiennicki studierte schließlich in Wilna Jura.<sup>53</sup> Von Swianiewicz erfährt man, dass Sukiennicki über 1918 hinaus wohl bis 1920 militärisch ausgebildet wurde und in einer paramilitärischen Polizeieinheit der Regierung Mittellitauens bis 1921 zur Bekämpfung litauisch-nationalistischer Partisanen diente.<sup>54</sup>

49 Kaunas, gelegen im heutigen Litauen; polnisch Kowno, im Zarenreich offiziell Kovno genannt.

50 Vgl. Polish Institute and Sikorski Museum: Wiktor Sukiennicki. Najdawniejsze wspomnienia [Früheste Erinnerungen], kol. 214, j. 2, S. 4.

51 Vgl. Stanisław Swianiewicz: Wspomnienia o Wiktorze Sukiennickim [Erinnerungen an Wiktor Sukiennicki], in: *Zeszyty Historyczne* 66 (1983), S. 48-69, hier S. 48.

52 Polish Institute and Sikorski Museum: Wiktor Sukiennicki an Bohdan Sukiennicki, 7.12.1976, kol. 214, j. 2.

53 Ebenda.

54 Vgl. Swianiewicz, *Wspomnienia* (wie Anm. 51), S. 51.

Sukiennickis intellektuelles Schaffen vor allem in der Zwischenkriegszeit zeichnete sich durch eine bewusste Abwendung von einer Wissenschaft im Dienste von Politik oder im Dienste nationaler Unabhängigkeitsbestrebung und -legitimation aus, wie sie Rafał Stobiecki etwa für die Historiografie der Zwischenkriegszeit zu Russland festgestellt hat.<sup>55</sup> Der ab 1930 am Wilnaer Institut zur Erforschung Osteuropas tätige Jurist promovierte bereits 1927 in Paris zum Thema der Souveränität von Staaten im modernen Völkerrecht.<sup>56</sup> Darin stellte er das baldige Ende der souveränen Staaten in Aussicht – eine Annahme, die sich im unabhängig gewordenen Polen keiner besonderen Beliebtheit erfreute. Seinen landesweiten Durchbruch als Sowjetologe feierte Sukiennicki erst 1938 mit einem Werk zu Aufbau und Entwicklung des Herrschaftssystems der Sowjetunion, in dem er unter anderem die Sowjetunion als allumfassenden Ein-Parteien-Staat kennzeichnete.<sup>57</sup>

Nach dem Zweiten Weltkrieg, der für ihn mit einer sechsmonatigen Lagerhaft im Osten der Sowjetunion, verschiedenen Tätigkeiten als Ministerialangestellter ab 1942 für Polnisch-Sowjetische Angelegenheiten der Polnischen Exilregierung und etlichen Ortswechselln verbunden war, fand sich Sukiennicki zum Kriegsende zunächst in der Londoner Emigration, später in den USA wieder, um schließlich in den 1960er Jahren am Hoover Institute der Stanford University zu arbeiten. Dort entstand auch sein erst 1984 postum publiziertes zweibändiges Werk zum Ersten Weltkrieg in Ostmitteleuropa.<sup>58</sup> In einer Rezension im exilpolnischen Journal „Zeszyty Historyczne“ (Historische Hefte) wurde seine zweibändige Monografie als Beitrag zur Frage gefeiert, „wie Imperien zerfallen“ und sich aus diesen Nationalstaaten bildeten: „Aus den Forschungen Wiktor Sukiennickis lässt sich folgern, dass der Wunsch nach Unabhängigkeit und der Grad, darauf vorbereitet zu sein, über die Schicksale der Völker nach dem Zerfall des [russischen] Imperiums entschieden.“<sup>59</sup> Hatte Sukiennicki etwa mit seinem letzten Werk sein Lebensthema gefunden? Oder entsprang sein Interesse an der Periode des Zerfalls der europäischen Imperien zum Ende des Ersten Weltkriegs sowie an der Entstehung der kommunistischen Sowjetunion und des polnischen Nationalstaats einer nachträglichen Reflexion in einem anderen persönlicheren Kontext – dem Ergebnis einer „Erfahrungsaufschichtung“ und somit einer autobiografischen Transformation des Erlebten hin zur Erfahrung, wie Ulrike Jureit schreibt?

55 Vgl. Rafał Stobiecki: Comparing Polish Historiography on the Petersburg Empire: Second Republic – People’s Republic – Exile, in: Frank Hadler, Mathias Mesenhöller (Hrsg.): Vergangene Größe und Ohnmacht in Ostmitteleuropa. Repräsentationen imperialer Erfahrung in der Historiographie seit 1918, Leipzig 2007, S. 281-300, hier S. 296.

56 Vgl. Wiktor Sukiennicki: La souveraineté des états en droit international moderne, Paris 1927.

57 Vgl. Wiktor Sukiennicki: Ewolucja ustroju Związku Socjalistycznych Republik Radzieckich w świetle oficjalnych publikacji władzy radzieckiej [Die Entwicklung des Systems der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken im Licht der offiziellen Publikationen der sowjetischen Regierung], Wilno 1938, S. 38. Als Trilogie geplant, konnte lediglich der erste Band vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges publiziert werden, vgl. Polish Institute and Sikorski Museum, Sukiennicki, Russkij (wie Anm. 31), S. 3 f.

58 Vgl. Wiktor Sukiennicki: East Central Europe during the World War I. From Foreign Domination to National Independence, Boulder, CO 1984.

59 Michał Heller: Jak upadają imperia [Wie Imperien zerfallen], in: Zeszyty Historyczne 73 (1985), S. 209-211, hier S. 211.

### Russland und der Erste Weltkrieg in Sukiennickis Aufzeichnungen

In Sukiennickis Nachlass finden sich etliche autobiografische Zeugnisse und Erzählentwürfe vor allem aus der Zeit der 1970er und 1980er Jahre, als Sukiennicki an seinem Monumentalwerk zum Ersten Weltkrieg arbeitete. Publiziert wurden diese jedoch nicht. In dem Essay „Najdawniejsze Wspomnienia“ (Früheste Erinnerungen) etwa unternimmt er den Versuch einer Familiengeschichte vor dem Hintergrund der zaristischen Herrschaft bis 1914. So schreibt er über seine eigenen kindlichen Vorstellungen vom russischen Sibirien als einem abenteuerlichen und exotischen Land:

„Wenn ich seit meinen jüngsten Lebensjahren immer wieder von Sibirien hörte, wohin jede polnische Generation ihre besten Vertreter entsandte, begann ich dieses Land als etwas in der Art einer polnischen Provinz, oder als irgendeine polnische Kolonie zu erkennen. Trotz dessen, dass die Alten darüber immer in finsternen und erschreckenden Kontexten sprachen, lockte es mich als Land eines großen und geheimnisvollen Abenteuers an.“<sup>60</sup>

Sukiennicki betonte hier die familiäre und die eigene Verbindung zu Russland als Ort der Erinnerung. Während das russische Sibirien in seinen Beschreibungen als abenteuerlich und geheimnisvoll dargestellt wird, zeichnet Sukiennicki ein Erwartungsbild von St. Petersburg als Tor zur Welt. Anlässlich regelmäßiger Besuche eines Onkels aus der Reichshauptstadt in Litauen schreibt er: „Auf die Ankunft des Onkels warteten wir immer ungeduldig [...]. Er brachte einen Hauch von der ‚weiten Welt‘.“<sup>61</sup> Das russische Imperium wird in Sukiennickis Kindheitserinnerungen zur Erwartungsfolie einer weiten und geheimnisvollen Welt, der die Tristesse und Provinzialität der Lebenswirklichkeit in Kovno gegenübersteht.

Die Periode der Schulzeit in Kovno und die Zeit des Ersten Weltkriegs erzählt Sukiennicki in einem weiteren Essay mit dem prägnanten Titel „Bin ich Russe oder Pole?“. Der Essay befindet sich interessanterweise in einer polnischen und in einer leicht veränderten russischen Version unter den Papieren.<sup>62</sup> Darin unternimmt Sukiennicki den Versuch einer autobiografischen Verortung in den komplizierten polnisch-russischen Beziehungen des 20. Jahrhunderts. Die polnische Version ist mit einer längeren Einleitung versehen, die über die Schreibmotive Sukiennickis informieren soll. Darin weist er Tendenzen polnischer und russischer Historiker zurück, mit moralischen Maßstäben die russisch-polnischen Beziehungen zu bemessen, und sieht demgegenüber „die ‚rationale‘ Offenlegung von beiden Seiten begangener Fehler in den russisch-polnischen Beziehungen“ als Grundlage einer polnisch-

60 Polish Institute and Sikorski Museum, Sukiennicki (wie Anm. 52), S. 4.

61 Ebenda, S. 9.

62 Folgt man den Hinweisen im Text, lässt sich erkennen, dass der Aufsatz etwa drei Jahre vor Sukiennickis Tod entstanden sein muss. So finden sich in der polnischen Version Versatzstücke eines 1980 in der „Kultura“ publizierten Beitrags, der als Replik auf einen ebenfalls in der „Kultura“ abgedruckten Aufsatz von Piotr Wandycz erschien, vgl. Wiktor Sukiennicki: „Orientacja rosyjska“ a niepodległość (Głos w dyskusji) [Die „russische Orientierung“ und die Unabhängigkeit (Ein Beitrag zur Diskussion)], in: *Zeszyty Historyczne* 54 (1980), S. 158-167; Piotr Wandycz: *Orientacja rosyjska w polskiej walce niepodległościowej* [Die russische Orientierung im polnischen Unabhängigkeitskampf], in: *Zeszyty Historyczne* 51 (1980), S. 57-65.

russischen Verständigung.<sup>63</sup> Weiter macht er deutlich, dass es vor allem die eigenen privaten und beruflichen Russlanderfahrungen seien, die ihm erlaubten, sich zur Geschichte der polnisch-russischen Beziehungen jenseits jeglicher Moralisierung äußern zu dürfen – er betont also die eigene Zeitzeugenschaft.<sup>64</sup>

Der Aufsatz folgt dieser Prämisse und so wird das Zarenreich in Sukiennickis Lebenserzählung zwar als ein nationalisierendes Imperium dargestellt, dessen Russifizierungspolitik in Person des Lehrers Ul'janovskij auch Einzug in Sukiennickis Schule in Kovno hält.<sup>65</sup> Dennoch ist er darum bemüht, kein einseitiges Bild des russischen Imperiums zu zeichnen: Derselbe Lehrer, so erwähnt Sukiennicki später im Essay, habe Kontakte zu polnischen Bewohnern von Kovno gehabt und mit ihnen Polnisch gesprochen.

Ein ähnliches Muster nutzt Sukiennicki, wenn er von der Schulzeit im russischen Rybinsk während des Ersten Weltkriegs berichtet. So erzählt er, wie er von einem russischen Mitschüler auf seine geografische Herkunft angesprochen wird:

„Er fragte mich, woher ich stammte und, als ich sprach, aus Kovno, sagte er: ‚Das ist aber nicht Polen, sondern Russland und dort hat es niemals Polen gegeben und es wird auch keins mehr geben.‘ – ‚Und warum begrüßt du mich?‘ – ‚Ich dachte, Du wärst Pole.‘ – ‚Nun ja, ich bin Pole‘, sagte ich und wunderte mich, dass man mich so in Russland ansprach, denn ich glaubte, dass mir das in der Heimat verboten war und sein werde.“<sup>66</sup> Über die gleichen Mitschüler schreibt Sukiennicki schließlich: „Generell entwickelten sich meine Beziehungen zu den russischen Kollegen überaus gut. Sogar der täglich benutzte Beiname, um mich anzusprechen, ‚Pan‘, klang eher zärtlich als unangenehm; ich wurde von ihnen akzeptiert und fühlte mich unter ihnen ausgezeichnet.“<sup>67</sup>

In Sukiennickis autobiografischer Erinnerung ist also weniger die Suche nach der eigenen Identität Schwerpunkt der Diskussion – so wie es der Titel des Essays „Bin ich Russe oder Pole?“ suggeriert – als vielmehr das Problem von Unterdrückung nationaler Identität und deren Fremdwahrnehmung. Explizit und wiederholt thematisiert er das Verbot der öffentlichen Artikulation nationaler Zugehörigkeit, mit dem er als Kind, als Jugendlicher und später als Erwachsener mehrfach konfrontiert worden sei.

Der Zusammenbruch der zaristischen Herrschaft und die russischen Revolutionen von 1917 sind für Sukiennicki durchaus Daten von wichtiger Bedeutung – die Familie kehrt noch 1918 in das von den Deutschen besetzte Kovno zurück, wo Sukiennicki sein Abitur nachholt.<sup>68</sup> Dem Ende des Weltkriegs als Ende eines Zeitalters weist er in seinen Essays insofern eine Bedeutung zu, als das Erreichen der Unabhängigkeit Polens nach 1918 eng mit dem Zusammenbruch des Zarenreiches und mit dem Ende der russischen Unterdrückung Polens verknüpft ist. In Sukiennickis Wahrnehmung erhält dessen Ende also vorrangig die Symbolik eines Neubeginns.

63 Polish Institute and Sikorski Museum, Sukiennicki (wie Anm. 31), S. 1.

64 Vgl. ebenda.

65 Ebenda, S. 2.

66 Ebenda.

67 Ebenda.

68 Polish Institute and Sikorski Museum, Sukiennicki (wie Anm. 51).

Stärker als in seinen privaten Aufzeichnungen betont Sukiennicki in seinen publizierten Memoiren den Umbruch von 1918 und verleiht seiner Deutung eine patriotische und anti-russische Färbung. Dies geschieht freilich in der retrospektiven Vorwegnahme des Zweiten Weltkriegs und des anschließenden Exils als eines nahenden Unglücks. So äußert er sich über die Unabhängigkeit Polens und über die (eigene) Generation der Republikgründer:

„Erzogen in der Unfreiheit, in Ketten gefesselt“, stellten wir die Freiheit über alles andere. [...] Die Russen sahen wir in keinerlei Hinsicht als Autoritäten an. Wir wussten doch, was sie mit uns und unserem Land getan hatten, und viele von uns hatten mit eigenen Augen gesehen, was sie mit der Revolution taten. Hätte diese Revolution nicht in Russland, sondern irgendwo anders stattgefunden, dort, wo sie Marx vorgesehen hatte, hätte vieles anders ausgesehen. Aber mit Russland und den Russen gehen und sich unterordnen – niemals.“<sup>69</sup>

Dieses Zitat macht die Vielschichtigkeit von Sukiennickis Erinnerung an die eigenen Erfahrungen während des Ersten Weltkriegs und der Russischen Revolution besonders deutlich: Die Erinnerung an Russland wird von der Erfahrung der Revolution und mehr noch der Lagerhaft im Zweiten Weltkrieg sowie des erzwungenen Exils überformt oder – um im Sprachduktus von Jureit zu bleiben – aufgeschichtet. In diesem Bild erscheint der Moment der Gründung des polnischen Staates als ein generationell identitätsstiftendes Element, und es bleibt zu fragen, wie weit der Rahmen einer solchen kollektiven Selbstverortung zu ziehen ist: Finden sich ähnliche Äußerungen auch in Memoiren und Aufzeichnungen früherer Kollegen und Studierender Sukiennickis? Zugleich deutet sich in jenem Zitat eine ambivalente Haltung zum kommunistischen Russland an. Wie wirkte sich eine solche Haltung Sukiennickis auf ihn und sein Umfeld im antikommunistisch geprägten Polen in der Zwischenkriegszeit aus, und wie erinnerte er in der Zeit des Kalten Kriegs im amerikanischen Exil daran?

### **Das Milieu des „NBIEW“: Vom Scheitern einer Generation und ihrer Utopie**

Sukiennicki beschreibt die ersten Jahre der Zwischenkriegszeit in seinen Aufzeichnungen als Periode beruflichen Aufstiegs, politischen und gesellschaftlichen Engagements. Mehr als die Jahre nach 1918 waren für ihn die 1930er Jahre eine Periode von Unwägbarkeiten. Die nationalistische Stimmung in Wilna und die Anschuldigungen des Wilnaer Instituts beschreibt er unter anderem in dem Band „Legende und Wirklichkeit“ von 1967. Darin widmet er sich der eigenen Tätigkeit an der Wilnaer Universität, den Problemen des Osteuropa-Instituts

69 Wiktor Sukiennicki: *Legenda i rzeczywistość. Wspomnienia i uwagi o dwudziestu latach Uniwersytetu Stefana Batorego w Wilnie* [Legende und Wirklichkeit. Erinnerungen und Bemerkungen über zwanzig Jahre Stefan-Batory-Universität in Wilno], Paryż 1967, S. 24. Das von Sukiennicki gekennzeichnete Zitat ist ein Auszug aus dem 11. Buch des „Pan Tadeusz“ von Adam Mickiewicz: „In Unfreiheit geboren, in Ketten gefesselt / hatte ich nur einen Frühling in meinem Leben“ [Urodzony w niewoli, okuty w powiciu, Ja tylko jedną taką wiosnę miałem w życiu] (Adam Mickiewicz: *Pan Tadeusz czyli ostatni zajazd na Litwie* [Herr Tadeusz oder die letzte Fehde in Litauen], Paryż 1834, S. 213).

und der dort Arbeitenden und Studierenden in der Zwischenkriegszeit. Seine Erzählungen möchte er nicht ausschließlich als persönliche Erinnerungen verstanden wissen, sondern als allgemeinere Bemerkungen zu „vielen Problemen der zwanzig Jahre des unabhängigen Polens“, unter anderem zum „Tabu“ der östlichen Gebiete Polens in der Volksrepublik.<sup>70</sup> In seinen privaten Erinnerungen deutet er bereits an, dass die Veröffentlichung seiner Monografie zum System der Sowjetunion in Polen 1938 als „prosowjetisch“, als zu „objektiv“ und überhaupt von den „polnischen Machthabern nicht besonders freundlich aufgenommen“ worden sei.<sup>71</sup> In einem Schreiben von 1966 an eine ehemalige Studentin, Nika Wohlman, skizziert er diese Phase ausführlicher und schreibt resigniert über die Entwicklung in Polen in den 1930er Jahren:

„[I]ch war leider subjektiv und objektiv in Wilna ein ‚Nichts‘ [...]. Vielleicht wissen Sie das nicht, [...] dass man mir mehrfach mit dem ‚Rauswurf‘ oder mit der ‚Schließung‘ gedroht hatte, dass ich im Grunde damals in einer ‚inneren Emigration‘ [war] [...]. Obwohl ich niemals poetische Ambitionen hatte, hatte auch ich eigentlich seinerzeit in Wilna das unterbewusste Gefühl von der ‚Ankunft des Feindes‘ und vom Ende meiner – unserer – Welt. Deshalb zog ich mich in den letzten Jahren vor dem September [1939; M. M.-B.] von der großen sogenannten politisch-gesellschaftlichen Arbeit zurück und entschied mich für das eigene ‚Vergnügen‘.“<sup>72</sup>

Mit diesen Worten bringt Sukiennicki seine Frustration über das Scheitern einer Zukunftsvorstellung zum Ausdruck, deren Kern genauer erfragt werden muss. Er gehörte in der Zwischenkriegszeit einem Milieu von Wilnaer Intellektuellen an, die in den 1920er Jahren an der gesellschaftlichen Realität Polens mit linksliberalen Ideen gestalterisch mitzuwirken versucht hatten, jedoch angesichts der vorgefundenen Realität in den 1930er Jahren zunehmend resignierten. Interessanterweise war das 1930 gegründete Osteuropa-Institut ein Sammelbecken für Vertreter dieser Strömungen und sollte sich für die dortigen Studentinnen und Studenten in einer von antikommunistischen und nationalistischen Stimmungen geprägten Öffentlichkeit zunehmend als geschützter Raum erweisen.

In der Wilnaer Öffentlichkeit wurde das Institut Nika Wohlman zufolge „entweder als Keimträger des Kommunismus und als Brutstätte für zukünftige Rebellen oder als Vertretung der Zweiten Abteilung [des Generalstabs der Polnischen Armee; M. M.-B.] und als Akademie für Agenten der Spionageabwehr wahrgenommen“<sup>73</sup>. Wiederholt wurde das Institut der Verbreitung kommunistischer Propaganda und seine Angestellten der „umstürzlerischen, antistaatlichen und antireligiösen Tätigkeit“ beschuldigt.<sup>74</sup> Die Anschuldigungen kulminierten schließlich im Prozess gegen Henryk Dembiński, einem Studenten am Wil-

70 Sukiennicki, *Legenda* (wie Anm. 68), S. 8.

71 Sukiennicki (wie Anm. 57), S. 4.

72 Polish Institute and Sikorski Museum: Wiktor Sukiennicki an Nika Wohlman, 18.1.1966, kol. 214, j. 4. Die Formulierung von der „Ankunft des Feindes“ geht auf einen gleichnamigen Gedichtband von Jerzy Zagórski aus dem Jahr 1934 zurück, vgl. Jerzy Zagórski: *Przyjście wroga*. Poemat baśń [Die Ankunft des Feindes. Ein Märchenpoem], Warszawa 1934.

73 Polish Institute and Sikorski Museum: Nika Wohlman: *Razem młodzi przyjaciele czyli filomaci rok 1935* [Gemeinsam junge Freunde. Die Philomaten von 1935], kol. 214, j. 2, S. 1.

74 Ebenda.

naer Osteuropa-Institut und Aktivisten in katholischen und kommunistischen Kreisen, der 1937 wegen kommunistischer Verschwörung zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wurde.<sup>75</sup> Auch Sukiennicki beschreibt die Wahrnehmung des Instituts in der Zwischenkriegszeit als „Keimzelle des Kommunismus“ einerseits und als „Schule oder Institution der ‚Spionage‘“ andererseits.<sup>76</sup> In „Legende und Wirklichkeit“ gibt er weiter an, dass es daraufhin zu Inspektionen am Institut gekommen sei, betont aber, dass diese ihn in keiner Weise an der Arbeit gehindert oder gar zur Zensur von Publikationen geführt hätten.<sup>77</sup> Unterschieden habe sich das Institut von der restlichen Forschung zur Sowjetunion in Polen vor allem dadurch, dass es kein antikommunistisches Programm wie das Warschauer Institut verfolgt, sondern als „Wissenschaftliches Institut zur Erforschung der Sowjetunion (hauptsächlich) und der baltischen Länder (zusätzlich)“ eine auf Quellen fundierte und möglichst objektive Sichtweise auf die Sowjetunion zu entwickeln versucht habe.<sup>78</sup> Wohlman definiert die Forschungs idee des Instituts als „progressiven Objektivismus“, der weder eine Sichtweise der Sowjetunion als eines roten Zarenreichs im Gefolge Jan Kucharzewskis vertreten, noch die Sowjetunion gar als „Vaterland des Proletariats“ verherrlicht habe.<sup>79</sup>

In der Beschreibung des Instituts und seiner Rolle in der Wilnaer Öffentlichkeit ähneln sich Sukiennickis und Wohlmans Erinnerungen sehr. Beide gehen in ihren Memoiren auch auf die politische Gesinnung der Dozenten und Studentinnen und Studenten ein und geben Aufschluss über den Zusammenhang zwischen der ideellen Ausrichtung des Instituts und den politischen Ideen seiner Vertreter. Formulierungen von der „politisch-gesellschaftlichen Arbeit“ weisen darauf hin, dass den Wilnaer Sowjetologen an mehr als einer bloß akademischen Auseinandersetzung mit Russland und der Sowjetunion gelegen war.<sup>80</sup> Anscheinend speiste sich Sukiennickis politische Orientierung und die eines großen Teils der Dozenten und Studenten am Wilnaer Institut zumindest zu Teilen aus der – wenngleich distanzierten – Faszination am „Experiment“ Sowjetunion sowie aus dem politischen Denken linker und agrarischer Bewegungen, was sich in den politischen Konzepten und Ideen Sukiennickis und seiner Schülerinnen und Schüler niederschlug. Diese Tendenz bildete sich auch in dessen Tätigkeit als Gründer und Vorsitzender einer kleinen, linksgerichteten Organisation Studierender ab.<sup>81</sup>

75 Ausführlicher dazu vgl. Włodzimierz Korowajczyk: *Od kruchty do komuny – wileńskie manowce Henryka Dembińskiego* [Vom Kirchentor zum Kommunismus – die Wilnaer Bahnen des Henryk Dembiński], in: *Arcana* 45 (2002), S. 135-142.

76 Sukiennicki, *Legenda* (wie Anm. 68), S. 39.

77 Vgl. ebenda.

78 Ebenda, S. 38.

79 Polish Institute and Sikorski Museum, Wohlman (wie Anm. 72), S. 1. Mit dem Verweis auf Kucharzewski ist dessen siebenbändiges (!) Werk „Vom weißen zum roten Zarentum“ gemeint, das sich durch seine antikommunistische Sichtweise auf die Sowjetunion auszeichnet. In diesem wird die Annahme entwickelt, die Sowjetunion sei eine moderne Spielart des russischen Despotismus und Imperialismus und stelle eine Bedrohung für Europa dar, vgl. Jan Kucharzewski: *Od białego do czerwonego caratu* [Vom weißen zum roten Zarentum], Warszawa 1923–1935.

80 Polish Institute and Sikorski Museum, Wohlman (wie Anm. 72).

81 Sukiennickis Frau Halina berichtet in einer Kurzbiografie über ihren Mann neben dessen Tätigkeit als Mitglied in der links-agrarischen Partei „Stronnictwo Ludowe, Wyzwolenie“ (Volkspartei „Befreiung“) von dessen Engagement als Vorsitzender des Wilnaer Philomatenbundes. So habe sich Sukiennicki beispielsweise für die gleichberechtigte Behandlung jüdischer und anderer

Interessanterweise findet sich in Sukiennickis Nachlass neben etlichen anderen Erzählungen ein Aufsatz von Nika Wohlman mit dem bezeichnenden Titel „Gemeinsam junge Freunde. Die Philomaten von 1935“, in dem sie von der Existenz der Gruppe und deren Tätigkeit am Wilnaer Osteuropa-Institut berichtet.<sup>82</sup> Auch sie betont die innere Solidarität, die weltanschauliche Toleranz, die gemäßigt linke Weltanschauung und die kleine Mitgliederzahl der von ihr beschriebenen Gruppe.<sup>83</sup> Anders als Sukiennicki stellt sie jedoch einen expliziten Zusammenhang zum Wilnaer Osteuropa-Institut und der dort angesiedelten Schule für Politikwissenschaften her: Die Gruppe habe sich aus Hörern des Instituts zusammengesetzt, zudem habe die Vereinigung Institutsräume für Sitzungen genutzt.<sup>84</sup> Anhand dieser autobiografisch gefärbten Erinnerungen entwirft Wohlman ein Milieu zweier intellektueller Generationen mit Swianiewicz sowie Sukiennicki als „Meistern“ auf der einen Seite und einem Kreis von Studierenden auf der anderen Seite, der sich aus Frauen und Männern unterschiedlicher nationaler und religiöser Herkunft zusammensetzte. Sie beschreibt die Personen – „Juden, Kommunisten und Żagaristen“ (gemeint ist die literarische Gruppierung der *żagary*) – als eine Gruppe, die an einer intellektuellen und literarischen Verarbeitung der gesellschaftlichen und politischen Phänomene und Probleme ihrer Zeit, etwa der nationalistischen Stimmung in Wilna, der Bedrohung Polens durch die Sowjetunion und der Unterdrückung linker Ideen in Polen interessiert war.<sup>85</sup> Mehrfach heben Wohlman, Sukiennicki, aber auch Swianiewicz in einem Nachruf auf Sukiennicki das besondere Verhältnis und den wechselseitigen Bezug zwischen der Generation der Älteren – der des „Meister[s]“ (Wohlman), die in einer Zeit aufwuchs, in der „Polen und das Polentum verboten waren“<sup>86</sup> (Sukiennicki) und in den Reihen der POW die Unabhängigkeit erkämpfte (Swianiewicz)<sup>87</sup> – und der so genannten zweiten Generation hervor.<sup>88</sup> Sukiennicki zufolge habe sich letztere von der ersten darin unterschieden, dass sie das unabhängige Polen als Normalität und nicht als Erfordernis empfand:

„Die Mehrheit von uns hatte das Polnische nie systematisch gelernt und keine Schule konnte uns die Meisterwerke und Ideale der polnischen Literatur verleiden oder

nichtpolnischer Nationalitäten eingesetzt, vgl. Polish Institute and Sikorski Museum: Halina Sukiennicka: *Życiorys Wiktora Sukiennickiego* [Wiktor Sukiennickis Lebenslauf], 10.4.1984, kol. 214, j. 2. Zum Philomatenbund finden sich auch Anmerkungen in Sukiennickis „Legende und Wirklichkeit“. Die Vereinigung wollte an die Tradition studentischer Selbsthilfeorganisationen in Wilna zu Beginn des 19. Jahrhunderts anknüpfen und verfolgte das Ziel, im ländlichen und im Arbeitermilieu Bildungsarbeit zu leisten. Von administrativer Seite der Universität wurde dieses egalitäre Vorhaben abgelehnt, vgl. Sukiennicki, *Legenda* (wie Anm. 68), S. 25 f.

82 Vgl. Polish Institute and Sikorski Museum, Wohlman (wie Anm. 72).

83 Vgl. Ebenda: Nika Wohlman: *To co mi zostało z tych lat* [Was mir aus jenen Jahren blieb] (1977), kol. 214, j. 4, S. 3. Diese Erinnerungen veröffentlichte sie in Auszügen und ergänzt um weitere Erinnerungen 1994 in der Zeitschrift „Kultura“: Nika Kłosowska-Wohlman: *Fragmenty wspomnień* [Erinnerungsfragmente], in: *Kultura* 103 (1994), S. 154-170.

84 Vgl. Polish Institute and Sikorski Museum, Wohlman (wie Anm. 72), S. 2.

85 Ebenda, S. 3. Gemeint sind die „Żagary“ (umgangssprachlich, deutsch etwa Geäst, Reisig), eine Gruppe von Wilnaer Literaten in den 1930er Jahren.

86 Sukiennicki, *Legenda* (wie Anm. 68), S. 52.

87 Swianiewicz, *Wspomnienia* (wie Anm. 53), S. 48.

88 Sukiennicki, *Legenda* (wie Anm. 68), S. 52.

sogar vermiesen. Dem Vaterland beraubt, kämpften wir [...] um das ideale Polen der ‚gläsernen Häuser‘; wir wussten auch, dass ‚Krakau nicht mit einem Mal erbaut worden war‘ und wir verloren Geduld und Glauben lange nicht. Sie [die zweite Generation; M. M.-B.] aber fanden Polen als das vor, was es war, und sie behandelten es als einen ‚normalen‘ Staat, der nicht notwendigerweise besser war als andere.“<sup>89</sup>

Die zweite Generation wird von Sukiennicki als eine gewöhnliche Generation beschrieben, der er letztlich die eigene, welche die Unabhängigkeit errang, den Aufbau eines besseren Polens erträumte und teilweise realisierte, als außergewöhnliche Generation entgegenstellt. Den Jüngeren wirft er vor, ihre politischen Überzeugungen „in cineastischem Tempo“ für eine bessere Karriere geopfert zu haben.<sup>90</sup> Mit der Aussage von den gläsernen Häusern verweist er auf die gleichnamige Metapher des Schriftstellers Stefan Żeromski aus dem Roman „Vorfrühling“, der mit dieser Formulierung die Hoffnung auf ein besseres, wirtschaftlich und sozial gerechteres Polen zum Ausdruck brachte.<sup>91</sup>

Ähnlich und etwas allgemeiner, wenngleich mit umgekehrten Schlussfolgerungen, skizziert Sukiennickis ehemaliger Kollege am Institut, Stanisław Swianiewicz, rückblickend in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg das Problem zwischen der Generation der Republikgründer und denjenigen, die nach dem Ersten Weltkrieg in Polen aufgewachsen waren:

„Die Elite der POW-Legionäre, die den Kern der Regierungen nach dem Mai [gemeint ist der Umsturz vom Mai 1926; M. M.-B.] bildete, begann zu Beginn der dreißiger Jahre das Fehlen einer im unabhängigen Polen aufgewachsenen Generation zu bemerken, die die Fortführung der Ideale des Kampfes um die Unabhängigkeit vom Beginn des 20. Jahrhunderts hätte repräsentieren können. [...] Dabei ging es nicht nur darum, diese beizubehalten, sondern ebenso um eine Vision Polens im Geist der alten Ideale, aber in der neuen Lage eines unabhängigen Staates.“<sup>92</sup>

Mit dieser Deutung der Generationsproblematik in der Zweiten Republik äußert sich Swianiewicz weitaus selbstkritischer als Sukiennicki. Er bescheinigt letztlich den Gründern, dass ihnen die Weitergabe eines Verständnisses von Polen als einem unabhängigen, demokratischen und liberalen Staat an eine jüngere Generation in der Zwischenkriegszeit nicht gelungen sei und man sich so von den „alten Ideale[n]“ habe verabschieden müssen. Aus dem Nachruf Swianiewiczs auf Sukiennicki geht hervor, dass er darunter das frühneuzeitliche, jagiellonische Polen-Litauen verstand, das ihm als Modell eines modernen und demokrati-

89 Ebenda.

90 Ebenda, S. 53.

91 Żeromskis Roman erzählt von der Vertreibung und der Flucht des jungen Polen Cezary Baryka aus seinem Geburtsort Baku und seiner Ankunft in Warschau nach dem Ersten Weltkrieg. Nach der Teilnahme als Freiwilliger am Polnisch-Sowjetischen Krieg zeigt sich der Sozialist Baryka zunehmend enttäuscht von der polnischen Wirklichkeit, die so gar nicht zu den utopischen Skizzen seines Vaters im Exil von den „gläsernen Häusern“ Polens passt. Barykas Biografie weist durchaus Parallelen zu der Sukiennickis auf. Vgl. Stefan Żeromski: *Przedwiośnie* [Vorfrühling], Warszawa 1924.

92 Stanisław Swianiewicz, zit. in: Kornat (wie Anm. 47), S. 54.

schen polnischen Staates diene, in dem Vielsprachigkeit und Multiethnizität toleriert und die litauisch-polnische Koexistenz realisiert werden könnten.<sup>93</sup>

### **Katastrophismus, *Żagary* und das Wilnaer *sowjetoznawstwo***

In Sukiennickis und Wohlmans Korrespondenzen finden sich vielfach Äußerungen und Referenzen zu den *Żagary*, wenn es darum geht, die frühe Nachkriegszeit und die Zeit der 1930er Jahre rückblickend zu bewerten. Bei den *Żagary* (umgangssprachlich, etwa Geäst oder Reisig) handelte es sich um eine zu Beginn jener Dekade gegründete Gruppe linker und liberaler Literaten um Czesław Miłosz, Teodor Bujnicki und Jerzy Zagórski, die allesamt als Hörer am Osteuropa-Institut tätig waren und der Generation der nach der Jahrhundertwende Geborenen entstammten. Aus den hier analysierten Aufzeichnungen Wohlmans wird ersichtlich, dass die Generation der Jüngeren die geopolitische Gemengelage und die gesellschaftlichen Probleme in Wilna und der Polnischen Republik bewusst wahrnahm; der Sowjetunion als östlichem Nachbar Polens wies sie in der Auseinandersetzung mit der eigenen Zeiterfahrung große Bedeutung zu. Die literarischen Versuche der *Żagary* zeichneten sich durch eine Reaktion auf die Erfahrung des Ersten Weltkriegs und auf die tief empfundene Krise in Europa in Erwartung des nahenden Untergangs der westlichen Welt angesichts der Bedrohung durch die Revolution in Russland und die faschistischen Bewegungen in Westeuropa aus. Ihr Schreiben stellte auch eine Auseinandersetzung mit dem katastrophistischen Denken westlicher (Oswald Spengler, José Ortega y Gasset) und östlicher Philosophen und Schriftsteller (Marian Zdziechowski, Nikolaj Berdjajev) dar.<sup>94</sup>

Sukiennicki und Wohlman referieren wiederholt auf ähnliches Denken der *Żagary* und ihrer Vorgänger und deuten mit deren Ideen die eigenen Erfahrungen aus einer rückblickenden Perspektive. So finden sich in folgendem Zitat über die Studienzeit von Sukiennicki in Paris in den 1920er Jahren katastrophistische Äußerungen:

„Während ich mich zu jener Zeit in einem sehr radikalen Umfeld aufhielt, glaubte ich, dass die ‚alte Welt‘ bereits am Ende sei, und ich war gespannt, wie sie wirklich aussah, nicht in unseren Peripherien, sondern im Zentrum selbst. Besonders Paris, das damalige Babylon, zog mich damals an, die ‚Hauptstadt der bourgeoisen Welt‘.“<sup>95</sup>

Mit dem Babylon-Gleichnis und der Äußerung vom Ende der westlichen Welt ordnet sich Sukiennicki implizit in die historiosophischen Untergangsszenarien jener Zeit ein. Einen expliziten Bezug zu den *Żagary* stellt er hingegen im bereits oben vorgestellten Zitat her, wenn er 1966 in einem Schreiben an Wohlman mit Bezug auf Jerzy Zagórskis „Die Ankunft des Feindes“ die späte Zwischenkriegszeit beurteilt: „Obwohl ich niemals poetische Ami-

93 Vgl. Swianiewicz, *Wspomnienia* (wie Anm. 53), S. 52, 57.

94 Vgl. Krzysztof Zajas: *Modlitwa o światło. Żagaryści a katastrofizm* [Ein Gebet um Erleuchtung. Die *Żagaristen* und der Katastrophismus], in: Tadeusz Bujnicki, Krzysztof Biedrzycki u.a. (Hrsg.): *Żagary. Środowisko kulturowe grupy literackiej* [*Żagary. Das kulturelle Milieu der literarischen Gruppe*], Kraków 2009, S. 92-112, hier S. 101 f.

95 Sukiennicki, *Legenda* (wie Anm. 68), S. 30.

bitionen hatte, hatte auch ich eigentlich seinerzeit in Wilna das unterbewusste Gefühl von der „Ankunft des Feindes“ und vom Ende meiner – unserer – Welt.“<sup>96</sup> Zagórskis Werk und die Prosa von Miłosz, Bujnicki und anderen stellen auch in Wohlman's Erinnerung einen wichtigen Bezugspunkt dar, um die Stimmung in Wilna und die Erfahrung gesellschaftlicher Marginalisierung zu beschreiben:

„Wir alle fühlten die von überall heranziehenden Wolken, die die Mauern der Rückständigkeit [*murzy ciemnogrodu*] umschlossen. [...] Zagórski, der Apokalyptiker, sagte das Ende der Welt voraus. Dorek [Teodor Bujnicki; M. M.-B.] schrieb neben sentimentalischen Versen scharfe Satiren. Miłosz [Czesław Miłosz; M. M.-B.] [...] konnte die Vision von der Katastrophe mit der Schönheit der Welt verbinden.“<sup>97</sup>

Hier zeigt Wohlman, dass der Fatalismus, der in Sukiennickis und ihren eigenen Schriften in den 1960er Jahren zum Ausdruck kommt, nicht nur einer retrospektiven Lesart der dem Zweiten Weltkrieg vorausgegangenen Ereignisse entsprang, sondern mindestens ebenso einer zeitgenössischen Empfindung und einem Lebensgefühl im Wilna der 1930er Jahre. Mit dem Verweis auf die „Mauern der Rückständigkeit“ macht sie deutlich, dass der so skizzierte Katastrophismus keiner bloß fatalistischen Sehnsucht oder einer Endzeitphantasie entsprang, sondern durchaus gesellschaftskritische Momente der Forderung nach Erneuerung besaß. Diese Stimmung griffen just jene Schriftsteller auf, die als „Schüler“ Sukiennickis mit dem Wilnaer Osteuropa-Institut verbunden waren.

In der hier analysierten Erinnerung und der Memoirenliteratur jedoch dient deren Denken der Konstruktion einer transgenerationellen Erinnerungsgemeinschaft an das Wilna der Zwischenkriegszeit im Exil. Aus der Zusammenschau der Erinnerungen und Korrespondenzen zwischen Sukiennicki und Wohlman ergibt sich letzten Endes ein Panorama des Milieus am Wilnaer Osteuropa-Institut der Zwischenkriegszeit. Dieses Panorama ist geprägt von dem Zusammenspiel der Vertreter zweier Generationen eines linksliberalen Denkens, wie es Wohlman entwirft. Wohlman und Sukiennicki verbindet das Motiv der Marginalisierung entlang des politischen Spektrums von links und von rechts sowie das Motiv einer resignativ-katastrophistischen Weltanschauung, die sich aber nach dem Zweiten Weltkrieg für die retrospektive Deutung der Zwischenkriegszeit aus dem Exil heraus vorzüglich eignete. Aus den vorgestellten Textauszügen spricht nicht zuletzt auch die Enttäuschung über das Scheitern einer polnischen Utopie des dritten Wegs jenseits nationalistischer Selbstüberhöhung und Anbiederung an die sowjetische Form des Kommunismus angesichts der Ost-West-Polarisierung zur Zeit des Kalten Krieges.

96 Polish Institute and Sikorski Museum, Sukiennicki (wie Anm. 31). Die Formulierung von der „Ankunft des Feindes“ geht auf einen gleichnamigen Gedichtband von Jerzy Zagórski aus dem Jahr 1934 zurück, vgl. Zagórski, *Przyjście* (wie Anm. 71).

97 Polish Institute and Sikorski Museum, Wohlman (wie Anm. 72).

## Fazit und Ausblick

1966 berichtet Sukiennicki in einem Brief ins argentinische Exil an einen früheren Studenten der Wilnaer Universität, Włodzimierz Toczyłowski, über seine Wahrnehmung der Zwischenkriegszeit. Darin äußert er sich über die Jahre von 1917 bis 1920 als einer Zeit, in der „sich die tragischen Knoten verbanden, die letzten Endes unsere Welt und unser Leben völlig erdrückten.“ In der Rückschau sind es jene Jahre während des Weltkrieges und kurz danach, die ihm zufolge sein Interesse am sowjetischen Staat, „in dessen feindseliger Umgebung und Schatten uns zu leben zufiel“, geweckt hatten.<sup>98</sup>

In dem Zitat, das diesem Beitrag vorangestellt ist, erinnert sich Sukiennicki an das Ende des Ersten Weltkriegs und die ersten Jahre der Polnischen Republik als den Beginn einer Ära, die zwangsläufig in eine nationale und persönliche Katastrophe mündete. Dem apologetischen Prinzip autobiografischer Beschreibungen folgend, ist er bemüht, das eigene biografische Erleben rückblickend sinnvoll zu bewerten und zu rechtfertigen.<sup>99</sup> Das sowjetische Russland wird in seiner Beschreibung im Brief entsprechend als statisches Feindbild skizziert – die eigene Faszination am „Experiment“ Sowjetunion in der Zwischenkriegszeit kommt in dieser Beschreibung nicht mehr vor und verblasst angesichts der späteren biografischen Erfahrungen.

Die Analyse der privaten und publizierten Memoiren Sukiennickis kann zeigen, dass der in Sukiennickis Schreiben an Toczyłowski offerierte Blick das Ergebnis einer vielfach veränderten und von jeweiligen aktuellen Kontexten abhängigen Reflexion ist. In diesem Sinne sind Sukiennickis Erinnerungen in seinem Nachlass oder in „Legende und Wirklichkeit“ Zeugnisse einer frustrierenden Exilerfahrung zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien. Zugleich stellen sie ein an die Lebenswirklichkeit des polnischen Exils in Paris, New York und Buenos Aires angepasstes Deutungsangebot von der Zeit der polnischen Staatsgründung bis zu dessen Ende und darüber hinaus dar.

Dies wird ebenso deutlich, wenn man private und publizierte Erinnerungen vergleichend betrachtet. Während Sukiennicki in den publizierten Memoiren die eigene Zugehörigkeit zur Generation der Republikgründer betont, dabei insbesondere auf die Geschichte der Wilnaer Philanthropie und, wenngleich deutlich distanzierter, auf die eigene Militärzeit in den Reihen der POW Bezug nimmt, verharren die privaten Erinnerungen in einer stärker resignativ konnotierten Deutung der eigenen Biografie. Die Militärzeit ist dort für ihn ein eher unangenehmes Kapitel (etwa in seinem Brief an den Sohn), und das Element der Enttäuschung über das Nichterreichte tritt in seinen privaten Aufzeichnungen stärker zutage. Auch das Bild vom russischen Imperium ist hier, wenn auch nicht positiver, so doch um einiges abwechslungsreicher, als es in seinen Memoiren und etlichen Beiträgen für die „Kultura“ und nicht zuletzt in seinem letzten Buch zum Ersten Weltkrieg der Fall ist.

98 Sukiennicki, Schreiben (wie Anm. 2).

99 Alexis Hofmeister zufolge interpretierten insbesondere Autobiografien nach dem Zerfall der russischen und osmanischen Reiche diese vom Ende her als Überwindungsgeschichte und bedienten darüber hinaus vor allem nostalgische Bedürfnisse, vgl. Alexis Hofmeister: Imperiale Selbstbeschreibungen? Jüdische Autobiographik aus dem Russischen und Osmanischen Reich, in: Guido Hausmann, Angela Rustemeyer (Hrsg.): Imperienvergleich. Beispiele und Ansätze aus osteuropäischer Perspektive, Wiesbaden 2009, S. 269-291, hier S. 269.

Mithilfe der Analyse des späten Schreibens Sukiennickis lassen sich konkrete Aussagen über die Zusammenhänge von (auto-)biografischem Bruch und gesellschaftlichen Brüchen infolge des Ersten Weltkriegs und des Zerfalls des russischen Imperiums treffen. Beide Brüche überlappen sich, wenngleich sie in Sukiennickis Bewertung kaum miteinander identisch sind. Stattdessen entsteht das Bild eines Ersten Weltkriegs, der die Zwänge der alten gesellschaftlichen Ordnung sprengte und der Generation um die Jahrhundertwende Geborenen ein Fenster von politischen Ideen und Möglichkeiten eröffnete. Mit dem neu entstandenen polnischen Staat bot sich ein – wenngleich zeitlich beschränktes – Forum alternativer Gesellschaftsentwürfe, die im Vorfeld und während des Weltkrieges marginalisiert und unterdrückt worden waren. In diesem Sinne ließe sich in Anlehnung an Mannheim von einer „Schicksalsgemeinschaft“ sprechen, wobei es sich weniger um eine Erfahrungsgemeinschaft als um eine in der Memoirenliteratur des polnischen Exils kreierte Erinnerungsgemeinschaft handelt, die für sich in Anspruch nimmt, die nachkommenden Generationen zu überragen. In dieser generationellen Lesart werden etwa von Sukiennicki, aber auch von Swianiewicz die überwältigenden Ereignisse des Ersten Weltkriegs und der anschließenden Staatsgründung sowie die schwierige Tätigkeit des Wilnaer Osteuropa-Instituts in der Zwischenkriegszeit strukturiert.

Einem ähnlichen Wandel unterliegt auch das Bild der Sowjetunion. Aus den Erinnerungen geht hervor, in welchem Spannungsfeld sich die Wilnaer Sowjetologen in der Zeit bis 1939 befanden; Vorstellungen alternativer sozialistischer Gesellschaftsmodelle jenseits des sowjetischen, aber auch jenseits des Nationalen wurden in der Zwischenkriegszeit immer weniger verhandelt, ihre Vertreter unterlagen einer gesellschaftlichen Marginalisierung. Lediglich das katastrophistische Denken der Wilnaer Literaten bot Anknüpfungspunkte für eine neue, grundlegende Kritik an gesellschaftlichen Problemen, an der Sukiennicki selbst anscheinend nur passiv Anteil nahm. Jedoch wäre die Formierung eines solchen Denkens ohne die Vertreter des Wilnaer Osteuropa-Instituts und ohne die Nähe Wilnas zur Sowjetunion nicht denkbar gewesen. Nach der Erfahrung des Zweiten Weltkriegs, des Überfalls der Sowjetunion auf Polen und nach Sukiennickis Lagererfahrung wurde dieses Denken schließlich zur wahr gewordenen Prophezeiung vom „Ende meiner – unserer – Welt“<sup>100</sup>.

Schließlich zeigt die Analyse von Korrespondenzen und Ego-Dokumenten das Potential einer Erfahrungsgeschichte für die Erforschung der Geschichte der polnischen Sowjetologie im 20. Jahrhundert nicht zuletzt angesichts des Fehlens verloren gegangener oder infolge des Zweiten Weltkriegs vernichteter Archivalia auf. Ego-Dokumente und Korrespondenzen können alternative Deutungsschichten der Geschichte des 20. Jahrhunderts seitens polnischer Sowjetologen freilegen, bedürfen dabei jedoch einer kritischen Betrachtung des Entstehungskontexts. Die gezeigte Diskrepanz in Sukiennickis privaten und publizierten Schriften verweist dabei auf die eigenen Erwartungen sowie auf jene der exilpolnischen Öffentlichkeit und deckt so auf, was im polnischen Exil der 1960er Jahre erinnenswert und erzählbar schien und was nicht. Die Deutungsgrenzen eines solchen erfahrungsgeschichtlichen Ansatzes verlaufen jedoch genau dort, wo eine qualitative Auseinandersetzung auf Fragen der Repräsentativität trifft. Inwiefern der Fall Sukiennicki symptomatisch für die Biografien anderer polnischer Sowjetologen steht, bleibt weiter zu erforschen. Die Geschichte der polnischen Sowjetologie scheint jedenfalls um etliche interpretatorische Nuancen rei-

100 Polish Institute and Sikorski Museum (wie Anm. 72).

cher zu sein, als die Forschungsliteratur und die Memoiren einzelner Protagonisten derzeit zu suggerieren scheinen.

### *Summary*

The First World War, the breakdown of the Russian, German and Austro-Hungarian empires and the resulting conflicts and wars in Central and Eastern Europe created a new set of circumstances and possibilities for the people involved in these events of social and national change. Especially in Poland, which was confronted with the structural legacy of three fallen empires on its territory, the rising power of a hostile Soviet Union in the east and a post-Versailles Germany demanding its revision in the West, as well as with increasing inner political and minority conflicts, there evolved a massive interest in the successfully defeated Soviet Union after the signing of the Treaty of Riga in 1921. Both the geopolitical situation and a deeply polarized Polish society influenced the discourse on Polish national identity, which was thus not only about questions of race, cultural and religious affiliations. Issues of loyalty towards the Polish state and one's attitude towards the Communist order of the Soviet Union dominated that discourse more and more.

Using the example of the Polish Sovietologist Wiktor Sukiennicki and his circle, this article traces the potential consequences of living through the fall of empire and its tumultuous aftermath in the biographies of Polish Sovietologists in inter-war Poland and asks how these experiences shaped the narrations of their alter egos in the twentieth century. By referring to two approaches of *Erfahrungsgeschichte* (experiential history) by Reinhart Koselleck and Ulrike Jureit, and by recalling the generational approach of Karl Mannheim, the article discusses the identity-creating power of autobiographical writing and considers to what extent the interpretations offered therein were challenged, transformed and overlaid by later events. The article concludes that only after the Second World War in the memoir literature of Sukiennicki and his followers did there emerge a generational community of experience which should better be labeled a memory community. The memoirs of Sukiennicki and others stress the role of the authors as the founders of the Polish inter-war state. Therefore his private correspondence offers a highly distinctive view of his self-narration and provides the basis for alternative interpretations to the official memoir literature of Polish exile after 1945.

## **Evacuation without return: World War I and the Historians of Warsaw Imperial University<sup>1</sup>**

by Hanna Bazhenova

The approaching Bicentennial of Warsaw University has inspired European scholars to delve more deeply into the controversial past of this academic institution. Warsaw's first university was founded in 1816 after the defeat of Napoleon and the creation of the Kingdom of Poland, a state which was included in the Russian Empire. Unfortunately, this first university did not exist for very long: It was closed after the Polish Insurrection of 1830/31. Within thirty years it was restored as the Main School (Szkoła Główna) and functioned as a university with four departments. Positive changes occurred during the rule of the Russian Emperor Alexander II who was renowned for carrying out a number of liberal reforms, including the noted 'university reform'. The Main School was very popular among the Polish youth who, instead of being forced to travel to Moscow and other distant cities, finally had the opportunity for a university education in what were considered the Polish lands of the Russian Empire. Approximately 3,000 students, including about 700 graduates, passed through its doors.<sup>2</sup>

In 1869, however, the Polish-speaking Main School was transformed into the Russian-language Imperial University. One of the principal motives for this reform was the Polish Insurrection of 1863/64. Interestingly, the faculty and students of the Main School did not openly support the uprising;<sup>3</sup> however, the government authorities decided to ignore this and sought to eliminate all possible centers of dissent in partitioned Poland either by

- 1 The author wishes to thank the Ukrainian Research Institute, Harvard University, for its support during the author's tenure as a Eugene and Daymel Shklar Research Fellow in Ukrainian Studies from February through June 2014. This publication incorporates much of the research that was undertaken during the author's fellowship at Harvard. The author also wishes to thank Marciana Rossi (Pittsburgh, Pennsylvania, USA) for editing the text of the article.
- 2 Ol'ga S. Kashtanova: *Razvitie prosveshchenia i kul'tury v Korolevstve Pol'skom (1815–1830)* [Development of Education and Culture in the Kingdom of Poland (1815–1830)], in: *Pol'sha i Rossia v pervoi treti XIX veka. Iz istorii avtonomnogo Korolevstva Pol'skogo. 1815–1830*, Moscow 2010, pp. 433 f.; Joanna Schiller: *Uniwersytet Warszawski – czy uniwersytet i czy w Warszawie?* [Warsaw University – whether a University and whether in Warsaw?], in: *Kwartalnik Historii Nauki i Techniki* 3-4 (2005), pp. 25-31; Stefan Kieniewicz: *Akademia Medyko-Chirurgiczna i Szkoła Główna (1857–1869)* [The Medical-Surgical Academy and the Main School (1857–1869)], in: idem (ed.): *Dzieje Uniwersytetu Warszawskiego 1807–1915*, Warszawa 1981, pp. 255-266; idem, *Warszawa w latach 1795–1914* [Warsaw in the Years 1795–1914], Warszawa 1976, p. 264.
- 3 Helena Brodowska: *Sytuacja polityczna Królestwa Polskiego po 1864 r. Pozytywizm warszawski* [The Political Situation in the Kingdom of Poland after 1864. Warsaw Positivism], in: *Historia Polski. Opracowanie zbiorowe pod red. S. Arnolda i T. Manteuffla*, t. III. 1850/64–1918, cz. I. 1850/64–1900, red. Ż. Kormanowa i I. Pietrzak-Pawłowska, Warszawa 1967, p. 431; Joanna Schiller: *Universitas Rossica. Koncepcja rosyjskiego uniwersytetu 1863–1917* [Universitas Rossica. The Concept of a Russian University 1863–1917], Warszawa 2008, pp. 132-151; eadem: *Powstanie Cesarskiego Uniwersytetu Warszawskiego w świetle badań archiwalnych* [The Establishment of Warsaw Imperial University in the Light of Archival Researches], in: *Rozprawy z Dziejów Oświaty* 41 (2002), p. 96.

closing them or by integrating them into the imperial system. Imperial rhetoric presented the transformation of the Main School into a university as the desire of the Emperor to provide the inhabitants of the Polish lands with the means of higher education, and clearly this education had to benefit the state.<sup>4</sup> According to the Russian Minister of Public Instruction, Dmitrii Tolstoy (1866–1880), Warsaw University should not have stood separately on the outskirts of the Empire state; it had to enter the respectable family of Russian Imperial Universities.<sup>5</sup> The new Russian-language University in Warsaw was to serve the political strategy of uniting the Kingdom of Poland with Russia.<sup>6</sup>

In all respects it joined the group of Russian Imperial Universities, which included the Universities of Moscow established in 1775, Derpt (1802), Kazan (1804), Kharkov (1804), St. Petersburg (1819), Helsinki (1827), Kiev (1834), and Odessa in 1865. However, the fear of negative consequences prompted the Russian government to create a special statute for Warsaw University.<sup>7</sup> This statute greatly limited the autonomy of the university and in this respect it resembled the future University Statute of 1884. In addition, it reduced the number of divisions within its departments. Just as in the other universities there were four main departments: History and Philology, Physics and Mathematics and the two departments of Law and Medicine. Instead of the 53 divisions that usually existed in Russian universities according to the Statute of 1863, Warsaw University only had 47. The greatest differences were to be found mainly in the Department of History and Philology and the Law Department. For instance, the Department of History and Philology consisted of only nine divisions rather than the traditional eleven. There was no Division of Church History, mainly because the students were mostly Catholic, and no Division of Art History due to the unavailability of qualified lecturers.<sup>8</sup> However, the Russian language, and Russian and World History were taught not only to future historians and philologists, but also to the students of law.<sup>9</sup> Obviously these classes acted as a propaganda tool, with the desired effect

4 Cit. ex: A.A. Sidorov: *Russkie i russkaia zhizn' v Varshave (1815–1895). Istoricheskiĭ ocherk (So snimkami s kartin, portretov i medaleĭ)* [Russians and Russian Life in Warsaw (1815–1895). Historical Sketch (with Pictures of Paintings, Portraits and Medals)], Warsaw 1899, pp. 154 f.

5 Ibidem, pp. 155 f.

6 Anatoliĭ E. Ivanov: *Russkiĭ universitet v Tsarstve Pol'skom. Iz istorii universitetskoĭ politiki samoderzhavii: natsionalnyi aspekt* [Russian University in the Kingdom of Poland. From the History of the University's Policy of the Autocracy: National Aspect], in: *Otechestvennaia istoria* 6 (1997), p. 23.

7 *Ustav Imperatorskogo Varshavskogo Universiteta* [Statute of Warsaw Imperial University], in: *Zhurnal Ministerstva Narodnogo Prosveshchenia* (hereafter: ZhMNP), iiun' (1869), pp. 124–155.

8 *Obshchiĭ ustav imperatorskikh rossiĭskikh universitetov* [General Statute of Russian Imperial Universities], in: ZhMNP, avgust (1863), pp. 25–30; *Ustav Imperatorskogo Varshavskogo Universiteta* (see note 7), pp. 126–129; Ireneusz Ichnatowicz: *Uniwersytet Warszawski w latach 1869–1899* [Warsaw University in the Years 1869–1899], in: Stefan Kieniewicz (ed.): *Dzieje Uniwersytetu Warszawskiego 1807–1915*, Warszawa 1981, pp. 392–394.

9 Kazimierz Król: *Urywek z pamiętnika. III. W Uniwersytecie* [An Excerpt from the Memoires. III. At the University], in: *Prace Naukowe Oddziału Warszawskiego Komisji do Badania Dziejów Wychowania i Szkolnictwa w Polsce, biuletyn za lata 1925 i 1926* (1927), p. 25; Sergei I. Mikhal'chenko: *Istoricheskie distsipliny na iuridicheskom fakul'tete Varshavskogo universiteta (1869–1917)* [The Historical Disciplines at the Law Department of Warsaw University (1869–1917)], in: *Rossiĭskie universitety v XVIII–XX vekakh. Sbornik nauchnykh stateĭ* 6 (2002), pp. 186–188.

of influencing the Polish youth. This University had existed in Warsaw for 46 years when, in 1915, it was evacuated because of the outbreak of World War I and the sudden retreat of the Russian army.<sup>10</sup>

The goal of this article is to ascertain the role of World War I and the subsequent fall of the Russian Empire in the fate of Warsaw Imperial University and its faculty members. The main focus will be on historians, many of whom were graduates of St. Vladimir University in Kiev and Warsaw University, particularly since their work was closely linked to the ideology of the state. This was of particular significance in the periods of great revolutionary change, as in 1917. On the eve of World War I Russian scholars formed the majority of the Warsaw Imperial University faculty and for this reason almost all of them were forced to leave their homes in search of another life. It is interesting to observe to what extent the caesura of the World War I affected the lives and academic careers of the historians who had at one time decided to come to Warsaw in order to educate the Polish youth. This article considers the activity of Warsaw University before the war, and analyzes the reasons for, and consequences of, its evacuation to Rostov. It pays close attention to the lives and professional careers of the historians who were working in the university at the outbreak of World War I. In particular, it highlights the difficulties the scholars faced during, and immediately following, the war. It shows that, despite all these difficulties, the major factor that influenced their future academic careers and research activity was the fall of the Russian Empire and the emergence of a completely new political landscape.

### **Warsaw Imperial University in Polish and Russian Historiography**

For many decades, Warsaw Imperial University remained a disputed issue in the 200 year history of Warsaw University. A famous Polish historian, Ireneusz Ihnatowicz, found a convincing explanation for this when he argued that the Russian-language University was resented by Poles who understood that this institution emerged from the closing of the Main School and viewed it as a 'Russification' tool. Thus, the university was perceived as a foreign body and as a part of the hostile imperial machine.<sup>11</sup> Scholars concentrated mostly on the periods of Warsaw University's past when it functioned as a Polish institution.<sup>12</sup>

10 Andrej G. Danilov: Rostovskiĭ period v istorii Varshavskogo universiteta (1915–1917 gg.) [Russian Period in the History of Warsaw University (1915–1917)], in: *Voprosy istorii* 9 (2011), pp. 88 f.

11 Ihnatowicz, *Uniwersytet Warszawski* (see note 8), p. 378.

12 Nevertheless, certain important studies on the history of Warsaw Imperial University were published in the period of the People's Republic of Poland. Among them were the articles by Jerzy Braun, Celestyna Orlikowska and Ireneusz Ihnatowicz (Jerzy Braun: *Położenie i ruch organizacyjny młodzieży akademickiej na Uniwersytecie Warszawskim w latach 1890–1904* [The Situation and the Societal Movement of Students at Warsaw University during the Years 1890–1904], in: *Roczniki Uniwersytetu Warszawskiego* 4 (1963), pp. 23-105; Celestyna Orlikowska: *Z dziejów kształcenia biologów polskich. Działalność pedagogiczna i naukowa przyrodników rosyjskich na Cesarskim Uniwersytecie Warszawskim w latach 1869–1915* [From the History of the Education

The situation did not change until the early 1980s, with the publication of the two-volume “History of Warsaw University”. Two parts of this publication were devoted to the imperial period of the university.<sup>13</sup> Russian scholars began exploring the history of Warsaw University from the very beginning of the twentieth century.<sup>14</sup> In later Soviet times its history was studied mostly in the context of Rostov or Donskoy University, which was created in 1917 in the same location as the evacuated Warsaw University.<sup>15</sup>

Overall, the history of Warsaw Imperial University has been well studied both in Russian and Polish historiography. In Russia, research has concentrated on two main aspects, looking at the university’s past in the context of higher education in the Russian Empire and as a separate educational institution. The works of Anatoliĭ Ivanov<sup>16</sup>, Anatoliĭ Avrus<sup>17</sup>, Vladimir Zmeev<sup>18</sup> and Vladimir Chesnokov<sup>19</sup> represent the first approach. Juriĭ Ivanov<sup>20</sup>,

- of Polish Biologists. Pedagogical and Scientific Activity of Russian Naturalists at the Warsaw Imperial University in the Years 1869–1915], in: *Studia i Materiały z Dziejów Nauki Polskiej*, seria B, zesz. 6 (1962), pp. 113-149; Ireneusz Ihnatowicz: *Utworzenie Cesarskiego Uniwersytetu Warszawskiego w roku 1869* [The Creation of Warsaw Imperial University in 1869], in: *Roczniki Uniwersytetu Warszawskiego* 12 (1972), pp. 55-70).
- 13 Stefan Kieniewicz (ed.): *Dzieje Uniwersytetu Warszawskiego 1807–1915* [The History of Warsaw University 1807–1915], Warszawa 1981, pp. 378-564.
  - 14 *Zapiska o sovremennom polozhenii Imperatorskogo Varshavskogo universiteta* [Note on the Current State of Warsaw Imperial University], Warsaw 1906; Vladimir V. Esipov: *Materialy k istorii Imperatorskogo Varshavskogo universiteta. Biograficheskie ocherki* [Materials for the History of Warsaw Imperial University. Biographical Sketches], in: *Varshavskie universitetskie izvestia* (hereafter: VUI), no. II (1914), pp. 1-59; idem: *Materialy k istorii Imperatorskogo Varshavskogo universiteta* [Materials for the History of Warsaw Imperial University], in: VUI, no. IX (1914), pp. 3-47; etc.
  - 15 *XX Let Rostovskogo na Donu gosudarstvennogo universiteta. Uchënye zapiski RGU* (Iubileĭnyĭ vypusk) [XX Years of Rostov-on-Don State University. Scientific Notes of Rostov State University (Anniversary Edition)], Rostov-on-Don 1935; Semën E. Belozërov: *Ocherki istorii Rostovskogo universiteta* [Sketches on the History of Rostov University], otv. red. V.I. Kuznetsov, Rostov-on-Don 1959; S.E. Belozërov (ed.): *Rostovskii Gosudarstvennyi universitet 1915–1965. Stat’i, vospominania, dokumenty* [Rostov State University 1915–1965. Articles, Memoires, Documents], Rostov-on-Don 1965; etc.
  - 16 Anatoliĭ E. Ivanov: *Vysshaia shkola v Rossii v kontse XIX – nachale XX veka* [Higher Education in Russia in the Late 19<sup>th</sup> – Early 20<sup>th</sup> Century], Moscow 1991; idem: *Studenchestvo Rossii kontsa XIX – nachala XX veka: sotsyal’no-istoricheskaia sud’ba* [Russian Students in the Late 19<sup>th</sup> – early 20<sup>th</sup> Century: Social and Historical Fate], Moscow 1999.
  - 17 Anatoliĭ I. Avrus: *Istoria rossiiskikh universitetov: kurs lektsyĭ: uchebnoe posobie* [The History of Russian Universities: a Series of Lectures: Tutorial], Saratov 1998.
  - 18 Vladimir A. Zmeev: *Evolutsiia vysshei shkoly Rossiiskoi imperii* [Evolution of the Higher Education in Russian Empire], Moscow 1998.
  - 19 Vladimir I. Chesnokov: *Obzor dvizhenia universitetov v Rossiiskoi imperii* [The Overview of the University Movement in the Russian Empire], in: *Rossiiskie universitety v XVIII–XX vekakh. Sbornik nauchnykh stateĭ* 3 (1998), pp. 4-24.
  - 20 Juriĭ F. Ivanov: *D.M. Petrushevskii v Varshavskom universitete (1897–1906)* [D.M. Petrushevskii at Warsaw University (1897–1906)], in: *Rossiiskie universitety v XVIII–XX vekakh. Sbornik nauchnykh stateĭ* 8 (2006), pp. 86-104; idem: *Zhyzn’ i tvorchestvo N.N. Liubovicha* [Life and Work of N.N. Liubovich], in: *Voprosy istorii slavian. Sbornik nauchnykh trudov* 18 (2007), pp. 168-190; etc.

Anatoliĭ Ivanov<sup>21</sup>, Liudmila Lapteva<sup>22</sup>, Andreĭ Danilov<sup>23</sup> researched the history of the university and its faculty. Sergeĭ Mikhal'chenko<sup>24</sup> and Konstantin Krakovskii<sup>25</sup> progressed from a panoramic view of the Russian university in Warsaw to a deeper study of its various departments and divisions.

In the last two decades, a new approach has emerged in the Polish historiography of the subject. The scholars still blame Warsaw Imperial University for its alliance with the Russian government; however, they have begun to recognize the importance of its contribution to the development of science and education in Polish lands. This new trend can be found in the works of Leon Tadeusz Błaszczuk<sup>26</sup>, Joanna Schiller-Walicka<sup>27</sup>, Ewelina Tylińska<sup>28</sup>, Swietłana Parka<sup>29</sup> and Marzena Paszkowska<sup>30</sup>.

- 21 Anatoliĭ E. Ivanov: Varshavskii universitet v kontse XIX – nachale XX veka [Warsaw University in the Late 19<sup>th</sup> – Early 20<sup>th</sup> Century], in: Pol'skie professora i studenty v universitetach Rossii (XIX – nachalo XX veka). Konferentsiya v Kazani 13–15 oktiabria 1993 g., Warsaw 1995, pp. 198-205; idem, Russkii universitet (see note 6), pp. 23-33.
- 22 Liudmila P. Lapteva: Istoriiia slavianovedenia v Rossii v XIX veke [History of the Slavic Studies in Russia in the 19<sup>th</sup> Century], Moscow 2005; eadem: Istoriiia slavianovedenia v Rossii v kontse XIX – pervoi treti XX v. [History of the Slavic Studies in Russia in the Late 19<sup>th</sup> – Early 20<sup>th</sup> Century], Moscow 2012.
- 23 Andrej G. Danilov: Intelligentsiya Iuga Rossii v kontse XIX – nachale XX veka [The Intelligentsia of the Russia's South in the Late 19<sup>th</sup> – Early 20<sup>th</sup> Century], Rostov-on-Don 2000; idem, Rostovskii period (see note 10), pp. 86-97.
- 24 Sergeĭ I. Mikhal'chenko: Iuridicheskii fakul'tet Varshavskogo universiteta. 1869–1917. Kratkii istoricheskii ocherk [Law Department of Warsaw University. 1869–1917. A Brief Historical Sketch], Bryansk 2000; idem: Istoriko-Filologicheskii fakul'tet Varshavskogo universiteta. 1869–1917: Ocherk istorii kafedr [The Department of History and Philology of Warsaw University. 1869–1917: Sketch of the History of Divisions], Bryansk 2005; etc.
- 25 Konstantin P. Krakovskii: Nit' vremeni (Biografii prepodavatelei iuridicheskogo fakul'teta Varshavskogo – Donskogo – Rostovskogo universiteta) [The Thread of Time (Biographies of the Professors of Law Department of Warsaw – Don – Rostov University)], Rostov-on-Don 2003; idem: Nit' vremeni (Istoria iuridicheskogo fakul'teta Varshavskogo – Donskogo – Rostovskogo universiteta) [The Thread of Time (History of Law Department of Warsaw – Don – Rostov University)], chast' 2, t. 1. 1808–1924 gg., Rostov-on-Don 2005.
- 26 Leon T. Błaszczuk: Filologia klasyczna na Uniwersytecie Warszawskim w latach 1816–1915 [Classical Philology at Warsaw University in the Years 1816–1915], cz. I–II, Warszawa 1995–2003.
- 27 Schiller, Powstanie Cesarskiego Uniwersytetu (see note 3), pp. 93-127; eadem, Uniwersytet Warszawski (see note 2), pp. 25-58; etc.
- 28 Ewelina Tylińska: Życie codzienne studentów Cesarskiego Uniwersytetu w Warszawie (1869–1904) [The Everyday Life of the Students of Imperial University in Warsaw (1869–1904)], in: Rozprawy z Dziejów Oświaty 40 (2000), pp. 23-58.
- 29 See for example: Swietłana Parka: Kształcenie kadry naukowo-dydaktycznej i system nadawania stopni naukowych na Uniwersytecie Warszawskim w latach 1869–1915 [The Academic Staff Education and the Awarding of Academic Degrees at Warsaw University during the Years 1869–1915], Warszawa 2001 (PhD thesis – Institute of the History of Science, Polish Academy of Sciences); eadem: Stopnie naukowe w Cesarskim Uniwersytecie Warszawskim (1869–1915) [Academic Degrees at Warsaw Imperial University (1869–1915)], in: Rozprawy z Dziejów Oświaty 39 (2000), pp. 129-146.
- 30 Marzena Paszkowska: Z dziejów wydziału prawa Cesarskiego Uniwersytetu Warszawskiego (1869–1915) [From the History of the Law Department of Warsaw Imperial University (1869–1915)], in: Studia Iuridica 42 (2003), pp. 151-161.

### Imminence of the Evacuation

When studying the history of Warsaw Imperial University one should remember that it was created at a time when Russian authorities were actively implementing the policy of administrative, social and cultural integration in the various parts of the Empire in terms of language, outlook and faith. This policy is often referred to as ‘Russification’.<sup>31</sup> As a consequence of this policy Russian became the only language of instruction in all the educational institutions of the former Kingdom of Poland.<sup>32</sup> All faculty of the new Warsaw University were required to learn the Russian language and to initiate teaching in Russian within two years. When a Polish professor began teaching in Russian his salary immediately doubled. For instance, a full-time professor earned 3,000 roubles instead of 1,500, and an extraordinary professor’s<sup>33</sup> salary rose from 1,000 to 2,000 roubles. In addition, all faculty members who had received their degrees from outside Russian universities were obliged to go through a re-certification process. Thus, the majority of the university faculty members had to either re-defend their dissertations or to write a completely new doctoral thesis on a different subject. This re-certification process lasted for three years.<sup>34</sup> As a result, a mere

31 In the scholarly literature different evaluations of the Russification process of the Kingdom of Poland can be found. I support the opinion that it was primarily a means of ideologically and politically weakening Polish society. However, Poles of the former Kingdom of Poland were in a better situation than the inhabitants of the so-called Western lands (*Zapadnyi kraj*) of the Russian Empire, because the government’s Russification policy did not plan to assimilate Poles. St. Petersburg had other plans for the Western lands – they were to be merged with the internal provinces of the Empire, in particular in terms of ethnicity. In reality, this meant limiting or preventing Polish influence and strengthening Russian culture by banning Poles from purchasing lands in this region, by removing the Polish language from schools and the public sphere, by closing Catholic churches and monasteries, and by limiting the activities and mobility of the Catholic clergy (Valerii G. Babin: Gosudarstvennaia obrazovatel’naia politika v Zapadnykh guberniakh vo vtoroi polovine XIX – nachale XX v. [State Educational Policy in the Western Provinces in the Second Half of 19<sup>th</sup> – Early 20<sup>th</sup> Century], in: *Vlast’, obshchestvo i reformy v Rossii (XVI – nachalo XX veka)*. Materialy nauchno-teoreticheskoi konferentsyi 8–10 dekabria 2003 g., Sankt-Peterburg 2004, pp. 200 f.; Mikhail Dolbilov: Russification and Bureaucratic Mind in the Russian Empire’s Northwestern Region in the 1860s, in: *Kritika* 5 (2004), no. 2, pp. 245-271; Darius Staliūnas: Did the Government Seek to Russify Lithuanians and Poles in the Northwest Region after the Uprising of 1863–64?, in: *Kritika* 5 (2004), no. 2, pp. 273-289; Theodore R. Weeks: Religion and Russification: Russian Language in the Catholic Churches of the “Northwest Provinces” after 1863, in: *Kritika* 2 (2001), no. 1, pp. 94 f.; Valentin S. Diakin: Natsyonal’nyi vopros vo vnutrennei politike tsarizma XIX – nachalo XX vv. (k postanovke problemy) [The National Issue of the Internal Policies of Tsarism in the 19<sup>th</sup> – Early 20<sup>th</sup> Centuries. (About Stating the Problem)], in: idem: *Natsyonal’nyi vopros vo vnutrennei politike tsarizma (XIX – nachalo XX vv.)*, Sankt-Peterburg 1998, pp. 19 f.).

32 Aleksandra Iu. Bakhturina: *Okrainy Rossiiskoi imperii: gosudarstvennoe upravlenie i natsyonal’naia politika v gody Pervoii mirovoi voiny (1914–1917 gg.)* [The Outskirts of the Russian Empire: Governance and State Policy during the First World War (1914–1917)], Moscow 2004, p. 15.

33 Equivalent to an associate professor.

34 *Ustav Imperatorskogo Varshavskogo Universiteta* (see note 7), pp. 140-149; *Shtat Imperatorskogo Varshavskogo Universiteta* [The Staff of Warsaw Imperial University], in: *ZhMNP, iium’* (1869), p. 155; Schiller, *Powstanie Cesarskiego Uniwersytetu Warszawskiego* (see note 3), p. 125; eadem, *Uniwersytet Warszawski* (see note 2), p. 35; Kieniewicz, *Akademia Medyko-Chirurgiczna i Szkoła Główna* (see note 2), pp. 269 f.

34 of the 78 former lecturers and professors of the Main School continued to work in the 'new' university.<sup>35</sup>

Many Polish professors, who could not or did not want to get chairs in the newly created university, left Warsaw seeking employment in Cracow and Lemberg (Lwów). Others settled in their country estates or made the difficult transition to non-university professions.<sup>36</sup> Most of the 'fired' Polish professors were replaced by professors from various Russian universities. By integrating the faculty and introducing the Russian language, the government intended to prevent revolutionary movements in Warsaw University and to secure the political safety of the institution. This was the objective of Dmitrii Tolstoy, the Minister of Public Instruction of the Russian Empire.<sup>37</sup>

It is important to emphasize that Warsaw was the usual starting point in the academic careers of many Russian scholars. It attracted young lecturers because it was possible to obtain an extraordinary professorship with only a Master's Degree.<sup>38</sup> Moreover, the work in the provinces of the Kingdom of Poland gave Russians the right to receive a pension after 20 years of work instead of 25 as in the rest of the Empire.<sup>39</sup>

Statistics indicate that during the period 1870–1900, of the professors at Warsaw University, only 21% were Poles, whereas 63% were Russians, 11% Germans and Jews, and the remaining 5% were Czechs, Italians, Frenchmen and others. The lowest lecturer turnover was observed in the Department of Medicine, while the highest turnover was in the History

35 Ihnatowicz, *Uniwersytet Warszawski* (see note 8), p. 419. According to the other source, 38 of 91 lecturers and professors stayed in the university, see Rossiiskii gosudarstvennyi istoricheskii arkhiv (hereafter: RGIA), fond (hereafter: f.) 733, opis' (hereafter: op.) 147, edinita khraneniia (hereafter: ed. khr.) 758, list (hereafter: l.) 183-326.

36 Bronisław Chlebowski: *Znaczenie Szkoły Głównej warszawskiej w dziejach umysłowości i nauki polskiej. Odczyt wygłoszony na publicznem posiedzeniu Towarzystwa Naukowego Warszawskiego w dniu 25 listopada r. 1912* [The Significance of Warsaw Main School in the History of Polish Mentality and Science. The Lecture Delivered at a public meeting of Warsaw Scientific Society on November 25, 1912], Warszawa 1912, p. 15.

37 Raport ministra oświecenia publicznego hr. Dymitra Tołstoja z inspekcji szkół w Okręgu Naukowym Warszawskim w 1868 r. [Report by the Minister of Public Instruction Count Dmitri Tolstoy on the School Inspection of the Warsaw Educational District in 1868], in: *Walka caratu ze szkołą polską w Królestwie Polskim w latach 1831–1870. Materiały źródłowe, wybór, wstęp i opracowanie K. Poznański*, Warszawa 1993, p. 288. See also: Szymon Askenazy: *Uniwersytet Warszawski* [Warsaw University], Warszawa 1905, p. 38.

38 Hanna Bazhenova: *Historycy w Cesarskim Uniwersytecie Warszawskim. Próba portretu zbiorowego* [Historians of Warsaw Imperial University. An attempt of a collective portrait], in: *Rocznik Instytutu Europy Środkowo-Wschodniej* 3 (2012), pp. 139-173; eadem: *Istoriki imperatorskogo Varshavskogo universiteta: uslovia formirovaniia pogranichnoi identichnosti* [Historians of Warsaw Imperial University: the Conditions for Developing the Frontier Identity], in: E.A. Vishlenkovoï, I.M. Savel'evoi (eds.): *Soslovie russkich professorov. Sozdateli statusov i smyslov*, Moscow 2013, pp. 248 f.

39 *Ustav Imperatorskogo Varshavskogo Universiteta* (see note 7), p. 140; *Ukaz Pravitel'stviushchego Senata (po 1-mu Departamentu. – S prilozhenien pravil o sluzhebnykh preimushchestvakh chinnikov russkogo proishozhdenia, sluzhashchich v guberniach Tsarstva Pol'skogo, 21 avgusta 1867 g.)* [Decree of the Governing Senate (the 1<sup>st</sup> Department). – With the Enclosure of the Rules of the Service Benefits of the Officials of Russian Origin, Working in the Provinces of the Kingdom of Poland, August 21, 1867], in: *Sobranie zakoneniï i raspriazheniï pravitel'stva (1867), polugodie pervoe, Sankt-Peterburg 1867*, pp. 1304-1306.

and Philology Department, where the Russians prevailed.<sup>40</sup> For 30 years, until 1900, the faculty was comprised of 77 professors and lecturers.<sup>41</sup> It is worth mentioning here that state authorities were especially strict in their control of the History and Philology Department, mainly because these professors were entrusted with the task of educating students in patriotism.

A more refined Russification policy was applied to the students of Warsaw University. After all, the university was created not for Russians, but for Polish youth with the aim of turning Poles into loyal skilled officials for the local administration.<sup>42</sup> This explains why the ratio between Russian and Polish students was invariably on the side of the Poles until the First Russian Revolution 1905–1907 (data calculated on January 1<sup>st</sup> of each year).

Year	Russians	%	Poles	%
1899	223	20.1	654	58.7
1901	226	18.8	755	62.8
1902	249	19.0	849	64.7
1905	259	16.7	1032	66.3 <sup>43</sup>

However, at the beginning of the twentieth century this situation changed. From 1905 through 1908 – during the Russian Revolution and immediately following it – Warsaw University was closed due to endless protests by Polish students who claimed the right to study in their native tongue. Some of the faculty, among them the historians and philologists Dmitrii Petrushevskii, Alexandr Pogodin and Alexandr Pridik, advocated reversing the use of Russian as the university's language and re-introducing the Polish language. A group of Russian students also supported the aspirations of Polish youth to have a separate Polish university. The Russian Minister of Public Instruction, Ivan Tolstoy (1905/06), shared this view, but his successor Piotr Kaufmann (1906–1908) turned down this proposal. There were even plans to transfer Warsaw University to one of the cities of Central Russia, with Smolensk, Saratov and Yaroslavl listed as possibilities.<sup>44</sup> Nevertheless, the Russian government decided to keep the existing university in Warsaw. As a result, Polish society

40 Ihnatowicz, *Uniwersytet Warszawski* (see note 8), p. 434.

41 *Ibidem*, pp. 426 f.

42 Ivanov, *Russkii universitet* (see note 6), p. 24; *idem*, *Varshavskii universitet* (see note 21), p. 198.

43 *Izvlachenie iz otcheta o sostoianii i deiatel'nosti Imperatorskogo Varshavskogo universiteta za 1898 god* [Extract from the Report on the State and Activity of Warsaw Imperial University in 1898], in: *VUI*, no. VI (1899), p. 6; *Izvlachenie iz otcheta o sostoianii i deiatel'nosti Imperatorskogo Varshavskogo universiteta za 1900 god* [Extract from the Report on the State and Activity of Warsaw Imperial University in 1900], in: *VUI*, no. VI (1901), p. 7; *Kratkii otchet o sostoianii i deiatel'nosti Imperatorskogo Varshavskogo universiteta za 1901 g.* [A Brief Report on the State and Activity of Imperial Warsaw University in 1901], in: *VUI*, no. VI (1902), p. 38; *Kratkii otchet o sostoianii i deiatel'nosti Imperatorskogo Varshavskogo universiteta, za 1904/5 akademicheskii god* [A Brief Report on the State and Activity of Warsaw Imperial University, in academic year 1904/5], in: *VUI*, no. IX (1905), p. 34.

44 Jerzy Rózewicz: *Polsko-rosyjskie powiazania naukowe (1725–1918)* [Polish-Russian Scholarly Contacts (1725–1918)], Wrocław et.al. 1984, p. 288; Joanna Schiller: *Profesorowie Cesarskiego Uniwersytetu Warszawskiego wobec wydarzeń rewolucji 1905 roku* [Professors of Warsaw Imperial University and their Attitude towards the Events of the Revolution of 1905], in: *Rozprawy z Dziejów Oświaty* 17 (42) (2008), pp. 94 f.; Belozërov, *Ocherki istorii Rostovskogo uni-*

began boycotting the university. This boycott greatly reduced the number of Polish students, and in the 1913/14 academic year there were 1824 Orthodox students and only 323 Catholic Polish students.<sup>45</sup>

One of the most important and difficult challenges of the Warsaw University situation was the absence of Polish-oriented divisions. Although Poles formed the majority of the student body, during the 46 years of the university's existence there were no separate divisions of Polish History and Polish Language or Literature.<sup>46</sup> It was only after the Russian Revolution (1905–1907) that one full-time professor of Polish Language and History of Polish Literature, Wladimir Wierzbowski, was assigned to the Department of Slavic Literature.<sup>47</sup> With respect to the regionally-oriented divisions, the situation at Warsaw University was not exceptional. The situation was similar in the Universities of Kharkov, Kiev, Kazan and Derpt.<sup>48</sup> Derpt University, for example, was a German-language educational institution; however, the processes of administrative, social and cultural integration into the Russian Empire caused the gradual Russification of that university during the 1890s. In 1893, even the city name Derpt was replaced by the ancient Russian name Juriev.<sup>49</sup>

### Warsaw Imperial University and World War I

After the outbreak of World War I in July 1914, the governing body of Warsaw Imperial University immediately began to consider evacuation. However, according to the Russian scholar Konstantin Krakovskii, secret evacuation plans were developed long before the war. The outbreak of hostilities only intensified the evacuation plans of the university authorities.<sup>50</sup> In August 1914 part of the university archive and equipment were sent to Moscow University. At the beginning of the 1914/15 academic year, the military situation remained stable, and so the decision was taken to commence studies. However, in the spring of 1915, the Russian defence line was broken, and the Russian army was forced to retreat.<sup>51</sup>

versiteta (see note 15), pp. 34-38; Ivanov, *Russkii universitet* (see note 6), pp. 26-29; Sergeĭ I. Mikhal'chenko: *Imperatorskii universitet v Varshave: problemy pol'sko-rossiiskich vzaimootnoshenii (1869–1915)* [Imperial University in Warsaw: Problems of Polish-Russian Relationships (1869–1915)], in: Ryszard Paradowski, Szymon Ossowski (eds.): *Polska w Rosji – Rosja w Polsce. Stosunki polityczne*, Poznań 2003, p. 94.

45 Esipov, *Materialy k istorii Imperatorskogo Varshavskogo universiteta* (see note 14), p. 27.

46 However, some issues of Polish history were discussed in the lectures devoted to Polish literature, as well as to the history and literature of the Western Slavs.

47 Archiwum Państwowe m. st. Warszawy, zesp. 214, sygn. 378, k. 2; Joanna Schiller, *Profesorowie* (see note 44), p. 92; *Kratkii otchet o sostoianii i deiatel'nosti Imperatorskogo Varshavskogo universiteta za 1908 g. i pervoe polugodie 1909 g.* [A Brief Report on the State and Activity of Warsaw Imperial University in 1908 and the First Half of 1909], in: *VUI*, no. VI (1909), p. 6.

48 Ihnatowicz, *Uniwersytet Warszawski* (see note 8), p. 394.

49 Mikhail Karpachev: *Peremeschenie universiteta iz Jurieva v Voronezh* [The Displacement of the University from Juriev to Voronezh], in: *Logos* 6 (51) (2005), p. 253.

50 Krakovskii, *Nit' vremeni (Istoria iuridicheskogo fakul'teta)* (see note 25), pp. 222-225.

51 Joanna Schiller: *Materiały do dziejów Cesarskiego Uniwersytetu Warszawskiego w Rostowie nad Donem* [Materials for the History of Warsaw Imperial University in Rostov-on-Don], in: *Nauka Polska, jej Potrzeby, Organizacja i Rozwój* 14 (39) (2005), pp. 237 f.; M. Szmit: *Kancelaria*

The final decision to evacuate from Warsaw was made in June. All university employees who wanted to leave the city received special tickets. These tickets permitted them to enter the train station and guaranteed passage for them and their families. According to Konstantin Krakovskiĭ who researched the Warsaw City State Archive, office workers and some of the university faculty left Warsaw with their families between June 17<sup>th</sup> and June 24<sup>th</sup>, 1915 and relocated to Moscow.<sup>52</sup> Krakovskiĭ disagrees with the opinion of another Russian historian, Andreĭ Danilov, who worked with the documents of the State Archive of Rostov Oblast. The latter believes June 23<sup>rd</sup>, 1915 to be the date of a sudden evacuation of the Warsaw University faculty and staff, and states that the preparation time before departure to Moscow was only 11 hours.<sup>53</sup>

However, Moscow was not their final destination. It was the southern Russian city of Rostov-on-Don that was selected for the following reasons: rapid economic development of the region which had caused a huge demand for highly skilled professionals, a favorable geographical location at the “gates” to the Caucasus, the wealth of the city, as well as potentially sufficient student numbers.<sup>54</sup> The final resettlement of all four university departments to Rostov began in mid-September 1915. The majority of the permanent faculty and students moved together with the university, and on December 1<sup>st</sup> the new academic year finally began.<sup>55</sup> The lectures at the Department of History and Philology began only ten days later, on December 10<sup>th</sup>, 1915.<sup>56</sup>

From 1915 to 1917 there were two ‘Warsaw Universities’: one in Rostov-on-Don and the other in Warsaw occupied by the German Army. The inauguration of the latter took place in Warsaw on November 15<sup>th</sup>, 1915. The final decision about the future of the Russian-language Warsaw Imperial University in Rostov-on-Don was made only when it became clear that it could not return to Warsaw. On May 5<sup>th</sup>, 1917, the Provisional Government issued a decision about the establishment of the new Donskoy University to be officially inaugurated on July 1<sup>st</sup>, 1917.<sup>57</sup> It was renamed the Northern Caucasus State University in 1925 and again in 1934 as the Rostov-on-Don State University.<sup>58</sup>

i archiwum Cesarskiego Uniwersytetu Warszawskiego (1869–1915) [Office and Archives of Warsaw Imperial University (1869–1915)], in: *Archeion* 61 (1974), pp. 188 f.; Bakhturina, *Okrainy Rossiĭskoi imperii* (see note 32), pp. 52-57.

52 Krakovskiĭ, *Nit' vremeni* (Istoria iuridicheskogo fakul'teta) (see note 25), pp. 226 f.

53 Danilov, *Intelligentsyia Iuga Rossii* (see note 23), pp. 128 f.; idem: *Universitet: Varshava – Rostov-na-Donu (1915–1917)* [University: Warsaw – Rostov-on-Don (1915–1917)], in: *Rossiĭskie universitety v XVIII–XX vekakh. Sbornik nauchnykh stateĭ* 5 (2000), p. 128.

54 Schiller, *Uniwersytet Warszawski* (see note 2), pp. 44 f.

55 Ibidem, p. 45; Gosudarstvennyiĭ arhiv Rostovskoi oblasti (hereafter: GARO), f. 527, op. 1, ed. khr. 274, l. 42 v.; Aleksandr V. Belokon': *Rostovskiĭ universitet: vchera, segodnia, zavtra* (Po materialam doklada na iubileĭnom zasedanii Uchenogo soveta RGU 4 oktiabria 1995 g.) [Rostov University: Yesterday, Today and Tomorrow (On the Materials of the Report at the Jubilee Session of the Academic Council of Rostov State University, October 4, 1995)], in: *Rostovskiĭ gosudarstvennyiĭ universitet: Ezhegodnik '95. RGU–80 let* 5 (1996), p. 4.

56 GARO, f. 527, op. 1, ed. khr. 103, l. 56.

57 Schiller, *Uniwersytet Warszawski* (see note 2), p. 45; GARO, f. 527, op. 1, ed. khr. 290, l. 6 v. – 7.

58 *XX Let Rostovskogo na Donu* (see note 15), pp. 9-13; Belozĕrov, *Rostovskiĭ Gosudarstvennyiĭ universitet* (see note 15), pp. 11 f.

### Warsaw Historians and World War I

At the beginning of World War I there were still four departments in Warsaw University: History and Philology, Physics and Mathematics, and the Departments of Law and Medicine. The first of these had nine divisions: Philosophy, Greek Philology, Roman Philology, Comparative Grammar of Slavic and other Related Languages, Russian and Church Slavonic Language and the History of Russian Literature, History of World Literature, Slavic Philology, World History, and Russian History.<sup>59</sup> The two divisions of History employed four lecturers: Nikolai Liubovich<sup>60</sup> (1880–1929)<sup>61</sup> and Leonid Berkut<sup>62</sup> (1909–1922) in the Division of World History, and Ivan Kozlovskii<sup>63</sup> (1909–1916; 1918–1930) and Grigorii

59 *Ustav Imperatorskogo Varshavskogo Universiteta* (see note 7), pp. 126 f.

60 Nikolai Liubovich (1855–1935), Russian historian; Corresponding member of the Russian Academy of Sciences (1924). A teacher of history at the ‘gymnasium’ in Kamenets-Podolskiy (1877–1878); docent (1880–1884), extraordinary professor (1884–1890), full professor (1890–1905), professor emeritus (since 1905) of the Division of World History, Dean of the Department of History and Philology (1892–1896) of the Warsaw Imperial University; a professor at the Donskoy and Northern Caucasus State Universities (1917–1929) and of the Higher Women’s Courses in Warsaw and Rostov-on-Don, RGIA, f. 740, op. 31, ed. khr. 290, l. 17-32; *ibidem*, f. 733, op. 156, ed. khr. 638, l. 220 v. – 221; GARO, f. P-46, op. 3, ed. khr. 460, l. 9 v.; *ibidem*, f. 528, op. 1, ed. khr. 6, l. 1-90; Iuriĭ F. Ivanov: *Nauchnaia deiatel’nost’ N.N. Liubovicha* [Scholarly Activities of N.N. Liubovich], in: *Sovetskoe slavianovedenie* 4 (1980), pp. 82-93; *idem*, *Zhyzn’ i tvorchestvo* (see note 20), pp. 168-190.

61 These dates show the years when each historian worked in Warsaw Imperial, Donskoy and Northern Caucasus State Universities.

62 Leonid Berkut (1879–1940), Russian and Soviet historian, specialist in mediaeval and modern history and historiography. Acting docent (1909–1915), extraordinary professor (1915–1917) of the Division of World History at Warsaw Imperial University and for the Higher Women’s Courses in Warsaw and Rostov-on-Don; extraordinary professor of the Donskoy University (1917–1922); from 1922 a professor at the Kiev Institute of Public Instruction, RGIA, f. 733, op. 226, ed. khr. 241, l. 35-39; *ibidem*, f. 733, op. 156, ed. khr. 638, l. 226 v. – 227; GARO, f. 528, op. 1, ed. khr. 6, l. 1-90; Oksana V. Iurkova: *Berkut Leonid Mykolaïovych* [Berkut Leonid Mykolaïovych], in: *Istorychnyi fakul’tet Kyïv’skogo natsional’nogo universytetu imeni Tarasa Shevchenka: mynule i s’ogodennia* (1834–2004 rr.), pid redaktsiieiu G.D. Kaz’myrchuka, Kyiv 2004, p. 154; etc.

63 Ivan Kozlovskii (1869–1942), Russian historian and archivist. A teacher at ‘gymnasiums’ and of the 1<sup>st</sup> Kiev Commercial School (from 1892); a lecturer of Russian history for Kiev Women’s Courses (from 1907), privat-docent of the Division of Russian History at Kiev University (1907/08 academic year), lecturer at the Nezhin Prince Bezborodko Historical-Philological Institute (1907–1909); an extraordinary professor (1909–1912), acting full professor (1912–1916), full professor (1916) of the Division of Russian History at Warsaw Imperial University; professor for the Higher Women’s Courses in Warsaw and Rostov-on-Don; a director of the Nezhin Historical-Philological Institute (1916–1918); professor at the Donskoy and Northern Caucasus Universities (1918–1930), of the Don Archaeological Institute (from 1919); head of the Central Historic Archives in Rostov-on-Don (from 1920), head of the Archive of the Don Regional Archival Office (1923), and a scholarly consultant, RGIA, f. 740, op. 18, ed. khr. 319, l. 5-12, 38; GARO, f. 528, op. 1, ed. khr. 6, l. 1-90; *Instytut rukopysu Natsional’noi biblioteki Ukraïny imeni V.I. Vernads’kogo* (hereafter: IR NBUV), f. III, *odnyntsia zberigannia* (hereafter: od. zb.) 49703, arkush (hereafter: ark.) 1 v.; Petro P. Motsiiaaka: *Nizhyns’kyi Istoryko-filologichnyi instytut kniazia Bezborod’ka u portretach ŭogo dyrektoriu* [Nezhin Prince Bezborodko Historical-Philological Institute in the Portraits of its Directors], Nizhyn 2011, pp. 180-215; N.A. Kazarova, S.S. Kazarov et al.: *Istoriki*

Pisarevskii<sup>64</sup> (1910–1924) in the Division of Russian History. Some other professors in the Department of History and Philology were also involved in historical research. These included Sergei Vechov<sup>65</sup> in the Division of Roman Literature (1882–1919), Aleksandr Pridik<sup>66</sup> in the Division of Greek Literature (1904–1920), Teodor Wierzbowski (1882–1915)<sup>67</sup> and Vladimir Frantsev (1900–1920)<sup>68</sup> from the Division of Slavic Literature.

- Varshavskogo universiteta. Vremia i sud'by [Historians of the Warsaw University: Time and Fates], Rostov-on-Don 2014, pp. 6-80; etc.
- 64 Grigorii Pisarevskii (1868–1952), Russian historian. A teacher of specialized schools and 'gymnasiums' (1892–1909); privat-docent at Moscow University (1909/10); extraordinary professor (1910–1914), acting full professor (1914–1916), full professor (1916/17) of the Division of Russian History at Warsaw Imperial University, later – a professor of the Department of Social Sciences at Donskoy University (1917–1924). Afterwards he became a professor and head of the Division of World History at Smolensk University (1925/26) and a professor of Russian history at Azerbaijan University (from 1926). Pisarevskii also worked in the Institute of History of the Azerbaijan Branch of the Soviet Academy of Sciences, RGIA, f. 740, op. 17, ed. khr. 138, l. 1, 5-11; GARO, f. 528, op. 1, ed. khr. 6, l. 1-90; Irina V. Cherkaz'ianova: Pisarevskii Grigorii Grigor'evich: izvestnye raboty neizvestnogo istorika [Pisarevskii Grigorii Grigor'evich: the Well-known Works of the Unknown Historian], in: Rossiiskie nemtsy / Die Russlanddeutschen 2 (50) (2007), pp. 16-18; Kazarova, Kazarov et.al., Istoriki (see note 63), pp. 90-123; etc.
- 65 Sergei Vechov (1857–1919), Russian philologist. A sublibrarian at Moscow University Library (1882); teacher of Latin at Warsaw 1<sup>st</sup> Male 'Gymnasium' (1882–1885); librarian at Warsaw Imperial University (1888–1914); acting docent (1882–1888), extraordinary professor (1888–1893), acting full professor (1893–1907), professor emeritus (from 1907) of the Division of Roman Literature, Dean of the Department of History and Philology (1908–1913), Rector (1913–1919) at Warsaw Imperial and Donskoy Universities and professor for the Higher Women's Courses in Warsaw and Rostov-on-Don, RGIA, f. 740, op. 31, ed. khr. 290, l. 3-16; GARO, f. 528, op. 1, ed. khr. 6, l. 1-90; Pavel N. Cherniaev, Materialy dlia istorii byvshego Varshavskogo Universiteta (8.VI.1869–1.VII.1917), Kafedra rimskoï slovesnosti v biograficheskikh ocherkach eë predstavitelei [Materials for the History of the Former Warsaw University (8.VI.1869–1.VII.1917). The Division of Roman Literature in the Biographical Sketches of its Representatives], Rostov on Don 1919, l. 228-250 v.
- 66 Aleksandr Pridik (1864–1936), classical philologist and an art historian of Baltic-German origins. Privat-docent (1892–1897), docent (1897–1904) of old classical philology at Derpt/Juriev University, extraordinary professor (1904–1912), acting full professor (1912–1917) of the Division of Greek Literature at Warsaw Imperial University; a professor (1917–1920) at Donskoy University, Dean of the Department of History and Philology (1917–1918) at Warsaw Imperial and Donskoy Universities; lecturer for the Higher Women's Courses in Warsaw and Rostov-on-Don; founder and Rector of the Don Archaeological Institute; professor of Ancient History and Art History at Derpt University (since 1921), RGIA, f. 740, op. 8, ed. khr. 54, l. 91-100; GARO, f. 528, op. 1, ed. khr. 6, l. 1-90; Pridik, Heinrich Alexander, in: Wilhelm Lenz (ed.): Deutschbaltisches biographisches Lexikon 1710–1960, Köln et.al. 1970, p. 600.
- 67 Teodor Wierzbowski (1853–1923), Polish historian of political history and literature, philologist, literary critic, archivist, public activist. Acting docent (1882–1886), extraordinary professor (1886–1889), full professor (1889–1907), professor emeritus (since 1907) at the Division of Slavic Literature of Warsaw, Imperial University; Director of the Central Archives of Historical Records in Warsaw (1896–1919), RGIA, f. 733, op. 153, ed. khr. 481, l. 130-139, 143; Gaca-Dąbrowska Z. Teodor Wierzbowski (1853–1923). Studium bibliologiczne [Teodor Wierzbowski (1853–1923). Bibliological Study]. Część I, in: Roczniki Biblioteczne 17 (1973), no. 3-4, pp. 665-718.
- 68 Vladimir Frantsev (1867–1942), specialist in Slavic history and philology; Corresponding (1915) and Full Member of the Russian Academy of Sciences (1921). Teacher of Russian language and literature, history and geography of the 2<sup>nd</sup> (from 1891), 1<sup>st</sup> and 3<sup>rd</sup> (from 1896) Warsaw Women's

The length of time they worked at the Warsaw Imperial and then in the Donskoy and Northern Caucasus State Universities differed greatly. Liubovich worked in the university from 1880, Vechov and Wierzbowski from 1882. Frantsev and Pridik arrived in 1900 and 1904, respectively. The others came to Warsaw only after the revolutionary events and the reopening of the university. Berkut and Kozlovskii came to the university in 1909 and Pisarevskii the following year. Almost all persons referred to in this article graduated from Kiev and Warsaw Universities, including Liubovich, Kozlovskii, Berkut, Wierzbowski, Frantsev and Pisarevskii, except Vechov and Pridik who studied in Moscow and Derpt. Subsequently they obtained a *magistr* degree, the equivalent of PhD degree. Liubovich and Frantsev defended their PhD dissertations in Kiev, Berkut and Kozlovskii in Kharkov, Wierzbowski and Vechov in Warsaw, Pridik in Derpt, and Pisarevskii in Kazan. They obtained Doctoral degrees, the equivalent of a Habilitation degree (qualification for a professorship), from the Universities of Kiev or St. Petersburg. Most of them arrived in Warsaw with a *magistr* degree and obtained a Doctoral degree at a later date.

Before coming to Warsaw, Kozlovskii taught in Kiev *gymnasiums*, Kiev Women's Courses, St. Vladimir University and Nezhin Prince Bezborodko Historical-Philological Institute. Pisarevskii worked as a teacher of specialized schools and *gymnasiums* and as a private-docent at Moscow University. Pridik worked as a docent at Juriev University. Liubovich, Vechov, Wierzbowski, Frantsev and Berkut were just at the beginning of their university careers when they came to Warsaw.

With regard to their ages, records indicate that Liubovich, Vechov and Wierzbowski arrived in Warsaw before their thirtieth birthdays, and Berkut shortly thereafter. The other four lecturers ranged in age from 33 to 41. They began lecturing at the university either as extraordinary professors, assistant professors or as acting docents prior to advancing their university status. Generally speaking, the Warsaw period was an important step forward in the careers of each scholar. Berkut was an acting docent prior to the outbreak of World War I and attained the position of extraordinary professor on May 15<sup>th</sup>, the eve of the evacuation. Pridik, Kozlovskii and Pisarevskii were acting ordinary professors, while Frantsev was an ordinary professor. Both Liubovich and Wierzbowski were already professors emeriti in 1905 and in 1907, and Vechov served as the university rector.

The evacuation of Warsaw University occurred during the holiday period when the vice-rector, the deans and the majority of professors were out of the city. Almost the entire library, laboratories, and other essential university property were left in Warsaw. Only the most important manuscripts, books and easily transportable items were taken to Moscow. In addition, the university faculty left almost all of their personal and professional possessions in Warsaw. Only some professors managed to store their belongings, while others entrusted their possessions to their landlords.<sup>69</sup>

<sup>69</sup> 'Gymnasiums'; acting docent (1900–1903), extraordinary professor (1903–1907), full professor (1907–1917) of the Division of Slavic Literature at Warsaw Imperial University; professor for the Higher Women's Courses in Warsaw and Rostov-on-Don; professor in the Department of Social Sciences of Donskoy University (1917–1920) and professor of Slavic studies (from 1921) at Charles University in Prague, RGIA, f. 740, op. 18, ed. khr. 282, l. 332-345; GARO, f. 528, op. 1, ed. khr. 6, l. 1-90; Lapteva, *Istoriia Slavianovedenia v Rossii v kontse XIX* (see note 22), pp. 288-375.

<sup>69</sup> GARO, f. 527, op. 1, ed. khr. 274, l. 3; Krakovskii, *Nit' vremeni (Istoria iuridicheskogo fakul'teta)*

Surviving lists of abandoned items by the Warsaw faculty, including three lists written by the history and philology professors, show the drama of the evacuation. Pridik, who was at that time acting Ordinary Professor of Greek Literature,<sup>70</sup> and eventually became Dean of the Department (February 1917), left his home at Marszałkowska Street carrying only his summer clothes. He left behind his most valuable possessions including handwritten lectures, materials for two extensive research works, a 'valuable' library on Greek epigraphy and law, the latest edition of Meyer's encyclopedic dictionary, a rich collection of music notes consisting of operas, symphonies, sonatas, both Russian and foreign, in the original editions, an 'excellent' piano and the furnishings of the six-room apartment, hundreds of large engravings and negatives, and much more.<sup>71</sup>

Pisarevskii left behind precious books, manuscripts and other belongings which he put in the vestibule of the university library and also a wardrobe filled with books, manuscripts and lithographic editions of lecture classes which he placed in a lecture room.<sup>72</sup> Frantsev who resided at 36 Złota Street abandoned his furniture and his personal library of precious books collected during 25 years of scholarly activity.<sup>73</sup> These lists of professional valuables were prepared by men who intended and hoped to return to their lives when the war ended. Sadly, they never returned.<sup>74</sup>

Just prior to the 1915 evacuation, the university employed 66 lecturers, including 43 ordinary professors, 14 extraordinary professors and nine assistant professors (private-docents). And it is important to note that at that time, Russian scholars formed the majority of the faculty. By January 1<sup>st</sup>, 1916, the total number of lecturers was 63, among them 44 ordinary professors, 14 extraordinary professors and five associate professors.<sup>75</sup> Although the relocation to Rostov did not significantly affect the structure of the departments, it did severely affect working conditions, due to the fact that the university proper no longer existed and instruction took place at various locations throughout the city.

Among the professors and lecturers of the Department of History and Philology, who moved to Rostov in 1915 and remained at the university until the establishment of Donskoy University, we can find the names of almost all persons mentioned in this article.<sup>76</sup> Only Wierzbowski, a Pole by birth and a patriot of his fatherland, decided to stay in occupied Warsaw, where he continued to work as the Director of the Central Archives of Historical

(see note 25), p. 228; Z.N. Lipatova, A.N. Shachanov: *Sud'ba rukopisnogo otdela i arkhivov professorov Varshavskogo universiteta* [The Fate of the Manuscript Department and Archives of the Warsaw University Professors], in: *Otechestvennye arkhivy* 3 (1992), p. 26.

70 GARO, f. P-46, op. 3, ed. khr. 619, l. 120.

71 *Ibidem*, f. 527, op. 1, ed. khr. 274, l. 76 v.

72 *Ibidem*, l. 79-80.

73 *Ibidem*, l. 81.

74 It is important to mention that a special commission was sent from Rostov to Warsaw in 1918. This commission consisted of Vladimir Frantsev and Leonid Berkut who had to examine the situation with regard to the belongings and libraries of the former Warsaw Imperial University faculty and staff. They found some belongings, but the libraries had disappeared from the landlords' houses. Some of the books had been plundered, the rest had been appropriated by the restored Warsaw University (*ibidem*, f. 527, op. 1, ed. khr. 274, l. 3-4 v.).

75 Danilov, *Universitet* (see note 53), p. 131.

76 RGIA, f. 733, op. 156, ed. khr. 638, l. 219 v. – 232; GARO, f. P-46, op. 3, ed. khr. 619, l. 10 v. – 11, 37; *ibidem*, f. 527, op. 1, ed. khr. 71, l. 19 v.; *ibidem*, f. 527, op. 1, ed. khr. 126, l. 110 v.

Records.<sup>77</sup> Kozlovskii did not remain in Rostov for long. In August 1916 he moved to the Ukrainian town of Nezhin where he was appointed Director of the Historical-Philological Institute. What the scholar lost in the financial sense of a lower salary and pension benefits, he gained in professional satisfaction. Kozlovskii's personal correspondence indicates that the appointment was the culmination of his lifetime goal of combining scholarly and pedagogic activity.<sup>78</sup> Even during the severe conditions of the war and revolution Kozlovskii proved to be an enterprising and far-sighted director. He made admirable attempts to save the institute, its library and the museum collections. Due to reorganization at the Nezhin Institute he resigned his position as director in November 1918 to become a member of the faculty at Donskoy University. And in August of 1919 he returned to Rostov as a professor.<sup>79</sup>

The majority of the above-mentioned professors were forced to reconstruct their lives in the completely new Soviet political system. Two of them who were already advanced in age at the time of the evacuation, remained in Rostov until the end of their lives: the rector of the university Vechov worked until 1919, and Liubovich retired in 1929. The most difficult task fell to Vechov who as rector led the university during the extensive difficulties of the evacuation and civil war. At one point he requested a dismissal but continued as rector when he received no response. The burden of these responsibilities was a factor in shortening his life and the scholar died on March 15<sup>th</sup>, 1919.<sup>80</sup>

Liubovich lectured at the Donskoy and Northern Caucasus State Universities and was one of the few scholars who represented the older generation of Warsaw professors. For many years he succeeded in not becoming involved in various affairs that could have been perceived as counterrevolutionary by the representatives of the Soviet regime. There were several attempts to dismiss Liubovich from office, but the Department of Social Sciences, which took the place of the former Department of History and Philology, successfully interceded on his behalf. The professor was known to maintain his professional dignity even during difficult times. One of his colleagues, A. Ivanovskii, recalled that Liubovich was an aged bachelor who was always very carefully and neatly dressed at a time when this was a rarity. Ivanovskii wrote that "in domestic life he was extremely helpless and the wives of some other professors took care of him. At this time he was very old, but he held himself upright, even with some smartness. He was probably handsome".<sup>81</sup> In fact, Liubovich was not particularly concerned about his personal life and he dedicated his time to rewriting his lectures according to the new curriculum. The lack of scholarly literature, however, posed a major obstacle for him. Liubovich was forced to retire with a pension in 1929, a time when the persecution of historians, especially those related to the Academy of Sciences,

77 Wierzbowski Teodor Feliks, in: *Biogramy Uczonych Polskich. Materiały o życiu i działalności członków AU w Krakowie, TNW, PAU, PAN* [Biograms of Polish Scientists. Materials about the Life and Activity of the Members of the Academy of Learning in Krakow, Warsaw Scientific Society, Polish Academy of Learning, Polish Academy of Sciences], cz. 1: Nauki społeczne, zes. 3: P-Z, opracowali A. Śródka, P. Szczawiński, Wrocław et.al. 1985, pp. 500-504.

78 IR NBUV, f. III, od. zb. 49656, ark. 2; ibidem, f. III, od. zb. 49658, ark. 4 v.

79 Kazarova, Kazarov et.al., *Istoriki* (see note 63), pp. 39-43.

80 Cherniaev, *Materialy*, l. 228-250 v.; N.A. Reshetova: *Intelligentsyia Dona i revoliutsyia* [Intelligentsyia of Don and the Revolution], Moscow 1998, pp. 188 f.

81 Cit. ex: Ivanov: *Zhyzn' i tvorchestvo* (see note 20), p. 186.

began. The former Warsaw university professor had been a corresponding member of the Russian Academy of Sciences since 1924.<sup>82</sup>

In 1916, Kozlovskii left Rostov and accepted the position of Director of the Nezhin Prince Bezborodko Historical-Philological Institute. However, Kozlovskii returned to Rostov in August of 1919 as Professor of Russian history at Donskoy University and Donskoy Archaeological Institute. He remained at the university until October 1<sup>st</sup>, 1930<sup>83</sup> when he was dismissed because of his religious beliefs and his political views. Nevertheless, Kozlovskii continued to work in archival administration until February 4<sup>th</sup>, 1931 when he was arrested as one of the founding members of the Northern Caucasus Regional Society of Archaeology, History and Ethnography, which he had chaired (1925/26). He was accused of counterrevolutionary activity and blamed for maintaining contact with Sergei Platonov, a known member of the Russian Academy of Sciences, who was accused of taking part in a royalist conspiracy. The result of this civil action denied Kozlovskii the right to a fixed address for three years. In all probability, he was then sent to the Urals and moved to Kazakhstan after this. The former professor of Warsaw Imperial University spent the last years of his life in the town of Uralsk, where he lectured history and source studies at the Pedagogic Institute.<sup>84</sup>

Pridik, the former Dean of the Department of History and Philology (1917/18), also decided to leave Donskoy University. In 1920 he moved to the newly independent Estonia and the next year became Professor of Ancient History and Art History at Derpt University. Pridik was born in Reval, later named Tallinn, to the family of the Russian Major-General Friedrich Heinrich von Wendrich. He studied in Berlin and Derpt where he lectured for twelve years (1892–1904).<sup>85</sup>

Another professor who decided to emigrate from Russia was the famous scholar of Slavic studies Frantsev, who dedicated his entire life to the study of languages, literature, history and ethnography of the western and southern Slavs. Frantsev's doctoral dissertation addressed the issue of Polish Slavic studies at the end of eighteenth and at the beginning of the nineteenth century. After the evacuation of Warsaw University, Frantsev found himself distanced from the subject of his studies, mainly Czech and Polish Slavs. And most importantly, Frantsev, a mature scholar, faced an agonizing challenge because he had been forced to abandon his extensive personal library in Warsaw and therefore he felt his time in Rostov would be limited. In his letter of August 28<sup>th</sup>, 1915 to the academician Aleksei Shakhmatov, the scholar wrote that he did not see any way he could work in Rostov since the city's library did not cover Slavonic studies and, specifically, the history of Slavic literatures.<sup>86</sup> Frantsev remained in Rostov until 1920 when the Soviet powers came to this region. By the next year, he was living in Prague where he remained for the last 20 years

82 Ibidem, pp. 186 f.

83 It is important to emphasize that while talking with the people he trusted Ivan Kozlovskii called his lecturing voluntary or involuntary ideological sabotage. Thus, he expressed concern that a lot of material for a sabotage charge could easily be found in his lectures, see Kazarova, Kazarov et.al., *Istoriki* (see note 63), p. 56.

84 Kazarova, Kazarov et.al., *Istoriki* (see note 63), pp. 39-79.

85 Pridik, Heinrich Alexander, in: Wilhelm Lenz (ed.): *Deutschbaltisches biographisches Lexikon* (see note 66), p. 600.

86 Lapteva, *Istoriia Slavianovedenia v Rossii v kontse XIX* (see note 22), pp. 298 f.

of his life. He worked at the Charles University,<sup>87</sup> and correspondence confirms that the scholar remembered his former Rostov colleagues and tried to support them. For instance, the letter of April 8<sup>th</sup>, 1923 from Professor Kozlovskii indicates that Frantsev had shipped sugar to the university and each professor had received 57.3 kg.<sup>88</sup>

Berkut, who specialized in the medieval and modern history of Europe and participated in the 1913 4<sup>th</sup> International Congress of Historians in London, left the Donskoy University of Rostov in 1922. He then became a professor at the Kiev Institute of People's Education, which is Kiev University in Soviet Ukraine, where he remained until the beginning of the 1940s.<sup>89</sup> Since the scholar was born in Kiev and graduated from the local university, we can establish that he returned to the place of his birth.

Pisarevskii, whose name and precise date of death were obscured for many years, was a famous specialist for the German colonization of Russian lands. The scholar remained in Rostov for a relatively long period of time. To earn a living he lectured at Donskoy University, Higher Women's Courses of History and Philology Department, Polytechnic of Water Transport and at several other educational institutions. In 1924 when the Law Division of the Department of Social Sciences of the University was abolished, Pisarevskii was dismissed. In February 1925, he became a professor and chaired the Division of World History of Smolensk University. The following year, he became a professor in the Division of Russian History, later the Division of the History of the USSR Peoples of the Pedagogic Department in the distant University of Azerbaijan. He also held a position as a research fellow at the Institute of History of Azerbaijan branch of the Academy of Sciences of USSR in Baku.<sup>90</sup>

The severely altered living and working conditions of the former Warsaw professors show us that after leaving Warsaw University, these peoples' lives were plagued with extreme difficulties and uncertainties: low salaries and consequently poor nutrition worsened their situations. In a letter dated August 24<sup>th</sup>, 1920, Aleksandr Iactsymirskii wrote "I do not want to write about high prices. I look after the household and distribute things for sale: otherwise it is impossible to exist even with a threefold salary".<sup>91</sup> Kozlovskii wrote to his teacher, a professor at Kiev University Vladimir Ikonnikov, that he lived decently in January 1923, at least much better than when his family "almost starved to death" from December 1920 through July 1921.<sup>92</sup>

As a consequence of the Soviet government policy of confiscating property some of the lecturers faced problems concerning living quarters and were forced to live in their work place in Donskoy University or to share their apartments with strangers. Liubovich and Pisarevskii were evicted from their residences.<sup>93</sup> Kozlovskii, his wife and three daughters were forced to live in one room of the Central Historic Archives in Rostov, which he headed,

87 Ibidem, pp. 300-375.

88 IR NBUV, f. 46, od. zb. 429, ark. 2.

89 Iurkova, Berkut Leonid Mykolaïovych (see note 62), p. 154.

90 Kazarova, Kazarov et.al., Istoriki (see note 63), pp. 103-122.

91 Cit. ex: Mikhail A. Robinson: Sud'by Akademicheskoi elity: otechestvennoe slavianovedenie (1917 – nachalo 1930-kh godov) [Fates of Academic Elite: Domestic Slavic Studies (1917 – early 1930es)], Moscow 2004, pp. 87 f.

92 IR NBUV, f. 46, od. zb. 425, ark. 2-2 v.; ibidem, f. 46, od. zb. 426, ark. 2 v.

93 Kazarova, Kazarov et.al., Istoriki (see note 63), p. 108.

although the salaries of the professor and his wife were quite high in the summer of 1922.<sup>94</sup> In January 1923 the Kozlovskiis received a four room flat in the university library; however, the rooms were not connected but located throughout the building.<sup>95</sup>

Other challenges facing the scholars in Rostov were a lack of literature, especially foreign books and magazines, and the ban on foreign travel. And as previously mentioned, the professors suffered both in teaching and scholarly activity due to having abandoned their personal records and libraries in Warsaw. For example, Liubovich, a famous specialist in the Polish Reformation, and a participant in both the 3<sup>rd</sup> and 4<sup>th</sup> International Congresses of Historians had abandoned his books, manuscripts and works ready for publishing. In 1923 the professor requested permission for a scholarly trip abroad, but the request was denied by the Central Administration of Professional Education. Due to the lack of research material, Liubovich ceased his research and during Soviet times published only one article entitled “The Emergence of a Capitalist Economy in Western Europe (the overview of works on economic history in the 13–15<sup>th</sup> centuries)”. He based this on materials available in the libraries of Moscow and Leningrad.<sup>96</sup>

## Conclusion

In conclusion, this article attempts to ascertain the influence of World War I and the subsequent fall of the Russian Empire on the history of Warsaw Imperial University and the lives of its historians. The war was the catalyst which extinguished Warsaw Imperial University, an institution which had, since its establishment in 1869, represented an integral part of the Russian university system with regard to both the language of lecturing and its organizational structure. Nevertheless, despite all the difficulties faced by the university and its faculty during the wartime period and the subsequent evacuation, the major factor that influenced their future was the fall of the Russian Empire and further revolutionary changes. These factors greatly affected the university system, the established university traditions and the manner in which history was taught. On July 1<sup>st</sup>, 1917 the new Donskoy University emerged in place of Warsaw Imperial University.

The caesura caused by World War I had extreme and permanent influences on the private lives and the careers of each Warsaw professor. Most of them had relocated to Rostov. Only Wierzbowski who was a Pole by birth decided to remain in Warsaw. Eventually he was forced to leave the university because new university authorities perceived him as a “Russian oriented” lecturer who had collaborated with the Russian government for many years. A well-established way of life and years of dedicated professional research were lost. Residences, permanent possessions, private libraries and archives, handwritten works and lecture courses were lost. These professors, once respected members of society, were forced into inferior living conditions and were often in need of the basic necessities, including food. These wartime occurrences negatively and permanently influenced their future scholastic and scholarly activity: Liubovich, for example, ceased his research.

94 IR NBUV, f. 46, od. zb. 426, ark. 2 v.; *ibidem*, f. 46, od. zb. 427, ark. 2.

95 *Ibidem*, f. 46, od. zb. 429, ark. 2.

96 Ivanov, *Zhyn' i tvorchestvo* (see note 20), pp. 185-187.

Thus, the former professors of Warsaw Imperial University had to create new lives in completely new political and economic environments. Understandably, they were not prepared for these abrupt changes. And eventually both Pridik and Frantsev emigrated from Russia. Others attempted to adapt to the new situation. It is important to note that only Vechov and Liubovich remained in Rostov until the end of their lives. In search of employment, Berkut relocated to Kiev, Kozlovskii to Nezhin and Pisarevskii to Smolensk and Baku. Kozlovskii differed from the others because he had left Rostov for only three years and afterwards worked at the university until 1930. The lives of Frantsev and Pisarevskii were obscured for many decades.

As to the dismissals of faculty from previously held positions, it can be assumed that the main reason involved suspected political views, religious beliefs and political affiliations. Liubovich and Kozlovskii were fired because of their contacts with Platonov, the former professor of St. Petersburg University, later known as Petrograd University, and a member of the Russian Academy of Sciences. In fact, this situation was characteristic and extremely significant for other Russian universities, including Juriev University.<sup>97</sup> The account of the disruptions at Warsaw Imperial University is instructive because it reveals the extreme challenges that war brings to universities, faculties and students in conflict zones.

#### *Zusammenfassung*

2016 feiert die Universität Warschau ihr 200-jähriges Jubiläum. Anlässlich dieser kommenden Veranstaltung haben russische und polnische Forscher damit begonnen, ihre Geschichte, insbesondere den „russischen“ Abschnitt (1869–1915), neu zu überdenken. Das Ziel dieses Artikels ist es, festzustellen, welche Auswirkungen der Erste Weltkrieg und der daran anschließende Niedergang des Russischen Reichs auf das Schicksal der Historiker an der Kaiserlichen Universität Warschau hatten. Unter den Lehrenden gab es acht Professoren an fünf Fakultäten: Weltgeschichte, Russische Geschichte, Römische Literatur, Griechische und Slawische Literatur. Da am Vorabend des Krieges die Mehrheit der Professoren an der Universität Russen waren, wurden fast alle von ihnen, auch die Historiker, dazu gezwungen, in die südrussische Stadt Rostov-am-Don zu flüchten. Dort mussten sie sich an vollkommen unbekannte politische und wirtschaftliche Bedingungen gewöhnen. Nach der Evakuierung verlief das Schicksal von jedem Historikern anders: Manche verließen Russland; andere wechselten ihre Arbeitsstellen und zogen nach Kiev, Nezhin, Smolensk oder Baku. Nur zwei Professoren blieben bis zum Ende ihres Lebens in Rostov. Auf diese Weise wurden das Privatleben und die Karriere von jedem an der Universität Warschau tätigen Historiker durch den Ersten Weltkrieg tief- und durchgehend beeinflusst.

<sup>97</sup> See for example: Karpachev, *Peremeschenie universiteta iz Jurieva v Voronezh* (see note 49), pp. 253-268.

## **The Fall of Empire and the Emergence of New Elites: Creating a National Academic Elite at the University of Latvia, 1919–1922**

by Per Bolin

The fall of the Russian Empire at the end of World War I and the emergence of a row of new and independent states in Eastern Europe entailed a drastic change in the composition of elite groups. In the Baltic provinces, Baltic Germans and – to some extent – Russians, had constituted the societal elite, predominating in the spheres of politics, culture, administration and economy. When the independent states of Estonia and Latvia were established in 1918, the position of this societal elite was challenged by the aspiring strata of the previously subordinated majority populations of Latvians and Estonians. The introduction of parliamentary democracy meant that the political power of the Baltic Germans, who constituted less than five per cent of the population, was severely curtailed. Their economic power was also reduced by far-reaching land reforms implemented in the early 1920s. In a process of “ethnic reversal”, elite groups from the Latvian majority population took power.

This article will investigate the substitution of elite groups in a special section of the cultural sphere: that of academia.<sup>1</sup> The Baltic Germans had for centuries had a cultural predominance in these provinces, and higher education at the University of Dorpat (Tartu) and the Riga Polytechnical Institute had been conducted in German and Russian. Education in the popular vernaculars, if at all, was only permitted in elementary schooling. With the establishment of independent Latvia and Estonia the matter of creating national universities catering to the majority population, and conducting higher education in the national language, became a political priority.

At the same time, what stands out in the Latvian and Estonian cases, in contrast to other newly emerged states in Eastern Europe, was the remaining presence of the previously hegemonic group, in this case the Baltic Germans. Unlike, for instance, the Hungarian elite in Romanian Transylvania, the Baltic German elite remained to a very large extent in Latvia, defending whatever they could of their elite position.<sup>2</sup>

This clearly clashed with the aspirations of the new Latvian political elite, and their project of a national Latvian university in Riga. According to this agenda, the previously established academic elite – primarily Baltic Germans and Russians – had to be replaced by scholars and scientists stemming from the Latvian majority population. However, there were two major obstacles to these aspirations: first, the educated stratum of ethnic Latvians was

1 A more thorough analysis of universities as national institutions can be found in my monograph *Between National and Academic Agendas. Ethnic Politics and “National Disciplines” at the University of Latvia, 1919–1940*, Huddinge 2012.

2 The Baltic German nobility dominated the provinces of Estonia, Livonia and Courland all through the nineteenth century, viewing themselves in clearly colonial terms. Keeping themselves aloof from the peasants speaking Estonian or Latvian vernaculars, they remained separate in terms of rank, *Stand*, language, culture and ethnicity. See Heide W. Whelan: *Adapting to Modernity. Family, Caste and Capitalism among the Baltic German Nobility*, Köln et.al. 1999, pp. 25-29.

very thin. Very few among this previously subordinated majority population had been able to make distinguished academic careers that would merit them for professorial positions. Second, there were significant restrictions inherent in the academic field. The transnational ethos of professionalized European academia emphasised the primacy of qualification and merit in the selection of academic staff. The organisers of the new university therefore had to manoeuvre between a national agenda promoting the creation of a professoriate stemming from the majority population, and an academic agenda stressing a recruitment process based entirely on merit, irrespective of ethnicity.

Using the material from a collective biography study comprising more than fifty individuals, this article investigates how the organisers and academic leadership at the newly created University of Latvia handled this dilemma: to form a nationally Latvian professoriate while at the same time adhering to the principle of academic merit as the basis for recruitment. While the process of “ethnic reversal” meant that the previous elite groups in the political sphere were swiftly replaced by a new elite stemming from the majority population, this process was much more complicated and complex in the field of academia – in spite of its political importance and great symbolic weight.

There was no Imperial university within the boundaries of the new Latvian state, but in Riga the Baltic German commercial and political elite had founded a local institution of higher education, the *Baltisches Polytechnikum*, in 1862. It catered primarily to the needs of commerce and engineering, but by 1914 it held a very high academic standard primarily in natural science and technical subjects.<sup>3</sup> Until the Russification process in the 1890s, German was the language of instruction and the teaching staff consisted primarily of academics from German states, Austria, and Switzerland.<sup>4</sup> The teaching staff included very few ethnic Latvians, and those who were included had by way of education become fully integrated in the Baltic German elite.

During the War the Riga Polytechnical Institute (RPI) was evacuated to Moscow, but in spring 1919 the main body of the Baltic German professoriate and lecturers, altogether at least sixty in number, returned to Riga. The question is: to what extent could this academic elite gain a foothold at the projected national Latvian university?

### Creating Latvijas Universitāte

The organising committee for the new university was formed in the summer of 1919, and consisted initially of representatives from three groups: prominent academics from the previous Riga Polytechnical Institute (primarily Baltic Germans) delegates from key governmental ministries and finally representatives of some Latvian cultural and professional organisations. At the inaugural meeting in August 1919, six Baltic German academics represented the projected faculties: Wilhelm von Stryk, Edgar Jacobi, Waldemar Fischer,

3 Clara Redlich: Das Rigaer Polytechnikum 1862–1918, in: Gert von Pistohlkors, Toivo U. Raun et.al. (eds.): Die Universitäten Dorpat/Tartu, Rīga und Wilna/Vilnius 1579–1979, Köln et.al. 1987, pp. 241-262.

4 Latvijā 19. gadsimtā. Vēstures apceres [Latvia during the 19<sup>th</sup> century. A historical assessment], Rīga 2000, pp. 291 f., 319.

Alvil Buchholz, Paul von Denffer and Alfred von Hedenström. Another Baltic German, Alfred Sommer, participated at the meeting as an expert on medicine. The new university – in contrast to the previous Riga Polytechnical Institute – was to have a Faculty of Medicine. Sommer had in fact attempted to start medical training in Riga already in the spring of 1919.<sup>5</sup>

The ministries represented on the committee were those for Treasury, Trade and Industry, Communication, and Agriculture. The conveners belonged to the Ministry of Education: the minister Kārlis Kasparsons and the former Principal of RPI, the ethnic Latvian Pauls Valdēns. The Latvian professional organisations invited were those connected to the fields of engineering, law, education and agronomy. Sub-committees for each faculty were swiftly put together to plan the further recruitment of academic staff.<sup>6</sup>

Very soon, however, ethnic Latvians replaced Baltic German academics as provisional deans of some of the projected faculties: Jānis Bergs, representative of the Latvian agronomists, replaced the original committee member Buchholz. Bergs had strong ties to the Latvian farmers' cooperatives, and had previously been the director of one of their experimental farms.<sup>7</sup> Similarly, the Latvian architect Eižens Laube was chosen rather than the Baltic German von Stryk, and Alfred Sommer was replaced by the Latvian Eduards Zariņš as the organiser of the projected medical faculty.<sup>8</sup>

In the Faculty of Law and Economics, the Baltic German lawyer August Loeber was appointed dean instead of the RPI academic Alfred von Hedenström. This seems to have been a matter of proficiency in Latvian, but perhaps also of perceived political loyalty. Loeber had close links with the Latvian provisional government, and was appointed senator already in 1918.<sup>9</sup> Consequently, while seven Baltic Germans represented academia at the inaugural meeting of the organising committee, only four were appointed as provisional deans for the first academic year: August Loeber, Law and Economics, Paul von Denffer, Mechanics, Waldemar Fischer, Chemistry, and Edgar Jacobi, Engineering.<sup>10</sup>

During the autumn of 1919, a fourth group gradually entered the committee: Latvian academics who had managed to return to Riga during the War. They belonged primarily to a younger generation who had not obtained permanent positions at Imperial universities. Two of them played a particularly active role in the committee: the young agronomist Paulis Lejiņš, Social Democrat and national activist, and psychologist Pauls Dāle, soon to be elected chairman.

5 Arnis Vīksna: *Latvijas Universitātes Medicīnas fakultāte 1919–1950* [The Medical Faculty of the University of Latvia, 1919–1950], Rīga 2011, pp. 21–23.

6 *Latvijas Valsts Vēstures Arhīvs (LVVA), Latvijas Universitātes fonds, 7427/6/1. Organisation Committee Minutes, 1919/08/08; 1919/08/12.*

7 *Latvijas Universitāte 1919–1929* [The University of Latvia, 1919–1929], Rīga 1929, pp. 277–279.

8 Zariņš was actually a pharmacologist, and was replaced as dean a year later by the newly-arrived Roberts Krimbergs. *Latvijas Universitāte divdesmit gados 1919–1939* [The University of Latvia during twenty years, 1919–1939], I, Rīga 1939, p. 589.

9 LVVA, *Latvijas Universitātes fonds, 7427/13/985, Staff records.* According to the official history published in 1929, Loeber lectured in Latvian from the very beginning. *Latvijas Universitāte* (see note 7), p. 558.

10 LVVA, *Latvijas Universitātes fonds, 7427/6/1, Organisation Committee Minutes, 1919/09/02; 1919/08/12; 1919/08/19; 1919/08/28.* Dean Laube actually supported the appointment of von Stryk to a position in architecture, but the latter's inability to lecture in Latvian was held against him. *Ibid*, 1919/09/26; 1919/10/03.

A very important figure during the initial formative moment, Pauls Valdēns was an internationally acclaimed professor of chemistry, Principal of the Riga Polytechnical Institute during Tsarist times, and at the same time a representative of the Latvian Ministry of Education. Valdēns was an almost unique case. Coming from a Latvian family but through education becoming fully integrated in the Baltic German academic elite, he served as a crucial link during the formative moment in the summer of 1919. Indeed, it could be argued that Valdēns manoeuvred skilfully in order to ensure that the established Baltic German professoriate from the RPI should be given prominent positions at the new university, thus remaining a part of the new academic elite. At the same time, Valdēns was also cast in the role of a national Latvian figurehead, the projected Principal of the new national university.

Shortly after his election as committee chairman, however, Valdēns went to Germany for research purposes, and, to the obvious disappointment of his committee colleagues, did not reappear as promised. Naturally eager not to lose one of the prime figureheads of the new national university, the committee sent a number of missives exhorting Valdēns to return and reassume his position in Riga. He several times promised to return, but for various reasons the homeward journey was always postponed. Finally, he informed the committee that he had been persuaded to accept a permanent chair at the University of Rostock, Germany.<sup>11</sup>

Within the organising committee, Valdēns's prevarications gave rise to some dissension. The prominent economist Kārlis Balodis, himself with strong ties to German academia, maintained that every effort should be made to secure Valdēns's return. Balodis had previously been professor at Berlin University, and had quite unexpectedly joined the organising committee in September 1919. He was the only internationally acclaimed Latvian social scientist, and also one of the very few Latvian academics who had made a career in Germany. Other committee members, however, described him as 'uncommitted' and argued that people with more heart and enthusiasm were needed to develop the new Latvian university. Valdēns was formally removed as chairman of the organising committee in November 1919 and replaced by the young psychologist Pauls Dāle.<sup>12</sup>

Valdēns's 'defection' was certainly a major setback for the organising committee, but at the same time it opened a door for a more thorough Latvianization of the academic elite. Without Valdēns as a forceful mediator the position of the leading Baltic German academics at the new university became considerably more vulnerable.

While the main part of the Baltic German professoriate had returned to Riga already in spring 1919, this was not the case with the established Latvian academics holding posts at Russian universities. Of prime importance for the organisation committee in 1919 was therefore to bring 'home' as many as possible of these prominent Latvian academics, the core of a future Latvian academic elite. No efforts were to be spared. All prominent Latvian academics at Russian universities received telegrams telling them that they had been elected professors at the new national university in Riga, exhorting them to return to their 'country of birth' and take part in the building of the national university.<sup>13</sup>

11 Ibid, 1919/09/23; 1919/11/12.

12 Ibid, 1919/11/12; 1919/11/26. Kārlis Balodis was, however, marginalised in university politics after refusing to give up his German citizenship.

13 Ibid, 1919/09/02; Pauls Dāle: Vēsturisks pārskats par Latvijas Augstskolas nodibināšanu un viņas darbību pirmā (1919/20.) mācības gadā, Rīga 1921 [A historical overview of the creation of

Due to the persistent turmoil in Russia, however, this was not an easy matter. Pauls Dāle, in his very important dual role as the new chairman of the organisation committee and at the same time director of the department of higher education at the Ministry of Education, moved to get financial assistance from the government for these selected Latvian professors to travel through Russia.<sup>14</sup> The Foreign Ministry was also instructed to provide papers and material assistance for those Latvian academics who desired to leave Russia.<sup>15</sup>

Most of these acclaimed academics were only able to undertake the journey to Riga after the peace treaty with the Soviet Union in the summer of 1920. Especially those who had worked at universities in southern Russia endured many hardships on the way. Contagious diseases, lack of food and water, and great difficulties in procuring the necessary travel permits made the journey very hazardous. Travelling from Kazan on a train with many passengers infected with typhus, linguist Juris Plāķis and his young family had to wait for several weeks lacking sufficient food and shelter before getting all the necessary permits. Finally, Plāķis and his colleague Jānis Endzelīns were held hostage for a time at the border before being exchanged for some Bolsheviks imprisoned in Latvia.<sup>16</sup>

Pēteris Šmits, a professor of Chinese in Vladivostok, took by far the longest route. He had to travel around the world by sea in order to take up his post in Riga in 1920 – unfortunately losing much of his Asian folklore collection in the process.<sup>17</sup> More tragically, some of the targeted academics did not survive the journey. One very notable loss for the projected humanities faculty was that of philosopher Jēkabs Osis. A professor at Dorpat University, where he had previously provoked the Baltic German academics by delivering some lectures in Russian, Osis had been evacuated to Voronež, where he died in a typhoid epidemic.<sup>18</sup> A forceful character and experienced professor of philosophy, he would certainly have been a great asset to the faculty.

By 1920, several of these prominent Latvian academics had joined the organising com-

Latvia's Augstskola and its work during its first academic year, 1919–1920], p. 22. The situation seems to have been similar in Estonia, where some outstanding Estonian scholars at Russian universities were repatriated in the early 1920s. See Helen Rothmets: *The Repatriation of Estonians from Soviet Russia in 1920–1923: A Test of Estonian Citizenship and Immigration Policy*, in: *Journal of Baltic Studies* 42 (2011), no. 2, pp. 169-187, here p. 180.

- 14 LVVA, Izglītības ministrijas fonds, 1632/2/608. Saraksti par mācību spēku pieņemšanu augstskolā, par vēstures-filoloģijas fakultātes pārdēvēšanu. Letter from Pauls Dāle, IM section for higher education, to the Minister of Education, 1919/12/13, asking for 100,000 Roubles to enable three Latvian professors to return to Latvia.
- 15 Ibid, 1632/2/633. Saraksti ar Latvijas Augstskolu par mācības spēku pieņemšanu darbu. Letter from the organisation committee to Latvia's chargé d'affaires, Moscow, 1920/12/08.
- 16 Sarma Kļaviņa: LU profesora Jura Plāķa dzīves un ciešanu ceļi (1869–1942) [The life and road to captivity of LU professor Juris Plāķis], in: *Laikmets un personība. Rakstu krājums* 12 (2010), pp. 37-39. In this article, Kļaviņa edits and publishes some autobiographical fragments by Plāķis, probably written in the 1930s.
- 17 Latvijas Universitāte (see note 7), pp. 148-195. During the previous twenty years Šmits had been in Riga only for some summer vacations but he was an active corresponding member of the Riga Latvian Society's academic committee, especially on orthographic matters. Jānis Stradiņš: *Latvijas Zinātņu akadēmija: izcelsme, vēsture, pārvērtības* [Latvia's Academy of Science: creation, history, transformation], Rīga 1998, pp. 71-82.
- 18 Ludvigs Bērziņš: *Mūža rīts un darba diena. Atmiņu grāmata* [Morning and workday of life], Rīga 1935, pp. 104 f.

mittee: Jānis Endzelīns, dean of the humanist faculty, Juris Plāķis, a fellow linguist and nationalist activist, art historian Ernsts Felsbergs, soon to be elected Principal, Pēteris Šmits, now devoting himself the Latvian folklore issues, and Roberts Krimbergs, medicine. While they undoubtedly increased the weight of Latvian academia within the committee, the great majority of them belonged to the humanities – primarily linguistics. This meant that they did not constitute a counter-elite to the already established Baltic German professoriate in the natural sciences and the technical faculties. They also – especially Endzelīns – were generally prone to give weight to academic excellence in matters of recruitment. This became a fiercely contested area within the committee for the next few years.

### **The organisation committee: between national and academic agendas**

In the autumn of 1920, the organising committee consisted of several different groups: the deans of the technical faculties and natural sciences; Baltic German professors; deans from the humanities, social science, medicine, agronomy and theology (all Latvians); representatives from Latvian professional and cultural associations; and representatives from selected ministries. The crucial point was the recruitment of additional teaching staff, making the new university fully operational.

The basic dilemma concerned the criteria for these academic appointments: should academic merit have priority, should special consideration be paid to proficiency in the Latvian language, or should ethnic Latvians be preferred over more meritorious scholars and scientists belonging to the ethnic minorities? Here, the organisation committee became clearly split in different factions, its members adopting one of four positions on the recruitment question. According to one position, academic merit should be the primary selection criterion: a position closely associated with the established norms of European academia. The prominent Baltic German academics often took this position, together with some of the most renowned Latvian scholars – especially linguist Jānis Endzelīns.

A second position emphasised the pragmatic need of qualified lecturers to cover the teaching assignments: again, many of the Baltic German academics argued along these lines, but the main proponents in the committee were Latvian colleagues in medicine, law, and economics, faculties with a rapidly growing number of students but, at the same time, a persistent scarcity of qualified lecturers who could teach in Latvian.

A third position on recruitment emphasised the language criterion: academic appointments should be reserved for those who could lecture in Latvian. The main supporters of this position were the less established Latvian academics in the organisation committee, but perhaps even more so the representatives of the Latvian ministries and professional and cultural societies. For them, the use of Latvian as an academic language seems to have been a paramount issue.

The fourth position, favouring ethnic Latvians over more qualified non-Latvians, was – interestingly enough – seldom advocated openly, even if it seems certain that at least some of the committee's members preferred this basis of selection. However, such a stance would in fact have been discriminatory, and in clear contradiction with the academic agenda. Those favouring an ethnic selection of Latvian candidates most often argued instead for a strict adherence to the language criterion.

The committee soon split in two competing factions: the “national wing” giving preference to Latvian or Latvian-speaking candidates, and an “academic wing”, advocating recruitments based entirely on scientific and scholarly merit. The regulations on appointments were rather harsh: a suggested candidate from the faculties had to be supported by a two-thirds majority in the organising committee. This meant in effect that the “national wing” of the committee, the Latvian non-academic members together with a nationally minded fraction among the Latvian deans, were in a good position to block the appointment of non-Latvian academics.

The main academics within the “national wing” were psychologist Pauls Dāle, the members from the Ministry of Education and the agronomist and first vice-principal Paulis Lejiņš. Pauls Dāle was very young, only 30 years old, when he was given the key position as chairman of the organisation committee. The virtual absence of academically trained Latvians in many disciplines certainly made it easier for a younger generation to reach high positions at a relatively young age. Educated at the University of Moscow, he returned to Latvia during the war and became actively involved in the first initiatives towards organising higher education in the Latvian language. By way of the Ministry of Education, Dāle soon assumed a key role in the organisation of the university.<sup>19</sup>

Like Dāle, Paulis Lejiņš belonged to a younger generation of academics, being appointed *docents* in 1919 at the age of 36.<sup>20</sup> He represented the Faculty of Agronomy, one of the most Latvian faculties in terms of teaching staff, students, and language of instruction.<sup>21</sup> In the same way as the faculty’s dean Jānis Bergs, before the War Lejiņš had been employed by the Latvian farmers’ cooperative movement, in his case as an educator and itinerant lecturer.<sup>22</sup> Only very few established Baltic German agronomists were invited to join the Faculty of Agronomy: as a part of a deliberate policy, younger Latvians were selected instead.<sup>23</sup>

One of the most forceful committee members advocating the ‘Latvianization’ of the new university, Paulis Lejiņš seems to have pursued these principles relentlessly during the first formative years. When academics belonging to one of the ethnic minorities were put forward by the faculties, Lejiņš frequently questioned their selection and insisted that ‘native’ candidates be given preference. Latvians who had not the requisite academic qualifications, he argued, should be sent abroad in order to gain the necessary expertise.<sup>24</sup> Such a long-term

19 LVVA, Latvijas Universitātes fonds, 7427/13/342, Staff records.

20 Latvijas Universitāte (see note 8), I, p. 234.

21 Already in the spring of 1920, 80% of the teaching in agronomy was done in Latvian. Together with Philology and Philosophy, this made them the most ‘Latvian’ of the faculties. In 1924/25, 97% of the students in agronomy were ethnic Latvians, compared to 71% in mechanics and 84% at the university as a whole. Latvijas Universitāte (see note 8), I, pp. 29, 66-68.

22 Lejiņš was an agronomist specialised in cattle breeding. He was a former student of agronomy at the Rīga Polytechnical Institute. See Paulis Lejiņš dzīvē un darbā [Paulis Lejiņš in life and work], Rīga 1983.

23 LVVA, Latvijas Universitātes fonds, 7427/6/1, Organisation Committee Minutes, 1919/09/16.

24 Lejiņš advocated the sending abroad of Latvian doctors rather than appointing ethnic German academics, see also LVVA, Izglītības ministrijas fonds, 1632/2/632. Saraksti ar Latvijas Augstskolu par mācības spēku ievēlēšanu. Letter from P. Lejiņš to Dāle, 1920/07/01, where he in a similar manner suggested that the young Latvian philologist Arnolds Spekke should be sent abroad to improve his research record rather than the committee appointing the non-Latvian professor Schischmarewa.

strategy, however, certainly did not satisfy deans who urgently needed qualified academic staff to manage the teaching assignments.

After one of the heated discussions on recruitment, Lejiņš wrote to Dāle complaining that one of the deans had called him ‘German-hater’ and ‘chauvinist’. Feeling the need to explain his position, Lejiņš declared that he was in no way hostile to Latvian citizens belonging to other ‘nationalities’ if they had supported the Latvian government during the recent War of Liberation, or at least had remained neutral and were now loyal “in thought and deed”. However, he nevertheless felt it reasonable that all government institutions, including the newly started university, should contain a representative proportion of ethnic Latvians. That meant that at least seventy-five per cent of the academic staff should belong to the majority nation. Moreover, the university must, he argued, be infused with a Latvian spirit.<sup>25</sup>

This shows that Lejiņš’s ‘national’ stance went further than merely promoting the use of Latvian as the mandatory academic language. His agenda was clearly of a more ethnic nature, with its insistence that the great majority of staff be ethnic Latvians. However, it is interesting that in the organisation committee’s discussions, Lejiņš and other members of the ‘national’ wing most often framed their arguments in terms of language proficiency, not ethnicity. Openly advocating an ethnic principle in recruitment was clearly controversial because that would be incompatible with established academic norms and practices. To some extent, therefore, the requirement that recruited academics should be proficient in the Latvian language seems to have served as a cloak for what was really a selection based on ethnicity.

Among the committee members advocating the primacy of academic merit, Jānis Endzelīns stands out as an especially interesting figure. As the most prominent Latvian linguist he was absolutely central in the standardization and expansion of the Latvian language, turning it into a language for administrative and educational purposes. At the same time, he strongly adhered to the transnational academic agenda. While his national allegiance could not be questioned, his insistence on appointments based primarily on scientific and scholarly merit certainly caused considerable friction with the organisation committee’s ‘national’ wing. In the Faculty of Philology and Philosophy, linguist Jānis Endzelīns held the key position of dean during the formative years.<sup>26</sup> This led him to advocate the appointment of several German and Baltic German scholars, a very controversial issue within the committee. Endzelīns was successful in some cases, like archaeology, where no viable Latvian candidates could be found.<sup>27</sup> Even if this faculty, like agronomy, was predominantly Latvian in terms of academic staff and teaching language, it was during the first formative years

25 Ibid, Saraksti ar Latvijas Augstskolu par mācības spēku ievēlēšanu. Letter from P. Lejiņš to the Ministry of Education, 1920/07/01; 1920/12/08; P. Lejiņš: “Personīgā lietā” [A personal matter], n.d.

26 Endzelīns was dean of faculty until 1 July 1923, when he was replaced by Pēteris Šmits. See *Latvijas Universitātes piecgadu darbības pārskats 1919–1924* [A five-year overview of the work of the University of Latvia, 1919–1924], Riga 1925, p. 290.

27 The first lecturer in archaeology was the Baltic German nobleman and librarian Karl von Lōvis of Menar, a self-taught archaeologist who could only lecture in German. LVVA, Latvijas Universitātes fonds, 7427/6/2. Organisation Committee Minutes, 1921/09/21. However, he was only given yearly assignments, not full tenure.

much more open to the recruitment of prominent non-Latvian academics in fields where there were no viable 'native' candidates.

Endzelīns was not entirely alone in his defence of academic standards. In fact, the most internationally renowned Latvian academics – admittedly a very small group – also supported the notion that scholarly and scientific merit should be given priority when forming the academic staff at the new university. But for most of the Latvians involved in shaping the University of Latvia, the prospect of a continued Baltic German cultural predominance was a haunting one, and clearly at odds with the national Latvian agenda with its insistence on breaking the societal and cultural hegemony of the Baltic Germans.

### **Reproducing the Baltic German elite – or creating a new national Latvian elite?**

Recruitment policy and appointments became an area of conflict not only within the organising committee, but also between the committee and the faculties. The faculties consisted entirely of academics, and their suggestions for new appointments were primarily directed by academic concerns and needs. These suggestions often clashed with the national priorities of the committee majority. The core of these conflicts seems to have been the question whether the established Baltic German academic elite should be allowed to reproduce itself at the new university, or whether it should be replaced with a new, ethnic Latvian elite.

To some extent, this set of problems is connected to the existing links with the former Riga Polytechnical Institute. As we have seen, the new university was clearly divided – some faculties had very strong links with the former RPI. Especially in the natural science and technology, a substantial Baltic German RPI professoriate had managed to transfer to the new Latvian university. In the organising committee, their main spokesperson was Paul von Denffer, dean of Faculty of Mechanical Engineering. He advocated a more open recruitment policy, allowing Baltic Germans or non-Latvian citizens to be elected primarily on the basis of their scientific merits. He also insisted that the faculties were more qualified to judge in these matters than the organising committee.<sup>28</sup> While the majority in the committee paid lip-service to the importance of academic merit, it is clear that they would not delegate the crucial matter of recruitment to the respective faculties. All appointments had to be confirmed by the committee.

While the position of the RPI professoriate who had been appointed in 1919 remained relatively solid, the conflicts instead evolved around the selection of junior scientists. Against the wishes of the technical faculties, the organising committee remained adamant that only Latvian-speaking candidates could be accepted. In effect, this meant that the lower levels of the academic structure in these faculties gradually became more Latvianized.

The situation in the Faculty of Law and Economics to some extent resembled the one in the technical faculties. There were strong personal ties with the previous Riga Polytechnical Institute, since most of its academics had taught there before the War. There was also originally a predominance of Baltic Germans. In the summer of 1920, the ethnic composition of its teaching staff was categorised as follows: nine Germans, four Latvians, one Jew and

28 Ibid, 7427/6/1, Organisation Committee Minutes, 1919/09/19.

one Englishman.<sup>29</sup> The group of experienced Baltic German academics included, among others, Benedikt Frese, professor in Roman law, with an impressive academic record from Russian universities, Friedrich Hänsell, a statistician and economic historian, and Alfred von Hedenström, who lectured mainly on the geography of commerce and on modern history. They all contributed considerable academic expertise, but especially Frese and Hänsell seem to have had difficulties lecturing in Latvian.<sup>30</sup>

Von Hedenström was one of the original members of the organising committee, but the office of dean was immediately given to Latvian colleagues instead of to him. The dean in charge from spring 1920, Ernests Birkhāns, was an ethnic Latvian who also had strong ties with the Polytechnical Institute. A former student at RPI, he had received a government scholarship to study trade and commerce at the University of Leipzig and other institutions in Western Europe. He lectured at the Polytechnical Institute from 1900, was exiled to Moscow and the Caucasus during the War and joined the newly formed university in Riga in 1920.<sup>31</sup>

Together with economist Kārlis Balodis, Birkhāns belonged to a middle generation of well-qualified academics, trained at both German and Imperial Russian institutions, but he was also an old colleague of several of the Baltic German academics in the faculty. While certainly not averse to the general national agenda of the Latvian university, both Birkhāns and Balodis seem to have given priority to the faculty's pragmatic need to recruit competent academics in law and commerce. Especially in law, Birkhāns and Balodis several times suggested the election of ethnic Russian academics in order to manage the teaching assignments. The number of students enrolled at the faculty rose swiftly, from 174 in the autumn of 1919 to 556 the following year.<sup>32</sup>

The urgent need for teaching staff led to confrontations with the organisation committee. Birkhāns repeatedly argued for the need to recruit foreign specialists, especially in law where there was a great lack of qualified lecturers, and for the necessity to give academic competence a clear priority.<sup>33</sup> The organisation committee, however, was not keen to recruit the suggested Russian specialists. Especially Paulis Lejiņš repeatedly questioned the initiatives to persuade Russian academics to come to Riga. In the end, very few such recruitments actually materialised during the initial years, primarily because the organisation committee, even when grudgingly convinced of the necessity, was only prepared to offer Russian academics two-year contracts. Such very limited tenure appears to have been less alluring for Russian specialists, since their future employability by Soviet Russian universities after the period in question would no doubt be rather uncertain.<sup>34</sup>

The committee majority was also less keen to accept academics from the ethnic minorities. The faculty's election of jurist Pauls Mincs as professor caused some controversy.

29 Ibid, 7427/6/37a. Pārskats par Latvijas augstskolas, vēlāk Universitātes, nodibinašana un viņas darbību. Overview of the ethnic composition of the teaching staff in the faculties, 1920/06/26.

30 Ibid, 7427/13/504; 7427/13/624; 7427/13/633. Staff records.

31 Latvijas Universitāte (see note 8), II, p. 523.

32 Ibid, I, pp. 735 f.

33 LVVA, Latvijas Universitātes fonds, 7427/6/1, Organisation Committee Minutes, 1920/06/02; 1920/09/24.

34 Ibid, 1920/06/02.

Mincs had studied Law at Dorpat/Jur'ev and Moscow, and had been teaching at the new university in Riga since 1919.<sup>35</sup> Although a Latvian citizen, Mincs was not a Latvian in ethnic terms: he belonged to the Jewish community, and was also politically active in one of the Jewish political parties.<sup>36</sup> This prompted some discussion within the organisation committee. Lejiņš, and Dāle held that Mincs, although described as a 'very capable person', was far too occupied with politics to simultaneously hold a chair at the university.

However, such qualms were not voiced regarding Latvians. Several prominent academics at the university were active in the provisional parliament. Jānis Čakste, one of the leading politicians in the Latvian struggle for independence and the Republic's first president, had actually been elected professor in the Faculty of Law and Economics. Moreover, Kārlis Puriņš, dean of the same faculty between October 1919 and March 1920, served as Minister of Finance for a short period in 1920.<sup>37</sup> There were many ties and interconnections between the Latvian academics and the government ministries.

Regarding Pauls Mincs, Dean Ernests Birkhāns warmly recommended his election. The decision was postponed, allowing for an investigation of Mincs's political affiliations. Finding the result satisfactory, the committee later decided to appoint Mincs, on the condition that his lectures were to be held in Latvian. Even so, it should be noted that four members voted against the appointment.<sup>38</sup> Pauls Mincs, together with Mečislavs Centneršvērs in Chemistry and Naum Lebedinski in Zoology, was actually one of the very few Jewish professors appointed at the University of Latvia during the entire First Republic.<sup>39</sup>

In the Faculty of Law and Economics, it seems that the attitude towards the appointment of Baltic German academics was comparatively open. In 1921, for instance, Dean Birkhāns strenuously tried to convince the organising committee to accept the faculty's appointment of Friedrich Treu, son of a Baltic German RPI professor, as *docents*. Perhaps not surprisingly, the "national wing" of the organising committee blocked this appointment, proposing instead that an ethnic Latvian candidate be appointed.<sup>40</sup>

Eventually, the persistent lack of ethnic Latvian academics qualified in Law convinced the committee that it was necessary to change policy and appoint some trained specialists

35 Ibid, 7427/13/1162. Staff records.

36 Political parties based on ethnicity emerged in Latvia after independence, primarily targeting Baltic Germans, Jews and Russians. Mincs belonged to the National Democratic Party, which consisted primarily of educated middle-class Jews. Ezra Mendelsohn: *The Jews of East Central Europe between the World Wars*, Bloomington 1987, p. 248.

37 *Latvijas Universitāte* (see note 8), I, p. 749; II, p. 534.

38 LVVA, *Latvijas Universitātes fonds*, 7427/6/1, Organisation Committee Minutes, 1921/02/16; 1921/02/23. It should perhaps also be noted that the organisation committee had, without discussion, one month previously voted solidly against the appointment of the Jewish jurist Max Lazarson. Ibid, 1921/01/19. Lazarson later became a leader of a leftist Zionist party in the parliament. See Michael Garleff: *Die baltischen Staaten und die Juden 1918–1940*, in: *Jahrbuch des baltischen Deutschtums* 52 (2005), pp. 95–106, here p. 103.

39 Centneršvērs belonged to the former RPI staff that was taken over in 1919. The appointment of Lebedinski appears to have been smooth: 24 'ayes', 2 against and 2 abstaining. LVVA, *Latvijas Universitātes fonds*, 7427/6/1, Organisation Committee Minutes, 1921/10/12. However, the absence of openly anti-Semitic or anti-Jewish comments in the minutes makes it difficult to prove that Jewish academics were systematically discriminated against.

40 Ibid, 1921/03/16; 1921/03/22.

belonging to other nationalities – but only for limited time periods, not with full tenure. This ensured that during the initial years, the majority of professors in this discipline were non-Latvians.<sup>41</sup> This group included the ethnic Russian Vladimir Bukovski, appointed in September 1921, and the ethnic Pole Vjačeslav Gribovski, first appointed in October 1920. Bukovski was an experienced judge and had served in courts in Jelgava and Riga for almost twenty years before his appointment. He had also been a member in the Latvian commission for the codification of a new civil law. Gribovski, on the other hand, was a very experienced academic, having previously been professor at various Russian universities for eleven years.<sup>42</sup> The Latvians in the Law Department during these initial years belonged to a younger and less influential generation: Kārlis Dišlers and Pēteris Lejiņš were in their early forties when appointed *docenti* in 1920.<sup>43</sup>

Summing up, it seems safe to say that the faculties with strong links and personal ties with the previous RPI had repeated clashes with the organising committee in recruitment matters. While the early appointed professoriate managed to retain their academic positions, their power over recruitment and the forming of a younger generation of scientists was very soon curtailed by the committee.

In the technical and science faculties, academic leadership gradually passed from the Baltic German professors from the previous Polytechnical Institute to their younger Latvian colleagues. In Engineering, the first dean, Edgar Jacoby, was replaced by Edmunds Ziemeļis in 1922, while in Chemistry, Waldemar Fischer gave way to Latvian pharmacologist Eduards Zariņš.<sup>44</sup> Similarly, the following year the Mechanics faculty's forceful dean, Paul von Denffer, resigned and was replaced by his younger Latvian colleague, Emīls Āboliņš.<sup>45</sup>

By 1923 all Baltic German deans had been replaced by ethnic Latvians.<sup>46</sup> In the Faculty of Law and Economics, Ernests Birkhāns was replaced by younger Latvian colleagues.<sup>47</sup> The Baltic German professors from the previous RPI were allowed to remain at the university until retirement, but after 1923 they played a very minor role in the academic leadership. This also meant that they were much less able to secure career paths for promising students from the Baltic German community.

41 The only ethnic Latvian professor in Law during the formative years was in fact the state president Jānis Čakste, but his many political duties meant that he only taught courses in international law during the academic year 1920/21. See Latvijas Universitāte (see note 8), I, pp. 747-749; II, pp. 524-535; Jānis Stradiņš: Jānis Čakste un demokrātijas ideju iedibināšana Latvijā [Jānis Čakste and the establishing of the democratic idea in Latvia], in: Jānis Čakste (ed.): Taisnība vienmēr uzvarēs. Atziņas, runas, dokumenti, raksti, vēstules, Rīga 1999, pp. 5-11, here p. 9.

42 LVVA, Latvijas Universitātes fonds, 7427/13/570; 7427/13/283. Staff records.

43 Latvijas Universitāte (see note 8), II, pp. 526, 531. This group also included the judge Aleksandrs Būmanis, appointed as part-time *docents* in October 1921. LVVA, Latvijas Universitātes fonds, 7427/13/287. Staff records.

44 Latvijas Universitāte (see note 8), I, pp. 339, 389.

45 Ibid, p. 553.

46 LVVA, Latvijas Universitātes fonds, 7427/6/1, University Council Minutes, 1923/04/25; 1923/05/02.

47 In 1921, economist Jānis Kārklīņš, was elected dean. Until 1938, he and Kārlis Dišlers in Law took turns as deans. Both of them belonged to a younger generation. Latvijas Universitāte (see note 8), I, pp. 736-740.

According to Pierre Bourdieu, control over career possibilities for younger academics is one of the main ways in which prestigious professors exercise power.<sup>48</sup> This power was now wielded by ethnic Latvian academics. A younger generation of Latvian scientists and scholars was fostered in all faculties during the 1920s and 1930s, gradually replacing the Baltic German elite. The preference for young male Latvian-speakers when filling junior academic positions, like assistants and sub-assistants, ensured that in time the university staff would become increasingly nationalised.

### **The medical faculty: an internal Latvian controversy**

The medical faculty was at one point even more clearly at loggerheads with the organising committee, but for somewhat different reasons compared to the previous cases. There were no previous bonds with the Polytechnical Institute, and the initial group of lecturers were Latvians. However, there was initially only one reasonably qualified academic among them, a pharmacologist, and most of the lectures were held by ordinary medical doctors. The main dilemma therefore was that the faculty struggled with a very serious lack of properly qualified academic staff, an unwillingness among the organising committee to appoint Baltic Germans, and at the same time a very substantial enrolment of students.

In the autumn of 1919, more than three hundred students enrolled in the medical faculty, making it the second largest faculty after Law and Economics.<sup>49</sup> Professor Eduards Zariņš, a pharmacologist who was in charge of developing this faculty, repeatedly complained that it was impossible to run it without adequately trained staff.<sup>50</sup> Apparently, at that point Zariņš had only four doctors at his disposal as lecturers.<sup>51</sup> Some Latvian academics at Russian universities had been summoned to Riga but those who favoured this option had great difficulties in leaving the Soviet Union.

As an emergency measure, the organisation committee accepted the election of the Swedish anatomist and physical anthropologist Gaston Backman, in spite of his salary demands and the fact that he could only lecture in German.<sup>52</sup> However, the organisation committee majority was far less ready to appoint Baltic German specialists. In April 1920, Dean Zariņš declared to the committee that there was a strong need for at least one qualified professor of surgery, and nominated the Baltic German Otto Hohlbeck. Committee member

48 Pierre Bourdieu: *Homo academicus*, Stanford 1988, esp. chapter 4.

49 According to Vīksna, 334 students had registered for studies in medicine in early October 1919. However, the resumption of warfare in Latvia during the autumn meant that teaching in the medical faculty was much reduced until February 1920. Vīksna: *Medicīnas fakultāte* (see note 5), p. 31. According to enrolment statistics, eighty-five students were registered in the medical faculty in December 1919. LVVA, Latvijas Universitātes fonds, 7427/6/54, *Gadu statistikās ziņas par studentu un mācībās spēku sastāvu*.

50 LVVA, Latvijas Universitātes fonds, 7427/6/1, *Organisation Committee Minutes*, 1919/09/12; 1919/09/23; 1919/11/19.

51 *Ibid*, 7427/6/47, *Medicīnas fakultātes darbības pārskats*, 1919. g – 1938. g. All except Zariņš were members of the Society of Latvian Physicians. See Vīksna, *Medicīnas fakultāte* (see note 5), p. 26.

52 LVVA, Latvijas Universitātes fonds, 7427/6/1, *Organisation Committee Minutes*, 1919/09/30; 1919/12/19; 1920/01/07. 7427/13/114, *Staff records*.

Paulis Lejiņš was critical, asserting that this was contrary to the previous decision to give priority to Latvian as the language of instruction. Pauls Dāle and bacteriologist Augusts Kirchenšteins from the Faculty of Agronomy argued that it was far more constructive to send Latvian doctors abroad to get the necessary specialist training, Dāle adding that this was also Ministry policy.<sup>53</sup>

When Hohlbeck's appointment was turned down in a formal election a few months later, Dean Zariņš reacted with great disappointment and announced his resignation. The split vote in the committee indicates that there were strong differences of opinion. One of the other deans expressed his surprise about the organisation committee's lack of confidence in the medical faculty's judgement, and their insensitivity to the desperate staffing conditions in that faculty.<sup>54</sup> When shortly afterwards a professorship in surgery was announced for open application, the committee by-passed several well-merited foreign academics and instead appointed the Latvian surgeon Jēkabs Alksnis at the lower academic level of *docents*.<sup>55</sup>

The arrival of the long-awaited professor Roberts Krimbergs from Kharkov in September 1920 was naturally a great relief, but understaffing remained a chronic problem. A new batch of students had enrolled, 241 in the medical faculty alone.<sup>56</sup> Apart from Krimbergs, practically all lecturing during the first two years was delivered by only three professors: the Latvians Paukulis in pathology and Zariņš in pharmacology, and the Swedish anatomist Gaston Backman in most other subjects.<sup>57</sup>

Krimbergs, the new dean, soon complained bitterly about the persistent lack of teaching staff in the medical faculty, which, he maintained, made it impossible to organise tuition at a reasonably scientific level.<sup>58</sup> Efforts by the organising committee to find more staff met with very limited success. One of the eagerly expected Latvian medical professors, Kundziņš, could not be persuaded to leave Tartu since the Estonian government refused to let him bring his voluminous scientific collection of anatomical samples.<sup>59</sup> Of three professors recruited later, one died before arrival, and another decided after a brief and apparently discouraging visit to Riga to remain in his native Poland.<sup>60</sup>

53 Ibid, 1920/04/14.

54 Ibid, 1920/06/30.

55 Vīksna, Medicīnas fakultāte (see note 5), p. 34. Alksnis was an experienced surgeon who had run a private clinic in Liepāja before the war. He had very good connections with Latvian political circles, having served as a medical officer and war clinic surgeon during the War of Liberation. He immediately became a member of the organising committee. Latvijas Universitāte (see note 8), II, pp. 401 f.

56 LVVA, Latvijas Universitātes fonds, 7427/6/54, Gadu statistikās ziņas par studentu un mācībās spēku sastāvu [Yearly statistics on the composition of students and teaching staff].

57 Ibid, 7427/6/37a. Pārskats par Latvijas augstskolas, vēlāk Universitātes, nodibinašana un viņas darbību. Overview of the teaching staff in the faculties, 1919/20; Latvijas Universitātes piecgadu darbības pārskats (see note 26), p. 178.

58 Ibid, Izglītības ministrijas fonds, 1632/2/633. Saraksti ar Latvijas Augstskolu par mācības spēku pieņemšanu darbu. Letter from Krimbergs to the Ministry of Education, complaining that the medical faculty under the present circumstances could not meet scientific standards.

59 Ibid, Latvijas Universitātes fonds, 7427/6/1, Organisation Committee Minutes, 1919/09/23; 1919/11/19; 1920/02/04.

60 Ibid, 1920/09/08. The organising committee accepted that the medical faculty could recruit Polish staff on one-year contracts, but these efforts seem to have been fruitless.

The third recruit, the eminent Baltic German professor Karl Dehio, caused serious friction between the medical faculty, the organising committee, and the government. While the organising committee was initially in favour of Dehio's appointment, the Latvian government refused to condone it, making no secret of the fact that the reasons were entirely political.<sup>61</sup> Dehio had served as Principal at the briefly existing German university at Dorpat in 1918/1919, and was therefore seen as too close to supposedly disloyal Baltic German political circles.<sup>62</sup>

Renewed efforts from the medical faculty to have Dehio appointed failed. While some of the committee members, among them Jānis Endzelīns, were quite prepared to rely on the medical faculty's judgement, it emerged that many of the other members now clearly opposed Dehio's appointment. One of the opponents was the celebrated playwright Jānis Rainis, who for the first time exercised his right to attend the committee in his capacity as an elected Honorary Fellow. Rainis spoke strongly against Dehio, claiming that he was much too involved in Baltic German politics and also a known enemy of 'smaller nations'. For Rainis, appointing someone like Dehio to a university that should, as he put it, embody the spirit of the Latvian nation, was simply unthinkable.<sup>63</sup>

The committee members representing the Latvian organisations sided with Rainis, declaring that Dehio was in fact an enemy of the Latvian people and his election was therefore untenable. When the matter was finally put to the vote, Dehio's opponents were in majority.<sup>64</sup> Evidently, the political resistance to Dehio's appointment had grown considerably within the organising committee.

This conflict appears to have been notably acrimonious and the discussion in the organisation committee continued. Endzelīns, perhaps the most active proponent of recruitment based primarily on academic merit, was obviously not convinced that the vetoing of some of the Baltic German medical specialists was reasonable. He publicly voiced his opinion that the appointment of Dehio, for instance, had been blocked entirely due to the candidate's Baltic German ethnicity. The Principal Ernsts Felsbergs and Pauls Dāle argued strongly against this interpretation. They both maintained that it was Dehio's 'politics' which made him unsuitable, not his ethnicity; this was described as a 'misunderstanding'. Endzelīns remained unimpressed, claiming that there was no evidence that Dehio was in fact hostile to the Latvian nation.<sup>65</sup> The matter was naturally very sensitive. Apart from purely academic considerations, basic democratic principles ruled out open discrimination of citizens belonging to the ethnic minorities.

Frustrated by this setback and the seemingly endless shortage of staff, the medical faculty declared that it could no longer take responsibility for the situation.<sup>66</sup> The conflict between the medical faculty and the organising committee seems to have deepened. Krimbergs now

61 Ibid, 1920/10/13; 1920/10/20.

62 Latvijas Universitātes piecgadu darbības pārskats (see note 26), pp. 179 f.; Heinrich Seesemann: 350 Jahre Universität Dorpat, in: Pistohlkors, Raun et.al. (eds.): Die Universitäten Dorpat/Tartu (see note 3), pp. 347-366, here p. 362.

63 LVVA, Latvijas Universitātes fonds, 7427/6/1, Organisation Committee Minutes, 1920/10/27.

64 Ibid, The result of the vote was 13 for Dehio, 14 against, and 2 abstaining.

65 Ibid, 1920/12/15.

66 Ibid, 7427/6/390, LU Medicinas fakultātes sēžu protokoli, 1920/12/06; 7427/6/1, Organisation Committee Minutes, 1920/11/03.

chose to reopen the case of Otto Hohlbeck, whose appointment had previously been stalled by the committee. Krimbergs again nominated him for formal election, but failed to get the required two-thirds majority. Endzelīns, who had evidently supported Hohlbeck, deplored that the committee's academic members, the deans, had been silent in the discussion. Instead, the meeting had been dominated by the politically appointed non-academic members. Arguments on issues such as scientific competence and under-staffing, Endzelīns claimed, had not been sufficiently voiced.<sup>67</sup>

Reacting to the second rejection of Hohlbeck, Krimbergs and the medical faculty launched an open attack on the organising committee. Krimbergs claimed that the refusal to appoint Hohlbeck had not been based on a consideration of his scientific merits: it therefore had nothing to do with medical science or academic standards. This attack undoubtedly drew an embarrassing attention to the dilemma of reconciling academic and national prerogatives.

The committee meeting developed into a ferocious argument. Krimbergs insisted that the medical faculty alone was competent to assess Hohlbeck's scientific record, and the committee's repeated refusals to appoint candidates selected by the faculty simply could not be tolerated. He received some support from Endzelīns, who again criticised the other deans for not speaking out in support of academic concerns. The committee majority, on the other hand, could not publicly admit that appointments were not based on a serious evaluation of scientific records – that would have eroded the committee's academic credibility as well as the new university's reputation. Paulis Lejiņš reiterated his position that 'foreign' academics should only be recruited if they were truly 'eminent' – which he evidently thought Hohlbeck was not.

After some calls for calm and moderation, the committee voted that Krimbergs's statements should be seen as an expression of "groundless suspicions". The committee voted solidly in favour of this interpretation: 14 for, 2 against, and 7 abstaining. Evidently, it was simply out of the question to admit openly that well-merited medical academics were barred on ethnic grounds.<sup>68</sup>

In conclusion, the conflict over the recruitment of non-Latvian academics apparently came to a head in the faculty of Medicine because this faculty had the most explosive combination of preconditions: a severe shortage of staff, a very large admission of students, and, probably, a set of academics who were above all scientists and pragmatists and not prepared to give priority to nationalist concerns that would lower the quality of teaching. The Latvian professors of medicine, whose ethnicity could not be questioned, clearly gave priority to pragmatic and professional considerations.

Another reason why this conflict came to the fore in the medical faculty may have been precisely because the leading professors, Krimbergs and Zariņš, were ethnic Latvians. In some of the technical and natural science faculties there was also a lack of properly trained scientists, but here the staff was to a far greater extent dominated by Baltic Germans from the previous RPI. Running the risk of being seen as disloyal 'foreigners', these academics probably did not find it prudent to challenge the organising committee's authority in the same direct manner as Krimbergs and Zariņš did.

67 Ibid, 7427/6/1, Organisation Committee Minutes, 1920/11/17; 1920/11/24.

68 Ibid, 1920/12/01.

The “national wing” in the committee was clearly much keener to retrieve ethnic Latvian academics from Soviet Russia, or to send Latvian doctors abroad to receive the required specialist training. Naturally, this policy was supported by Latvian doctors who were eager to benefit from such opportunities.<sup>69</sup> The group organising the medical faculty in 1919 had very strong links to the Latvian Society of Physicians, and several of them remained on the teaching staff even though they had not received any advanced academic training in medicine. In this way, the professional strategies of Latvian medical doctors became intertwined with government policy and the ethnic policy at the new university. Indeed, in the same manner as was the case with the strongly Latvianized Faculty of Agronomy, the Latvian professional organisations forming a counter-elite to the Baltic Germans seem to have wielded some influence on the organising committee in these matters.

### Concluding remarks

Latvia during the interwar period should be seen as a nationalizing state where the leading circles were primarily concerned with the need to break the cultural hegemony of the former elite groups within the country and instead elevate a new, ethnically Latvian elite. While this was swiftly achieved in the political arena, the forming of a new Latvian academic elite was, however, not a completely straight-forward process. Some of the most renowned Latvian professors were adherents of an academic ethos stressing the primacy of scientific and scholarly merit, a transnational conception of academic pursuits that had emerged within the European university system in the late nineteenth century as a part of the professionalization process of academia. Also, the persistent lack of adequately trained Latvians in many academic disciplines made it difficult to swiftly establish an ethnic Latvian professoriate that could immediately replace the previously hegemonic group, the Baltic Germans. The first formative years of the new university were therefore fraught with inconsistencies, conflicts, and compromises.

Due to the organisation committee’s composition and voting procedures, the group of more nationally inclined academics could combine with the members belonging to the ministries and the Latvian professional organisations to dominate the recruitment procedure during the university’s initial formative period. Eventually, the language criterion became paramount: academics not able to lecture in Latvian were appointed only when no reasonably deserving Latvian-speakers could be found. Officially, therefore, the emerging academic elite was a professoriate of Latvian-*speakers* rather than ethnic Latvians.

Unofficially, however, there was clearly an ethnic agenda. Several of the committee members were very reluctant to accept the recruitment of German and Baltic German academics, no doubt because these had formed the academic and cultural elite in the previously existing Baltic provinces of Russia. Appointments of Jewish and Russian academics were also rare. Here the ‘national’ agenda and its imperatives apparently conflicted with academic notions

69 Ibid, Izglītības ministrijas fonds, 1632/2/633. Saraksti ar Latvijas Augstskolu par mācības spēku pieņemšanu darbu. Letter from Dr Alksnis, a physician, to the ministry 1920/09/02, complaining that money was wasted on recruitment attempts directed at Polish academics instead of relying on Latvian professionals.

of quality, and, quite clearly, with a more pragmatic need to organise high quality education for the rapidly growing number of students.

Latvian professional organisations also seem to have played a vital role in this process. Being well represented in the organising committee, they had a large say in the appointment of academics. Especially two professional organisations, agronomists and medical doctors, seem to have influenced government and university policy in the direction of a more thorough Latvianization of those faculties. Here, in a sense, Latvian counter-elites manoeuvred to dominate the faculties tied to their respective professions.

During the first formative years, a sizeable group of Baltic German professors were allowed to remain, primarily in the technological faculties, natural sciences, law and economics: subjects where a competing Latvian counter-elite yet had not emerged. Half of the faculties initially had Baltic German deans. To some extent, therefore, there was a reproduction of the established academic elite. However, by 1923 a younger generation of Latvian academics had replaced the Baltic German professoriate as deans in all faculties. This meant that the power over the promotion system within a few years was passed over to the hands of their younger Latvian colleagues, ensuring that the future academic elite would be – primarily – ethnically Latvian.

Control over promotion and grants is one of the most important modes of power within academic systems. In effect, this meant that while junior academic positions were formally reserved for Latvian-*speakers*, most grants and scholarships seem to have been consistently awarded to promising young Latvian males. Talented students from the ethnic minorities, even if they were Latvian-speakers, were given considerably fewer chances to pursue academic careers. In this manner, during the course of the 1920s and 1930s a new Latvian and primarily male academic elite was gradually established. Initially a combination of Baltic German and Latvian scientists and scholars, with a sprinkling of academics from small and supposedly friendly countries, this academic elite became gradually Latvianized during the interwar period.

Proofread by Louis Marvick, Lüneburg

### *Zusammenfassung*

Das Entstehen eines unabhängigen Staates Lettland im Jahre 1918 brachte gravierende Veränderungen in der Zusammensetzung der Machteliten mit sich. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Deutschbalten in den Ostseeprovinzen des Russischen Kaiserreiches die dominierende Bevölkerungsgruppe in Politik, Kultur, Verwaltung und Wirtschaft dargestellt. Nun wurde ihre Position durch eine aufstrebende Schicht aus der Mehrheitsbevölkerung der Letten angegriffen. Denn die junge parlamentarische Demokratie brachte es mit sich, dass die politische Macht der Deutschbalten, die weniger als fünf Prozent der Bevölkerung ausmachten, stark eingeschränkt wurde. Auch die adligen Familien erfuhren drastische Eigentumsbeschränkungen ihres Grundbesitzes als Folge der in den frühen 1920er Jahren durch die lettische Regierung eingeführten weitreichenden Landreform.

Die deutschbaltische akademische Elite musste sich den neuen Herausforderungen auch im Bildungssystem stellen. Das Polytechnische Institut in Rīga, eine Initiative der Deutschbalten aus dem Jahr 1862, wurde 1919 in eine nationale lettische Universität umgewandelt.

Die damit einhergehende Bildung einer neuen lettischen Elite war ein komplexer Vorgang: Die nationale Agenda bei der Umgestaltung der Universität widersprach den gängigen Auffassung der akademischen Führungsspitze. Einige der renommiertesten lettischen Professoren hielten an einem akademischen Ethos fest, das wissenschaftliche und akademische Leistung hervorhob. Außerdem ging mit dem anhaltenden Mangel an gebildeten Letten die Schwierigkeit einher, eine Professorenschaft aus ethnischen Letten aufbauen zu können, die in der Lage gewesen wäre, die dominierte Gruppe der Deutschbalten zu ersetzen. Die ersten Reformjahre waren deshalb voller Unstimmigkeiten, Konflikte und Kompromisse zwischen nationalen und akademischen Belangen.

In der Berufungskommission setzten sich schnell national ausgerichtete Akademiker, Mitglieder von Regierungsministerien und lettischen Berufsverbänden durch. Doch trotz der bestehenden ethnischen Agenda entschied das Kriterium der Sprache letztendlich über Personalfragen: Akademiker, die nicht auf Lettisch lehren konnten, wurden nur eingestellt, wenn keine ausreichend qualifizierten lettisch sprechenden Personen gefunden wurden. Die aufstrebende akademische Elite bestand demnach eher aus lettisch sprechenden Professoren als aus ethnischen Letten.

Während der ersten Jahre ihrer Neuausrichtung durfte eine beträchtliche Anzahl deutschbaltischer Professoren an der nationalen Universität bleiben, vor allem in den technologischen, naturwissenschaftlichen, juristischen und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten. In diesen Fächern existierte zunächst noch keine konkurrierende lettische Elite. Während die Hälfte der Fakultäten anfangs noch über einen deutschen Dekan verfügte, konnten diese schon 1923 durch eine jüngere Generation lettischer Akademiker ersetzt werden, so dass die Neubesetzung von Personalstellen in die Hände von jüngeren lettischen Kollegen überging, die wiederum die Bildung einer akademischen Elite aus ethnischen Letten vorantrieb. In ihrer Aufsicht lag die Kontrolle über Personalfragen, Einstellungen und Beförderungen, so dass die Stellen für den akademischen Nachwuchs formal lettisch sprechenden Bewerbern vorbehalten waren. Zudem wurde ein Großteil der finanziellen Zuschüsse und Stipendien an vielversprechende junge lettische Männer vergeben. So konnte im Laufe der 1920er und 1930er eine lettische akademische Elite aufgebaut werden.

## **Attorneys and Notaries between two Worlds: Educated Professionals in Latvia before and after the 1918 Independence**

by Valters Ščerbinskis

During the first half of the twentieth century Latvia experienced radical political regime changes. After the collapse of the Russian empire, the new liberal and democratic Republic of Latvia was proclaimed. There were obvious and far-reaching consequences: change in the political system was sudden, radical and complete. The political culture, however, changed more slowly. It took several years for businesses to adapt to the new conditions. At the centre of the state, meanwhile, stood the individual (both the sworn attorneys and the notaries) who, by virtue of his personal and professional qualities as well as his background, validated the recruitment policy of the regime.

The new regime, which was established in 1918, required new specialists. Many officials and professionals had left the territory of Latvia for good, driven away by war and revolution. Others were not ready to accept the changes which occurred in the public sphere, and left Latvia during and after the independence war in 1919 and 1920. The new state required specialists who would be able and willing to adopt the new republic as their homeland despite the lack of former social privileges (for the nobility) and professional ties (through the formerly existing institutions). It was a great challenge to many to learn the official state language, Latvian, which gradually replaced German and Russian as the *lingua franca*. The professional elite was about to appear in a new guise.

Official data for various professions essential for the existence of the legal regime, either in tsarist Russia or in independent Latvia, provide few hints regarding who was welcome and who was not among professionals of various specialities. An analysis of the biographies of notaries and attorneys provides data necessary for understanding the true nature of the recruitment policy. Thus, the comparatively small number and rather closed circles of both professions provide the basis for a case study analysis of how society changed during a longer period – from the late nineteenth century when, in 1888, a reform of the Russian judiciary system took place, through the 1905 revolution, World War I, the Russian revolution, the Bolshevik coup and finally independence and the creation of a completely different state in 1918. The question raised in my article – how did the legal profession change before and after 1918 – will make possible broader conclusions as to how the composition of educated elites changed in the same period, and why. In order to analyse biographies, biographical material compiled in four biographical dictionaries is used.<sup>1</sup> All the biographies were compiled from the available published sources and archives with

1 See Ēriks Jēkabsons, Valters Ščerbinskis (eds.): *Latvijas advokatūra. Latvijas zvērīnātie advokāti un viņu palīgi biogrāfijās* [Latvian Sworn Attorneys. Biographical dictionary], Rīga, (2007); idem (eds.): *Latvijas notariāts. Latvijas zvērīnāti notāri biogrāfijās. 1889–1945* [Latvian Notaries. Biographical dictionary, 1889–1945], Rīga 2013; Valters Ščerbinskis (ed.): *Latvijas advokatūra. Advokāti, zvērīnātie advokāti un zvērīnātu advokātu palīgi biogrāfijās. 1944–2010* [Latvian Attorneys. Biographical dictionary of the attorneys, sworn attorneys and their assistants, 1944–2010],

the aim of describing the life and professional career of the subjects as completely and objectively as possible. However, what these dictionaries lack is a general and comparative view of the changes that occurred in Latvia. Biographies themselves provide the raw material which offers the possibility for analysis of the whole professional group.

### **Latvia, land and administration before and after 1918**

The effect of political changes extended beyond the political sphere. New economic and social systems were also implemented, and the cultural and political environment was profoundly affected. The collapse of empires after World War I and the creation of new states brought about considerable demographic changes or at least new relations of power among certain demographic groups.<sup>2</sup>

During the authoritarian tsarist regime in Russia, the administrative territories which after 1918 made up the Republic of Latvia were divided among Courland gubernya, Livonia gubernya (its southern or Latvian part with the major city Rīga [Riga]) and three districts of Vitebsk gubernya (Witebsk/Vitebska) – Daugavpils (Dvinsk/Duenaburg), Ludza (Lyutsina/Ludsen) and Rēzekne (Rezhitsa/Rositten) – which were mostly inhabited and traditionally occupied by the Latvian-speaking population. Unlike the gubernyas of Courland, Livonia and Estonia, the Vitebsk Latvian districts did not enjoy autonomy and were fully integrated into the general Russian social and legal system. After the beginning of the Russification process which affected the Baltic gubernyas severely, various important changes took place.

It was a legal reform, along with changes in the educational and municipal systems, that made Russification dangerous for the survival of particular local practices and autonomy. Prior to the reform, the local legal system had been distinct from the one which existed in Russia and was one of the most important elements of the Baltic gubernyas. Thus, legal reform of the 1880s became highly instrumental in bringing about the process of Russification. It took many years gradually to restructure all of the legal system; formally, however, the new Russian system started to function as of 1888. Therefore, 1888 is a good point of reference for an analysis of tsarist Russia, particularly in the legal area. Because of this new system, little changed for sworn attorneys (they became subordinate to the St Petersburg institutions); the profession of public notaries, on the other hand, changed more radically. According to the Russian standards, notaries were something between state-employed and private officials, who were directly responsible to (and hired and fired by)

Rīga 2011; Valters Ščerbinskis (ed.): *Latvijas notariāts. Latvijas notāri biogrāfijās. 1944–2015* [Latvian Notaries. Biographical dictionary, 1944–2015], Rīga 2015.

- 2 There are several major reference books on the society of both tsarist Russia and interwar Latvia. Among them, I would mention the classic works of Arveds Švābe: *Latvijas vēsture. 1800–1914* [History of Latvia, 1800–1914], Daugava 1958 and Ādolfs Šilde: *Latvijas vēsture. 1914–1940* [History of Latvia, 1914–1940], Daugava 1976. More readily available in major languages are: Andrejs Plakans: *The Baltic States*, Cambridge 2011 and Erwin Oberländer, Kristine Wohlfart (eds.): *Riga. Porträt einer Vielvölkerstadt am Rande des Zarenreiches 1857–1914*, Paderborn 2004. The former contains a good general overview of Latvian society during the period under consideration and the latter gives an insight into the case study of the major city of the Baltic gubernyas and its multi-layered social and ethnic groups during the late tsarist period.

the respective district court. What is important for analysing recruitment policy is that the new system required not only a knowledge of the Russian legal system but also a very good command of the Russian language, which was quite uncommon among ethnic non-Russian professionals in nineteenth-century Latvia.

By the beginning of the First World War a series of changes began which finally led to the establishment of the independent state of Latvia. The events of 1917 and the following revolution destroyed the existing social and political system. The German occupation of large parts of the territory of Latvia prevented Bolshevik expansion. Finally, the victory of the Allied Powers and their geopolitical interests provided an opportunity for both the anti-Bolshevik and the anti-German forces, as well as the Western-oriented Latvian political elite. When independent Latvia was proclaimed, a liberal and democratic system of governance came into being after a two-year-long war. Social privileges enjoyed earlier by the few from the upper classes were abolished and all other restrictions were cancelled, at least formally. Although no ethnic or religious group was given preference, the majority – Latvians – dominated, not just because of their numerical superiority but also because of their leading role in creating the new state. The Latvian language, which earlier was only spoken inside the ethnic Latvian community, now became the official state language.

The Latvian legal system was created carefully and gradually by revoking pre- or post-1917 laws only when appropriate new legislation was ready to replace them. Thus, the Latvian legal system was essentially close to the pre-1917 Russian legislation until it was changed by new legislation. For instance, a new penal law was adopted only in 1933 and until then the pre-revolutionary law remained in effect. Immediately following the independence war, reforms within the Ministry of Justice and the district courts were initiated. The status of both sworn attorneys and notaries as the completely independent element in the judicial system (attorneys) and a semi-independent element (notaries) continued to exist in Latvia.

### **Lawyers, their education and society<sup>3</sup>**

As indicated by the high enrolments in the department of law among students at Dorpat University before 1918 and the University of Latvia after 1919, the legal profession became very popular in Latvia in the last decades of the nineteenth and first decades of the twentieth century. Among the jobs the judiciary system offered were numerous state positions both in the courts and in various state and municipal institutions. Two jobs, in particular, were coveted.

The first was that of sworn attorney (*Rechtsanwalt* in German; *zvērīnāts advokāts* in Latvian and *prisyazhnij poverennij* in Russian) which was highly popular as a profession because of its potential prestige in society and its apparent assurance of prosperity. Unlike in several other countries, sworn attorneys in Russia were part of the so-called free professions. They participated in court proceedings after a mutual agreement with the client.

3 The most important general reference source on the legal profession in the interwar period is the overview of the entire legal system published by the Ministry of Justice: *Tieslietu ministrijas un tiesu vēsture. 1918–1938* [History of the Ministry of Law and Courts, 1918–1938], Rīga 1939.

During regime changes, attorneys kept their private status, being formally separated from the institutions of the Ministry of Justice. Before 1918, the notaries' judicial chamber in St Petersburg registered attorneys. In practice, however, there was very little interference in the activities of attorneys by the judicial chamber. Attorneys were considered as belonging to the free professions. After 1918, the key institution for the acceptance, control and supervision of new attorneys was the Council of Latvian Sworn Attorneys, a collegiate body elected by attorneys themselves.

During tsarist times and even more so during the period of independent Latvia, sworn attorneys were often on the front pages of the newspapers, not only because of their professional activities but because of their participation in politics. They sat on various company boards and socialized with actors, musicians and other wealthy, famous and influential people. Obviously, not all of the sworn attorneys (and an even smaller number of notaries was among the various elites) enjoyed these pleasures of life either before or after 1918, but the general image of this profession remained highly positive and therefore attractive and desirable to young people. The popularity of the profession was confirmed by the high number of law students at the University of Latvia<sup>4</sup> and by the number of applicants, which remained generally steady despite the rather limited chances to become an attorney. In 1931, acceptance of new attorneys was suspended for an entire year, and later the Council of Latvian Sworn Attorneys tried various ways to limit the number of attorneys, particularly in Rīga.<sup>5</sup>

Every year, then, a constant stream of young and promising lawyers tried very hard to join the corps of sworn attorneys. In order to become a sworn attorney, young people needed to graduate from the faculty of Law and Economics, that is, to acquire the terminal degree. Before being promoted to the attorney's position, candidates had to become assistants to sworn attorneys, pass several examinations and built up a proper reputation. Even then, however, admission to the attorneys' corps was not a matter of course; the final decisions were made by the attorneys' association which either accepted or turned down candidates. Often these decisions were based on the market situation (if there were too many attorneys, the association tried to limit the number of new applicants) but sometimes they were also taken on the basis of corporate interests. Because the Baltic gubernyas were part of the St Petersburg legal region, during tsarist times new attorneys were admitted only through the institutions in St Petersburg. This certainly made conditions more complicated and expensive for young men (women in tsarist Russia could not become attorneys) who aspired to join the attorneys' ranks. Remote and generally less known professionals, however, probably had less personal impact on the decisions made by the association. On the contrary, after 1919 new lawyers were made into attorneys in Riga, where close circles of various local interest groups existed.<sup>6</sup>

4 For the fluctuations in student enrolment at the University of Latvia, see: Latvijas Universitāte divdesmit gados. 1919–1939. 1. daļa. Vēsturiskas un statistiskas ziņas par Universitāti un tās fakultātēm [Twenty years Latvian University. 1919–1939. 1. Part. Historical and statistical knowledge about the university and its faculties], Rīga 1939, p. 69.

5 On problems relating to the oversupply of attorneys, see: Vīkmanis K. Audiatur et al., in: Jurists [Lawyer], 1929.09.01.

6 It is difficult to prove the presence of lobby groups within the Attorneys' Association without doc-

Notaries, on the other hand, were situated somewhere in between state service and private enterprise. Considerably less visible publicly, and with less “attractiveness” about them, they constituted a group of lawyers who were employed and supervised by the state. Their income was controlled by state institutions. Because of the specific character of their profession, notaries, unlike sworn attorneys, were relatively limited in their public activities. They were not allowed to accept certain positions outside their immediate job and therefore had limited opportunities for additional sources of income. During both periods, considerably fewer notaries were active than sworn attorneys. Unlike in the case of the sworn attorneys, whose number was regulated by the market and their professional association, the number of notaries was restricted by state regulations. Therefore, becoming a notary both in tsarist times and after 1918 was somewhat less attractive, promising lower income and less prestige. At the same time, however, being a notary guaranteed a certain minimum level of income regardless of whether one was successful, hardworking or talented.<sup>7</sup> Moreover, becoming a notary took considerably less time and education. During both the tsarist and independence periods, the profession of notary did not require the highest diploma. It was sometimes enough to have acquired several years’ experience as a notary’s assistant to become a notary oneself. However, as in all areas of the legal profession, reputation was crucial.

All in all, sworn attorneys and notaries made up an important section among all lawyers. Professionally they were an integral part of the legal system which existed at that time in Latvia. They were also well-integrated into Latvian social, political, economic and cultural life. Therefore, the biographical materials of those people offer an empirically rich body of evidence for comparative research into the periods both before and after 1918/19.

### Sworn attorneys before 1918

The number of sworn attorneys during tsarist times – that is, from the legal reform of 1888 to the collapse of the Russian empire – is not yet totally clear. Their overall numbers, however, did not differ considerably from those of the interwar era. Certain administrative and economic centres had considerably more attorneys than during the 1920s and 1930s, while in other places there were none at all before 1918. For instance, Jelgava (Mitau), the cultural, economical and administrative centre for the whole gubernya, had only 21 sworn attorneys in 1912. Rīga in 1915 had 74 sworn attorneys.<sup>8</sup> There were 15 attorneys in Liepāja

umentary evidence. Yet a closer look at the biographies of accepted and rejected candidates suggests that most new attorneys belonged to three major groups: student fraternities, ethnic minorities (Germans and Jews) and political parties (in particular the Latvian Social Democratic Workers’ party), although the number of Jewish attorneys decreased. The minutes of the Attorneys’ Association contain only the final decision reached (accepted/not accepted) based on “informal reasons”. These were a sufficient legal ground, and more transparency was not required. See the Senate’s instruction to the Chamber, 1931.03.13, Latvijas Valsts vēstures arhīvs (LVVA, Latvian State Historical Archives), f. [fonds – fond] 1534, 6. apr. (apraksts – catalogue nr.), 447. l. [lieta – file].

7 The income of notaries was somewhat smaller on average than the *honoraria* of attorneys, but their income was stable. For instance, the daily newspaper “Pēdējā brīdī”, discussing the possible appointment of a new notary in Riga, noted that a notary’s job is “relaxed and well-compensated.” (Pēdējā Brīdī, 1930.06.01.)

8 Baltische Adressbuecher. Kurland 1912, p. 51; Pamyatnaya knizhka i Adres-kalendarj Lifyandskoy

(Libau), three in Kuldīga (Goldingen), two in Valka (Walk; four in 1915), two in Ventspils (Windau) and one in Jēkabpils (Jakobstadt).<sup>9</sup> Only males were allowed to become sworn attorneys in tsarist Russia. There were numerous restrictions for females in tsarist Russia for many occupations and attorneys were not an exception.

### Social background

Out of 21 Jelgava attorneys, four were of aristocratic background. Similarly, of 74 attorneys in Rīga in 1915, ten were of aristocratic origin. The dynamics of recruitment confirmed that the importance of belonging to the upper classes in order to be accepted as a sworn attorney in the Baltic gubernyas decreased. Because there were no existing social restrictions, more and more middle class lawyers were able successfully to compete in the job market and become sworn attorneys.

Most of the attorneys of German and Latvian ethnic background were born in the Baltic gubernyas. Knowledge of local laws and of the German language (until the Russification policy started in the late nineteenth century) was essential for them. Therefore the recruitment from outside the Baltic states was limited. Russification from the end of the nineteenth century changed the role of the German language and promoted the influx not only of various civil servants from other parts of Russia but also of lawyers, among them sworn attorneys.

It is difficult, but still possible to determine the ethnicity of certain persons if the surname is almost the only indicator. The lists in address calendars indicates that the proportion of Baltic Germans decreased slowly, too. It is clear, however, that in 1914/15 the majority of attorneys were Baltic Germans. In Riga in 1915, for instance, approximately 43% were Germans, at least 26% were Latvians, 9% Russians, 8% Poles, 5% Jews and 3% Estonians (the rest were not identifiable).<sup>10</sup> We find a similar picture in Jelgava in 1912: 52% Germans, 29% Latvians, 9% Russians, 5% each Jews and Poles.<sup>11</sup> Elsewhere in the provinces of Livonia and Courland the Germans dominated with a few Latvians and even fewer Russians (a characteristic example is given by Liepāja: of 15 attorneys, two were Latvians, one Russian and the rest Germans).<sup>12</sup> The majority of Latvians started their careers in the early twentieth century. There is an historical irony in the fact that, in the aftermath of the 1905 revolution, most of them became popular defenders of the revolutionaries. One example is the sworn attorney Kristaps Sumbergs, who spent three years from 1906 to 1909 defending prosecuted persons in local and military courts. Although there were Jews among attorneys, particularly in Rīga, their status was not secure. In 1922 one of them, Ābrams Libinsons, recalled that in 1911 rumours had circulated that a *numerus clausus* might be applied to Jews as attorneys' assistants. This would have seriously reduced the possibilities for them

gubernii na 1915g. [Memory book and calendar of addresses of the Livonian governorate in 1915], Riga 1915, p. 37.

9 Baltische Adressbuecher. Kurland 1912, pp. 95, 232, 273; Baltische Adressbuecher. Vol. 1.: Livonia 1909, p. 190.

10 Pamyatnaya knizhka (see note 8), p. 37.

11 Baltische Adressbuecher. Kurland 1912, p. 51.

12 Ibid, p. 232.

to become sworn attorneys.<sup>13</sup> Although such measures were considered, a *numerus clausus* for Jews was never introduced.

Ethnic background often correlates with religious affiliation. The clear majority of ethnic Baltic Germans and Latvians were Lutherans; therefore, the profession was obviously dominated by Protestants. All Russians and probably a few Latvians (and Estonians) were Orthodox, and all Poles were Roman Catholic.

With respect to education, all sworn attorneys of the tsarist period held a higher diploma in law. Presumably, most of them graduated from Dorpat University, but many also attended the law faculties of St Petersburg and Moscow universities and the Demidov Judicial Lyceum in Yaroslavl.

The ethnic, religious and social diversity of the attorneys, particularly in Rīga, was first of all determined by the complexity of the local population. A generally growing economic well-being and rising level of education resulted in a changing composition of the attorneys' corps in Livonia and Courland. This process, however, was slow: one finds a clear indication in the fact that the offspring of the upper classes and Baltic Germans were still heavily over-represented. Latvians, in contrast, who constituted the majority both in Rīga and in the countryside, were under-represented. Jews were also under-represented among attorneys, particularly because the civil service in Russia was in most cases closed to them. As a result, a high number of Jewish alumni were employed in various private law firms.

### Sworn attorneys after 1918

The overall numbers of the sworn attorneys during the period from 1918 to 1940 (that is, before Latvia was occupied by the Soviets) grew from year to year. In 1921 there were 89 registered and practising attorneys, 154 in 1925 and 178 in 1929. The growth of their numbers did not decrease even during the years of the Great Depression: there were 193 attorneys in 1931, 195 in 1932 and 204 in 1933. In spite of the limited market, their numbers still continued to increase during the years of the authoritarian regime, from 225 in 1935 to 283 in 1938.<sup>14</sup>

A principal difference to the pre-1918 period was the acceptance of women as attorneys. According to the new democratic legislation, women and men became equal in political life. Consequently, equality became necessary also in other fields, including the various professions. An increasing number of female students at the University of Latvia showed that privileges and possibilities for males and females were equalized. In theory this meant that after 1918 most jobs were open to both women and men; in practice, however, it took several years for the first signs of gender equality to become apparent. The very first woman admitted to the attorneys' corps was Otilija Ķempele, who in 1922 became the first attorney's assistant and in 1929 the first sworn attorney of her sex. Ķempele was born in 1893 into a bricklayer's family in Rundāle parish, not far from the prominent cultural and educational centre of Jelgava. In 1912 she graduated from Jelgava girls' gymnasium and, as a refugee, completed her studies at the Law faculty of Moscow University in 1916. Political

<sup>13</sup> LVVA, 7354. f., 1. apr., 481. l., 30. lp.

<sup>14</sup> Tieslietu ministrijas un tiesu vēsture (see note 3), p. 433.

turmoil in tsarist Russia after 1917 offered wide opportunities for groups that had earlier been marginalized. Ķempele took various positions which required a knowledge of law in Moscow and after returning to Latvia in 1921 became secretary at the Commission for the Reshaping of Criminal Law at the Ministry of Justice. A year later she applied for the position of attorney's assistant and, after finishing her apprenticeship and passing all the necessary exams, became a sworn attorney in 1929.<sup>15</sup> The mass media of the day did not pay much attention to this fact. The tabloid "Aizkulises" was among the few that noticed the acceptance of the very first female attorney: "Ķ[empele] is really a sympathetic and pleasant lady. [She] is a specialist in rental issues and has a very good practice."<sup>16</sup> She was very active both in politics and professionally, often raising questions of female equality in the Latvian law. She left Latvia in 1944 and died in the United States in 1990.

In 1925 there were five, in 1930 thirteen females among attorneys and their assistants. The 1930s saw a further increase in numbers. In 1936 there were already five women among all attorneys (or 2.1%) and 25 among the assistants (or 14.4%).<sup>17</sup> Those numbers clearly show that the proportion of females was growing. However, the process somehow was still slow, since already in the very beginning of the 1920s – in fact immediately after the opening of the University of Latvia – the overall number of female students was greater than that of males. A considerable portion of them chose to study law, but a female presence in the legal professions became visible only later, starting in the 1930s.

In the post-1918 period, while the democratic and liberal regime existed in Latvia, all privileges that the previous regime had secured for the higher classes were abolished. Thus, various obstacles for the lower classes simply disappeared. Because of the status of sworn attorneys as a free profession, however, the recruitment of new attorneys did not necessarily reflect the recruitment policy at the state or municipal institutions. There were many more lawyers originating from the upper classes, including the Baltic German aristocracy and the middle class that had produced lawyers over several generations; while a disproportionately high number originated from merchant families (10%). The largest number (approximately one fifth) of attorneys came from farmers' families.<sup>18</sup> However, this self-description found in their autobiographies might be misleading, since it could include large landowners from aristocratic families as well as small leaseholders who employed workers on their farms. Generally, the increasing number of attorneys of Latvian ethnic origin meant that the proportion of attorneys from the lower and middle classes was growing. What is also characteristic for the sworn attorneys' corps is, that many attorneys, often very successful ones, were themselves the sons of sworn attorneys. There are many examples of the father's profession being chosen by the son and even the grandson or, as in Tenis Golde's case, of both sons becoming attorneys.<sup>19</sup> Another example is the Hilman family: father Marks Mendelis (Mark Mendel) and mother Gitele were both sworn attorneys, their son Jūlijs (Julius) became an attorney only after Soviet occupation. Before the coup d'état

15 LVVA, 7354. f., 1. apr., 379., 380., 382. l.

16 Aizkulises, 1929.05.07.

17 Ščerbinskis, *Zvērināti advokāti* (see note 1), p. 22.

18 *Ibid.*

19 Golde was an attorney's assistant before 1918 and became a sworn attorney in 1920. LVVA, 7354. f., 1. apr., 228., 229. l.

of 1934 the father was a member of the Latvian Social Democratic party; after the coup, his son became a member of the illegal communist youth organisation. This political orientation, however, did not save them from Soviet repression: the mother and son were both deported and the father was sent to a Soviet concentration camp.<sup>20</sup>

Most of the attorneys were born in the territory of Latvia. Since the majority of those who practised after 1918 were born in the late nineteenth century, their birthplace was usually Riga, the industrial and cultural centre of all the Baltic provinces. Most Latvians were born in the countryside, mostly in Livonia or Courland province. Traditionally, very few (mostly Jews) were born in Latgale. This region was obviously under-represented among attorneys, lawyers and educated professionals in general. In the late 1930s, however, more and more young lawyers from this economically and culturally backward area advanced into the attorneys' corps. Unlike Kurzeme (Courland) and Vidzeme (Livonia), the Latvian Roman Catholic population of Latgale had for centuries belonged to different administrative entities. Thus, Latgale had a distinctive history prior to 1918. Due to various economic and social factors Latgale was not able successfully to compete in the educational and professional market during the interwar years. The only ethnic group that was more or less successful in getting ahead in the social environment was the Latgalian Jews.

Ethnicity was the indicator which showed how deep the changes were that took place in local societies. Of all sworn attorneys in interwar Latvia, 65% were Latvians, 20% Germans, 15% Jews, 7% Russians and the rest belonged to other groups (nine Poles, two Lithuanians, one Hungarian and one Georgian).<sup>21</sup> If in the early stage of independence the proportion of Latvians was considerable but not yet overwhelming, during the late 1920s and particularly during the 1930s it increased significantly. After the independence war, when the regulations for the legal profession were established, attorneys of non-Latvian ethnic background were given a few years to learn the Latvian language (which in the independent Latvia was the only official language) in order to qualify to participate in their profession. Some learned the language quite fast, while a few were given several time extensions (the same principles applied to university professors). Several attorneys of German and Jewish origin, although they were formally included in the first list of independent Latvian attorneys, left Latvia soon after 1919 and settled in Germany. One example was Karl Friedrich Gustav Freiherr von Freytag-Loringhoven, an attorney in Rīga as of 1911 who left Latvia for good around 1920. He spent the last years of his life in Weimar, where he died in 1934.<sup>22</sup> Although Freytag-Loringhoven was not closely connected to the Baltic gubernyas (he was born in Stockholm), another emigrant, Konstantin von Grewingk, was born in Dorpat to a prominent Baltic German family. He spent all his life in Baltic gubernyas until 1922 when he left Latvia for Germany; he died in Berlin in 1937.<sup>23</sup> There were also a few Jews among the emigrants, like the Liepāja attorney Lev (Leo) Levenberg. Among various reasons for the emigration of Jews, the main one was almost certainly insecurity about the future of Latvia and their

20 LVVA, 7354. f., 1. apr., 295., 296., 297., 298. l.; Latvijas Valsts arhīvs (Latvian State Archives), 1986. f., 1. apr., 19365. l.

21 Ščerbinskis, *Zvērināti advokāti* (see note 1), p. 23.

22 LVVA, 235. f., 2. apr., 1157. l., 22. lp.; 1169. l., 4. lp.; 296. l., 19. lp.; *Genealogisches Handbuch der Baltischen Ritterschaft*, Görlitz 1929, p. 437.

23 LVVA, 1534. f., 6. apr., 6. l.; 1638. f., 1. apr., 184. l.; *Philisterverein der Livonia* (ed.): *Album Livonorum*. Dorpat. 1822–1934, [Lübeck] 1958.

place in its changing society. In the early 1920s the future of Latvia as an independent state seemed highly uncertain. Many Baltic Germans expected that the majority population of ethnic Latvians would take revenge once they gained power through democratic elections. Additionally, the language issue was of serious concern for lawyers, particularly those of advanced age. Without competence in the Latvian language it was virtually impossible to practice, and although the Ministry of Justice extended by several years the deadline by which all attorneys should achieve fluency in Latvian, some of them never mastered the language.

Although the number of Latvians increased, they were still under-represented in 1936. Table 1 shows several important tendencies which existed in the labour market at that time. Although ethnic Latvians made up about 75% of the population of the country according to the 1935 census, they represented just less than half of all attorneys in 1936. In contrast, Germans were heavily over-represented: at just 3.2% of the population they made up almost one third of all attorneys in 1936. The same thing (though in a lesser degree) may be said of Jews: they constituted 4% of the population of Latvia yet almost one fifth of attorneys.

**Table 1: Number of sworn attorneys and their assistants in 1936.**<sup>24</sup>

Ethnicity	Number of sworn attorneys	%	Number of sworn attorneys' assistants	%
Latvians	99	42.49	94	54.02
Germans	65	27.89	29	16.67
Jews	45	19.31	38	21.84
Russians	15	6.43	11	6.32
Poles	6	2.57	2	1.15
Others	3	1.28	0	0
All	233	100	274	100

How do these numbers correlate with the overall numbers of sworn attorneys for the whole period, and how can they be explained? The larger overall share of Latvians during the whole period (65% versus 42% in 1936) suggests that Latvians were characterized by a high degree of professional mobility. There were no official limitations for minorities in the civil service, yet for several reasons there were few non-Latvians working for the state and municipal institutions. Unlike other ethnic groups, Latvians were prominently represented at all levels of the civil service and must therefore have been disinclined to undertake a socially and economically risky activity in private enterprise (including the profession of attorney). Instead, they remained in or sought jobs in the seemingly less advantageous but more secure civil service. Germans and Jews generally had less access to other jobs. Often a career as an attorney was the only professional activity they were allowed to undertake.

<sup>24</sup> Tieslietu Ministrijas Vēstnesis (1936), No. 2, p. 383.

The table also indicates the growing number of Latvians and Jews among attorneys' assistants. Since an assistant position was the most important and final step towards acquiring the rights of an attorney, it is reasonable to assume that these numbers most probably reflected the future ethnic structure of the legal profession. Indeed, demographically, the number of Germans was dramatically decreasing. Many of them had studied in Rīga as well as at some German university before 1918, and some of them did not return to Latvia.

To a large extent, denominational affiliation reflected ethnic composition. Of 716 persons who were attorneys during the Interwar years, 68% were Lutherans, 15% Jews, 12% Orthodox (half of them ethnic Latvians, the other half Russians), 3% Roman Catholics and the few remaining from the Reformed church as well as one Greek Catholic, one Baptist and three whose denomination is unknown.<sup>25</sup> Even more than ethnicity, religious affiliation shows clearly the divisions within Latvian society. Approximately one quarter of the Latvian population were Roman Catholics who lived mostly in the Latgale region. This striking difference between the small number of Roman Catholics among attorneys and one quarter of the entire population living in a predominantly Roman Catholic area demonstrates the huge social, educational and economical disproportions in Latvian society. In a similar and probably even more critical situation were the Oldbelievers. Not a single one of them became an attorney (even among students at the University of Latvia there were very few of them), although they constituted around 5% of the population. Not surprisingly, Lutherans (Germans and the majority of Latvians) were over-represented. This proportion also points to the thorough dominance of Lutherans in the legal profession.

As was the case in tsarist Russia, one needed to graduate from university in order to become an attorney. Consequently, only alumni of the various institutions of higher education were allowed to become candidates. Because of recent history, slightly fewer than half graduated from the various universities in Russia (one quarter graduated from Dorpat University, 72 from St Petersburg University, 68 from Moscow University) and almost 400 were graduates of the University of Latvia.<sup>26</sup> Many students of German and Jewish origin spent the first years of their studies abroad, almost always at German universities. In order to get a job in Latvia afterwards they were also required to graduate from the University of Latvia. However, this requirement rarely extended their studies by more than one year.

### Notaries before 1918

Unlike attorneys, the number of notaries was determined by state institutions. In 1897 there were 42 notaries in all three Baltic gubernyas (Courland, Livonia and Estonia), the largest number of them – seven – being appointed in Rīga. From 1889 to 1917 in the territory of Latvia altogether 89 notaries were certified (eighteen of them in the Latgale region, that is, in the three districts of Vitebsk gubernya inhabited mostly by Latvians and added to the Republic of Latvia after 1918).<sup>27</sup>

25 Ščerbinskis, *Zvērināti advokāti* (see note 1), p. 24.

26 *Ibid.*

27 Ēriks Jēkabsons, Valters Ščerbinskis: *Notariāts un notāri Latvijā. 1889–1945. gads* [Notaries and Notary's Office, 1889–1945], in: *idem*, *Latvijas notariāts* (see note 1), p. 50.

According to the conservative employment policy, women were not allowed to hold the title of notary. Only after the revolution of 1917, in August, was the very first woman appointed as a notary. Ludmila Jakuboviča (Jakubowicz) was the widow of the deceased notary Stefan Jakubowicz.<sup>28</sup>

Although many Baltic Germans and local Poles were of aristocratic origin, their ranks still included the son of a skipper, sons of pharmacists and many who had a family background in civil service in the Baltic gubernyas. Almost all Russians came from the upper- or middle-class families of state bureaucrats or clergymen. All Latvians were born either into the families of farmers, foresters or craftsmen. In German and Polish families the notary's job was frequently inherited, as in case of the father and the son Kiersnowski, both notaries in Rīga. All in all, those proportions clearly did not reflect the composition of the societies in the Baltic provinces. Of the offspring of the majority population in Baltic gubernyas – that is, of workers and farm labourers – only one Latvian became a notary. All other Latvians represented the economically and culturally quickly growing class of farmers and craftsmen.

Almost all notaries of German and Latvian origin were born in the Baltic gubernyas. The Baltic Germans born there had graduated from Dorpat University. They spent all their professional career either in Livonia or in Courland. Latvians were more flexible regarding their future careers. Because of the limited possibilities in the job market for the socially more lowly ranked sons of farmers and workers, they often found jobs somewhere in Russia. Almost all Poles and Russians were born outside this area. For instance, the notary Georgiy Bogdanov, who was born in the Voronezh gubernya, graduated from the University of St Petersburg and after a few years' service in the district court in the capital city was sent to the Baltic gubernyas. As soon as the war started, however, he left Rīga for South Russia.<sup>29</sup>

Much as they were among attorneys, Germans were also highly over-represented among notaries (29, or one-third of them all). There were also 13 Poles (mostly in the Latgale region, but also in other areas), 13 Russians and 12 Latvians. The ethnicity of four persons is indeterminate, though their surnames suggest that two were Poles and two Germans. Russian law forbade Jews to be employed in the civil service; therefore the notary's profession was closed to them. In the late nineteenth century there were very few Latvians; however, by 1910 their numbers were slowly increasing (the first notary of Latvian ethnicity, Andrejs Derkēvičs, was appointed as early as 1890, but the first notary in an economically desirable location, Rīga, only in 1906: that was Frīdrihs Veiklevičs). The lack of Latvians among notaries caused even more frustration in places like Liepāja, where Latvians constituted the majority of the population but where not one notary was able to speak the Latvian language.<sup>30</sup>

The denominational division was unmistakable: all Germans and Latvians were Lutherans (42 persons), all Poles were Roman Catholics (13 persons) and all Russians were Orthodox (13 persons). There were almost no local non-Lutherans; almost all of them arrived in the territory of present-day Latvia from somewhere else. This meant that local Roman Catholics from Latgale and Orthodox believers from Latgale or Livonia either did not have

28 Ibid, pp. 142 f.

29 Ibid, pp. 92 f.

30 Liepājas Atbalss, 1913.11.08.

enough experience and education, or were discriminated against because of their social, ethnic or religious background.

Unlike attorneys, notaries were not obliged to meet definite educational requirements. All candidates were required to pass the special notary examination, which included specific knowledge which could be obtained, first of all, through professional experience or, secondly, through education. Although most of the notaries were graduates of the universities, many were not. Half of the graduates graduated from Dorpat University, others from various universities in Russia. Others who did not have the degree in law were either graduates of secondary or elementary schools. Many notaries were retired officers, former civil servants of various legal institutions, notaries' assistants or secretaries.

### **Notaries after 1918**

From 1918 to 1940 there were 113 notaries in independent Latvia. Although the Ministry of Justice and the Notary Council (a collegiate institution created by notaries) tried to limit the number of notaries (there were 61 in 1938), and although by March 1940 the number had decreased to three, still the number of notaries compared to the overall number of their colleagues during the previous period was larger.

In independent Latvia gender restrictions were abolished, so theoretically the doors were open for females to enter the notary profession. However, altogether only seven females became notaries during the interwar period. Almost all of these women were related to male notaries, either as wives or daughters. In the 1930s, notary Erna Slokenberga complained that in 1928 she had passed the notary exam but for a long time was not given a position "because I was a woman."<sup>31</sup> When we look at the number of female students at the faculty of Law and Economics at the University of Latvia, where there were almost as many female students as males, we see a clear disproportion, since women often remained outside the job market.

Unlike notaries before 1918, notaries of the independence period were mostly sons and daughters of farmers. The majority of them were most probably from the families of small or middle-size land-owners of Latvian ethnicity.

The absolute majority of notaries were born in one of the two former Baltic gubernyas: either in Courland (57 notaries) or in Livonia (24, including Rīga). This is significant because now, in independent Latvia, the majority of notaries were ethnic Latvians. By the end of the nineteenth century, Rīga, where most notaries were born, was not yet the important centre it was later to become in terms of concentrated population and educational institutions. Accordingly, small towns and the countryside contributed a significant number of notaries. Only eight notaries were born in Latgale; again, this is a significant indicator that shows that Latgale was behind other regions and was consequently seriously under-represented in many professions which required education and experience. Unlike during tsarist times, almost all notaries from the Latgale area were Latvians.

Of 113 notaries during the independence period 95 were Latvians, 11 Germans, four Russians, two Poles and one a Finn. These numbers reflect the general trends existing in

31 LVVA, 3282. f., 1. apr., 130. l., 165. lp.

the state apparatus of independent Latvia. The group of civil servants was dominated by ethnic Latvians, and notaries were no exception to the rule. The comparatively large and over-represented proportion of Germans reflected the fact that Baltic Germans were deeply rooted in the various law professions. Most of those Baltic Germans were individually deeply assimilated into the Latvian environment. Only a few of them differed culturally from the surrounding Latvians. Although there were no Jews among notaries of the interwar period, Jews were now admitted into state institutions. For instance, Jūlijs Bergers after graduation held from 1930 to 1933 a position at the Rīga district court, afterwards becoming a sworn attorney's assistant.<sup>32</sup> Cases of Jews (and Germans, too) being employed at state institutions were, however, quite rare. Again, the notary's profession was no exception to this rule.

This profession was dominated by Lutherans (91) during the interwar period. There were also nine Orthodox (five of them Latvians and four Russians), eight Roman Catholics and four whose denomination is unknown (most probably they were Lutherans, too).<sup>33</sup> Religious affiliation as such had lost its importance. As an indicator of ethnic background and birthplace, however, it reflected existing recruitment trends inside the state institutions.

The Ministry of Justice did not require higher education for notaries. Therefore they came with various educational backgrounds. Although the absence of strong educational requirements would suggest that the general education level must have been low, the situation among notaries was different. Only four notaries had only an elementary, that is, a lower education. 43 had graduated from university and 20 had not finished their studies for various reasons.<sup>34</sup> Those numbers suggest that more than half of all notaries had attended a university, most of them the University of Latvia. Usually older notaries had more experience. They had often already worked as notaries' assistants during tsarist times. They had considerably less education. One example is one of the most prominent notaries of the interwar period, Jānis Krūklāns, who gained both his prestige and wealth without higher education. Krūklāns graduated as an external student from a district school in 1902 and later worked as the assistant and secretary in various legal institutions. He made his career after 1919, when he participated in the creation of the district court in Rīga.<sup>35</sup> In contrast, all but one female undertook university studies in order to prepare to qualify for the notary position. The only exception was Jakuboviča, who became the very first female notary as early as 1917.

## Conclusions

The biographies of sworn attorneys and notaries, analysed from the end of the nineteenth century to 1940, clearly reflect the political changes that took place in Latvia. Constituting to a certain extent the judicial elite of the local legal profession, both attorneys and notaries illustrated the favoured position enjoyed by some groups through under- and over-representation.

32 LVVA, 7354. f., 1. apr., 45. l.

33 Jēkabsons, Ščerbinskis, Notariāts un notāri Latvijā (see note 27), p. 54.

34 Ibid.

35 See Krūklāns' biography in: LVVA, 1376. f., 2. apr., 12452. l., 185. lp., 1636. F., 2. apr., 562. l., 1193. lp. and in Jēkabsons, Ščerbinskis, Notariāts un notāri Latvijā (see note 27), pp. 168 f.

Regarding place of birth, it was clear that people from the Latgale historical region, particularly those of Latvian (and Roman Catholic) origin, lagged behind in the professional competition. This situation changed very slowly. During the independence period there were a number of native Latgalians among the notaries and a very slowly increasing number of attorneys. Gender issues were not raised during the authoritarian tsarist regime; women were not allowed to take many jobs and were thus excluded from the job market for attorneys and notaries. In the generally liberal and democratic regime after 1919, however, equality was given in theory, although in practice it was not at all easy for women to find jobs that were mainly secured by males.

Ethnic affiliation changed very much during those two different political periods. In tsarist Russia, as can be seen from the large proportion of Baltic Germans (and to a certain extent Russians and Poles), the native population and Jews were obviously under-represented. Not belonging to the local elite, they were generally excluded from the most attractive positions in the Baltic gubernyas; very few were able to achieve the position of either notary or attorney in Rīga. This fact certainly indicates a bias in favour of local Baltic Germans and Russians. Conditions were reversed after 1918 when the majority, consisting of ethnic Latvians, was in charge of all institutions and responsible for decision-making in the newly born state.

The same can be said about the change of social background for these two professions. The proportion of members of the upper class among notaries decreased dramatically during the 1920s and the 1930s because during this period notaries were appointed by the ministry. It also decreased among sworn attorneys, but to a much lesser extent because attorneys retained their autonomous status. Since in the civil service non-Latvians (particularly Baltic Germans and those with an aristocratic background) were unwelcome, they concentrated their efforts on the free professions. Among these, the profession of sworn attorney was very prominent. Jews also had limited access to the state civil service, so many of them also chose various free professions. Although we have no direct evidence for this trend in archival documents, we may assume that a strong unofficial lobby for some groups existed in the autonomous Council of Latvian Sworn Attorneys, the body that decided who should be admitted and who should not. These groups were most probably the Baltic Germans, Jews, Latvian Social Democrats and Latvian student fraternal alumni. The influence of these groups seems to have decreased during the years of the authoritarian Ulmanis regime from 1934 to 1940, when an influx of new attorneys from various backgrounds took place.

Although religion did not play a major role in local society by the end of the nineteenth century and during the independence period, when the state was secular in every respect, the religious affiliation of notaries and sworn attorneys confirms the above-mentioned conclusions about the under- and over-representation of certain groups. Lutherans were considerably better represented than non-Lutherans; their proportion in both groups of professionals was stable and impressive. Even though the Baltic gubernyas were part of the Orthodox hegemony in tsarist Russia, the Protestant element in the Baltic area was very strong. It continued to be the visible and dominating element among all religious denominations during the 1920s and 1930s despite the secular character of the new Republic of Latvia.

Both education (in the case of sworn attorneys) and professional experience (in the case of notaries) constituted significant factors for the professional career of lawyers. The necessity of an advanced education was certainly a serious obstacle for those who were not

rich enough to acquire one in the years prior to 1918. After 1918, however, and particularly in the 1930s, more and more professionals came from humbler backgrounds, although during most of those two periods none originated from the families of workers. Education continued to play a major role during the interwar years; but because conditions were more democratic and education became accessible to larger parts of the population, it provided an additional factor for the diversification of the professional lawyers' corps.

Biographical data reveal that sworn attorneys and notaries during tsarist times did not reflect the overall ethnic, social and denominational structure of Latvia. Heavily over-represented Baltic Germans, Russians and to a certain extent Poles, along with the offspring of the upper classes, often coming from various estates or minor towns in the Courland and Livonia gubernyas, indicate where class and ethnic privileges existed. These were reinforced by institutional factors, such as the restriction of Jews to certain positions in the job market. Independence brought about considerable changes to this situation. Instead of the formerly privileged groups, Lutheran Latvians with varied social backgrounds now filled the gaps left by retreating Baltic German and Russian civil servants from the nobility. However, whereas in governmental institutions the personnel changed rapidly and radically (as in the case of notaries), state policy still had very little impact on private professions. It might be said that the generally unwritten policy of the Latvianization of the educated professions that took place was essentially fair because it reflected the preponderance of Latvians in Latvia; and (with certain reservations) that the process of composing the professional elite of sworn attorneys and notaries became considerably more liberal and open once it was based on the principles of equality.

Copyedited by Louis Marvick, Lüneburg/Reno, NV

### *Zusammenfassung*

Die Ereignisse des Jahres 1918 – Revolution, Krieg, Unabhängigkeitserklärung – führten zu Veränderungen der Gesellschaft. Traditionen aus der Zeit vor 1918 wurden aufgegeben, Gesetze wurden geändert. Nach und nach nahm die Gesellschaft der unabhängigen Republik Lettland eine neue Form an. Für die staatlichen und kommunalen Einrichtungen wurden neue Verwaltungsstrukturen geschaffen. Die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten erlebten einen tief greifenden Wandel. In der vorliegenden Fallstudie werden Biografien von vereidigten Rechtsanwälten und Notaren ausgewertet. Ziel des Artikels ist es, anhand von biografischen Angaben aufzuzeigen, wie sich diese Berufe insbesondere nach 1918 veränderten.

Untersuchungen zeigen, dass bestimmte Gruppen unter den vereidigten Rechtsanwälten und Notaren vor und nach 1918 deutlich über- bzw. unterrepräsentiert waren. Es gab sowohl vor als auch nach der Unabhängigkeit nur eine geringe Zahl von Katholiken unter ihnen (bei einer ebenfalls niedrigen Zahl an Lettgallern), auch wenn ihr Anteil ab den 1920er Jahren geringfügig zunahm. Genderfragen wurden während des autoritären Regimes der Zarenzeit nicht aufgeworfen; Frauen blieb der Zugang zu vielen Berufen verwehrt und so waren sie auch von Rechtsanwalts- und Notarstätigkeiten ausgeschlossen. Nach 1918 wurden die Zulassungsschranken aufgehoben und immer mehr Frauen ergriffen diese Berufe. Auch die ethnische Zusammensetzung in den Berufssparten änderte sich: Im zaristischen Russland

waren die lettischen und jüdischen Bevölkerungsteile unterrepräsentiert, Deutschbalten (und zu einem gewissen Maße an Russen und Polen) dominierten die ethnische Zusammensetzung der beiden Berufsfelder. Die Verhältnisse kehrten sich nach 1918 um, als die aus ethnischen Letten bestehende Bevölkerungsmehrheit die Verantwortung und die Zuständigkeit für alle Einrichtungen übernahm.

Auch wenn die Religion am Ende des 19. Jahrhunderts und während der Unabhängigkeit, als der Staat in jeder Hinsicht säkular ausgerichtet war, in der Gesellschaft keine zentrale Rolle spielte, bestätigt die Religionszugehörigkeit von Notaren und vereidigten Rechtsanwälten die oben genannten Rückschlüsse in Bezug auf die Unter- und Überrepräsentanz bestimmter Gruppen. Lutheraner waren deutlich zahlreicher vertreten als „Nicht-Lutheraner“; ihr hoher Anteil gegenüber anderen Konfessionen blieb auch in den 1920er und 1930er Jahren bestehen.

Sowohl Ausbildung (im Falle der vereidigten Rechtsanwälte) als auch Berufserfahrung (im Falle der Notare) stellten bedeutende Faktoren für die berufliche Laufbahn von Rechtsanwälten dar. Die Notwendigkeit einer gehobeneren Bildung war sicherlich in den Jahren vor 1918 ein ernsthaftes Hindernis für diejenigen, die nicht über ausreichend finanzielle Mittel verfügten, um diese zu erlangen. Nach 1918 und insbesondere in den 1930er Jahren gelang immer mehr Fachkräften der Aufstieg aus bescheideneren Verhältnissen, jedoch niemandem aus einer Arbeiterfamilie. Bildung spielte auch in der Zwischenkriegszeit eine wesentliche Rolle. Da nun größere Teile der Bevölkerung Zugang zu Bildung erhielten, wirkte sie sich verstärkend auf die Diversifizierung des Berufsstandes der Anwälte aus.

Die ethnische, soziale und konfessionelle Struktur Lettlands spiegelte sich nicht in den Daten zu den vereidigten Rechtsanwälten und Notaren für die Zeit der Zarenherrschaft. Nach 1918 füllten lettische Lutheraner unterschiedlicher sozialer Herkunft die Beamtenstellen, die zuvor mit adeligen Deutschbalten und Russen besetzt gewesen waren. Während es in staatlichen Einrichtungen schnell zu tief greifenden personellen Veränderungen kam (wie im Falle der Notare), hatte die Politik weiterhin nur sehr geringen Einfluss auf Berufe in der Privatwirtschaft. Eine Lettisierung der Ausbildungsberufe kennzeichnete auch die Entwicklung der vereidigten Rechtsanwälten und Notare als sozialer Elite.

Aus dem Englischen übersetzt von Annika Rathjens, Lüneburg

## **Gezeiten nationaler Identität: Josef von Unruh / Józef Unrug als Offizier der deutschen und polnischen Marine (1907–1919 bzw. 1919–1947)**

von Jens Boysen

Für die Beleuchtung der möglichen Beziehungen zwischen biografischer Erfahrung und historischer Zäsur bieten sich besonders solche Fälle an, in denen es innerhalb eines Lebens zu markanten Veränderungen der äußeren, „überpersönlichen“ Rahmenbedingungen kam, auf welche die beobachtete Person reagieren und zu welchen sie gleichsam „Stellung“ beziehen musste. Die Person des kaiserlich deutschen Marineoffiziers und nachmaligen „Vaters der polnischen Marine“ Josef von Unruh / Józef Unrug<sup>1</sup> erscheint in diesem Sinne gut dazu geeignet, die Frage zu betrachten, ob und inwieweit ein Wandel der äußeren politischen Rahmenbedingungen die persönliche und berufliche Entwicklung eines historischen Akteurs beeinflusst und verändert. Außerdem lässt sich anhand seines Beispiels darüber nachdenken, in welchem Maß zentrale Elemente der individuellen und kollektiven Identitätsbildung – jedenfalls im Zeitalter des „Hochnationalismus“ – überhaupt von solchen äußeren Faktoren abhängen bzw. nicht auch eine hohe, da innengeleitete, Stabilität aufweisen konnten.

Im vorliegenden Fall bestand jene äußere Veränderung in der Gründung der Zweiten Polnischen Republik 1918/19, dem staatlichen Hoheitswechsel in einem Teil des bis dato deutschen Staatsgebiets durch den Übergang an Polen und dem Wechsel der Staatsangehörigkeit des Protagonisten. Als Marineoffizier stand dieser in seinem ersten und in seinem zweiten Staatsdienst an einer besonders exponierten Stelle des öffentlichen Lebens in einem Zeitalter, in dem die bewaffnete Macht im politischen Denken – sowie hinsichtlich der grundsätzlichen Bereitschaft zu ihrem Einsatz seitens der Regierenden – einen weit zentraleren Platz einnahm als heute. Daher wurde sein Verhalten von seinem persönlichen, seinem professionellen Umfeld und der Öffentlichkeit auch besonders dahingehend beobachtet, inwiefern es der von außen wahrnehmbare Ausdruck seines Identitäts- und Loyalitätsempfindens sein konnte.

Es soll deshalb an dem genannten Beispiel nach dreierlei gefragt werden:

1. Ist ein Nationalitätswechsel über den Wechsel der Staatsangehörigkeit hinaus dem Gefühl nationaler Zugehörigkeit zuzuordnen, oder waren diese beiden Aspekte voneinander unabhängig?
2. Kam es demnach durch den Nationalitätswechsel auch zu einem Loyalitätswechsel? Soll man diesen Begriff vor allem in einem rechtlichen Sinne verstehen oder (auch) in einem moralisch-kulturellen?
3. Der Begriff der Identität ist bekanntermaßen vieldeutig und wird heute im historischen Kontext sowohl als Faktor als auch als Gegenstand des Wandels betrachtet;<sup>2</sup> gerade

<sup>1</sup> Im Folgenden wird, außer bei Zitaten, die deutsche Namensform verwendet.

<sup>2</sup> Zur theoretischen Erforschung dieses Themas vgl. z.B. Wolfgang Kaschuba (Hrsg.): Kulturen – Identitäten – Diskurse. Perspektiven europäischer Ethnologie, Berlin 1995.

deshalb liegt es nahe, ihn in den Kontext von „Biografie und historischer Zäsur“ einzu-  
beziehen. Ausgehend von der Empirie des konkreten Falles wird darüber nachgedacht,  
ob der Werdegang von Unruhs auf einen Identitätswechsel hinweist.

Als provisorischer Ausgangspunkt soll hier „Identität“ (in individueller Perspektive) als  
der Standort einer Person im Schnittpunkt – lang- ebenso wie kurzfristiger – historischer  
Prozesse, Strukturen und Einflussfaktoren definiert werden, deren Zusammenwirken dieser  
Person in ihren eigenen Augen bzw. in den Augen anderer eine bestimmte soziale und kul-  
turelle Gestalt und Zugehörigkeit verleiht. Dabei spielte im hier betrachteten Zeitraum in  
Europa (und darüber hinaus) die Nation als kollektive Bezugsgröße eine überragende Rolle.  
Besonders interessant sind daher Fälle, in denen mehrere Nationen auf die so verstandene  
„Gestaltgebung“ Einfluss hatten. Gewiss sollten die folgenden Betrachtungen nicht allzu  
schnell verallgemeinert werden, da von Unruh als Angehöriger einer national multiplen Elite  
nur sehr eingeschränkt als repräsentativ für die Menschen seiner Zeit in (Preußen-) Deutsch-  
land bzw. Polen anzusehen ist. Vorausgeschickt sei noch, dass sich bislang nur polnische  
Autoren biografisch mit von Unruh beschäftigt haben. Im militärischen Kontext bildet die  
sichtbarste Erinnerung an ihn wohl die 1992 erfolgte Verleihung des Namenpatronats für ein  
Schulungszentrum der Kriegsmarine in Ustka (Stolpmünde).<sup>3</sup> Aber auch in weiten Teilen  
der Öffentlichkeit ist der Admiral bekannt. So wurde 2008 in Laski Wielkie (Großpolen)  
eine Schule nach ihm benannt – im Ergebnis einer Wahl durch Schüler, Eltern und Lehrer  
und unter Beteiligung einer Repräsentationskompanie der Marine.<sup>4</sup> Schon früher erhielten  
eine Grundschule in Gdingen (Gdynia) und ein Lyzeum in Danzig (Gdańsk) seinen Na-  
men. Wesentliche Gründe für dieses etablierte Andenken sind in der starken Militarisierung  
der Erinnerungskultur in Polen besonders mit Bezug auf den Zweiten Weltkrieg und in  
der Suche nach historischen „Helden“ zu sehen. Außerdem betrieb der polnische Staat seit  
1920 und dann erneut seit 1945 eine massive Propaganda zur Förderung des Interesses an  
marinen Themen in der überwiegend binnenländischen Bevölkerung, gipfelnd im „Tag des  
Meeres“ (Święto Morza) und der „Vermählung Polens mit dem Meer“.<sup>5</sup>

Auf analoge Gründe – mit umgekehrter Stoßrichtung – ist das mangelnde Wissen über  
von Unruh in Deutschland zurückzuführen; vor allem ist hier wohl eine wegen der Erfahrung  
des Zweiten Weltkriegs verallgemeinerte Abneigung gegen Militärgeschichte zu nennen.  
Hinzu kommt der schlichte Umstand, dass von Unruh während seiner Zeit in der deutschen  
Marine noch ein unbekannter Offizier war und seine eigentliche Karriere erst nach 1918  
began. Allein in deutschen Marinekreisen der Kriegsgeneration dürfte sein Name noch  
geläufig gewesen sein; als polnischer Offizier konnte er aber – zumal vor dem Hintergrund  
des Zweiten Weltkriegs – nicht in den deutschen Erinnerungskanon eingehen.

3 Siehe unter <http://csmw.wp.mil.pl/pl/8.html> [letzter Zugriff: 05.08.2015].

4 Siehe die Website der Schule unter <http://www.splaskiwielkie.republika.pl/> [letzter Zugriff: 05.08.2015].

5 Zum Kontext siehe, wenn auch eher deskriptiv, Stefan Troebst: „Intermarium“ und „Vermählung  
mit dem Meer“: Kognitive Karten und Geschichtspolitik in Ostmitteleuropa, in: *Geschichte und  
Gesellschaft* 28 (2002), H. 3, S. 435-469.

### Familiärer Hintergrund

Die Familie von Unruh(e) ist eine alte Adelsfamilie, die ursprünglich entweder aus dem Elsass oder aus Sachsen stammt und u.a. in Thüringen und Böhmen, später auch in Schlesien und seit 1597 in Großpolen (zunächst im Raum Birnbaum [Międzychód]) ansässig war. Der dortige Zweig polonisierte den Familiennamen im 17. Jahrhundert, was aber zunächst nur so viel hieß, dass dieser in polnischer Version als „Unrug“ geschrieben wurde (bei gleicher Aussprache). Dieser Zweig blieb durchweg zweisprachig und noch lange Zeit protestantisch. Seit dem 17. Jahrhundert und offenbar bis zum Ende der Ersten Republik hatte die Familie das Starostenamt in Gnesen (Gniezno) inne. 1641 gründete der dortige Starost, Christoph von Unruh, für protestantische Glaubensflüchtlinge die Doppelstadt Karge-Unruhstadt (Kargowa), was von der damals in Polen relativ hohen konfessionellen Toleranz zeugt.

Den vornationalen Maßstäben der Frühen Neuzeit entsprechend, stellte der deutsch-polnische kulturelle Hintergrund der Familie weder für sie selbst noch für ihre Umwelt ein Problem dar. Wie viele andere Familien niederen Adels in der damaligen Zeit standen verschiedene Angehörige der weitverzweigten Familie in polnischen, brandenburgisch-preußischen oder anderen Diensten, nicht zuletzt im Kriegsdienst als Offiziere, ohne dass dies zu Loyalitäts- oder Identitätsproblemen im modernen Sinne geführt hätte. Zum einen wurde das Dienstverhältnis im ständisch-vormodernen Zeitalter in erster Linie als personales Treueverhältnis zwischen Fürst und Offizier aufgefasst, zum anderen besaßen kriegerische Konflikte damals meist noch nicht jenen essentialistischen Bekenntnischarakter, der für das Zeitalter des Nationalismus typisch werden sollte. Erst das napoleonische Zeitalter führte – gerade auch im deutsch-polnischen Verhältnis – in verstärktem Maß zu solchen inneren sowie äußeren Konflikten und zu der zunehmend empfundenen Notwendigkeit, sich national eindeutig zu bekennen und zu verhalten. Manifest wurde dies in der Generation des 1834 geborenen Vaters Josef von Unruhs, Thaddäus Gustav (Tadeusz Gustaw), deren Angehörige sich eindeutig als Polen verstanden. Das zeigte sich nicht nur in der Konversion des polnischen Familienzweiges vom Calvinismus zum Katholizismus in den 1850er Jahren – damals ein klares Merkmal der (Auto-)Polonisierung –,<sup>6</sup> sondern vor allem daran, dass Thaddäus' ältere Brüder Ludwig (Ludwik) und Kasimir (Kazimierz) 1848 während des polnischen Aufstands in Posen bzw. 1863 im Januaraufstand gegen Russland fielen. Nach diesen aussichtslosen und verlustreichen Gewaltakten verlor die bis 1792 zurückreichende romantische Aufstandsidee in Polen für lange Zeit ihre Legitimation zugunsten der „bildungsbürgerlichen“ Richtung der „Organischen Arbeit“.<sup>7</sup> Diese zielte darauf ab, zunächst eine technische und gesellschaftliche Modernisierung anzustoßen. Dadurch sollte – in heu-

6 Vgl. Mariusz Borowiak: *Admirał Unrug (1884–1973)*, Warszawa 2009, S. 350. Borowiaks Arbeit beruht u.a. auf der Auswertung der über von Unruh vorhandenen Archivalien in deutschen und polnischen Archiven sowie von Briefen aus Familienbesitz und Gesprächen mit dem Sohn Horacy Unrug. Die so erhaltenen faktografischen Angaben sind akribisch erarbeitet und verlässlich. Zugleich zeigt seine Darstellung, wie viele Arbeiten polnischer Historiker infolge der Anlehnung an ein überkommenes „nationales“ Narrativ eine mangelnde Distanz zu seinem Gegenstand haben.

7 Vgl. zum Kontext Maciej Janowski: *Gab es im 19. Jahrhundert in Polen eine Zivilgesellschaft?*, in: Arnd Bauerkämper (Hrsg.): *Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure, Handeln und Strukturen im internationalen Vergleich*, Frankfurt a.M. 2003, S. 293-316.

tigen Begriffen formuliert – eine polnische Zivilgesellschaft entstehen, die später als Basis für eine neue Eigenstaatlichkeit dienen sollte. Die „Organische Arbeit“ bekam seit 1900 Konkurrenz seitens der ebenfalls modernisierungsorientierten, aber ethnonationalistischen Nationaldemokraten („Endecja“).<sup>8</sup>

Die Konsequenz, die der überlebende Bruder Thaddäus aus dieser Entwicklung zog (sowie daraus, dass er mit knapp 30 Jahren bereits als Waise und wenig begütert auskommen musste), war, die preußische Offizierslaufbahn einzuschlagen. Dies stellte nur scheinbar einen Widerspruch dar. Tatsächlich war diese Entscheidung in Preußen bis zur Reichsgründung durchaus nicht selten unter Angehörigen polnischer Adelsfamilien mit langer Offizierstradition. Zentrale Voraussetzung dafür war die aristokratische Abstammung und die Berufung auf die Königstreue als Basis der Kooptation in das Offizierskorps als eines „corps royal“.<sup>9</sup> Im Rahmen dieses traditionalistischen Herangehens, das auch der ansonsten durchaus dem modernen Nationsgedanken anhängende Kaiser Wilhelm II. grundsätzlich noch pflegte, war die ethnische Zugehörigkeit (bzw. das subjektive Bekenntnis zu einem Ethnos) zwar nicht gegenstandslos, wurde aber als zweitrangig betrachtet – vorausgesetzt, der jeweilige Prätendent besaß einen tadellosen Ruf und zeigte unzweideutige Loyalität zur Krone. Gerade beim Gardekorps als der elitärsten, weil königsnächsten Einheit des ganzen Heeres, befanden sich damals auch noch zahlreiche „echte“ Polen. Auf diese Weise konnten sie die Offizierstradition angesichts des Fehlens polnischer Staatlichkeit fortsetzen. Zugleich waren sie in Berlin und Potsdam weitgehend der sozialen Kontrolle durch die polnische Bevölkerung entzogen, die in Posen und anderen polnischen Siedlungsgebieten nach 1871 immer stärker wurde, als sich, wie oben erwähnt, bürgerlich-nationalistische Kräfte gegenüber den adlig-konservativen Kreisen durchzusetzen begannen.<sup>10</sup>

Thaddäus Gustav von Unruh (1834–1907) wurde jedenfalls reibungslos in das preußische Offizierskorps aufgenommen (wahrscheinlich im Zuge der 1862 eingeleiteten Heeresvermehrung unter Albrecht von Roon) – und das trotz seiner Konversion zum Katholizismus und des nationalpolnischen Engagements seiner Brüder. Womöglich half ihm dabei auch seine deutsche Abstammung, auf die er sich nun wieder berufen haben könnte. Er stieg während der Einigungskriege schnell in der Armee auf und war zuletzt Generalmajor im Gardekorps sowie mehrere Jahre lang Adjutant des Prinzen Carl von Preußens. Damit befand er sich im innersten Zirkel der Armeeführung und der Hohenzollernschen Dynastie. Dies muss in jedem Fall als Ausweis eines hohen Vertrauens gedeutet werden, das ihm von dort entgegengebracht wurde, und zwar offenbar ohne Aversion gegen seine anerkannt polnische Sozialisierung.<sup>11</sup>

Ob Thaddäus seinen Werdegang als eine Form „Organischer Arbeit“ verstand, also als ein Tun, das in ferner Zukunft zur „Wiedergeburt“ Polens beitragen sollte, lässt sich nicht belegen. Solche Interpretationen sind in Polen seit 1918 etabliert, als der staatliche Neubeginn mit einem teleologischen Blick auf die vermeintliche Unausweichlichkeit einer neuen

8 Vgl. Janusz Wojtasik: *Idea walki zbrojnej o niepodległość Polski 1864–1907* [Die Idee des bewaffneten Kampfes um die Unabhängigkeit Polens 1864–1907], Warszawa 1987, S. 132.

9 Vgl. Borowiak, Unrug (wie Anm. 6), S. 356.

10 Vgl. Jens Boysen: *Preußische Armee und polnische Minderheit. Royalistische Streitkräfte im Kontext der Nationalitätenfrage des 19. Jahrhunderts (1815–1914)*, Marburg 2008, S. 60–62.

11 So soll er häufig bei Wilhelm I. zu Gast gewesen und von diesem als „alter Pole“ angesprochen worden sein; vgl. Borowiak, Unrug (wie Anm. 6), S. 356.

polnischen Staatlichkeit und den einhelligen kollektiven Willen aller ethnischen Polen zur Sezession von den „Teilungsmächten“ unterfüttert wurde. Eine solche Zwangsläufigkeit lässt sich kaum überzeugend belegen. In jüngerer Zeit haben methodisch innovative Forschungen die komplexen Prozesse der Staatswerdung genauer zu rekonstruieren begonnen. Das Beispiel Thaddäus von Unruhs deutet aber ohnehin eher auf eine „defensive“ Form der nationalen Traditionspflege hin. Nachweislich legte er großen Wert darauf, neben dem regulären Besuch der deutschen Schule und entsprechendem privaten Sprach- und Geschichtsunterricht, seine Kinder als bewusste Polen zu erziehen. Aber auch wenn er es innerlich bedauert haben mag, nicht in einer polnischen Armee dienen zu können,<sup>12</sup> so erscheinen dennoch Vermutungen hinsichtlich einer heimlichen separatistischen Agenda in seinem Fall unbegründet. Thaddäus war seinem König gegenüber wohl – wie es das adlige Ethos verlangte – tatsächlich loyal, auch wenn seine Entscheidung für die preußischen Dienste vermutlich auch die Folge politischer Resignation und eines gewissen Opportunismus nach 1863 gewesen war. Nach seinem Ausscheiden aus dem Dienst zog er sich auf das von ihm erworbene Gut Sielec bei Żnin (Znin) in der Provinz Posen zurück, wo er ein „polnisches“ Leben führen konnte. Bezeichnenderweise versuchte er später auch, seinen Sohn Josef dazu zu bewegen, das Gut zu übernehmen und als Landwirt zu leben, anstatt Offizier zu werden. Demnach sah er offenbar im preußischen Heeresdienst für die nächste Generation keine Option mehr. Sein Sohn sollte sich jedoch schließlich anders entscheiden.

Auch von mütterlicher Seite wurde das preußische Element der von Unruhs in gewisser Weise konterkariert. Josefs Mutter war die sächsische Gräfin Isidora von Büna, eine Hofdame der Prinzessin Charlotte von Preußen. Bei ihr lag zwar keine antipreußische Aversion vor, aber die sächsischen Verbindungen wurden dazu genutzt, den preußischen Einfluss auf Josef und seine Geschwister zu begrenzen. Dies äußerte sich unter anderem darin, dass der 1884 in Brandenburg an der Havel geborene Josef Michael Hubertus (Józef Michał Hubert) ab 1891 nicht dort oder in Berlin zur Schule ging, sondern in Dresden, zunächst zur Grundschule und später auf das bekannte Vitzthumsche Gymnasium. Diese Entscheidung konnte zwar damit begründet werden, dass sich in Dresden die hier lebende Familie seiner Mutter um ihn und seine Geschwister kümmern konnte, dennoch war dies für einen Generalmajor des preußischen Gardekorps ein ungewöhnlicher Schritt. Er erinnert an die Tendenz der Angehörigen der Welfendynastie, ihren Wehrdienst in Sachsen oder Bayern abzuleisten; dies war ein klarer Affront gegen die Hohenzollern, die Hannover 1866 annektiert hatten. Thaddäus von Unruh empfand wohl keine derartige Aversion gegen sein Königshaus. Es scheint ihm aber in Dresden z.B. leichter gefallen zu sein, polnische Emigranten zu finden, die er als Privatlehrer für seine Kinder engagieren konnte. Diese erhielten neben dem öffentlichen deutschen privaten polnischen Unterricht. Die Kinder wuchsen zwei- und sogar dreisprachig auf, da ihre Eltern nach adliger Sitte miteinander französisch sprachen.<sup>13</sup> Auch hierin ist vor allem der Wunsch erkennbar, den Kindern innerhalb Deutschlands eine polnische Identität zu geben, für ein bewusstes Hinarbeiten auf eine polnische Unabhängigkeit

12 So der Tenor eines von Thaddäus von Unruh 1866 von einem anderen polnischstämmigen Offizier empfangenen Briefs, abgebildet ebenda S. 64 f.

13 Vgl. Borowiak, Unrug (wie Anm. 6), S. 29-31. Natürlich war Thaddäus von Unruh des Deutschen mächtig. Neben der adligen Tradition wollte er vermutlich durch den Gebrauch des Französischen als eines dritten Elements dafür sorgen, dass seine Kinder gleichviel Deutsch und Polnisch lernten.

gibt es hingegen keine Hinweise. Zugleich hat Thaddäus die „Dresdner Orientierung“ in seiner militärischen Karriere erkennbar nicht geschadet; von vorrangiger Bedeutung war offenkundig seine durch die Heirat bewirkte Integration in den sächsischen Adel.

### **Eintritt in die Kaiserliche Marine und Einsatz im Friedens- und Kriegsdienst**

Nach dem Abitur 1904 setzte sich Josef gegen die Vorbehalte seines Vaters mit dem Wunsch durch, Offizier zu werden, allerdings nicht im Heer, sondern bei der Kaiserlichen Marine. Letztlich half ihm sein Vater, denn auf dessen Fürsprache hin wurde Josef im April 1904 als Seekadett in die Marineakademie in Kiel aufgenommen, obwohl er mit 20 Jahren das maximale Aufnahmealter eigentlich bereits überschritten hatte. Aber mehr noch als seine adlige Abstammung und die engen Beziehungen zur Dynastie könnte für seine Aufnahme der Umstand eine Rolle gespielt haben, dass er das Abitur abgelegt hatte. Vor dem Hintergrund einer langwierigen in Heer und Marine geführten Debatte über die nötigen Bildungsvoraussetzungen für Offiziere, bei der altpreußisches Traditionsbewusstsein und Modernisierungsbedarf miteinander rangen, zeichnete sich seit der Jahrhundertwende eine langsame, aber unaufhaltsame Zunahme des Anteils von Abiturienten und Absolventen der Realgymnasien ab. Hingegen nahm der Anteil der Adligen unter den Seeoffizieren ebenso beständig ab. Infolge dieser Entscheidung wurde die Kaiserliche Marine – letztlich entgegen dem Wunsch des Kaisers als ihres Oberkommandierenden – zu einer Domäne gebildeter und insbesondere technisch-wissenschaftlich qualifizierter Angehöriger der (groß)bürgerlichen Schichten, unter denen Adlige wie von Unruh in der Minderheit waren.<sup>14</sup> Diese bürgerlichen Offiziere, an deren Patriotismus nicht zu zweifeln war, verkörperten damit jedoch den Übergang von einem ständischen zu einem leistungsbezogenen Reproduktionsschema der militärischen (und auch anderer) Eliten des Kaiserreichs, wie es im Heer vom Großen Generalstab verfolgt, aber durch den hartnäckigen Widerstand des Kriegsministeriums bis 1914 weitgehend verhindert wurde. Infolge dieser strukturkonservativen Einstellung wurde das Wehrpotenzial des Deutschen Reiches vor 1914 nur unzureichend ausgeschöpft und auch die technische Modernisierung nur teilweise umgesetzt.<sup>15</sup>

Die beschriebene Entwicklung in der Marine verbindet sich recht schlüssig mit der Frage nach von Unruhs Gründen für seine Wahl der Marine anstelle des Heeres. Als Motiv belegt und glaubwürdig sind zunächst seine schlichte Begeisterung für maritime Themen und der Wunsch nach der „großen weiten Welt“, wie sie damals unter der Jugend Deutschlands weit verbreitet waren, nicht zuletzt durch den Einfluss Wilhelms II., dessen liebstes Projekt der Aufbau der deutschen Flotte war. Hierin lag also nichts speziell „Polnisches“. Zugleich

14 Vgl. Holger H. Herwig: Das Elitekorps des Kaisers. Die Marineoffiziere im Wilhelminischen Deutschland, Hamburg 1977, S. 37-58.

15 Vgl. Stig Förster: Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-Quo-Sicherung und Aggression 1890–1913, Stuttgart 1985, S. 168 f. Zur Bedeutung bürgerlicher Wertbegriffe für die Entwicklung des Offizierskorps siehe auch Frank Becker: Auf dem Weg zu einer „Kulturgeschichte der Ideen“? Deutung der Einigungskriege und bürgerlicher Militarismus im Deutschen Kaiserreich, in: Lutz Raphael, Heinz-Elmar Tenorth (Hrsg.): Ideen als gesellschaftliche Gestaltungskraft im Europa der Neuzeit. Beiträge für eine erneuerte Geistesgeschichte, München 2006, S. 267-288.

kann man aber die Entscheidung für die gesamtdeutsche Marine anstelle des preußischen Heeres als einen Schritt sehen, sich von dem letzteren zu distanzieren, da es – durch seine räumliche Präsenz in allen Landesteilen – auch die Probleme des deutsch-polnischen Grenzraums verkörperte.<sup>16</sup> Die Marine dagegen symbolisierte nicht nur Modernität und Mobilität, sondern in den Küstenstandorten und auf See verschwanden jene „landgestützten“ Probleme gleichsam hinter dem Horizont. Dies galt insbesondere für einfache Wehrpflichtige, da alle Wehersatzbezirke im Rahmen des militärischen Ersatzgeschäfts bestimmte Kontingente für die Marine sowie für die Kolonialtruppen abstellen mussten. Hinzu kam, dass aus demografischen und politischen Gründen im Kaiserreich überproportional viele Rekruten aus dem ländlichen Raum eingezogen wurden, zu dem auch der Großteil der polnischsprachigen Gebiete in Preußen zählte. Folglich dürfte auch eine bestimmte Zahl ethnisch polnischer Rekruten aus diesen Gebieten ihren Wehrdienst in Marine- und Kolonialeinheiten abgeleistet haben.<sup>17</sup>

Im Fall von Unruhs waren es gleichwohl die genannten persönlichen Gründe, die ihn zur Marine führten. 1907 ging er mit dem Rang eines Leutnants zur See von der Marineakademie ab. Danach sammelte er auf verschiedenen Schiffen praktische Erfahrung und erhielt durchweg gute Bewertungen. 1909 wurde er zum Oberleutnant zur See befördert, im Oktober 1915, als er bereits über ein Jahr lang im Kriegseinsatz stand, erhielt er das Patent als Kapitänleutnant und erwarb zudem das Zeugnis zum Artillerieoffizier B.<sup>18</sup> Trotz seines angesichts seiner Erziehung anzunehmenden starken polnischen Bewusstseins gibt es bei ihm noch weniger als bei seinem Vater einen Hinweis darauf, dass er seine Laufbahn – wie dies in der älteren polnischen Historiografie oft wie selbstverständlich impliziert wurde – mit einer nationalpolnischen Agenda im Kopf verfolgt haben sollte. Von Unruhs einzig erkennbares Ziel war es damals, als Offizier möglichst hohe Qualifikationen zu erreichen und – modern formuliert – Karriere zu machen.

Die ihm später nach dessen eigener Aussage von seinem Sohn gestellte Frage, wie er denn während des Krieges, „da er doch schließlich Pole gewesen sei“,<sup>19</sup> von den deutschen Marineangehörigen respektiert worden sei, war daher mehr Ausdruck einer Projektion nationaler Stereotype *a posteriori* als eine realistische Darstellung der Lebenswirklichkeit seines Vaters vor 1918: Dieser wurde innerhalb der deutschen Marine eindeutig als Deutscher betrachtet, allein schon deshalb, weil er dies „objektiv“ ebenso war wie Pole, einen deutschen Namen trug und perfekt Deutsch sprach. Hinzu kam, dass infolge eines generellen Misstrauens des Offizierskorps gegen „nonkonforme“ Elemente – dies betraf neben politisch „bedenklichen“ Personen wie Sozialdemokraten und Liberalen vor allem Angehörige nichtprotestantischer Religionen bzw. Konfessionen, also Juden und (eingeschränkt) Katholiken – explizit als solche firmierende „Polen“ über einen bestimmten Rang meist

16 Vgl. dazu Jens Boysen: Die preußische Armee und die allgemeine Wehrpflicht während des Kaiserreichs (1871–1918) als Faktoren der sozialen bzw. nationalen Akkulturation der polnischen Minderheit, in: Robert Traba (Hrsg.): Akkulturation/Assimilation in kulturellen Grenzgebieten Ostmitteleuropas im 19. und 20. Jahrhundert, Bd. II: Deutsch-polnische Nachbarschaft, im Auftrag der Volkswagen-Stiftung und des Deutschen Historischen Instituts Warschau, Warszawa 2012, S. 33–132.

17 Vgl. Boysen, Preußische Armee und polnische Minderheit (wie Anm. 10), S. 40–46 und 51 f.

18 Siehe den Eintrag in der Rangliste der Kaiserlich Deutschen Marine für 1916, Berlin o.J., S. 38.

19 Im polnischen. Original „w końcu Polak“, bei Borowiak, Unrug (wie Anm. 6), S. 56.

nicht hinauskommen, falls sie es denn überhaupt schafften, die Hürde der Kooptation durch die anderen Offiziere zu überwinden.<sup>20</sup> Neben allem anderen besteht ein Nachweis für von Unruhs uneingeschränkte Akzeptanz darin, dass er kurz vor Kriegsbeginn – von Juni bis August 1914 – auf der kaiserlichen Yacht „Hohenzollern“ eingesetzt wurde, ein Ausdruck allerhöchster Wertschätzung.<sup>21</sup>

Im Ersten Weltkrieg war Unruh durchgängig im Einsatz, zunächst auf dem Flottenflaggschiff „Friedrich der Große“, auf dem er schon einmal seit August 1913 Dienst getan hatte. Im Februar 1915 wurde er zur U-Boot-Truppe überstellt, durchlief zahlreiche Schulungen und kommandierte später drei U-Boote. Im selben Jahr erhielt er das Eiserne Kreuz II. Klasse. Im Dezember 1917 wurde er zum Kommandeur der U-Boot-Schulungsflottille befördert, in der er u.a. auch unter Karl Dönitz diente, sowie zum Chef der Matrosen- und Technikerschule der U-Bootwaffe in Kiel. Während der Meuterei der Matrosen der Hochseeflotte Anfang November 1918, die dann zur Revolution führte, soll es in der von ihm befehligten Flottille infolge seines fairen Umgangs mit den Untergebenen zu keinerlei Rebellionen gekommen sein. Kurz vor Kriegsende, im September 1918, erhielt von Unruh noch das Eiserne Kreuz I. Klasse.<sup>22</sup> Zwar ist hierfür keine konkrete Begründung überliefert, die Auszeichnung belegt aber abermals von Unruhs vollständige Integration in die deutsche Kriegsgemeinschaft im Allgemeinen und in das deutsche Seeoffizierskorps im Besonderen.

### **Übertritt in polnische Dienste und Aufstieg zum „Vater der polnischen Marine“**

Im März 1919 wurde von Unruh auf eigenen Wunsch aus der Kaiserlichen Marine (bzw. Reichsmarine) entlassen. Bereits im Mai 1919 meldete er sich in Warschau bei der Marinesektion des dort neu entstandenen Kriegsministeriums mit dem Antrag um Aufnahme in die – allerdings noch gar nicht existierende – polnische Marine. Er wurde daraufhin im Juni 1919 im Rang eines Kapitäns zur See eingestellt, nachdem er Belege für seine „polnische Gesinnung“ vorgelegt hatte, u.a. Leumundszeugnisse von Bewohnern aus der Umgebung des väterlichen Gutes Sielec in der Gegend um Posen. Offensichtlich war man in Warschau gegenüber ehemaligen Offizieren der „Teilungsarmeen“, die zudem wie Unruh das Polnische nicht fließend beherrschten, nicht ganz frei von Vorbehalten.<sup>23</sup> Dass er sich dann in der polnischen Marine betont polnisch gab, ist wahrscheinlich auch auf jene anfänglichen Hürden zurückzuführen.

Für von Unruhs Entscheidung, in die neue polnische Marine einzutreten, lassen sich mehrere Motive annehmen. Zum einen scheint die – wohl auch für ihn überraschende – poli-

20 Zu diesem wichtigen, aber hier nicht näher zu behandelnden Thema vgl. Manfred Messerschmidt: Das preußisch-deutsche Offizierskorps 1850–1890, in: Hanns Hubert Hofmann (Hrsg.): Das deutsche Offizierskorps 1860–1890, Boppard 1980, S. 21–38, hier S. 26 f., sowie Förster, Militarismus (wie Anm. 15), S. 23.

21 Vgl. Borowiak, Unruh (wie Anm. 6), S. 43 f.

22 Ausführlich zu von Unruhs Dienststellungen in der U-Boot-Waffe 1915–1918, ebenda, S. 46–56.

23 Noch jüngst sprach ein führender polnischer Marinehistoriker in diesem Sinne von dem damaligen Bedarf an „unbelasteten“ („unburdened“) Offizieren für die neue polnische Marine; siehe Jerzy Będzmirowski: The Maritime Military School System in Poland: A Historical Sketch, in: Journal of Slavic Military Studies 22 (2009), S. 419–436, hier S. 420.

tische Entwicklung seine kulturell-national polnische Selbstidentifikation bestärkt zu haben. In Verbindung mit seinem fachlich-beruflichen Interesse beförderte dies seinen Wunsch, in der neuen polnischen Marine zu dienen. Das heißt allerdings nicht, dass er seinen Dienst in der Kaiserlichen Marine nur als Vorbereitung auf eine Laufbahn in einer zukünftigen polnischen Marine verstanden hätte (diese „konspirative“ Interpretation polnischen Militärdienstes in den „Teilungsarmeen“ ist in der polnischen Historiografie oft zu finden).<sup>24</sup> Dazu war von Unruh viel zu sehr Pragmatiker und dazu reichen seine dokumentierten „polnischen“ Aktivitäten wie z.B. sein ständiges Arbeiten an der polnischen Sprache nicht aus. Als die polnische Marine 1918/19 tatsächlich entstand, zögerte er zwar nicht, ihr seine Dienste anzubieten, und vielleicht war dies in der Tat sein „Lebensziel“;<sup>25</sup> aber es ist nicht zu sagen, wie er sich in einer anderen historischen Situation verhalten hätte. Es ist sehr wahrscheinlich, dass von Unruh bei einer Fortsetzung seines Dienstes in der Kaiserlichen Marine weiter aufgestiegen wäre und sich in diesem Dienstverhältnis auch weiter ‚zuhaus‘ gefühlt hätte.. Freilich befanden sich nicht viele nachmals polnische Marineangehörige in einer so privilegierten Position. Daher stellten 1919 ehemals kaiserlich deutsche Marineoffiziere auch lediglich 6% der Offiziere der neuen polnischen Marine (dies waren konkret vier Personen),<sup>26</sup> während die große Mehrheit des entstehenden Offizierskorps aus der russischen bzw. österreichisch-ungarischen Marine stammte.<sup>27</sup>

Hingegen war die Kaiserliche Marine der Quellgrund für einen Großteil der Unteroffiziers- (Bootsmanns- und Maaten-) sowie Mannschaftsränge der neuen polnischen Marine, denen infolge ihrer deutschen Ausbildung eine hohe technische Qualifikation attestiert wurde. Von Unruh umgab sich gerade in der schwierigen Aufbauphase Anfang der 1920er Jahre gern mit jenen „deutschen“ Kameraden, und zwar sowohl aus fachlichen Gründen als auch, wengleich dies nachrangig gewesen sein mag, aus „landmannschaftlicher“ Sympathie heraus, stammten doch die meisten dieser Personen aus Posen/Großpolen.<sup>28</sup> Zugleich zeigten sich im weiteren Verlauf seines Dienstes bestimmte kulturelle Unterschiede zu ehemals russischen bzw. österreichischen Offizieren. Letztere pflegten in von Unruhs Augen teilweise einen zu legeren Lebensstil und hielten nicht genügend Distanz zu ihren Untergebenen. Umgekehrt erschien von Unruhs Arbeitsstil manchen Kollegen allzu „deutsch“, d.h. strengautoritär, formalistisch und distanziert (von Unruh galt auch privat als wenig gesellig). Außerdem verwendeten die ehemals zarischen Offiziere, die überdies oft russische Ehefrauen hatten, in ihrer Kommunikation etliche Russizismen, die von Unruh nicht verstand. Umgekehrt war seine eigene Dienstsprache in der Anfangsphase nicht frei von Germanismen.<sup>29</sup> Es war nach 1918 ein allgemeines Problem in den polnischen Streitkräften, dass die

24 So konstatierten sowohl in der Zwischenkriegszeit als auch nach 1945 etliche Historiker, die als deutsche Soldaten am Ersten Weltkrieg teilnehmenden Polen hätten alle von einem polnischen Staat geträumt und seit Kriegsbeginn beabsichtigt, im gegebenen Moment zu desertieren; Belege bei Boysen, *Preußische Armee* (wie Anm. 10), S. 279.

25 „[C]elem swego życia“; so die ebenda, S. 62, zitierte Einschätzung von Ewa Kowalska: *Admiral z Pałuk*, in: *Znińskie Zeszyty Historyczne* (1992), Nr. 3, S. 36.

26 Laut Będziński, *The Maritime Military School System* (wie Anm. 23), S. 421.

27 Vgl. Jerzy Przybylski: *Marynarka wojenna w walce o granice i niepodległość Polski (1918–1920)* [Die Kriegsmarine im Kampf um die Grenzen und die Unabhängigkeit Polens (1918–1920)], Gdynia 1997, S. 11 und 14, sowie Borowiak, *Unrug* (wie Anm. 6), S. 61.

28 Vgl. Borowiak, *Unrug* (wie Anm. 6), S. 65 f.

29 Vgl. ebenda, S. 60 und 79.

Fachterminologie nur auf Deutsch bzw. Russisch vorlag und erst nach und nach polnische Äquivalente gefunden wurden. Zudem missfiel dem nüchternen von Unruh, der primär ein strategisches Sicherungsinteresse verfolgte, dass manche russisch geschulte Offiziere (die vermutlich zumindest teilweise während des Krieges in der Ostsee Dienst getan hatten) insofern zu Großmachtfantasien neigten, als sie planten, die polnische Flotte zu einer führenden Macht im Ostseeraum auszubauen. Dies aber lag nach von Unruhs Einschätzung jenseits aller Möglichkeiten.<sup>30</sup> Bezüglich der eigenen Person erkannte von Unruh 1919 jedenfalls sicher, dass er als einer der wenigen Offiziere mit einem ähnlich großen Erfahrungsschatz gute Chancen hatte, in der jungen polnischen Marine noch schneller aufzusteigen als in der deutschen. Insofern kann man auch ein persönliches Karriereinteresse vermuten. Vor allem eröffnete sich ihm damit eine Möglichkeit zur Fortsetzung seiner Laufbahn als Seeoffizier, was ganz augenscheinlich sein angestrebter Beruf war – unabhängig von der nationalen Rahmensetzung. In der gegenteiligen Lage waren seine ehemaligen Kameraden im deutschen Seeoffizierskorps, die in großen Zahlen die Marine verlassen mussten, nachdem der Versailler Vertrag der deutschen Marine nur eine Stärke von 15 000 Mann und 24 größere Schiffe sowie die selbe Zahl an Torpedoboote zugestand. Aber auch diejenigen, die nach 1919 im stark geschrumpften Marinekorps verbleiben konnten, gerieten oft in Opposition zur Weimarer Demokratie. Ihren Ursprung hatte diese Haltung einerseits in der Frustration über die genannten Beschränkungen, die das Reich weitgehend seiner Wehrfähigkeit beraubten, andererseits in dem scharfen Gegensatz zwischen dem konservativ-kaisertreuen Offizierskorps und den kriegsmüden Matrosen, die am 9. November 1918 von Wilhelmshaven und Kiel aus die Revolution ausgelöst hatten. Damit verkehrte sich das kaiserzeitliche „Image“ der Marine zunächst ins Gegenteil. Anfang 1919 standen dann der Marine entstammende Formationen im Zentrum des Bürgerkriegs in Berlin: von links die Volksmarinedivision, von rechts die (Marine-), „Brigade Ehrhardt“ und andere Einheiten. Diese rechtsstehenden Verbände unterstützten ebenso 1920 den „Kapp-Lüttwitz-Putsch“. Marinekräfte waren somit auf beiden extremen Flügeln der Revolutionszeit im Einsatz. Dies hatte zur Folge, dass ein Großteil der politisch gemäßigten Bevölkerung die Marine je nach politischem Standort mit Umsturz und Chaos bzw. mit Reaktion und brutaler Gewalt assoziierte. Aus diesem Grund und durch die notwendige Konzentration auf die schwierige Aufbauarbeit mied die Marineleitung in den Folgejahren das Licht der Öffentlichkeit.<sup>31</sup>

Außen- und sicherheitspolitisch plante die Marineführung in den 1920er Jahren mit ihren begrenzten Kräften vor allem gegen eine französische Blockade der deutschen Küsten und in diesem Zusammenhang auch gegen die polnische Marine, die sich ab 1920 in der Danziger Bucht etablierte. Polen als von den Siegermächten begünstigter neuer Staat erhielt alle Freiheiten der militärischen Entwicklung, die in der Praxis vor allem durch sein schwaches wirtschaftliches Fundament begrenzt wurde. In diesem Zusammenhang bedeutete der Übergang von Unruhs und anderer ehemals deutscher Seeleute zur polnischen Marine einen bedeutenden „Wissenstransfer“, sowohl bezüglich ihrer theoretischen Bildung als auch ihrer im Weltkrieg gesammelten Erfahrung. Hinzu kam in räumlicher Beziehung

30 Vgl. ebenda, S. 78-81 und 92.

31 Vgl. Michael Salewski: Das Offizierskorps der Reichs- und Kriegsmarine, in: Ders.: Die Deutschen und die See. Studien zur deutschen Marinegeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. II, Stuttgart 2002, S. 59 f. und 102-114.

die polnische Übernahme des pommerellischen Küstenabschnitts mit Gdingen (des „Korridors“) und die von den Westmächten verfügte Übergabe einer Anzahl deutscher Schiffe an Polen. Es handelt sich hierbei um einen Aspekt der Problematik von Herrschaftswechseln, die in der Regel eine rechtliche (vollständige oder partielle Staatensukzession), personale (Staatsbürgerschaftswechsel) und territoriale Dimension einschließen. (Dieses Thema ist für die 1919/20 von Deutschland an Polen abgetretenen Gebiete zumindest ansatzweise erforscht worden.)<sup>32</sup> Angesichts dieser Sachlage kann man davon sprechen, dass der Aufbau der polnischen Marine, trotz des geringen Anteils ehemals deutscher Offiziere, physisch-geografisch, infrastrukturell, technisch und wissenschaftlich *de facto* in hohem Maße auf einer „deutschen“ Grundlage erfolgte, woran von Unruh maßgeblich beteiligt war. Mit den ehemals österreichisch-ungarischen Offizieren gab es, trotz der Unterschiede im „Stil“, insofern Berührungspunkte, als diese während des Krieges vor allem im Mittelmeer einige Einsatzerfahrungen sammeln konnten, oft im engen Zusammenwirken und Austausch mit der deutschen Marine.<sup>33</sup> Hingegen fehlte den ehemals russischen Offizieren diese Erfahrung weitgehend, da die russische Ostseeflotte erfolgreich von deutschen Marinekräften neutralisiert worden und erst spät, im Kampf gegen die deutsche Intervention im Baltikum und in Finnland 1917, zum Einsatz gekommen war.

Der angesprochene Wissenstransfer ergab sich nicht nur aus den Dienstbiografien der jetzt polnischen Marineoffiziere, sondern ebenso daraus, dass es nach der dritten Teilung Polens 1795 – sieht man von bestimmten Exilaktivitäten ab – keine kollektive Wissensbildung in einem polnischen staatlichen Rahmen mehr gegeben hatte, entgegen der seit 1918 erfolgten Berufung auf vermeintliche Überlieferungen aus der Ersten Republik.<sup>34</sup> Gerade auf dem Gebiet des Seewesens waren diese umso weniger existent, als sowohl die Handelsschifffahrt als auch die Kriegsmarine der Ersten Republik weitgehend in den Händen Danzigs und anderer (zudem mehrheitlich deutsch bewohnter) westpreußischer Städte gelegen hatte, so dass deren kollektives Wissen nach 1772 in den preußischen Staat und später das Deutsche Reich eingegangen war. In Gestalt der nach 1918 bewusst polnisch optierenden Offiziere und anderer Spezialisten erfolgte nun in gewissem Umfang ein erneuter Wissenstransfer, diesmal von den „Teilungsmächten“ ins neue Polen.<sup>35</sup> Allerdings handelte es sich dabei um keine Rückkehr eines gleichsam konservierten „polnischen“ Wissens, sondern um den Transfer genuinen jüngerer Wissens, das in seiner konkreten Form

32 Vgl. Jens Boysen: Die polnischen Optanten: Ein Beispiel für den Zusammenhang von Krieg und völkerrechtlicher Neuordnung, in: Bruno Thoß, Hans-Erich Volkmann (Hrsg.): Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland, für das Militärgeschichtliche Forschungsamt Potsdam, Paderborn u.a. 2002, S. 593-613.

33 Vgl. zu diesem Kontext zuletzt Rüdiger Schiel: Die vergessene Partnerschaft. Kaiserliche Marine und k.u.k. Kriegsmarine 1871–1914, Bochum 2014.

34 Ein anderes Thema sind Formen privater kollektiver Wissensbildung etwa im Rahmen der Organischen Arbeit; vgl. Janowski, Zivilgesellschaft (wie Anm. 7), S. 293-316. Diese waren aber gerade für den staatlich-hoheitlichen Bereich einschließlich des Militärwesens von geringer Bedeutung.

35 Für die Problematik der verwaltungstechnischen Sukzession am Beispiel Posen/Großpolen siehe die gedankenreiche, wenn auch im Detail zu ergänzende Betrachtung von Ingo Loose: How to Run a State. The Question of Knowhow in Public Administration in the First Years after Poland's Rebirth in 1918, in: Martin Kohlrausch, Katrin Steffen u.a. (Hrsg.): Expert Cultures in Central Eastern Europe. The Internationalization of Knowledge and the Transformation of Nation States since World War I, Osnabrück 2010, S. 145-159.

die im „langen 19. Jahrhundert“ bereitgestellten „fremden“ Rahmenbedingungen widerspiegeln; dies schloss die ethnischen Polen mit ihren individuellen Bildungsprozessen selbst ein, die infolgedessen Angehörige transnationaler (bzw., wenn man so will, auch „transethnischer“) Bildungs- und Forschungsstrukturen waren. Insofern trug der neue polnische Staat ein beträchtliches kognitives Erbe der „Teilungszeit“ in sich, sowohl in Person der nun wieder „polnisch“ gewordenen Gelehrten als auch der von diesen weitergeführten Diskurse und Beziehungsgeflechte. Nicht zuletzt deswegen kann man von keiner sozusagen geistig und kulturell autarken „Wiedergeburt“ Polens sprechen. Denn gerade deshalb kam es wohl nach 1918 im polnischen Bildungswesen und darüber hinaus zu einer massiven „nationalen“ Legitimationspolitik: Es mussten nicht nur die mittlerweile sehr unterschiedlichen „Teilungsgebiete“ zusammengeführt werden, sondern das als „fremd“ angesehene Erbe der Teilungszeit sollte in der Darstellung soweit als möglich polonisiert werden, um die geistig-kreative Eigenständigkeit Polens zu untermauern.

Tatsächlich könnte die Bedeutung „deutschen“ Fachwissens beim Aufbau der polnischen Marine in der zwischen Deutschland und Polen überwiegend angespannten Atmosphäre der Zwischenkriegszeit deutscherseits zu einer ambivalenten Bewertung geführt haben: Einerseits verkörperte die neue Marine des Nachbarstaates einen Aspekt der Beraubung und Benachteiligung Deutschlands durch den Versailler Vertrag und den Aufbau deutschfeindlich gesinnter Klientelstaaten im Osten des Reiches durch Frankreich und England; andererseits konnte man auf diese Entwicklung in gewissem Sinne sogar stolz sein, belegte sie doch, welch solides Fundament man selbst vor und im Weltkrieg gelegt hatte. Mit letzterem Punkt verband sich freilich zugleich – jedenfalls bei manchen deutschen Betrachtern – die Vorstellung von der geistigen und technischen Unselbstständigkeit „der“ Polen.<sup>36</sup> Bei der Zurückweisung dieses Vorbehalts engagierte sich wiederum von Unruh, in dessen Person sich die Ambivalenz dieser Frage manifestierte. Angesichts seines Werdegangs waren seine Kenntnisse und Erfahrungen namentlich von deutscher Seite nicht zu leugnen. Folglich konnte man nicht generell abstreiten, dass auf der polnischen Seite solche Fähigkeiten vorhanden waren. Damit hätte sich aber gerade mit von Unruh der Vorwurf des Landes- bzw. Geheimnisverrats verbinden können: Für solche Zuschreibungen gibt es allerdings keine konkreten Belege. In formaler Hinsicht stand dem schon entgegen, dass von Unruh 1919 ganz regulär aus der Reichsmarine entlassen worden war. Tatsächlich wurde von Unruh bei seinen – begrenzten – Kontakten mit der deutschen Seite nach 1918 augenscheinlich stets korrekt behandelt. Dies sollte im Zweiten Weltkrieg zu teils bizarren Situationen führen.

Bemerkenswert und für die Frage nach der jeweiligen „identitären“ Konstellation des Protagonisten wichtig ist der Umstand, dass von Unruh in der polnischen Marine seinen straffen preußisch-deutschen Arbeits- und Führungsstil nicht nur persönlich beibehielt, sondern auch seinen Untergebenen auferlegte. Dies führte zwar offenbar mitunter zu Reibungen mit Untergebenen, verschaffte ihm aber im Laufe der Zeit ein hohes Ansehen, zumal er seinen strengen Ansprüchen offenbar selbst genügte. Auch brachte er seine Zeit bei der Kaiserlichen Marine ohne Zögern bei der Berechnung seines Dienstalters und der ihm zustehenden Sold- bzw. Pensionsbezüge vor.<sup>37</sup> In diesen Kontexten hatte er demnach keinerlei Bedenken, sein „deutsches Erbe“ offen einzubringen und als vorbildlich zu verbreiten. Mög-

36 Vgl. Borowiak, Unruh (wie Anm. 6), S. 66.

37 Vgl. ebenda, S. 58 und 60 f.

licherweise stand ihm aufgrund seiner individuellen Prägung auch gar keine andere Option offen. Zugleich aber legte er der Überlieferung zufolge gegenüber den deutschen bzw. Danziger Behörden, wann immer er mit diesen zu tun hatte, ein „polnisch-patriotisches“ und mitunter sogar arrogantes Verhalten an den Tag. So bestand er, als er 1919 nicht zuletzt wegen seiner Deutschkenntnisse zu Verhandlungen über die Übergabe eines Leuchtturms und deutscher Seezeichen an Polen nach Danzig geschickt wurde, gegenüber dem deutschen Ortskommandanten darauf, sich auf Polnisch explizit als „polnischer“ Kapitän zu bezeichnen. Die übrige Konversation erfolgte dann offenbar auf Deutsch. Dennoch ist nicht ganz klar, wodurch von Unruh, folgt man seinen Biografen, die „Wertschätzung“ der deutschen Gesprächspartner gewonnen haben soll.<sup>38</sup> Ähnlich verfocht er bei der Frage der Seegrenze zwischen Danzig und Polen auf einer gemischten Kommissionssitzung im August 1920 eine expansive Grenzziehung zugunsten Polens, was auf der Danziger Seite das Gefühl einer polnischen Belagerung bestärkt haben dürfte.<sup>39</sup>

Von Unruhs Verhalten ließe sich gewissermaßen als ein Amalgam von preußischer Schärfe und polnischer Gesinnung interpretieren. Möglicherweise spielte hierbei auch eine Rolle, dass er jeden Eindruck von „Kumpanei“ mit seinen früheren Kameraden auf der deutschen (bzw. Danziger) Seite vermeiden wollte. Dies spräche für eine von ihm empfundene – und wohl auch tatsächlich vorhandene – starke soziale Kontrolle seitens des polnischen Umfelds. Auch dies könnte ein weiterer Grund für sein distanzierendes und steif-formelles Verhalten gewesen sein. Letzteres wies in jedem Fall Ähnlichkeiten mit jenem Stereotyp auf, das sich mit den ehemals preußischen Polen vor allem im Raum Posen teilweise bis heute verbindet, nämlich innerhalb der polnischen Gesamtnation die „Preußen“ zu sein, im Sinne eines zivilisatorisch besonders fortschrittlichen, fleißigen und kreativen, aber auch eines distanzierenden, berechnenden und unsympathischen „Stammes“.

Die familiäre Dimension in ihren verschiedenen Facetten ist von dieser politischen zu unterscheiden: Von Unruh sprach zeitlebens mit seiner Mutter Isidora sowie deren Verwandten Deutsch. Der Tod seiner Mutter im April 1923 stellt die Zäsur dar, in deren Folge auch seine familiären Kontakte nach Deutschland begrenzt wurden. Die geborene Gräfin von Büнау lebte als Witwe auf dem Gut in Sielec, hielt sich aber zum Zeitpunkt ihres Todes bei ihrer Schwester in der Nähe von Oppeln auf. Auf die von seinem deutschen Onkel erhaltene Nachricht hin soll von Unruh spontan im Auto nach Oberschlesien gefahren sein und noch am selben Tag persönlich den Leichnam seiner Mutter unter Umgehung der behördlichen Vorschriften über die Grenze nach Sielec gebracht haben.<sup>40</sup> Dort beerdigt zu werden, war zwar durchaus ihr Wunsch gewesen; warum aber ihr Sohn auf eine so unübliche Weise handelte, durch die unter anderem die deutschen Verwandten von der Beerdigung ausgeschlossen wurden, ist unklar.

Ab 1919 bewährte sich von Unruh beim Aufbau der polnischen Marine, insbesondere bei der Errichtung des Kriegshafens in Gdingen sowie im Ausbildungswesen. Er erwarb sich das Vertrauen seiner Vorgesetzten und avancierte bald selbst zum Oberbefehlshaber. In den vorhandenen historischen Darstellungen (wie eingangs angeführt bis dato ausschließ-

38 „szacunek“, ebenda, S. 66.

39 Vgl. ebenda, S. 76.

40 Vgl. ebenda, S. 95 f.

lich aus polnischer Feder)<sup>41</sup> wird er durchgängig als vorbildlicher, geradezu idealtypischer Truppenführer, Organisator und Theoretiker beschrieben, der das polnische Marinewesen gleichsam allein aufgebaut habe. Dies ist sehr wahrscheinlich eine idealisierende Sicht. In ihr kommt, so lässt sich zumindest vermuten, *a posteriori* eine Genugtuung darüber zum Ausdruck, dass von Unruh, der sich in der polnischen Marinehierarchie durchsetzte und nachmalig im Zweiten Weltkrieg eine in polnischen Augen „heldenhafte“ Rolle spielte, dies gerade unter Einsatz seiner „deutschen“ Haltung und Kompetenz tat. In dieses Bild passt zweifellos sein persönliches Engagement besonders in der Frühphase des Flottenaufbaus. So erwarb er in Danzig im Dezember 1919 für den von ihm geleiteten, zunächst nur auf dem Papier bestehenden Hydrografischen Dienst der Polnischen Marine das erste Schiff privat, weil die deutschen Behörden in Danzig den polnischen Staat nicht anerkannten. Erst etwas später wurde es nominell von der Marine als ORP „Pomorzanin“ übernommen. 1893 als „Deutschland“ erbaut, war das Schiff vor dem Ersten Weltkrieg im Seedienst zwischen Norddeich und der Insel Norderney eingesetzt und später auf Umwegen nach Danzig gelangt. Ob der Inbesitznahme der „Deutschland“ von den Polen eine symbolisch-politische Bedeutung beigemessen wurde, ist nicht belegt.<sup>42</sup>

1921 wurde von Unruh – nach der Anrechnung seiner deutschen Dienstzeit – zum Korvettenkapitän und 1923 zum Fregattenkapitän (poln. Komandor porucznik) befördert; 1922 war er als Stabschef des Flottenkommandos verantwortlich für die Küstenverteidigung. Wegen seines Widerspruchs zum Ausbau der Marine und gegenüber seinem direkten Vorgesetzten, Vizeadmiral Kazimierz Porębski, wurde er im Oktober 1923 auf eigenen Wunsch beurlaubt. Im Zuge eines militärpolitischen Kurswechsels, den er – laut seinem Biografen – selbst durch ein kritisches Schreiben mit herbeigeführt hatte, wurde von Unruh im Mai 1925 von Kriegsminister Władysław Sikorski zurückgeholt und zum Oberbefehlshaber der polnischen Flotte ernannt. Damit war er nur dem neuen Chef der Marine, Kapitän zur See Jerzy Świrski, unterstellt. Zudem wurde ihm ebenfalls 1925 vom Präsidenten der Republik Stanisław Wojciechowski das Goldene Verdienstkreuz, die höchste Klasse dieser 1923 gestifteten Auszeichnung, für außerordentliche Leistungen im Dienst des staatlichen Aufbaus verliehen.<sup>43</sup>

Wenig später, 1926, erfolgte seine Beförderung zum Kapitän zur See (poln. Komandor). 1933 erhielt er schließlich den Rang eines Konteradmirals und neben dem Oberbefehl über die Flotte auch denjenigen über die militärischen Anlagen im Küstengebiet, inklusive der polnischen Stellung auf der Westerplatte in Danzig. Von Beginn an gehörte zu seinen Aufgaben unter anderem die strategische Feindbeobachtung, wobei er entsprechend der geopolitischen Lage Polens vor allem Deutschland und die Sowjetunion im Blick hatte.<sup>44</sup> Daher suchte von Unruh neben der Verbindung nach England auch Verbündete im Ost-

41 Die hier vielfach zitierte Biografie von Borowiak, Unruh (wie Anm. 6), von 2009 enthält die wohl umfassendste Bibliografie zum Thema.

42 Vgl. ebenda, S. 66 f.

43 Vgl. ebenda, S. 117-124. Zwischen 1923 und 1937 wurde diese Auszeichnung (in den Klassen Gold, Silber bzw. Bronze) nur ca. 42 000 Mal verliehen, dagegen allein 1938 und 1939 über 100 000 Mal; vgl. [https://pl.wikipedia.org/wiki/Krzy%C5%BC\\_Zas%C5%82ugi](https://pl.wikipedia.org/wiki/Krzy%C5%BC_Zas%C5%82ugi) [letzter Zugriff: 05.08.2015].

44 Vgl. Borowiak, Unruh (wie Anm. 6), S. 104 f.

seeraum, die er vor allem in Estland und Lettland fand. Nach dem polnisch-sowjetischen Nichtangriffspakt von 1932 unterstützte er gute Beziehungen zur Sowjetunion, z.B. im Juli 1934 den Besuch einer polnischen Flottenabteilung in Leningrad unter seiner Leitung. Nach dem Abschluss des deutsch-polnischen Nichtangriffspakts 1934 kam es im Juni 1935 zu einem vergleichbaren Besuch einer polnischen Flottenabordnung in Kiel; an dieser nahm von Unruh jedoch nicht teil. Die Erklärung seines Biografen, von Unruh habe bei seinem Ausscheiden aus der deutschen Marine jeden persönlichen Kontakt abgebrochen, ist allerdings weder schlüssig noch empirisch haltbar in Danzig. Eine Hautkrankheit, an der von Unruh seit längerem litt, hinderte ihn an der Mitfahrt nach Kiel.<sup>45</sup>

Generell erscheint von Unruhs Einstellung zu seinem ehemaligen Heimatstaat Preußen bzw. Deutschland nicht eindeutig. Vor dem Zweiten Weltkrieg hat er sich zumindest öffentlich nicht negativ über Deutschland geäußert. Überdies bescheinigten ihm viele zeitgenössische Quellen jenseits des übergeordneten Ziels der Landesverteidigung eine tendenziell unpolitische Einstellung. Er verhielt sich gegenüber dem innenpolitischen Ringen zwischen den beiden politischen Lagern der „Endecja“ und „Sanacja“ offiziell neutral. Er nahm weder Partei für die konservativen und explizit deutschfeindlichen Nationaldemokraten unter Roman Dmowski einerseits sowie für das seit 1926 faktisch regierende Militärregime um Józef Piłsudski andererseits, das sich in gewissem Umfang sozialreformerisch gab und außenpolitisch weniger festgelegt war. Ebenso wenig kommentierte von Unruh die nationalen Spannungen mit dem Reich: Diese bestanden zum einen als eine fast durchgängige Tatsache und galten nach zeitgenössischer Einschätzung ohnehin nicht als „Politikum“. Generell erweckt die vorhandene Literatur nicht den Eindruck, dass von Unruh über eine besondere allgemeinpolitische Kompetenz verfügt hätte. Auch hier erscheint er eher als typischer Fachoffizier „deutscher“ Prägung: analytisch denkend und fachlich versiert sowie patriotisch gesinnt, aber ohne wirkliche Weltläufigkeit.<sup>46</sup>

Die Umsetzung seiner Aufgaben, eine polnische militärische Präsenz an der Ostsee zu schaffen, sowie sein erwähntes Verhalten brachten von Unruh von Beginn an *ipso facto* in eine gegen Deutschland gerichtete Position, angefangen mit der erwähnten Übernahme eines Teils der deutschen Küste und einer geringen Zahl – allerdings kleiner und wenig kampfstarker –<sup>47</sup> deutscher Schiffe im Jahre 1920 sowie die in der Folgezeit von Polen – über die bereits dort gegebene Präsenz hinaus – im- oder explizit auf Danzig erhobenen Ansprüche,<sup>48</sup> über den erwähnten Ausbau des Kriegshafens in Gdingen bis zur strategischen Zusammenarbeit mit Großbritannien und Frankreich. 1932 und 1933 war er seitens der Marine verantwortlich für die von Danzig und deutscher Seite als Provokation empfun-

45 Vgl. ebenda, S. 170 f.

46 Vgl. auch Borowiak, Unrug (wie Anm. 6), S. 78, der ihn als „typischen Linienoffizier“ („typowym oficerem [...] liniowym“) bezeichnet, im Unterschied von den Stabsoffizieren, denen v.a. die strategische Planung oblag.

47 Das Gros der nach der Selbstversenkung der Flotte in Scapa Flow im Juni 1919 noch vorhandenen deutschen Schiffe eigneten sich die Briten, Franzosen und Amerikaner an.

48 Siehe hierzu die zeitgenössische, unvermeidlich parteiische, aber in ihren sachlichen und juristischen Bezügen korrekte Schrift von Theodor Rudolph: Ist Danzig Militär- und Marinestützpunkt Polens?, Danzig 1927.

ne demonstrative Präsenz polnischer Kriegsschiffe in Danzig und die von Józef Piłsudski einseitig verfügte Verstärkung der polnischen Truppen auf der Westerplatte.<sup>49</sup>

Ungeachtet dessen sicherte ihm sein bis 1919 untadeliger Dienst bei den deutschen Marinebehörden einen Status als „Ehemaliger“, der korrekt behandelt wurde. So stellte ihm etwa das Kommando Marinestation der Nordsee in Wilhelmshaven 1930 umstandslos einen Nachweis seiner deutschen Dienstzeit aus.<sup>50</sup> Und noch bei seiner Gefangennahme im September 1939 wurde er äußerst zuvorkommend behandelt. Letzteres hatte allerdings sowohl militärische als auch politische Gründe.

### Krieg und Gefangenschaft

In der Krise des Sommers 1939 schätzte von Unruh die Möglichkeiten der polnischen Marine gegenüber der deutschen Kriegsmarine insofern realistisch ein, als dass er sich im Überwasserkampf keine Chancen ausrechnete. Dies veranlasste ihn, schon kurz vor dem Kriegsausbruch die drei stärksten polnischen Schiffe nach England zu überführen, um sie für eine eventuelle spätere Phase zu erhalten („Peking-Plan“)<sup>51</sup> und sich im September 1939 auf eine hinhaltende Küstenverteidigung zu beschränken. Tatsächlich gelang es den Polen nach dem 1. September unter von Unruhs Befehl sowohl auf der Westerplatte als auch auf der Halbinsel Hela, sich gut drei Wochen zu halten. Erst nach der Kapitulation Warschaws am 27. September befahl von Unruh die Einstellung der Kampfhandlungen und begab sich in deutsche Gefangenschaft.

Dort wurde ihm nicht nur die nach dem Kriegsvölkerrecht vorgesehene korrekte Behandlung zuteil (wie den polnischen Offizieren generell),<sup>52</sup> sondern ihm wurden darüber hinaus besondere Vergünstigungen angeboten. So logierte er beispielsweise in den ersten Tagen seiner Gefangenschaft auf dem deutschen Schlachtschiff „Schlesien“ als persönlicher Gast des Kommandanten. Hintergrund hierfür war der Wunsch der deutschen Marineleitung, ihn zum Übertritt zur Kriegsmarine zu bewegen, wozu er als „Volksdeutscher“ und ehrenhaft aus der Kaiserlichen Marine entlassener Offizier die Berechtigung gehabt hätte. Ein solcher Frontwechsel hätte einen großen Propagandaerfolg für die deutsche Seite dargestellt. Von Unruh lehnte dies aber kategorisch ab, und zwar offensichtlich nicht nur im Hinblick auf sein polnisches Umfeld und seine durch die Flucht der Regierung eher noch gewachsene prominente Stellung, sondern ebenso angesichts der Hoffnungen, die er auf Großbritannien richtete. Auch ein entsprechender Überredungsversuch seines Verwandten General Walter

49 Vgl. die – aus polnischer Sicht affirmative – Darstellung bei Borowiak, Unrug (wie Anm. 6), S. 174-178.

50 Das Dokument ist abgebildet ebenda, S. 64 f.

51 Vgl. ebenda, S. 192-194.

52 Anders als die einfachen polnischen Kriegsgefangenen, die 1940 einen Zivilstatus zugewiesen bekamen und größtenteils als Zwangsarbeiter im Reich eingesetzt wurden, erfuhren die polnischen Offiziere – zumindest in den Generals- und Stabsoffiziersrängen – eine ähnlich gute Behandlung wie britische, französische und später amerikanische Offiziere. Damit sollte vermutlich vor allem eine Art Verhandlungsmasse gegenüber den Westmächten bewahrt werden, die Polen als alliierten Staat betrachteten.

von Unruh hatte keinen Erfolg. Josef von Unruh brach vielmehr den Kontakt zum deutschen Zweig seiner Familie ab.

In seiner Gefangenschaft, die ihn bis 1945 durch sieben deutsche Offizierslager führte – darunter Woldenberg (Dobiegniew) in Pommern, das bayerische Murnau und Colditz in Sachsen – benahm sich von Unruh sozusagen noch „polnischer“ als zuvor, sei es aus innerer Überzeugung, sei es, um bei seinen polnischen Mitgefangenen keinen Zweifel an seiner Loyalität aufkommen zu lassen. Dies gipfelte in dem etwas bizarren, aber symbolkräftigen Entschluss, mit der deutschen Seite nur noch per Dolmetscher zu kommunizieren, obwohl er nach wie vor Deutsch eigentlich besser sprach als Polnisch. Wie überliefert wird, habe er auf Fragen verschiedener Gesprächspartner zur Begründung gesagt, er habe am 1. September 1939 die deutsche Sprache „vergessen“. Dieses politisch zu verstehende „Vergessen“ war ein Zeichen an seine Mitgefangenen und die Londoner Exilregierung, dass er sich unverändert als polnischer Offizier verstand (mit einfachen deutschen Soldaten und Bediensteten in den Lagern sprach er durchaus Deutsch, wenn ihm dies nützlich erschien). Tatsächlich soll er gegenüber den deutschen Lagerkommandos teilweise ein geradezu arrogantes Verhalten an den Tag gelegt haben. Dies war möglich, da die deutsche Seite gegenüber den polnischen Offizieren weitgehend auf Repressalien verzichtete. Von Unruhs Verhalten verschaffte ihm unter den polnischen Gefangenen eine anerkannte Führungsposition.<sup>53</sup>

Nach seiner Befreiung durch die Amerikaner im April 1945 begab sich von Unruh nach London, um sich der dortigen Exilregierung zu unterstellen. Im Oktober 1945 fand er seine Familie, die 1940 unerkannt den „Warthegau“ verlassen und den Krieg in Krakau überlebt hatte, in dem den polnischen Truppen von den Briten übergebenen Gebiet im Emsland wieder.<sup>54</sup> Nach der erneuten Überfahrt nach London kommandierte er für zwei Jahre die in Großbritannien befindlichen polnischen Marineeinheiten. Als 1947 nach der Anerkennung der kommunistischen Regierung Polens durch die Westmächte die polnischen Exilkommandos aufgelöst wurden, nahm er seinen Abschied, wobei er noch zum Vizeadmiral befördert wurde. Eine Rückkehr ins kommunistische Polen kam für ihn nicht in Frage, nachdem er von der Inhaftierung und Exekution seiner Kameraden aus der Vorkriegszeit erfahren hatte. Nach einigen Jahren in England siedelte er daher nach Frankreich über, wo er von den Mitteln aus einer britischen Militärpension bis zu seinem Tode 1973 als Privatmann lebte.

### Schlussbemerkung

Die biografische Skizze von Unruhs dient als ein Beispiel für die Wechselwirkung zwischen individueller Entwicklung und sich wandelnden historischen Rahmenbedingungen. Die Dynamik, vor allem die rasche Folge der Zäsuren, war im Europa des Weltkriegszeitalters besonders groß, so dass sehr unterschiedliche politische Phasen ein Menschenleben prägen konnten. Im Fall der polnischen Staatsbildung (nach 1918) kam noch die Zusammenführung verschiedener materieller und ideeller Besitzstände im Namen einer Nationalität hinzu,

53 Vgl. Borowiak, Unrug (wie Anm. 6), S. 253-289.

54 Vgl. ebenda, S. 306. Zum Hintergrund siehe Jan Rydel: Die polnische Besatzung im Emsland 1945–1948, Osnabrück 2003.

die zwar für sich ein hohes historisches Alter beanspruchte, aber hinsichtlich praktischer Strukturen und Mechanismen weitgehend „jung“ war.<sup>55</sup>

Für von Unruh bedeutete sein „Nationalitätswechsel“ vom Deutschen zum Polen nach außen hin eine völlige Umkehr. Allerdings erfolgte diese unspektakulär und ohne erkennbare Animositäten. Innerlich handelte es sich eher um eine Schwerpunktverschiebung, da beide nationalen Identitäten in ihm angelegt waren. Er vollzog damals zwar tatsächlich eine radikale Änderung seines „nationalen Standorts“ und unterstrich diese später wiederholt durch mehr oder weniger demonstrative Akte der Distanzierung von Deutschland. Allerdings reagierte er damit in erster Linie auf eine Änderung des politischen Rahmens, auf die er keinen Einfluss hatte; letztlich waren seine individuellen Handlungen in bedeutendem Maße durch den machtpolitischen deutsch-polnischen Gegensatz vorgeprägt.

Dies ist auch von Bedeutung für die Frage nach dem „Loyalitätswechsel“. Dieser fand zweifellos statt, indem von Unruh seit 1919 einem anderen Staat diente, der überdies in einer – je nach Zeitraum mehr oder weniger ausgeprägten – Spannung zu seinem vorherigen Heimatstaat stand. Durch den von den Offizieren zu leistenden Eid und die darin implizite Bereitschaft, das eigene Leben einzusetzen, wurde dieser Wechsel besonders markant. Es ist zu vermuten (nicht nur für den polnischen Fall und diese Epoche), dass sich bei dieser exponierten Gruppe, wenn nicht schon zu Anfang, dann im Laufe ihrer Karriere, die neue Loyalität immer tiefer einprägte, nicht zuletzt durch jahrelange praktische Erfahrungen.

Von Unruhs Werdegang in der deutschen Marine bis 1918/19 war keine bloß „attentistische“ Phase der Vorbereitung auf eine Karriere in polnischen Diensten. Erstens konnte von Unruh die Zäsur von 1918 keinesfalls vorhersehen, ebenso wenig wie die anderen Polen, von denen viele in der Zweiten Republik *ex post* ein „nationales“ Engagement vor 1918 behaupteten (was von Unruh nie tat), und zweitens verhielt er sich in der Kaiserlichen Marine, aller polnisch-patriotischen Erziehung zum Trotz, vollkommen regelkonform und im Geist des deutschen Seeoffizierskorps. Ähnlich wie sein Vater Thaddäus war Josef von Unruh zwar einerseits ein Pole in Preußen und als Adliger Angehöriger einer noch immer privilegierten Gruppe; anders als jener war er aber andererseits auch ein Deutscher mit Erfahrungen des Wilhelminischen Zeitalters. Dies spiegelt sein Verhalten vor und nach 1918 sehr deutlich wider. Es gibt kein Anzeichen dafür, dass er sich in der Kaiserlichen Marine unwohl gefühlt hätte, etwa infolge eines kulturellen Widerspruchs. Sein „Polentum“ sollte daher zwar als Teil seiner Identität angesehen werden, vorrangig im Sinne einer verinnerlichten Familientradition, aber nicht als *hidden agenda* für den Tag polnischer Unabhängigkeit. Auch ist nichts davon bekannt, dass er Kontakt zu irgendwelchen nationalpolnischen Kreisen gehabt hätte. Er war in diesem Sinne tatsächlich „unpolitisch“, wie es von einem Offizier erwartet wurde.

Hätte Deutschland den Ersten Weltkrieg gewonnen, so wäre im Werdegang von Unruhs wahrscheinlich keinerlei Zäsur erfolgt; sein preußisch-deutscher Wesensteil hätte weiter seine soziale Persönlichkeit bestimmt. Wahrscheinlich wäre er in der Marine noch weiter aufgestiegen, allerdings hätte er in Deutschland bedeutend mehr Konkurrenten gehabt als im neuen Polen. In dieser Hinsicht bot ihm die Zäsur von 1918 die Chance für einen

55 Eine umgekehrte begriffliche Spannung ergab sich nach 1918 auf deutscher Seite dadurch, dass die jungkonservative Bewegung nach dem Ende der Monarchie eine Verjüngung der Nation reklamierte; vgl. Arthur Moeller van den Bruck: Das Recht der jungen Völker, München 1919.

Karrieresprung, die er konsequent und hartnäckig nutzte. Einiges spricht allerdings dafür, dass von Unruh bei aller zur Schau getragenen Souveränität sehr darauf bedacht war, in der politischen Führungsschicht des Landes keine Zweifel an seiner polnischen Gesinnung aufkommen zu lassen, zumal er auch in der polnischen Marine einige scharfe Konkurrenten hatte.

Doch kann deshalb nicht von einem völligen „Identitätswechsel“ die Rede sein. Vielmehr wurde seine soziale Persönlichkeit jetzt von seinem „Polentum“ dominiert. Das „Preußisch-Deutsche“ in ihm verschwand jedoch nicht, sondern floss in seinen Arbeits- und Kommunikationsstil ein: Aus einem polnischen Preußen wurde ein preußischer Pole. Seine adlige Abkunft spielte augenscheinlich nur noch insofern eine Rolle, als er als Gutsbesitzer in Sielec eine patriarchalische Stellung einnahm. Abgesehen davon fügte er sich offenbar problemlos in eine staatliche Ordnung ein, die den (Militär-)Adel vor allem als historischen Agenten der Unabhängigkeit ansah und ehrte, ansonsten aber neuen inneren Gesellschaftsideen anhing – sei es dem bürgerlich-ständischen Ideal der Nationaldemokraten oder dem „sozialen Autoritarismus“ des Piłsudski-Lagers.

#### *Summary*

Born in 1884 as the descendant of a German-Polish noble family, Josef von Unruh became a marine officer who served first in the Imperial German Navy and then, from 1919 onwards, in the new Polish Navy, under the name of Józef Unrug. At first glance, this meant a complete switching of loyalty – and even identity – from one nation to another, and what is more, to a nation which happened to be on rather hostile terms with the first. Polish historiography has explained this change by claiming von Unruh as a „pure“ Pole who, like all his fellow countrymen, had experienced the outcome of the First World War as a long desired redemption from foreign rule, which at last allowed them to live out their „real“ identity. In von Unruh’s case, this seemed to manifest itself in his untiring efforts to build a strong Polish navy which was implicitly directed against a resurgent Germany. The apogee of this „patriotic“ conduct was his personal command of the Polish naval defence in September 1939, and his subsequent decision as a POW to refuse to speak (his actual native) German.

On closer examination, however, von Unruh’s career path mirrored more closely the contradictions and ambiguities of many European families rooted in more than one national heritage, which became – or, were declared – a problem in the highly nationalistic era before and during the World Wars. Von Unruh’s consistent underlining of his Polishness can be taken either as evidence of that very Polishness, or – possibly more likely – as a hint at the fact that before and after his formal change of nationality in 1919, his personality was made up of both German and Polish elements that had merely swapped places with regard to their socio-political functions. Thus, von Unruh had to work continuously, so to speak, in order to keep his inner Germanness at bay; ironically, it resurfaced as his „Prussian“ style of work and leadership that alienated him from other officers who had been socialised in the Russian or Austrian navies. However, the experience of the Second World War finally cemented his renunciation of all things German, including a large part of his own self.

# **Die „Baltikumer“ – Deutsche Freikorps im Lettland des Jahres 1919 als Schule der Gewalt**

von Mathias Voigtmann

## **Einleitung**

„Der Krieg der Giganten ist vorbei, die Kriege der Pygmäen haben begonnen.“ Mit diesem kurzen Ausspruch charakterisierte Winston Churchill 1919 eine Zeit, die trotz des offiziellen Endes des Ersten Weltkrieges von gewaltsamen Auseinandersetzungen verschiedenster Art geprägt war, deren charakteristisches Merkmal vielerorts ein äußerst gewaltbereiter Paramilitarismus darstellte. Einen Hauptschauplatz des europäischen Nachkrieges findet man im Lettland der Jahre 1918 und 1919. Unter verschiedenen Feindkonstellationen kämpften hier vor allem deutsche Freikorpseinheiten im Verbund mit der Baltischen Landeswehr gegen Einheiten der Roten Armee, später auch unter bürgerkriegsähnlichen Umständen gegen Letten und Esten.

Ursprünglich als Sicherheitseinheiten für die sich zurückziehenden deutschen Truppen des Ersten Weltkrieges gedacht, interpretierten die so genannten Baltikumer – eine Bezeichnung, die sehr schnell Eingang in den literarischen Kanon der Weimarer Republik finden sollte – ihre Aufgaben rasch um und agierten von nun an sehr offensiv, mit dem übergeordneten Zielpunkt Riga. In diesem Zusammenhang bildeten sich Gewaltnetzwerke bzw. spezielle Gewaltgemeinschaften – ein Terminus, der in den folgenden Ausführungen noch näher beleuchtet werden wird –, die sich einerseits aus von außerhalb der Region stammenden Personen und andererseits aus lokalen Akteuren zusammensetzten, ein Umstand der eine besondere Dynamik erzeugen sollte. Diese speziellen Gewaltgemeinschaften, ihre außergewöhnliche Raumerfahrung und die biografischen Besonderheiten ihrer Mitglieder stehen im Mittelpunkt des Aufsatzes.

Der Schwerpunkt der Ausführungen liegt in der Darstellung der kollektiven Gewaltausübung und der zugrunde liegenden Motivlage der Kombattanten. Es wird erläutert, welche Bedeutung den gemeinsamen Gewaltaktionen zukam, d.h. inwieweit die gemeinsamen kriegerischen Handlungen Auswirkungen auf das Gruppenverständnis und den Gruppenzusammenhalt hatten. Des Weiteren wird gezeigt, inwieweit nach der Heimkehr nach Deutschland die Wiedereingliederung in das „normale“ Zivilleben der Weimarer Republik gelang. Es wird der Frage nachgegangen, welche langfristigen Folgen sich aus dem durch die Kampfhandlungen gestärkten Gruppenverständnis für das einzelne Individuum ergaben. In diesem Zusammenhang ist zu klären, ob die Ereignisse der Jahre 1918/19 für die einzelnen Kombattanten eine Zäsur in ihrer Biografie darstellten und wenn ja, wie sich diese gestaltete und in den weiteren Lebenswegen niederschlug.<sup>1</sup>

In welcher mächtropolitischen Ausgangslage befand sich Lettland nun in den Jahren 1918 und 1919? Nachdem es am 18. November 1918 zur Proklamation der unabhängigen Re-

1 Die hier getroffenen Aussagen basieren auf meiner Dissertation, welche ich zurzeit im Rahmen des DFG-Forschungsprojektes „Gewaltgemeinschaften“ am Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung erarbeite und voraussichtlich Ende 2015 zum Abschluss bringe.

publik Lettland gekommen war, marschierten im Dezember 1918 sowjetrussische Truppen in Lettland ein.<sup>2</sup> Diesen gelang es bis Ende 1918, erhebliche Teile Lettlands zu besetzen. Diese raschen sowjetischen Erfolge hatten eine vorübergehende Interessengemeinschaft zwischen der provisorischen lettischen Regierung unter Kārlis Ulmanis, den Deutschen und den Alliierten zur Folge: Ihnen allen war daran gelegen, dem weiteren Vordringen der Roten Armee Einhalt zu gebieten.<sup>3</sup> Jedoch waren sowohl Engländer als auch Franzosen nicht in der Lage bzw. nicht willens, eigene Einheiten zu entsenden, weshalb diese Aufgabe letztlich deutschen Truppen zugeordnet wurde. Hierbei verwies die britische Regierung auf Art. XII des Waffenstillstandsabkommens, welcher in einer von der deutschen Auffassung abweichenden Interpretation vorsah, dass die letzten in Lettland verweilenden deutschen Truppen erst dann abziehen konnten, wenn die Alliierten den Zeitpunkt für richtig erachteten.<sup>4</sup>

Am 29. Dezember 1919 wurde schließlich ein Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und der lettischen Regierung geschlossen, in welchem die Bedingungen eines begrenzten deutschen Beistandes bei zukünftigen militärischen Operationen Klärung fanden. Besonders folgenschwer war diesbezüglich § 1 des Abkommens. Dieser garantierte allen ausländischen Freiwilligen, welche mindestens vier Wochen im Verbund der Freiwilligeneinheiten dienten, auf Antrag die lettische Staatsbürgerschaft. Von Bedeutung ist dieser Paragraph deshalb, weil die lettische Staatsbürgerschaft die Bedingung dafür darstellte, in Lettland Siedlungsland zu erwerben. – Jedoch ist ausdrücklich zu betonen, dass es eine solche Siedlungszusage vonseiten der Letten nie gegeben hat. Und doch war es dieser „Siedlungsvertrag“, der eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Anwerben von Freiwilligen schuf. Er wurde zum „Ausgangspunkt zu dem so genannten Baltikumunternehmen“,<sup>5</sup> wie der beteiligte Diplomat Wipert v. Blücher später festhalten sollte. Die Folge dieses Vertrages war das, was Gustav Noske – der damalige Volksbeauftragte für Heer und Marine und spätere Reichswehrminister – in seinen Aufzeichnungen als das „baltische Fieber“<sup>6</sup> bezeichnete: Tausende von Freiwilligen zogen z.T. unter völlig falschen Annahmen nach Lettland und ins sonstige Baltikum.

- 2 Hierbei geht die Militärforschung von ca. 22 000 Mann aus, die aufseiten der Bolschewiki ins Baltikum drängten.
- 3 Zur allgemeinen Kriegszielthematik und zu militär- bzw. diplomatiegeschichtlichen Fragestellungen siehe v.a.: Hans-Erich Volkmann: Die deutsche Baltikumpolitik zwischen Brest-Litowsk und Compiègne. Ein Beitrag zur „Kriegszieldiskussion“, Köln u.a. 1970, sowie Jobst Knigge: Kontinuität deutscher Kriegsziele im Baltikum. Deutsche Baltikum-Politik 1918/19 und das Kontinuitätsproblem, Hamburg 2003. Vgl. auch: Andreas Purkl: Die Lettlandpolitik der Weimarer Republik. Studien zu den deutsch-lettischen Beziehungen der Zwischenkriegszeit, Münster 1997. Zur allgemeinen Geschichte des Baltikums siehe auch: Jürgen v. Hehn, Hans v. Rimscha u.a. (Hrsg.): Von den baltischen Provinzen zu den baltischen Staaten. Beiträge zur Entstehungsgeschichte der Republiken Estland und Lettland 1918–1920, Marburg a.d.L. 1977, sowie Sigmar Stopinski: Das Baltikum im Patt der Mächte. Zur Entstehung Estlands, Lettlands und Litauens im Gefolge des Ersten Weltkrieges, Berlin 1997. Vgl. explizit zur Geschichte Lettlands trotz einiger Kontroversen auch: Daina Bleiere, Butulis Ilgvars u.a.: Geschichte Lettlands. 20. Jahrhundert, Rīga 2005.
- 4 Vgl. Bernhard Sauer: Die Baltikumer, Berlin 1995, S.2-4, sowie: Knigge, Kontinuität (wie Anm. 3), S. 36.
- 5 Wipert v. Blücher: Deutschlands Weg nach Rapallo. Erinnerungen eines Mannes aus dem zweiten Gliede, Wiesbaden 1951, S. 70.
- 6 Noske, Gustav: Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1920, S. 177.

Doch wer waren die Männer, die dem Ruf der Anwerber folgten? Von welchen Motiven wurden sie getrieben und wie wurden sie angeworben? Was einte sie, und was bewegte sie dazu, unmittelbar nach Kriegsende in eine Region zu gehen, in welcher der eigene Tod immer als eine mögliche Zukunft einkalkuliert werden musste?

### Motivlage und Anwerben der Baltikurer

Wie bereits geschildert, hat es das Versprechen auf die Möglichkeit zur Ansiedlung im Baltikum nie gegeben, was zukünftige Rekrutierungsoffiziere und die Anwerbestelle „Baltenland“ nicht davon abhielt, aktiv und teilweise sehr aggressiv mit der Siedlungszusage zu werben. Häufig wurde auch der Eindruck erweckt, das Siedlungsland könne ohne jegliche Kosten erworben werden. Diesem Versprechen schenkte ein Großteil der Freiwilligen Glauben.<sup>7</sup>

Die Anwerbestelle „Baltenland“ mit Hauptsitz in Berlin verfügte in ganz Deutschland über Zweigstellen. Diese waren vom Kriegsministerium genehmigt und in ihrer Arbeit von der Behörde autorisiert.<sup>8</sup> Dies bedeutet jedoch nicht, dass es bei den Anwerbungsversuchen nicht vielerorts zu befremdlich anmutenden Szenen kam. So fanden viele Rekrutierungen in Hinterzimmern von Kneipen und auf sehr abenteuerliche Art und Weise statt. Nicht selten hatte jedes Freikorps sein eigenes Werbebüro, so dass sich Situationen ergaben, die eher an die „Zeit Wallensteins“<sup>9</sup> erinnerten. Häufig kamen Offiziere zum Einsatz, welche sich bereits im Ersten Weltkrieg verdient gemacht hatten und deren Ruf sehr anziehend auf die Freiwilligen wirkte. Für 75 Pfennige konnte jeder potenzielle Freikorpsfreiwillige in allen Anwerbestedellen ein eigens für das Siedlungsvorhaben im Baltikum herausgegebenes Pamphlet – „Die eigene Scholle in der Baltenmark“ – erwerben. Darin wurde detailliert Aufschluss über die landwirtschaftlichen Verhältnisse in Lettland gegeben. Außerdem wurde dort ausgeführt:

„Wer kann nun in Lettland siedeln? Nach dem bisher in Lettland geltenden Rechte, d.h. dem russischen, kann Grund und Boden dort nur von lettländischen Bürgern erworben werden. Eine Ausnahme wird nur mit den Reichsdeutschen gemacht, die in der deutsch-baltischen Landeswehr oder in einer der reichsdeutschen dem O.K. Nord unterstehenden, in Lettland operierenden Formationen an den Kämpfen gegen die auf Deutschlands Grenzen losrückenden russischen Bolschewiki teilnimmt und damit, nebenbei gesagt, mit dazu beitragen hilft, daß die ungeheuerste Gefahr, die Deutschlands Existenz je bedroht hat, von ihm abgewendet wird. Als Siedler in Lettland kommen also nur Bolschewikikämpfer in Betracht.“<sup>10</sup>

7 Vgl. Annemarie H. Sammartino: *The Impossible Border. Germany and the East 1914–1922*, Ithaca, NY, London 2010, S. 49–52, sowie: Johannes Zobel: *Zwischen Krieg und Frieden. Schüler als Freiwillige in Grenzschutz und Freikorps*, Berlin <sup>2</sup>1934, <sup>3</sup>1934, S. 74.

8 Vgl. Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte (Hrsg.): *Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps*. Zweiter Band: *Der Feldzug im Baltikum bis zur zweiten Einnahme von Riga*. Januar bis Mai 1919, Berlin 1937, S. 140 f.

9 Vgl. Noske, Kiel (wie Anm. 6), S. 116, sowie Georg Maercker: *Vom Kaiserheer zur Reichswehr. Geschichte des freiwilligen Landesjägerkorps*. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Revolution, Leipzig 1921, S. 226.

10 Kurt Stavenhagen: *Die eigene Scholle in der Baltenmark*, Stuttgart 1919, S. 10 f. Vgl. zum Sied-

Neben diesen speziell herausgegebenen Pamphleten sowie vielerorts sichtbaren bunten Werbeplakaten in Schaufenstern und an Litfaßsäulen konnte auch kaum eine Zeitung in diesen Tagen aufgeschlagen werden, in welcher zwischen Heiratsannoncen, Grundstücksverkäufen und Todesanzeigen nicht mit diversen Inseraten für die Freikorps geworben wurde.<sup>11</sup> Angesprochen fühlten sich hauptsächlich demobilisierte Offiziere des Ersten Weltkriegs und Kadetten der kaiserlichen Heeresanstalten, die zwar eine militärische Erziehung genossen hatten, aber nicht mehr aktiv an den Kampfhandlungen des Weltkrieges teilnehmen können, sowie nationalistische Studenten, Schüler und Gymnasiasten.

Neben der erhofften Aussicht auf Siedlungsland und dem finanziellen Anreiz – alle Freikorpsfreiwilligen im Baltikum erhielten zusätzlich zu dem normalen Sold eine Extrazulage – gestalteten sich die persönlichen Motive der einzelnen Freiwilligen äußerst unterschiedlich. So kann man etwa bei einem Bataillonskommandeur der „Eisernen Division“, Erich Balla, nachlesen:

„Wie eine Erlösung aus dumpfer Hoffnungslosigkeit und wie ein Fingerzeig des Schicksals war es ihm erschienen, als er eines Tages in der Zeitung las, daß im Baltikum noch deutsche Truppen gegen den Bolschewismus kämpften und das Freiwillige mit Fronterfahrung gesucht würden. Da war wieder eine Aufgabe, da war wieder ein Ziel, für das sich leben ließ!“<sup>12</sup>

Für ihn kam der Einsatz im Baltikum einer Art Erlösung gleich, bei der er seiner patriotischen Pflicht als Soldat nachgehen konnte. Für viele stellten die erneuten Kämpfe in Lettland aber auch eine Möglichkeit dar, die Niederlage des Ersten Weltkrieges zu verarbeiten. So schreibt beispielsweise der einfache Freikorps soldat Franz Nord:

„Wo immer nach dem Niederbruch in Deutschland Männer waren, die nicht verzichten wollten, wuchs eine unbestimmte Hoffnung auf den Osten. Die ersten[, ] die das kommende Reich zu denken wagten, wußten mit lebendigem Instinkt, daß der Ausgang des Krieges jede Bindung Deutschlands nach dem Westen hart zerstörte, und daß ein kühn gewagter Ritt in die Weiten, die sich zwischen Asien und uns spannten, für das deutsche Gefühl mit einem mystischen Schimmer umkleidet sein musste, und das dieser Ritt bei jeder Wegekreuzung ungeahnte Aussichten und beglückende Möglichkeiten bot [...]. Und dies, Gefühl und Einsicht, war es, was mitten in den deutschen Wirren des ersten Nachkriegsjahres das Baltikum als ein magisches Zentrum erscheinen ließ, als ein neues deutsches Kraftfeld, welches die verlorene Heimat wohl ersetzen könnte [...].“<sup>13</sup>

lungsgedanken auch: Rüdiger v.d. Goltz: Als Politischer General im Osten (Finnland und Baltikum) 1918 und 1919, Leipzig <sup>2</sup>1936, S. 136 f.

11 Vgl. Hagen Schulze: Freikorps und Republik 1918–1920, Kiel 1967, S. 42.

12 Erich Balla: Landsknechte wurden wir... Abenteuer aus dem Baltikum, Berlin 1932, S. 16.

13 Franz Nord: Der Krieg im Baltikum, in: Ernst Jünger (Hrsg.): Der Kampf um das Reich, Essen 1929, S. 63-97, hier S. 63.

Bei Ernst v. Salomon, dem inoffiziellen Chronisten dieser jüngeren Generation von Paramilitärs, mutet das etwas fatalistischer an, wenn er schreibt:

„Aber da mußte wohl noch etwas sein, etwas, das nicht zu berechnen, nicht zu wägen ist – am Ende eine Idee? O Gott, diese großen Worte! Ich wußte von keiner Idee, es sei denn, man nehme die billigen Parolen unserer Kriegführung im Baltikum als so etwas ähnliches hin. Nein, wir marschierten ohne Idee, ohne Zweck, ohne Ziel. Und das war gut so, das war dreimal gut so. Zum Teufel, hier ist endlich mal ein Ding, auf das sich keine flinke Antwort bietet, das nicht geschätzt und gewogen werden kann.“<sup>14</sup>

Viele junge Männer, Salomon selbst war Jahrgang 1902, sahen in den in Lettland eingesetzten Freikorps die Möglichkeit, ihre Fantasien eines romantisierten Soldatenlebens real auszuleben und sich aktiv im Kampf beweisen zu können. Dass solche Kriegsunternehmungen wie die Auseinandersetzungen im Baltikum auch Persönlichkeiten anlockten, deren Absichten von anderen Beweggründen als von patriotischen Gefühlen bestimmt wurden, kann man in den Aufzeichnungen Walter v. Rohrscheidts, eines Teiltruppenführers einer in Lettland eingesetzten Einheit, nachlesen: „Zu diesen alten Soldaten stießen Scharen von Entwurzelten aller Art, Abenteurer, Arbeitsunlustige, moralisch stark anfechtbare Elemente, die sich in erster Linie da draußen ‚gesund machen wollten‘.“<sup>15</sup>

Diese kurzen Auszüge zeigen bereits, dass ein ganzes Konglomerat von Gründen dafür verantwortlich war, dass sich so viele Freiwillige für das Baltikumunternehmen finden ließen. Die Bewertungen ihres Einsatzes aus der Rückschau bewegten sich zwischen Extremen: Edgar v. Schmidt-Pauli, ein Chronist der Freikorps und späterer Nationalsozialist, sprach im Duktus der Zeit von den Freikorpskämpfern als „besten Deutschen“,<sup>16</sup> wohingegen der Historiker Boris Barth in ihnen den „kriminelle[n] Restbestand der wilhelminischen Armee“ sieht.<sup>17</sup>

### Die Freikorps als besondere Gewaltgemeinschaften

In Anbetracht der vielfältigen Motive und des aggressiven Anwerbens ist es nicht verwunderlich, dass der Kommandant und Oberbefehlshaber der gesamten Einheiten im Baltikum, Rüdiger Graf v.d. Goltz, im März 1919 bereits über 14 000 Mann verfügte, welche in zwei großen Haupteinheiten organisiert waren: der Baltischen Landeswehr und der so genannten Eisernen Division.<sup>18</sup>

14 Ernst v. Salomon: Sturm auf Riga, in: Jünger (Hrsg.), Kampf (wie Anm. 13), S. 98-111, hier S. 106.

15 Walter v. Rohrscheidt: Unsere Baltikumkämpfer. Die Ereignisse im Baltikum 1918 und 1919, Braunschweig 1938, S. 29.

16 Edgar v. Schmidt-Pauli: Geschichte der Freikorps 1918–1924. Nach amtlichen Quellen, Zeitberichten, Tagebüchern und persönlichen Mitteilungen hervorragender Freikorpsführer, Stuttgart 1936, S. 30.

17 Boris Barth: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914–1933, Düsseldorf 2003, S. 261.

18 Vgl. Schulze, Freikorps (wie Anm. 11), S. 134.

Mit Beginn der Märzoffensive 1919 wurde schnell deutlich, welche Art von Krieg das Baltikumunternehmen sein sollte, auch wenn es freilich einigen Transformationen und Wandlungsprozessen unterworfen war. Insgesamt kann von drei Einzelfeldzügen gesprochen werden: dem „Bolschewistenzug“ von Dezember 1918 bis Mai 1919, dem „Estenkrieg“ von Mai bis September 1919 und dem „Lettenkrieg“ von September bis Dezember 1919. In allen drei Einzelperioden war die politische Situation, in welcher sich die Freikorps befanden, maßgeblichen Veränderungen ausgesetzt.<sup>19</sup>

Im Wesentlichen handelte es sich um einen Kleinkrieg, der schnell partisanenähnliche Züge annahm. Dafür schienen die kleinen, selbstständig operierenden Einheiten der Freikorps mit ihren blitzartigen Vorstößen geradezu prädestiniert. Es war ihnen möglich, die Front immer wieder überfallartig zu durchbrechen, die gegnerischen Einheiten zu umgehen und zu zerschlagen. Charakteristisch für die partisanenähnliche Kampfweise war der Umstand, dass die Freikorpskämpfer ohne jegliche Bindung an bestehendes Kriegsrecht operierten. Dies galt insbesondere für die Kampfhandlungen in den letzten Monaten.

In der von den Baltikumern ausgeübten Gewalt wirkte das, was Jan Philipp Reemtsma in seinen Ausführungen über die „Natur der Gewalt“ zusammenfassend „lozierende Gewalt“, „raptive Gewalt“ und „autotelische Gewalt“ genannt hat. Bei der erstgenannten Art von Gewalt stellt der Gegner, d.h. der andere Körper, lediglich ein Hindernis dar, welches es zu beseitigen galt. Unter „raptiver Gewalt“ versteht Reemtsma das An-sich-Reißen eines Körpers, wie es bei sexueller Gewalt, insbesondere bei Vergewaltigungen, auftritt. Die letzte von Reemtsma beschriebene Gewaltart, die „autotelische Gewalt“, bezieht sich auf die vollkommene, absichtlich geplante Zerstörung eines Körpers.<sup>20</sup> Diese drei Arten von Gewalt traten in unterschiedlicher Gewichtung und immer wiederkehrend bei den Kämpfen in Lettland auf.

In diesem Zusammenhang hatte die angewandte Gewalt immer eine ausgesprochen physische Komponente. In Anlehnung an Heinrich Popitz ist Gewalt „eine Machtaktion, die zur absichtlichen körperlichen Verletzung anderer führt, gleichgültig, ob sie für den Agierenden ihren Sinn im Vollzug selbst hat (als bloße Aktionsmacht) oder, in Drohungen umgesetzt, zu einer dauerhaften Unterwerfung (als bindende Aktionsmacht) führen soll.“<sup>21</sup> Ähnlich formulieren es auch Thomas Lindenberger und Alf Lüdtke in ihrem gemeinsam herausgegebenen Buch über „Physische Gewalt“. Bei ihnen heißt es kurz und prägnant: „Gewalt wird körperlich erfahren – Gewalt wird von Körpern an Körpern ausgeführt.“<sup>22</sup>

19 Vgl. Markus Josef Klein: Ernst v. Salomon. Revolutionär ohne Utopie, überarbeitete Neuauflage, Aschau i.Ch. 2002, S. 53, besonders Anm. 77.

20 Vgl. Jan Philipp Reemtsma: Die Natur der Gewalt als Problem der Soziologie, in: Karl-Siegbert Rehberg (Hrsg.): Die Natur der Gesellschaft. Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006, Teilband 1, Frankfurt a.M. 2008, S. 42-64, hier S. 52-54.

21 Heinrich Popitz: Phänomene der Macht. Autorität – Herrschaft – Gewalt – Technik, Tübingen 1986, S. 73.

22 Thomas Lindenberger, Alf Lüdtke: Einleitung. Physische Gewalt – eine Kontinuität der Moderne, in: Dies. (Hrsg.): Physische Gewalt. Studien zur Geschichte der Neuzeit, Frankfurt a.M. 1995, S. 7-38, hier S. 7. Neben dieser physischen Komponente wohnt der Gewalt immer auch eine symbolische Botschaft inne. Indem die Leichen ermordeter Bolschewiki öffentlich zur Schau gestellt wurden, richtete sich das Gewalthandeln an Dritte, an die Überlebenden. Vgl. DSHI 120 BR/BLW 18.

Diese direkte, auf die Verletzung eines anderen Körpers abzielende Gewalt ergab sich nicht selten bei der Einquartierung auf Guts- oder Bauernhöfen im Zuge des voranschreitenden militärischen Vorstoßes. Auf Eigeninitiative einzelner Teilgruppen konnte es zu gewaltsamen Inbesitznahmen und Beschlagnahmungen kommen. Nicht selten wurden Türen eingeschlagen, die Privatsphäre der Ortsansässigen missachtet und diese mit direkter Gewalt am Widerstand gehindert; man verschaffte sich Zutritt und „lebte kurze Stunden ‚aus dem Hause‘“. <sup>23</sup> Wiederholt lassen sich Episoden in den persönlichen Aufzeichnungen der Baltikumer finden, die eine Missachtung gängiger Persönlichkeitsrechte und sozialer Normen erkennen lassen:

„Unterwegs bleibt das eine Regiment zurück um im Dorf T. Quartier zu machen. Wie ein Rudel Wölfe stürzen sich die Soldaten in die Häuser, oft mit Gewalt sich den Eingang erzwingend. Es muss nicht schön sein so stürmische Einquartierung zu bekommen.“ <sup>24</sup>

Im Zusammenhang mit einem physischen Gewaltbegriff war ein weiteres Charakteristikum der in Lettland kämpfenden Einheiten ihre ausgesprochen offensive und aggressive Ausrichtung. Die meisten Angriffe und Kampfhandlungen erfolgten überfallartig und wie bei Partisanen meist aus dem Hinterhalt – ein Kleinkrieg mit „wildem und großzügigem Charakter“. <sup>25</sup> In den Augen der Freikorpskämpfer ließ sich kein europäischer Krieg jüngeren Datums finden, mit dem die Auseinandersetzungen in Lettland zu vergleichen wären. Eher lässt sich eine Vielzahl exotisierender Vergleiche aus den jeweiligen Memoiren herausarbeiten, wenn es etwa hieß, dass „ein Kleinkrieg von indianerhafter Wildheit [...] eine wildwestartige Romantik [bescherte]“. <sup>26</sup> Ein anderer Teilnehmer sah sich bei den Kämpfen „eher [an] eine [...] Expedition im Innern Afrikas“ erinnert. <sup>27</sup> Diese Art des Konflikts bedurfte schon aus rein strategischen und logistischen Gründen eines äußerst radikalen und brutalen Vorgehens – eines schnellen Zuschlagens, Ausschaltens des Gegners und weiteren Vorrückens.

Indem das Individuum, d.h. der einzelne Freikorpskämpfer, immer in einem gegenseitigem Abhängigkeitsverhältnis zu seinem direkten sozialen Umfeld und zu der Wirklichkeit seiner Umgebung stand, führte die spezifische Raumerfahrung und die besondere Art des Kleinkrieges sukzessive zu einer Veränderung im Selbstverständnis eines Großteils der Baltikumer, welche sich nicht zuletzt in deren zukünftigen Lebenswegen niederschlug. Im Lettland des Jahres 1919 wurden nicht nur „verschiedene Rollen der deutschen Geschichte [...] ausprobiert und gegen andere ausgetauscht“, wie der amerikanische Historiker Liu-

23 DSHI 120 BR/BLW 2.

24 DSHI 120 BR/BLW 52. In diesem Zusammenhang lassen sich auch immer wieder Hinweise auf so genannte Speckpatrouillen finden, wie die eigenständige und meist gewaltsame Verpflegung aus dem Lande genannt wurde.

25 Nord, Krieg (wie Anm. 13), S. 66.

26 Friedrich Wilhelm Heinz: Der deutsche Vorstoß in das Baltikum, in: Curt Hotzel (Hrsg.): Deutscher Aufstand. Die Revolution des Nachkrieges, Stuttgart 1934, S. 45-69, hier S. 57.

27 Georg Heinrich Hartmann: Aus den Erinnerungen eines Freiwilligen der Baltischen Landeswehr, in: Richard Fleischer (Hrsg.): Deutsche Revue 46 (1921), Bd. 1, S. 41-49, hier S. 48.

leivicius schreibt, vielmehr wirkte der gesamte „Schauplatz wie ein riesiges, gewalttätiges Kostümfest“.<sup>28</sup>

In der historischen Rückschau sah sich dann ein Großteil der ehemaligen Kombattanten auch eher als Landsknechte denn als reguläre Soldaten. Diese Selbststilisierung findet sich immer wieder in den Erinnerungen der verschiedenen Kombattanten. So schrieb der bereits erwähnte Salomon:

„So gaben die Versprengten dem verbrauchten, abschätzigen Wort einen neuen Inhalt, nannten sich mit Stolz Landsknechte und gaben ihren Kriegen landsknechtsmäßige Form. [...] Das zeigte sich am ehesten noch an der stufenweisen Veränderung ihres Zusammenhalts. Die Formationen des großen Krieges, bestimmt durch Erfahrung und Tradition der altpreußischen Haltung, verloren immer mehr ihren Charakter als geordnete Glieder eines großen, sinnvoll gefügten Heeresorganismus, wurden zu selbständigen, immer kleiner werdenden Gruppen, zu Fähnlein, zu eigenen, eifersüchtig gewahrten Bereichen, in denen nicht das allgemeingültige Gesetz der Gesamtarmee beachtlich war, sondern der Wille eines verehrten Führers, dessen Namenszeichen jedem auf dem Ärmel prangte. Und da diese kleinen [...] Trupps stets bei ihren verwegenen Aktionen einer Überzahl, einer durch Masse und Ausrüstung überlegenen Mehrheit gegenüberstanden, wuchs der von ihnen bald geformte Zwang, die größere Masse durch größere Härte zu besiegen. Aus Militärpersonen wurden Kriegstechniker, die jede Waffe, jedes Gelände, jede Gegebenheit zu beherrschen lernten. Der Angriff als die schärfste Waffe einer Minderheit erfuhr seine neue zugespitzte Wertung.“<sup>29</sup>

Hannah Arendt brachte diese Erfahrung auf den Punkt, wenn sie schrieb: „Die Flucht [...] vereinzelt, der Angriff vereint.“<sup>30</sup>

Salomon selbst war Mitglied der „Kompanie Hamburg“, einer Teileinheit des „Freikorps von Liebermann“. Die „Kompanie Hamburg“ kann als Musterbeispiel für die Selbststilisierung und das besondere Gruppen- und Identitätsverständnis der einzelnen Formationen herangezogen werden. Die „Hamburger“ wollten sich nicht nur optisch von den anderen Einheiten abheben, indem sie sich lange Bärte wachsen ließen, sondern entwickelten auch in ihrem äußeren Verhalten Alleinstellungsmerkmale. So sangen sie ein Seeräuberlied, wenn eine Stellung genommen wurde und der Kampf erfolgreich verlaufen war. Ihr eigener Schlachtruf „Hummel, Hummel“ war vielen anderen Einheiten ein geläufiger Begriff. Ihre Herkunft symbolisierten sie nicht zuletzt, indem sie die Flagge der deutschen Hansestadt Hamburg als Kompanieflagge mitführten und zur Schau stellten. Insgesamt war die „Kompanie Hamburg“ in einer Bataillonsstärke von 600 Mann vertreten, von denen nach Angaben Salomons nur 25 aus Lettland zurückkehrten.<sup>31</sup>

28 Vejas Gabriel Liulevicius: *Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2002, S. 289.

29 Ernst v. Salomon: *Die Versprengten*, in: Jünger (Hrsg.), *Kampf* (wie Anm. 13), S. 113.

30 Hannah Arendt: *Macht und Gewalt*, München 1970, S. 68.

31 Vgl. Ernst v. Salomon: *Die Geächteten*, Berlin 1930, S. 175.

Die Führung in den einzelnen Teileinheiten zeichnete sich durch eine besondere Form der Befehlsgewalt und der Hierarchisierung aus. Es kam zu einer Mischform von althergebrachten militärischen Befehlsstrukturen und Dienstgradbefugnissen einerseits und einem speziellen charismatischen Herrschafts- bzw. Führungsstil im Sinne Max Webers andererseits. Weber führt hierzu aus:

„[D]as Charisma kennt nur innere Bestimmtheiten und Grenzen seiner selbst. Der Träger des Charisma ergreift die ihm angemessene Aufgabe und verlangt Gehorsam und Gefolgschaft kraft seiner Sendung. Ob er sie findet, entscheidet der Erfolg. Erkennen diejenigen, an die er sich gesendet fühlt, seine Sendung nicht an, so bricht sein Anspruch zusammen.“<sup>32</sup>

Bei Salomon und den „Hamburgern“ klingt dies folgendermaßen: „Der Wille des Führers allein galt, und dieser wiederum war gewachsen aus jener motorischen Kraft, die alle, die sich um das Feldzeichen scharten, zueinander finden ließ.“<sup>33</sup> Entscheidend für den Erfolg des jeweiligen Teileinheitführers war notwendigerweise eine aktive und vorbildhafte Teilnahme an den Kampfhandlungen. Diese war eine Voraussetzung dafür, die Befehlsgewalt zu behalten.<sup>34</sup> Auf diese Weise wurde das aktive, gewalthafte kriegerische Handeln zu einem wesentlichen Element des Führungscharismas.<sup>35</sup>

Aber nicht nur für die jeweilige Führerschaft war die aktive Ausübung von physischer Gewalt ein wichtiges Element – auch für die Selbstdisziplinierung nach innen und für das allgemeine Gruppenverständnis war sie ein entscheidender Faktor. Sie nahm somit eine Doppelfunktion ein: als soziales Element und als bestimmende Handlungsmaxime.

Kaum etwas bindet Menschen so intensiv aneinander wie das Erlebnis des gemeinsamen Kampfes sowie das Bestehen von Todesgefahr, nicht zuletzt aufgrund des Umstandes, dass sich die jeweiligen Gruppenmitglieder bedingungslos aufeinander verlassen müssen. War dies nicht mehr gewährleistet bzw. funktionierte ein Mitglied der Gruppe nicht mehr so, wie es notwendig war, um unter den Extrembedingungen des Kleinkrieges zu bestehen, kam es meist zu einem raschen und selbstregulierenden „Reinigungsprozess“ vonseiten der Mehrheit der Gruppe. Die „Hamburger“ betreffend, ist dies wiederum bei Salomon nachzulesen:

„Es konnte wohl vorkommen, daß einer aus der Schar gegen die eisernen Gesetze des Clans verstieß, dann trat die Kompanie zu kurzem Feldgericht zusammen, und

32 Max Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*, Zweiter Halbband, Köln u.a. 1964, S. 833.

33 Salomon, *Geächtete* (wie Anm. 31), S. 80.

34 Die besondere Bedeutung, die hierbei dem aktiven Handeln des jeweiligen Teileinheitführers zukam, findet man immer wieder in den Memoiren und persönlichen Aufzeichnungen der Baltikurer. Auch gab es Fälle, in denen der Gruppenführer abgesetzt wurde, wenn er nicht den an ihn gerichteten Anforderungen entsprach. Dies ist zum Beispiel nachzulesen in den Erinnerungen von Ludwig Graf zu Pappenheim: DSHI 120 BR/BLW 1, siehe hierzu beispielsweise auch in den Aufzeichnungen von Herbert Bernsdorff: DSHI 120 BR/BLW 2.

35 Die Bereitschaft zur Tat bzw. zur Gewalt war dabei nicht die alleinige Voraussetzung für das Vertrauen in den Führer. Militärisches, kulturelles und politisches Wissen war ebenso von Bedeutung.

nachdem der Meuterer begraben war, zogen die Hamburger weiter, das Seeräuberlied singend und in wütender Verachtung des Aktenkrams.“<sup>36</sup>

Die ausgeübte Gewalt konnte die verschiedensten Formen annehmen. Sie reichten von „normalen“ kriegerischen Handlungen bei direktem Feindkontakt über die bereits angesprochene Selbstjustiz bis hin zu „wilden“ Plünderungen, Misshandlungen und Vergewaltigungen der einheimischen Bevölkerung. Hans v. Seeckt, zeitweilig der Chef des Generalstabs des Armeeoberkommandos Nord im Grenzschutz Ost, sah sich daher hinsichtlich eines bestimmten Teils der Freikorpskämpfer zu der Feststellung veranlasst, dass „ein Teil der Freiwilligen [...] Gesindel“ sei.<sup>37</sup>

Die kollektive Gewaltausübung hatte in diesem Zusammenhang auch einen stark integrierenden Aspekt – Salomon war erst 17 Jahre alt, als er den „Hamburgern“ beitrat. Dies spielte jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Herkunft und Alter verloren bis zu einem gewissen Grad an Relevanz, eher zählte die Tat und die Aktion im Rahmen dieser besonderen Gewaltgemeinschaft, wie sie die Freikorps darstellten. So ist es auch nicht verwunderlich, dass Salomon recht schnell als Führer eines MG-Zuges eingesetzt wurde.<sup>38</sup> Jede Handlung, die positiv belohnt bzw. positiv aufgenommen wird, wird dadurch ein Teil des menschlichen Verhaltenspotentials und bestärkt das Verhalten in zukünftigen Handlungen – der Mensch lernt durch Anpassung und Interaktion. So waren die Freikorps auch eine Schule der Gewalt.

Neben diesem disziplinierenden Effekt nach innen wirkte die kollektive Gewalt immer auch nach außen, in Abgrenzung zu anderen. In der gemeinsamen Aktion gegen andere bejahte sich die Gruppe als solche, indem sie andere und anderes durchgehend negierte. In den Aufzeichnungen eines Mitglieds der „Kompanie Hamburg“ hört sich das wie folgt an: „Es war gefährlich, auch nur einem von ihnen auf die Zehe zu treten: der Unvorsichtige hatte sofort die ganze Rotte auf dem Hals.“<sup>39</sup> Der Osteuropahistoriker Felix Schnell drückte es so aus: „Kollektive Gewalt ist eine sehr effektive Art und Weise, ‚Wir‘ zu sagen.“<sup>40</sup>

Dass diese zum Teil befremdlich anmutenden Prozesse nicht in jeder Situation und unter allen Bedingungen stattfinden konnten, liegt auf der Hand. Hierfür bedurfte es eines speziellen Raumes, sowohl eines bestimmten sozialen als auch eines spezifischen real-geografischen Raumes. In Anlehnung an die Ausarbeitungen von Jörg Baberowski und von Felix Schnell – beides ausgewiesene Kenner der Gewaltthematik – wird hier der Terminus des „Gewaltraumes“ verwendet.<sup>41</sup>

36 Salomon, *Geächtete* (wie Anm. 31), S. 81.

37 Zitiert nach: Friedrich v. Rabenau: *Seeckt. Aus meinem Leben 1918–1936*, Leipzig 1940, S. 126.

38 Vgl. Klein, *Salomon* (wie Anm. 19), S. 54.

39 Salomon, *Geächtete* (wie Anm. 31), S. 81.

40 Felix Schnell: *Räume des Schreckens. Gewalträume und Gruppenmilitanz in der Ukraine, 1905–1933*, Hamburg 2012, S. 36. Ähnliche Vergemeinschaftungsprozesse, wie von Schnell in seiner sehr interessanten Studie über die Ukraine herausgearbeitet, findet man auch bei späteren SA-Abteilungen. Vgl. Sven Reichardt: *Vergemeinschaftung durch Gewalt. Der SA-„Mördersturm 33“ in Berlin-Charlottenburg*, in: Stefan Hördler (Hrsg.): *SA-Terror als Herrschaftssicherung. „Köpenicker Blutwoche“ und öffentliche Gewalt im Nationalsozialismus*, Berlin 2013, S. 110–129.

41 Vgl. Schnell, *Räume* (wie Anm. 40), sowie Jörg Baberowski, Gabriele Metzler (Hrsg.): *Gewalträume. Soziale Ordnungen im Ausnahmezustand*, Frankfurt a.M. 2012. Anders als Felix Schnell, der

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Auftreten von entgrenzter Gewalt war eine sehr schwache oder gänzlich ausfallende Staatsgewalt, wie sie im Lettland des Jahres 1919 vorherrschte. Das Versagen übergreifender Herrschafts- und Kontrollmechanismen ermöglichte und begünstigte das Vordringen der deutschen Freikorps in diese „Leerräume“, meist unter Anwendung von Gewaltformen verschiedenster Art. Gewalträume entstehen demnach, „wenn Gewalt zu derjenigen sozialen Interaktionsform wird, die am chancenreichsten ist, eigene Interessen durchzusetzen“<sup>42</sup> – der Gewaltraum ist ein „Ermöglichungsraum“.<sup>43</sup>

In diesem Zusammenhang wird eines deutlich: Gewalt setzt sich leicht fort. Sie erzeugt Anschlusszwänge und entwickelt eine Eigendynamik, der sich unter solchen Extrembedingungen wie in Lettland niemand entziehen kann. „Gewalt ist ansteckend“, so beschrieb Baberowski diesen Effekt.<sup>44</sup>

Der Gewaltraum gibt gewisse Regeln und soziale Richtlinien vor und bestimmt das Verhalten der Kombattanten. Es kommt zu einer gravierenden Verschiebung des moralischen Koordinatensystems eines jeden Einzelnen. So mag die in mehreren Memoiren aufgezeigte Episode eines Freikorpskämpfers, der mithilfe einer Handgranate angeln ging, auf den ersten Blick erheiternd wirken, aber sie zeigt auch, wie der Gebrauch von Gewalt in den Alltag der Männer übergang. Im Rahmen des Gewaltraums unterliegt die Gewalt einem Bedeutungswandel. Sie nimmt eine andere Stellung ein als in stabilen sozialen Räumen. Der vielseitige Kontakt mit Gewalt, Krieg, Tod sowie der speziellen Raumerfahrung veränderte sukzessive das Wesen und die Wertvorstellungen der Baltikumer. Dies ist beispielsweise bei Balla nachzulesen:

„Aber hier ist das selbstverständlich, die Welt ist aus den Fugen und alle moralischen Begriffe sind auf den Kopf gestellt. [...] Wenn das Gitter fällt, das den Menschen vor dem Menschen bewahrt, und wenn gleichzeitig die Versuchung naht, pflegt die menschliche Vortrefflichkeit in den meisten Fällen stark an Glanz zu verlieren. Es kommt immer auf die Atmosphäre an, die man atmet.“<sup>45</sup>

den „Gewaltraum“ als einen sozialen Raum versteht, welcher nicht institutionalisiert oder physisch definierbar ist, sehe ich eine direkte Verbindung zwischen dem Sozialverhalten der „Baltikumer“ und ihrer real-geografischen Umwelt. Zum „Gewaltraum“ als sozialen Raum vgl. Schnell, Räume (wie Anm. 40), S. 543.

42 Schnell, Räume (wie Anm. 40), S. 542; vgl. auch ebenda, S. 21 u. 541 f.

43 Vgl. ebenda, S. 14.

44 Jörg Baberowski: Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt, München 2012, S. 11. Randall Collins spricht in diesem Zusammenhang von einer „gewalttätigen Minderheit“ – also davon, dass es immer nur eine geringe Anzahl von Menschen gewesen sei, die die anderen im Rahmen kollektiver Gewaltausübung mitgerissen hätten. Demnach sei dieser „harte Kern“ für die eigentliche Dynamik der Gewaltprozesse verantwortlich gewesen. Diese Hypothese wird vor allem für den weiteren Verlauf meiner Forschung wichtig sein, wenn analysiert wird, welche ehemaligen Baltikumer wann und wo in exponierter Stellung des Nationalsozialismus wieder tätig wurden. Vgl. zur „gewalttätigen Minderheit“ Randall Collins: Dynamik der Gewalt. Eine mikrosoziologische Theorie, Hamburg 2011, S. 558 f.

45 Balla, Landsknechte (wie Anm. 12), S. 134. Zu den Emotionen, insbesondere den Ängsten sowie den Wert- und Selbstvorstellungen der Freikorpskämpfer vgl. auch: Klaus Theweleit: Männerphantasien, Bd. 1: Frauen, Fluten, Körper, Geschichte; Bd. 2: Männerkörper – zur Psychologie des weißen Terrors, München u.a. 2009.

Aus dem bisher Geschriebenen lässt sich schlussfolgern, dass „Gewalträume [...] tendenziell sich selbstreproduzierende Systeme [sind]“.<sup>46</sup> Es war nicht entscheidend, was zuerst vorhanden war: der Gewaltraum oder die spezielle Gewaltgemeinschaft in Form der Freikorps und der mit ihr im Verbund kämpfenden Einheiten. Hierbei handelte es sich vielmehr um zwei Seiten derselben Medaille: Das Agieren in kollektiven Gewaltverbänden wie den Freikorps konstituierte und erneuerte den Gewaltraum fortwährend und umgekehrt machten die Bedingungen des Gewaltraums im Lettland des Jahres 1919 die immer wiederkehrende Anwendung physischer Gewalt zur alles bestimmenden Handlungsmaxime.<sup>47</sup>

Je weiter der Vormarsch nach Osten voranschritt, umso mehr veränderten sich die Kampfbedingungen und die äußeren Umstände für die Freikorpskämpfer. Im Mai wurde Riga eingenommen, woraufhin die bolschewistischen Truppen sich aus Lettland zurückzogen. Infolge der Einnahme Rigas forderten die Alliierten wiederholt, dass sich die deutschen Einheiten aus dem Baltikum zurückziehen hätten – eine Aufforderung, der diese nicht Folge leisteten. Am 23. August kam es zur offenen Meuterei, als Josef Bischoff, der Kommandeur der Eisernen Division, offen den Abmarschbefehl verweigerte und die Einheiten zum Verbleib in ihren strategischen Stellungen in Lettland aufforderte. Dies bedeutete einen offenen Bruch mit der Heimat, zumal die Deutsche Reichsregierung jedem Freikorpskämpfer mit dem Verlust der deutschen Staatsbürgerschaft sowie mit Strafverfolgung aufgrund von Fahnenflucht drohte.<sup>48</sup> Ähnlich wie Goethes Zauberlehrling, der den gerufenen Geistern nicht mehr Herr wurde, erging es nun auch der Reichsregierung. Sie verlor die Kontrolle über die Freikorps und sah sich gezwungen, deren Handeln tatenlos zuzusehen.

Da die Freikorps mit der Reichsregierung gebrochen hatten und sich eine Rückkehr in die Heimat auf sich allein gestellt als nicht gesichert erwies, wurde der Gewaltraum und das Agieren darin zu ihrem eigentlichen Daseinszweck. Die Gewaltgemeinschaft zu verlassen, d.h. den Freikorps eigenmächtig den Rücken zu kehren, bedeutete, leicht und mit großer Wahrscheinlichkeit vom aktiven Gewalttäter zum Opfer zu werden, wohingegen der Verbleib in der Gemeinschaft bis zu einem gewissen Maß Schutz gewährleistete. Letztlich befriedigten die Freikorps Grundbedürfnisse des Menschen wie jene nach Zugehörigkeit und Geborgenheit. Der einzelne Kämpfer sah in ihnen eine Heimat, einen Verbund von Gleichgesinnten. Dies war umso bedeutender, als sich die Kombattanten in einem Kriegsgebiet und unter ständiger Lebensgefahr befanden.<sup>49</sup>

Unter den speziellen Bedingungen des Gewaltraums hielten sich die Baltikumer nicht mehr an die politisch-sozialen Normen jener Welt, der sie entstammten. In einem Land ohne staatlich definierte normative Grenzen verloren die Kämpfer mehrheitlich auch ihre inneren Grenzen. Für viele stellten die aktive Anwendung von Gewalt und die greifbaren Konsequenzen dieser extremen Gewalthandlungen das einzige noch geltende Ordnungssystem dar. Im Baltikumunternehmen standen die Freikorps bei all ihren Aktionen von Anfang an ei-

46 Schnell, Räume (wie Anm. 40), S. 543.

47 Natürlich ist der Gewaltraum kein *perpetuum mobile*. Durch das Aufkommen einer anderen Macht bzw. einer stärkeren Kriegsmaschinerie als neuer Ordnungsmacht kann den sich selbst reproduzierenden Prozessen des Gewaltraums Einhalt geboten werden. Vgl. ebenda, S. 544 f.

48 Die Hintergründe dieser Maßnahmen sind sehr gut nachzulesen bei Schulze, Freikorps (wie Anm. 11).

49 Vgl. Schnell, Räume (wie Anm. 40), S. 58.

nem an Masse, Rückhalt und Versorgung weit überlegenen Gegner gegenüber, dem zudem selbst nicht daran gelegen war, Gefangene zu schonen.

Vor allem die bereits dargestellte „Kompanie Hamburg“ zeichnete sich nach Salomons eigenem Bekunden dadurch aus, dass kein gültiges Kriegsrecht, keinerlei militärische Formalien und auch kein Gehorsam gegenüber irgendeiner Instanz außerhalb der eigenen Einheit anerkannt wurden – letztlich war ihnen jedes Mittel recht, um ihre Ziele zu erreichen. Die Baltikumer steigerten sich, umso mehr die Kampfhandlungen fortschritten, in ein „rücksichtslose[s] Vorgehen gegen bewaffnete und unbewaffnete Massen und Gegner“, in „grenzenlose Nichtachtung vor der ‚Heiligkeit des Lebens‘“, in eine „ausgeprägte Neigung, unter keinen Umständen Gefangene zu machen“ und in „richterliche Selbsthilfe“ hinein.<sup>50</sup>

Die Gewaltexzesse nahmen darüber hinaus an Stärke zu, als sich die Einheiten ihr militärisches Scheitern eingestehen mussten. Ihre Niederlage war schon ab November 1919 deutlich abzusehen, sodass ab diesem Zeitpunkt mit dem Rückzug begonnen wurde. Dieser galt als beendet, als die letzten Einheiten Anfang Dezember 1919 die deutsche Reichsgrenze überschritten.

Vollkommen verroht und in einer Spirale der Gewalt gefangen – denn einerseits waren die Baltikumer die Reproduzenten des von ihnen geschaffenen Gewaltraums, andererseits aber auch gleichzeitig dessen Gefangene und Opfer – hinterließen die sich zurückziehenden Truppen eine breite Schneise der Verwüstung und Zerstörung. Freikorpsmitglieder brannten zum Vergnügen ganze Parks und Obstplantagen nieder. Plastischer als Salomon und mit der ihm eigenen Direktheit kann man es nicht wiedergeben:

„Wir machten den letzten Stoß. [...] Wir knallten in überraschte Haufen und tobten und schossen und schlugen und jagten. Wir trieben die Letten wie Hasen übers Feld und warfen Feuer in jedes Haus und pulverten jede Brücke zu Staub und knickten jede Telegraphenstange. Wir schmissen die Leichen in die Brunnen und warfen Handgranaten hintendrein. Wir erschlugen, was uns in die Hände fiel, wir verbrannten, was brennbar war. Wir sahen rot, wir hatten nichts mehr von menschlichen Gefühlen im Herzen. Wo wir gehaust hatten, da stöhnte der Boden unter der Vernichtung. Wo wir gestürmt hatten, da lagen, wo früher Häuser waren, Schutt, Asche und glimmende Balken, gleich eitrigen Geschwüren im blanken Feld. Eine riesige Rauchfahne bezeichnete unseren Weg. Wir hatten einen Scheiterhaufen angezündet, da brannte mehr als totes Material, da brannten unsere Hoffnungen, unsere Sehnsüchte, da brannten die bürgerlichen Tafeln, die Gesetze und Werte der zivilisierten Welt [...]. Wir gingen nicht eher, als bis die letzte Mine abgeschossen war.“<sup>51</sup>

Joseph Goebbels sprach von den Freikorps indirekt als den „Söhnen des Chaos“, für den Historiker Michael Wildt gehört ein Teil von ihnen zur „Generation des Unbedingten“, „Männer der Tat“ nannte sie Salomon. Viele waren sicherlich, im Sinne von Friedrich Freskas Roman, „Wanderer ins Nichts“. Letztlich waren sie alle, insbesondere durch das in

50 Ernst v. Salomon: Nahe Geschichte, Berlin 1936, S. 22.

51 Salomon, Geächtete (wie Anm. 31), S. 167 f.

Lettland erlebte und praktizierte exzessive Gewalthandeln und durch das damit einhergehende besondere Selbst- und Gruppenverständnis, Experten der Gewalt.<sup>52</sup>

### Gewalttransfer und Erinnerungskultur

Diese Extremerfahrungen hinterließen unterschiedliche Spuren in den Gedächtnissen der Kombattanten und beeinflussten zum Teil erheblich deren zukünftige Handlungen und Lebenswege. Der lebende, handelnde Mensch wird stets beeinflusst von seinem sozialen Umfeld und steht in vielfachen Beziehungen und Rückkoppelungen zu seiner Zeit. In diesem Zusammenhang prägen kollektiv empfundene und erlebte Ereignisse in entscheidender Weise den Verlauf individueller Biografien. Solche einschneidenden Erfahrungen dienen als wichtige Orientierungspunkte für die Zeitgenossen, um ihre Gegenwart zu ordnen und sich ihrer selbst bewusst zu werden.

Robert Gerwarth vergleicht in dem von ihm mitherausgegebenen Buch „Krieg im Frieden“ die Verbindungslinien in der gewaltbereiten gegenrevolutionären Subkultur der europäischen Nachkriegszeit mit einem Spinnennetz<sup>53</sup> – auf einer untergeordneten Ebene finden wir solche Art der Vernetzungen und gegenseitigen Impulsgaben, begünstigt durch die Parallelität in den Lebensläufen, auch in der Weimarer Republik. Geprägt durch die besondere Kleinkriegserfahrung und durch die speziell in Lettland erfahrene Sozialisation der Gewalt, sah sich ein gewisser Teil der Baltikumer nicht in der Lage, in das normale Zivilleben zurückzukehren. Infolgedessen lässt sich eine Vielzahl der ehemaligen baltischen Freikorpskämpfer an exponierter Stelle im deutschen „Nachkrieg“, wie Salomon es nannte, wiederfinden. Beispielhaft stehen hierfür Bruno Ernst Buchrucker und Paul Schult: Als ehemalige Weltkriegsteilnehmer und Kämpfer im „Freikorps Eulenburg-Wicken“ in Lettland nahmen sie in den frühen 1920er Jahren eine exponierte Stellung in der „Schwarzen Reichswehr“ ein. Überhaupt machten ehemalige Baltikumer einen Großteil der Stammeinheiten dieser paramilitärischen Vereinigung aus. In Erscheinung trat die „Schwarze Reichswehr“ vor allem durch den „Küstriner Putsch“ sowie durch zahlreiche Fememorde.<sup>54</sup> Für diese radikalen und

52 Vgl. zu Joseph Goebbels: Ernst Nolte: Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action française, der italienische Faschismus, der Nationalsozialismus, München <sup>2</sup>1965, S. 402; zur „Generation des Unbedingten“ vgl. Michael Wildt: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002; siehe auch Friedrich Freska: Der Wanderer ins Nichts, München 1920.

53 Vgl. Robert Gerwarth: Im „Spinnennetz“. Gegenrevolutionäre Gewalt in den besiegten Staaten Mitteleuropas, in: Ders., John Horne (Hrsg.): Krieg im Frieden. Paramilitärische Gewalt in Europa nach dem Ersten Weltkrieg, Göttingen 2013, S. 108-133; zu den Verbindungslinien der Paramilitärs und nationalistischen Gruppierungen vgl. auch: Rüdiger Bergien: Die bellizistische Republik. Wehrkonsens und „Wehrhaftmachung“ in Deutschland 1918–1933, München 2012, sowie Bernhard Sauer: Schwarze Reichswehr und Fememorde. Eine Milieustudie zum Rechtsradikalismus in der Weimarer Republik, Berlin 2004. Vgl. zur besonderen Metapher des Netzes auch: Salomon, Geschichte (wie Anm. 50), S. 99 f.

54 Vgl. Bernhard Sauer: Die „Schwarze Reichswehr“ und der geplante „Marsch auf Berlin“, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 27 (2008), S. 113-150, URL: <http://www.bernhard-sauer-historiker.de/sauer-marsch-auf-berlin.pdf> [letzter Zugriff: 09.05.2014], sowie: ebenda, S. 50 f.

brutalen Aufgaben waren die an Gewalt gewöhnten und besonders sozialisierten Baltikumer geradezu prädestiniert.

Einen biografischen Idealtyp verkörperte auch der bereits mehrfach zitierte Salomon. Als Jugendliche ohne jegliche militärische Erfahrung ins Baltikum kommend, waren es Männer wie Salomon, die, geprägt durch die selbstständig und offensiv ausgerichtete Kriegsführung und ausgestattet mit einem absoluten Willen zur Tat, einen bedingungslosen Aktivismus und eine extreme Initiativbereitschaft aus dem Baltikum mit nach Deutschland brachten. Die spezifische Gewalkultur, die in Lettland vorherrschte, schien nach und nach in das Bewusstsein der Männer gesickert zu sein. Das dort Erlebte, Gelernte und Verinnerlichte brachten die Baltikumer mit zurück nach Deutschland, sodass an dieser Stelle auch von einer Migration der Gewalt gesprochen werden kann. Dies beeinflusste die Weimarer Republik nachhaltig. Salomons Prägungen schlugen sich unter anderem in Waffenschmuggel, Sabotageakten und politischen Attentaten nieder. Indirekt war er etwa am Mordanschlag auf Walter Rathenau beteiligt, indem er dessen Tagesablauf auskundschaftete und ihn intensiv beobachtete.<sup>55</sup>

Das im Baltikum entstandene besondere Gruppenverständnis ging auch nach der Rückkehr nach Deutschland nicht verloren. Viele ehemalige Baltikumer organisierten sich in verschiedenen Kameradschaften. Eine der größten war die „Kameradschaft ehemaliger Baltikumer- und Freikorpskämpfer“. Diese Kameradschaften gab es über ganz Deutschland verteilt. Berlin und dem Berliner Umland kam dabei eine Sonderstellung zu, hier organisierten sich überproportional viele ehemalige Baltikumer. Auf den Kameradschaftsabenden, die regelmäßig mindestens einmal im Monat stattfanden, hielten die Ehemaligen wiederholt Vorträge, in denen auf das gemeinsam Erlebte Bezug genommen wurde. Häufig wurden besonders außergewöhnliche Episoden und herausragende Handlungen ehemaliger Baltikumer vorgestellt und heroisiert. Neben den Vorträgen hielt man aber auch gemeinsame Schießübungen ab, nicht zuletzt um der speziellen Gewaltsozialisation aus dem Baltikum Rechenschaft zu tragen.<sup>56</sup>

Dem gemeinsamen Erinnern, der Glorifizierung und der Rechtfertigung der Taten der Freikorps sowie des deutschen Nachkrieges widmeten sich ebenfalls die zahlreich erscheinenden Freikorpszeitschriften. Die meistverkaufte und auflagenstärkste stellte hierbei der seit 1930 und bis zum Dezember 1943 monatlich erscheinende „Reiter gen Osten“ (RgO) dar. Immer wieder wurden darin Fememorde, Oberschlesien und das Baltikumunternehmen thematisiert sowie diffamierende Kritik an der Weimarer Republik geübt. Herausgegeben vom „Bund der Freunde Schlageters“ (kurz: „Bund Schlageter e.V.“), verstand sich der RgO als Traditionszeitschrift mit dem Zweck, der vergangenen Ereignisse zu gedenken und diese für die Nachwelt zu bewahren.<sup>57</sup>

55 Vgl. zum Lebensweg Ernst v. Salomons nach seiner Rückkehr aus dem Baltikum: Klein, Salomon (wie Anm. 19), S. 67-124.

56 Vgl. beispielsweise: Der Reiter gen Osten 7 (1936), H. 7, S. 15.

57 Dem Baltikumunternehmen wurde in der Rückschau besondere Aufmerksamkeit geschenkt, was sich nicht zuletzt an der Herausgabe einer Sondernummer sowie dem Abdruck mehrerer Erlebnis- und Tatsachenberichte ehemaliger Kombattanten zeigte. Salomon nahm auch beim RgO eine wichtige Position ein. Er schrieb für ihn mehrere Artikel und fungierte längere Zeit als Schriftleiter. Auf diese Weise bestimmte er das Erscheinungsbild und die generelle Ausrichtung des Blattes

Doch die Bedeutung der Zeitschrift ging weit darüber hinaus. Insbesondere war sie auch ein Kommunikationsmittel, ein Mitteilungsblatt und eine Organisationshilfe für die zahlreichen ehemaligen Baltikumer, um in Kontakt zu bleiben und um gewachsene Gemeinschaftsstrukturen aufrechtzuerhalten. Sie gab Auskunft über aktuelle Wohnorte und Adressänderungen ehemaliger Mitglieder der Freikorps im Baltikum. Des Weiteren enthielt der RgO Informationen über Heirat und Tod ehemaliger Baltikumer sowie Suchanfragen zum Verbleib und zum aktuellen Betätigungsfeld.

Wie bereits erwähnt, fungierte der RgO jedoch vor allem als Erinnerungsblatt. Die Herausgeber hatten es sich zur Aufgabe gemacht, eine umfangreiche Bibliografie der in großer Zahl erschienenen Freikorpsliteratur abzdrukken und diese dem Leser auch in Auszügen zugänglich zu machen. Der Erinnerung an vergangene Ereignisse und deren Beschreibung kam dabei eine besondere Funktion zu. Die autobiografischen Aufzeichnungen und das Verfassen der verschiedenartig gelagerten Erlebnis- und Lebensberichte stellten stets einen Versuch dar, der Unsicherheit in der eigenen Biografie narrativ Herr zu werden sowie der Selbstentfremdung entgegenzuwirken und sich historisch neu zu verorten. Viele ehemalige Baltikumer hatten ein sehr unstetes Leben nach ihrer Rückkehr aus dem Krieg im Baltikum. Der Entschluss, das Erlebte zu verschriftlichen, kann als Reaktion auf ein generelles Infragestellen der eigenen Identität angesehen werden, welches häufig im Zusammenhang mit einschneidenden Zäsuren auftritt. Der Übergang von einer Grenzerfahrung wie dem brutalen Kleinkrieg im Lettland des Jahres 1919 hin zu halbwegs gefestigten Strukturen der Weimarer Republik stellte zweifellos eine solche Zäsur dar.

Ein praktisches Mittel der ehemaligen Baltikumer, um in Kontakt zu bleiben und trotz des offiziellen Befehls zur Auflösung der einzelnen Formationen die Gruppen weiter zusammenzuhalten, stellten der so genannte Arbeits- und Siedlungsdienst sowie die Arbeitsgemeinschaften dar. Einen erheblichen Anteil an dem Aufbau der Arbeitsgemeinschaften hatte der 1919 in Litauen eingesetzte Oberst v. Diebitsch. Geprägt durch den „Soldatensiedlungsverband Kurland“ und die Ideen Baron Manteuffel-Katzdangens, hatte er es sich zur Aufgabe gemacht, mit der von ihm herausgegebenen Zeitung „Der Arbeitskamerad“ als Anlaufstelle und Verbindungsorgan zwischen den mehr als 600 Arbeitsgemeinschaften, die 1921 bereits existierten, zu fungieren. Charakteristisch für den Arbeitsdienst war der Umstand, dass eine „Disziplin wie bei den Freikorps“ gefordert und auch erreicht wurde. Des Weiteren sah man in den Arbeitsgemeinschaften auch eine Vorstufe der Jugendertüchtigung.<sup>58</sup>

Dass die Arbeitsgemeinschaften jedoch zu einem großen Teil nur Tarnorganisationen für paramilitärische Verbände und Organisationen waren, zeigt sich am Beispiel des „Freikorps Roßbach“, welches seinerzeit erheblichen Anteil an einem halbwegs geordneten und erfolgreichen Rückzug der Baltikumer Ende 1919 aus Lettland hatte. Wieder in Deutschland, wurde die „Sturmabteilung Roßbach“ offiziell am 28. Januar 1920 aufgelöst, existierte aber in anderer Form weiter.<sup>59</sup>

in erheblichem Maße mit. Vgl. beispielsweise: Der Reiter gen Osten 6 (1935), H. 2, „Baltikum Sondernummer“, sowie Der Reiter gen Osten 5 (1934), H. 5, S. 3.  
58 Vgl. Der Reiter gen Osten 5 (1934), H. 7, S. 12, sowie Der Reiter gen Osten 6 (1935), H. 4, S. 13.  
59 Viele ehemalige Freikorps blieben informell und im Geheimen zusammen, häufig indem sie sich in verschiedenen Tarnfirmen organisierten, so zum Beispiel in Detektivbüros, Wanderzirkussen oder Rollfuhrfirmen. Hierzu auch: Salomon, Geschichte (wie Anm. 50), S. 98.

Roßbach selbst pries die Dienste seines Korps öffentlich in Zeitungsinserten an. Er und seine Männer boten sich vor allem Großgrundbesitzern in Mecklenburg, Pommern und Schlesien an, auf deren Gütern sie eine Art Landschutz verkörperten, welcher von einer erheblichen Gewaltbereitschaft und Gewaltexpertise geprägt war.<sup>60</sup> Über die Tätigkeit der Truppe liest man bei einem Zeitzeugen folgendes:

„Auf die Landarbeiter übten die Roßbacher einen unerhörten Druck aus. Bei Streiken kommen die Roßbacher (mit Waffen natürlich) sofort dem Gutsbesitzer zu Hilfe, verprügeln die Arbeiter und leisten Streikbrecherarbeit, wofür Zigaretten, Wein, Schinkenstullen und Geldentschädigungen gegeben werden. Im Gau Wismar-Ost sind allein annähernd 500 Roßbacher auf den Gütern tätig. Jeder Roßbachmann hat Waffen, teils Schusswaffen, teils Dolche oder Gummiknüppel, die er in seiner Behausung versteckt halten muss. Jedes Gut hat einen Trupp, je nach Größe, und jeder Trupp hat einen Führer, der von der Gauleitung gestellt ist. Der innere Betrieb ist ganz militärisch. Erscheint ein Offizier, so wird wie in der Kaserne ‚Achtung‘ gerufen und die ganze Gesellschaft klappt die Hacken zusammen, bis das Kommando ‚weiter machen‘ gegeben wird.“<sup>61</sup>

Gerade diese straffe, militärisch geführte Organisation, besetzt mit vielen ehemaligen Baltikumern, ermöglichte die schnelle Versetzung ganzer Arbeitsgemeinschaften, etwa im Mai 1921, als es im Rahmen der Ereignisse in Oberschlesien eines Nachschubs an Kämpfern bedurfte und mehr als 750 Mann aus der Arbeitsgemeinschaft Roßbach abgezogen und nach Oberschlesien verlegt wurden. Überhaupt lässt sich konstatieren, dass viele ehemalige Baltikumer aktiv an den Kämpfen in Oberschlesien und den Ereignissen rund um den Annaberg beteiligt waren, was die Kämpfe in diesem Gebiet erheblich und nachhaltig beeinflussen sollte.<sup>62</sup>

### Schlussbemerkungen

Im Rahmen des äußerst brutalen Kleinkrieges mit partisanenähnlichen Zügen und ihrer extrem offensiven Ausrichtung entwickelten sich die Freikorps und die mit ihnen im Verbund kämpfenden ortsansässigen Formationen zu besonderen Gewaltnetzwerken bzw. Gewaltgemeinschaften, in denen anfänglich verschiedenartig gelagerte Motive und ideologische

60 Vgl. Bernhard Sauer: Gerhard Roßbach – Hitlers Vertreter für Berlin. Zur Frühgeschichte des Rechtsradikalismus in der Weimarer Republik, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 50 (2002), H. 1, S. 7.

61 Emil Julius Gumbel: Verschwörer. Zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde 1918–1924, Heidelberg 1979, S. 89 f. In Ansätzen finden wir hier das, was Georg Elwert in seinen interessanten Ausführungen „Gewaltmärkte“ genannt hat. Vgl. Georg Elwert: Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt, in: Trutz v. Trotha (Hrsg.): Soziologie der Gewalt, Opladen u.a. 1997, S. 87–101.

62 An dieser Stelle sei auf das am Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung angesiedelte Forschungsprojekt von Wojciech Pieniazek verwiesen, welcher sich in seiner Dissertation mit den Kämpfen und den Ereignissen im Oberschlesien der Jahre 1918–1921 auseinandersetzt.

Beweggründe sehr bald in den Hintergrund traten. Das Gewalthandeln im Kollektiv wurde zur entscheidenden Handlungsmaxime. Die Baltikumer umgaben sich mit einer Aura der Gewalt, deren bestimmendes Prinzip in der Aktion und der Entgrenzung von gängigen sozialen Normen bestand.

Diese anarchische Gewalttätigkeit und dieser unbedingte Aktionismus, geprägt durch die besondere Raumerfahrung im Lettland des Jahres 1919, wurde bei der Rückkehr der Baltikumer nach Deutschland auf andere Formationen übertragen und radikalisierte diese in erheblichem Maße. Indem viele ehemalige Baltikumer Schlüsselpositionen im deutschen Nachkrieg zu Beginn der 1920er Jahre einnahmen, etwa in paramilitärischen Organisationen wie der „Schwarzen Reichswehr“, aber auch in verschiedenen Tarnorganisationen wie den Arbeits- und Siedlungsgemeinschaften beispielsweise eines Gerhard Roßbachs, trugen sie erheblich zur Schaffung des so genannten Freikorps-Mythos bei. Dieser diente, zusätzlich verstärkt durch die Veröffentlichungen ehemaliger Baltikumer in den zahlreichen Freikorpszeitschriften, insbesondere den Nationalsozialisten als publizistisches Kampfmittel gegen die vermeintlich „schwächliche Erfüllungspolitik“ der Weimarer Republik. Besonders ist zu betonen, dass die im Baltikum agierenden besonderen Gewaltgemeinschaften von einem Teil der Baltikumer transformiert in der Weimarer Republik aufrechterhalten wurden. In diesem Zusammenhang lassen sich sowohl Brüche und Zäsuren als auch Kontinuitätslinien in den einzelnen Biografien der Akteure herausarbeiten.

Ein Teil der Rückkehrer entschied sich dafür, den Krieg und die damit einhergehende Gewalt hinter sich zu lassen, jeglichen Kontakt zu alten Kameraden abubrechen und die temporären Gemeinschaften für immer zu verlassen. Diese ehemaligen Baltikumer zogen sich vollkommen ins Privatleben zurück und lebten ein „normales“ Leben. Naturgemäß verlieren sich solche Biografien in der Zeit und sind nicht mehr fassbar. Ein Großteil jedoch war nicht in der Lage oder nicht willens, in „normale“ zivile Strukturen zurückzukehren. Im Baltikum gebildete Netzwerke hatten auch in Friedenszeiten Bestand, sodass von einem Gewalttransfer gesprochen werden kann. Vom Ersten Weltkrieg über den Krieg im Baltikum bis hin in die Weimarer Republik lassen sich Kontinuitätslinien feststellen, wie es die Biografien einzelner Akteure der „Schwarzen Reichswehr“ belegen. Eine Zäsur stellte der Kleinkrieg im Baltikum vor allem für diejenigen dar, die ohne militärische Kampferfahrung ins Baltikum gegangen waren. Exemplarisch stehen hierfür Männer wie Salomon, deren Biografien nachhaltig von den Ereignissen im Baltikum geprägt wurden und die mit ihrer im Baltikum herausgebildeten Gewaltexpertise einen „Idealtyp“ der so genannten Baltikumer darstellten.

### *Summary*

Within the framework of a brutal guerrilla war involving similar partisan strategies and a direct line of attack, the Balikumers, together with local fighters, participated in a special, interconnected system or fellowship of violence. In this regard, ideological motives receded into the background over time. The Baltikumers surrounded themselves with an aura of violence characterized by the principle of action and the intent to dissolve common social standards. Their anarchic outrages, justified by the principle of action at any cost, were first a reflection of the special experience of space in Latvia in 1919; but after their return to

Germany the same principle was applied to other social formations of the Weimar Republic, whereupon they, too, became radicalised. While many former Baltikumers became key players in post-war Germany at the beginning of the 1920s, including in the „Schwarze Reichswehr“ paramilitary organisation and in cover organisations like the „Working and Residential Community“ of Gerhard Roßbach, they also contributed significantly to the creation of the so-called Freikorps myth. In summary, it can be said that the specific fellowship of violence in the Baltic States was maintained and transformed by Baltikumer elements in the Weimar Republic. Some Baltikumers returned to the „normal“ structure of civilian life but others were unable or unwilling to do so. In the Baltic States, existing networks were still active in peacetime and thus paved the way for a „transfer of violence“.

**Isaak Nachman Steinberg: „Als ich Volkskommissar war“  
oder  
„Eine soziale Revolution, die die Rechte ihrer Klassengegner verteidigt –  
das wäre eine große moralische Lehre der Menschlichkeit gewesen!“<sup>1</sup>**

von Tobias Grill

Für den russländisch-jüdischen Juristen, Politiker, Publizisten und Kulturschaffenden Isaak Nachman Steinberg (1888–1957) blieben die Zeitenwende der Russischen Revolution und die Jahre 1917 bis 1920 sein Leben lang von zentraler Bedeutung. Dies lag nicht nur daran, dass er schon als junger Student aktiv für die Revolution gekämpft und sie herbeigeseht hatte, sondern vor allem auch daran, dass er während der Revolution zu einem ihrer herausragenden Aktivisten avancierte und kurzzeitig zum Volkskommissar für Justiz aufstieg. Was für Steinberg zunächst wie der Anbruch einer neuen Weltepoche oder die „Welterlösung“ aussah, an der er unmittelbar mitwirkte, entpuppte sich schon bald als Chimäre. Anstelle eines radikalen Bruchs mit der Welt des Ancien Régime restaurierten die Bolschewiki nach Ansicht Steinbergs diese unter sozialistischem Vorzeichen. Dass die Oktoberrevolution von den Bolschewiki pervertiert wurde und Revolutionäre wie Steinberg schließlich im Gefängnis landeten oder zur Emigration gezwungen wurden, war sicherlich eine der tragischsten Erfahrungen, die Steinberg sowie auch andere russische Sozialrevolutionäre und Sozialisten in ihrem Leben machen mussten. Die einschneidende Bedeutung, welche die russische Revolutionszeit für Steinbergs Biografie hatte, wird nicht zuletzt an seinen zahlreichen diesbezüglichen Veröffentlichungen deutlich, die über mehrere Jahrzehnte in verschiedenen Sprachen erschienen.

Während im ersten Teil des vorliegenden Aufsatzes Steinbergs politisches Engagement während der Russischen Revolution rekonstruiert werden soll, wird im zweiten Teil sein späteres publizistisches und literarisches Werk herangezogen, um zu analysieren, welche Schlussfolgerungen er aus seinen persönlichen Erfahrungen in der Revolutionszeit zog, inwiefern er die Russische Revolution als eine Zäsur wahrnahm und welche Bedeutung diese für seinen weiteren Lebensweg hatte. Im Zentrum steht dabei die grundsätzliche Frage nach Steinbergs Rechtsverständnis und seinem Verhältnis zur Legitimität von Gewalt und Terror in Zeiten eines revolutionären Umbruchs und bei der Etablierung einer sozialistischen Gesellschaft.

### **Steinbergs Wirken während der Russischen Revolution**

Steinberg wurde 1888 im damals zum Russländischen Reich gehörenden Dvinsk (heute Daugavpils in Lettland) in eine wohlhabende jüdische Familie geboren, in der jüdische

1 I. Steinberg: Gewalt und Terror in der Revolution (Oktoberrevolution oder Bolschewismus), Berlin 1931, S. 39; zuerst auf Russisch erschienen: I.Z. Štejnberg: Nravstvennyj lik revoljucii [Das sittliche Antlitz der Revolution], Berlin 1923, S. 33.

Tradition und Religiosität ebenso wie die jüdische Aufklärung (Haskala) eine große Rolle spielten. Neben einer gründlichen talmudischen Erziehung erhielten Steinberg und sein Bruder Aaron auch eine umfangreiche säkulare Bildung, zunächst im Elternhaus, schließlich in einem Gymnasium. Darüber hinaus kam Isaak Steinberg durch Verwandte schon sehr früh in Kontakt mit den Ideen der Narodniki, ein Umstand, der enorme Auswirkungen auf Steinbergs eigene politische und kulturelle Sozialisation hatte. Laut Aaron Steinbergs (1891–1975) Erinnerungen über die Kindheit und Jugend seines Bruders begann Isaak schon in seiner Jugend eine Weltanschauung zu entwickeln, die Religiosität und philosophische Ideen mit der russischen Narodniki-Variante des Sozialismus verband.

Nach seinem Abitur am Gymnasium in Pernau (estnisch Pärnu) im Sommer 1906 ließ sich Steinberg in Moskau nieder, um dort Rechtswissenschaften zu studieren. Gleichzeitig verschrieb er sich mit Beginn seines Studiums einer aktiven, revolutionären Politik. Nach seinem Beitritt zur Sozialrevolutionären Partei (SR) im September 1906 kandidierte Steinberg bei den Wahlen zur studentischen Selbstverwaltung – eine der Errungenschaften der Revolution von 1905 – für seine Partei. Zwar wurde er knapp nicht gewählt, sein engagierter Wahlkampf empfahl ihn jedoch für weitere Aufgaben. Nach den Wahlen beschloss die Studenten-Fraktion der SR, dass alle ihre Mitglieder auch außerhalb der Universität Untergrundarbeit für die Partei leisten sollten. In diesem Sinne baute Steinberg einen Kreis sozialrevolutionärer Aktivisten auf. Dies führte Anfang März 1907 während eines konspirativen Treffens zu seiner Verhaftung.<sup>2</sup>

Nachdem das ursprüngliche Urteil von drei Jahren Verbannung nach Sibirien auf zwei Jahre Auslandsaufenthalt geändert worden war, entschloss sich Steinberg dazu, sein Jura-studium in Heidelberg – unter anderem bei Gustav Radbruch (1878–1949) – fortzusetzen. Dieses schloss er 1909 mit einer Dissertation über talmudisches Strafrecht ab.<sup>3</sup> Kurz darauf kehrte er nach Moskau zurück, hier legte er 1911 sein juristisches Staatsexamen ab und arbeitete zunächst als Anwalt. In dieser Eigenschaft verteidigte er vor allem Glaubensgenossen, die gegen antijüdische Gesetze verstoßen hatten, insbesondere gegen das Verbot, sich außerhalb des Ansiedlungsrayons niederzulassen.<sup>4</sup> Während des Ersten Weltkriegs engagierte sich Steinberg im Jüdischen Komitee zur Unterstützung von Kriegsopfern (EKOPO),<sup>5</sup> das in erster Linie Hilfsmaßnahmen für Juden leistete, die von der russischen Armee in andere Teile des Imperiums deportiert worden waren.

Während des Weltkriegs nahm Steinberg sein Engagement in der Partei der Sozialrevolutionäre (PSR) wieder auf. Nach der Februarrevolution wurde Steinberg in Ufa, wo er zu dieser Zeit lebte, nicht nur in den dortigen Stadt-Sowjet, sondern auch zum Delegierten der

2 Vgl. Aharon Shtejnberg: Yitskhak Nakhman Shtejnbergs kinder- un yugnt-jarn (1888–1914), in: Steinberg Buch-Komitee (Hrsg.): Yitskhak Nakhman Shtejnberg. Der mentsh, zejn vort, zejn ojvto. 1888–1957, New York, NY 1961, S. 51 f.

3 Isaak Steinberg: Die Lehre vom Verbrechen im Talmud. Eine juristisch-dogmatische Studie, Frankfurt a.M. 1910.

4 Vgl. Yehuda Zelitch: Yitskhak Nakhman Shtejnberg – als yurist un folks-komisar far yustits (in di yarn 1910–1918), in: Steinberg Buch-Komitee (Hrsg.), Shtejnberg (wie Anm. 2), S. 178.

5 Vgl. Michl Jankivskij: Icchok-Nachman Štejnberg i territorializm [Isaak Nachman Steinberg und der Territorialismus], in: M. Parchomovskij (Hrsg.): Russkoe Evrejstvo v zarubež'e. Stat'i, publikacii, memuary i esse [Das russische Judentum im Ausland. Artikel, Publikationen, Memoiren und Essays], Bd. I (VI), Jerusalem 1998, S. 391.

Verfassungsgebenden Versammlung gewählt.<sup>6</sup> Darüber hinaus war Steinberg Delegierter des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees (VCIK) der Sowjets der Arbeiter, Soldaten und Bauern in Petrograd.<sup>7</sup> Hier ergriff er – nunmehr als Mitglied des ZK einer der Führer der Partei der Linken Sozialrevolutionäre (PLSR) – zum ersten Mal das Wort gegen die seiner Meinung nach zu repressive Politik der Bolschewiki. In der Sitzung vom 1. Dezember 1917 lehnte Steinberg die Entscheidung des Rats der Volkskommissare vom 28. November 1917, die Partei der Kadetten zu einer „Partei von Volksfeinden“ zu erklären und die Verhaftung ihrer Führer anzuordnen, in aller Deutlichkeit ab. So erklärte er in seiner Rede, dass es im „Klassenkampf keinen Platz für willkürliche Unterdrückungsmaßnahmen“ gebe und die „Sowjetregierung nicht die veralteten Methoden Kerenskij's anwenden“ dürfe.<sup>8</sup> Für Vladimir Lenin (1870–1924) und Lev Trockij (1879–1940) war die Haltung der PLSR, wie sie von Steinberg zum Ausdruck gebracht wurde, unhaltbar. Während Steinberg indirekt vor dem Auseinanderjagen der Konstituante und ungezügelter Terror gegen politisch Andersdenkende warnte, redete Trockij diesem vielmehr das Wort, indem er erklärte, dass nach dem Vorbild der *Terreur* der großen französischen Revolutionäre auf die Feinde nicht das Gefängnis, sondern die Guillotine warte.<sup>9</sup>

### **Steinberg als Volkskommissar für Justiz: Vergeblicher Kampf für Rechtsstaatlichkeit**

Trotzdem oder gerade deshalb trat die PLSR nur wenige Tage später – am 12. Dezember 1917 (a.S.) – in den Rat der Volkskommissare ein, um eine Koalitionsregierung mit den Bolschewiki zu bilden. Steinberg erhielt das Amt des Volkskommissars für das Justizwesen. Alles andere als zufällig wurde genau an jenem Tag, an dem der von den Bolschewiki geführte Rat der Volkskommissare die von der PLSR gestellten Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung „mit einigen Änderungen“ annahm, eilig die ČK (Tscheka), die „Außerordentliche Allrussische Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution, Spekulation und Sabotage“ gegründet. „Lenin rechnete damit“, so der Historiker Alexander Rabinowitch, „dass das Justizkommissariat unter Steinberg Scherereien machen würde. Noch bevor es dazu kam, wollte er unbedingt die WTscheka [=ČK; T. G.] geschaffen haben, die ausschließlich mit

6 Vgl. I.N. Steinberg: In the Workshop of the Revolution, New York, NY u.a. 1953, S. 58 und 258.

7 Laut Razgon war Steinberg eine „äußerst bedeutende“ Persönlichkeit des VCIK, ein „Polemiker“, für den die Arbeit im VCIK „wie geschaffen [...] war“, vgl. A.I. Razgon: Zabytye Imena [Vergessene Namen], in: Pervoe Sovetskoe Pravitel'stvo [Die erste sowjetische Regierung], Oktjabr' 1917–Ijul' 1918, Moskau 1991, S. 456.

8 Rede Steinbergs im VCIK am 1.12.1917, zitiert nach John Keep: The Debate on Soviet Power. Minutes of the All-Russian Central Executive Committee of Soviets. Second Convocation, October 1917 – January 1918, Oxford 1979, S. 173 f. Steinbergs Rede ist in ähnlichem Wortlaut auch in seinen Erinnerungen zu finden: I. Steinberg: Als ich Volkskommissar war. Episoden aus der russischen Oktoberrevolution, München 1929, S. 54. Wie Steinberg in diesen 1929 veröffentlichten Erinnerungen erklärte, lag in diesem Dekret „schon die Legalisierung des späteren blutigen Terrors“, vgl. ebenda, S. 52. Vgl. auch Steinberg, Gewalt (wie Anm. 1), S. 35 f.

9 Vgl. die Rede Trockij's im VCIK am 1.12.1917, zitiert nach Keep, Debate (wie Anm. 8), S. 177 f. Vgl. hierzu auch Ettore Cinnella: The Tragedy of the Russian Revolution. Promise and Default of the Left Socialist Revolutionaries in 1918, in: Cahiers du Monde Russe 38 (1997), H. 1-2, S. 45-82, hier S. 51.

zuverlässigen Bolschewiki besetzt und direkt dem bolschewistisch dominierten Sownarkom [Rat der Volkskommissare; T. G.] unterstellt sein sollte.“<sup>10</sup>

Tatsächlich wurde sofort deutlich, dass Lenins Befürchtungen nicht unbegründet waren. Nur drei Tage nach Amtsantritt gab Steinberg am 15. Dezember 1917 ohne Rücksprache mit dem Rat der Volkskommissare ein Dekret heraus, wonach sämtliche Häftlinge, die im Smol’nyj oder auf dem Gelände des Revolutionären Tribunals einsaßen, sofort in die fünf wichtigsten Gefängnisse in Petrograd überführt werden sollten. Dort sollten durch Ausschüsse die Gründe für die Verhaftung dieser Häftlinge überprüft und entweder ein Gerichtsverfahren gegen sie eröffnet oder innerhalb von 48 Stunden ihre Freilassung verfügt werden.<sup>11</sup> Von Beginn an ließ Steinberg die Absicht erkennen, die ČK der Kontrolle seines Volkskommissariats zu unterstellen. In diesem Sinne handelte er auch, als er alle Unterlagen, die sich in der Hand der ČK befanden, zur Überprüfung anforderte und schließlich sogar beim Rat der Volkskommissare offiziell den Antrag stellte, eine Untersuchung gegen die ČK durchführen zu dürfen.<sup>12</sup> Selbstverständlich hatten die Bolschewiki unter Führung Lenins keinerlei Interesse an einer „Einhegung“ der ČK und lehnten dementsprechend Steinbergs Anträge im Sownarkom ab.

Steinberg ließ jedoch nicht locker und provozierte schließlich am 18. Dezember 1917 (a.S.) – zu diesem Zeitpunkt war er nicht einmal eine Woche im Amt – einen offenen Konflikt mit der ČK, als er ohne Rücksprache mit dem Rat der Volkskommissare die Freilassung von führenden Sozialrevolutionären und Menschewiki anordnete, die bei einer Kundgebung des „Komitees zur Verteidigung der konstituierenden Versammlung“ verhaftet worden waren. Als am folgenden Tag der ČK-Führer Feliks Dzierżyński (1877–1926) im Rat der Volkskommissare gegen Steinbergs Anordnung protestierte und erklärte, dieser habe die ČK gedemütigt, entwarf Lenin einen Beschluss des Rates der Volkskommissare, den Stalin und er selbst unterzeichneten. Darin wurde festgestellt,

„daß Beschlüsse der Kommission Dzierzynskis [gemeint ist die ČK; T. G.] wie auch der anderen von den Sowjets eingesetzten Kommissionen einzig und allein in der Weise abgeändert werden können, daß sie im Rat der Volkskommissare angefochten werden, keinesfalls aber durch eigenmächtige Verfügungen des Kommissars für Justiz.“ Weiter hieß es: „Der Rat der Volkskommissare vertritt ferner den Standpunkt, daß die Handlungsweise der Genossen Steinberg und Karelin, die in der Nacht vom 18. zum 19. XII. die Verhafteten freigelassen haben, sowohl formal als auch dem Wesen der Sache nach ungesetzlich war, da sie nicht nur den Befugnissen der Kommission Dzierzynski widersprach, sondern auch dem am 18. XII. abends angenommenen direkten Beschluß des Rates der Volkskommissare, die Verhafteten festzuhalten, bis man das Nötige über ihre Person festgestellt hat.“<sup>13</sup>

10 Alexander Rabinowitch: Die Sowjetmacht. Das erste Jahr, Essen 2010, S. 115 f.

11 Vgl. ebenda, S. 116; George Leggett: The Cheka: Lenin’s Political Police. The All-Russian Extraordinary Commission for Combating Counter-Revolution and Sabotage (December 1917 to February 1922), Oxford 1981, S. 47.

12 Vgl. Rabinowitch: Sowjetmacht (wie Anm. 10), S. 116 f.

13 Zitiert nach dem Entwurf eines Beschlusses des Rates der Volkskommissare über die falsche Handlungsweise des Volkskommissars für Justiz I.S. Steinberg und des Kollegiummitglieds des

Während Lenin über Steinbergs eigenmächtiges Vorgehen empört war, setzte Steinberg den Versuch, die ČK seinem Volkskommissariat unterzuordnen, fort. Im Zusammenhang mit dem Konflikt um den Haftbefehl gegen die Verteidiger der Konstituante soll er der „Delo Naroda“ zufolge sogar die Forderung erhoben haben, die ČK vom Smol'nyj, dem Sitz des Rats der Volkskommissare, ins Justizkommissariat zu überführen und somit ihm zu unterstellen.<sup>14</sup> Tatsächlich hatten er und die anderen Linken Sozialrevolutionäre im Rat der Volkskommissare einen Beschluss vorgelegt, der Steinberg deutlich erweiterte Kontrollmöglichkeiten über die ČK zugestanden hätte. Dies lehnte Lenin jedoch ab.<sup>15</sup>

In der Folgezeit protestierte Steinberg im Rat der Volkskommissare immer wieder gegen Missbräuche der ČK, verlangte, bestimmte korrupte oder willkürlich agierende Untersuchungsbeamte zu entlassen,<sup>16</sup> und forderte, dass er als Generalstaatsanwalt der Republik Haftbefehlen der ČK grundsätzlich zustimmen müsse. Zudem bestand er in einer Sitzung des Rats der Volkskommissare auf dem Recht, der ČK Fälle entziehen und ihre Befehle annullieren zu dürfen, sofern er dies für nötig hielt.<sup>17</sup> Der Bolschewik Aleksandr Šlichter (1868–1940), Volkskommissar für die Lebensmittelversorgung und enger Vertrauter Lenins, schrieb in seinen Erinnerungen, er habe Lenin niemals zuvor oder danach derartig wütend gesehen wie in dem Moment, als dieser sich die Forderungen Steinbergs zu Ende angehört hatte.

Grundsätzlich ging es dem Juristen Steinberg darum, die Revolution zu verrechtlichen und die Zahl der Willkürakte zu begrenzen. In diesem Sinne beauftragte er seinen Stellvertreter Aleksandr Šrejder, ebenfalls ein Linker Sozialrevolutionär, damit, sich um die Ausarbeitung eines Kompendiums der revolutionären Gesetze Russlands und Leitlinien für revolutionäre Tribunale zu kümmern, um die Justiz von Willkür zu befreien und ihre Strukturen und Verfahrensweisen zu ordnen.<sup>18</sup> Wie Helmut Altrichter betont, hatten die Linken Sozialrevolutionäre und insbesondere Steinberg das Justizkommissariat „ausdrücklich mit dem Ziel“ übernommen, „die unterbrochene Tradition der liberalen Rechtsreform von 1864 fortzusetzen“.<sup>19</sup>

Volkskommissariats für Justiz W.A. Karelin vom 19.12.1917 (1.1.1918), in: W.I. Lenin und die Gesamtrussische Tschecha. Dokumentensammlung (1917–1922), Potsdam 1977 [Übersetzung von V.I. Lenin i VČK. Sbornik Dokumentov (1917–1922 gg.), Moskau 1975], S. 48. Siehe auch Protokoly Zasedanij Soveta Narodnych Komissarov RSFSR. Nojabr' 1917–Mart 1918 g. [Protokolle der Sitzungen des Rats der Volkskommissare der RSFS. November 1917–März 1918], Moskau 2006, S. 453.

14 Vgl. Prikaz ob areste V.M. Černov, in: Delo Naroda, Nr. 237, 20.12.1917, S. 3.

15 Vgl. Lenin (wie Anm. 13), S. 49 f.

16 Allein im Dezember 1917 und Januar 1918 war der Rat der Volkskommissare elf Mal mit Forderungen Steinbergs konfrontiert, die ČK unter seine Kontrolle zu stellen. Vgl. Razgon, Imena (wie Anm. 7), S. 457; vgl. auch Rabinowitch, Sowjetmacht (wie Anm. 10), S. 119 sowie Steinberg, Volkskommissar (wie Anm. 8), S. 123–138.

17 Vgl. A. Šlichter: Il'ič, kakim ja ego znal. Koe-čto iz vstreč i vospominanij [Il'ič, wie ich ihn kannte. Einiges über Begegnungen und aus Erinnerungen], Moskau 1970, S. 90 f.

18 Vgl. Rabinowitch, Sowjetmacht (wie Anm. 10), S. 117.

19 Helmut Altrichter: Staat und Revolution in Sowjetrussland 1917–1922/23, Darmstadt <sup>2</sup>1996, S. 145. Zu den Einzelheiten des von den Linken Sozialrevolutionären um Steinberg und Šrejder ausgearbeiteten liberalen Gerichtsdekrets Nr. 2, das im März 1918 veröffentlicht wurde, vgl. ebenda, S. 145–147.

Zwei Monate später, am 14. Februar 1918, sandte Steinberg folgendes Telegramm an die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten in den Provinzen:<sup>20</sup>

„Angesichts der Festigung der Sowjetmacht sind wir der Meinung, dass der Moment eingetreten ist, in dem systematische Unterdrückungsmaßnahmen gegen Personen, Einrichtungen und Zeitungen aufhören müssen. Die Unterdrückung oder Verhinderung aktiver konterrevolutionärer Erscheinungen muss im Rahmen einer revolutionären Rechtsordnung durchgeführt werden. Politische Verhaftungen, Durchsuchungen und Beschlagnahmungen sollen nur durch eine Untersuchungskommission vollzogen werden, deren Zusammensetzung veröffentlicht werden muss. [...] es möge niemand wagen zu sagen, dass auf dem Territorium der Sowjetrepublik keine sozialistische Gerechtigkeit existiere. Die Revolution ist streng zu ihren aktiven Feinden und großmütig zu den Niedergeworfenen und Besiegten.“<sup>21</sup>

Steinbergs Tätigkeit als Volkskommissar für Justiz war nicht nur davon bestimmt, Menschlichkeit und eine gewisse Form der Rechtsstaatlichkeit in der Justiz und den Strafverfolgungsorganen zu etablieren, sondern zielte vor allem darauf ab, das Ansehen der Oktoberrevolution zu schützen und nicht durch willkürliche und übermäßige Akte von Gewalt oder Terror besudeln zu lassen.

Lenin und seine Mitstreiter nahmen Steinberg zunehmend als ein Hindernis wahr, das ihrer Absicht, ein allgegenwärtiges Terrorregime zu errichten, im Wege stand. So beschwerte sich Jēkabs Peterss (1886–1938), einer der beiden Stellvertreter Dzierżyńskis, dass Steinberg jeden mehr oder weniger entscheidenden Schritt, die Feinde der Sowjetmacht zu bekämpfen, behindere und versucht habe, die ČK unter seine Kontrolle zu bringen. Grundsätzlich hätten, so Peterss, die Linken Sozialrevolutionäre jeden Fehler der ČK übertrieben und ihre Vorrechte bekämpft.<sup>22</sup>

Wie Steinberg später schrieb, strebte Lenin seit den ersten Tagen der Oktoberrevolution danach, seine Mitstreiter und Genossen von der absoluten Notwendigkeit von Gewalt, Exekutionen und Terror zu überzeugen. Als der Bolschewik Lev Kamenev (1883–1936) auf dem Sowjet-Kongress nach dem Oktoberumsturz vorschlug, die von Aleksandr Kerenskij (1881–1970) wieder eingeführte Todesstrafe an der Front abzuschaffen, soll Lenin wütend geschrien haben: „Was für ein Unsinn. Kann man eine Revolution ohne Exekutionen machen?“ Als im Februar 1918 im Rat der Volkskommissare das Dekret „Das sozialistische Vaterland ist in Gefahr!“ diskutiert wurde, das feindlichen Agenten, Spekulanten, Verbrechern, Rowdys, konterrevolutionären Agitatoren und deutschen Spionen mit soforti-

20 Es ist nicht ganz klar, an wen genau Steinberg das Telegramm gesendet hat. Laut seiner eigenen Aussage ging es an die Deputierten in den Provinzen. Dies wird aber in der Quellensammlung Partija Levych Socialistov-Revoljucionerov. Dokumenty i Materialy, Tom 1, Ijul' 1917 g. Maj 1918 g. [Die Partei der Linken Sozialrevolutionäre. Dokumente und Materialien, Bd. 1, Juli 1917–Mai 1918], Moskva 2000, S. 179 nicht erwähnt.

21 Telegramm Steinbergs an die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauern-Deputierten vom Februar 1918, vgl. ebenda. Steinberg hat dieses Telegramm, das er auf den 14.2.1918 datiert, in äußerst ähnlicher Weise in seinem Buch über Maria Spiridonova wiedergegeben. Vgl. Isaac Steinberg: Spiridonova. Revolutionary Terrorist, New York, NY 1935; Nachdruck 1971, S. 196.

22 Vgl. Leggett, Cheka (wie Anm. 11), S. 51.

ger Erschießung drohte, protestierte Steinberg laut Trockij vehement gegen „diese brutale Drohung“, die das „Pathos des Aufrufes“ beeinträchtigte“. Darauf antwortete Lenin: „Im Gegenteil [...] gerade darin liegt das revolutionäre Pathos. [...] Glauben Sie denn, dass wir ohne den brutalsten revolutionären Terror als Sieger hervorgehen werden?“<sup>23</sup> Hier platzte Steinberg der Kragen: „Was schlagen wir uns dann mit einem Kommissariat für Justiz rum? Wir können es doch offen Kommissariat für soziale Ausrottung nennen und damit hat es sich!“ Darauf antwortete Lenin, dass es genau so sein sollte, jedoch könne man das nicht sagen.<sup>24</sup>

### Steinbergs Rolle während der Verfassungsgebenden Versammlung

Obwohl Steinberg von Beginn an den Terror der Bolschewiki bekämpfte und ihm offenbar bewusst war, dass diese eine Diktatur ihrer Partei anstrebten, hinderte ihn dies nicht daran, die Politik Lenins und seiner Mitstreiter zu unterstützen. Dies wurde vor allem bei der Frage des Umgangs mit der Konstituierenden Versammlung deutlich. Lange Zeit war Steinberg, wie auch andere (Linke) Sozialrevolutionäre, als Fürsprecher der Konstituante aufgetreten. So hatte er in der bereits erwähnten Sitzung des VCIK vom 1. Dezember 1917 erklärt, dass das Dekret des von den Bolschewiki dominierten Rats der Volkskommissare, die Kadetten zu einer „Partei von Volksfeinden“ zu erklären, den Wunsch erkennen lasse, die Konstituante zu sprengen und dass die Linken Sozialrevolutionäre einen solchen Schritt kategorisch ablehnten. Im Namen seiner Fraktion bestand Steinberg darauf, „die Konstituante in ihrem vollen, gewählten Umfang einzuberufen und ihr die Frage von Frieden, Land, und Arbeiterkontrolle vorzulegen“. Die Konstituierende Versammlung solle derselben Prüfung unterzogen werden wie die Provisorische Regierung: Sofern sie die Sowjetmacht bekämpfe, werde sie sich selbst zerstören.<sup>25</sup> Auch wenn sich Steinberg weiterhin in aller Deutlichkeit für die Einberufung der Konstituante ausgesprochen hatte, so erwartete er zu diesem Zeitpunkt bereits von ihr, im Sinne der Sowjetmacht zu handeln und zu entscheiden. So hatte er rund zwei Wochen zuvor auf dem 1. Parteitag der PLSR Ende November 1917 erklärt:

„Wenn ich sage, daß die oberste Regierungsgewalt auf die Konstituante übertragen wird, dann habe ich lediglich eine formale Übergabe im Auge, dies heißt nicht, daß die Sowjets entwaffnet werden und auseinandergehen müssen. Nein, sie müssen wachsam sein, und nur wenn die Konstituierende Versammlung erste Schritte gegen die Interessen der Demokratie unternimmt, müssen die Sowjets die mit Füßen getretenen Rechte verteidigen.“<sup>26</sup>

23 Lev Trockij: Über Lenin. Material für einen Biographen, Berlin 1924, S. 112. Nahezu identisch zu finden in Steinberg, Workshop (wie Anm. 6), S. 144 f.

24 Vgl. Steinberg, Workshop (wie Anm. 6), S. 145. Siehe auch Orlando Figes: Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der Russischen Revolution 1891–1924, Berlin 2008, S. 567.

25 Rede Steinbergs im VCIK am 1.12.1917, zitiert nach Keep, Debate (wie Anm. 8), S. 174.

26 Partija (wie Anm. 20), S. 151; hier zitiert nach Lutz Häfner: Die Partei der Linken Sozialrevolutionäre in der Russischen Revolution von 1917/18, Köln u.a. 1994, S. 248.

Damit hatte sich die Haltung Steinbergs zur Konstituante in den Monaten seit der Februarrevolution deutlich gewandelt. Ein solcher Meinungsumschwung war keineswegs untypisch und hing mit dem Umstand zusammen, dass die Einberufung der Versammlung immer wieder verschoben und damit auch eine Entscheidung über die Verfassungsordnung des post-zaristischen Staates und die Lösung anderer drängender Probleme massiv verzögert worden waren. So hatte Steinberg noch Ende Mai 1917 im Sowjet von Ufa erklärt, dass allein die Konstituierende Versammlung „die kardinalen Fragen des Lebens“ entscheiden könne.<sup>27</sup>

Nur ein halbes Jahr später hatte Steinberg die Ansicht, wonach man jegliche grundsätzliche Entscheidung der Konstituante zu akzeptieren habe, aufgegeben. Mit dem Oktoberumsturz war für Steinberg die Macht formal auf die Sowjets übergegangen, dies bedeutete, dass die Konstituante im Sinne der Sowjetmacht und der Oktoberrevolution zu handeln hatte. In Steinbergs Augen war nun der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten „Herr des Lebens“, nicht mehr die Verfassungsgebende Versammlung. Steinberg, aber auch andere Parteigenossen versuchten dennoch weiterhin die Rechte der Konstituante und ihrer Delegierten gegen die Bolschewiki um Lenin, der die Konstituierende Versammlung für überholt erklärt hatte,<sup>28</sup> zu verteidigen. In diesem Zusammenhang sei nur daran erinnert, dass Steinberg am 18. Dezember 1917 – also rund drei Wochen vor Zusammentreten der Konstituante am 5. Januar 1918 (a.S.) – ohne Rücksprache mit dem Rat der Volkskommissare die Freilassung von Aktivisten des „Komitees zur Verteidigung der konstituierenden Versammlung“, die bei einer Kundgebung verhaftet worden waren, verfügt und damit einen schweren Konflikt mit der ČK und Lenin in Kauf genommen hatte.

Als am Nachmittag des 5./18. Januar 1918 die Konstituante endlich zu ihrer ersten Sitzung zusammentrat, stellten die Fraktionen der Bolschewiki und der PLSR, wie nicht anders zu erwarten, die Machtfrage, indem sie von der Versammlung kategorisch verlangten, die vom VCIK am 3./16. Januar 1918 verabschiedete „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“ zur Grundlage ihrer Tätigkeit zu erklären.<sup>29</sup> Für die Fraktion der Linken Sozialrevolutionäre machte Steinberg in seiner Rede unmissverständlich deutlich, dass man von der Konstituierenden Versammlung ein klares Bekenntnis zu den Errungenschaften der Oktoberrevolution und ihre Unterordnung unter die Sowjets erwartete.<sup>30</sup> Die Mehrheit der Delegierten der Konstituante wähnte sich aber keineswegs mit Bolschewiki und Linken Sozialrevolutionären auf derselben Seite der Barrikaden und lehnte, wie zu erwarten, ein explizites Bekenntnis zum „Roten Oktober“ ab. Aus Protest

27 B.M. El'cin: Dni oktjabr'skogo perevorota na Južnom Urale i v Ufe [Die Tage des Oktoberumsturzes im südlichen Ural und in Ufa], zitiert nach Häfner, Partei (wie Anm. 26), S. 247, Anm. 161.

28 Manfred Hildermeier: Russische Revolution, Frankfurt a.M. 2004, S. 49.

29 Dieser Resolutionsantrag war für die Mehrheit der Delegierten der Konstituante kaum annehmbar, da er ein unbedingtes Bekenntnis zur Oktoberrevolution und ihre Unterordnung unter die Sowjets und den Rat der Volkskommissare verlangte. Vgl. Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes. Resolutionsantrag der bolschewistischen Fraktion in der Konstituierenden Versammlung, 18.1.1918, in: Helmut Altrichter (Hrsg.): Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod, Bd. 1: Staat und Partei, München 1986, S. 142.

30 Vgl. Tat'jana Novickaja (Hrsg.): Učreditel'noe Sobranie. Rossija 1918. Stenogramma i drugie dokumenty [Die Konstituierende Versammlung. Russland 1918. Stenogramm und andere Dokumente], Moskau 1991, S. 94 f. Vgl. auch Sergei Mstislavskii: Five Days which Transformed Russia, London 1988, S. 147.

gegen die „konterrevolutionäre“ Haltung der Konstituante verließen zunächst die Bolschewiki und schließlich auch die Linken Sozialrevolutionäre die Versammlung. Dabei hatte sich insbesondere Steinberg mit seinen Redebeiträgen hervorgetan, die letztlich nur darauf abzielten, eine vermeintlich reaktionäre Gesinnung der Mehrheit zu entlarven und damit über einen Grund für die Auflösung des verfassungsgebenden Konvents zu verfügen.<sup>31</sup>

Bereits am folgenden Tag beschloss das VCIK die Auflösung der Konstituante, unter anderem mit dem Hinweis, dass die Kandidatenlisten für deren Wahl vor der Oktoberrevolution aufgestellt worden seien, so dass das

„Volk [...] damals, als es für die Kandidaten der Partei der Sozialrevolutionäre stimmte, nicht zwischen den Rechten Sozialrevolutionären, den Anhängern der Bourgeoisie, und den Linken Sozialrevolutionären, den Anhängern des Sozialismus, seine Wahl treffen [konnte]. So kam es, daß diese Konstituierende Versammlung, die die Krönung der bürgerlichen parlamentarischen Republik sein sollte, sich der Oktoberrevolution und der Sowjetmacht unvermeidlich in den Weg stellen mußte.“<sup>32</sup>

Steinberg spielte, wie bereits erwähnt, eine zentrale Rolle bei dem Vorgehen, die demokratisch gewählte Konstituierende Versammlung vor das Dilemma zu stellen, entweder den *fait accompli* des Oktoberumsturzes und damit ihre eigene politische Bedeutungslosigkeit anzuerkennen oder aber ihre formale Auflösung zu riskieren. Hatte Steinberg ursprünglich den Zusammentritt der Verfassungsgebenden Versammlung noch vehement verteidigt, so hatte er nun eine wesentliche Rolle bei der Konstruktion einer Legitimationsgrundlage für die Auflösung der Konstituante gespielt. Wie Steinberg in seiner zwischen November 1918 und Februar 1919 verfassten Schrift „Ot fevralja po oktjabr' 1917 g.“ (Von Februar bis Oktober 1917) erklärte, war die Konstituierende Versammlung, „das frühere Ideal und in der ersten Periode der Revolution leidenschaftlich erwartete Ziel“, zum Zeitpunkt ihres Zusammentretens nunmehr bereits „überflüssig“ geworden.<sup>33</sup> Was zunächst wie eine bloße Rechtfertigung des eigenen, alles andere als demokratischen Handelns klingt, ist allerdings keineswegs völlig von der Hand zu weisen. So folgerte auch der Historiker Dietrich Geyer aus dem mangelnden aktiven Protest gegen die Auflösung der Konstituante, dass „[o]ffensichtlich [...], als es zum Schwur kam, der Ruf nach der parlamentarischen Repräsentanz des Volkes für die große Mehrheit der Bevölkerung bereits zu einer Leerformel geworden“<sup>34</sup> war.

31 Vgl. Novickaja (Hrsg.), *Učreditel'noe Sobranie* (wie Anm. 30), S. 143 f., sowie Francis King (Hrsg.): *The Narodniks in the Russian Revolution. Russia's Socialist Revolutionaries in 1917*, London 2007, S. 93 f. Vgl. auch Steinbergs Erinnerungen: Steinberg, Volkskommissar (wie Anm. 8), S. 85.

32 Dekret über die Auflösung der Konstituierenden Versammlung, 19.1.1918, in: Helmut Altrichter (Hrsg.): *Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod*, Bd. 1: Staat und Partei, München 1986, S. 30.

33 I. Štejnberg: *Ot fevralja po oktjabr' 1917 g.* [Von Februar bis Oktober 1917], Berlin u.a. 1919 oder 1920, S. 127. Auch in seinen späteren Erinnerungen blieb Steinberg bei dieser Einschätzung. Vgl. Steinberg, *Volkskommissar* (wie Anm. 8), S. 49.

34 Dietrich Geyer: *Die Russische Revolution. Historische Probleme und Perspektiven*, Göttingen<sup>4</sup> 1985, S. 112. Ganz ähnlich argumentierte später Steinberg, vgl. Steinberg, *Workshop* (wie Anm. 6), S. 56.

### **Der Bruch der Koalition mit den Bolschewiki**

Dass Steinberg die Konstituante zum Zeitpunkt ihrer ersten Sitzung im Januar 1918 als „überflüssig“ erachtete und auch entsprechend handelte, macht deutlich, wie sehr er den seit den Tagen des Oktoberumsturzes eingeschlagenen Weg in eine Diktatur des Proletariats bzw. der Sowjets aktiv mittrug. Zweifellos hatte er von Beginn an die Neigungen führender Bolschewiki zum Terror bekämpft, aber dies hatte keineswegs die Koalition mit diesen in Frage gestellt. Zu sehr schien nach Meinung der Linken Sozialrevolutionäre und Steinbergs das grundsätzliche Ziel der Etablierung der Räteherrschaft mit dem der Bolschewiki übereinzustimmen. Insofern war es keineswegs verwunderlich, dass Mitte März 1918 nicht die Frage exzessiver Gewaltanwendung, sondern vielmehr ein politisch-ideologischer Grund unter Federführung Steinbergs zum Austritt der Linken Sozialrevolutionäre aus dem Rat der Volkskommissare führte.

Nachdem Steinberg in der ersten und einzigen Sitzung der Konstituante noch explizit von den Delegierten verlangt hatte, wenigstens über die „von der Sowjetregierung befolgte Politik [...] der Organisation der weitestgehenden Verbrüderung zwischen den Bauern und Arbeitern in den heute einander bekämpfenden Armeen und der Anwendung aller revolutionären Mittel zur Durchsetzung eines demokratischen Friedens ohne Annexion und Kontributionen auf der Grundlage eines freien Selbstbestimmungsrechtes der Nationen“ abzustimmen, musste er bald erkennen, dass die Mehrheit der Bolschewiki unter Lenins Führung keineswegs dieses Ziel verfolgte. Nachdem die deutsche Seite einer russischen Annahme der von ihr diktierten harschen Friedensbedingungen durch einen weiteren Vormarsch deutscher Truppen seit dem 19. Februar 1918 Nachdruck verliehen hatte, kamen vier Tage später Bolschewiki und PLSR zu einer gemeinsamen Sitzung der beiden Fraktionen im VCIK zusammen. Während Lenin und die Mehrheit der Bolschewiki aufgrund realpolitischer Erwägungen des Machterhalts dafür plädierten, diese Friedensbedingungen anzunehmen, sprach sich Steinberg dagegen aus und gab damit die Mehrheitsmeinung seiner Fraktion in dieser Frage wieder.<sup>35</sup> Er und seine Partei sahen dies als Verrat an den „werk-tätigen Massen“ im In- und Ausland an und stimmten in der entscheidenden Sitzung der VCIK gegen den Frieden von Brest-Litovsk. Darüber hinaus weigerten sich die linkssozial-revolutionären Volkskommissare, das Dekret zu unterschreiben, in dem die Annahme der deutschen Friedensbedingungen vorgegeben war. Bei der vierten außerordentlichen Sitzung der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- und Kosaken-Deputierten, die zwischen dem 12. und 16. März 1918 in Moskau stattfand, lehnte die PLSR im Gegensatz zur Mehrheit nicht nur erneut die Annahme des Friedensvertrags ab, sondern verkündete durch Steinberg auch ihren Austritt aus dem Rat der Volkskommissare.

### **Der „internationalistische Traum“ und die Zerschlagung der PLSR**

Zwar war damit der Bruch zwischen PLSR und Bolschewiki auf oberster Regierungsebene vollzogen, jedoch muss betont werden, dass es auf regionaler und lokaler Ebene auch

<sup>35</sup> Vgl. Häfner, Partei (wie Anm. 26), S. 361.

in der Folgezeit zu Kooperationen der beiden Links-Parteien kam.<sup>36</sup> Grundsätzlich war die Führung der PLSR keineswegs abgeneigt, die Koalition mit den Bolschewiki unter veränderten politischen Bedingungen zu erneuern. Dementsprechend dominierte auf dem 2. Parteitag der PLSR im April 1918 auch die Frage einer Kooperation mit den Bolschewiki die Debatten, was schließlich zu einer von Steinberg formulierten Resolution führte, dass der Rückzug aus dem Rat der Volkskommissare richtig gewesen sei, jedoch der Parteitag das ZK ermächtigte, „im Falle einer Änderung der politischen Konjunktur an der Zentralregierung teilzunehmen“.<sup>37</sup>

Trotz dieser Resolution wurden allerdings auch Stimmen laut, die vor dem Hintergrund ihrer eigenen Erfahrungen ein erneutes Zusammengehen mit den Bolschewiki skeptisch beurteilten. So avancierte Steinberg beim zweiten Parteitag der PLSR zu einem scharfen Kritiker der Koalition mit den Bolschewiki, indem er konstatierte, dass die Linken Sozialrevolutionäre im Rat der Volkskommissare, also auch er als Volkskommissar für Justiz, nie tatsächliche Macht besessen hätten und die Linken Sozialrevolutionäre zum Volk zurückkehren müssten, um die soziale Revolution zu verwirklichen.<sup>38</sup> Gleichzeitig erklärte er aber, dass man in Zukunft eine „ehrliche Koalition“ mit den gesunden Elementen der Bolschewiki bilden werde, wobei diese Koalition allerdings „eine neue ideelle Hegemonie“ besitzen müsse, was momentan nicht der Fall sei. „Diese Rolle der Geschichte“ sei, so Steinberg weiter, seiner Partei aufgebürdet.<sup>39</sup> Damit sprach er sich beim Parteitag trotz aller Kritik für die „schnelle Verwirklichung einer engen Kooperation mit den Bol’sheviki aus, wenn auch unter der Einschränkung, daß dadurch die bestehenden Differenzen nur zugunsten eines Kompromisses nicht verdeckt werden dürften“.<sup>40</sup> Dabei dürfte es jedoch ihm und den anderen Linken Sozialrevolutionären kaum entgangen sein, dass nur eine Woche nach dem Austritt der Linken Sozialrevolutionäre aus der Regierung die ČK sich einseitig das alleinige Recht angemahnt hatte, Verhaftungen, Durchsuchungen, Requirierungen und Konfiskationen in Bezug auf konterrevolutionäre Handlungen, Spekulation und Missbrauch von Amt und Presse durchzuführen.<sup>41</sup>

Zu diesem Zeitpunkt war allerdings für Steinberg wie auch für viele seiner Parteigenossen die Frage, wie sich die Revolution grundsätzlich entwickelte, weitaus entscheidender. Tatsächlich ging Steinberg im April 1918 davon aus, dass Russland am „Vorabend einer dritten Revolution“, nämlich einer bäuerlichen, stünde, die zur wahren ‚Volksherrschaft‘

36 Vgl. Cinnella, *Tragedy* (wie Anm. 9), S. 63. Beispielsweise war Aleksandr Šrejder, Steinbergs Stellvertreter während seiner Zeit als Volkskommissar für Justiz, zwischen dem 1.4.1918 und dem 20.6.1918 Volkskommissar für Justiz des Moskauer Gebietes (Die schweizerische Bundesanwaltschaft an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement am 23.9.1920, Steinberg, Isaac, Bundesarchiv Schweiz C.8.5516).

37 Zitiert nach Häfner, *Partei* (wie Anm. 26), S. 412. Vgl. auch Cinnella, *Tragedy* (wie Anm. 9), S. 62 f.

38 Rede Steinbergs am 19.4.1918 beim 2. Parteitag der Linken Sozialrevolutionäre (Internationalisten), in: *Partija* (wie Anm. 20), S. 346. Mit einigen deutlichen Abweichungen auch bei Cinnella, *Tragedy* (wie Anm. 9), S. 61.

39 Rede Steinbergs am 19.4.1918 beim 2. Parteitag der Linken Sozialrevolutionäre (Internationalisten), in: *Partija* (wie Anm. 20), S. 348.

40 Häfner, *Partei* (wie Anm. 26), S. 415.

41 Vgl. Leggett, *Cheka* (wie Anm. 11), S. 46.

und damit zur Verwirklichung der linkssozialrevolutionären Konzeption führen werde“.<sup>42</sup> Geleitet werden könne diese revolutionäre Bewegung nur von einer Partei, die sich bedingungslos für die Sozialisierung des Bodens einsetze und nicht wie die Bolschewiki vor der nationalen und internationalen Bourgeoisie kapitulieren wolle. Von zentraler Bedeutung war für Steinberg das internationalistische Element der Revolution, das er durch die Politik der Bolschewiki und insbesondere den Sonderfrieden von Brest-Litovsk massiv bedroht sah. Insofern warnte Steinberg nicht nur davor, dass Russland als Folge dieses Friedens in ein Werkzeug imperialistischer Mächte verwandelt werde, sondern auch vor einer Trennung der russischen von der internationalen Revolution.<sup>43</sup>

Vor diesem Hintergrund wurden Steinberg und sein ehemaliger Stellvertreter Šrejder vom ZK der PLSR in den Westen entsandt, um sich mit den dortigen sozialistischen Parteien in Verbindung zu setzen und die revolutionäre Stimmung, insbesondere in Deutschland, zu erkunden. Seit Juni bzw. Juli 1918 hielten sich beide in der Schweiz auf. Wie Šrejder in einem späteren Verhör bei der Berner Polizei erklärte, bestand ihre Aufgabe darin, „unseren Freunden und überhaupt der ganzen Bevölkerung die Verhältnisse in Russland“ zu schildern und „gegen den Frieden von Brest-Litovsk Stellung“ zu beziehen.<sup>44</sup> In diesem Zusammenhang hatte die Partei Steinberg und Šrejder etwa 400 000 Rubel anvertraut, die zur Finanzierung von Propagandamaterial (Broschüren, Wochenzeitung usw.) verwendet werden sollten.<sup>45</sup> Paradoxiertweise firmierte Steinberg, dessen Aufgabe es letztlich war, gegen die Friedenspolitik der Bolschewiki zu agitieren, offiziell als Rechtsberater der sowjetischen Mission in der Schweiz, auch wenn er mit dieser während seines Aufenthaltes tatsächlich nichts zu tun hatte. Dass die Bolschewiki im Mai/Juni 1918 gewillt waren, Steinberg diesen Status zuzugestehen, macht erneut deutlich, dass es zu diesem Zeitpunkt noch zu keinem definitiven Bruch zwischen den beiden Parteien gekommen war. Steinberg nutzte jedenfalls seinen Aufenthalt in der Schweiz, um dem Anliegen eines revolutionären Internationalismus Gehör zu verschaffen. So veröffentlichte er dort im Namen seiner Partei eine Broschüre gegen den „konterrevolutionären“ Frieden von Brest-Litovsk, die auf Deutsch,<sup>46</sup> Französisch<sup>47</sup> und Englisch<sup>48</sup> erschien.<sup>49</sup> Darin kritisierte er unter anderem, dass der Friedensvertrag „in starkem Masse *den internationalen Einfluss* unserer Revolution verringert“<sup>50</sup> und die Ausbreitung der Weltrevolution erschwert habe.<sup>51</sup> Allerdings vermied es Steinberg in seiner

42 Häfner, Partei (wie Anm. 26), S. 407; auf Russisch: Rede Steinbergs am 19.4.1918 beim 2. Parteitag der Linken Sozialrevolutionäre (Internationalisten), in: Partija (wie Anm. 20), S. 347.

43 Vgl. Häfner, Partei (wie Anm. 26), S. 407.

44 Die schweizerische Bundesanwaltschaft an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement am 23.9.1920, S. 9; Steinberg, Isaac, Bundesarchiv Schweiz C.8.5516.

45 Dieses Geld wurde von beiden teilweise auf verschiedenen Schweizer Banken deponiert.

46 I. Steinberg: Warum wir gegen den Brester Frieden sind. Partei der linken Sozialisten-Revolutionäre (Internationalisten), Genf 1918.

47 J. Steinberg: Pourquoi nous sommes contre la paix de Brest-Litovsk, Genf 1918.

48 I. Steinberg: Why We Are Against the Brest-Litovsk Peace, Genf 1918.

49 Diese Broschüre hatte Steinberg im selben Jahr auch auf Russisch in Moskau veröffentlicht, wobei davon auszugehen ist, dass die russischsprachige Version als Vorlage für die anderssprachigen Übersetzungen diente. Vgl. I. Steinberg: Počemu my protiv Brestskogo Mira [Warum wir gegen den Brester Frieden sind], Moskau 1918.

50 Steinberg, Brester Frieden (wie Anm. 46), S. 36.

51 Vgl. ebenda, S. 21.

Schrift, die Bolschewiki für diesen „räuberischen“<sup>52</sup> und „konterrevolutionären Frieden“<sup>53</sup> deutlich zu kritisieren. Lenin, den Steinberg zu den „der Sache der Revolution ergebensten Leute[n]“ zählte, sei es gelungen, „die Mehrheit seiner Partei zu überzeugen, dass es der Soviet-Republik unmöglich sei, unter den gegenwärtigen Zuständen den Kampf der Durchsetzung ihrer Bedingungen des internationalen Friedens auf sich zu nehmen und dass das Volk eine Ruhepause brauche, um seine Kräfte für die Zukunft allmählich ansammeln zu können“.<sup>54</sup>

Während Steinberg von der Schweiz aus publizistisch versuchte, international Stimmung gegen den Separatfrieden mit dem Deutschen Reich zu machen, beschloss das ZK der PLSR in Moskau, „der sogenannten ‚Atempause‘, geschaffen durch die Ratifikation des Brester Friedens durch die bolschewistische Regierung, im Interesse der russischen wie der internationalen Revolution in aller kürzester Frist“ ein gewaltsames Ende zu setzen. In diesem Sinne erachtete es das „ZK der Partei als möglich und notwendig, eine Reihe terroristischer Anschläge gegen führende Repräsentanten des deutschen Imperialismus zu organisieren und alle Mittel darauf zu verwenden“.<sup>55</sup> Dabei wurde jedoch in der Resolution ausdrücklich betont, dass diese Handlungsweise der PLSR „als Kampf gegen die augenblickliche Politik des Rates der Volkskommissare, aber in keinem Fall als Kampf gegen die Bol’sheviki“<sup>56</sup> zu betrachten sei. Im Falle aggressiver Handlungen der Bolschewiki werde man sich jedoch mit Waffen verteidigen.<sup>57</sup>

Nicht einmal zwei Wochen später ermordeten zwei Linke Sozialrevolutionäre gemäß der ZK-Resolution den Außerordentlichen Gesandten des Deutschen Reichs in Sowjetrußland, Wilhelm Graf von Mirbach-Harff (1871–1918). Damit begann der so genannte Juli-Aufstand der Linken Sozialrevolutionäre, der sich vor allem die Verteidigung der Revolution und der Sowjets sowie den Kampf gegen „Konterrevolution“ und „Imperialismus“ auf die Fahnen geschrieben hatte. Steinberg formulierte es später so: „The real meaning of those events lies in the dramatic attempt to force the Bolshevik government to change its international and internal policy – in the name and in the interests of the further undisturbed development of the October Revolution.“<sup>58</sup> „Das politische Ziel war“, so Steinberg bei anderer Gelegenheit, „die Erneuerung der Koalition mit den Bolschewiki, nachdem sich die unerträgliche Lage des Landes geändert haben wird.“<sup>59</sup>

Die Bolschewiki fassten das Vorgehen der Linken Sozialrevolutionäre, das sich nach der Ermordung von Mirbachs zu dem antizipierten „Akt der Selbstverteidigung“<sup>60</sup> entwickelte,

52 Ebenda, S. 29.

53 Ebenda, S. 39.

54 Ebenda, S. 18.

55 Protokoll der Sitzung des ZK der PLSR vom 24.6.1918, zitiert nach Häfner, Partei (wie Anm. 26), S. 542.

56 Ebenda.

57 Vgl. ebenda.

58 I. Steinberg: The Events of July 1918, Hoover Institution Archives, Collection Number: XX692, S. 1.

59 Brief Steinbergs an die Redaktion von „The Nation“ in New York vom 12.10.1928; Papers of Isaac Nachman Steinberg (1888–1957), YIVO Institute for Jewish Research New York, RG 366, Folder 23. Diese Sichtweise wird auch von dem Historiker Cinnella bestätigt. Vgl. Cinnella, Tragedy (wie Anm. 9), S. 66.

60 Häfner, Partei (wie Anm. 26), S. 556.

jedoch als Putschversuch gegen ihre Herrschaft auf, als Konterrevolution, mit der man gnadenlos abrechnen musste. In den folgenden Wochen und Monaten wurde die PLSR von den Bolschewiki zerschlagen, ihre Parteibüros geschlossen, ihre Presseorgane verboten, zahlreiche führende Linkssozialrevolutionäre verhaftet und der sowjetische Staatsapparat, also die Sowjets, die Volkskommissariate, die Rote Armee, die ČK und die Gewerkschaften durch Ausschluss Linker Sozialrevolutionäre „gesäubert“. Der „internationalistische Traum“ und die damit verbundene kompromisslose Haltung gegenüber dem Frieden von Brest-Litovsk hatten die Beziehungen der PLSR zu den Bolschewiki endgültig ruiniert.<sup>61</sup>

Nachdem Steinberg Mitte November 1918 zusammen mit der sowjetischen Mission wegen revolutionärer Agitation aus der Schweiz ausgewiesen worden war,<sup>62</sup> kehrte er Mitte Dezember nach Moskau zurück. Noch am Bahnhof wurde er wegen seiner angeblichen Beteiligung am „Juli-Aufstand“ der PLSR von Dzierżyński verhaftet, jedoch wenige Tage später wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die Zerschlagung der PLSR, die Verfolgung loyaler Linker Sozialrevolutionäre sowie auch seine eigene kurzzeitige Verhaftung veranlassten Steinberg keineswegs dazu, auf ein Engagement für eine linkssozialrevolutionäre Politik in der Öffentlichkeit zu verzichten. Im Archiv des russischen Inlandsgeheimdienstes (FSB) lassen sich mehrere Augenzeugenberichte über Auftritte von Steinberg und Maria Spiridonova (1884–1941) bei Arbeitermeetings in Moskau im Februar 1919 finden, die laut Pavlov „klare Beweise ihrer Popularität in Arbeiterkreisen“ seien. Nicht zuletzt dieser Umstand dürfte die ČK dazu bewogen haben, im Februar und März 1919 unter dem Vorwurf der Verschwörung gegen die Regierung nahezu die gesamte Führungsriege der PLSR, darunter auch Steinberg, sowie rund 200 Parteiaktivisten zu verhaften.<sup>63</sup> Seit Mitte Februar 1919 befand sich Steinberg im berühmten Butyrki-Gefängnis und musste den immer mehr um sich greifenden Terror der Bolschewiki am eigenen Leib erfahren. Dabei war, so Steinberg, nicht so sehr der Freiheitsentzug an sich das Hauptproblem, sondern vielmehr dessen politische und moralische Implikationen, betrachteten sich doch alle Inhaftierten als organischen Teil der befreienden Russischen Revolution.<sup>64</sup>

Insbesondere aber sahen sich Steinberg und seine inhaftierten Parteigenossen in einem Dilemma gefangen: Draußen tobte der Bürgerkrieg und die Linken Sozialrevolutionäre brannten darauf, ihre Revolution, die Oktoberrevolution, gegen die Weißen zu verteidigen. Gleichzeitig stellten sich aber auch viele die Frage, ob sie damit nicht auch das Regime der Bolschewiki verteidigen würden.

61 Vgl. Cinnella, *Tragedy* (wie Anm. 9), S. 61 f.

62 Vgl. hierzu Alfred Erich Senn: *Diplomacy and Revolution. The Soviet Mission to Switzerland, 1918*, London 1974, S. 169-171; vgl. auch Die schweizerische Bundesanwaltschaft an das schweizerische Justiz- und Polizeidepartement, 11.1.1919, S. 1; Steinberg, Isaac, Bundesarchiv Schweiz C.8.5516.

63 D.B. Pavlov: *Bol'shevistskaja diktatura protiv socialistov i anarhistov 1917–seredina 1950-x godov* [Die bolschewistische Diktatur gegen Sozialisten und Anarchisten, 1917–Mitte der 1950er Jahre], Moskau 1999, S. 44.

64 Vgl. Steinberg, *Workshop* (wie Anm. 6), S. 180.

### „General ohne Armee“

Während ihrer Zeit im Butyrki-Gefängnis (etwa Februar bis Juli 1919) beschloss der Teil der PLSR, an dessen Spitze Steinberg und Šrejder standen, auf den aktiven Kampf gegen die regierenden Bolschewiki zu verzichten. Steinberg und Šrejder hatten die Mehrheit des ZK zu einer Überprüfung der Taktik bewogen und mithilfe der Stimmen von ZK-Mitgliedern, die sich im Butyrki-Gefängnis befanden, eine Resolution verabschiedet. Diese Resolution sah den Beginn von Gesprächen mit dem ZK der KPR vor. Gleichzeitig wollte man auf den aktiven Kampf gegen die „gegenwärtige Sowjetmacht“ und gegen die KPR, auf Agitation in der Roten Armee mit dem Ziel, dort Zerrüttung hineinzutragen sowie auf die Unterstützung der Desertion und irgendwelcher terroristischer Akte auf sowjetischem Gebiet verzichten.<sup>65</sup>

Daraufhin fanden im August/September 1919 Gespräche zwischen Mitgliedern des ZK der Bolschewiki und des ZK der PLSR (Steinberg, Šrejder und Bakkal) statt, um die Möglichkeiten einer Kooperation auszuloten. Allerdings konnte keinerlei Einigung erzielt werden, da sich die Verhandlungsführer der PLSR zu eindeutigen Zusagen nicht durchringen wollten. In den Augen der ČK deuteten die Aussagen einer Reihe abgefangener Briefe darauf hin, dass die PLSR die Verhandlungen mit den Bolschewiki nur zum Schein aufgenommen habe, um die Freilassung von PLSR-Mitgliedern aus dem Gefängnis zu erreichen. Tatsächlich habe Steinberg laut eines Zirkulars der ČK bei einer für Ende September 1919 einberufenen ZK-Sitzung fast offen zugegeben, dass die Verhandlungen mit dem ZK der KPR eine taktische Maßnahme gewesen seien.<sup>66</sup> Diese Vermutung der ČK deckt sich auch mit Aussagen Steinbergs in seinem Werk „In the Workshop of the Revolution“, wonach die Verhandlungen mit den Bolschewiki vor allem die Freilassung inhaftierter Parteigenossen sowie die erneute Legalisierung der Partei zum Ziel hatten.<sup>67</sup>

Selbst nach dem Scheitern der Verhandlungen mit den Bolschewiki setzte Steinberg seine legalistische Politik fort. Allerdings hatten nach Erkenntnissen der ČK Steinberg und seine Gefolgsleute innerhalb der PLSR, die „Štejnbergovcy“, nichts weniger im Sinn, als eine legale Existenz der Partei dazu zu nutzen, die Bolschewiki zu stürzen, indem man in die sowjetischen Institutionen eindringe und diese von innen unterwandere. Dem Brief eines innerparteilichen Gegners zufolge hätten Steinberg und seine Fraktion nur eine temporäre Änderung der aktivistischen Parteitaktik aus objektiven und subjektiven Gründen vorgenommen. Dabei seien sie der Ansicht gefolgt, dass der Bolschewismus nicht als Konterrevolution zu bewerten sei. Da die *Denikinščina*, die Herrschaft Denikins, schlimmer sei, müsse man nun alle Kräfte bündeln, um den Angriff der zaristischen Konterrevolution abzuwehren. Folglich komme es momentan auf keinen Fall in Frage, die Massen zum Sturz der Bolschewiki aufzuwiegeln und die Rote Armee zu zersetzen; vielmehr müsse man sich von Aufständen der Arbeiter gegen die bolschewistische Macht abgrenzen, um nicht den Kampf mit der zaristisch-weißen Konterrevolution an der Front zu behindern.<sup>68</sup>

65 Vgl. Zirkular der VČK, Nr. 3 vom 1.1.1920, Pavlov, Bol'shevistskaja diktatura (wie Anm. 63), S. 140.

66 Ebenda, S. 141.

67 Steinberg, Workshop (wie Anm. 6), S. 186. Zu den Verhandlungen selbst vgl. ebenda, S. 186-193.

68 Vgl. Pavlov, Bol'shevistskaja diktatura (wie Anm. 63), S. 142.

Steinberg und seinen Anhängern innerhalb der PLSR ging es also zunächst darum, die Oktoberrevolution gegen die Weißen zu verteidigen und vor allem die eigene Partei wieder organisatorisch zu stärken, was als Vorbedingung für eine künftige Machtübernahme angesehen wurde. Für die ČK stellten diese „Steinberg’schen Träumereien“ nach eigenem Bekunden allerdings keine Gefahr dar, zu sehr war sie vom Sieg der Bolschewiki überzeugt.<sup>69</sup>

Ende April 1920 veröffentlichten Steinberg und seine Anhänger („Mehrheit des ZK der PLSR“) eine Erklärung, in der sie den im Oktober 1919 verabschiedeten Beschluss, den bewaffneten Kampf gegen die Bolschewiki aufzugeben, bekräftigten.<sup>70</sup> Zwar war diese Erklärung nach Meinung der ČK geprägt von „Aber“- und „Andererseits“-Formulierungen, aber sie war von der Mehrheit des ZK der PLSR unterzeichnet worden, womit eine Spaltung des ZK der Partei in eine von Steinberg angeführte Mehrheit und eine von Spiridonova angeführte Minderheit offiziell vollzogen worden sei. In den Augen der ČK hatten die „Štejnbergovcy“ inzwischen die Position „guter Nachbarn“ der Kommunistischen Partei eingenommen, die nur kritisch über die „Fehler“ der KP „murrten“. Im Wesentlichen seien sie aber „Generäle ohne Armee“ bzw. ZK-Mitglieder ohne Partei und Organisation, die momentan die Macht der Bolschewiki nicht gefährden könnten. Dennoch müsse man, wie im Zirkular der ČK vom 1. Mai 1920 betont wurde, alle aus der Haft entlassenen Linken Sozialrevolutionäre unbedingt im Auge behalten, um die Möglichkeit ihres erneuten massiven Parteiengagements (gegen die Bolschewiki) zu verhindern.<sup>71</sup>

Etwas mehr als ein halbes Jahr später, Ende 1920, konnte die ČK konstatieren, dass das Verhältnis der PLSR-„Mehrheit“ unter Führung Steinbergs zu den Bolschewiki – gemeint war der offizielle Verzicht auf den bewaffneten Kampf gegen die Kommunistische Partei – Zersplitterung und Desorganisation in die Reihen der aktiven Mitglieder, die weiterhin die Sowjetmacht bekämpften, getragen habe.<sup>72</sup> Damit wurde letztlich Steinberg für die Spaltung und Schwächung der Partei verantwortlich gemacht.

Es lässt sich nicht abschließend beurteilen, ob der von Steinberg eingeschlagene „legalistische“ Weg nur eine Maßnahme war, um die Partei auf eine künftige Machtübernahme besser vorzubereiten oder ob sich Steinberg (und seine Gefolgsleute) nicht doch mit der Herrschaft der Bolschewiki in gewisser Weise arrangiert hatten. Unrichtig ist jedenfalls die Behauptung des Übersetzers im Vorwort von Steinbergs Werk „Spiridonova. Revolutionary Terrorist“, wonach Steinberg von seiner Verhaftung Anfang 1919 bis April 1923, als er nach Deutschland emigrierte, einen „Untergrundkrieg“ gegen die Bolschewiki geführt habe.<sup>73</sup> Davon kann keine Rede sein. Vielmehr galt Steinberg im September 1921 in den

69 Zirkular der VČK, Nr. 3 vom 1.1.1920, ebenda, S. 144.

70 Vgl. den Wortlaut der Erklärung der Mehrheit des ZK der PLSR vom 29.4.1920, in: Ju.G. Fel’stinskij (Hrsg.): VČK–GPU. Dokumenty i Materialy [VČK–GPU. Dokumente und Materialien], Moskau 1995, S. 102 f. GPU war die Nachfolgerin der ČK und Vorläuferin des NKWD und KGB. Vgl. auch An alle Organisationen und Mitglieder der Partei der linken Sozialrevolutionäre (Internationalisten) vom November 1920, in: Willy Birkenmaier (Hrsg.): Isaak Steinberg: Publizistik aus den Jahren 1916–1923, Heidelberg 2003, S. 59–62.

71 Vgl. Zirkular Nr. 4 der VČK vom 1.5.1920, Pavlov, Bol’shevistskaja diktatura (wie Anm. 63), S. 155.

72 Zirkular der VČK Nr. 8 vom 18.12.1920, ebenda, S. 165.

73 Translator’s Note, in: Steinberg, Spiridonova (wie Anm. 21), S. V f.

Augen der ČK immerhin als „gesellschaftlicher Repräsentant“, der für die Freilassung der inhaftierten Maria Spiridonova bei der ČK eine „Bürgerschaft“ leisten konnte.<sup>74</sup>

Aber selbst wenn sich Steinberg zumindest partiell mit den Bolschewiki arrangiert hatte, um sich und seiner Partei eine legale Existenz zu ermöglichen, so bedeutet dies keineswegs, dass er der Politik der Bolschewiki kritiklos gegenübergestanden hätte. Als der bekannte deutsche Anarchosyndikalist Augustin Souchy (1892–1984) zwischen April und Oktober 1920 Russland und die Ukraine zu Studienzwecken bereiste, erhielt er von Steinberg „Informationen aus erster Hand“ über den „Machtmißbrauch der Tscheka“ und den „organisierten Massenterror“.<sup>75</sup> Darüber hinaus sagte Steinberg gegenüber Souchy: „Wenn es Lenin mit der These, daß der Staat verschwinden soll, ernst meint, dann ist es unlogisch, einen diktatorischen Staat aufzubauen, in dem alle Freiheiten unterdrückt sind.“<sup>76</sup>

Trotz seiner Ansicht, dass die Bolschewiki eine Diktatur errichteten oder bereits errichtet hätten, die zweifellos auch seine eigene Freiheit und Existenz gefährden konnte, scheint Steinberg nicht ernsthaft den Schritt in die Emigration erwogen zu haben. Vielmehr bemühten sich die Bolschewiki darum, ihn indirekt des Landes zu verweisen. Bereits im Frühjahr 1921 beschied das ZK der KPR (b) den Antrag Linker Sozialrevolutionäre, eine Auslandsreise Steinbergs zu genehmigen, folgendermaßen: „Erlaubt, Rückkehr nicht zugelassen.“<sup>77</sup> Tatsächlich sollte Steinberg aber erst 1923 Russland verlassen, um im Mai an einer Konferenz der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien in Hamburg teilzunehmen.

### Steinbergs publizistische und literarische Reflexionen über die Oktoberrevolution

Im folgenden Abschnitt wird nun analysiert, wie Steinberg vor dem Hintergrund jener eigenen Erfahrungen die Russische Revolution, vor allem die Oktoberrevolution und den beginnenden Terror der Bolschewiki, in seinen zahlreichen Schriften reflektierte, welche Schlussfolgerungen er aus diesen zog und wie sie sein weiteres politisches und gesellschaftliches Engagement beeinflussten. Schließlich wird sich auch die Frage nach Kontinuität und Zäsur stellen.

Ein zentrales Motiv Steinbergs, sich publizistisch immer wieder mit der Oktoberrevolution auseinanderzusetzen, war sein Bedürfnis, vor der Welt ein positives Bild des „Roten Oktobers“ zu zeichnen. Er wollte die Bedeutung der Partei der Linken Sozialrevolutionäre sowie auch seine eigene Rolle in der Oktoberrevolution wieder in die Geschichte und in die Erinnerung einschreiben. Denn gerade im Ausland bestand nach Steinbergs Meinung die Gefahr, dass die Oktoberrevolution im kollektiven Gedächtnis allein mit den Bolschewiki und

74 Vgl. Auskunftsbericht der Verschlussabteilung der Gesamtrussischen Tscheka vom 17.10.1921, in: Lenin (wie Anm. 13), S. 578.

75 Augustin Souchy: „Vorsicht Anarchist!“. Ein Leben für die Freiheit. Politische Erinnerungen, Darmstadt u.a. 1977, S. 44.

76 Zitiert nach Augustin Souchy: Wie lebt der Arbeiter und Bauer in Rußland, in: Johannes Ch. Traut (Hrsg.): Russland zwischen Revolution und Konterrevolution. Bd. II: Berichte (1917–1921), München 1975, S. 181–225, hier S. 189.

77 Pavlov, Bol'shevistskaja diktatura (wie Anm. 63), S. 71 f.

ihrem Terror assoziiert werden würde. In letzter Konsequenz würde dies aber bedeuten, dass der „Rote Oktober“ nicht nur diskreditiert wäre, sondern auch seine positiven Alternativen in Vergessenheit geraten würden, für die nicht zuletzt Steinberg und seine Partei gestanden hätten. So äußerte Steinberg in seiner Schrift „Zehn Jahre Oktober-Revolution“, die er gleichsam als publizistisches Denkmal für die PLSR 1928 im Berliner Exil veröffentlichte: „Der Oktober war keineswegs ein bolschewistischer [sic!] Aufstand [...]. Die bolschewistischen Geschichtsschreiber ebenso wie die verschiedenen Arten der Oktober-Gegner unterstützen die Legende von dem bolschewistischen Charakter jener großen Umwälzung.“<sup>78</sup> Wie Steinberg weiter betont, waren die Bolschewiki nicht die einzige „bewegende Kraft der Umwälzung“, vielmehr waren an dieser auch Linke Sozialrevolutionäre, Anarchisten und Maximalisten in entscheidender Weise beteiligt.<sup>79</sup>

Nur ein Jahr später veröffentlichte Steinberg in München unter dem Titel „Als ich Volkskommissar war. Episoden aus der russischen Oktoberrevolution“ seine Erinnerungen an die Revolutionszeit. Hier machte er nochmals deutlich, wogegen er anscrieb:

„In den Jahren des Bestehens der bolschewistischen Ordnung in Rußland hat sich allgemein eine sehr primitive Vorstellung über die Oktoberrevolution des Jahres 1917 herausgebildet. Man hat erstens den welthistorischen Sturm jenes Oktobermonats mit der bolschewistischen Partei zusammengeworfen. Man hat zweitens alle anderen revolutionären Kräfte (z.B. die Partei der Linken Sozialrevolutionäre), die an den Oktoberkämpfen teilgenommen haben, mit der bolschewistischen Partei zusammengeworfen. Man hat drittens die bolschewistische Partei selbst sich vorgestellt wie aus einem Stück Eisen und Feuer geschmiedet. Ein solches Vermischen der Karten ist nicht nur aus rein historischen und wissenschaftlichen Gründen schädlich, die von uns ein wahrheitsgetreues Bild jener Zeit verlangen, sondern ist auch schädlich für jene Menschengenerationen, die in Zukunft von ihr lernen wollen. [...] Und es blieb nur eine primitive Vorstellung: die Bolschewiki – das ist das grausame und gereizte Tier der Tscheka; also ist die Tscheka das Antlitz und der Hauptzug der Oktoberrevolution. Mit dem Blut der Tscheka ist sie geboren, und nur durch sie kann sie weiter existieren und durchhalten! Das ist eine von Grund aus falsche Vorstellung, eine falsche und ungerechte Vorstellung.“<sup>80</sup>

In dem hier zitierten Ausschnitt sind letztlich schon alle zentralen Motive Steinbergs enthalten, sich immer wieder mit der Oktoberrevolution, diesem „welthistorischen Sturm“, und ihrer richtigen Interpretation publizistisch und literarisch auseinanderzusetzen: Er wendet sich gegen eine Gleichsetzung von Oktoberrevolution und Bolschewiki, da auch andere Parteien, insbesondere seine Partei der Linken Sozialrevolutionäre, an der Oktoberrevolution beteiligt waren, die keineswegs mit den Bolschewiki identisch waren. Darüber hinaus sei der „Rote Oktober“ keineswegs von Anfang an von Diktatur und Terror geprägt gewesen, eine Entwicklung in diese Richtung habe sich erst allmählich vollzogen. Für Steinberg ging

78 J. Steinberg: Zehn Jahre Oktober-Revolution, Berlin 1928, S. 13.

79 Vgl. ebenda.

80 Steinberg, Volkskommissar (wie Anm. 8), S. 88 f.

es dabei nicht nur um eine wahrheitsgetreue und gerechte Erinnerung an die Oktoberrevolution, an der er selbst mit großem Enthusiasmus mitgewirkt hatte, sondern auch darum, dass künftige Generationen nicht falsche Schlüsse zögen, nur weil sie die Fakten nicht kennen.

### Das Problem von Gewalt und Terror in der Revolution

Das Problem der Gewalt und des Terrors, das Steinberg hier anspricht, ist von zentraler Bedeutung für seinen Blick auf die Oktoberrevolution und er in seinen zahlreichen Schriften zum Ausdruck kommt.<sup>81</sup> Steinberg befürchtete, dass der Terror der Bolschewiki die gesamte Oktoberrevolution und auch den Sozialismus diskreditieren könnte. In Steinbergs Theaterstück „Dornenweg. Dramatische Szenen aus der Russischen Revolution“, das er 1927 unter einem Pseudonym in Berlin veröffentlichte und das beachtenswerte Bühnenerfolge feierte,<sup>82</sup> schleudert eine Protagonistin ihrem Schwager, einem Volkskommissar, entgegen: „Ihr habt gut angefangen. Du weißt ja selbst – ich habe euch recht gegeben – aber wohin seid ihr gekommen? ... Morde ohne Ende ... Eure Gefängnisse sind Menschenfallen ... Alle in den Bürgerkrieg hineingezogen“.<sup>83</sup>

Wie hier deutlich wird, ging es Steinberg im Wesentlichen um die klare Unterscheidung zwischen der als gut wahrgenommenen Anfangsphase der Oktoberrevolution, an der er und seine Partei der Linken Sozialrevolutionäre noch aktiv beteiligt waren, und ihrer Radikalisierung und Pervertierung, spätestens seit Juli 1918. Dies geschah vor dem Hintergrund seiner persönlichen Erfahrungen, die seinen Ausführungen Legitimation und Glaubwürdigkeit verleihen sollten. Wer konnte besser darüber schreiben als Steinberg, ehemaliger Volkskommissar für Justiz und glühender Anhänger der Oktoberrevolution, der schließlich von den Bolschewiki ins Gefängnis geworfen wurde? So machte er in seinen englischsprachigen Erinnerungen mit dem Titel „In the Workshop of the Revolution“, die 1953 in New York und London veröffentlicht wurden, deutlich: „Only those who have felt its heavy hand, can know the true meaning of the Bolshevik terror.“<sup>84</sup>

Steinberg leitete von seinen persönlichen Erfahrungen aber nicht nur das Recht ab, über den Terror der Bolschewiki zu schreiben, er fasste dies vielmehr als eine moralische Verpflichtung auf, um systematischen Terror in der Zukunft zu verhindern. Dabei spielte

81 Insofern ist an dieser Stelle ausdrücklich der Behauptung von Elfriede Müller aus dem Jahre 1998 zu widersprechen, wonach keine Untersuchung existiere, „die das Verhältnis der Revolutionspartei von 1917 – der Bolschewiki – zur Gewalt beleuchtet“. „Fast jede Darstellung der Ereignisse des ‚Oktober‘ 1917 und danach streift diese Frage, ohne auf ihre zentrale Stellung einzugehen. Auch für die Revolutionäre und ihre Historiker schien die Gewalt mindestens selbstverständlich und daher eine sekundäre Frage zu sein.“ Elfriede Müller: Die Bolschewiki und die Gewalt, in: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit 15 (1998), S. 155-204, hier S. 155. Für Steinberg waren Gewalt und Terror keineswegs selbstverständlich. Tatsächlich widmete er diesem Umstand bereits 1923 eine umfangreiche und weitgreifende Darstellung: Štejnberg, Nravstvennyj lik (wie Anm. 1).

82 Vgl. Steinberg's Drama Records Success on German Stage, Jewish Telegraphic Agency vom 27.11.1927.

83 M. Lewadin [Isaac Steinberg]: Dornenweg. Dramatische Szenen aus der Russischen Revolution, Berlin 1927, S. 81.

84 Steinberg, Workshop (wie Anm. 6), S. 134.

zweifellos auch der Umstand eine zentrale Rolle, dass nach Steinbergs Meinung er und seine Partei während ihrer Beteiligung an der Koalitionsregierung mit den Bolschewiki nicht entschieden und konsequent genug gegen den beginnenden Terror aufgebeht hätten. In seinem zwischen 1920 und 1923 in Moskau entstandenen Werk „Das sittliche Antlitz der Revolution“, das 1923 zunächst auf Russisch in Berlin und schließlich 1931 in einer deutschen Übersetzung erschien, bekannte sich Steinberg selbstkritisch zur eigenen Schuld in dieser Frage:

„Es muß unumwunden gesagt werden: Wir haben nicht alles getan, was in unserer Kraft stand. Wir begnügten uns oft mit offizieller Kritik, ohne unsere Ideen über Gewaltanwendung und Terror den Massen einzuprägen. [...] Die uns schmerzlich berührenden Fragen der revolutionären Ethik und ihrer höchsten Zweckmäßigkeit bedeckten wir mit der Sophisterei der ‚Revolutionsinteressen‘ wie mit einem taktischen Mäntelchen. [...] Wohl haben wir innerhalb der Regierung für die Kürzung und Regulierung der Rechte der im Chaos der ersten heißen Tage der Oktoberrevolution entstandenen Außerordentlichen Kommission (Tscheka), für ihre Unterstellung unter die Organe des Volkskommissariats der Justiz, d.h. unter das Gericht, hartnäckig gekämpft. Damit haben wir uns aber im großen und ganzen begnügt. [...] Auf jene Fälle aber, in denen der Terrorismus noch keine vollzogene Tatsache war, in denen man ihn erst geistig vorbereitete und seinen giftigen Samen ausstreute – auf diese Fälle reagierten wir nicht. Wir reagierten nicht auf die wahnsinnige Zeitungshetze gegen die Kadetten, gegen alle Andersdenkenden, gegen beliebige ‚Gegenrevolutionäre‘, eine Hetze, die sich wie eine Schaumwelle über die andächtig horchenden Massen ergoß.“<sup>85</sup>

Mit Blick auf die in seine Amtszeit fallende Ermordung der beiden ehemaligen Kadetten-Minister Andrej Šingarev (1869–1918) und Fedor Kokoškin (1871–1918) durch Rotgardisten gestand Steinberg unumwunden ein:

„Und hier offenbart sich unsere zweite Schuld, da auch wir, die dieser Mord mit tiefem Schmerz erfüllte, nicht bereit waren, uns wegen dieser ‚Frage‘ mit den Bolschewiki zu entzweien. Das komplizierte System der sich entfaltenden sozialistischen Revolution schien uns wichtiger zu sein als dieser traurige Revolutionszufall. Wir haben damals nicht verstanden, daß es sich um das Prinzip selbst der Revolution handelte. [...] Der Wille der revolutionären Macht schuf eine Schicht revolutionärer Mörder, denen es bald beschieden war, die *Mörder der Revolution* zu werden.“<sup>86</sup>

Für Steinberg waren der Terror und die schrankenlose, willkürliche Gewalt das Signum der Epoche nach der Oktoberrevolution, mit dem er sich ständig auseinandersetzte, ja auseinanderzusetzen musste. In seinen Theaterstücken ließ er die Protagonisten die Frage stellen,

85 Steinberg, Gewalt (wie Anm. 1), S. 36 f.; auf Russisch: Štejnberg, Nravstvennyj lik (wie Anm. 1), S. 31.

86 Steinberg, Gewalt (wie Anm. 1), S. 40; auf Russisch: Štejnberg, Nravstvennyj lik (wie Anm. 1), S. 34.

ob es einen qualitativen Unterschied gibt: Ist die Gewalt, die von Revolutionären gegen revolutionäre Mitstreiter verübt wird, schlimmer als die, die sich gegen Vertreter des Ancien Régime richtet? Steinbergs Antwort war klar: Grundsätzlich besitze jeder Menschenrechte, die nicht durch systematisch angewandte Gewalt eingeschränkt werden dürften. So erklärte er bereits 1923 in seinem Werk „Das sittliche Antlitz der Revolution“ kategorisch: „Eine soziale Revolution, die die Rechte ihrer Klassengegner verteidigt – das wäre eine große moralische Lehre der Menschlichkeit gewesen!“<sup>87</sup> Diese Haltung betonte Steinberg auch in seinem Drama „Dornenweg“, in dem eine Revolutionärin sagt: „Und Sie glauben, Andrej, daß es denjenigen, auf die wir uns alle damals im März gestürzt haben, nicht schmerzlich war? Und wir gingen damals darüber hinweg, fast ohne es zu beachten: auch dort sind Kinder und Frauen – und Unschuldige! [...] Wir alle waren Gewalttäter, und auch sie sind so.“<sup>88</sup>

Für Steinberg zeigte sich gerade in der Behandlung des politischen Gegners, sei er nun aus dem monarchistischen, bürgerlichen oder sozialistischen Lager, ob Revolution und Sozialismus einen moralischen Wert haben und damit von Bestand sein konnten. In „Das sittliche Antlitz der Revolution“ äußerte er am Ende programmatisch: „Der Sozialismus ist sittlicher Aktivismus. Nur als eine moralische Bewegung wird der Sozialismus den Menschen befreien oder gar nicht.“<sup>89</sup>

In den Augen Steinbergs führte der von den Bolschewiki entfesselte Terror nicht in das sozialistische Paradies, sondern geradewegs in die Hölle. Dabei machte Steinberg deutlich, dass auch das Ziel, ein Paradies auf Erden in der Zukunft aufzubauen, keineswegs schrankenlose Gewalt in der Gegenwart legitimierte. In seinem 1929 erschienenen Theaterstück „Du hast gesiegt, Mochnatschow!“ ruft der Kommissar des Inneren, offensichtlich ein fanatischer Bolschewik, aus: „Mitleid! Gerade aus Mitleid muss man die ganze Konterrevolution mit Stumpf und Stiel ausrotten ... Unschuldige! Sollen zehn Tausend Unschuldige untergehen, damit zehn Millionen von ihren Leiden erlöst werden!“<sup>90</sup> Hierauf entgegnet ein anderer Protagonist in Steinbergs Stück: „Sie behaupten, daß die Gewalt, die die Menschlichkeit unterdrückt, heilig sei. Daß sie durch das zukünftige Glück der Menschen erkaufte wird. Nun sagen Sie, ist Ihnen nicht der Gedanke gekommen, daß man das Glück nicht durch Gewalt erringen kann?“<sup>91</sup> Derselbe Protagonist wird an anderer Stelle des Stücks noch deutlicher, wobei aus seiner Äußerung eine gewisse Form der Resignation spricht, die durchaus auch auf die Haltung Steinbergs, des Anhängers der Oktoberrevolution, verweist: „es ist die Tragödie der gesamten Revolution – es ist sicherlich die Tragödie einer jeden großen Idee! Wie schön ist die Idee selbst, und wie unerträglich sind doch die Mittel ihrer Verwirklichung!“<sup>92</sup>

Tatsächlich war für Steinberg die systematische Anwendung von Terror zur Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaft unerträglich. Dagegen schrieb er jahrelang an,

87 Steinberg, *Gewalt* (wie Anm. 1), S. 39; auf Russisch: Štejnberg, *Nravstvennyj lik* (wie Anm. 1), S. 33.

88 Lewadin, *Dornenweg* (wie Anm. 83), S. 63.

89 Hier zitiert nach der deutschsprachigen Ausgabe: Steinberg, *Gewalt* (wie Anm. 1), S. 326; auf Russisch ist das Zitat zu finden in: Štejnberg, *Nravstvennyj lik* (wie Anm. 1), S. 308.

90 J. Steinberg: *Du hast gesiegt, Mochnatschow! Drama in drei Akten*, Berlin 1929, S. 70.

91 Lewadin, *Dornenweg* (wie Anm. 83), S. 56.

92 Ebenda, S. 90.

insbesondere um zu verhindern, dass die Idee des Sozialismus durch den Terror diskreditiert werde. Zwar war Steinberg keineswegs ein Revolutionär, der jegliche Anwendung von Gewalt ablehnte oder *per se* ausschloss. Steinberg stand in der Tradition der Sozialrevolutionäre, die bekanntlich für zahlreiche Attentate auf Repräsentanten des Zarismus verantwortlich waren. Für ihn waren jedoch beide Arten des Terrors nicht vergleichbar, jeder Vergleich eine „Lästerung“, denn die sozialrevolutionären Terroristen, so Steinberg, „bedienten sich des Terrors, nicht um Menschen auszurotten (wie es im heutigen Terror der Fall ist), sondern um in einzelnen Personen die böse Idee, die Symbole der Gewalt zu treffen. Daher legte sich jener Terror stets die größten Beschränkungen auf.“<sup>93</sup> Weiter hieß es:

„Im heutigen Terror liegt Ruhe und System, kalte Berechnung und die Sicherheit des Scharfrichters. Hier rechnet das sich auf das Schwert des ‚Gesetzes‘ stützende Kollektiv mit einem schutzlosen Menschen ab, hier wird eine ‚Staatsmaßnahme‘ ergriffen. Dort – beim früheren Terror – war alles ganz anders. Gegen das bis an die Zähne bewaffnete despotische Regime, gegen die feste und gesetzlich-stabile Ordnung trat der schutzlose Terrorist auf, der nur den Glauben an die Unterstützung des Volkes hinter sich hatte. [...] Die berufsmäßige Gewohnheit, Blut zu vergießen und fremdes Leben zu mißachten, lag ihnen [den sozialrevolutionären Terroristen] ferner als irgend jemand.“<sup>94</sup>

In der Frage der eigenen, persönlichen Verantwortung erkannte Steinberg den grundsätzlichen Unterschied zwischen dem Terror der Sozialrevolutionäre gegen Einzelne und dem Terror der Bolschewiki gegen das Volk. Es ist offensichtlich, dass Steinberg die Zeit der Revolution, insbesondere nachdem die Bolschewiki ihre Alleinherrschaft durchgesetzt hatten, als eine Zeit der Entindividualisierung wahrnahm, in der nur noch ein Kollektiv, die Menschheit existierte. Für diese wollte man im Namen einer großen Idee ein besseres Leben in der Zukunft erringen, wohingegen die einzelne Person in der Gegenwart nicht mehr zählte. Reusch, ein aufrichtiger und zutiefst humaner Intellektueller in Steinbergs Drama „Dornenweg“, bezeichnet diese Haltung als einen Fehler und beschreibt fast prophetisch, was Jahrzehnte später im real existierenden Sozialismus Ost- und Ostmitteleuropas das Grundproblem sein sollte: „Hier liegt eben euer Widerspruch. Ohne den Menschen werdet ihr nie eine siegende Menschheit haben, es wird immer eine rebellierende bleiben.“<sup>95</sup>

Aus seinen Erfahrungen mit der Herrschaft und dem Terror der Bolschewiki leitete Steinberg die grundsätzliche Forderung ab, dass die Revolution für den Menschen da sein

93 Steinberg, *Gewalt* (wie Anm. 1), S. 182; auf Russisch ist das Zitat zu finden in: Štejnberg, *Navstvennyj lik* (wie Anm. 1), S. 172. Bereits im Februar 1921 hatte Steinberg in einer Rede vor dem Parteiklub der Linken Sozialrevolutionäre anlässlich des Gedenkens an den sozialrevolutionären Attentäter Ivan Kaljaev (1877–1905) den Unterschied zwischen dem Terror der Sozialrevolutionäre und dem der Bolschewiki deutlich gemacht. Vgl. Isaak Steinberg: *Zum Gedenken an I.P. Kaljaev*, in: *Znamja*, 8. (März 1921), zu finden in: Willy Birkenmaier (Hrsg.): *Isaak Steinberg von Moskau nach Sydney*, Heidelberg 2001, S. 35 f.

94 Steinberg, *Gewalt* (wie Anm. 1), S. 181 f.; auf Russisch ist das Zitat zu finden in: Štejnberg, *Navstvennyj lik* (wie Anm. 1), S. 171 f.

95 Lewadin, *Dornenweg* (wie Anm. 83), S. 59.

müsse und nicht umgekehrt. Durch schrankenlosen Terror verliere hingegen erst die Revolution ihre Menschlichkeit, dann aber auch die Menschen. Insofern werde nicht nur die Revolution pervertiert, sondern sie pervertiere umgekehrt auch die Menschen. Was Steinberg schon sehr früh beschrieb, wobei dies vor allem auf seine Erfahrungen zwischen 1917 und 1923 rekurrierte, liest sich wie die vorweggenommene Analyse des stalinistischen Terrors der 1930er Jahre. Gerade hierin liegt sicherlich auch die Besonderheit Steinbergs, der schon sehr früh die schrankenlose und willkürliche Gewalt als strukturelles und systemimmanentes Merkmal der Herrschaft der Bolschewiki beschrieb und Lenin als „Urheber des Terrors“ bezeichnete.<sup>96</sup> In dieser Beziehung gab es für ihn – im Gegensatz zu nicht wenigen westlichen Intellektuellen – auch keinen Kompromiss. Der Äußerung des berühmten französischen Schriftstellers und Pazifisten Romain Rolland (1866–1944), er werde sich an die Seite der Sowjetunion stellen, sofern diese bedroht werde, denn er wisse, dass „sie die heroischste Erfahrung, die sicherste soziale Hoffnung der Zukunft verkörpert“,<sup>97</sup> entgegnete Steinberg:

„Romain Rolland hat von den bitteren Erlebnissen russischer Arbeiter, Bauern, Intellektuellen unter dem Terror gehört. Er weiss, dass in den Gefängnissen die edelsten Kämpfer dreier Revolutionen aussichtslos schmachten. Er weiss, dass die Werktätigen dieses Landes durch eine in solchem Masse noch nie in der Geschichte gewesene Zensur von jeder, ausser der offiziellen, Berührung mit geistigen Werten abgeriegelt sind. Aber er geht darüber hinweg, indem er sich und die Kulturwelt vor eine einzige Alternative stellt: entweder Barbarei der alten Zivilisation oder bedingungslose Unterstützung der bolschewistischen Welt.“

Wie Steinberg weiter ausführte, werde der Kampf gegen die Reaktion nur dann an Geltung gewinnen, „wenn sie mit unerbittlicher Offenheit auch im Lager der Revolution die Wahrheit ausspricht.“<sup>98</sup> Damit hatte Steinberg mehr als deutlich gemacht, dass im Sinne eines ethischen Sozialismus der Kampf gegen Reaktion und Faschismus keineswegs dazu führen dürfe, den Terror der Bolschewiki zu verharmlosen oder sogar zu ignorieren.<sup>99</sup>

Dass Steinberg selbst ein Revolutionär und Sozialist war und zumindest kurzzeitig der Räteregierung angehört hatte, verlieh seinen Aussagen und Warnungen eine erhöhte Legitimität und Glaubwürdigkeit. Tatsächlich war dies von zentraler Bedeutung, wollte doch Steinberg den in seinen Augen pervertierten Sozialismus der Bolschewiki bekämpfen und

96 Steinberg, *Gewalt* (wie Anm. 1), S. 329 (Das Nachwort zur deutschen Ausgabe, in dem sich dieses Zitat befindet, wurde erst im Januar 1931 verfasst).

97 Isaac Steinberg: „Dichter als Politiker“, Datum unbekannt, Papers of Isaac Nachman Steinberg (1888–1957), YIVO, RG 366, Folder 942.

98 Ebenda.

99 1931 schrieb Steinberg im Nachwort zu „Gewalt und Terror in der Revolution“: „Unter dem Deckmantel der ‚Sympathien‘ für Sowjetrußland oder der ‚Verteidigung‘ Sowjetrußlands vor den imperialistischen Gefahren zuliebe sind heute gewisse radikal-bürgerliche Schichten in Europa bereit, die schlimmsten Taten des bolschewistischen Terrors zu billigen, zu entschuldigen oder gar abzuleugnen“, Steinberg, *Gewalt* (wie Anm. 1), S. 337. Vgl. auch Steinberg: *Offener Brief an Ernst Toller vom 12.12.1930*, Papers of Isaac Nachman Steinberg (1888–1957), YIVO, RG 366, Folder 944.

den „wahren“ Sozialismus retten, insbesondere im Westen. So schilderte er im Vorwort zu seiner 1931 erschienenen deutschen Übersetzung seines Werkes „Das sittliche Antlitz der Revolution“ sein persönliches Anliegen, insbesondere über die Gewalt der Bolschewiki zu schreiben, folgendermaßen:

„Das russische revolutionäre Golgatha ist nicht nur eine Arena für die passive Betrachtung seitens der schweigenden Völker. Sie [die Revolution; T. G.] ist ein Leuchtturm und eine Lehre für alle Völker, die sich für die soziale Revolution rüsten. Und in erster Linie soll das Problem der Gewalt an dem Beispiel des gemarterten Rußlands erforscht werden. – Sowjetrußland zeigt das Bild eines vieljährigen grandiosen Sich-Ausbreitens der Gewalt, dabei einer nackten Gewalt, die sich fast gar nicht unter der Maske europäischer Heuchelei versteckt. [...] Laßt unsere Generationen alles sagen und erzählen, was sie gesehen und erlebt hat. Die Revolutionen sind im Leben der Völker reinigende Etappen. Laßt uns mit offenen Augen auf sie blicken und ihnen zwei Gebote entnehmen. Die sozialistische Revolution soll vorbereitet, gestützt und vollbracht werden. Sie soll aber auch geleitet und gelenkt werden.“<sup>100</sup>

Steinberg redete hier der sozialistischen Revolution das Wort, forderte aber gleichzeitig eine Revolution ein, die nicht durch Willkür und Terror pervertiert wird und damit ihre Menschlichkeit verliert. Von welcher großer Bedeutung dies für Steinberg war, wird schon allein daran deutlich, dass er über 20 Jahre später in einer völlig andersgearteten Umgebung erneut auf dieses Anliegen hinwies. In seinem 1953 in den USA erschienenen autobiografischen Werk „In the Workshop of the Revolution“ erklärte Steinberg, dass es ihm bei der Darstellung seiner Erfahrungen während der Oktoberrevolution nicht nur um die historische Wahrheit gehe, sondern dass dieses Werk auch von praktischer Bedeutung in heutiger Zeit sein könne, befänden sich doch 36 Jahre nach der Revolution in Russland Völker und Klassen auf verschiedenen Kontinenten inmitten kolonialer und sozialer Umbrüche. Gerade um diese Völker davor zu bewahren, ebenfalls den Weg der Bolschewiki zu beschreiten, sei, so Steinberg, deren Terror eines der „vorherrschenden Themen“ dieses Buches. Insofern gehe es vor allem darum, dass die Menschheit das Monopol der Revolution den Händen der Bolschewiki entwinde und den Weg zu einem wahren, moralischen Sozialismus einschlage.<sup>101</sup>

Die Revolution nach dem Vorbild der Bolschewiki, und damit wird auch die Frage einer Zäsur virulent, führte nämlich in den Augen Steinbergs keineswegs zu dem langersehnten sozialistischen Umbruch, sondern stand vielmehr für Kontinuität in jeder Beziehung, sei es politisch, sozial oder wirtschaftlich. Allerdings hatten dies Steinberg und die Linken Sozialrevolutionäre zunächst nicht erkannt. Schon 1923 hatte er hinsichtlich der Beteiligung der PLSR an der Koalition mit den Bolschewiki und dem beginnenden Terror eingestehen müssen: „Wir haben nicht begriffen, daß durch dieses anfängliche schmale Tor dieselbe alte Welt mit allen ihren Gefühlen und Werkzeugen wieder zu uns zurückgekehrt ist.“<sup>102</sup> Fünf Jahre später veröffentlichte er anlässlich des zehnten Jahrestags der Oktoberrevolution

100 Steinberg, Gewalt (wie Anm. 1), S. 8 f.

101 Steinberg, Workshop (wie Anm. 6), S. X-XII.

102 Steinberg, Gewalt (wie Anm. 1), S. 44; auf Russisch: Štejnberg, Nравstvennyj lik (wie Anm. 1), S. 37.

eine Schrift, in der er seine Sichtweise einer Kontinuität zur Epoche des Zarismus an verschiedenen Stellen immer wieder betonte: „In einem neuen historischen Gewande, unter dem Mißbrauch des Sozialismus ist ein Cäsarismus wieder erstanden.“<sup>103</sup> „Eine grandiose Chimäre, mit einem Schwert umgürtet, saß auf dem Thron. Der Bolschewismus als sozialer Cäsarismus [sic!] raste im Lande, im Bürgerkrieg, in der Wirtschaft und Politik.“<sup>104</sup> „Der alte bürgerliche Jakobiner, der den Menschen verachtet, erwachte wieder unter sozialistischer Hülle, im Bolschewik.“<sup>105</sup> „Schwindel ist es, wenn der Staat sich beständig ‚Arbeiter- und Bauern‘-Republik nennt, wenn er mit eigenen Händen die Bourgeoisie als Klasse und alle kapitalistischen Methoden als Lebensnorm wieder auffrischt.“<sup>106</sup>

Für Steinberg war die Oktoberrevolution zunächst ein „welthistorischer Sturm“, der Anbruch einer neuen Weltepoche,<sup>107</sup> eine tiefgreifende Zäsur, aber eben keine von Dauer. Dieser Moment des grundstürzenden Umbruchs fand für ihn nur vom Oktober 1917 bis Juli 1918 statt, also gerade so lange, wie die Linken Sozialrevolutionäre noch die Politik der Sowjetrepublik in irgendeiner Form aktiv mitgestalten konnten. Steinberg beschrieb zehn Jahre später sein Hochgefühl in dieser kurzen Phase mit folgenden Worten: „Das Bewußtsein dessen, daß man nicht allein steht, daß von der ganzen Menschheit her brüderliche Wogen von Sympathie zuströmen, zuströmen müssen, erhob die eigene Oktoberarbeit zur Höhe einer Welterlösung.“<sup>108</sup> Aber diese Welterlösung sei schließlich doch ausgeblieben, weil die Bolschewiki den „Roten Oktober“ und den wahren Sozialismus verraten hätten und sich, wie Steinberg es ausdrückte, der „Vergewaltigung der Revolution“<sup>109</sup> schuldig machten.

In Steinbergs Augen führte die langersehnte Zeitenwende nicht zum Sieg des Sozialismus in Russland, sondern letztlich zu einer unerträglichen Kontinuität. Für ihn persönlich bedeutete der Sieg der Bolschewiki einen tiefen Einschnitt, nämlich die weitgehend erzwungene Emigration aus Russland, in das er nie mehr zurückkehren sollte. Paradoxer hätte die Revolution für Steinberg nicht verlaufen können.

Zwar spielte in seinem politischen Engagement während der Revolutionszeit das Judentum vordergründig keine Rolle, allerdings dürfte Steinbergs Rechtsethik, insbesondere seine Einstellung zur Anwendung von Gewalt und Terror wesentlich von seinen religiösen Überzeugungen beeinflusst gewesen sein. Vor dem Hintergrund seiner persönlichen Erfahrungen mit dem allgegenwärtigen Terror der Bolschewiki und ihrem Verrat sozialistischer Ideale unternahm Steinberg, der Zeit seines Lebens ein gläubiger Jude sowie auch ein Anhänger des Sozialismus blieb, in der Emigration den konzeptionellen Versuch einer Synthese dieser beiden Identitäten, indem er die Idee eines religiösen bzw. ethischen Sozialismus

103 Steinberg, *Zehn Jahre* (wie Anm. 78), S. 43.

104 Ebenda, S. 32.

105 Ebenda, S. 25.

106 Ebenda, S. 41. Vgl. auch seine Äußerung aus dem Jahre 1955: „Yet rarely has a people, in so short a time, been so thoroughly drained of its moral capital by its new regime, as has the Russian people. The establishment of the quasi-new State of the Soviets brought back to a revolutionary-inspired people the psychology and climate of the old empire.“ I.N. Steinberg: *Yavneh or Jerusalem?*, in: *Judaism. A Quarterly Journal of Jewish Life and Thought* 4 (1955), H. 3, S. 235-242, hier S. 239.

107 Steinberg, *Volkskommissar* (wie Anm. 8), S. 165.

108 Steinberg, *Zehn Jahre* (wie Anm. 78), S. 16.

109 Ebenda, S. 33.

lismus propagierte: Von 1926 bis 1937 gab er eine jiddischsprachige Zeitschrift heraus, die den programmatischen Titel „Fraje scharfnt farn jidischn sotsialistischn gedank“ trug.<sup>110</sup>

### Resümee

In seiner kurzen Amtszeit als Volkskommissar für Justiz bemühte sich Steinberg aktiv darum, gegen den Widerstand der Bolschewiki um Lenin, Trockij und Dzierżyński eine gewisse Form der Rechtsstaatlichkeit im revolutionären Russland zu etablieren. Dieses ehrliche, aber vergebliche Bemühen speiste sich zum einen aus seinem durch die Ethik des Judentums bedingten Anspruch auf eine moralische und menschliche Handlungsweise selbst in Zeiten eines revolutionären Umbruchs. Zum anderen hing dies aber auch mit Steinbergs Intention zusammen, das Ansehen der Revolution nicht durch Willkür und Terror beschädigen zu lassen. Auch wenn Steinberg zweifellos eine gewisse Form der Rechtsstaatlichkeit durchsetzen wollte, darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass er den von den Bolschewiki eingeschlagenen Weg in eine „Diktatur des Proletariats“, in der die Existenz anderer sozialistischer Parteien nur schwer vorstellbar war, massiv unterstützte. Seine äußerst aktive Beteiligung bei der Sprengung der demokratisch gewählten Konstituante macht diesen Umstand mehr als deutlich. Insofern war es auch nicht der immer mehr um sich greifende Terror der ČK, der die Linken Sozialrevolutionäre unter Federführung Steinbergs zum Austritt aus der Koalitionsregierung mit den Bolschewiki veranlasste, sondern es waren ideologisch-dogmatische Fragen über die weitere Entwicklung der Revolution. Selbst nach dem Bruch der Koalition waren die Linken Sozialrevolutionäre – auch Steinberg trotz vehementer Kritik an der Politik der Bolschewiki – grundsätzlich noch zu einer erneuten Kooperation mit der Partei Lenins bereit. Dies galt selbst für die Zeit nach Steinbergs Haftentlassung, auch wenn nicht klar ist, ob der von ihm der Mehrheit der PLSR verordnete „legalistische“ Kurs auf die Anerkennung der Herrschaft der Bolschewiki zurückzuführen ist oder nur ein Mittel war, um die Voraussetzungen für eine künftige Machtübernahme zu schaffen.

Steinbergs Bedeutung liegt zweifellos darin, dass er einer der Ersten war, der sich vor dem Hintergrund seiner persönlichen Erfahrungen systematisch und eingehend mit dem Terror der Bolschewiki auseinandergesetzt und vor dessen weiterer fataler Entwicklung gewarnt hat. Bereits 1923 erschien in Berlin auf Russisch sein 1920 begonnenes Werk „Das sittliche Antlitz der Revolution“, das 1931 auch in deutscher Übersetzung veröffentlicht wurde. Mit seiner schonungslosen Analyse und Kritik des bolschewistischen Terrors hob er sich bewusst von zahlreichen westlichen Intellektuellen ab, die noch in den 1930er Jahren, als der Terror im Stalinismus seinen Höhepunkt fand, eine äußerst apologetische Haltung gegenüber der Politik der Sowjetunion einnahmen.<sup>111</sup>

110 Zu Steinbergs weiterem Lebensweg vgl. Mikhail Krutikov: Isaac Nahman Steinberg. From Anti-Communist Revolutionary to Anti-Zionist Territorialist, in: *Jews in Eastern Europe 1-2* [38-39] (1999), S. 5-24, sowie Hendrik Wallat: *Oktoberrevolution oder Bolschewismus. Studien zu Leben und Werk von Isaak N. Steinberg*, Münster 2013, S. 13-29.

111 Vgl. hierzu Steinberg, *Gewalt* (wie Anm. 1), S. 337. Vgl. auch Wallat, *Oktoberrevolution* (wie Anm. 109), S. 122.

Steinberg blieb – und auch hier liegt eine weitere Besonderheit seiner Persönlichkeit – sein Leben lang der Ansicht treu, die Oktoberrevolution sei richtig gewesen, aber die Bolschewiki hätten sie bedauerlicherweise verraten und pervertiert. Dies entsprach zum einen sicherlich seiner ehrlichen politischen Überzeugung, zum anderen dürfte dies aber auch eine vielleicht unbewusste Strategie gewesen sein, seinem eigenen Handeln in dieser Zeit trotz der späteren Entwicklung Sinn und Legitimität zu verleihen: Wenn die Oktoberrevolution richtig war und nur die Bolschewiki diese vergewaltigt haben, dann konnte auch Steinbergs Mitwirken an ihr nicht falsch gewesen sein. Darüber hinaus schrieb er aber auch gegen das Vergessen an: Gegen das Vergessen seines eigenen Handelns in dieser Zeit, gegen das Vergessen seiner Partei, der Linken Sozialrevolutionäre und gegen das Vergessen, dass es durchaus ernsthafte Alternativen zur Politik der Bolschewiki gab. Aber das genügte Steinberg noch nicht. Vielmehr ging es ihm auch darum, künftige Revolutionäre davor zu warnen, den gleichen Weg wie die Bolschewiki einzuschlagen. Steinberg wollte sie nicht zuletzt aufgrund seiner persönlichen Erfahrungen von grundsätzlichen Fehlern abhalten, insbesondere davor, die Revolution in ein System des Terrors zu verwandeln.

#### *Summary*

In his short period of office as People's Commissioner for Justice (December 1917 – March 1918), Isaak Steinberg, a member of the Left-wing Party of Socialist Revolutionaries, actively attempted to establish a certain degree of rule of law within revolutionary Russia. Although in pursuing this policy, Steinberg faced opposition from the Bolsheviks centred around Lenin, Trockij and Dzierżyński, it should be noted that he was at the same time a fervent supporter of the course the Bolsheviks were pursuing towards a „Dictatorship of the Proletariat“ in which it was hard to imagine the existence of other socialist parties. His support is made all the more evident by his extremely active involvement in the dissolution of the democratically elected Constituent Assembly in January 1918.

The Bolshevik terror was becoming increasingly widespread, and no later than February 1919 this also began to affect Steinberg personally. Steinberg's significance is undoubtedly due to the fact that his writings and publications were among the first to deal closely, and against the backdrop of his personal experiences, with the Bolshevik terror regime, as well as to issue decisive warnings as to the fatal path things were taking. In his eyes, the Bolsheviks had betrayed and perverted the October Revolution. On the one hand, this was doubtless a reflection of his true political beliefs; on the other, however, it may also have been a subconscious strategy by which he hoped to confer a purpose and legitimacy on his own actions during this period, despite later developments. A further purpose of his many writings was to caution future revolutionaries against the path the Bolsheviks had chosen: it was not least because of his personal experiences that he hoped to stop them from making certain fundamental mistakes, and in particular to prevent the revolution from being transformed into a system of terror.

# **Erinnerungen von Frauen an Krieg und Revolution: Autobiografische Darstellungen von Umbruch in und Aufbruch aus Estland (1914–1920)\***

von Karsten Brüggemann

## **Einleitung**

Die Geschichte der Kriege und Revolutionen, die im Nordwesten des kollabierenden Russländischen Reiches nach 1917 zur Gründung von Nationalstaaten führten, ist nach wie vor eine aus männlicher Perspektive geschilderte Vergangenheit. Zumindest im Falle Estlands gibt es kaum Autorinnen, die sich mit den Jahren des Ersten Weltkriegs, der Revolution, des Unabhängigkeits- bzw. Bürgerkriegs oder der unmittelbaren Gründungsphase der Republik auseinandersetzen. So wenig es bislang eine Sozialgeschichte der Gesellschaft in Revolution und Krieg gibt, so wenig wurde bislang eine gender-orientierte Perspektive eingenommen.<sup>1</sup> Diese gerade auch in nationalgeschichtlicher Sicht wesentliche Zeit wurde in

\* Dieser Beitrag wurde im Rahmen der Forschungsförderung der Republik Estland erstellt (SF0130038s09; IUT 31-6). Als Vortrag wurde er nicht nur auf der Lüneburger Tagung präsentiert, auf der diese Ausgabe des Nordost-Archivs basiert, sondern auch unter dem Titel „The Baltic Hinterland during the First World War 1914–1918: Imperial and National Identities, Political Choices and the Challenge of Everyday Life (as Represented in Memoirs)“ auf der Konferenz „Russia in the First World War“, die vom 3. bis 5.6.2014 in Moskau stattfand.

1 „[H]istory has remained one of the most emphatically male-centred academic disciplines (...)“. So Raili Põldsaar: In Search of Estonian Women's History, in: *Aspasia 1* (2007), S. 247-254, hier S. 247. Die bis heute (!) grundlegende politikhistorische Darstellung dieser Zeit stammt vom Diplomaten und Journalisten Eduard Laaman: *Eesti iseseisvuse sünni* [Die Geburt der estnischen Selbständigkeit], Tartu 1936; Nachdr. Stockholm 1964. Die jüngste Gesamtdarstellung aus der Feder eines Autors ist auch schon mehr als 20 Jahre alt: Mati Graf: *Eesti rahvusriik: idee ja lahendus*. *Ärkamisajast Eesti Vabariigi sünnini* [Der estnische Nationalstaat: Ideen und Lösungen. Von der Zeit des Erwachens bis zur Geburt der Estnischen Republik], Tallinn 1993; vgl. ders.: *Õstonija i Rossija 1917–1991. Anatomija rasstavanija* [Estland und Russland 1917–1991. Anatomie der Trennung], Tallinn 2007, S. 24-312. Im Rahmen einer sechsbändigen Gesamtdarstellung der Geschichte Estlands erschien eine formal eher populärhistorische Zusammenfassung in den beiden Bänden: Toomas Karjahärm, Tiit Rosenberg (Hrsg.): *Eesti ajalugu. V, Pärisorjuse kaotamisest Vabadussõjani* [Geschichte Estlands. V, Von der Abschaffung der Leibeigenschaft bis zum Freiheitskrieg], Tartu 2010, S. 396-437; Ago Pajur, Tõnu Tannberg (Hrsg.): *Eesti ajalugu. VI, Vabadussõjast taasiseseisvumiseni* [Geschichte Estlands. VI, Vom Freiheitskrieg bis zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit], Tartu 2005, S. 28-64. Siehe auch die jüngsten Arbeiten zum Freiheitskrieg der Jahre 1918 bis 1920: Reigo Rosenthal: *Loodearmee* [Nordwest-Armee], Tallinn 2006; ders.: *Laidoner – väejuht. Johan Laidoner kõrgema operatiivjuhi ja strateegia kujundajana Eesti Vabadussõjas* [Laidoner – Truppenführer. Johan Laidoner als höchster Militärführer und Strategie im Freiheitskrieg Estlands], Tallinn 2008. Für die deutschsprachige Baltikumforschung wegbereitend: Jürgen von Hehn, Hans von Rimscha u.a. (Hrsg.): *Von den baltischen Provinzen zu den baltischen Staaten. Beiträge zur Entstehungsgeschichte der Republiken Estland und Lettland 1918–1920*, 2 Bde., Marburg 1971–1977. Den damaligen Forschungsstand ohne Einbezug osteuropäischer Arbeiten zusammenfassend: Sigmar Stopinski: *Das Baltikum im Pakt der Mächte*. Zur

der Zwischenkriegszeit – wieder von männlichen Autoren – zur Kulmination der eigenen Geschichte verklärt, als „das Volk“ die Unabhängigkeit des Landes erkämpft habe. Eine solche Interpretation war vor allem während der autoritären Herrschaft von Präsident Konstantin Päts seit 1934 wesentlicher Teil der staatlichen Geschichtspolitik, die bewusst zur Legitimierung des Regimes eingesetzt wurde. Dass Päts als Führungsfigur bereits der Provisorischen Regierung Estlands 1918/19 vorsaß, verhalf ihm zum Nimbus des Staatsgründers, selbst wenn er nach seiner vernichtenden Niederlage bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung im April 1919 während der entscheidenden Monate des Freiheitskrieges in oft scharfer Opposition zur Regierung stand.<sup>2</sup>

Worum es den bislang vorliegenden Arbeiten in erster Linie geht, ist zum einen die politische Loslösung des Nationalstaates aus dem Gefüge des implodierenden Russländischen Reiches. In diesem Zusammenhang wissen wir recht viel über die Aktionen estnischer Politiker, welche am 23./24. Februar 1918 zur Erklärung der estnischen Unabhängigkeit führten.<sup>3</sup> Zum anderen sind die Fronten des Freiheitskrieges gegen die Rote Armee und die deutsche Baltische Landeswehr relativ gut ausgeleuchtet, zumindest was die Kriegshandlungen angeht. Den strategischen Entscheidungen des jungen Oberbefehlshabers Johan Laidoner, der in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre der zweite Mann hinter Päts wurde, ist sogar eine Spezialstudie gewidmet worden.<sup>4</sup> Eine Alltags- oder Sozialgeschichte der Jahre zwischen

Entstehung Estlands, Lettlands und Litauens im Gefolge des Ersten Weltkriegs, Berlin 1997. Siehe schließlich auch meine eigene Studie, die das Thema der weiblichen Sicht bzw. der weiblichen Akteure freilich auch nicht thematisiert: Karsten Brüggemann: Die Gründung der Republik Estland und das Ende des „Einen und unteilbaren Rußland“. Die Petrograder Front des Russischen Bürgerkriegs 1918–1920, Wiesbaden 2002.

- 2 Vgl. z.B. Marek Tamm: History as Cultural Memory: Mnemohistory and the Construction of the Estonian Nation, in: Journal of Baltic Studies 39 (2008), S. 499-516; anhand des 1934 eingeführten Siegestages aus Anlass der für die Esten und Letten erfolgreichen Schlacht bei Cēsis (Wenden) am 23.6.1919 erläutert bei Karsten Brüggemann: Celebrating Final Victory in Estonia's 'Great Battle for Freedom': The Short Afterlife of 23 June 1919 as National Holiday, 1934–1939, in: Marek Tamm (Hrsg.): Afterlife of Events (im Druck). Allgemein zur Ideologie des *rahvuslik tervik*, des „nationalen Ganzen“ unter Päts, siehe Ago Pajur: Die „Legitimierung“ der Diktatur des Präsidenten Päts und die öffentliche Meinung in Estland, in: Erwin Oberländer (Hrsg.): Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa 1919–1944, Paderborn 2001, S. 162-213.
- 3 Vgl. Ago Pajur: Die Geburt des estnischen Unabhängigkeitsmanifests 1918, in: Forschungen zur baltischen Geschichte 1 (2006), S. 136-163.
- 4 Vgl. Rosenthal, Laidoner (wie Anm. 1); das Kriegsgeschehen wurde bereits in den 1930er Jahren ausführlich dokumentiert: Eesti Vabadussõda 1918–1920. Vabadussõja Ajaloo Komitee populaarteaduslik väljaanne [Estnischer Freiheitskrieg 1918–1920. Populärwissenschaftliche Ausgabe des Komitees für die Geschichte des Freiheitskrieges], 2 Bde., Tartu 1937–1939; Nachdr. Tallinn 1997; siehe auch die trotz des zeittypischen Duktus wertvolle Dokumentensammlung Kodusõda ja välisriikide interventsioon Eestis 1918–1920 [Bürgerkrieg und ausländische Intervention in Estland 1918–1920], 2 Bde., Tallinn 1984–1986, und den Band Karl Sijlivask [Siilivask], Abe Libman: Revolucija, graždanskaja vojna i inostrannaja intervencija v Ėstonii (1917–1920) [Revolution, Bürgerkrieg und ausländische Intervention in Estland (1917–1920)], Tallin 1988. In zahlreichen Aufsätzen, die hier nicht angezeigt zu werden brauchen, sind mittlerweile die einzelnen Militäreinheiten und ihre jeweilige Tätigkeit untersucht worden. Speziell zum Landeswehrkrieg siehe Ago Pajur: Der Ausbruch des Landeswehrkriegs. Die estnische Perspektive, in: Forschungen zur baltischen Geschichte 4 (2009), S. 145-169, und Kaspars Zellis: Die Schlacht bei Cēsis, die Esten und das historische Bewusstsein der Letten, ebenda, S. 170-191.

1914 und 1924, also zwischen dem Beginn des Ersten Weltkriegs und dem gescheiterten Putsch der Komintern und der Estnischen Kommunistischen Partei am 1. Dezember 1924, liegt noch nicht vor.<sup>5</sup> So haben wir nach wie vor keine Vorstellung davon, wie der Krieg das Leben in den Städten und auf dem Land verändert hat, selbst wenn Estland erst seit 1917/18 unmittelbarer Kriegsschauplatz wurde. Wir kennen die Debatten in der russländischen Staatsduma über die „Baltische Frage“ (*baltiiskij vopros*) – also das Problem, in welcher Form und ob überhaupt die demografischen Mehrheiten der Ostseeprovinzen auf Kosten der vormals dominanten deutschbaltischen Oberschicht Autonomierechte erhalten sollten –,<sup>6</sup> dennoch haben wir höchstens eine Idee davon, was die antideutsche Gesetzgebung nach Kriegsausbruch im deutschen Milieu Est-, Liv- und Kurlands bewirkte.<sup>7</sup> Die Grundzüge des baltischen Kriegsschauplatzes und der deutschen Besetzung – zuerst, seit 1915, in den litauischen und lettischen Regionen, später auch in Estland – sind zwar bekannt.<sup>8</sup> Auch hat Vejas Gabriel Liulevicius eine moderne, kulturgeschichtlich inspirierte Darstellung des deutschen Besatzungsregimes im litauischen Teil von „Oberost“ vorgelegt, doch fehlt eine ähnlich ambitionierte Studie zu den lettischen und estnischen Gebieten.<sup>9</sup>

- 5 Vgl. aber die Wirtschaftsgeschichte Jaak Valge: *Lahtirakendamine. Eesti Vabariigi majanduse stabiliseerimine 1918–1924* [Abtrennung. Stabilisierung der Wirtschaft der Republik Estland 1918–1924], Tallinn 2003.
- 6 Vgl. Toomas Karjahärm: *Ida ja lääne vahel. Eesti-vene suhted 1850–1917* [Zwischen Ost und West. Estnisch-russische Beziehungen 1850–1917], Tallinn 1998, S. 131-192, 208-224; Karjahärm, Rosenberg (Hrsg.), *Eesti ajalugu. V* (wie Anm. 1), S. 366-381; mit einem Schwerpunkt auf den Deutschbalten Anders Henriksson: *Vassals and Citizens: The Baltic Germans in Constitutional Russia, 1905–1914*, Marburg 2009, und Natal’ja S. Andreeva: *Pribaltiiskie nemcy i Rossijskaja pravitel’stvennaja politika v načale XX veka* [Die Deutschbalten und die russländische Regierungspolitik zu Beginn des 20. Jahrhunderts], Sankt-Peterburg 2008, S. 150-219; Reinhard Wittram: *Die baltische Frage als Problem der russischen Provisorischen Regierung*, in: von Hehn, von Rimscha u.a. (Hrsg.), *Von den baltischen Provinzen* (wie Anm. 1), Bd. 1, S. 69-96. Wichtige Dokumente in: Toomas Kar’jähärm [Karjahärm] (Hrsg.): *Imperskaja politika Rossii v Pribaltike v načale XX veka* [Imperiale Politik Russlands im Baltikum zu Beginn des 20. Jahrhunderts], Tartu 2000, und Valentin S. Djakin: *Nacional’nyj vopros vo vnutrennom politike carizma (XIX – načalo XX vv.)* [Die nationale Frage in der Innenpolitik des Zarismus (19. – Anfang des 20. Jahrhunderts)], Sankt-Peterburg 1998.
- 7 Vgl. Hendriksson, *Vassals and Citizens* (wie Anm. 6), lässt seine Studie 1914 enden; die anregende Milieugeschichte von Heide W. Whelan: *Adapting to Modernity: Family, Caste and Capitalism among the Baltic German Nobility*, Marburg 1999, endet zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Allgemein zur russländischen Reaktion auf den Kriegsbeginn in Hinblick auf die Deutschen des Imperiums Eric Lohr: *Nationalizing the Russian Empire. The Campaign against Enemy Aliens during World War I*, Cambridge, Mass. u.a. 2003; Natal’ja S. Andreeva: „Ostzejskij vopros“ i *Per-vaja mirovaja vojna* [Die „Baltische Frage“ und der Erste Weltkrieg], in: Aleksandr O. Čubar’jan (Hrsg.): *Rossija i Baltija. Vyp. 2: Épocha peremen (1914–1924)* [Russland und das Baltikum. H. 2: Die Epoche der Veränderungen (1914–1924)], Moskva 2002, S. 26-47; dies., *Pribaltiiskie nemcy* (wie Anm. 6), S. 220-257.
- 8 Vgl. Karl-Heinz Janssen: *Die baltische Okkupationspolitik des Deutschen Reiches*, in: von Hehn, von Rimscha u.a. (Hrsg.), *Von den baltischen Provinzen* (wie Anm. 1), Bd. 1, S. 217-254.
- 9 Vgl. Vejas G. Liulevicius: *War Land on the Eastern Front. Culture, National Identity and German Occupation in World War I*, Cambridge 2005 (dt. Version erschienen als *Kriegsland im Osten: Eroberung, Kolonialisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2002); kürzlich erschienen (und für diesen Aufsatz nicht mehr berücksichtigt): Mark Hatlie: *Riga at War: 1914–1919. War and Wartime Experience in a Multiethnic Metropolis*, Marburg 2015.

Selbst wenn wir einiges über die Soldaten wissen, die im estnischen Freiheitskrieg kämpften, ist weit weniger darüber bekannt, welche Erfahrungen estnische Soldaten im Ersten Weltkrieg machten.<sup>10</sup> Kürzlich konnte Liisi Esse (geb. Eglit) für ihre Magisterarbeit Briefe und Erinnerungen von estnischen Soldaten aus den Jahren 1914 bis 1918 auswerten.<sup>11</sup> Aber auch für diese Quellen gilt, dass sie die lokalen Ereignisse in der Heimat meist nur aus der Ferne und eigentlich erst seit Ausbruch der Revolution 1917 reflektieren.

In Bezug auf den Freiheitskrieg wissen wir zwar einiges über den Alltag an der Front sowie in den Stäben und Kabinetten, aber unsere Kenntnisse darüber, welche gesellschaftlichen Faktoren den Bestand der Front gewährleistet haben, sind spärlich: Das Hinterland des Krieges ist nach wie vor weitgehend eine *terra incognita*. Und damit ist auch die Frage nach dem Einsatz der verfügbaren menschlichen Ressourcen im Krieg noch nicht beantwortet.<sup>12</sup> Erfahrungen von Frauen im Krieg sind bislang nur in Bezug auf ihren (freiwilligen) Frontdienst hin untersucht worden.

Dass Frauen an der Front waren, wird in Estland nicht bezweifelt. Ein 1998 von Anto Juske herausgegebener Band preist ihren selbstlosen Einsatz:

„Women at war – this is an unusual subject. But it was women who, with the gun in their hands, fought in the Estonian War on Independence side by side with men. Women took care of the wounded and in wartime were often the only ones who looked after the homes. [...] We will never come to know what pain and heartache

10 Vor wenigen Jahren erschien eine Zusammenstellung von wichtigen Artikeln des Tartuer Historikers Tõnu Tannberg über die estnischen Soldaten in der Zarenarmee: Tõnu Tannberg: Eesti mees Vene kroonus. Uurimusi Baltikumi ja Venemaa sõjaajaloost impeeriumi perioodil 1721–1917 [Der Este in der russischen Armee. Untersuchungen zur Militärgeschichte des Baltikums und Russlands in der imperialen Periode 1721–1917], Tartu 2011. Um die Geschichte des „unbekannten Krieges“, des Ersten Weltkrieges, aufzuarbeiten, publizierte er kürzlich weitere Bände: Ders. (Hrsg.): Esimene maailmasõda ja Eesti [Der Erste Weltkrieg und Estland], Tartu 2014, Zitat S. 6; ders. (Hrsg.): Eestlased ilmasõjas. Sõdurite kirju, päevikuid ja mälestusi Esimesest maailmasõjast [Esten im Weltkrieg. Briefe, Tagebücher und Erinnerungen von Soldaten], Tartu 2015.

11 Vgl. Liisi Eglit: Eesti sõdurite sõjakogemus Esimeses maailmasõjas: võrdlev analüüs sõjaageste kirjade ja sõjajärgsete mälestuste põhjal [Die Kriegserfahrung estnischer Soldaten im Ersten Weltkrieg: eine vergleichende Analyse auf der Grundlage von Briefen aus der Kriegszeit und späteren Erinnerungen], MA Universität Tartu 2012, S. 54; dies.: Sõja- ja kodurinde vahelised suhted Esimeses maailmasõjas osalenud eesti sõdurite kirjades ja mälestustes [Die Beziehungen zwischen der Kriegs- und der Heimatfront in den Briefen und Erinnerungen estnischer Soldaten, die am Ersten Weltkrieg teilnahmen], in: Eesti sõjaajaloo aastaraamat / Estonian Yearbook of Military History 2 (8), Tallinn 2012, S. 57–88; dies. [Liisi Esse]: Kuidas mõjutas Vene armee rahvuslik taustüsteem eesti sõdurite sõjakogemust ja rahvusluse arengut Esimeses maailmasõjas? [Wie beeinflusste das nationale System der russischen Armee die Kriegserfahrung der estnischen Soldaten und die Entwicklung des Nationalismus im Ersten Weltkrieg?], in: Tannberg (Hrsg.), Esimene maailmasõda (wie Anm. 10), S. 132–155.

12 Vgl. Karsten Brüggemann: Ajalooteadus ja Eesti Vabadussõda – uut uurimisperspektiivi otsides [Die Geschichtswissenschaft und der Estnische Freiheitskrieg – auf der Suche nach neuen Forschungsperspektiven], in: Ajalooline Ajakiri 125 (2008), H. 3, S. 171–183; in engl. Sprache erschienen als Historical Science and the „Estonian War of Independence“: Looking for a New Research Agenda, in: Ivar Leimus (Hrsg.): Rahvusest riigiks. From Nation to State, Tallinn 2010, S. 65–74.

the women who stayed at home felt for their kin. But the bravest of them were eager to join battle together with men“.<sup>13</sup>

Die Wertehierarchie ist hier deutlich genug: Tapferkeit ist das Höchste, ganz im Sinne des *pro patria mori*, und diese ist nur im Kampf zu zeigen. Über das Leben hinter der Front sagen die Texte daher meist wenig aus. Frauen im Freiheitskrieg – das sind in diesem Band Frauen an der Front. Damit wird die Front gleichsam künstlich aus dem gesellschaftlichen Kontext des Landes herausgelöst. Das Ziel der Unabhängigkeit wird in derartigen Publikationen (aber auch in den für diesen Beitrag ausgewählten Erinnerungen) nicht hinterfragt, auch wird nicht erörtert, warum einige Esten bzw. Estinnen bereit waren, für dieses Ziel zu sterben, andere es jedoch vorzogen, auf der anderen Seite zu kämpfen oder sich abwartend zurückzuhalten.<sup>14</sup>

Es liegt ein relativ umfangreicher Fundus an Erinnerungen aus weiblicher Feder vor, welche auch die Jahre von 1914 bis 1924 betreffen. In Ermangelung von weiblichen Politikern oder Generälen haben vor allem Frauen aus den Bereichen Erziehung und Kultur ihre Memoiren über diese Umbruchszeit verfasst, zumeist in den Jahren der Eigenstaatlichkeit zwischen den Weltkriegen, manche aber auch im Exil oder unter sowjetischer Herrschaft. Ihre Werke sind bislang im Vergleich zu den Erinnerungen führender Politiker und Militärs kaum für historische Analysen herangezogen worden. Ob dies nun an einer für die politische Geschichte zu veranschlagenden Tendenz liegen mag, Erinnerungswerke der so genannten Großen Männer zu bevorzugen, mag dahingestellt bleiben. Eine kursorische Durchsicht einiger dieser oft zitierten Bände – etwa der Erinnerungen des prominenten Sozialdemokraten August Rei oder eines in der Zwischenkriegszeit publizierten zweibändigen Werks mit Erinnerungen (männlicher) Zeitgenossen<sup>15</sup> – ergibt, dass sich auch diese Texte für

13 Anto Juske: Women in the Estonian War of Independence 1918–1920, in: Ders. (Hrsg.): *Naised Eesti Vabadussõjas aastail 1918–1920* [Frauen im estnischen Freiheitskrieg 1918–1920], Tallinn 1998, S. 5 f.

14 Einer der führenden Generäle der 1918 aufgebauten nationalen estnischen Armee, Aleksander Tõnisson, ereiferte sich in einer zehn Jahre nach den Ereignissen veröffentlichten Sammlung von Erinnerungen, er habe sich Ende Dezember 1918 bei einem Besuch in Tallinn über die große Anzahl wehrfähiger Männer gewundert, welche die Hauptstadt zu einem „Ameisenhaufen“ gemacht hätten, während die Front verwaist geblieben sei. Er kenne immer noch damals junge Männer, die der Front ferngeblieben seien. Siehe Aleksander Tõnisson: *Visked vabadussõja mälestustest* [Knappe Erinnerungen an den Freiheitskrieg], in: *Mälestused iseseisvuse võitluspäevilt. Eesti Ajakirjanikkude Liidu toimetusel* [Erinnerungen aus den Tagen des Unabhängigkeitskampfes. Unter der Schriftleitung des Estnischen Journalistenbundes], 2 Bde., Tallinn 1927–1930, Bd. 2, S. 21–63, hier S. 27 f., 30.

15 Vgl. August Rei: *Mälestusi tormiselt teelt* [Erinnerungen von einem stürmischen Weg], Stockholm 1961; *Mälestused iseseisvuse võitluspäevilt* (wie Anm. 14); vgl. auch Kaarel Robert Pusta: *Saadiku päevik* [Tagebuch eines Gesandten], New York, NY 1964; Nachdr. Tallinn 1992; Ants Piip: *Tormine aasta. Ülevaade Eesti välispoliitika esiajast 1917–1918. aastal dokumentides ja mälestusis* [Ein stürmisches Jahr. Überblick über die ersten Jahre der estnischen Außenpolitik 1917–1918 in Dokumenten und Erinnerungen], Tartu 1934; Nachdr. Örebro 1966; ders.: *Tartu Rahu* [Der Frieden von Tartu], in: *Mälestused iseseisvuse võitluspäevilt* (wie Anm. 14), Bd. 2, S. 351–420, sowie die deutschbaltische Perspektive bei Eduard von Dellingshausen: *Im Dienste der Heimat! Erinnerungen des Freiherrn Eduard von Dellingshausen, ehem. Ritterschaftshauptmanns von Estland*, Stuttgart 1930.

eine systematische Durchsicht nach Informationen zur Mentalitäts- und Alltagsgeschichte anbieten.

Der vorliegende Beitrag konzentriert sich auf Erinnerungen zu den Jahren 1914 bis 1924, die von Frauen verfasst wurden. Gefragt wird nach der Identität der Verfasserinnen und nach dem Selbstbild, welches die Texte jeweils zu vermitteln suchen, sowie nach den individuellen Strategien, mit denen die Autorinnen Veränderungen begegneten. Gesucht wird nach Informationen zum Alltag, aber auch danach, ob und wie die Gesellschaft die Revolution des Jahres 1917 und die Kriegsanstrengungen des jungen Landes während des Unabhängigkeitskriegs unterstützt hat. Es soll hier nicht um die Postulierung einer wie auch immer gearteten genuin weiblichen Perspektive auf Revolution und Krieg gehen. Vielmehr interessiert, wie Frauen ihre individuellen Erfahrungen in diesen Jahren verarbeitet und dargestellt haben.

Als Genre sind publizierte Erinnerungen zweifellos besondere Quellen: Sie sind „Dokumente des Zeit- und Selbstempfindens“, wie die Tallinner Literaturwissenschaftlerin Maris Saagpakk ihre Dissertation über deutschbaltische Memoiren betitelt hat,<sup>16</sup> in denen „ein geheimes, auch trügendes Einverständnis zwischen Vergangenheit und Gegenwart“ herrsche.<sup>17</sup> Die (vermeintliche) Entschlüsselung der Vergangenheit tritt hinter die (unbewusste) Enthüllung der Situation, in der geschrieben wird, zurück. Schon daher muss bei der Benutzung von autobiografischen Texten der historische Kontext ihrer Entstehung, die „soziale Realität des seine Geschichte gestaltenden Subjekts“ mit beachtet werden.<sup>18</sup> Der vorliegende Aufsatz setzt sich jedoch nicht das Ziel, die retrospektiven Darstellungen der Autorinnen als „autobiographische Sinnkonstruktionen“ offenzulegen und im Sinne Dagmar Günthers die Erzählstrategien, die Art des Sagens und die Konstruktion des Textes zu analysieren.<sup>19</sup> Ohne Wilhelm Diltheys Enthusiasmus zu teilen, Selbstzeugnisse seien „die höchste Form“, in der uns „das Verständnis des Lebens“ entgegenträte,<sup>20</sup> steht das Gemeinte im Mittelpunkt, der referenzielle Aspekt der Texte. Zugleich jedoch, und hier gibt es Berührungspunkte mit Günthers Forschungsinteressen, geht es um das Verhältnis der hier genutzten Quellen zur (estnischen) nationalen Meistererzählung, die sich gerade in den 1930er Jahren abzeichnete, als ein Teil der Selbstzeugnisse publiziert wurden.

Während sich bisherige Darstellungen der Revolutions- und Kriegsjahre auf politische Entscheidungen, militärische Entwicklungen und den diplomatischen Rahmen beschränken, stellt der vorliegende Beitrag somit einen Einstieg in die Arbeit mit möglichen Quellen einer Sozial- und Alltagsgeschichte dieser Zeit dar. Der Idee zu diesem Beitrag lag die Hoffnung zugrunde, aus Erinnerungen weiblicher Akteure Spuren des weniger heroischen, des eher

16 Maris Saagpakk: *Deutschbaltische Autobiographien als Dokumente des Zeit- und Selbstempfindens: Vom Ende des 19. Jh. bis zur Umsiedlung 1939*, Tallinn 2006, S. 36 f.

17 Ebenda, S. 38, mit Verweis auf Roy Pascal: *Die Autobiographie. Gehalt und Gestalt*, Stuttgart u.a. 1965, S. 23.

18 Heinz-Peter Preußner, Helmut Schmitz: *Autobiographie zwischen Literaturwissenschaft und Geschichtsschreibung. Eine Einführung*, in: Dies. (Hrsg.): *Autobiographie und historische Krisenerfahrung*, Heidelberg 2010, S. 7-20, hier S. 12.

19 Dagmar Günther: *Das nationale Ich? Autobiographische Sinnkonstruktionen deutscher Bildungsbürger des Kaiserreichs*, Tübingen 2004, S. 9.

20 Wilhelm Dilthey: *Das Erlebnis und die Dichtung. Lessing, Goethe, Novalis, Hölderlin, Göttingen 1970*, S. 246.

unblutigen Alltags zu ermitteln. Dass diese (naive?) Hoffnung letztlich enttäuscht wurde, vielleicht sogar enttäuscht werden musste, wird am Ende zu erörtern sein.

### Krieg, Revolution und wieder Krieg

Zweifellos zogen Esten und Letten, wenn schon nicht mit großem Enthusiasmus,<sup>21</sup> dann aber doch mit dem Gefühl in den Krieg, dass die Auseinandersetzung mit dem Deutschen Reich „richtig“ war. Ihre Loyalität zum Zarenreich wurde einstweilen gefestigt. Wie für niemanden sonst im Russländischen Reich verkörperten die Deutschen für sie den historischen Erbfeind, weshalb sie auch keinen großen Unterschied sahen zwischen den Deutschbalten, d.h. der lokalen deutschen Elite, die jahrhundertlang in der estnisch und lettisch besiedelten Region politisch und wirtschaftlich dominiert hatte, und dem Deutschen Reich. Die Presse versuchte unter ihren Lesern einen russischen Patriotismus zu wecken. In den Städten fanden patriotische Massendemonstrationen zur Verabschiedung der Soldaten statt, unter denen es auch – untypisch für das Reich insgesamt – zahlreiche Freiwillige gab.<sup>22</sup> Man geht davon aus, dass im Laufe des Krieges ungefähr 100 000 Esten eingezogen wurden, von denen ca. 10 000 oder sogar jeder Achte starben.<sup>23</sup> Auch wenn diese Zahlen genauer überprüft werden müssten,<sup>24</sup> wird doch deutlich, in welchem Maße der Kriegsdienst in den Alltag eingriff: Allein 1914 wurden aus Estland und den nördlichen, von Esten besiedelten Kreisen Livlands 3 500 Rekruten, 17 600 Reservisten und 14 500 Männer des Landaufgebots eingezogen, d.h. ca. 7% der männlichen Bevölkerung.<sup>25</sup>

Die Identifikation mit den Zielen des Zarenreiches hielt sich unter den estnischen Soldaten bis in das Jahr 1915.<sup>26</sup> Ob sich hier in erster Linie die traditionell antideutsche Einstellung der bäuerlichen Bevölkerungsmehrheit widerspiegelt oder ob die imperiale Offensive des Zentrums nach den revolutionären Ereignissen der Jahre 1905/06 an der Peripherie doch Früchte trug und die 1914 demonstrierte Loyalität begünstigte, ist offen. Bei allem Nationalbewusstsein, das die erste russische Revolution entfacht hatte – gerade auch in Konfrontation mit den deutschen Eliten der Ostseeprovinzen –, dürfte die verstärkte Re-

21 Im „Pävaleht“ vom 26.7.1914 (a. St.), S. 1, wurde unter der Überschrift „Ärev nädal“ [Erregte Woche] der Überzeugung Ausdruck verliehen, dass mit dem Anstieg des Kulturlevels eines Volkes die Bereitschaft der Menschen in den Krieg zu ziehen sinke. Außerdem wurde prognostiziert, dass der Krieg, selbst wenn er nur einen Monat dauerte, viel mehr Menschen in Mitleidenschaft ziehen werde als frühere Kriege, die bis zu 100 Jahre dauern konnten.

22 Vgl. Karjahärm, Rosenberg (Hrsg.), Eesti ajalugu. V (wie Anm. 1), S. 399.

23 Vgl. ebenda, S. 402; Seppo Zetterberg: Eesti ajalugu [Geschichte Estlands], Tallinn 2009, S. 374.

24 Vgl. Tõnu Tannberg: Eesti ala Venemaa sõjaväesüsteemi integreerimise tagajärjed: kas „kahesaja-aastane rahuaeg“ või verekümnis impeeriumi altarile? [Die Folgen der Integration des estnischen Gebiets in das Militärsystem Russlands: Eine „zweihundertjährige Friedenszeit“ oder ein Blutopfer auf dem Altar des Imperiums?], in: Tuna 13 (2010), H. 3, S. 52-67, hier S. 64; Sandra Niinepuu: Kohutav sõda [Der entsetzliche Krieg], in: Diplomaatia v. August 2012, Nr. 132, <http://www.diplomaatia.ee/artikkel/kohutav-soda> [letzter Zugriff: 31.8.2014].

25 Vgl. Tõnu Tannberg: „Tsaar kui kutsub oma lapsi...“. 1914. aasta mobilisatsioonidest Eesti- ja Liivimaaal [„Wenn der Zar seine Kinder ruft...“. Über die Mobilisationen in Est- und Livland 1914], in: Leino Prahtma, Helina Tamman (Hrsg.): Rootsli suurriigist Vene impeeriumisse. Artiklid, Tartu 1998, S. 193-212.

26 Vgl. Eglit, Eesti sõdurite sõjakogemus (wie Anm. 11), S. 55-57.

präsentation des Imperiums in den Ostseegouvernements nicht unbemerkt verpufft sein. So standen seit 1910 Denkmäler für Peter den Großen in Riga und Tallinn, die jeweils von den Lokalverwaltungen initiiert worden waren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Tallinn seit 1904 in der Hand einer estnisch-russischen Koalition war und seit 1906 von estnischen Bürgermeistern geführt wurde (Voldemar Lender, 1906–1913; Jaan Poska, 1913–1917).<sup>27</sup> Somit trug die estnische Stadtverwaltung die Ergebenheitsbekundung an die Dynastie und das Imperium mit, freilich aus anderen geschichtspolitischen Erwägungen als die übrigen ethnischen Milieus der Stadt: Während die Russen in Peter in erster Linie den imperialen Eroberer der Ostseeküste sahen, war er für die Deutschen der Bewahrer ihrer Privilegien und Beschützer des Sonderstatus der Region. Aus estnischer Perspektive konnte gerade die deutsche Sicht nicht geteilt werden, befestigte doch dieser Sonderstatus die soziale Benachteiligung der Bevölkerungsmehrheit. Allerdings mochte das Prädikat „Europäisierer“, das manchen Deutschen ebenfalls sympathisch war, Peter in estnischen Augen durchaus denkmalwürdig erscheinen lassen.<sup>28</sup> Mit großen Feierlichkeiten, begleitet von ehrerbietigen, dankbaren Beiträgen in der Presse, wurde im Frühling 1913 auch in den Ostseeprovinzen das 300. Thronjubiläum der Romanovs begangen.<sup>29</sup>

Diese Bekundungen zur imperialen Realität dürfen auch als Absichtserklärung gelesen werden, dass St. Petersburg keineswegs bereit war, die Ostseeprovinzen alsbald zu verlieren – nicht zuletzt aus strategischen Gründen: 1913 begannen die Bauarbeiten an der nach Peter dem Großen benannten Seefestung, welche den Zugang nach St. Petersburg über den Finnischen Meerbusen verteidigen sollte. Neben dem Ausbau der Baltischen Flotte, war diese Seefestung Beleg für die bedeutende strategische Position Estlands in den Militärplanungen des Imperiums.<sup>30</sup> Zudem war dieses verteidigungspolitische Projekt Grund für die erhöhte Präsenz von russischem Militär und russischen Arbeitern in Tallinn, was im Revolutionsjahr 1917 nicht folgenlos blieb.

Bei Kriegsbeginn lässt sich somit ein Ausgleich der Interessen zwischen dem Zentrum und der Mehrheitsbevölkerung an der baltischen Peripherie beobachten. Die Deputierten aus den Ostseeprovinzen machten jedoch in der Staatsduma zugleich deutlich, dass man

27 Vgl. Bradley D. Woodworth: *Civil Society and Nationality in the Multiethnic Russian Empire: Tallinn/Reval 1860–1914*, PhD Diss. Indiana University, Bloomington 2003, S. 234–240; Karsten Brüggemann, Ralph Tuchtenhagen: *Tallinn. Kleine Geschichte der Stadt*, Köln u.a. 2011, S. 198–200.

28 Vgl. Bradley D. Woodworth: *An Ambiguous Monument: Peter the Great's Return to Tallinn in 1910*, in: Rut Bjüttner [Ruth Büttner], Vera Dubina u.a. (Hrsg.): *Problemy nacional'noj identifikacii, kul'turnye i političeskie svjazi Rossii so stranami Baltijskogo regiona v XVIII–XX vekach / Russia and the Baltic States: Political Relations, National Identity and Social Thought in XVIII–XX Centuries*, Samara 2001, S. 205–219; überarbeitete estnische Version: *Mitmetähenduslik mälestusmärk: Peeter Suure naasmine Tallinna 1910. aastal* [Ein ambivalentes Denkmal: Die Rückkehr Peters des Großen nach Tallinn 1910], in: *Tuna* 13 (2010), H. 3, S. 82–91. Zum zeitgleich errichteten Denkmal für Peter den Großen in Riga und zu den dieses Projekt flankierenden, sehr ähnlichen geschichtspolitischen Diskursen dort siehe Ulrike von Hirschhausen: *Die Grenzen der Gemeinsamkeit. Deutsche, Letten, Russen und Juden in Riga 1860–1914*, Göttingen 2006, S. 328–340.

29 Vgl. Zetterberg, *Eesti ajalugu* (wie Anm. 23), S. 363; Graf, *Eesti rahvusriik* (wie Anm. 1), S. 71, 73; Fotos in: *Karjahärm, Ida ja lääne vahel* (wie Anm. 6), S. 174 f.

30 Vgl. *Karjahärm, Ida ja Lääne vahel* (wie Anm. 6), S. 183–192; *Karjahärm, Rosenberg* (Hrsg.), *Eesti ajalugu. V* (wie Anm. 1), S. 409.

bei allem (wohl nicht nur) zur Schau getragenen imperialen Patriotismus als russisches „Bollwerk“ gegen die Deutschen auch gewisse Verbesserungen erwarte: Autonomie, liberale Reformen und das Ende der deutschbaltischen Vorherrschaft.<sup>31</sup> Noch im Dezember 1914 erklärte Päts, Estland bleibe schon wegen der breiten Entwicklungsmöglichkeiten als Küstengebiet des Imperiums ein Teil des russischen Staates. Für die Esten sei der Krieg gegen Deutschland jedoch ein „heiliger Krieg“.<sup>32</sup> Für die Vertreter nationaler Ideen und Zukunftsvisionen – noch waren die Gouvernements Estland und Livland keineswegs nach ethnografischen Kriterien aufgeteilt – konnte es keinen Zweifel daran geben, dass im Falle eines deutschen Sieges und einer möglichen Annexion der Ostseeprovinzen die Aussicht auf eine breitere Autonomie weitaus geringer sein würde, als wenn man Teil des Russischen Reiches bliebe. Abgesehen von diesen taktischen Erwägungen der estnischen politischen Elite, die traditionell in der estnischen Historiografie hervorgehoben werden,<sup>33</sup> sollte als Erklärung für die Kriegsbegeisterung unter den Esten aber auch ein Faktor nicht übersehen werden, auf den der finnische Historiker Seppo Zetterberg hingewiesen hat: die Loyalität zum Zarenhaus.<sup>34</sup>

So blieben viele Soldaten Liisi Eglit zufolge Russland gegenüber weitgehend loyal; eine Haltung, die, nach ihren Briefen zu schließen, gerade nach der Februarrevolution von 1917 noch gefestigt wurde, da nun jeder mit weitgehenden liberalen Reformen und einer Föderalisierung des Reiches rechnete. Allerdings erinnerten sich Soldaten, die in den Jahren der unabhängigen estnischen Republik ihre Memoiren veröffentlichten, kaum mit demselben Enthusiasmus an das Frühjahr der Hoffnungen infolge der Revolution in St. Petersburg.<sup>35</sup>

Tatsächlich brachten schon die ersten Wochen nach der Abdankung des Zaren den Ostseeprovinzen eine entscheidende Veränderung: Der Tallinner Bürgermeister Jaan Poska wurde von der Provisorischen Regierung in Petrograd am 6. (19.) März 1917 zum Gouvernementskommissar für Estland bestellt und zog als erster Este in das Schloss auf dem Domberg ein. War dies schon ein bemerkenswerter symbolischer Schritt, der die Jahrhunderte währende Kooperation des imperialen Zentrums mit der deutschen Lokalelite beendete, so war für die spätere Etablierung eines Nationalstaats die territoriale Reform, die am 30. März (12. April) verabschiedet wurde, noch bedeutender: Von nun an wurden die estnisch besiedelten Gebiete, die zuvor zwischen den Gouvernements Estland und Livland aufgeteilt waren, in einer Verwaltungseinheit „Estland“ zusammengefasst. Die Wahl eines Landtags (estnisch *Maapäev* oder, nach der russischen Variante *zemskij sovet*, estnisch auch *maanõukogu*) stellte die Verwaltung des Gouvernements erstmals auf demokratische Grundlagen, auch wenn sich dieses Parlament zunächst nach zwar allgemeinem, aber indirektem Wahlrecht zusammensetzte. Diese stille nationale Revolution in Estland legte, auch angesichts der Verteidigungsanstrengungen der Esten in der Armee, ganz bewusst die regionale Verantwortung in die Hände der Bevölkerungsmehrheit.<sup>36</sup>

31 Vgl. Karjahärm, *Ida ja Lääne vahel* (wie Anm. 6), S. 208.

32 Zit. nach Zetterberg, *Eesti ajalugu* (wie Anm. 23), S. 375.

33 So z.B. Karjahärm, *Ida ja Lääne vahel* (wie Anm. 6), S. 205.

34 Vgl. Zetterberg, *Eesti ajalugu* (wie Anm. 23), S. 375.

35 Vgl. Eglit, *Eesti sõdurite sõjakogemus* (wie Anm. 11), S. 90 f.

36 Zu den Verordnungen siehe *Velikaja Oktjabr'skaja Socialističeskaja revoljucija v Ėstonii. Sbornik dokumentov i materialov* [Die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Estland. Dokumenten-

Indessen entwickelte sich auch in Tallinn eine „Doppelherrschaft“: Neben der Administration Poskas existierte ein Arbeiter- und Soldatensowjet, der sich Mitte Mai zur höchsten Autorität erklärte und dessen Macht vor allem auf den russischen Soldaten und Matrosen der Garnison beruhte. Auch im *Maapäev* saßen im Oktober unter den 62 Abgeordneten fünf Bolschewiki.<sup>37</sup> Nachdem Riga Anfang September von den Deutschen erobert worden war, wurden Evakuierungen der Fabriken angeordnet, was zu steigender Arbeitslosigkeit, Inflation und zunehmenden Unruhen führte. Der mehr und mehr bolschewisierte Sowjet bildete am 23. Oktober (5. November) nach Petrograder Vorbild ein Militärrevolutionäres Komitee unter Leitung von Viktor Kingissepp, das am 27. Oktober (9. November) aus Poskas Händen die Macht übernahm. Diese lag nun beim Vorsitzenden des Exekutivkomitees der estländischen Sowjets, Jaan Anvelt. Der *Maapäev* erklärte sich schließlich kurz vor seiner angekündigten Auflösung am 15. (28.) November seinerseits zum Träger der höchsten Autorität im Lande, um die Kontinuität des eigenen Machtanspruchs auch in der Illegalität zu bewahren.<sup>38</sup>

Bei den im November 1917 abgehaltenen Wahlen zur Russischen Konstituante im Gouvernement Estland erhielten die Bolschewiki gut 40% der Stimmen, was in etwa ihren Ergebnissen in Moskau und Petrograd entsprach. Die Arbeitspartei, die estnischen Sozialdemokraten und der Demokratische Block erhielten jedoch gut 46%. Anvelt stand in der nationalen Frage ostentativ gegen alle anderen Parteien und sprach sich für eine Sowjetrepublik als autonomen Teil Sowjetrusslands aus. Bei den von den Bolschewiki durchgeführten Wahlen zur Estnischen Konstituante am 21./22. Januar (3./4. Februar) zeigte der Verlauf der Auszählung, dass diese keine Chance hatten, die parteiintern erhoffte 50%-Marke zu überwinden. Daher wurde die Wahl abgebrochen. Wie in Petrograd, wo die Russische Verfassunggebende Versammlung Anfang Januar aufgelöst worden war, waren die Bolschewiki nicht gewillt, eine Versammlung zuzulassen, die nicht den von ihnen definierten „Interessen der werktätigen Massen“ entsprach.<sup>39</sup>

Nach der gewaltsamen Aktion gegen die Konstituanten in Petrograd und Tallinn lösten sich die Kräfte der estnischen Februarrevolution von den Bindungen an ein mögliches föde-

sammelband], Tallinn 1958, S.33, 65-67; zu den Ereignissen siehe Olavi Arens: *The Estonian Maapäev During 1917*, in: V. Stanley Vardys, Romuald J. Misiunas (Hrsg.): *The Baltic States in Peace and War 1917–1945*, University Park, PA 1978, S. 19-30; Karjahärm, Rosenberg (Hrsg.), *Eesti ajalugu. V* (wie Anm. 1), S. 411-416; Graf, *Ēstonija i Rossija* (wie Anm. 1), S. 39-64; zu Lettland siehe Diana Bleiere, Ilgvars Butulis u.a.: *Istoriija Latvii. XX vek* [Geschichte Lettlands. 20. Jahrhundert], Riga 2005, S. 81-83.

37 Vgl. Toivo Raun: *Estonia and the Estonians*, Stanford 1991, S. 100; Olavi Arens: *Soviets in Estonia 1917/18*, in: Andrew Ezergailis, Gert von Pistohlkors (Hrsg.): *Die baltischen Provinzen Rußlands zwischen den Revolutionen von 1905 und 1917*, Köln 1982, S. 295-314, hier S. 297, 301; Arens, *The Estonian Maapäev* (wie Anm. 36), S. 22; Brüggemann, *Gründung* (wie Anm. 1), S. 55-57.

38 Vgl. Laaman, *Eesti iseseisvuse süüd* (wie Anm. 1), S. 153-167; Graf, *Ēstonija i Rossija* (wie Anm. 1), S. 63, 73-75; Arens, *The Estonian Maapäev* (wie Anm. 36), S. 29. Die Entscheidung über die Zukunft Estlands wurde an eine estnische Konstituante delegiert, es war noch keine Entscheidung für die Sezession von Russland.

39 Vgl. Graf, *Ēstonija i Rossija* (wie Anm. 1), S. 64-70, 81-99; Arens, *Soviets* (wie Anm. 37), S. 312 f.; Raun, *Estonia* (wie Anm. 37), S. 104; Velikaja Oktjabr'skaja Socialističeskaja revoljucija (wie Anm. 36), S. 299, 406; Oliver Radkey: *Russia Goes to the Polls. The Election to the All-Russian Constituent Assembly, 1917*, Ithaca, NY 1990, S. 35 f.

rales Russland, welches die Oktoberrevolution für obsolet erklärt hatte. Für den estnischen Raum wurde so der Primat der nationalen Revolution erklärt. Dies beinhaltete bereits das Versprechen einer sozialen Revolution, mussten doch die alten Verhältnisse gerade auf dem Lande umgekehrt werden, wenn sich eine nationale Exekutive behaupten wollte. In dem machtpolitischen Vakuum zwischen dem Abzug der Bolschewiki und dem Einmarsch der deutschen Armee infolge der abgebrochenen Verhandlungen in Brest erklärte das vom *Maapäev* im November bevollmächtigte „Estnische Rettungskomitee“ am 23./24. Februar 1918 die Unabhängigkeit Estlands und bildete eine Provisorische Regierung unter dem Vorsitz von Konstantin Päts. Dies war ein weitgehend symbolischer Schritt, der aber vor allem in Hinblick auf die in den Folgemonaten verstärkte diplomatische Aktivität in den europäischen Hauptstädten notwendig war.<sup>40</sup> Die deutsche Militärführung wollte von einer wie auch immer gearteten „Unabhängigkeit“ Estlands oder Lettlands nichts wissen, vielmehr lag die Bildung eines deutschen „Baltischen Herzogtums“ in der Luft. Allerdings wurden die Bolschewiki während der acht Monate währenden Besatzung aus dem estnischen Raum vertrieben. Damit konnten die nationalen Kräfte nach Ende der deutschen Okkupation einerseits behaupten, der Krieg werde von außen, aus dem Osten ins Land hineingetragen; andererseits wurden die ehemaligen Ostseeprovinzen attraktiv als Brückenkopf für eine antisowjetische Militäraktion der Siegermächte bzw. der antibolschewistischen „weißen“ Russen.<sup>41</sup>

Der estnische Unabhängigkeitskrieg, der Ende November 1918 mit einem Angriff der Roten Armee auf Narva begann und am 2. Februar 1920 mit dem Frieden von Tartu zwischen der mittlerweile demokratisch legitimierten estnischen Regierung und Sowjetrußland endete, ist an anderer Stelle ausführlich geschildert worden.<sup>42</sup> Der Sieg des estnischen Nationalstaats über die in Form der Estnischen Arbeiterkommune (*Eesti Tööraha Kommune*) kurzfristig realisierte Sowjetherrschaft<sup>43</sup> benötigte ironischerweise den Einsatz der „weißen“ russischen Nordwest-Armee unter Führung General Nikolaj Judenitsch, die angetreten war, das „Eine und Unteilbare Russland“ in den Grenzen von 1914 zu verteidigen, und – mit estnischem Flankenschutz – im Oktober 1919 bis an die Tore Petrograds gelangte. Allerdings entledigten sich die Esten dieses Kampfgenossen wider Willen, nachdem er von der Roten Armee zurückgeschlagen worden war und sie die eigenen Grenzen im November/Dezember gegen die bolschewistischen Truppen hatten verteidigen können, indem sie auf ein Frie-

40 Vgl. Velikaja Oktjabr'skaja Socialističeskaja revoljucija (wie Anm. 36), S. 457-459; Dekrety Sovetskoi vlasti, t. 1, 25 oktjabrja 1917 g. – 16 marta 1918 g. [Dekrete der Sowjetmacht, Bd. 1, 25. Oktober 1917-16. März 1918], Moskva 1957, S. 162 f.; Arens, *The Estonian Maapäev* (wie Anm. 36), S. 30; Ago Pajur: Die Geburt des estnischen Unabhängigkeitsmanifests 1918, in: *Forschungen zur baltischen Geschichte* 1 (2006), S. 136-163; Karjahärm, Rosenberg (Hrsg.), *Eesti ajalugu. V* (wie Anm. 1), S. 427-436.

41 Vgl. Geoffrey Swain: *Russia's Civil War*, Stroud 2008, S. 26 f.; Olavi Arens: *The Estonian Question at Brest-Litovsk*, in: *Journal of Baltic Studies* 25 (1994), S. 305-330; Karjahärm, Rosenberg (Hrsg.), *Eesti ajalugu. V* (wie Anm. 1), S. 433-435.

42 Vgl. Brüggemann, *Gründung* (wie Anm. 1); ders.: *Defending National Sovereignty Against Two Russias: Estonia in the Russian Civil War, 1918–1920*, in: *Journal of Baltic Studies* 34 (2003), S. 22-51.

43 Vgl. Karsten Brüggemann: „Foreign Rule“ During the Estonian War of Independence 1918–1920: The Bolshevik Experiment of the „Estonian Worker's Commune“, in: *Journal of Baltic Studies* 37 (2006), S. 210-226.

densangebot aus Moskau eingingen. Mit der gegenseitigen diplomatischen Anerkennung war schließlich beiden jungen Staaten gedient. Der Kreml konnte zudem froh sein, an einer Front des Bürgerkriegs Ruhe zu haben und sich für die nächsten Jahre Estlands als Brücke für seine Beziehungen mit den Siegermächten zu bedienen. Dies machte sich vor allem im Wirtschaftsverkehr (bzw. im Hinblick auf die Möglichkeit, über Estland das russische Gold zu waschen) bemerkbar.<sup>44</sup> So war Estland für Sowjetrussland womöglich bei weitem wertvoller, als wenn die Rote Armee bis Tallinn vorgedrungen wäre.

Dass die estnische Konstituante just in den Tagen des vermeintlichen Triumphs der Nordwest-Armee vor Petrograd im Oktober 1919 eine radikale, damals als „bolschewistisch“ attackierte Landreform verabschiedete, die den Großgrundbesitz zugunsten kleiner Höfe abschaffte,<sup>45</sup> war der entscheidende Reformschritt, um den Nationalstaat auch politisch in der Bevölkerung zu verankern. Insgesamt ist sich die Forschung einig, dass durch die Umverteilung des Landes eine dem Staat gegenüber grundsätzlich loyale Kleinbesitzerschicht geschaffen wurde, auch wenn der wirtschaftliche Erfolg sich erst langfristig einstellte.<sup>46</sup>

Für die estnische Seite war die Verteidigung der Eigenstaatlichkeit nicht allein im Rückblick eine Art Feuertaufe. Einem Staat, auf dessen längerfristige Existenz im November 1918 nicht unbedingt zu hoffen war, zumal Kleinstaaten damals tendenziell als wenig lebensfähig galten, gelang es nicht nur, seine Grenzen zu verteidigen, sondern auch im Laufe der Kriegsmomente einen funktionierenden demokratischen Staatsaufbau voranzutreiben. Aus dem Elitenprojekt, als das der Nationalstaat „Estland“ im Herbst 1918 noch erscheinen musste, als die Bereitschaft der Bevölkerung zur Verteidigung der Provisorischen Regierung noch gering war, wurde eine mehrheitsfähige Option. Genau dieser Prozess der zunehmenden Identifikation der estnischen Bevölkerung mit dem Nationalstaatsprojekt ist noch nicht weiter untersucht worden, da die nationale Historiografie, wie bereits angedeutet, wenigstens zum Teil von einer Art primordialen ethnischen Solidarität ausgeht. Dabei darf die mentale Bedeutung des militärischen Sieges über die Baltische Landeswehr an der Südfront des Unabhängigkeitskrieges im Juni 1919 für den Glauben an die Überlebensfähigkeit der Republik nicht unterschätzt werden:<sup>47</sup> Mit den „baltischen Baronen“ diejenigen besiegt zu haben, denen die Verantwortung für das „Joch der siebenhundert Jahre“ zugewiesen

44 Vgl. Jaak Valge: Es ist nicht alles Gold, was glänzt. Das Gold der Bolschewiki in Estland 1920–1922 und die Folgen, in: Olaf Mertelsmann (Hrsg.): Estland und Russland. Aspekte der Beziehungen beider Länder, Hamburg 2005, S. 157-192; ders., Lahtirakendamine (wie Anm. 5), S. 149-179; Maie Pihlamägi: Väikeriik maailmaturul. Eesti väliskaubandus 1918–1940 [Ein Kleinstaat auf dem Weltmarkt. Der estnische Außenhandel 1918–1940], Tallinn 2004, S. 311-313.

45 Vgl. Tiit Rosenberg: Agrarfrage und Agrarreform in Estland 1919. Ursachen und Folgen, in: Eberhard Demm, Roger Noël u.a. (Hrsg.): The Independence of the Baltic States: Origins, Causes, and Consequences. A Comparison of the Crucial Years 1918–1919 and 1990–1991, Chicago, IL 1996, S. 87-95; Heidi Lepplaan: „Mein Haus, mein Land, mein Erb und Eigen“: Deutsche Reaktionen auf das estnische Agrargesetz 1919, in: Forschungen zur baltischen Geschichte 7 (2012), S. 141-167.

46 Vgl. Rosenberg, Agrarfrage (wie Anm. 45), S. 91-93; Pajur, Tannberg (Hrsg.), Eesti ajalugu, VI (wie Anm. 1), S. 59, 79; siehe auch Anu Mai Kõll: Peasants on the World Market. Agricultural Experience of Independent Estonia 1919–1939, Stockholm 1994; Rein Taagepera: Inequality Indices for Baltic Farm Size Distribution, 1929–1940, in: Journal of Baltic Studies 3 (1972), S. 26-34, hier S. 26-28.

47 Vgl. Pajur, Geburt (wie Anm. 3); Zellis, Schlacht (wie Anm. 4).

werden konnte, darf als emotionaler Gründungsakt Estlands bezeichnet werden. Der Sieg über die „Barone“ gab dem Patriotismus einen ungeahnten Aufschwung und dem estnischen Nationalismus der 1930er Jahre einen willkommenen geschichtspolitischen Anker zur symbolischen Überhöhung der eigenen Nation.<sup>48</sup> Dass die Haltung zur Idee eines estnischen Nationalstaats noch Ende 1918, als die Option auf eine sozialistische Zukunft noch nicht diskreditiert war,<sup>49</sup> als recht fragil bezeichnet werden muss, darf bei der Analyse der für diesen Beitrag ausgewählten Texte nicht übersehen werden.

### Die Autorinnen der Erinnerungen

Im Folgenden geht es um die Erinnerungen von drei Frauen, deren Auswahl nach Sichtung von einem knappen Dutzend weiblicher Autobiografien erfolgte, wobei zwei Kriterien wesentlich waren: 1) Sie mussten verwertbare Schilderungen für die Fragestellung enthalten; 2) Alter und Tätigkeit der Autorinnen sollten möglichst variieren. Die meisten Erinnerungen stammen, wie bereits angedeutet, von Schauspielerinnen und Tänzerinnen; von ihnen erfahren wir recht anschaulich, wie mit Ausbruch des Weltkriegs Reisen zu Auftritten auf dem Lande immer schwieriger wurden, es immer häufiger Schlangen vor den Läden gab und das Publikum sich vom ernstesten Künstlertheater abwandte.<sup>50</sup> Die Mobilisierung der Gesellschaft für die Front, die Revolution oder den Nationalstaat wird kaum thematisiert, schon gar nicht in solchen Erinnerungen, die in der Sowjetzeit erschienen.

Die älteste der Protagonistinnen ist Mari Raamot (geb. Tamm, \*1872, Kreis Viljandi, †1966, New York), deren Erinnerungen an die Revolutionsjahre 1937 in Estland erschienen.<sup>51</sup> Geboren in die Familie eines selbstständigen Hofbesitzers, studierte sie Hauswirtschaft in Königsberg, Kiel und Leipzig und arbeitete als Lehrerin in Petersburg und Tula. Mit ihrem Ehemann Jaan Raamot (1873–1927), einem Landwirtschaftsexperten, der Mitglied der IV. Staatsduma und später Minister der estnischen Provisorischen Regierung war, leitete sie die bis 1918 existierende erste Land- und Hauswirtschaftsschule Estlands.<sup>52</sup> Von der deutschen Besatzungsmacht verhaftet, wurde sie eine der führenden Figuren der estnischen Frauenorganisation *naiskodukaitse* (Frauenheimatschutz), die nach dem Vorbild der finnischen Lotta Svärd freiwillig Aufgaben in der Landesverteidigung übernahm, und war

48 Vgl. Brüggemann, *Celebrating Final Victory* (wie Anm. 2).

49 Vgl. Brüggemann, „Foreign Rule“ (wie Anm. 43).

50 Siehe z.B. die in der Sowjetzeit erschienenen Erinnerungen der vor allem durch ihr Engagement am Vanemuine-Theater in Tartu bekannt gewordenen Schauspielerin Mari Möldre (1890–1974): *Eesriie avaneb* [Der Vorhang geht auf], Tallinn 2010 (Original Tallinn 1963), S. 106 f.

51 Vgl. Mari Raamot: *Minu mälestused: kodutarest okupatsiooni vanglani* [Meine Erinnerungen: Vom Heimathof bis zum Okkupationsgefängnis], Tartu 1937; eine weitere Auflage, die kurz vor Raamots Tod erschien, enthielt einen zweiten Teil mit der Fortsetzung ihrer Lebensgeschichte ab 1918. Dies.: *Minu mälestused* [Meine Erinnerungen], [New York] 1962. In diesem Beitrag wird nach der jüngsten Ausgabe zitiert, dies.: *Minu mälestused I-II* [Meine Erinnerungen I-II], Tallinn 2010.

52 Vgl. Sirje Tamul: Die ersten Handarbeits- und Haushaltungsschulen im estnischen Mädchenschulwesen (19. Jahrhundert bis 1917), in: Anja Wilhelmi (Hrsg.): *Bildungskonzepte und Bildungsinstitutionen in Nordosteuropa (19. Jahrhundert)*, Wiesbaden 2011, S. 339-364, hier S. 360-364.

an führender Position im Roten Kreuz aktiv. 1944 floh sie nach Deutschland und von dort aus in die USA.<sup>53</sup>

Marta Sillaots (Pseudonym; geb. Marta Adolfine Reichenbach, verh. Gerland, estifiziert Rannat, \*1887, Rakke, †1969, Tallinn) war Pädagogin, Journalistin, Übersetzerin und seit den späten 1920er Jahren freie Schriftstellerin. Sie feierte vor allem mit ihren Kinderbüchern um „Trips, Traps und Trull“ seit 1935 große Erfolge und behandelte in ihren Novellen und Romanen vor allem Frauenschicksale. Neben ihren gut 60 Übersetzungen aus dem Englischen (Charles Dickens), Deutschen (Thomas Mann), Französischen (Gustave Flaubert, Guy de Maupassant) und Russischen (Fedor Dostoevskij, Lev Tolstoj, Ivan Turgenev) war sie auch literaturwissenschaftlich tätig und verfasste Essays zu bekannten Vertretern der estnischen Literatur.<sup>54</sup> Ihre Erinnerungen erschienen 1939.<sup>55</sup> Als Tochter des Postbeamten Hindrik Reichenbach hatte sie eine gute Ausbildung am renommierten Nikolaj-Gymnasium in Tallinn genossen und begann schon vor dem Ersten Weltkrieg ihre Karriere als Journalistin und Schriftstellerin. Unter der Sowjetherrschaft fiel sie in Ungnade und wurde 1950 nach Sverdlovsk verbannt. Unter Nikita Chruščev durfte sie 1955 nach Estland zurückkehren.<sup>56</sup>

Die dritte Autorin wiederum, Alice Kuperjanov (geb. Johanson, \*1894, Nõo, Kreis Tartu, †1942, Sverdlovsk), ist mehr noch als Mari Raamot durch ihren Mann bekannt geworden. Leutnant Julius Kuperjanov (1894–1919) war 1917 stellvertretender Milizchef in Tartu, aktiv im nationalen Untergrund unter bolschewistischer Herrschaft und Gründer der ersten Partisaneneinheit im Freiheitskrieg. Er fiel im Januar 1919 und gilt als einer der estnischen Helden des Kriegs. Ihren Teil zu dieser Heldenverehrung beigetragen haben auch die Erinnerungen seiner Frau Alice, die 1937 erschienen.<sup>57</sup> Alice stammte aus einer Bauernfamilie, schloss ein Mädchengymnasium ab und fand Arbeit als Buchhalterin in St. Petersburg. Mit Julius vermählte sie sich am Tag der Ausrufung der estnischen Republik, dem 24. Februar 1918. Später war sie wie Raamot im *naiskodukaitse* aktiv. Wahrscheinlich wurde Alice Kuperjanov wegen ihres Namens noch im Juni 1940 vom NKVD verhaftet.<sup>58</sup> Am 17. Juli 1942 wurde sie in Sverdlovsk erschossen.<sup>59</sup>

53 Vgl. die Erinnerungen des Sohnes von Jaan und Mari Raamot: Ilmar Raamot: Mälestused [Erinnerungen], Tallinn 2013 (Original in zwei Teilen erschienen, Stockholm 1975, 1991).

54 Ohne auf die Kinderliteratur näher einzugehen Cornelius Hasselblatt: Geschichte der estnischen Literatur. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Berlin u.a. 2006, S. 490 f.

55 Vgl. Marta Sillaots: Sealtpoolt künniseid. Tagasivaade [Von der anderen Seite der Schwellen. Rückblick], Tartu 1939; hier zitiert nach der gleichnamigen Ausgabe Tallinn 2009 (erschieden in der Reihe Loomingu raamatukogu [Looming-Bibliothek] 2009/31-34).

56 Vgl. Anu Saluäär: Marta Sillaots 1887–1969, in: Looming (1987), H. 5, S. 672-681.

57 Vgl. Alice Kuperjanov: Julius Kuperjanovi kaaslasena Saksa okupatsioonist Paju lahinguni [Als Gefährtin von Julius Kuperjanov von der deutschen Okkupation bis zur Schlacht von Paju], Tartu 1937; hier zit. nach der gleichnamigen Ausgabe Tallinn 2008.

58 Mari Raamot war Augenzeugin der Deportation von Alice Kuperjanov. Am Bahnhof soll diese vorübergehenden Bekannten zugerufen haben: „Kämpft weiter, Frauen Estlands, bis die Freiheit kommt“. Raamot, Minu mälestused (wie Anm. 51), S. 278.

59 Vgl. Pekka Erelt: Kuperjanovi kartmatu naine Alice, in: Eesti Ekspress v. 21. Februar 2009 (einsehbar unter <http://ekspress.delfi.ee/news/paevauudised/kuperjanovi-kartmatu-naine-alice.d?id=27686081> [letzter Zugriff: 31.8.2014]).

### Raamot, Sillaots und Kuperjanov erinnern sich an die Zeit von Krieg und Revolution

So unterschiedlich sich der Lebensweg der drei Autorinnen auch gestaltete, so sehr drücken ihre Erinnerungen eine grundsätzliche politische Haltung aus, die nach einem Blick auf das Erscheinungsdatum der jeweiligen Texte zur Hochzeit des autoritär regierenden Konstantin Päts auch nicht weiter verwundert: Der estnische Nationalstaat wird gleichsam als etwas Natürliches empfunden, für dessen Errichtung bzw. Verteidigung man bedingungslos einsteht. Die erfolgreiche Etablierung dieses Staates drückte auch dem privaten Rückblick ihren Stempel auf. Vor allem Kuperjanov und Raamot lassen uns immer wieder ihre Verachtung für diejenigen Landsleute spüren, die etwa im Februar 1918 den Deutschen zujubelten – diese „rückgratlosen Wesen“ schimpft sie die eine,<sup>60</sup> „Gott möge ihnen verzeihen“ ruft ihnen die andere nach.<sup>61</sup> Auch diejenigen Esten, die sich im Dezember 1918 für die kommunistische Seite entschieden, kommen im Rückblick nicht besser davon: Der „kommunistische Bazillus“ habe das Volk und die Soldaten angesteckt, erinnerte sich Kuperjanov, denn allzu viele hätten sich auf das „kommunistische Paradies“ gefreut, um es den *buržui* einmal zu zeigen.<sup>62</sup> Zu den negativen Helden von Kuperjanovs Erzählung zählen auch estnische Kaufleute, die aus schnöden Profitinteressen estnischen Offizieren während der deutschen Besatzungszeit Unterschlupf verweigerten. Nicht einmal die eigenen politischen Führer bleiben verschont: Viele von ihnen hätten Ende 1918 nicht stark genug an die eigene Sache geglaubt, schrieb die Kriegerwitwe.<sup>63</sup>

Somit wird in diesen persönlichen Narrativen deutlich, dass es von 1917 bis 1919 Esten gab, die sich einen Nationalstaat entweder gar nicht vorstellen konnten oder eine ganz andere Zukunftsvision hatten. Damit wird angesprochen, was die estnische Historiografie nicht nur in den 1930er Jahren, sondern im Grunde bis heute nicht diskutiert: Der Freiheitskrieg war in mancher Hinsicht ein Bürgerkrieg.<sup>64</sup> Zumindest bis in den Winter 1918/19 hinein, als die Rote Armee Anfang Januar Riga eroberte und nur gut 30 km vor Tallinn stand, war die Aussicht auf einen Nationalstaat tatsächlich recht gering. Es ist schwer zu sagen, inwieweit der „Traum“ eines eigenen estnischen Staates in der Bevölkerung bereits 1918 Fuß gefasst hatte, wie sehr sich die mentale Identifikation mit der Nation und dem Selbstbestimmungsrecht unter den Esten verbreitet hatte. Bei dieser Frage helfen Erinnerungen aus den 1930er Jahren freilich auch nicht weiter.

Tatsächlich loben sowohl die nationalpolitische Aktivistin Raamot als auch die Kriegerwitwe Kuperjanov vor allem ihre Eltern und Lehrer dafür, sie zu Patriotinnen erzogen zu haben. Selbst wenn die Unterrichtssprachen Deutsch bzw. Russisch waren, sei der Geist in den Schulen stets estnisch geblieben.<sup>65</sup> Auch Sillaots bestätigt, dass trotz der offiziell

60 Raamot, *Minu mälestused* (wie Anm. 51), S. 129.

61 Kuperjanov, *Julius Kuperjanovi kaaslasena* (wie Anm. 57), S. 10.

62 Ebenda, S. 42, 44 f. Dieser politische Konflikt zwischen den Esten wird am Beispiel eines Bruderpaars auch in einem der bekanntesten Romane der Zwischenkriegszeit durchgespielt, der 2002 verfilmt wurde: Albert Kivikas: *Nimed marmortahvilil* [Namen auf der Marmortafel], Tartu 1936. Vgl. *Hasselblatt, Geschichte* (wie Anm. 54), S. 488 f.

63 Vgl. Kuperjanov, *Julius Kuperjanovi kaaslasena* (wie Anm. 57), S. 8, 40.

64 Vgl. Brüggemann, *Gründung* (wie Anm. 1), S. 208 f.

65 Vgl. Raamot, *Minu mälestused* (wie Anm. 51), S. 34–39; Kuperjanov, *Julius Kuperjanovi kaaslasena* (wie Anm. 57), S. 10 f. Helmi Mäelo (1898–1978), die Mitbegründerin des estnischen

gültigen russischen Unterrichtssprache Deutsch und Estnisch dominierten.<sup>66</sup> Zugleich aber bricht die Schriftstellerin Sillaots mit dem klar konturierten Schema der anderen beiden Autorinnen und gängigen ethnischen Stereotypen, wenn sie ohne Wertung, beinahe wie von einer Kuriosität von einer Estin erzählt, die schlechtes Deutsch für schöner als gutes Estnisch hielt – was ihre Mutter wiederum reichlich lächerlich fand –, und von einem russischen Postbeamten, der noch zur „bittersten Russifizierungszeit“ gegen alle Bestimmungen liebend gern Estnisch gesprochen habe.<sup>67</sup> Viel deutlicher als den anderen beiden Autorinnen geht es Sillaots zudem um ihre eigene Entwicklung im multikulturellen Tallinn Anfang des 20. Jahrhunderts. Niemand habe ihr in der Höheren Töcherschule verboten, Estnisch zu sprechen, doch sei ihre Umgebung überwiegend deutschsprachig gewesen, sodass sie sich recht schnell angepasst habe. Ihr zufolge habe sie die Nationalitätenfrage in der Schule nicht weiter behelligt, niemand habe irgendetwas Schlechtes über die Esten erzählt. Auch in der Tallinner Öffentlichkeit habe es das nicht gegeben – die Gebildeten sprachen Deutsch, und wer es nicht konnte, der ging genau deshalb zur Schule, um Fremdsprachen zu erlernen.<sup>68</sup>

Vor allem Raamot tritt uns in ihrer Lebensgeschichte von Beginn an als bewusste Estin entgegen. Spätestens seit ihrer Beschäftigung als Hausmädchen in St. Petersburg weiß sie, wo ihr Weg liegt: Diejenigen ihrer Landsfrauen, die in der Hauptstadt des Russländischen Reiches Ehen mit Nicht-Esten eingingen, nennt sie abschlägig „unpatriotisch“.<sup>69</sup> Einen Entwicklungsroman liefert Raamot im Gegensatz zu Sillaots nicht. Kuperjanov wiederum schildert sich in ihrem Buch vor allem als treue Kampfgenossin ihres Mannes. Damit entsprechen ihre Schilderungen noch am ehesten der traditionellen Vorstellung von Frauen im Krieg: Sie war bereits während der ersten Periode der bolschewistischen Herrschaft Ende 1917 bzw. Anfang 1918 die große Stütze ihres – damals noch – Verlobten Julius. Für den nationalen Untergrund übernahm sie Botengänge und stellte ihr Zimmer für geheime Zusammenkünfte und als Kontaktstelle zur Verfügung. Zudem kümmerte sie sich um Hilfsmittel für die Tarnung: Hinter dem Ofen hielt sie falsche Bärte und Perücken zur Maskierung versteckt.<sup>70</sup> Als junge Frau sei sie damals niemandem aufgefallen – ein in ihren Augen wesentlicher Vorteil für weibliche Untergrundaktivitäten. So schildert sie die Geschichte der 17-jährigen Salme Vaino, die schon 1917 alle bolschewistischen Versammlungen in Tartu besucht habe, um Kuperjanov zu informieren. Männer hätten Frauen damals einfach nicht beachtet.<sup>71</sup>

Raamots Erfahrungen hingegen konnten unterschiedlicher nicht sein. 15 Jahre älter als Kuperjanov, hatte sie schon während der ersten russischen Revolution von 1905 immer

Frauenabstinenzvereins und Journalistin u.a. für „Eesti naine“ (Estnische Frau), erinnerte sich daran, dass es bis zur Revolution nicht leicht gewesen sei, „Este zu sein“. Aber auch ihre Schule habe sie darin bestärkt, die Muttersprache zu gebrauchen, selbst wenn es damals als „feiner und gebildeter“ gegolten habe, sich z.B. des Deutschen zu bedienen. Doch erinnere sie sich an eine Situation, in der sie es am Bahnhofschalter trotz Gewissensbissen nicht über sich gebracht habe, Estnisch anstelle der im Umgang mit Offiziellen vorgeschriebenen Staatssprache Russisch zu benutzen. Helmi Mäelo: *Elutegevuses. Mälestusi* [Im aktiven Leben. Erinnerungen], Lund 1961, S. 12.

66 Vgl. Sillaots, *Sealpoolt künniseid* (wie Anm. 55), S. 54-56.

67 Ebenda, S. 27.

68 Vgl. Sillaots, *Sealpoolt künniseid* (wie Anm. 55), S. 30 f.

69 Raamot, *Minu mälestused* (wie Anm. 51), S. 47.

70 Vgl. Kuperjanov, *Julius Kuperjanovi kaaslasena* (wie Anm. 57), S. 8 f.

71 Vgl. ebenda, S. 33 f.

wieder persönlich bei Generälen und Gouverneuren vorstellig werden müssen, um ihren als Revolutionär verhafteten Ehemann Jaan vor der Todesstrafe zu retten.<sup>72</sup> Als spätere Schulleiterin war sie jedoch weitaus mehr als nur Gefährtin. So war sie im Herbst 1917 dabei, als der im Laufe des Jahres gewählte *Maapäev* sich nach der bolschewistischen Machtübernahme zum höchsten Machträger im Lande ernannte.<sup>73</sup> Wie die junge Alice wiederum verklärt auch sie den Untergrundkampf gegen die Bolschewiki Ende 1917 zu einer „schönen und erinnerungswürdigen“ Zeit, als ihrem Mann die Finanzen des Untergrunds überantwortet waren und noch breites „Vertrauen [...] in die Ehrlichkeit der Akteure“ geherrscht habe.<sup>74</sup> Und auch ihre Wohnung wurde zum Schauplatz allerdings wesentlich bedeutenderer Ereignisse: Im November 1918 fanden die ersten Sitzungen der estnischen Provisorischen Regierung bei Raamots statt; zudem dienten ihre Räume während des gesamten Freiheitskriegs als städtisches Quartier für den Oberkommandierenden der estnischen Streitkräfte Johan Laidoner und seinen Stabschef Jaan Soots.<sup>75</sup>

Während Raamot im Rückblick mit „unpatriotischen“ Esten hart ins Gericht geht, zeigt Kuperjanov auch Verständnis für z.B. diejenigen Landsleute, die im Dezember 1918 nicht vor der heranrückenden Roten Armee aus Tartu flohen. Diese passive Haltung erklärte sie mit dem Hinweis, man sei damals ja davon ausgegangen, dass die „Russen“ wohl in wenigen Tagen durch Estland hindurch marschieren würden, ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen. Die Bevölkerung sei es einfach seit Jahrhunderten gewohnt gewesen, dass Fremde herrschten;<sup>76</sup> offenbar konnten sich nur wenige eine Zukunft ohne Bindung an Russland vorstellen. Während Kuperjanov hier erneut auf den Umstand verweist, dass die Vision eines Nationalstaats bei weitem nicht überall in der estnischen Gesellschaft verwurzelt gewesen sei – und Sillaots konstatiert, dass die Zahl derjenigen, die „noch an ihren Staat glaubten“, immer kleiner wurde –,<sup>77</sup> suggeriert Raamot, sie habe bereits 1905 an nichts anderes geglaubt und zeigt kein Verständnis für abweichende Verhaltensweisen. Ihre eigene unerschütterlich patriotische Gesinnung kontrastiert sie gern mit negativen Beispielen, wie z.B. einem estnischen Offizier der Zarenarmee, der sich 1905 weigerte, mit ihr Estnisch zu sprechen,<sup>78</sup> oder einem gewissen „Heinmann“ aus Virumaa (Wierland), der 1918 für die Deutschen herumschnüffelte.<sup>79</sup> Nichts als Häme hat sie schließlich für die „Wacholderdeutschen“ übrig, womit sie in erster Linie Estinnen meint, die alles Deutsche dem Estnischen vorzogen.<sup>80</sup> Russische und deutsche Amtsträger wiederum waren ihrer Schilderung nach nicht nur arrogant den Esten gegenüber, sondern auch im höchsten Maße korrupt. Als Vertreter der alten Mächte machten sie sich in Raamots Augen im höchsten Maße lächerlich.<sup>81</sup> Somit spricht aus diesen Erinnerungen die Stimme der historischen Siegerin, die alles für

72 Vgl. Raamot, *Minu mälestused* (wie Anm. 51), S. 67-100.

73 Vgl. ebenda, S. 122.

74 Ebenda, S. 124.

75 Vgl. ebenda, S. 173, 182.

76 Kuperjanov, *Julius Kuperjanovi kaaslasena* (wie Anm. 57), S. 43.

77 Vgl. Sillaots, *Sealtpoolt künniseid* (wie Anm. 55), S. 145.

78 Vgl. Raamot, *Minu mälestused* (wie Anm. 51), S. 68.

79 Ebenda, S. 142, 144-146. Siehe zu Heinmann auch Anm. 82.

80 Raamot, *Minu mälestused* (wie Anm. 51), S. 129, 150 f.

81 Ein deutscher Offizier, bei dem sie 1918 wegen der Verhaftung ihres Mannes vorspricht, fuchtelt hinter seinem Schreibtisch wild mit einer Pistole herum und beschimpft die Esten „schamlos“, und ein weiterer „hasserfüllter Deutscher“ belehrt sie in Tallinn darüber, dass die Esten den Deutschen

die Errichtung des Nationalstaates tat und die spätestens seit ihrer Schulzeit eine bewusste Patriotin war. Dabei bleibt ihr Mann Jaan zumindest in der hier interessierenden Phase eigentümlich passiv, schon weil Mari ihn 1905 (sowie 1918 ihren gemeinsamen Sohn Ilmar) aus brenzlichen Situationen retten muss und selbst gefangen genommen wird.

Sillaots hat einen völlig anderen Fokus. Sie folgte keiner politischen Agenda, und hatte dies als erfolgreiche Schriftstellerin der 1930er Jahre wohl auch nicht nötig. Dafür beschreibt sie ihren Alltag im Tartuer und später im Tallinner Postdienst. Ihre Erinnerungen sind allein schon deshalb im Rahmen dieses Aufsatzes erwähnenswert, weil sie ein Bild von Estland im Ersten Weltkrieg vermitteln, das Raamot nahezu ausblendet,<sup>82</sup> da sie den Schwerpunkt auf Revolution und Freiheitskrieg legt, für die der Krieg nur eine Art Overture gewesen sei. Wie viele europäische Zeitgenossen beschreibt Sillaots das erste Halbjahr 1914 im Rückblick als trügerische Idylle, in die der Krieg wie ein Blitz aus heiterem Himmel eingeschlagen sei. Zucker, Petroleum und Salz seien schon bald aus den Regalen verschwunden<sup>83</sup> und Hamsterkäufe hätten die Versorgung lahmgelegt, aber man sei sich sicher gewesen, dass nach drei Wochen alles vorbei sein werde.<sup>84</sup> Hier wird deutlich, welche Veränderungen der Krieg für die Zivilbevölkerung weitab der Frontregionen mit sich brachte. Sillaots beschreibt auch das verschärfte Grenzregime, das mit Kriegsbeginn eingeführt worden war. Ein, wie sie meint, ohne Hintersinn unternommener Ausflug auf die Insel Vormsi (Worms) im Sommer 1915 endete damit, als vermeintliche Spionin beinahe verhaftet worden zu sein. Weitere Komplikationen konnten nur vermieden werden, weil eine ihrer Reisegefährtinnen die Tochter eines bekannten Großkaufmanns aus Haapsalu (Hapsal) war, die der Inselpolizist nicht zu verhaften wagte.<sup>85</sup> Mit dem gleichzeitigen Vorrücken der deutschen Front an die Düna habe sich vor allem Tartu komplett verändert, berichtet sie weiter, aber erneut mit einer eher untypischen Note. Sie schildert zwar auch die Nöte und Probleme der Flüchtlinge, die wiederum dazu geführt hätten, dass man in Tartu dem Krieg nicht mit derselben „philosophischen Gleichgültigkeit“ wie in Tallinn begegnen hätte können. Darüber hinaus berichtet sie mit unverhohlener Belustigung auch von dem Gewinn, den die livländischen Flüchtlinge für das verschlafene Universitätsstädtchen mit sich gebracht hätten: Gerade die Rigenser hätten Tartu ein richtiges Großstadtflair verliehen, was

gefälligst dankbar zu sein hätten, schließlich hätten diese sie vor den Bolschewiki gerettet und ihnen die Kultur gebracht. Vgl. ebenda, S. 144, 153.

82 Vgl. ebenda, S. 146. Der Erste Weltkrieg wird bei ihr erst erwähnt, als sie 1918 den Spitzel Heinmann fragt, wie er zu seiner für einen „gebildeten estnischen jungen Mann“ erniedrigenden Beschäftigung gekommen sei; er erklärt dies mit seiner deutschen Kriegsgefangenschaft, aus der ihn nur die Bereitschaft zur Kollaboration herausgeholfen habe. Nun sei es ihm peinlich. Raamot lässt diese Geschichte jedoch unkommentiert.

83 Vgl. Sillaots, *Sealtpoolt künniseid* (wie Anm. 55), S. 100. Über Lebensmittelknappheit wird auch aus der Zeit der deutschen Okkupation berichtet: Mari Raamot betonte, dass sogar Kartoffeln knapp wurden, was für sie mit den Requisitionen der kaiserlichen Truppen in Verbindung stand. Raamot, *Minu mälestused* (wie Anm. 51), S. 136, 139. Siehe auch Sillaots, *Sealtpoolt künniseid* (wie Anm. 55), S. 139, die von Hunger schreibt; man habe nur Wasser gehabt. Die Deutschen hätten Estland ausgeplündert.

84 Vgl. Sillaots, *Sealtpoolt künniseid* (wie Anm. 55), S. 94.

85 Vgl. ebenda, S. 98 f. Vermutlich hätte Raamot ihre Schadenfreude an diesem Vertreter des alten Regimes ausgelassen; bei Sillaots ist der Mann eher ein Opfer der Umstände, der zwischen Pflichterfüllung und standesgemäßer Ehrerbietung nicht mehr ein noch aus wusste.

sie unter anderem mit den „chic gekleideten Letten“ illustrierte, die nun das Publikum im Theater gestellt hätten. All das erinnerte sie an einen immer währenden Karneval, während sie zugleich aus ihrem Fenster immer öfter Trauerzüge für gefallene Soldaten miterleben musste.<sup>86</sup>

Vor allem aber verdanken wir Sillaots eindruckliche Schilderungen der Aufbruchsstimmung, die in Tallinn nach der Februarrevolution im Frühjahr 1917 herrschte, wohin sie Ende 1916 versetzt worden war. An jeder Straßenecke hätten enthusiastische Menschen politische Meetings durchgeführt, wobei die Russen die Esten damals mit ihrer Redefreudigkeit angesteckt hätten. Gab es Meinungsverschiedenheiten, sei der rhetorisch Flinkere auf eine Treppenstufe gesprungen, hätte sich an einem Laternenpfosten hochgezogen oder sei auf einen Lastwagen gestiegen – „und das Meeting war im Gange, die Zuhörer sammelten sich in Trauben um den Redner, man schrie ‚richtig!‘ und ‚hurra!‘, rief dazwischen ‚nieder!‘ und freute sich bis zur Besoffenheit an der ‚Freiheit‘“.<sup>87</sup> Allerdings lässt sie nicht unerwähnt, dass Frauen auf dem Nachhauseweg von der Nachtschicht vor allem von den Offizieren der Garnison Gefahr gedroht habe.<sup>88</sup> Der Kontrollverlust, der offensichtlich mit der neuen „Freiheit“ einherging, hatte eben auch seine schlechten Seiten.

Die Haltung der estnischen Postbeamten habe sich erst in dem Moment spürbar gewandelt, als im April mit Jaan Poska erstmals ein Este als Kommissar der Provisorischen Regierung in den Gouverneurspalast auf dem Domberg einzog. Auch bei der Post seien sie zuvor in erster Linie loyale Staatsbeamte gewesen und erst dann Esten. Nun aber tauchten neben zahlreichen roten Bändchen am Arm, die als Symbol der Februarrevolution galten,<sup>89</sup> auch erste blau-weiß-schwarze auf, d.h. die Farben der estnischen Trikolore. Den Sowjets gegenüber hätten sich alle Beamten mehr oder weniger herablassend gezeigt, wie es typisch für den russischen Staatsbediensteten in seinem Verhältnis zu den Unterschichten gewesen sei. Allerdings sei für die Esten auch der nationalpolitische Faktor aufgrund ihres „ansteigenden nationalen Bewusstseins“ im Spiel gewesen. Hier habe sich dann auch ein Riss innerhalb der Postbeamtenschaft aufgetan, denn in ihrer Ablehnung der estnischen Emanzipation seien sich alle russischen Beamten sogar mit den Sowjets und den Bolschewiki einig gewesen.<sup>90</sup> In diesen Schilderungen wird das Tallinner Postkontor bei Sillaots zu einem höchst interessanten Mikrokosmos des Russischen Imperiums am Scheideweg des Jahres 1917.

Im Auftrag des „Tallinna Teataja“ (Tallinner Bote) wohnte Sillaots 1917 den Sitzungen des estländischen *Maapäev* bei, womit sich ihre Wege wohl erstmals mit Mari Raamot kreuzten. Bei aller Unterschiedlichkeit ihrer Lebenswelten (und ihrer Memoiren) teilt sich in beiden Texten ein Umstand in sehr ähnlicher Weise mit: die fast schon körperliche Abscheu, die beide Frauen im Herbst 1917 vor manchen estnischen Bolschewiki empfanden. Raamot schildert eine Szene auf dem Schlossplatz, als nach dem Beschluss des *Maapäev*, sich zur höchsten Macht im Lande zu erklären, einige estnische bürgerliche Politiker, unter

86 Ebenda, S. 101, 113.

87 Ebenda, S. 118.

88 Vgl. ebenda, S. 116.

89 Zur Symbolik der Revolution siehe Orlando Figes, Boris Kolonitskii: *Interpreting the Russian Revolution. The Language and Symbols of 1917*, New Haven, CT u.a. 1999, S. 30-70.

90 Sillaots, *Sealtpoolit künniseid* (wie Anm. 55), S. 118 f. (Zitat S. 119).

ihnen der Gründer der Estnischen Demokratischen Partei, Jaan Tõnisson, von einer Arbeiterdemonstration umstellt wurden. Raamot stand in dieser Gruppe, „direkt gegenüber dieser großen, mit funkelnden Augen rasenden Menschenmenge“. Wie schon im Falle der „Wacholderdeutschen“ fallen in ihrer Schilderung vor allem die Frauen mit ihren „verschmierten Gesichtern und verschmutzten Kleidern“ unangenehm auf, die mit ihren Fäusten vor dem Gesicht Tõnissons herumgefuchelt hätten. Zudem erinnerte sie sich an die „unangenehm schrille Stimme“ des Anführers Viktor Kingissepp, welche sie effektiv der klaren und festen Stimme des späteren Ministerpräsidenten Otto Strandmann gegenüberstellte, der gerade die erwähnte Deklaration des *Maapäev* verlesen hatte.<sup>91</sup>

Sillaots wiederum beschrieb ihren Eindruck der bolschewistischen Physiognomie im Zusammenhang damit, dass sich der Arbeitersowjet erst allmählich die Kontrolle über das Postamt sichern konnte. Sowohl die alten Beamten als auch die estnischen Mitarbeiter hätten versucht, sich passiv zu widersetzen, im Bewusstsein dessen, welche strategische Bedeutung ihr Amt für die Revolution hatte. Schließlich kam der Sowjetvorsitzende Jaan Anvelt höchstpersönlich ins Amt, um Kontakt mit Petrograd herzustellen und dabei den Angestellten die Weltlage zu erklären. „Er hinterließ den Eindruck eines äußerst nervösen, unausgeglichene Menschen“, und weiter: „Er war auch kein begnadeter Redner; der Blick aus seinen fanatischen Augen war fahrig und ausweichend“. Vor allem den Frauen sei er regelrecht unheimlich gewesen.<sup>92</sup> Es ist dies eine der wenigen Stellen im Quellenmaterial, wo der weibliche Blick von den Autorinnen explizit betont wird.

Was ist nun über die Heimatfront während des Freiheitskriegs aus den hier ausgewählten Memoiren zu erfahren? Leider nicht sehr viel. Raamot bestätigt, dass die Freiwilligenmobilisierung im November 1918 nicht die erhofften Ergebnisse zeitigte, und erklärt dies mit der allgemeinen Kriegsmüdigkeit der „deprimierten“ und „verarmten“ Leute.<sup>93</sup> Sogleich erwähnt sie die noch im Dezember 1918 begründete Organisation „Ühistöö“ (Gemeinschaftsarbeit), die in erster Linie die Funktion des noch nicht bestehenden estnischen Roten Kreuzes zu erfüllen versucht habe. Besonders betont Raamot, die spätere Leiterin des *naiskodukaitse*, dass auch Frauen zur Mitarbeit aufgefordert worden seien – bei Näharbeiten, aber später auch bei Sammelaktionen sowohl von Geld für die Organisation als auch von Kleidung für die Soldaten an der Front. Leider finden sich in Raamots Erinnerungen keine näheren Auskünfte zur Arbeit dieser Organisation, dafür aber ein Aufruf, die Dienste von „Ühistöö“ für die Verteidigung des Vaterlandes nicht zu vergessen. Schließlich hätten Mädchen und Frauen mit der an die Front geschickten Kleidung sowie ihren Lebensmittel- und Rauchwarenpackchen für die Armee „heimelige Wärme und Liebe in den kalten Verteidigungsgraben gebracht“.<sup>94</sup>

91 Raamot, *Minu mälestused* (wie Anm. 51), S. 122 f. Siehe auch ihre Beschreibung der Kommunistin Anna Leetsman, S. 113, 125 f.

92 Sillaots, *Sealtpooli künniseid* (wie Anm. 55), S. 127.

93 Raamot, *Minu mälestused* (wie Anm. 51), S. 179. Später folgt jedoch eine Passage, in der Raamot aus dem Tagebuch eines finnischen Freiwilligen zitiert, der in Tallinn am 6.1.1919 an einer feierlichen Parade aus Anlass des Abzuges der Finnen an die Front gegen die Rote Armee teilnahm: „Die Stimmung wurde uns durch die Vielzahl an gesunden jungen und erwachsenen Männern unter den Zuschauern verdorben.“ Sie hatten angenommen, dass jeder einsatzbereite Este an der Front sei. Ebenda, S. 188.

94 Ebenda, S. 180.

Ganz so patriotisch gestalten sich Sillaots' Erinnerungen an den Freiheitskrieg erwartungsgemäß nicht. Wie schon zuvor gibt sie in erster Linie Stimmungen wider. Dabei erwähnt sie Jaan Raamot (stellvertretend für die Provisorische Regierung) als Hoffnungsträger, nachdem er im November 1918 die Leitung der Versorgung aus den Händen der abziehenden Deutschen übernommen hatte, schildert ihre Freude über die ersten estnischen Briefmarken und lässt keinen Zweifel daran, dass im Postdienst alle ihr Schicksal mit dem neuen Staat verbunden hätten. Aus diesem Grunde sei die Stimmung unter ihren Kollegen auch besser gewesen als in der Stadt: Nie habe sie Tallinn depressiver gesehen als an den Weihnachtstagen 1918.<sup>95</sup> Ins Telegrafenamts seien fast nur Ausländer gekommen, von denen die Straßen der estnischen Hauptstadt damals vornehmlich bevölkert worden seien, um ihre Meldungen auf allen möglichen Sprachen in die Welt abzusetzen. Nur selten seien Esten gekommen, um beim Armeestab über den Verbleib ihrer Angehörigen um Auskunft zu bitten; in vielen Häusern hätte man sich damals mit gutem Grund Sorgen gemacht.<sup>96</sup> Lange vor dem eigentlichen Ende des Krieges endet ihre persönliche Schilderung dieser Jahre mit den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung im April 1919. Während der Auszählung der Stimmen hätte man sich gegen alle Vorschriften die Telegramme, die in Tallinn mit den lokalen Ergebnissen einliefen, laut vorgelesen und sich gegenseitig alles Gute für die Zukunft gewünscht. Bereits der nächste Absatz behandelt schon Sillaots' neue Karriere als Journalistin beim „Tallinna Teataja“, wo sie am 2. Januar 1920 anfang.

Auch Raamot war auf der Eröffnungssitzung der Verfassungsgebenden Versammlung vor Rührung den Tränen nah, doch stellte sich nach der anfänglichen Begeisterung bald große Enttäuschung bei ihr ein: „Bald fingen alle an, sich an den Kragen zu gehen“. Die heftigen Debatten um den politischen Kurs des Landes beschreibt sie – wegen des Engagements ihres Mannes in der Landwirtschaft nicht überraschend – vor allem anhand der Debatten um die Agrarreform. Dabei habe Jaan Raamot einen radikalen Kurs verfolgt, mit dem seine Parteifreunde im konservativen Bauernbund nicht einverstanden gewesen seien. Den historischen Sinn dieser Reform erläutert sie schließlich anhand des gescheiterten kommunistischen Putschversuchs vom 1. Dezember 1924: Dank der Agrarreform habe damals das Landproletariat auf der Seite der Demokratie gestanden.<sup>97</sup>

## Fazit

Erinnerungen aus weiblicher Feder bieten kein großes Panorama der Krisenjahre aus der Perspektive eines weniger von politischen Entscheidungen oder dem Leben an der Front geprägten Alltags. Auch die eingangs aufgeworfene Frage nach den womöglich schwankenden Identitäten estnischer Menschen in den Umbruchjahren lässt sich mit den herangezogenen

95 Vgl. Sillaots, *Sealtpoolt künniseid* (wie Anm. 55), S. 141 f., 145.

96 Vgl. ebenda, S. 147.

97 Vgl. Raamot, *Minu mälestused* (wie Anm. 51), S. 199-202. Dass auch Raamot keine längere Betrachtung des Sieges im Freiheitskrieg in ihre ansonsten des Defätismus völlig unverdächtigen Erinnerungen eingeflochten hatte, dürfte mit dem Tod Jaan Poskas zusammenhängen. Dieser, ein enger Freund der Familie, hatte den Frieden mit Sowjetrußland ausgehandelt und verstarb bereits am 7.03.1920. Mit der Schilderung der letzten Wochen Poskas nach Unterzeichnung des Friedensvertrags endet Raamots Darstellung der Kriegsjahre. Ebenda, S. 207 f.

Materialien nicht leicht beantworten. Während sich der letztere Umstand wohl hinreichend mit dem Zeitpunkt des Erscheinens der hier genutzten Erinnerungen in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre erklären lässt, als die nationale Identität als gefestigt galt, ist die Spärlichkeit von Informationen zum Kriegsalltag unter Umständen aus der jeweiligen (für uns heute erkennbaren) Zielsetzung der Autorinnen bei der Abfassung ihrer Erinnerungen herzuleiten. Alice Kuperjanov ging es in erster Linie um die militärischen Aktivitäten ihres Mannes, der bereits zu Beginn des Freiheitskrieges Anfang 1919 fiel. Als selbst aktiv Beteiligte hatte sie keinen Blick für den Alltag der fern der Front Lebenden. Demgegenüber geben die impressionistischen Schilderungen der Schriftstellerin Marta Sillaots genau beobachtete atmosphärische Stimmungen ihrer unmittelbaren Umgebung wieder, die für eine Alltagsgeschichte großen Wert haben. Sillaots' eigene Rolle hat für ihre Narration keine Bedeutung, sie beschränkt sich darauf, genaue Beobachterin zu sein. Ihre Erinnerungen erheben nicht den Anspruch, für irgendeine Gruppe repräsentativ oder auch nur gesellschaftshistorisch relevant zu sein. Genau das lässt sie aus heutiger Perspektive relevant werden.

Vor allem von Mari Raamots Memoiren hätte erwartet werden können, dass Fragen der gesellschaftlichen Mobilisierung angesprochen werden. Allerdings bietet auch sie keine ausführliche Schilderung der Heimatfront des Freiheitskrieges, selbst wenn sie als spätere Aktivistin im *naiskodukaitse* zunächst als dafür prädestiniert erscheint. Dabei mag der Umstand eine Rolle gespielt haben, dass der zweite Teil ihres Buches, in dem es um die Zeit ab 1918 geht, erst in der Emigration geschrieben und veröffentlicht wurde. Der zeitliche Abstand und eventuell auch eine veränderte politische Einordnung des Erlebten mögen einer ausführlicheren Schilderung – wie sie sie etwa für die Revolution von 1905 liefert – im Wege gestanden haben. Das aber bleibt Spekulation. Was Raamot liefert, sind vor allem auch Informationen über den Alltag einiger wichtiger Männer in der Gründungsphase der Republik Estland. Einzig ihre knappe Erwähnung der „Ühistöö“-Organisation im Freiheitskrieg schneidet das Thema der Heimatfront an, läuft jedoch auf eine recht allgemeine Eloge auf den Dienst von Frauen im Krieg hinaus, ohne dass hier näher auf die gesellschaftlichen Zusammenhänge eingegangen wird.

Was wir in diesen Texten lesen, sind Facetten der Vergangenheit, niedergeschrieben von Frauen mindestens 20 Jahre nach den Ereignissen. Damit handelt es sich bei ihnen um wertvolle Mosaiksteinchen, sucht man nach der Vielfalt der rekonstruierten historischen Abläufe selbst unter den Bedingungen einer staatlich oktroyierten Geschichtspolitik, wie sie das Regime Päts zweifellos betrieben hat.<sup>98</sup> In diesem Kontext erstaunt, wie sehr die Autorinnen, die wie Raamot und Kuperjanov ganz im Geist der nationalen Ideologie das Estentum der wenigen und damit die eigene Position betonen, zugleich Gefahr laufen, wider Willen das gerade unter Päts gepflegte Bild der nationalen Einheit in den Jahren des Freiheitskrieges zu konterkarieren. Gerade bei Raamot geschieht die Selbststilisierung zu einer wahren Patriotin nur um den Preis der Konturierung gegenüber den „unpatriotischen“ Landsleuten. Von der Einheit des Volkes im Streben nach einem Nationalstaat, welche die estnische historische Meistererzählung betont, konnte diesen beiden Autorinnen zufolge zumindest in den Jahren 1917 und 1918 keine Rede sein. Zu deutlich war bei allen drei Autorinnen offensichtlich noch die Erinnerung an z.B. estnische Kommunisten, welche nach dem gescheiterten Putsch

98 Knapp hierzu Brüggemann, *Celebrating Final Victory* (wie Anm. 2), S. 164-169. Vgl. Pajur, „Legitimierung“ (wie Anm. 2).

vom Dezember 1924 aus der Meistererzählung getilgt wurden.<sup>99</sup> Insgesamt könnten wir heute einiges über die „autobiographische Sinnkonstruktion“ der Texte sagen, weniger über das, „wie es wirklich gewesen“ ist. Unter Zuhilfenahme anderer Quellengattungen wie Tagebücher und Tagespresse dürfte sich unser Bild der Ereignisse während der Umbruchsjahre jedoch noch weiter diversifizieren.

### *Summary*

Despite many efforts in recent years, our knowledge of the times of war and revolution on Estonian soil remains sketchy at best. We lack not only a thoroughly history of the German occupation regime but also a social history of Estonia between the final years of the Russian empire and the establishment of independence. Even if historians have written a great deal about the Estonian War of Independence (1918–1920), the same is true for these years. Whereas the military activity of the Estonian army has been thoroughly researched, we do not know yet to what extent society became mobilised as well. The home front of this decisive war in Estonian history thus remains under-researched. Moreover, the history of the years 1918–1920 so far has been written mostly by men and, to a large extent, what has been written is the history of men.

The aim of this article is to analyse one potential source for a social-historical and gender-conscious narration of the past: memoirs written by females. The expectation was that the reader would find in these texts more details concerning the everyday life behind the front lines than in hitherto analysed sources. However, these memoirs form two quite distinct bodies of texts. On the one hand, those published in the 1930s and on the other those that appeared only during the Soviet regime. If in the first group of texts the history of the First World War stands in the shadow of the following years of establishing Estonia's independence, because of Soviet history policy the second group hardly ever speak about the years under scrutiny here.

Nevertheless, the three memoirs picked out for this article do refer to some aspects of these years of change. All of them were published in the latter half of the 1930s. Therefore, no one of the authors doubts the legitimacy of Estonian independence. They focus on the years of the War of Independence, but each of them from a different angle. Alice Kuperjanov, the widow of the war hero Julius Kuperjanov, most emphatically remembers the time of underground activities to support Estonian military and life close to the front lines. Mari Raamot, married to one of the ministers of the Provisional Government, Jaan Raamot, was herself politically active since early on. Thus in her memoirs her own contribution to the establishment of independence is being stressed and not so much her ordinary life. Being concerned primarily with her political goal, Estonia's independence, she does not tell us anything about personal hardships during the war years. Only in the memoirs of the writer and journalist Marta Sillaots can we find some glimpses of everyday life. Interestingly enough, she also mentions the years of the Great War.

99 Vgl. die neue Studie Jüri Valge: *Punased [Die Roten]*, Bd. 1, Tallinn 2014, welche nicht von großer Sympathie des Autors für seine Protagonisten zeugt.

For the historian interested in matters of everyday encounters with reality, Sillaots' memoirs are by far the most interesting not the least because she has a sense for the ambiguities in times of dramatic changes. Whereas Raamot's and Kuperjanov's world is divided between the „real“ patriots who never lost hope and all the others who for instance chose the side of the Bolsheviks, Sillaots has an eye also on these „others“ and tries to make the reader understand their behaviour. Nevertheless, information taken from memoirs has to be cross-checked with archival material. But in one aspect all three memoirs reflect the quality of historical thinking concerning the recent past that was encouraged during the authoritarian reign of Konstantin Päts.

**„Irgendetwas in mir ist verhärtet oder abgestorben.  
Ich bin nicht mehr die, die ich war.“<sup>1</sup>  
Gabrielė Petkevičaitė und ihr Kriegstagebuch**

von Andrea Griffante

Dem Tagebuch als literarischer Form und als Forschungsgegenstand wurde in den letzten Jahrzehnten immer mehr Aufmerksamkeit entgegengebracht.<sup>2</sup> Noch in den 1960er und 1970er Jahren betrachtete die Literaturwissenschaft das Tagebuch als ein Genre für sich und als Ausdruck einer unmittelbaren Beziehung zwischen dem Selbst und der äußeren Welt.<sup>3</sup> In jüngster Zeit ist sowohl diese Autonomie des Genres als auch der zweigeteilte Charakter des Dialogs zwischen Sprecher und Lebensraum sehr viel unschärfer geworden. So ist es unbestreitbar, dass seit der massenhaften Verbreitung des Tagebuchs im 18. Jahrhundert menschliche Erfahrung bei ihrer Aufzeichnung stets durch grundlegende epistemologische Kategorien wie die Entstehungszeit, die Subjektivität des Schreibenden und die Unterscheidung zwischen öffentlicher und privater Sphäre gefiltert wird. Betrachtet man das private Schreiben als die authentische Sphäre im Gegensatz zum unauthentischen Bereich des Öffentlichen, so wird das schreibende Subjekt nicht nur zum Zentrum der Erzählung, sondern dessen Erzählung fällt mit seiner Identität zusammen.<sup>4</sup> Jerome Bruner unterstreicht in seiner Untersuchung zum Verhältnis von Erfahrung und Erzählung, dass autobiografische Erzählungen, und zwar unabhängig von den gebrauchten kanonischen Formen, das einzige dem Menschen zur Verfügung stehende Instrument darstellen, um den Sinn der gelebten Zeit zu erfassen. Autobiografische Erzählungen haben, sofern sie an gemeinsamen linguistischen und kognitiven Prozessen orientiert sind, das Potential, die Formen der Wahrnehmung sowie das Gedächtnis zu strukturieren und die Erfahrung der Ereignisse zu segmentieren und wieder zusammensetzen. Sie konstituieren das, was als „das Leben“ erzählt wird.<sup>5</sup>

Aufgrund dieser Merkmale kann das Tagebuch also nur als Teil innerhalb eines umfassenderen Genres betrachtet werden, welches die *life narratives* in ihrer ganzen Vielfalt und Komplexität umfasst. Um diesen vielfältigen Bereich der *life narratives* zu definieren, hat Leigh Gilmore den Begriff *autobiographics* in den wissenschaftlichen Diskurs eingeführt:

„[...] those elements of self-representation which are not bound by a philosophical definition of the self derived from Augustine, those elements that instead mark a location in a text where self-invention, self-discovery, and self-representation emerge within the technologies of autobiography. Autobiographics, as a description of

- 1 Gabrielė Petkevičaitė-Bitė: *Karo meto dienoraštis* [Tagebuch der Kriegszeit], Vilnius 1966, S. 341.
- 2 Diese Forschung wurde durch ein Stipendium (Nr. LIT-7-6) der Litauischen Forschungsgemeinschaft finanziert und in Zusammenarbeit mit der Vytautas-Magnus-Universität durchgeführt.
- 3 Roy Pascal: *Design and Truth in Autobiography*, Cambridge, MA 1960.
- 4 Irina Paperno: *What Can Be Done with Diaries?*, in: *Russian Review* 4 (2004), Bd. 62, S. 561-573.
- 5 Jerome Bruner: *Life As Narrative*, in: *Social Research* 3 (2004), Bd. 71, S. 692-694.

self-representation and as a reading practice, is concerned with interruptions and eruptions, with resistance and contradiction as strategies of self-representation.“<sup>6</sup>

Die Erforschung von Tagebuchaufzeichnungen ist deshalb ein Raum der Entschleierung von Identität, in dem die Abgrenzung zwischen der öffentlichen und der privaten Sphäre, das heißt zwischen dem psychologischen, kulturellen und sozialen Universum des Schreibenden und der historischen Welt verschwimmt.<sup>7</sup> Dies schließt jedoch nicht aus, dass in außerordentlichen historischen Situationen die Tagebuchaufzeichnung – nicht anders als andere *autobiographics* – in besonders starker Weise die Überschneidung zwischen geschichtlichem Prozess und individuellem Leben des Subjekts nachzeichnet, sofern darin der Selbstdarstellung des Schreibenden als Protagonist des historischen Geschehens Raum gegeben wird.<sup>8</sup>

Historische Zäsuren wie Kriege stellen oft auch Wendepunkte in den biografischen Erfahrungen eines Menschen dar. Auf der einen Seite werden sie gewöhnlich als Erfahrungen erfasst, die gewaltsam und abrupt das Leben und die Voraussetzungen für das gesellschaftliche Leben verändern. Indem sie radikalen sozialen und politischen Wandel mit sich bringen, ermöglichen sie tiefgreifende Veränderungen im individuellen Bewusstsein und in den Gruppenwerten, auf denen biografische Erfahrung aufgebaut wird. Auf der anderen Seite können historische Zäsuren als fundamentale Ereignisse biografischer Erfahrung verwendet werden. In solchen Fällen werden spezifische historische Ereignisse in Autobiografien als narrative Strategie verwendet, um die Opposition gegen oder die Zustimmung zur neuen moralischen Ordnung zu unterstreichen.<sup>9</sup>

In diesem Aufsatz wird untersucht, wie der Erste Weltkrieg als historische Zäsur in den Tagebuchaufzeichnungen von Gabrielė Petkevičaitė-Bitė, einer der bekanntesten politischen Aktivistinnen und Schriftstellerinnen des litauischen Positivismus Anfang des 20. Jahrhunderts, beschrieben wurde. Vom Anfang des Krieges bis zum Spätsommer 1915 blieben die litauischen Länder („Ober Ost“) Teil des östlichen Kampfplatzes, auf dem die russische gegen die deutsche Armee kämpfte. Der Vormarsch der deutschen Truppen bewirkte eine massive Menschenflucht in die innere Region des Russischen Reichs. Zudem verarmte das Land unter der deutschen Besatzung (1915–1918) zunehmend, da Steuern eingeführt wurden und Beschlagnahmungen stattfanden. Die Besatzer versuchten, fast alle Bereiche des sozialen Lebens zu kontrollieren. Gleichzeitig stellten die geopolitischen Veränderungen jedoch die Voraussetzungen für die Entstehung des litauischen Nationalstaates dar. Obwohl die Unabhängigkeit Litauens bereits im Februar 1918 erklärt worden war, dauerte der Aufbau des Staates 1918/19 an – in einer Zeit, in der der Bürgerkrieg die Integrität des Staates und das politische Kapital gefährdete.

6 Zitiert in Suzanne Bunkers, Cynthia Anne Huff: Issues in Studying Women's Diaries: A Theoretical and Critical Introduction, in: Suzanne Bunkers, Cynthia Anne Huff (Hrsg.): *Inscribing the Daily: Critical Essays on Women's Diaries*, Amherst 1996, S. 3.

7 Bruner, *Life* (wie Anm. 5), S. 696; Béatrice Didier: *Le journal intime*, Paris 2002, S. 168.

8 Irina Paperno: *Stories of the Soviet Experience. Memoirs, Diaries, Dreams*, New York, NY 2009, S. 15.

9 David B. Pillemer: *Momentous events, vivid memories*, Cambridge 1998, S. 31; ders.: *Momentous Events and the Life Story*, in: *Review of General Psychology* 2 (2001), Bd. 5, S. 123-134.

Zwischen 1914 und 1919 verfasste Petkevičaitė ein Tagebuch, für dessen Veröffentlichung sie sich nach Ende der kriegerischen Auseinandersetzung selbst einsetzte. Die ersten beiden Bände des Tagebuchs wurden unter dem Titel „Karo meto dienoraštis“ („Tagebuch der Kriegszeit“) jeweils 1925 und 1931 ohne nennenswerte Resonanz publiziert. Der dritte Band konnte trotz der Bemühungen der Autorin nicht rechtzeitig vor Petkevičaitės Tod veröffentlicht werden. Dieser Band handelte von den Jahren 1917–1919 und ließ die äußerst kritische Einstellung erkennen, die Petkevičaitė allen Akteuren entgegenbrachte, die an den auf die litauische Unabhängigkeit folgenden Kriegen beteiligt waren. Einige von kritischen Anmerkungen über die Aktionen der Bolschewiki in Litauen bereinigte Auszüge wurden in die 1966 veröffentlichte Neuausgabe des Tagebuchs aufgenommen. Die Veröffentlichung des gesamten Werks erfolgte indes erst kürzlich (2008–2011).

Im Folgenden werden zunächst die Gründe und die Motivation für das Schreiben von Tagebüchern in den 1910er Jahren und den ersten Kriegsmonaten diskutiert. Nach einem kurzen Abriss des biografischen Profils von Petkevičaitė werden die Spezifika des untersuchten Tagebuchs erörtert. Dabei wird der Fokus auf den Einfluss des Krieges auf die Selbstdarstellung der Autorin und ihr Verhältnis zum litauischen Landleben sowie ihr politisches Interesse an der Nationalbewegung gerichtet. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf Körper und Körperlichkeit sowie deren Veränderlichkeit als den Hauptinstrumenten, mit denen Petkevičaitė den Geschehnissen einen Sinn zu verleihen sucht. Die Forschung hat deutlich gemacht, dass gerade der Körper eine besondere Dimension weiblicher Erfahrung ist.<sup>10</sup> Der Beitrag zeigt, dass Petkevičaitės Kriegserfahrung in zwei Richtungen weist – in ein männliches und ein weibliches Universum. Sie selbst entschied sich für das Weibliche.

### Nation, Geschichte und Erfahrung

In Litauen entwickelte sich das Schreiben von Tagebüchern nur langsam. Ein erstes Interesse an *autobiographics* setzte im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts ein, als die Teilung der polnisch-litauischen Rzeczpospolita Intellektuelle dazu veranlasste, private Schriftstücke als Quelle für die Erhaltung einer untergegangenen politisch-kulturellen Identität aufzubewahren.<sup>11</sup> Aber noch Mitte des folgenden Jahrhunderts war die Praxis des Tagebuchschreibens nur wenig verbreitet; sie war Ausdrucksmittel des Adels.<sup>12</sup>

Erst das 20. Jahrhundert und die veränderten politischen Verhältnisse brachten es mit sich, dass sich litauische Intellektuelle für autobiografische Schriften interessierten: In den Jahren vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs erschienen in der litauischen Presse Appelle zur Aufbewahrung privater Korrespondenz und zur Aufzeichnung der eigenen Familienerinnerungen. Zu diesem Zeitpunkt richtete sich die Aufmerksamkeit der litauischen

10 Judith Kegan Gardiner: On Female Identity and Writing by Women, in: *Critical Inquiry* 2 (1981), Bd. 8, S. 347-361; Sidonia Smith, Julia Watson: *Reading Autobiography. A Guide for Interpreting Life Narratives*, Minneapolis, MN u.a. 2001.

11 Arvydas Pacevičius: Lietuvos egodokumentinio paveldo samprata ir tyrimų kryptys [Die Interpretation litauischer Egodokumente und die Wege der Forschung], in: Arvydas Pacevičius (Hrsg.): *Egodokumentai ir privati Lietuvos erdvė XVI–XX amžiuje*, Vilnius 2013, S. 113-126, hier S. 118.

12 Rimantas Glinskis: *XX amžiaus lietuvių dienoraščiai* [Litauische Tagebücher im 20. Jahrhundert], Vilnius 2006, S. 11.

Bildungselite auf die Demokratisierung einer Praxis, die traditionell einer sehr begrenzten Gruppe vorbehalten war und nun als Gegenerinnerung der „großen“ Geschichte den Alltag der „normalen“ Menschen mitberücksichtigen sollte.<sup>13</sup> Die Absicht, persönliche Schriftstücke als Mittel zur Mobilisierung der unteren Gesellschaftsschichten zu nutzen, war anlässlich der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Aufhebung der Leibeigenschaft (1911) und dem 10. Jahrestag der Aufhebung des Druckverbots des Litauischen in lateinischer Schrift (1914) offensichtlich. Intellektuelle aus unterschiedlichen politischen Richtungen regten an, das „lebendige Erbe“ der Erinnerung zu erhalten und Zeugenaussagen zu den Ereignissen von 1911 und 1914 zu sammeln. Die Aufzeichnungen sollten entweder an die „Litauische Wissenschaftliche Gesellschaft“ („Lietuvių mokslo draugija“) geschickt werden, deren Aufgabe es war, diese zu archivieren,<sup>14</sup> oder an Zeitungen, die diese veröffentlichen sollten.<sup>15</sup> Einerseits fiel der Aufruf in die Zeit des Kriegsausbruchs, als die Zahl der für die litauischen Tageszeitungen tätigen Korrespondenten drastisch reduziert worden war. Dies wirkte der Aufforderung entgegen, da plötzlich reguläre Korrespondenten fehlten. Andererseits bestand für die Elite die – kaum verborgen gehaltene – Hoffnung, dass ein kurzer Konflikt den Litauern die Autonomie ihrer ethnischen Gebiete innerhalb des russischen Imperiums bringen könnte. Diese Hoffnung war Ansporn dafür, mit den Erinnerungen einen Endpunkt in einer heroisch geprägten kollektiven Biografie zu schaffen. Sie diente zugleich als Mobilisierungsmittel:

„In der Geschichte des Kriegs werden wir immer präsent sein. Es ist wichtig, dass unser Name respektiert wird, dass ihm nicht [Worte; A. G.] der Geringschätzung entgegengebracht werden, sondern der Ehre und des Lobs. Dafür müssen wir selbst Sorge tragen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Geschichte des Kriegs nicht nur aus den großen und exemplarischen Geschehnissen besteht, sondern ebenso aus den kleinen Dingen, die, wie man sagen könnte, eigentlich niemanden interessieren, weil häufig gerade diese in klarster Weise die Bedingungen der Auseinandersetzung umreißen. [...] Wir Litauer selbst müssen uns darum bemühen, die Geschichte des Kriegs in seiner Gesamtheit niederzuschreiben, weil es unser Vaterland betrifft. Zweifelsohne werden Personen vorstellig werden, die, ob aus Rache oder Neid, unserem Namen die Bedeutung absprechen wollen oder ihn durch Verleumdung, Gerüchte und Unrichtigkeiten auslöschen wollen. Sie sind schon am Werk. Wenn wir daran arbeiten, alles, was uns zur Ehre gereicht, zu sammeln, alles, was unsere Anerkennung des Staats und den treuen Dienst in seinem Interesse unter Beweis stellt, dann werden unsere Gegner nicht siegen.“<sup>16</sup>

13 Antanas Alekna: Savų namų atminimai [Unsere Hauserinnerungen], in: Vienybė, 9. (22.) August 1911, S. 499 f.

14 Jonas Jablonskis: Rinkime žinias apie baudžiąvą [Lasst uns Neuigkeiten über Leibeigene sammeln], in: Viltis, 8. (21.) Januar 1911, S. 2.

15 Petras Kraujalis: Dėl spaudos atgavimo sukaktuvių [Am Jahrestag der Restitution der Presserechte], in: Aušra, 3. (16.) April 1914, S. 165 f.; Vytautas Steponaitis: Sukaktuvėms praėjus [Nach dem Jahrestag], in: Lietuvos žinios, 15. (18.) Mai 1914, S. 1; Spaudos sukaktuvėms besiantinant [Der Jahrestag der Restitution der Presserechte rückt näher], in: Viltis, 18. April (1. Mai) 1914, S. 1.

16 Antanas Šmulskštys: Rašykime karo istoriją [Lasst uns die Geschichte des Krieges schreiben], in: Šaltinis, 30. Mai 1915, S. 1 f.

Gleichen Inhalts, jedoch weniger pathetisch, war die Ermunterung der „lebenden“ Zeugen („gyvieji liudininkai“), „alles, was sie mit ihren Augen gesehen und ihrem Geist vernommen haben, niederzuschreiben, weil das Geschriebene nicht mehr aus unserem anfälligen Gedächtnis gelöscht werden kann“.<sup>17</sup> Sie wurde bis zum Sommer 1915 in der litauischen Presse gedruckt.<sup>18</sup>

### Zwischen sozialem Engagement und Schrift

Der Appell verhallte nicht ungehört. Aktive Zeugen der Kriegsgeschehnisse waren dennoch in erster Linie die Intellektuellen selbst, die sich als die eigentlichen Tagebuchautoren erwiesen und deren Aufzeichnungen im Laufe der Zwischenkriegszeit bei mehr als einer Gelegenheit an die Presse weitergereicht wurden.<sup>19</sup> Gabrielė Petkevičaitė war eine der litauischen Intellektuellen, die sich während des Krieges mit größter Hingabe und Stetigkeit dem Tagebuchschreiben widmete.

Petkevičaitė wurde 1861 in der Grafschaft von Panevėžys im nördlichen Litauen in einer Familie des lokalen Landadels geboren. Der Vater, Leonas Petkevičius, war Direktor des örtlichen Krankenhauses. Seit ihrer Kindheit kam sie in Kontakt mit einigen der wichtigsten Protagonisten der litauischen Nationalbewegung, so etwa Laurynas Ivinskis, den der Vater als Hauslehrer für seine Tochter einstellte. Nach Abschluss der Grundschule im Haus des Vaters setzte Petkevičaitė ihren Bildungsweg an der deutschen Schule in Mitava fort, wo sie 1878 ihren Abschluss erlangte. Von da an begann sie an der Seite ihres Vaters in der Apotheke zu arbeiten. Zu Beginn der 1890er Jahre nahm sie ihre Tätigkeit als Journalistin auf und arbeitete als Korrespondentin für litauischsprachige Zeitungen, die im russischen Imperium nur heimlich verbreitet werden konnten. Die journalistische Tätigkeit bot Petkevičaitė die Möglichkeit, noch engere Beziehungen zum fortschrittlichen Flügel der Nationalbewegung zu knüpfen. Neben ihrer journalistischen Tätigkeit widmete sich Petkevičaitė kontinuierlich bis zu ihrem Tod zwei weiteren Bereichen: der Literatur und ihrem sozialen Engagement

17 Pelikšas Bugailiškis: Karo istorijos medžiaga [Materialien für die Geschichte des Krieges], in: Lietuvos žinios, 1. (13.) November 1914, S. 1.

18 Auch in diesem Fall wurden die Leser eingeladen, ihre Erinnerungen aufzuschreiben und zusammen mit weiteren Materialien an die Wissenschaftliche Vereinigung Litauens, an die Akademie der Wissenschaften in Petersburg oder die Redaktionen der Zeitungen zu schicken, die sie, auch wenn sie sie wegen der Kriegszensur nicht veröffentlichen konnten, bis zur Beendigung der Auseinandersetzung aufbewahrt hätten. Vgl. Pelikšas Bugailiškis: Rinkime karo meto medžiagą! [Lasst uns Materialien zur Kriegszeit sammeln], in: Lietuvos ūkininkas, 21. September (1. Oktober) 1914, Sp. 350; Jonas Jablonskis: Didžiojo karo istorijai [Für die Geschichte des Großen Krieges], in: Viltis, 7. (20.) Oktober 1914, S. 1; Redakcija: Rinkime karo žinias Lietuvoje [Lasst uns Neuigkeiten über die Kriegszeit in Litauen sammeln], in: Aušra, 8. Oktober 1914, S. 476 f.

19 Viele Tagebücher und Erinnerungen erschienen in Zeitschriften wie „Karo archyvas“ und „Mūsų senovė“. Die Tagebücher und Erinnerungen einiger der bekanntesten Vertreter aus Politik und Kultur wurden als eigenständige Publikationen veröffentlicht, so zum Beispiel Tadas Daugirdas: Kaunas vokiečių okupacijoje [Kaunas während der deutschen Okkupation], Kaunas 1937; [Vincas Jonuška:] Vincas Jonuškos dienoraštis (1915–1917) [Vincas Jonuškas Tagebuch (1915–1917)], Kaunas 1936; Pranciškus Žadeikis: Didžiojo karo užrašai, 1914–1915–1916 metai, 2 tomai [Bemerkungen über den Großen Krieg, 1914–1915–1916], Klaipėda 1921–1925.

im Bildungswesen. Die literarischen Versuche Petkevičaitės gingen Hand in Hand mit ihrer journalistischen Aktivität. Ihre ersten Erzählungen erschienen im Untergrund, in den Jahren um 1900 nahm ihre literarische Tätigkeit zu und ihre Prosatexte wurden unter dem Titel „Tėvas ir sūnus“ („Vater und Sohn“, 1902), „Nebepirmas“ („Nicht mehr erster“, 1902) und „Krislai“ („Fragmente“, 1905) veröffentlicht. Bis zur Publikation von „Ad astra“ (1933) bestand ihr literarisches Œuvre neben Prosa auch aus Theaterstücken wie „Kova“ („Der Kampf“, 1900) und „Litvomanai“ („Die Litauomanen“, 1902).

Ihr Engagement auf dem Gebiet des Unterrichtens geht auf das Jahr 1893 zurück. Petkevičaitė zählte zu den Mitbegründern von „Žiburelis“, einer Organisation, die Schüler aus armen Verhältnissen unterstützte. Nicht geringer fiel Petkevičaitės Einsatz in der Politik aus. Von Jugend an in Kontakt mit Akteuren aus der Nationalbewegung, wurde sie zu einer der Hauptaktivistinnen innerhalb der feministischen Bewegung; 1908 zählte sie zu den Mitbegründerinnen der „Lietuvių moterų sąjunga“ („Union der Litauischen Frauen“). Der Krieg setzte ihrem Engagement keineswegs ein Ende, sondern nahm einen tiefgreifenden Einfluss auf Petkevičaitės Einstellung zum öffentlichen Leben und zur Politik. Der Krieg hatte ihr Gewissen als Intellektuelle gestärkt, die zwischen den Behörden und den unteren sozialen Schichten vermittelte; durch ihn erhielt sie die Gelegenheit, ein viel tieferes Verständnis für den Unterschied zwischen zentralisierter politischer Aktion und direkter Beteiligung im Bereich der Bildung und Fürsorge zu entwickeln. Die Erfahrung, auf welche Weise die führenden litauischen Intellektuellen in den Jahren 1918/19 politische Veränderungen durchzusetzen versuchten, ließ Petkevičaitės Vertrauen in die Intellektuellen und in die Politik Litauens schwinden, obwohl sie kurz nach der Bildung der „Litauischen Konstituierenden Versammlung“ zu deren Mitglied gewählt wurde. Nur kurze Zeit nach der Entstehung des litauischen Staates wurde sie Mitglied der Gründungsversammlung, legte jedoch ihr Mandat schon nach wenigen Monaten nieder und konzentrierte sich von nun an bis zu ihrem Tod 1943 in Panevėžys ausschließlich auf ihre Aktivitäten im Bildungswesen.<sup>20</sup>

### „Mein“ Krieg: Schrift und Schichtung der Zeit

Die journalistische, literarische und politische Arbeit von Petkevičaitė ist geprägt von der Verflechtung zweier Elemente: der historischen Zeit und der autobiografischen Dimension. Geboren und aufgewachsen in einer Zeit, als die Nationalbewegung vom Ausdrucksforum einer Bildungselite zu einer Vertretung breiterer gesellschaftlicher Gruppen wurde, verstand Petkevičaitė ihre Lebensgeschichte als eine von der nationalen Frage durchwirkte Biografie. Dies ist auch in ihren autobiografisch angelegten Werken zu beobachten, die sie sowohl vor als auch nach dem Ersten Weltkrieg verfasste und publizierte. In ihnen ordnete sie ihre persönlichen Erinnerungen in für das nationale Epos topische Momente ein oder stellte Bezüge zu zentralen Figuren der litauischen Nationalbewegung her. In der Erinnerung der Schriftstellerin verband sich die Zeit des Lebens mit der Zeit der Politik und der sozialen Umwälzungen. Sie strukturierten ihre individuelle Entwicklung und ihr persönliches In-Erscheinung-Treten als politisierte Frau.<sup>21</sup>

20 Juozas Jasaitis: Gabrielė Petkevičaitė-Bitė, Vilnius 1972.

21 Gabrielė Petkevičaitė-Bitė: Krislai [Fragmente], Vilnius 1966, S. 321-742.

Der Erste Weltkrieg war jedoch eine äußerst spezifische Zeitspanne, die von Zwangsumsiedlungen, tiefem menschlichem Leid und der komplexen Entwicklung der Nationalbewegung geprägt war. Dieser Krieg stellt eine historische Zäsur dar, der ein Schreiben im „Tagebuch der Kriegszeit“ mittels einer markanten Re-Modulation der Zeit in zwei Dimensionen auslöst, einer externen oder historischen und einer internen. Beide überlagern sich und weisen nicht selten „Kommunikationsschwierigkeiten“ miteinander auf.<sup>22</sup>

Die externe Zeit – die Zeit der Politik und des sozialen Wandels – bildet nur teilweise den gesamten Rahmen der Erzählung: Das „Tagebuch“ setzt mit dem 28. Juni 1914 ein, als Petkevičaitė für die Sommerferien in ihr Landhaus reiste und von der Nachricht über das Attentat in Sarajevo überrascht wurde. Die externe Zeit bildet von da an den Hintergrund für die gesamte Entwicklung der erzählten Begebenheiten. Die Aufzeichnungen enden jedoch am 10. Juli 1919, einem Tag ohne besondere historische Relevanz, nachdem der unabhängige litauische Staat bereits gegründet worden war.

Dass hier *de facto* ein offener *Terminus ad quem* gegeben ist, zeigt den Vorrang der internen Dimension der Zeit und lässt einige Hypothesen über das Fehlen eines einschlägigen Ereignisses als Abschlusselement der Arbeit zu. Mit Beginn der Sommerferien verbrachte die 45-Jährige ihr Leben auf dem Land. Sie, die unverheiratete Frau ohne leibliche Kinder, lebte hier gemeinsam mit fünf Pflegekindern. Die Kinder kamen aus unterschiedlichen Verhältnissen: Während drei aus ihrer eigenen Familie stammten (es waren die Kinder ihres Bruders), war eines der zwei fremden Kinder kurz nach dem Tod seiner Eltern im Jahre 1901 von Petkevičaitės Vater adoptiert und dann in ihre Obhut gegeben worden. Mit Vorrücken der Frontlinie im Juli 1915 sah sich Petkevičaitė gezwungen, die Kinder zu ihrem Schutz in weiter entfernt gelegene Regionen des Russischen Reiches zu schicken. Trotz ihres starken Wunsches, sich den Kindern anzuschließen, scheiterten ihre Pläne an den durch die deutsche Besatzungsmacht auferlegten Einschränkungen der Bewegungsfreiheit. Erst drei Jahre später sollten die Fünf zurückkehren. Die Anwesenheit der Kinder, ihre Abwesenheit und das Warten auf ihre Rückkehr wurden zu Elementen, die die existenzielle Dimension und die zeitliche Tiefenstruktur des Tagebuchs gliedern. So wie die Zeitgeschichte den Anfang der Erzählung markiert („Meine Gedanken werden plötzlich vom Ruf eines Zeitungsverkäufers unterbrochen: ‚Österreichs Thronfolger ermordet! Neueste Meldungen! Sondernachricht!‘“),<sup>23</sup> so bewirkte die Abreise der Kinder nach Russland eine zunehmende Abkapselung der Schriftstellerin von den Weltgeschehnissen. Erst die Rückkehr der Kinder am 11. Juni 1915 bedeutete das Ende ihres Alptraums und erwies sich als Zeichen für eine mögliche Aussöhnung mit der Wirklichkeit der historischen Zeit. Mit dieser Zäsur enden die ansonsten gleichmäßigen und gewohnten Einträge im Tagebuch. Am 1. März des folgenden Jahres wurden die Aufzeichnungen fortgesetzt:

„Ich erinnere mich nicht, wann ich mein Tagebuchschreiben unterbrochen habe. Eine große Freude, das wichtigste aller Ereignisse, ließ mir die Feder aus der Hand fallen. Die Kinder sind zurückgekehrt. Alle gesund. Ich denke, dass dieses Ereignis ein großes Geschenk der Vorsehung ist. [...] Die ganze Kriegszeit über habe ich wie eine Gefangene meiner Nerven agiert, jetzt kann ich aufatmen wie ein freier Mensch. Ich

22 Henri Bergson: *L'évolution créatrice*, Paris 1907 [dt. *Schöpferische Evolution*, Hamburg 2013].

23 Petkevičaitė, Karo meto (wie Anm. 1), S. 14.

erinnere mich nicht mehr, welcher Tag es war, ich weiß nur noch, dass ich Ende Juni letzten Jahres, als ich die Hoffnung, die Kinder wiederzusehen, schon aufgegeben hatte, plötzlich eines Nachts die ganze Gruppe zusammen mit einer Lehrerin um mein Bett herum versammelt sah.“<sup>24</sup>

Die Rückkehr der Kinder fiel allerdings in einen gegenüber 1915 stark veränderten geschichtlichen Rahmen. Der Krieg war noch nicht zu Ende, aber die Akteure waren andere. Zwar existierte seit 1918 der litauische Staat, doch durch die außen- und innenpolitische Lage stand bereits um 1919 dessen fragile Existenz in Frage. Jetzt nutzte Petkevičaitė ihr Tagebuch, um Kritik vor allem gegen die bolschewistischen Überfälle zu äußern. Ihre Kritik richtete sich auch an die leitenden politischen Akteure Litauens, denen, so Petkevičaitė, die sozialen Probleme des Landvolkes anscheinend nicht bewusst seien und die die Notwendigkeit einer kohärenten Bildungsarbeit unter diesen Menschen nicht erkennen würden. Erneut und wiederholt verschaffte sich also die erlittene Enttäuschung durch den Rückzug in die innere Dimension des individuellen Raumes. Und obwohl in den letzten Aufzeichnungen die historische Zeit dominiert, wird die uneingeschränkte Akzeptanz der externen Zeit in eine immer weiter entfernte Zukunft projiziert. Letztlich ist das der Grund, warum das Tagebuch ohne sichtliches Motiv am 10. Juli 1919 abbricht. Das 1928 für die Publikation des Tagebuchs geschriebene Nachwort stellt den definitiven Schlusspunkt der Aufzeichnungen dar, der aber nicht mit dem Ende der Erzählung übereinstimmt. Es wird der Leserschaft überlassen, die nach der Staatsgründung mit dem Aufbau der Nation befasst sein würde:

„Im Jahr 1914 habe ich angefangen dieses Tagebuch zu schreiben, weil ich leidenschaftlich an die Vornehmheit der von mir geteilten und von den besten der Menschen umgesetzten Ziele geglaubt habe. Jetzt höre ich damit auf [...] ohne dass ich mein Vertrauen in die Vornehmheit dieser Ziele verloren hätte [...] nur bin ich zur Überzeugung gelangt, dass uns davon ein von unermesslicher Armut, von den Tränen und dem Blut unserer Leute gieriger Abgrund trennt [...] Wird es je einen Ingenieur geben, der willens ist, über diesen Abgrund eine Brücke zu bauen?!“<sup>25</sup>

### **Kriegseintritt und Erinnerung**

Obwohl die doppelte zeitliche Ebene im Tagebuch die historische Zeit der Erzählung nicht ausschließt, ist es doch die innere Zeit, die der Entwicklung von Petkevičaitės Erfahrungen während des Konfliktes die Richtung vorgibt. Dies ist seit der ersten Phase des Kriegs offensichtlich, die vom Beginn der Auseinandersetzung bis zum Anfang der deutschen Besetzung im Sommer 1915 reicht. In dieser Zeitspanne durchlebte Petkevičaitė einen Prozess zunehmender innerer Isolation. Die Erinnerung an die Familie und an das Selbsterlebte bildete bei diesem Rückzug die Grundlage für ihre Identitätsfestigung und diente als interpretative Matrix für die neuen Gegebenheiten.

24 Ebenda, S. 790.

25 Ebenda, S. 805.

Geboren und aufgewachsen in einer Familie, die an die demokratischen Ideale der litauischen Nationalbewegung glaubte, war Petkevičaitė zweifellos der traditionellen intellektuellen und sozialen Elite zuzurechnen. Anders jedoch als die Elite der Bewegung, die ständig um die Aufwertung der mittelalterlichen Vergangenheit des Großherzogtums Litauens bemüht war, bezog sich Petkevičaitė in ihren Tagebuchaufzeichnungen relativ häufig auf Momente in der Vergangenheit, etwa auf die Aufstände von 1831 und 1863/64 – eine Zeit, in der sich die Identitäten der Bevölkerungsschichten rasch änderten.<sup>26</sup> An die Stelle der alten klassenbezogenen regionalen Identität trat das Zusammengehörigkeitsgefühl einer (hauptsächlich ethnisch definierten) polnischen Nation. In der Erzählung von Petkevičaitė wurden allerdings zwei für das kollektive Gedächtnis der Bojaren sehr zentrale Momente Teile der privaten Erzählung. Sie suchte den Interpretationsschlüssel zu diesen Ereignissen nicht in der nationalen Überlieferung, sondern in der familiär tradierten Erinnerung. Das Gedächtnis an die Aufstände von 1831, betrachtete sie im Licht persönlicher Erinnerungen von Familienmitgliedern. Die schmerzliche menschliche Enttäuschung ihres Großvaters, der sich dem Kampf aktiv angeschlossen hatte, verstand sie zum Beispiel erst jetzt.<sup>27</sup> Ebenso entpolitisiert erscheint die Erinnerung an 1863: Auch diese Aufstände verband Petkevičaitė mit Elementen aus der familiären Vulgata, nach der berichtet wird, dass just 1863 – einem Wunder gleich – außerhalb der Blütezeit die Deutzien besonders prachtvoll aufgeblüht seien. Dass sich dieses Ereignis im Sommer 1915 wiederholte, wurde für Petkevičaitė nach der Trennung von den Kindern implizit eine Quelle der Hoffnung auf eine erneute wundersame Rettung.<sup>28</sup>

Zwar hätten der Vormarsch der deutschen Truppen und die Eindrücke der lokalen Bevölkerung Petkevičaitė auf das Vokabular der Erinnerung in der zeitgenössischen polnischen wie litauischen Presse einstimmen können, doch der Filter der eigenen Individualität schützte sie vor apodiktischen und stereotypen Stellungnahmen. Das deutsche Heer („[...] es verhält sich, wie nur Barbaren es können: Sie erschießen die Bevölkerung, Alte, Kinder, Frauen, und das, nachdem sie ihnen alle Ehre genommen haben...“)<sup>29</sup> tritt wie eine Neuausgabe der „teutonischen Reiter“ in Erscheinung. Trotz alledem hat die Stigmatisierung zu Beginn ihrer Aufzeichnungen eine keineswegs ideologisierte Funktion, anders als

26 Nicht vergessen werden darf, dass es auch eine bojarische Minderheit gab, die sich im Verlauf der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts für eine Verbreitung des bürgerlichen Nationalismus auf dem Territorium des ehemaligen Großherzogtums Litauen einsetzte. Vgl. Rimantas Miknyš: *Polak litewski końca XIX w. – początku XX wieku* [Der litauische Pole, Endes des 19. bis Anfang des 20. Jahrhunderts], in: Jerzy Wyrozumski (Hrsg.): *Kultura Litwy i Polski w dziejach: Tożsamość i współistnienie*, Kraków 2000, S. 155-168.

27 „[...] als ich jung war [...] schrien und seufzten die Großväter immer dann, wenn sie in der Litanei die Worte ‚Vor Pest, Hunger, Feuer und Krieg bewahre uns, oh Herr‘ wiederholten, so laut auf, dass ich meine Lektüre unterbrechen musste und es mir unmöglich war, mich weiter darin zu vertiefen. Manchmal legte ich das Buch auch weg und sagte voller Zorn zu mir selbst: Die Großväter sind tatsächlich verrückt geworden! [...] Zwar wusste ich, dass der Großvater in seiner Jugend am polnischen Aufstand von 1831 teilgenommen hatte, und die Augen beider Großväter es müde waren, Brände und Folterungen, Deportationen wie Hinrichtungen von ihnen lieben Menschen mit anzusehen ... Heute bin ich nicht mehr in der Lage zu beten, aber erst jetzt verstehe ich die Unrast eurer Seelen, Großväter.“ Petkevičaitė, *Karo meto* (wie Anm. 1), S. 105 f.

28 Ebenda, S. 267 f.

29 Petkevičaitė, *Karo meto* (wie Anm. 1), S. 34.

der – oft instrumentalisierte – Gebrauch, den die zeitgenössische Publizistik davon machte. Nach Petkevičaitė fehlten der angeblich so gebildeten und in verschiedenen Bereichen der Wissenschaft fortschrittlichen Nation grundlegende ethische Eigenschaften, die für eine Kultur unerlässlich seien.<sup>30</sup> Im Unterschied aber zu der Stimmung, die unter den meisten litauischen Intellektuellen anzutreffen war,<sup>31</sup> teilte sie nicht die Präferenz für Russland als das Land, in dem man eine eigene Identität finden könnte. Die Ursache ihrer Skepsis ist wahrscheinlich identisch damit, worunter die Bevölkerung von Beginn des Konflikts an am meisten litt: der Unsicherheit. Zum Zeitpunkt der ersten Mobilisierung erschienen Russland und „die Russen“ als größtenteils familiäre und vertraute Figuren.<sup>32</sup> Im Lauf der Zeit wandelte sich dieses Verständnis in ein schleichend wachsendes Unbehagen, das sich mit der Erosion kleiner Gewohnheiten konkretisierte, die in der ersten Zeit der Mobilisierung noch ein Gefühl verbliebener „Normalität“, der Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen moralischen Universum vermittelt hatten. Dies zeigen die Eindrücke, die Petkevičaitė im Mai des Jahres 1915 notierte, als sie in ihrem Haus einige „besondere“ Gäste, eine Gruppe von Kosaken des zaristischen Heers, einquartiert hatte:

„In Bezug darauf, was ich in der Kriegszeit erlebt habe, galt mir bislang als Barometer für die gute Gesinnung der Soldaten die Tatsache, dass sie mich immer als ‚matuschka‘ (Mütterchen) oder ‚tjotuschka‘ (Tante) ansprechen [...] Wenn ich diese Worte aus den Lippen der Soldaten vernehme, befürchte ich nichts und rede mit ihnen wie mit einem von unseren Männern [...] Dieses Mal haben sich die Kosaken nicht mit diesem Namen an mich gewandt [...] Es ist nicht verwunderlich, dass meinerseits das Vertrauen in sie geschwunden ist.“<sup>33</sup>

Als Katalysator für die immer mehr um sich greifende Unsicherheit schaltete der Krieg auch noch die niedrigsten kognitiven Instrumente aus, mittels derer dem Kriegsgeschehen Sinn hätte zugeschrieben und die Erfahrung hätte geordnet werden können. Der immer geringere Raum, den Geschehnissen mit bekannten Mitteln rational zu begegnen, erforderte neue narrative Instrumente, die es ermöglichten, mit der psychologischen Unsicherheit umzugehen.

### Der Krieg als universale Neurose

Petkevičaitė verknüpfte ihre Erfahrungen noch enger mit ihrem Inneren, indem sie sich einer physischen, körperlichen und zugleich rhetorischen Dimension bediente, wie sie es schon früher in ihren Schriften und ihrem Leben vollzogen hatte. Immer wieder erschwerten darüber hinaus gesundheitliche Probleme ihr Leben. Dies bestätigten sowohl Zeitgenossen

30 Ebenda, S. 61.

31 Während des ersten Kriegsjahres zeigte sich die litauische Intelligenz in der Regel gegenüber dem Russischen Imperium wohlgesonnen, in der Hoffnung, dass ein schnelles Ende der Auseinandersetzung ein Autonomiestatut für das Territorium des ethnischen Litauens bringen würde.

32 Petkevičaitė, Karo meto (wie Anm. 1), S. 29.

33 Ebenda, S. 116.

als auch ihre Biografen. Die Schriftstellerin selbst deutete darauf in ihren autobiografischen Schriften und ihrer privaten Korrespondenz hin.<sup>34</sup> Aber die Reserviertheit, die sie gegenüber den Folgen ihrer Rachitis, der in der Jugend zugezogenen Tuberkulose und der auffälligen Deformation der Wirbelsäule pflegte, kontrastiert mit den Schilderungen ihrer psychischen Probleme. Petkevičaitė erwähnte ihren mentalen Zustand bei vielen Gelegenheiten: Die „Nerven“ hätten ihr ein Gefühl von Schwäche und den zeitweiligen Verlust des Sehvermögens bis hin zu Ohnmachtsanfällen verschafft. In neueren Forschungsarbeiten wird die Hervorhebung der „Nerven“ als sprachlicher Reflex auf eine Neurose gedeutet und in den Kontext weiblicher Neurasthenie des späten 19. und frühen 20. Jahrhundert gestellt. Die „Nervenschwäche“ wurde zum rhetorischen Notbehelf, mittels dessen sie ihrer Unzufriedenheit mit dem herrschenden kulturellen Kanon und dem Wunsch, diesen nicht befolgen zu müssen, Ausdruck verlieh.<sup>35</sup> Während also der Zustand physischer Invalidität die Bildung einer starken Persönlichkeit stimuliert,<sup>36</sup> so sind die „Nervenprobleme“ Ausdruck eines tieferen sozialen Problems, das das Individuum mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln nur schwer zu lösen vermag.

Im „Tagebuch der Kriegszeit“ gibt es wiederholt, manchmal geradezu obsessiv, Hinweise auf das Thema „Nerven“. Es handelt sich um Störungen, deren Symptome nicht genau beschrieben, sondern nur vage angedeutet werden. („Alles quält [meinen] erschöpften Kopf und [meine] angespannten Nerven“; „Wieder sind diese schrecklichen Tage da [...] Der endgültige Nervenzusammenbruch. Ich kann meine Gefühle nicht im Zaum halten“; „Ich habe in der Nacht wenig geschlafen. Die Nerven machen sich wieder bemerkbar.“<sup>37</sup>) Mehr als eine wirkliche Krankheit sind die „Nerven“ bei Petkevičaitė Ausdruck einer Sorge, die immer größer wird. Die Palingenese des „Nervenproblems“ koinzidierte während der Niederschrift des Tagebuchs mit dem immer stärker werdenden Gefühl der Ohnmacht, das weniger ihrem Schicksal galt als dem der ihr anvertrauten Waisenkinder. Dieses Gefühl der Ohnmacht wog noch schwerer durch die Unfähigkeit, sich mit der Unvermeidbarkeit der ihr Leben begleitenden Geschehnisse abzufinden:

„In meiner Jugend erkrankte ich an einer langen und ernsten Nervenkrankheit, und zwar zu der Zeit, als ich gerade noch nach der Grenze zwischen Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit suchte... als ich nach einem festen, möglichst unzerstörbaren Halt suchte, nach etwas, sagen wir, wie die Aussage, dass zwei mal zwei gleich vier ist.

34 Aistė Birgerytė: Gabrielė Petkevičaitė-Bitė: našalauš kūno asmens savivokos formavimosi įtampa [Gabrielė Petkevičaitė-Bitė: Die Formation des Selbstbewusstseins bei einer Person mit körperlicher Behinderung], in: *Literatūra* 47 (2006), S. 42-58. Zur physischen Charakterisierung von Petkevičaitė vgl. z.B. Jasaitis, Gabrielė Petkevičaitė-Bitė (wie Anm. 20), S. 34; Juozas Tumas: Bitė darbininkė, pareigų vergė (Gabrielios Petkevičiūtės biografija, jos 65 metų amžiaus ir 40 metų plunksnos darbo sukaktuvėms) [Biografie von Gabrielė Petkevičaitė anlässlich ihres 65-jährigen Jubiläums und des 40. Jahrestages ihrer literarischen Aktivität], in: *Naujoji Vaidilutė* 1 (1926), S. 4.

35 Ramunė Bleizgienė: Gabrielės Petkevičaitės-Bitės nervai – moters tapatumo komplikacijos [Die Nerven von Gabrielė Petkevičaitė-Bitė: Komplikationen weiblicher Identität], in: *Colloquia* 23 (2009), S. 32-52.

36 Aistė Birgerytė: Gabrielės Petkevičaitės-Bitės moteriškųjų reikšmių pasaulyje [In Gabrielė Petkevičaitė-Bitės Welt des Verstehens], in: *Literatūra* 37 (1999), S. 5-15.

37 Petkevičaitė, Karo meto (wie Anm. 1), S. 16, 313, 403.

Im Lauf der Zeit haben die Nerven Schaden genommen. Die älteren Personen, denen gegenüber ich mir erlaubte, mich über die Schwierigkeit zu beklagen, nicht einen falschen Weg im Leben einzuschlagen, beruhigten mich:

– Das Leben wird dich an das Leben gewöhnen.

Ich muss, o weh, erkennen, dass ich bis heute, wo ich schon fast graue Haare habe, diese Gewohnheit nicht erworben habe.“<sup>38</sup>

In ihrer Jugend waren soziale Normen der Grund für den Abbruch ihres Studiums gewesen und in der Folge war es zu unkontrollierbaren Ausbrüchen ihrer „Nerven“ gekommen.<sup>39</sup> Jetzt hingegen stellten die „Nerven“ eine Reaktion auf fehlende Handlungsmöglichkeiten dar (zu den Kindern zu gelangen und sich um sie zu kümmern). Nur mit der Unterdrückung ihres Bewusstseins konnte dieser Schmerz gelindert werden.<sup>40</sup>

Neben ihrer individuellen Veranlagung war die „Nervenschwäche“ auch objektiv motiviert. Der Krieg selbst war die neue Krankheitsquelle. Aufgrund ihrer aus der Arbeit mit dem Vater erwachsenen Kenntnisse wurde Petkevičaitė zu einer Bezugsperson für die ortsansässigen Menschen, die sich während der deutschen Besatzung vertrauensvoll an sie, wie an einen Arzt, zur Behandlung wandten. Diese medizinische Versorgung und der Kontakt mit den Kranken weckte in Petkevičaitė die Idee von einer Verbindung zwischen Krieg und Krankheit. Wenn auch die durch die ständige Beschlagnahmung von Nahrungsmitteln und Gütern jeglicher Art aufgezwungenen Lebensbedingungen der ausschlaggebende Grund für den körperlichen Verfall der Bevölkerung waren, so weisen andere im „Tagebuch“ beschriebene Krankheiten Charakteristika auf, deren diffuse Symptome mit der „Nervenschwäche“ von Petkevičaitė selbst vergleichbar sind. Betroffen waren vor allem Frauen, deren mentaler Zustand sich plötzlich veränderte, die stumpfsinnig wurden oder Anzeichen einer als schändlich betrachteten Pathologie wie der Epilepsie aufwiesen.<sup>41</sup> Die von Petkevičaitė angeführten Gründe für das Auftreten dieser Zustände bestätigen diese Verbindung, die mit der Unmöglichkeit, auf die bestehende Situation reagieren zu können, direkt zusammenhing: „Bei uns, so scheint es mir jedenfalls, haben die politischen Restriktionen, unter denen wir leben mussten, dazu beigetragen, diese schmerzliche Situation entstehen zu lassen. Die besondere Empfindsamkeit des weiblichen Organismus kann diese ständige Angst, diesen ständigen Stress, die Verfolgung, die Belästigungen nicht ertragen.“<sup>42</sup>

Die Auswirkungen des Kriegs können allerdings nicht nur mit der größeren „Empfindsamkeit“ der Frauen erklärt werden. In dem Maße, wie das Schreiben von Tagebüchern populärer wurde, wurde auch die Berufung auf die „Nerven“ als Synonym für die Handlungsunfähigkeit und die Schutzlosigkeit vor der Kriegskrankheit zu einem allgemein verbreiteten Merkmal in dem besetzten Gebiet. Die Einberufung zum Heer, die Beschlagnahmungen, das Töten und die Gewalt wurden zu Faktoren, die „[...] sich in den Geist und

38 Ebenda, S. 162.

39 Petkevičaitės-Bitės (wie Anm. 34), S. 42-44.

40 „Ich weiß, dass die einzige Medizin, die mich momentan vor der Umnachtung meines Geists, vor dem endgültigen Nervenzusammenbruch retten kann, die Eingrenzung des Horizonts meiner Gedanken ist.“ Petkevičaitė, Karo meto (wie Anm. 1), S. 755.

41 Ebenda, S. 507 f.

42 Ebenda, S. 485.

die Nerven der Bevölkerung unseres Landes eingepägt haben“.<sup>43</sup> Eine positive Reaktion war unmöglich.

Die Probleme mit den „Nerven“ waren auch den Besatzern nicht fremd. Die Zersetzung der moralischen Ordnung durch den Krieg und das Besatzungsregime verbreiteten den Ruf der deutschen Truppen als Angehörige einer pathologisch-animalischen Herrschaft. Die Deutschen, Hüter einer bedeutenden kulturellen Tradition, hatten aus der Sicht Petkevičaitės ihr ganzes Kulturerbe unerklärlicherweise vergessen und verübten wie verwandelt mit unersättlicher und manischer Gewalt Raub und „Germanisierung“: „Ein Wahn! Ein Wahn! Ein für uns alle schädlicher Wahn!“ – glossierte Petkevičaitė Ende 1916 – „Gibt es unter ihnen wirklich nur so wenige Personen mit einem gesunden Geist [sveikai galvojančios žmonės], die die Krankheit ihrer Landsleute verstehen?“<sup>44</sup> Es gab die „wenigen Personen mit einem gesunden Geist“, die den Wahn des Krieges verurteilten. Weil es unmöglich war, sich dem Geschehen entgegenzustellen, zeigte sich die wiederhergestellte Gesundheit bei ihnen in Form von Nervenzusammenbrüchen.<sup>45</sup>

In den Tagebuchaufzeichnungen von Petkevičaitė bezog sich die Thematik der „Nerven“ auf ihre anderen autobiografischen Schriften, hatte aber universalistische Züge. Die nervliche Zerrüttung war nun nicht mehr nur ein Problem von Petkevičaitė. Sie wurde zur symbolischen Transfiguration und zum erzählerischen Instrument, um gleichzeitig die durch den Krieg hervorgerufene Unsicherheit und die Ohnmacht des Widerstandes gegen diesen in ihren vielen Facetten zum Ausdruck zu bringen.

### **Die Reaktion auf die Auseinandersetzung: Menschlichkeit und Mutterschaft**

Im Tagebuch erfüllt die Thematik der „Nerven“ eine wichtige Funktion darin, das Feld der Identität, die Identitätsebene, auf der sich Petkevičaitė situierte, abzustecken. Die Thematik half ihr, das Erlebte (innere Zeit) mit den Kriegsgeschehnissen (äußere Zeit) zu versöhnen. Sollte sich der Aufbau einer Opposition gegen den Krieg als unmöglich erweisen, sah Petkevičaitė in der „Humanität“ („žmogiškumas“) das einzige verfügbare und verpflichtende Instrument der Gegenwehr. Die „Humanität“ gestalte sich als Blick „[...] ins Herz eines jeden Menschen“ und als Anstrengung, „die Perlen zu suchen und hervorzuholen, die sich in diesem verbergen“.<sup>46</sup> Dank dieses Blickes konnte die Schriftstellerin nach Gefühl und Erfahrung („Nerven“) die Personen zuordnen, die zum Feld ihrer Identität gehörten – einer Identität, die auf nationale („[...] mein Herz erlaubt es mir nicht, im Fremden etwas anderes als meinen Nächsten zu sehen“)<sup>47</sup> und soziale Merkmale verzichtete und bewusst jeden auf Basis seiner eigenen ethisch-moralischen Qualitäten beurteilte:

„[...] als Demokratin aus Überzeugung erkenne ich keine Klassenunterschiede an noch schenke ich solchen Gehör. Ich unterscheide nur zwischen Rechtschaffenen und

43 Ebenda, S. 417.

44 Ebenda, S. 574.

45 Ebenda, S. 533.

46 Ebenda, S. 119.

47 Ebenda, S. 706.

Nicht-Rechtschaffenen, Gebildeten und Ignoranten, großmütigen und minderwertigen Seelen, Intellektuellen und armen Teufeln und jenen, denen die Gesellschaft am Herzen liegt und den blinden Egoisten sowie den guten Seelen und den niederträchtigen Seelen“.<sup>48</sup>

Dies stelle für das Urteilsvermögen eine große Anstrengung dar, ermögliche es aber, mit der Zeit zum Beispiel Verallgemeinerungen sogar beim Sprechen über die deutschen Truppen zu überwinden und nach Maßgabe der individuellen Fähigkeiten und Kompetenzen jedes einzelnen Soldaten zu urteilen.<sup>49</sup> Gerade daraus erwachse das notwendige Urteilsvermögen, um verstehen können, gegen wen die eigene Aktion gerichtet sein muss, um der Notlage und der Krankheit zu entkommen. Im Rahmen dieser Spannung zwischen Blick und Objekt konzentrierte sich die Aufmerksamkeit Petkevičaitės hauptsächlich auf die schwächeren Schichten: die Landbevölkerung, die Frauen, die Kinder. Zu ihren Gunsten organisierte die Schriftstellerin Bildungsprogramme und bot ganz im Sinn ihrer persönlichen und familiären Tradition medizinische Hilfsdienste und Beratungen an. Aber trotz aller Vertrauensbeweise und der Zuneigung der von ihr behandelten Kranken verbarg Petkevičaitė nicht ihr anhaltendes Mitleid und ihre Enttäuschung über die Landbevölkerung, die noch immer beherrscht von einem Denken in Stereotypen und ohne angemessene Bildung gewesen sei. Diese Feststellung war aber kein Schuldbekenntnis. Wenn die mangelnde ethische Vorbereitung der Intellektuellen allgemein als Ursache für die Entwicklung der Kriegseignisse betrachtet werden konnte, so wurde gerade der Krieg zum Stachel der „Sühne“ für die im Laufe der Zeit angehäuften Schuld. Der Kampf gegen diese Art von Schuld über ihren Dienst an der Landbevölkerung wurde für Petkevičaitė sinngebend für ihren Aufenthalt auf dem litauischen Land.<sup>50</sup>

Für Petkevičaitė war das Ergründen der „Menschlichkeit“, die Sorge für das „Volk“, seine Pflege und seine Bildung etwas Tieferes als bloß eine ethische Pflicht. Es handelte sich vielmehr um den kulturellen Ausdruck von „Mutterschaft“, die den Intellektuellen durch Empathie mit den Individuen vereint. Dies lässt sich dem „Tagebuch“ von Anfang an entnehmen, wenn beim Gedanken an die Kämpfe mütterliches Mitgefühl ihre Gedanken an alle „Söhne der Familien“ durchzieht, die zu einem erbärmlichen Tod im Feld verdammt seien.<sup>51</sup> Insbesondere aber erwachte ihr Muttersinn gegenüber den ihrer Fürsorge anvertrauten Waisenkindern, wie er allen Frauen gemein und den sichtbar zu machen, Verdienst des Krieges sei:

„Man spricht und schreibt viel über den angeborenen Schutzinstinkt der Mütter gegenüber ihren Kindern. In dieser Zeit, in dieser schrecklichen Zeit, die mir sprichwörtlich den Verstand geraubt und mich dazu gebracht hat, mich von meinen Gefühlen leiten zu lassen, verstehe ich, dass dieser Instinkt gerade (įgimtas) nicht nur

48 Ebenda, S. 519.

49 Ebenda, S. 669.

50 „Anfangs schien mir, dass ich ohne Motiv hier auf dem Land geblieben bin. Jetzt fange ich an, anders darüber zu denken: Die Dorfbewohner suchen mich immer öfter auf, um mich in vielerlei Angelegenheiten nach Rat zu fragen.“ Ebenda, S. 429.

51 Ebenda, S. 37.

bei Müttern zu finden ist, sondern bei allen Frauen und vielleicht allen erwachsenen Personen.“<sup>52</sup>

In Petkevičaitės Erfahrung zeigte sich das Gefühl der Ohnmacht geradezu körperlich. Das Fehlen der Kinder drückte sich im Zustand ihrer „Nerven“ und den physischen und psychischen Nebenerscheinungen aus: Schlaflosigkeit, Unruhe, physische Schmerzen, Apathie.<sup>53</sup> Die Mutterschaft – Attribut der „Menschlichkeit“ – offenbarte sich hingegen als eine weibliche Eigenschaft der Hoffnung und des positiven Widerstands. Einerseits waren es die Gedanken an die Kinder und die Möglichkeit, dass sie alle an einem noch unbekanntem Tag nach Kriegsende wieder vereint sein würden, die ihr unverhoffte Lichtblicke eröffneten und in Momenten der Verzweiflung Kraft gaben.<sup>54</sup> Andererseits bildete das Denken an die Kinder den wichtigsten Anreiz, um das soziale Engagement fortzusetzen und einen Ort zu bereiten, der es möglich machte, ihre Erziehung zu Menschen und Bürgern zu vollenden.<sup>55</sup>

Der fieberhafte Wunsch, das „neue Litauen“ wie eine Kulisse zu gestalten, vor der das litauische Landvolk als politisch aktive und ethisch engagierte Bürger agieren: Besonders stark wurde dies von dem Moment an, als sich zeigte, dass aufgrund des geopolitischen Wandels die Ziele einer Gruppe von Intellektuellen objektiv erreichbar waren. Das Entstehen des Nationalstaats erwies sich aus mindestens drei Gründen erst als der Anfang eines längeren Wegs: Erstens führte der nach dem Entstehen des Staats in den Jahren 1918/19 ausbrechende Bürgerkrieg vor allem zu einer weiteren Verschlechterung der ohnehin desaströsen wirtschaftlichen und gesundheitlichen Situation. Jenseits der Grundsatzserklärungen der verschiedenen Parteien hatte sich die Situation nicht verbessert und die fehlende *pietas* der Bolschewiki wie der Deutschen belastete den weiteren Aufbau des neuen Staates schwer.<sup>56</sup> Zweitens scheinen vier Jahre der Ausbeutung, Unsicherheit und Gewalt nicht nur die Bevölkerung dezimiert, sondern auch den ethischen Charakter kompromittiert und Frustration, Denunziation und Hass bis in die Familien hinein getragen zu haben.<sup>57</sup> Als besondere Schwierigkeit erschien Petkevičaitė beim Aufbau der neuen litauischen *civitas* letztlich die mangelnde ethische Dimension der neuen politischen Klasse, die noch nicht imstande gewesen sei, die Bedürfnisse der mittleren und unteren sozialen Schichten – das Rückgrat des neuen Staates –, denen aber häufig noch eine moderne Nationalidentität fehlte, zu verstehen. Die Entwicklung des Staates wurde also als Wachstum des kollektiven Kindes, der Nation, dargestellt. Diese Aufgabe scheint sie allerdings „paternalistisch“ für sich selbst als Mutter und Vertreterin der „besten“ Tradition der litauischen Nationalbewegung beansprucht zu haben:

„Unsere Regierung muss die Regierung unserer Kinder sein, die mit uns die Schmerzen erträgt, unsere Sorgen mit uns erlebt und erst dann feiern kann, wenn das Herz des ganzen Vaterlandes frohlockt. [...] Ihr Herrn an der Regierung! Seid vorsichtig

52 Ebenda, S. 174.

53 Ebenda, S. 183-184, 449, 488.

54 Ebenda, S. 422.

55 Ebenda, S. 498.

56 Gabrielė Petkevičaitė: *Karo meto dienoraštis, III tomas* [Kriegstagebuch, III Bd.], Panevėžys 2008, S. 324.

57 Ebenda, S. 268.

mit den Banketten! Vergesst nicht, dass ihr aus den Hütten hervorgekommen seid, die eure Väter mit schwierigen Händen erbaut haben. [Unterstreichungen durch den Autor, A. G.]<sup>58</sup>

Zugleich deutet der Hinweis auf die Mängel der politischen Klasse auf die Differenz zu der von ihr gelebten Mutterschaft, die für Petkevičaitė weiterhin bei ihrem täglichen erzieherischen und medizinischen Einsatz im Vordergrund stand. Die Distanz zwischen der Intellektuellen Petkevičaitė und der Attitüde der neuen politischen Klasse zeigt sich in dem zunehmenden Gefühl der Enttäuschung über eine Politik, die die Existenz des noch unvollendeten Prozesses der Nationenbildung nicht klar erkannt habe:

„Mein Instinkt lässt mich dessen eingedenk und aufmerksam werden, dass unsere Freiheit eine Illusion, ein Betrug ist. [...] In unserer Unabhängigkeitserklärung und Freiheit kann ich nur eine ernste und anspruchsvolle Einladung sehen, dass sich die Litauer, alle bis zum letzten, bereit machen, um ihr Land bewaffnet mit all ihren geistigen Kräften (nicht mit Schwertern und Gewehren! Wir sind dazu nicht fähig, wir erwarten uns keinen Nutzen von diesen Waffen!) zu verteidigen und den schwierigen moralischen Kampf für das Land und die Sprache der Väter zu unterstützen.“<sup>59</sup>

Diese Enttäuschung führte dazu, dass sich Petkevičaitė immer mehr von der aktiven Politik fernhielt. Nur fünf Wochen nach ihrer Wahl in die Verfassungsgebende Versammlung legte sie ihr Mandat nieder und kehrte nach Panevėžys zurück, wo sie im dortigen Gymnasium für einige Jahre als Lehrerin für Litauisch und Deutsch tätig war. Ihrer Überzeugung hinsichtlich des neuen Staates blieb sie treu: Notwendig sei das Formen neuer Bürger durch Bildung und durch die Schaffung einer staatsbürgerlichen, ethnisch geprägten Ethik.

### Schlussfolgerungen

Die letzten Überlegungen machen es möglich, ein kurzes abschließendes Bild vom „Tagebuch des Kriegs“ zu umreißen: Das „Tagebuch“ war für Gabrielė Petkevičaitė nicht nur eine Form, um die Geschehnisse einer zentralen Epoche zwischen dem Niedergang des zaristischen *Ancien Régime* und der Entstehung des litauischen Nationalstaats festzuhalten, sondern ebenfalls um die Krise ihres Verhältnisses zu der vom Krieg gezeichneten Welt darzustellen. Das Kriegsgeschehen führte die Schriftstellerin dazu, zwei Dimensionen der Zeit wahrzunehmen – die innere und die äußere Zeit. Darin spiegelte sich die Unterscheidung oder gar Entgegensetzung zwischen einem weiblichen Universum – gebunden an die Fürsorge – und einem männlichen Universum – Ausdruck der Kriegsgewalt und politischer Inkonsequenz.

Die Betrachtung der durch die Gewalt der historischen Zeit auferlegten Stationen im Leben des Landes und eines jeden Einzelnen brachte Petkevičaitė dazu, in der Intimität ihrer eigenen persönlichen Dimension die Kraft zu suchen, um auf den Wandel reagieren

58 Petkevičaitė, *Karo meto* (wie Anm. 1), S. 795.

59 Ebenda, S. 761.

zu können. Der schützende „Mutterinstinkt“ trieb die kinderlose Petkevičaitė dazu, ihre eigene Identität um die Figur des Schwachen – Kinder, Kranke, aber auch Soldaten und vor allem die als kollektives Kind aufgefasste Nation – zu konstruieren. Gespeist wurde dieses Denken durch eine Ethik, die Petkevičaitė aufs Engste mit ihrer sozialen und auch politischen Tätigkeit verknüpfte. Der Krieg stellte die wesentliche Ursache dafür dar, dass sich Petkevičaitė immer mehr der Unvereinbarkeit einer „privaten“ und weiblich geprägten Auffassung von Ethik mit einer anti-ethischen und männlichen Dimension der Politik, die die nationale Tradition und deren Bildungsziele aufgegeben zu haben schien, bewusst wurde. Beide Welten blieben für Petkevičaitė nach Ende des Krieges unvereinbar. Sie zog sich aus der Politik zurück und wechselte stattdessen in den „mütterlichen“ Bereich der Erziehung.  
Übersetzt von Arnold A. Oberhammer, Berlin

### *Summary*

Far from simply relating the events that led from the decline of the Russian Empire to the emergence of the Lithuanian independent state, Gabrielė Petkevičaitė's „Wartime Diary“ synthesizes the crisis that occurred between herself and the new world which the war was creating. On the one hand, the war made the Lithuanian writer focus on the double dimension of time which mirrored the contraposition between a feminine world, characterized by care-taking, and a masculine world responsible for the violence of warfare and the inconclusiveness of politics. Violence drove Petkevičaitė to search for the strength to react to war events in her own interiority. In particular, the protective instinct of maternity stimulated her to make sense of wartime by focusing upon and acting in favour of the real victims of the events – children, sick people, and soldiers. Her awareness of the clear divergence between the „private“ and feminine dimension of ethics, and the unethical and masculine dimension of politics caused Petkevičaitė to refuse any mediation between them and to withdraw from active political life.

## FORSCHUNGSBERICHT

### **„Was Du ererbt von Deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen!“<sup>1</sup> Familiengeschichtsforschung: Das Familienarchiv Schwarz in Dresden und Lüneburg**

von Christin Conrad

Zu einem der relativ großen und noch geschlossen erhaltenen Familienarchive aus dem kulturhistorischen Kontext der Deutschbalten gehört das heute in Dresden gelagerte Familienarchiv Schwarz. Es besteht seit ca. 100 Jahren, wurde von dem 1890 in Riga geborenen Arzt Egbert Schwarz (Abb. 1) gegründet und aufgebaut und befindet sich jetzt in der dritten Generation unter treuhänderischer Verwaltung in Familienbesitz.

Egbert Schwarz, noch 1917/18 zum Kriegsdienst auf deutscher Seite verpflichtet,<sup>2</sup> entwickelte unter den sich verändernden politischen Verhältnissen den Wunsch, die Geschichte der Vorfahren lebendig zu halten und erkannte vor allem die Bedeutung seiner Künstlervorfahren August Matthias Hagen und Julie Hagen Schwarz, deren Werke einen Grundstock der Sammlung bilden. Er baute das Archiv auf, fügte sein Familienerbe bei, erweiterte durch Ankäufe den Bestand, ergänzte diesen um Erbstücke aus seiner und der Familie seiner Frau, einer geborenen Müller (darunter Vorfahren v. Estorff, Sartorius, v. Röder, v. Seckendorf-Aberdar), sammelte mündliche und schriftliche Überlieferungen der Verwandten und verfügte schließlich eine neue Rechtsform, die des nicht veräußerbaren Familienbesitzes, ähnlich der des Fideikommisses, in der der Übergang auf „ein“ Familienmitglied festgelegt wurde.

Egberts Sohn, Ludwig Schwarz, übernahm das Archiv 1966 und lagerte es zunächst in Hamburg, dann in Lüneburg ein. Zeitgleich begann er das Material zu ordnen und später zu digitalisieren, um den Zugang zu einzelnen Themen zu erleichtern. Er organisierte in Kooperation mit estnischen und lettischen Partnern erste Ausstellungen zu den Künstlervorfahren.

2007 übernahm der Neffe von Ludwig Schwarz, Peter Schwarz, die Verwaltung des Archivs und überführte es nach Dresden. Er legte das Gewicht auf die inhaltliche Erschließung des Materials mit dem Ziel der Publikation, Verbreitung und Vernetzung. Ein Teilbestand blieb zur weiteren Bearbeitung durch die Verfasserin in Lüneburg.

- 1 Dieses berühmte Zitat aus Johann Wolfgang von Goethes „Faust“ (Teil I, Nacht) war ein Leitgedanke für die Entwicklung des Archivs und die Aufarbeitung des Familiennachlasses.
- 2 Egbert Schwarz studierte zu Beginn des Ersten Weltkriegs als Ausländer, d.h., als Russe, in Rostock. Durch mehrere Ausnahmegenehmigungen konnte er sein Studium in Rostock Ende 1916 mit der Promotion abschließen. Schon Anfang 1917 hatte er einen Antrag auf Einbürgerung ins Deutsche Reich gestellt, der erst Ende des Jahres genehmigt wurde. Danach folgte konsequenterweise die Einberufung zum militärischen Dienst.

So hat sich bis heute eine sehr konsequent ineinander greifende Entwicklung für das Archiv ergeben, die man unter den jeweiligen Leitgedanken „Sammeln und Bewahren“, „Ordnen und Digitalisieren“ und „Erschließen und Veröffentlichen“ zusammenfassen kann.



Abb. 1: Egbert Schwarz im Jahr 1917, kurz vor der Gründung des Familienarchivs Schwarz.<sup>3</sup>

<sup>3</sup> Die Originale aller verwendeten Abbildungen dieses Textes sind Eigentum des Familienarchivs Schwarz, Dresden.

## Die Familie Schwarz

Der erste bekannte „Schwarz“ wurde vermutlich 1766 in Nikolsburg/Mähren (Mikulov) unter dem Namen „Dux“ geboren und soll später als Schauspieler den Namen „Schwarz“ angenommen haben. Er war unter anderem erfolgreich auf den Bühnen in Königsberg und Hamburg tätig. Sein Sohn Eduard, 1799 in Stettin geboren, wurde ebenfalls Schauspieler und Opernsänger. Seit 1827 bis zu seiner Pensionierung 1854 war er festes Ensemblemitglied des Deutschen Theaters in St. Petersburg. Eduards Sohn wiederum, Ludwig, studierte in Dorpat (Tartu) Mathematik, wurde Astronom, war an zwei großen Sibiriexpeditionen beteiligt und heiratete die Künstlerin Julie Hagen. Julie Hagen stammte aus Dorpat, wohin sie nach vielen Jahren der Künstlerausbildung im Ausland 1854 wieder zurückgekehrt war. Ludwig und Julie Schwarz blieben mit ihrer Familie in Dorpat ansässig. Der Sohn Eduard II. wurde Neurologe in Riga und heiratete Anna v. Engelhardt. Die Familie v. Engelhardt mit ihrem Familienzweig Jung-Stilling ist aus diesem Grunde ebenfalls im Familienarchiv Schwarz vertreten. Der älteste überlebende Sohn von Anna und Eduard Schwarz war besagter Egbert Schwarz, der Gründer des Familienarchivs. Er verließ das Baltikum 1910, um in Deutschland ein Medizinstudium aufzunehmen. Er kehrte, bedingt durch die politischen Umwälzungen und Folgen des Krieges, dorthin nicht wieder zurück. Im Baltikum war das letzte Mitglied der Familie Schwarz seine Schwester Anna, die mit den Umsiedlungsmaßnahmen 1940 in den Gau „Wartheland“ und später nach Deutschland kam, dann aber nach Kanada auswanderte. Der schriftliche Nachlass der Familien Hagen und Schwarz verblieb bis zum Tod von Wilhelmine, der Tochter von Ludwig und Julie Schwarz, im Jahr 1939 in deren Besitz. Zum weiteren Schicksal dieses Nachlasses folgen Erläuterungen weiter unten.

Zur besseren Übersichtlichkeit seien an dieser Stelle die wichtigsten Namen und Daten der Nachkommen in genealogischer Reihung genannt. Im Archiv befinden sich ausführliche Genealogien, die auch digital erfasst und abrufbar sind. Darüber hinaus existiert eine Genealogie in Buchform, die zur Illustration viele Fotografien von Vorfahren bzw. Fotografien von Bildnissen, die Vorfahren darstellen, enthält.<sup>4</sup>

- Anton Schwarz (Schauspieler, \* vermutl. 1766 in Nikolsburg/Mähren, † 1830 in Hamburg)
- Eduard I. Schwarz (Schauspieler, \* 1799 in Stettin, † 1863 in St. Petersburg)
- Ludwig Schwarz (Astronom, \* 1822 in Danzig, † 1894 in Dorpat) ∞ Julie Hagen (Malerin, \* 1824 in Dorpat, † 1902 in Dorpat, Tochter von August Matthias Hagen, Maler, \* 1794 in Wiezernhof, † 1878 in Dorpat)
- Eduard II. Schwarz (Arzt, \* 1855 in Irkutsk, † 1922 in Riga) ∞ Anna v. Engelhardt (\* 1862 in Riga, † 1931 in Rostock)
- Egbert Schwarz (Arzt, \* 1890 in Riga, † 1966 in Erfurt) ∞ Hedwig Müller (\* 1896 in Aachen, † 1981 in Erfurt, Tochter von Wilhelm Müller, Arzt, \* 1855 in Mirador/Mexiko, † 1937 in Weimar und Agnes v. Estorff, \* 1860 in Würzburg, † 1942 in Weimar)
- Ludwig Schwarz (Kaufmann, \* 1921 in Rostock, † 2011 in Lüneburg)

4 Diese Genealogie wurde von Egbert Schwarz für seine Kinder erstellt und ist im Familienarchiv in Dresden einsehbar.

- Peter Schwarz (Arzt, \* 1971 in Eisenberg, Sohn von Wolfgang Schwarz, Arzt, \* 1931 in Rostock, 5. Kind von Egbert und Hedwig Schwarz)

### Inhalte des Archivs

Die Erfassung und Digitalisierung der Genealogien der Familien, die stellenweise bis ins neunte Jahrhundert zurückreichen,<sup>5</sup> war eine der größeren Aufgaben der Vergangenheit und ist im Prinzip abgeschlossen. Ergänzt werden die Daten lediglich um die der neuen Nachfahren. Auch ist es nicht auszuschließen, dass bei der Auswertung von Briefen und Familienpapieren neue Namen und Verwandtschaftsverhältnisse „auftauchen“, die dann nachgetragen werden.

Genealogien für sich genommen, enthalten geringe Aussagekraft. Bereits dem Archivgründer ging es darum, das Leben der Vorfahren anschaulich zu machen. Zu diesem Zwecke wurde das vorliegende Material systematisch erschlossen und nach Quellengattungen unterteilt: eine Bibliothek, das Dokumentenarchiv, das Fotoarchiv, die Handschriftensammlung (v.a. Briefe und Tagebücher) sowie das dingliche Archivgut.

**Die Bibliothek** setzt sich im Wesentlichen aus Schriften von Familienangehörigen, über Familienangehörige oder Familienteile („die Estorffs“), Manuskripten, allgemeinen Baltica und Büchern aus den Nachlässen der Vorfahren zusammen. Sie umfasst ca. 360 Bände und wurde laufend erweitert. Die Bibliothek ist geordnet, der Bestand katalogisiert und die Titel digital erfasst. Hauptordnungskriterium sind die Personen. Bei Zukauf wurde daher versucht, personenbezogen zu erweitern. Erfreulicherweise war es möglich, aus der Zusammenarbeit mit Partnern und Interessierten sich ergebende Schenkungen aufzunehmen. Zwei besondere Bestände der Bibliothek stellen die Manuskripte und die Raritäten dar. Für die Abteilung Manuskripte sind die Memoiren von Marie v. Engelhardt von 1923 beispielhaft zu nennen. Und unter den wertvollen alten Büchern lässt sich exemplarisch die Erstausgabe der Autobiografie von Karl Ernst v. Baer hervorheben, die aus dem Nachlass August Matthias Hagens stammt und mit einem Schenkungsvermerk an den Landsmann (Abb. 2) sowie mit dem signierten Porträt v. Baers versehen ist.

Im **Dokumentenarchiv** sind alle überlieferten und zusammengetragenen Papiere, Urkunden und Zeugnisse ebenfalls personenbezogen geordnet. Sie sind gegliedert nach: Personaldokumenten, Dokumenten zu Ausbildung und Beruf, Veröffentlichungen, Korrespondenzen und genealogischen Informationen. Die Personenakten enthalten zudem jeweils Verweise auf zugehörige (Kunst-)Gegenstände im Bestand des Familienarchivs und auf Schriften in der Bibliothek. Nur beispielhaft seien hier einige Unterlagen genannt: Unter den ältesten Testamenten und Nachlasslisten befinden sich erfreulicherweise das „Inventarium über des verstorbenen Herrn Anton Dux, genannt Schwarz, weiland pensionierten Schauspielers des hiesigen Städt-Theaters, Verlaßenschaft“ von 1830 und das Testament von Karl v. Röder (1807–1875), verfasst in dessen Sterbejahr, mit Hinweisen auf die Familienverhältnisse. So ist letzterem zu entnehmen, dass die „ersteheliche“ Röder-Tochter Louise eine „abgeschiedene von Estorff“, d.h. ursprünglich Ehefrau des Archäologen Georg Carl Otto v. Estorff

5 Dies ist bedingt durch die enthaltenen Stammbäume der Familien v. Engelhardt, v. Röder und v. Estorff.

gewesen sei, und dem Vater sehr viel Kummer gemacht habe. Wie ihr Leben war ihr Tod mysteriös: 1889 wurde sie mit einer Schneiderschere ermordet.

Zu den weiteren Dokumenten zählen die vielen Unterlagen über den Astronomen Ludwig Schwarz, worunter sich zahlreiche Handschriften und Urkunden zu seinen Sibirienreisen befinden, wie u.a. eine postume Dienstaufbahnliste aus dem Jahre 1894, aus der der lückenlose Verlauf der Tätigkeiten von Schwarz hervorgeht. Dieses Material bietet einen guten Quellenfundus für ein größeres Forschungsvorhaben zur Entwicklungsgeschichte Sibiriens und zur so genannten „Amurfrage“ um das Grenzgebiet zu China.

Das Dokumentenmaterial ist umfangreich, jedoch schwerpunktmäßig zu den direkten Vorfahren Schwarz, zu den Künstlervorfahren und v.a. zu den Treuhändern Egbert und Ludwig Schwarz vorhanden. Darüber hinaus sind Nachweise zu entfernteren Personen zu finden. Die Erfassung des von Egbert Schwarz zusammengetragenen Materials ist weitgehend abgeschlossen. Durch die erweiterten Vernetzungsmöglichkeiten durch das Internet ergaben sich in den letzten Jahren neue Kontakte zu Nebenzweigen der Familie in Russland, Südamerika und Australien. Mit der weltweiten Vernetzung der Archivthemen bieten sich auch inhaltlich noch zahlreiche weitere Forschungsansätze.

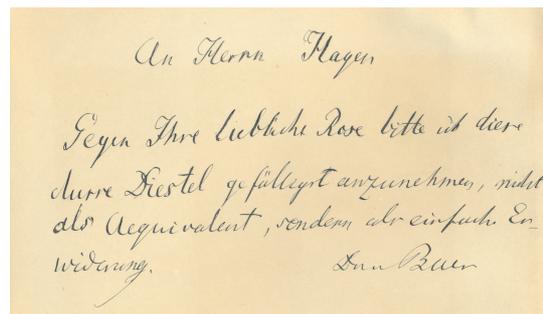


Abb. 2: Widmungstext Karl Ernst v. Baers an A.M. Hagen in: „Nachrichten über Leben und Schriften des Herrn Geheimrathes Dr. Karl Ernst von Baer, mitgetheilt von ihm selbst. Veröffentlicht bei Gelegenheit seines fünfzigjährigen Doctor-Jubiläums am 29. August 1864 von der Ritterschaft Ehstlands. St. Petersburg, Buchdruckerei der Akademie der Wissenschaften. 1865.“

Im Bestand des **Fotoarchivs** ist noch viel ordnende Arbeit zu leisten. Es ist nicht damit zu rechnen, dass der ältere Bestand der Originale noch wesentlich zu erweitern sein wird. Gelegentliche neue Funde sind jedoch auch hier nachzuweisen: beispielsweise jüngst eine Fotografie aus dem „Nachlass Ludwig Schwarz“ im Bildarchiv des Herder-Instituts in Marburg, ein Gruppenbild der Kollegen der Sternwarte Pulkowo und der ehemaligen Reisegefährten von Schwarz in Sibirien.<sup>6</sup> Auf diesem Foto erhält man die zugehörigen Gesichter zu vielen im Familienarchiv enthaltenen Korrespondenten.

<sup>6</sup> Bildarchiv des Herder-Instituts Marburg, Nr. 134542, zugehöriger Link: [http://www.herder-institut.de/bildkatalog/index/pic?id=a1e127d2ba8976acb524057692e2b5d2&searchfield\\_parameter=\[Zugriffsdatum: 26.2.2015\]](http://www.herder-institut.de/bildkatalog/index/pic?id=a1e127d2ba8976acb524057692e2b5d2&searchfield_parameter=[Zugriffsdatum: 26.2.2015]).

Der Umfang des Fotomaterials ist schwer zu schätzen, da er noch nicht erfasst ist. Dagegen kann die Datierung der ersten Fotografien relativ genau bestimmt werden: Es sind einige Aufnahmen, die August Matthias Hagen von seiner Familie und von sich selbst herstellte, die ersten aus den frühen 1850er Jahren (Abb. 3). August Matthias Hagen betätigte sich seit der Frühzeit der Fotografie mit diesem Medium, was erst jüngst bekannt wurde. Weitere sehr frühe Aufnahmen stammen aus München aus den Jahren 1848–1851, wo Julie Hagen einige ihrer Gemälde und auch sich selbst fotografieren ließ.

Fotografische Zeugnisse sind aus vielen Generationen vorhanden. Zwei besondere Bestände stellen ein Fotoalbum vom Landsitz Oger (Ogre) aus dem Besitz des Neurologen Eduard II. Schwarz und die schon erwähnten Fotografien der Vorfahren für die Genealogie in Buchform dar, die Egbert Schwarz in langjähriger Arbeit zusammengetragen hat. Aufschlussreich sind auch die Fotografien aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg. Des Weiteren sind die in vier Bänden von Egbert Schwarz zusammengestellten Fotografien des seinerzeit bekannten Œuvres von Julie Hagen Schwarz hervorzuheben. Sie vermitteln einen sehr guten Überblick über das Werk der Künstlerin mit wichtigen Hinweisen auf den Verbleib vieler Werke. Aus der neueren Zeit existieren Filmaufnahmen, worunter die (digitalisierten) Aufnahmen von Egbert Schwarz und seiner Arbeit aus den 1950er Jahren zu nennen sind. Auch dieser Bestand ist noch nicht vollständig bearbeitet. Neben der Digitalisierung und Erfassung der Fotografien wäre die korrekte, spezifische Lagerung der Materialien eine vordringliche Aufgabe. Wünschenswert wäre es, einen guten Erhaltungszustand durch eine bestandsgerechte Aufbewahrung zu garantieren. Insbesondere bei den ältesten Aufnahmen aus der Frühzeit der Fotografie und den sehr empfindlichen Glasplattennegativen muss dies in naher Zukunft umgesetzt werden.



Abb. 3: Bertha Hagen, Tochter des August Matthias Hagen, um 1855, fotografiert vom Vater.

Das **gegenständliche Archiv** gliedert sich wiederum in mehrere Untergruppen, wobei alles aufgenommen wurde, was dem Archivzweck dienlich schien. Den Familienkünstlern geschuldet seien an oberster Stelle die Gemälde und Zeichnungen genannt, dann Kleinplastik, Silbergegenstände, Möbel, Schmuck, Militaria, Kleidung und Textiles und nicht zuletzt Alltagsgegenstände. Insgesamt umfasst das Verzeichnis der Gegenstände des Archivs derzeit 159 Positionen, wobei zwei Bestände von Zeichnungen, die Zeichnungen von August Matthias Hagen mit rund 60 Blättern, und ein weiterer Zeichnungsbestand anderer Künstler und Dilettanten – Hermann v. Kugelgen (1828–1897), Agnes v. Estorff, Adolf Schmitz (1825–1894), Gottlieb Biermann<sup>7</sup> darunter, insgesamt rund 50 Blätter – nicht mitgerechnet wurden. Die Gegenstände sind mit allen üblichen technischen Angaben und Hinweisen zur Provenienz gelistet und fotografiert. U.a. steht eine Ausarbeitung in Katalogform aus, in der die Objektgruppen übersichtlich vorgestellt und die einzelnen Exponate im Detail besprochen werden. Eine Übersicht könnte den Zugang zu den Stücken erleichtern, da sie zum Teil nicht zentral am Archivstandort Dresden gelagert sind, sondern innerhalb der Familie als Leihgaben abgegeben wurden. Hierbei handelt es sich überwiegend um Gemälde, Zeichnungen und Möbel. Der größte Bestand ist mit mehr als 130 Werken der Zeichnungen, der wichtigste Bestand ist der der Gemälde mit 32 Stücken, darunter hervorzuheben 13 Gemälde der Julie Hagen Schwarz, vornehmlich Familienporträts (Abb. 4). August Matthias Hagen hat insgesamt nur wenige Gemälde hinterlassen und ist auch im Familienarchiv leider nur mit 2 Ölgemälden vertreten. Theodor Kraus (1866–1948), ein Rigaer Maler, ist ebenfalls mehrfach vertreten.

Leider sind nicht immer Zuschreibungen und Provenienzen überliefert. Im höheren Maß betrifft das die übrigen, mehr alltäglichen oder weniger wertvollen Stücke. In schriftlicher, systematischer Form wurden Informationen zu den Archivgegenständen eigentlich erst seit den frühen 2000er Jahren festgehalten. Dementsprechend ist hier eine Weiterentwicklung vonnöten.

Unter den besonderen Stücken des Archivs seien hier exemplarisch noch genannt: ein Barometer aus der Mitte des 19. Jahrhunderts, das Ludwig Schwarz auf seinen Expeditionen benutzt haben soll. Und tatsächlich ist in seinen Briefen zu lesen, mit welcher Sorgfalt er bei seinen gefährvollen Reisen zu Wasser und zu Land darauf achtete, dass dieses wichtige Messinstrument nicht beschädigt werde.<sup>8</sup> Ein erhaltener Spieltisch mit eingearbeitetem Schachbrett und kunstvollen Rosenintarsien aus verschiedenen Hölzern soll aus der Neuwieder Werkstatt der Kunstschler Abraham und David Roentgen stammen. Mehr ideellen Wert mag die aus Messing gefertigte Uhrenkette aus dem Besitz des universell begabten Johann Heinrich Jung Stilling (1740–1817) haben, die als Schlange mit Schlangen- bzw. Drachenkopf sehr schön gearbeitet ist.

7 Gottlieb Biermann (1824–1908) war ein Bekannter Julie Hagens in Rom. Mit ihm und anderen Künstlern und Künstlerinnen unternahm sie mehrere Reisen in die Campagna und Ausflüge ins Römer Umland, wie in ihren Briefen nachzulesen ist. Unter den Zeichnungen befindet sich ein signierter Weihnachtsgruß Biermanns. Andere unbezeichnete Blätter sind möglicherweise auch Künstlerfreunden Julie Hagens zuzuordnen.

8 Ludwig Schwarz an Emilie Hagen aus Olekminsk am 11.10.1850 (Familienarchiv Schwarz Dresden): „Am Abend war ich gewöhnlich wie zerschlagen. Wäre ich frei gewesen, so hätte ich mir das Reiten erleichtern können, aber so trug ich die Uhren um den Leib und ein Barometer, da dieser Ort noch der sicherste für dasselbe war.“



Abb. 4: Julie Hagen Schwarz, Porträt des Astronomen Ludwig Schwarz, um 1855, 35 x 28 cm, Öl/Leinwand. Von Ludwig Schwarz befinden sich fünf Porträts, geschaffen von seiner Frau, im Familienarchiv.

Einen inhaltlich wertvollen Bestand bilden die **Handschriften und Tagebücher**. Sie sind in großer Zahl vorhanden und erst zum Teil gelesen und digitalisiert. Auch fehlt noch ein Findbuch zu diesem Bestand. Die ältesten Archivalien stammen aus den frühen 1820er Jah-

ren, die jüngeren aus der heutigen Zeit. Zu den älteren, wertvollen Tagebüchern zählen die Reisetagebücher von August Matthias Hagen aus den Jahren 1820/21, drei reich illustrierte Bände aus der Lehrzeit des Künstlers (Abb. 5), ein Tagebuch von Eduard I. Schwarz über seine Reise von St. Petersburg nach Hamburg zu seinem Vater im Jahr 1829 und zwei Sibirientagebücher aus dem Jahr 1857 von Ludwig Schwarz. Letztere sind äußerst schwer zu lesen, enthalten persönliche Schilderungen und wissenschaftlichen Angaben zu seinen Vermessungen. Darüber hinaus ist ein Kriegstagebuch vom jungen Egbert Schwarz aus dem Jahr 1918 erhalten. Unter den Briefen befindet sich viel persönlicher Schriftverkehr aus dem ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, aber auch einige Schriftwechsel aus dem 19. Jahrhundert. Wegen ihrer Besonderheit sollen an dieser Stelle zum einen die umfangreichen Briefwechsel zwischen Ludwig Schwarz und seiner ersten Frau Emilie Hagen, Schwester von Julie, aus den Jahren 1847 bis 1853 erwähnt werden. Sie enthalten detaillierte Schilderungen zur ersten Sibirienreise von Schwarz und zum Alltag in der Familie Hagen in Dorpat. Zum anderen die so genannten Künstlerbriefe aus dem Nachlass von Elise v. Jung-Stilling (1829–1904), Enkelin des bekannten Johann Heinrich Jung Stilling, die in Riga als Zeichenlehrerin lebte und Korrespondenzen mit Hans Schmidt (1854–1923), Amalie Joachim (1839–1899), Rudolph Genée (1824–1914), Raimund v.z. Mühlen (1854–1931) und Wilhelm Jordan (1819–1904) hinterlassen hat. Es sind weitere interessante Korrespondenzen wie der schon erwähnte Naturforscher Karl Ernst v. Baer (1792–1876), der Astronom Wilhelm Struve (1793–1864), der Historiker Carl Schirren (1826–1910), der Geograf Gustav Radde (1831–1903), der Astronom Johann Heinrich v. Mädler (1794–1874), der Philologe Alexander Dölln (1814–1882) und viele andere vertreten.

Ein sehr spezieller Bestand sind zwei Stammbücher des Archäologen Georg Carl Otto v. Estorff aus den 1840er bis 1860er Jahren mit über 300 Einträgen mehr oder weniger bekannter Zeitgenossen.<sup>9</sup>

Hinsichtlich der Handschriften ist in den vergangenen Jahren ein Sonderfall eingetreten, der nicht nur den Gesamtbestand entscheidend verändert hat, sondern leider auch dazu geführt hat, dass der jetzige Treuhänder die weitere Arbeit am Archiv eingestellt hat. So war in Estland der große schriftliche Nachlass der Familien Hagen und Schwarz im Besitz von Wilhelmine, der Tochter von Julie und Ludwig Schwarz, verblieben. Und nur ein Teil war zu Egbert Schwarz in das Archiv nach Deutschland gelangt. Ohne direkte Nachkommen gelangten nach dem Tod Wilhelmines, 1939, dieser Nachlass und mehrere Gemälde in die Verwahrung angeheirateter Verwandter, die das Konvolut dankenswerterweise während des Krieges als Depositum in das Museum in Tartu brachten. 2011 kam aus Tallinn die Nachricht, dass Nachfahren dieser angeheirateten Verwandten das Depositum aus dem Museum abgeholt hätten, die Gemälde verkaufen und die Archivalien in die USA, also außer Landes zu bringen gedachten. Die zuständigen Stellen in Tallinn baten die Familie Schwarz, als vermutlich „rechtmäßige Erbin“, dies zu verhindern. Es kam, ohne die Einzelheiten hier einzuflechten, zu einem langen, Nerven und Kosten zehrenden Prozess, der in keiner Weise

9 Die Autographensammlung Estorff enthält Widmungen und Sinnsprüche vieler berühmter Zeitgenossen aus Wissenschaft, Kunst, Militär und Adel, darunter Alexander v. Humboldt, Justus v. Liebig, Friedrich v. Bodenstedt, Helmuth v. Moltke, König Ludwig I. von Bayern, August Kestner, Saverio Mercadante u.v.a.m. Außerdem sind zahlreiche Zeichnungen, Kompositionen und farbige Wappenmalereien enthalten.

dem Interesse der Familie Schwarz entsprach, denn er endete mit einer Ablehnung ihres Anspruchs, da die gesetzliche Verjährungsfrist von zehn Jahren überschritten worden sei.

Als schwacher Trost blieb, dass das Museum den Nachlass in Windeseile hatte digitalisieren lassen und so dieses Digitalisat während des Prozesses in das Familienarchiv aufgenommen werden konnte. Es umfasst mehr als 70 GB gescannte Handschriften, Dokumente und Zeichnungen. Mit dem Neuzugang wird das Familienarchiv in idealer Weise ergänzt und erweitert. Er enthält geschlossene Schriftwechsel mehrerer Familienteile sowie vieler Freunde, Arbeitskollegen und Bekannter über einen Zeitraum von 100 Jahren. Unbekannt ist der Familie bis zum heutigen Tage, an welchem Ort der physische Nachlass gelagert wird. Seine korrekte Erfassung ist bisher aufgrund diverser Unwägbarkeiten, Sprachbarrieren, Unkenntnis der Familienzugehörigkeiten und mangelnder Lesefähigkeit der alten Schrift nur partiell erfolgt und muss noch einmal durchgeführt werden, um die wissenschaftliche Aufarbeitung des Materials zu ermöglichen.



Abb. 5: Reisetagebuch August Matthias Hagen, 1820, Tagebuchseite aus dem 1. Band.

### Die Familienbücher

Der Wunsch des jetzigen Treuhänders, Peter Schwarz, war es, das Familienarchiv durch Herausgabe von Familienbüchern „erlebbar“ zu machen. Dazu wurden auch die Quellen der Handschriften herangezogen und als Editionen veröffentlicht. Seit 2007 sind 10 Familienbücher erschienen:

- Band 1: August Matthias Hagen, Tagebuch einer Reise durch Deutschland – Juli bis Oktober 1820, Dresden 2007
- Band 2: Dr. Wolfgang Schwarz, Gedichte und Aquarelle, Dresden 2008
- Band 3: Dr. Egbert Schwarz, Aus dem Leben eines Chirurgen – Nachdruck von 1960 (Teil 1), Dresden 2008
- Band 4: Dr. Egbert Schwarz, Aus dem Leben eines Chirurgen – Nachdruck von 1960 (Teil 2), Dresden 2008
- Band 5: August Matthias Hagen, Alpenreise – Tagebücher Heft II und III, Oktober 1820 bis Oktober 1821, Dresden 2009
- Band 6: Dr. Wolfgang Schwarz, Wahrheiten, Gedichte, Eisenberg 2009
- Band 7: Ludwig Schwarz, Ich erinnere mich, Dresden 2010
- Band 8: Wolfgang Schwarz, Erfahrungen und Erkenntnisse, Lebenserinnerungen eines Arztes, Eisenberg 2011
- Band 9: Wolfgang Schwarz, Gedanken, Gedichte 3, Eisenberg, 2012
- Band 10: „Leb wohl, leb wohl, Du mein Alles!“ Der Briefwechsel zwischen Emilie Hagen und Ludwig Schwarz während seiner ersten sibirischen Expeditionsreise 1847 bis 1853, Band I, Dresden 2012.

### Vernetzung

Durch die thematische Breite, die durch die Materialien des Archivs berührt wird, gelang die Zusammenarbeit mit diversen Projekten: Der Catalogus Professorum Rostochiensium, ein Projekt der Universität Rostock, hat aus dem Archiv Unterlagen zu den beiden dort tätigen Ärzten Wilhelm Müller und Egbert Schwarz bekommen.

Der Carl-Maria-von-Weber-Gesamtausgabe, einem Projekt, das an der Staatsbibliothek Berlin und im Musikwissenschaftlichen Seminar Detmold/Paderborn angesiedelt ist, konnte mit Angaben zu den Schauspielern der Familie Schwarz und mit den „Künstlerbriefen“ Jung-Stillings geholfen werden, da darin der Weber-Sohn Max Maria v. Weber (1822–1881), ein Bekannter Elise v. Jung-Stillings, mehrmals erwähnt wird.

Am Institut für Historische Musikwissenschaften der Universität Hamburg haben wir für das aktuelle Forschungsprojekt „Bühne und Bürgertum. Das Hamburger Stadttheater 1770–1850“ eine Kopie des Reisetagebuchs Eduard I. Schwarz von 1829 zur Verfügung gestellt, da darin auch die Gastauftritte von Schwarz in Hamburg beschrieben sind.

Die Autografensammlung Estorff bietet zahlreiche Anknüpfungspunkte, u.a. konnte jüngst eine bisher unveröffentlichte Zeichnung von Carl Wilhelm Götzloff (1799–1866) aus dem Bestand der Estorff-Autografen in Lübeck (Museum Behnhaus Drägerhaus) und in Koblenz (Mittelrhein-Museum) in einer umfassenden Werkschau des Künstlers ausgestellt werden.

Zahlreiche weitere Bildarchivalien weckten Interesse in der Fachwelt: Das Ostpreußische Landesmuseum Lüneburg etwa zeigte 2009 Gemälde und Zeichnungen der Künstler der Familie aus dem Bestand.<sup>10</sup> Außerdem befindet sich in Augsburg eine Ausstellung zu Julie Hagen in Vorbereitung, in der die enge Verbindung zu dem Augsburger Künstler Moritz Rugendas (1802–1858)<sup>11</sup> beleuchtet werden soll.

### Fazit

Das Familienarchiv Schwarz setzt sich aus zwei bedeutenden Teilen zusammen, aus dem deutschbaltischen Teil der Familien Schwarz, Hagen, v. Engelhardt, v. Jung-Stilling, v. Kügelgen u.a. (Vorfahren Egbert Schwarz) und aus dem westdeutschen Teil der Familien v. Estorff, Müller, v. Röder, v. Seckendorff u.a. (Vorfahren Hedwig Müller). Durch die Zusammenführung der verschiedenen Familiensammlungen und die Festlegung auf ein geschlossenes Ganzes durch den Archivgründer Egbert Schwarz sowie die Weiterentwicklungen durch die nachfolgenden Treuhänder hat sich das Archiv bis heute in geschlossener Form in der Familie erhalten und wurde kontinuierlich weiter ausgebaut und bearbeitet. Durch das unlängst zu Ungunsten der Familie Schwarz entschiedene Gerichtsverfahren zu den Familiendokumenten, die kriegsbedingt in Estland verblieben waren, steht die Familie vor neuen Herausforderungen. Die inhaltliche Weiterentwicklung und Bearbeitung der Archivmaterialien ist vorerst zum Stillstand gekommen. Der jetzige Treuhänder sah sich zudem erstmals gezwungen, aus dem Kernbestand Werke zu verkaufen.

Große Teile des Archivbestandes sind noch nicht bearbeitet, die wissenschaftliche Auswertung der Bestände befindet sich noch in der Anfangsphase. In der Zukunft sind Veröffentlichungen zu Einzelbeständen anzuregen, um einen Austausch innerhalb des interessierten und Fachpublikums zu gewährleisten sowie die inhaltliche Vernetzung mit und die Generierung von archivalischen, musealen und wissenschaftlichen Projekten anzustreben.

10 Aus Estland nach Europa – Die deutschbaltische Künstlerfamilie Hagen-Schwarz, Ausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum, Lüneburg, vom 5. September bis 22. November 2009.

11 Die Ausstellung befindet sich in Vorbereitung und soll Anfang 2016 eröffnet werden.

## REZENSIONEN

**Ulrich Prehn: Max Hildebert Boehm. Radikales Ordnungsdenken vom Ersten Weltkrieg bis in die Bundesrepublik, Göttingen: Wallstein 2013, 576 S.**

Das hier zu besprechende Buch lässt sich in eine ganze Reihe von biografischen Arbeiten zu Wissenschaftlern aus dem schon fast sprichwörtlich gewordenen Milieu der „Ostforscher“ einfügen. Zu nennen sind hier etwa die Studien zu Werner Conze, Hermann Aubin, Gotthold Rhode oder Theodor Schieder.<sup>1</sup> Ulrich Prehn hat sich dafür einen „Helden“ gewählt, dessen berufliche Aktivität jedoch, anders als bei den genannten Personen, bereits im Kaiserreich beginnt und sich bis in die Bundesrepublik erstreckt, mithin also die reizvolle Möglichkeit bietet, die „langen Linien“ im Denken Max Hildebert Boehms und rechter Intellektuellenkreise über die verschiedenen politisch-staatlichen Zäsuren hinweg zu verfolgen.

Der Autor folgt in zweierlei Hinsicht einem ganzheitlichen Ansatz: Zum einen stellt er in acht Kapiteln den gesamten Lebensweg Boehms dar, sozusagen von „der Wiege bis zur Bahre“; zum anderen wird Boehms beruflicher Werdegang stets in den strukturellen Gegebenheiten und seiner Vernetzung mit den intellektuellen Milieus der Zeit betrachtet, zu denen er trotz seiner „Selbst- und Fremdverortung [...] als intellektueller Außenseiter“ (S. 469) zweifellos gehörte. Der Autor bezeichnet sein Vorgehen dementsprechend selbst als „Sonde“, die mikro- und makrohistorischen Zugang verbinden soll. (S. 12) Diesem Ansatz folgend betrachtet Prehn daher etwa auch Schüler Boehms und geht immer wieder auf die Rezeption seiner Schriften ein. Die Studie wird abgerundet durch biografische Skizzen über „Boehms Netzwerke“ sowie ein detailliertes Publikationsverzeichnis seiner Schriften, das auch bisher Vergessenes bzw. Verdrängtes beinhaltet.

Prehn stützt seine Biografie auf umfangreiche Archivrecherchen, bei denen er keine Mühe gescheut und – neben zahlreichen anderen Quellen – nicht nur den verstreuten Nachlass Boehms vollständig ausgewertet, sondern auch dessen verlorene Korrespondenz durch Auffindung der „Gegenüberlieferungen“ wiederherzustellen versucht hat. Dies kann nur als mustergültig bezeichnet werden und lässt das präsentierte Bild Boehms ausdrucksstark und detailscharf erscheinen, ohne dabei dessen Bedeutung zu Lebzeiten überzubetonen – eine Gefahr, die bei einer derartig intensiven Beschäftigung mit einer Person ja stets im Hintergrund lauert.

Boehm war, wie der Autor zu Beginn selbst einräumt, zwar eher „ein Mann der zweiten Reihe“. Er war aber auch „der einzige deutsche, ja sogar der einzige europäische Forscher, der in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts den Versuch unternommen hat, eine Theorie zu begründen, deren Ausgangspunkt und zentrale Kategorie „Volk“ – und zwar in einem vornehmlich ethischen Sinn – ist: eine „Volkstheorie“. (S. 13)

<sup>1</sup> Thomas Etzemüller: Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, München 2001; Eduard Mühle: Für Volk und deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung, Düsseldorf 2005; Eike Eckert: Zwischen Ostforschung und Osteuropahistorie. Zur Biographie des Historikers Gotthold Rhode (1916–1990), Osnabrück 2012; Christoph Nonn: Theodor Schieder. Ein bürgerlicher Historiker im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2013.

Führt man sich noch einmal vor Augen, wie inflationär der Begriff „Volk“ in unterschiedlichsten Komposita und Losungen (Volksgruppe, Volkskörper, Volksgemeinschaft, Volk ohne Raum etc.) seit dem Ersten Weltkrieg von breiten Bevölkerungskreisen verwendet wurde und welche fatalen Auswirkungen dies hatte, dann wird deutlich, dass es sich beim „Volkstheoretiker“ Boehm eben doch nicht nur um eine Nebenfigur aus dem Elfenbeinturm der Wissenschaft handelt.

Prehn gelingt es eindrucksvoll, den Lebensweg und die intellektuelle Entwicklung Boehms nachzuzeichnen und dabei die „Beharrungskraft“ von dessen „Kernüberzeugungen“ über alle politischen Brüche hinweg herauszuarbeiten. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, dass Boehm zu „den wichtigen Produzenten und Akkumulatoren einer deutschen ‚Volkstums‘-Ideologie, also zu den radikalen Verfechtern einer im Kern gegen Rationalismus, Aufklärung, Demokratie sowie gegen jegliche (ethnische und soziale) Gleichheitsgrundsätze“ gerichteten Ideologie gehörte und „vor allem aufgrund seiner immensen publizistischen Produktivität [...] als einer der deutungsaktivsten rechtsintellektuellen Ideologen der Zwischenkriegszeit bezeichnet werden [kann]“. (S. 467) In der Bundesrepublik habe er sich zwar gemäßigt, aber keineswegs deradikalisiert, wie der Autor betont. (S. 471)

Prehn verliert zudem in keinem Teil seiner Untersuchung die Ambivalenz der bis heute gängigen „Rechts-Links-Unterscheidung“, die er selbst verwendet, aus den Augen und merkt diesbezüglich an: „Die Aufrechterhaltung allzu starrer ‚Links-Rechts‘-Dichotomien bei der Analyse von ‚geistiger Arbeit‘, intellektuellen Milieus und Netzwerken nach dem Ersten Weltkrieg verstellt bisweilen den Blick auf übergreifende Problemlagen – etwa auf Habitusformen, auf das differenziert zu betrachtende Verhältnis von Konvergenzen und Differenzen intellektueller Positionen sowie auf eventuelle Korrespondenzen zwischen demokratischen und antidemokratischen, ‚linken‘ und ‚rechten‘ Intellektuellen.“ (S. 469) Man könnte noch ergänzen, dass dies auch für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg unbedingt anzuwenden ist, wenn man bedenkt, dass sich etwa einstige SS-Intellektuelle plötzlich in der Redaktion des linksliberalen „Spiegel“ wiederfanden und damit keine Probleme hatten.

Der Autor beruft sich in der Einleitung auf die Theorien Ludwik Flecks zu „Denkkollektiven“ und „Denkstilen“, kommt aber in der recht knappen Schlussbetrachtung (sechseinhalb Seiten) nur noch peripher darauf zurück. Ob etwa die Arbeiten des Akademie-Mitarbeiters Hanns Krannhals, der selbst frühes NSDAP-Mitglied und „Ostforscher“ war, zu den deutschen Kriegsverbrechen in Polen<sup>2</sup> von Boehm als ein Ausscheren aus dem „Denkkollektiv“ der „Ostforscher“ (mit dessen Konsens über das Beschweigen der NS-Verbrechen bei gleichzeitiger Betonung des eigenen Leids) gewertet worden ist, bleibt eine offene Frage. Prehn merkt dazu nur an, dass Krannhals von Boehm zwar als „wertvoller Mitarbeiter“ angesehen wurde, gleichwohl jedoch auch als „Belastung“ für die Akademie in Lüneburg. (S. 419, Anm. 56) Vermutlich lässt sich die Frage aber auf Basis der vorhandenen schriftlichen Quellen ohnehin nicht klar beantworten.

Festzuhalten bleibt, dass Ulrich Prehn eine sehr gelungene Biografie des „Volkstumforschers“ Max Hildebert Boehm vorgelegt hat, die mit ihrer Ausleuchtung des „radikalen

2 Auch heute noch lesenswert ist die Monografie: Der Warschauer Aufstand, Frankfurt a.M. 1962, die eine sehr nüchterne und sachliche Analyse des Aufstands darstellt und in der sich Krannhals als wohl erster Historiker auch detailliert und quellengestützt mit den deutschen Kriegsverbrechen während des Aufstands von 1944 auseinandersetzt.

Ordnungsdenkens“ rund um den Begriff „Volk“ sehr erhellend wirkt, zumal in einer Zeit, in der die Losung „Wir sind das Volk“ wieder verstärkt auf den Straßen zu hören ist.

Matthias Barelkowski, Berlin

**Andreas Oskar Kempf: Biographien in Bewegung. Transnationale Migrationsverläufe aus dem ländlichen Raum von Ost- nach Westeuropa, Wiesbaden: Springer VS 2013, 435 S.**

Andreas Oskar Kempf stellt in seiner Arbeit zu „Biographien in Bewegung“ die Frage nach dem Einfluss von Migrationserfahrungen auf individuelle Biografien in den Mittelpunkt. Ausgehend von sozialwissenschaftlichen Vorstudien im weiten Feld der Migrationsforschung legt er seine „soziologisch-anthropologische Feldstudie“ (S. 16) am Schnittpunkt von Biografie- und Transnationalismusforschung an, womit ihm, wie Roswitha Breckner im Geleitwort zu Recht anmerkt, ein origineller Zugriff auf eines der „derzeit relevantesten Themen“ sowohl im öffentlichen wie im fachlichen Diskurs gelingt: das der europäischen Arbeitsmigration. Sein Entschluss, sich diesem Thema aus einer biografischen Perspektive zu nähern, basiert auf der Grundeinsicht, dass Migrationsverläufe nicht allein von den strukturellen Rahmenbedingungen gestaltet werden; vielmehr besteht auch ein wesentlicher Zusammenhang mit den „Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsmuster[n]“ (S. 27) der Akteure. Er bediente sich dabei einer in der Ethnografie erprobten Untersuchungsmethode, indem er als teilnehmender Beobachter über bestimmte Zeiträume mit seinen Probanden lebte und mit ihnen zu verschiedenen Zeitpunkten eine Reihe von Leitfaden-Interviews führte.

Ein zentrales Merkmal seiner Feldforschung ist der Ansatz einer *multi-sited ethnography*, die sowohl den Herkunfts- als auch den Ankunftszusammenhang auf staatlicher, aber vor allem auf lokaler Ebene berücksichtigt. Ein dritter wichtiger Faktor ist dabei der Kontext nach der Rückkehr aus der Migration, da, wie der Autor feststellt, der Herkunftsort die bedeutendere Rolle für die Probanden spielt: Für den überwiegenden Teil der Arbeitsmigranten schien eine (dauerhafte oder temporäre) Rückkehr in die „Heimat“ ein von vornherein geplanter Punkt in der Biografie zu sein, die Zeit im Ausland lediglich ein in erster Linie aus ökonomischen Gründen in Kauf genommener Lebensabschnitt. Der allgemein festzustellende hohe Grad an Mobilität erhöht auch das Ausmaß an Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Lebenszusammenhängen der Migranten. Diese Tatsache berücksichtigt Kempf, wenn er in seiner historischen Einleitung auf einen Paradigmenwechsel in den Migrationsmustern nach 1989 hinweist: „An die Stelle vormals häufig einmaliger, mitunter gezwungenermaßen dauerhafter Ortswechsel traten zunehmend temporäre, zuweilen auch pendelartig verlaufende Wanderbewegungen.“ (S. 15)

Ein solcher qualitativ angelegter Ansatz bedingt eine radikale Beschränkung des Forschungsfeldes. So legte der Autor seinen Fokus auf ein Dorf „in einer ländlichen Region im Osten Rumäniens“ (S. 5), das er in seiner Studie *Satulești* (sat = rum. für Dorf) nennt, und die entsprechenden Migrationsbewegungen nach Italien von 1990 bis heute. Im ersten Teil der Studie werden theoretische Grundlagen der Migrations- und der Biografieforschung reflektiert und so wird zum Kern der Fragestellung vorgedrungen: Migration als spezifischer lebensgeschichtlicher Erfahrungszusammenhang (S. 74). Ebenso ergiebig ist Teil II, in dem

die im Vorkapitel erarbeiteten Grundlagen durch konkrete methodische Überlegungen ergänzt werden und insbesondere das Verhältnis von Erleben, Erinnern und Erzählen diskutiert wird. Als besonders sinnvoll und für die Nachvollziehbarkeit der Erkenntnisabsichten hilfreich erscheint dabei die Offenlegung der Genese des Forschungsdesigns: von einer Schwerpunktlegung auf die Transformation familiärer Settings bis hin zu individuellen Subjektpositionen und ihrer Verortung in den näheren sozialen Kontexten (Familie, Dorfgemeinschaft, Migrantennetzwerke). Der empirische Teil des Buches basiert auf drei Forschungsaufenthalten: einem zweiwöchigen in „Satulești“ im Jahr 2005 und zwei zweimonatigen, jeweils zu gleichen Teilen im Herkunfts- und im Zielkontext durchgeführten Explorationen in den Jahren 2007 und 2008. Zumeist selbst bei Familien vor Ort wohnend, führte Kempf 20 leitfadengestützte Interviews (2005) bzw. Interviews mit Mitgliedern von 65 von Migration betroffenen Familien und sechs mit nicht direkt davon betroffenen Personen durch (2007). Ein Jahr später folgte eine vertiefende Nachfrage bei einem begrenzten Kreis von zehn Probanden. Aus diesem auch generationelle Aspekte berücksichtigenden Sample wählte der Autor „nach Kriterien der Gestaltbildung“ (S. 130) drei „Ankerfälle“ für eine „extensive Fallrekonstruktion“ (S. 131) aus, die er ins Zentrum seiner Analyse stellt. Kempf führte die Interviews in der Muttersprache der Probanden. Seiner Feststellung, dass sich die Migrationserfahrung auch in der Sprache selbst widerspiegeln (– wohl nicht nur in der Lexik, sondern auch im Duktus –), ist vorbehaltlos zuzustimmen.

Bei der Beschreibung des konkreten Migrationsfeldes (Teil III) fällt ins Auge, dass der Autor hier verschiedene Schwerpunkte gesetzt hat: Während er den nationalen Herkunftszusammenhang und in der Folge das Herkunftsdorf ausführlich in seinen sozialen und wirtschaftlichen Facetten und insbesondere in seiner historischen Dimension zeigt, bleiben die italienischen Aufnahmeorte relativ farblos und scheinen nahezu ausschließlich als Kulisse für eine isolierte Migrantengesellschaft zu fungieren. Im Zentrum stehen die Arbeit und das Arbeitsumfeld. Die Frage, ob eine Involvierung in lokale Lebensbereiche bestehe, bleibt weitgehend unbeantwortet. Ein Umstand, der – falls diese Wahrnehmung tatsächlich den Gegebenheiten entspricht – durchaus für sich eine in der Interpretation stärker zu berücksichtigende Erkenntnis dargestellt hätte. Nichtsdestotrotz bieten die Teile I–III des Buches eine ausführliche, tiefgehende, zuweilen etwas redundante Grundlage für die richtige Lesart der Fallanalysen (Teil IV): Kempf entwickelt die Auswertung seiner Empirik, die das Ziel hat, „biographische Schemata“ (S. 23) zu deduzieren, entlang seiner „Ankerfälle“, die er wiederum jeweils einem Migrantentypus zuordnet. Typ 1 beleuchtet die Migrationserfahrung als Auslöser eines biografischen Wendepunkts (eine Scheidung), Typ 2 beschreibt gleichsam komplementär die Auswanderung als eine bruchlose Fortsetzung der Biografie (berufliche Familientradition). Die Rekonstruktion von Typ 3 zeigt eine biografische Erzählung, in deren Verlauf sich die Interpretation der Bedeutung der Migrationserfahrung verändert. Ergänzend werden den „Ankerfällen“ jeweils ein bis drei Kurzportraits als „Varianzen im Feld“ beigelegt.

Der Autor geht bei seiner zuerst sequenziellen Exegese des Materials und danach in der den Einzelfall rekonstruierenden Analyse weitgehend schematisch, aber nicht starr vor. Auf nachvollziehbare Weise bietet er für das jeweilige Beispiel eine tiefgehende, mitunter stark interpretierende Lesart der Narration an, ohne sich zu sehr auf Spekulationen einzulassen. Um dem Vorwurf, in die Falle des Quellenpositivismus getappt zu sein, adäquater begegnen zu können, stellt sich die Frage, wie das Wissen aus den dutzenden weiteren Interviews hätte

deutlicher sichtbar gemacht werden können. Denn trotz des grundsätzlich funktionierenden methodischen Konzepts der „Typenbildung am Einzelfall“ (S. 131) ist der Schritt, in dem das Empirische zum Thetischen erhoben wird, nicht ausreichend nachzuvollziehen.

Dies schmälert jedoch den besonderen Wert dieser innovativen Untersuchung, die viele Anknüpfungspunkte für weitere Forschungen bietet, nur geringfügig. Kempf offeriert in einem Ausblick am Ende der Studie mehrere Möglichkeiten, um seinen Ansatz weiter auszubauen: sowohl die von ihm im Laufe der Untersuchung zurückgestellte Familienforschung und hier insbesondere die Frage nach generationenübergreifenden Konsequenzen von Migrationserfahrungen, als auch eine Verlängerung des Untersuchungszeitraums erscheinen vielversprechend. Darüber hinaus lohnte es sich in zukünftigen Studien, den Einfluss elektronischer Kommunikationsmittel auf die *multi-sitedness* von Migrationsgesellschaften zu berücksichtigen. Die auch aus geografischer Sicht als Miniatur angelegte Studie wirft zudem die Frage auf, ob es sich in erster Linie um *transnationale* oder nicht doch viel eher um *transregionale* oder gar *translokale* Migrationsprozesse handelt, die hier verfolgt worden sind. Regional dislozierte Vergleichsstudien könnten zur Klärung dieser heuristischen Problematik beitragen.

Ein wichtiger Schritt wäre nun, Maßnahmen zu treffen, um die vorliegende Studie auf die eine oder andere Weise zu popularisieren, da sich das Buch in der vorliegenden Form durch Umfang und Duktus, der dem einschlägigen Spezialdiskurs geschuldet ist, einer breiteren Rezeption entzieht. Andernfalls käme ein weiterer wichtiger Verdienst des Buches kaum zur Geltung: Ohne seinen eigenen wissenschaftlichen Erkenntniswert in seiner Tiefenschärfe zu schmälern, gelingt es dem Autor, mit dem von der Perspektive des Akteurs ausgehenden, qualitativ-narrativen Forschungsansatz, die „Migranten“ als Menschen mit individuellen Zielen, Wertvorstellungen und Bedürfnissen darzustellen.

Florian Kühner-Wielach, München

**Eike Eckert: Zwischen Ostforschung und Osteuropahistorie. Zur Biographie des Historikers Gotthold Rhode (1916–1990), Osnabrück: fibre Verlag 2012, 330 S.**

In den Reihen biografischer und wissenschaftshistorischer Arbeiten über deutsche Ostforscher und Osteuropahistoriker fehlte bislang eine Studie über Gotthold Rhode, den zwischenzeitlichen Referenten am Marburger Herder-Institut und späteren Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Mainz. Die Biografie des renommierten Polenhistorikers ist nicht nur wegen seines Ansehens von Interesse, sondern vor allem, weil er zu einer Generation von Osteuropahistorikern gehörte, die im Nationalsozialismus wissenschaftlich sozialisiert wurde und in dieser Zeit politisch zweckgebundene Aufträge erfüllte.

Im Unterschied zu etwas älteren Historikern wie Hermann Aubin, Werner Conze, Theodor Schieder oder Peter-Heinz Seraphim gibt es über diejenigen Ostmittel- und Osteuropahistoriker, die sich erst in der Nachkriegszeit habilitierten, bisher wenig Erkenntnisse. Für die Zeit nach 1945 stellt sich für alle, einschließlich der Ostforscher aus Rhodes Generation, die Frage nach Kontinuitäten. Wo kamen vorbelastete Osteuropahistoriker unter? Änderte sich ihr Osteuropabild? Lag ihnen daran, revisionistisches Gedankengut (pseudo-)wissenschaftlich zu untermauern oder strebten sie nach einer Geschichtswissenschaft ohne ideologische Prämissen? Aufgrund dieser und anderer Fragen war eine Abhand-

lung zu Gotthold Rhode überfällig. Hinzu kommt der Umstand, dass Rhode als Angehöriger der deutschen Minderheit in Polen aufwuchs, was eine Untersuchung seiner Tätigkeit als Polenforscher umso aufschlussreicher erscheinen lässt.

Eike Eckert hat diese Lücke mit seiner klugen und äußerst differenzierten Arbeit geschlossen. Sie ist chronologisch gegliedert und endet mit Rhodes Berufung nach Mainz im Jahr 1957, durch die sich vermehrt Kontakte zu polnischen Historikern ergaben. Methodisch liegt ihr ein biografischer Ansatz zugrunde, der auch zu erheblichen Teilen die *oral history* mit einbezieht – die Interviewliste weist 49 Gesprächspartner auf. Das Hauptanliegen der geringfügig überarbeiteten Dissertation Eckerts ist, einen Beitrag sowohl zur Wissenschaftsgeschichte als auch zur deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte zu leisten (S. 14). Zu diesem Zweck wird die Biografie Rhodes in den Kontext anderer Osteuropahistoriker sowie der aus der deutschen Minderheit stammenden Vertriebenen eingeordnet.

Eckert beginnt mit Kindheit, Jugend und akademischer Ausbildung Rhodes. Er fährt fort mit einer sehr gründlichen und kritischen Analyse von Rhodes Dissertation, die einen der Schwerpunkte der Abhandlung bildet. Anhand der Dissertation gelingt es ihm, die Gratwanderung Rhodes zwischen Wissenschaft und Politik zu veranschaulichen. Die wissenschaftliche Leistung Rhodes in dessen Arbeit zu den Interventionen Brandenburg-Preußens in Polen im 17. und 18. Jahrhundert soll laut Eckert die bis heute fruchtbarste Studie auf dem Gebiet der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte sein (S. 96). Gleichzeitig gelingt es dem Verfasser, die politischen Überformungen parallel zur wissenschaftlichen Sorgfalt aufzuzeigen und beides analytisch voneinander zu trennen.

In der Diskussion über Ostforscher-Biografien sind vergleichende Elemente und das Aufzeigen von Parallelbiografien ein wichtiger Bestandteil. Daher ist es konsequent und zugleich bereichernd für die Debatten unter den Biografen, dass Eckert diesem Element ein ganzes Kapitel widmet und im Anschluss an die Erörterung von Rhodes Zeit am Osteuropa-Institut Breslau die „Generation Rhode“ diskutiert. Darin geht er der Frage nach, inwiefern sich Gemeinsamkeiten der wissenschaftlichen und politischen Sozialisation bei der Alterskohorte Rhodes ausmachen lassen und weist u.a. auf den zum Teil ausgeprägten „volkspolitischen“ Einsatzwillen hin.

Der Teil der Arbeit, der sich mit der Nachkriegszeit beschäftigt, beginnt naheliegender Weise mit einer Beschreibung von Rhodes Neuanfang 1946 als Tutor an der Universität Hamburg. Dass zumindest auf personeller Ebene durch Rhodes Nähe zu Aubin, der ihn protegierte, eine Kontinuität gegeben war, wird in der Diskussion um die Entnazifizierung Rhodes berücksichtigt. Nach seiner Zeit in Hamburg folgten vier Jahre als Referent im Herder-Forschungsrat, bis Rhode schließlich den Lehrstuhl in Mainz übernahm.

Auch was Rhodes Arbeit in der Bundesrepublik betrifft, wird der Verfasser seinem Anspruch gerecht, Wissenschaftsgeschichte mit deutsch-polnischer Beziehungsgeschichte zu verbinden. Ein Forschungsergebnis ist, dass Rhode durchaus politisch motiviert arbeitete und wissenschaftliche bzw. universitäre Arbeit mithin nicht *per se* als vollkommen neutral ansah, die politische Vorgabe jedoch stets mit hohen wissenschaftlichen Standards umsetzte, wie er es bereits in seiner Dissertation getan hatte. Hinsichtlich Rhodes persönlichen Werdegangs kommt Eckert zu dem Schluss, dass weniger dessen berufliche Anfänge im Nationalsozialismus als vielmehr seine jugendliche Sozialisation ausschlaggebend für seine spätere Tätigkeit als Ostforscher und Osteuropahistoriker war (S. 268). Der Beitrag zum Diskurs über Ostforscher-Biografien wird vor allem in der Schlussfolgerung deutlich, dass

die Motivationsstruktur eines Historikers für seine „volkspolitische“ Tätigkeit und seine etwaige bereitwillige Indienststellung für das NS-Regime in jedem Einzelfall zu hinterfragen sind.

Dass die Arbeit sich nicht mehr mit Rhodes Zeit in Mainz bis zu seiner Emeritierung beschäftigt und somit keine Gesamtbiografie ist, ergibt sich logisch aus der Fragestellung und ist eine Stärke der Untersuchung. Gerade durch die Einbeziehung der Kontaktpflege Rhodes zu polnischen Historikern, aber auch durch die Analyse von Rhodes Arbeiten hinsichtlich seines Polenbildes und seiner Motivationsstruktur wird der Aspekt der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte hervorragend ausdiskutiert. Gleichzeitig ist die Arbeit, wie vom Verfasser beabsichtigt, ein wichtiger Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte, da sie die wissenschaftliche Sozialisation des Protagonisten diskutiert, ihn in die Geschichte der Disziplin einordnet und mit anderen Historikern seiner Generation vergleicht.

Esther Abel, Bochum

**Stephan Rindlisbacher: Leben für die Sache. Vera Figner, Vera Zasulič und das radikale Milieu im späten Zarenreich, Wiesbaden: Harrassowitz 2014, 364 S.**

Die Dissertation von Stephan Rindlisbacher nimmt zwei der wichtigsten Terroristinnen in der Geschichte des 19. Jahrhunderts im Russischen Reich unter die Lupe. Von beiden Frauen liegen umfangreiche autobiografische Materialien vor, die dieser Arbeit als Quellengrundlage dienen. Die Memoiren von Vera Figner liegen in westlichen Sprachen vor, deshalb sind sie einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Vera Zasulič Erinnerungen sind weniger gut zugänglich, dafür ist ihre Person, zuletzt als „Angel of Vengeance“,<sup>1</sup> Gegenstand zahlreicher Untersuchungen gewesen. Der spektakuläre Gerichtsprozess, in dem sie freigesprochen wurde, obwohl sie versucht hatte, den Generalgouverneur von St. Petersburg zu erschießen, wurde von Richard Pipes als wichtigster Prozess der Russischen Geschichte bezeichnet.<sup>2</sup> Die beiden Frauen sind also der Fachöffentlichkeit wohlbekannt, deshalb wartet der Leser umso gespannter darauf, was die Arbeit von Rindlisbacher an neuen Erkenntnissen bringt.

In der Dissertationsschrift wird zunächst das autobiografische Schreiben selbst thematisiert und über das Wesen dieses Genres, sowie über seinen Quellenwert reflektiert. Dabei beleuchtet Rindlisbacher auf überaus nützliche und wohl überlegte Art und Weise die Schreibgegenwart der Autorinnen. Die Geschichte der beiden Frauen wird häufig allzu stark im Zusammenhang mit den revolutionären Ereignissen des 19. Jahrhunderts rezipiert. Die autobiografischen Materialien stammen aber aus einer späteren Zeit. Rindlisbacher rekonstruiert überzeugend die intellektuellen Kontexte und die historischen Zusammenhänge, in denen die Autobiografinnen ihre Texte vorlegen, z.T. zum Zweck der Selbstlegitimation, z.T. aus finanziellen Notwendigkeiten heraus. Diese überaus gelungenen Passagen verdienen es, zur Grundlage jeder weiteren Quellenkritik an den autobiografischen Materialien der beiden großen Frauen des russländischen Terrorismus zu werden.

1 Ana Siljak: *Angel of Vengeance. The girl assassin, the governor of St. Petersburg and Russia's revolutionary world*, New York, NY 2008.

2 Vgl. Richard Pipes: „The Trial of Vera Zasulich“, Sonderheft der Zeitschrift „Russian History“ 1 (2010).

Im Folgenden allerdings verlässt Rindlisbacher die Ebene der Quellenkritik und nutzt die Texte selbst als historische Quelle. Dabei behandelt er die beiden Frauen stets getrennt voneinander, auch wenn er innerhalb der Kapitel durchaus Verweise auf die jeweils andere Protagonistin macht. So stellt sich bereits angesichts der Gliederung die Frage, was die Doppelbiografie für einen Mehrwert bringt. Diesen Zweifel vermag Rindlisbacher bis zum Schluss nicht auszuräumen.

Zunächst reflektiert er die Politisierung der beiden Frauen unter dem Stichwort: „Die Sache (delo)“. Dort definiert er die „Sache“ im Kontext der Sozialisation Figners und Zasulič. Das Konzept der „Sache“ ist die für die gesamte Arbeit von entscheidender Bedeutung.

Das zweite Leitmotiv führt Rindlisbacher – abermals für jede der beiden Frauen einzeln – im nächsten Kapitel ein: „Das radikale Milieu“. Dabei orientiert sich der Verfasser am Milieubegriff von M. Rainer Lepsius, den er versucht, für die russländischen Radikalen im 19. Jahrhundert anhand von fünf idealtypischen Merkmalen zu schärfen. Ebenso wie „die Sache“, so ist auch das „radikale Milieu“ ein Konzept, das sich durch die ganze Arbeit zieht. Eine analytische Kraft gewinnt der Begriff allerdings in der gesamten Dissertationsschrift nicht. Er dient lediglich als Markierung für das soziale Umfeld der beiden Protagonistinnen, das dennoch insgesamt konturlos bleibt. Rindlisbacher stellt eindeutig die Frauen in den Mittelpunkt, über das „radikale Milieu“ erfährt man wenig. Selbst wenn ein analytisches Verständnis eines „radikalen Milieus“ zur Erklärung der revolutionären Bewegung beitragen würde, so vergibt Rindlisbacher diese Chance, indem er es bei der Benennung belässt. Der Begriff muss aber insgesamt kritisch gesehen werden, weil er den Blick auf die Heterogenität der „radikalen Milieus“ (Rindlisbacher verwendet stets den Milieu-Begriff im Singular) verstellt, er überdeckt die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen imaginierten Gemeinschaften, wie Nationen, Klassen oder Wertekontexten und suggeriert stattdessen eine Einheit, die es so nicht gegeben hat.

„Sache“, „radikales Milieu“ und schließlich das Leben der beiden Terroristinnen erzählt Rindlisbacher anhand der Autobiografien nach, dies allerdings angereichert um eine Fülle an zeitgenössischen Materialien. Die Quellenarbeit ist sehr intensiv und erlaubt einen Blick in die Vielfalt von Dokumenten, die von den radikalen Zeitgenossen der Protagonistinnen verfasst worden sind. Kritisch ist anzumerken, dass Rindlisbachers Narrativ die Ebene der Nacherzählung nicht verlässt. So schildert er etwa ausführlich Figners Erfahrung häuslicher Gewalt, ohne zu fragen, welche Funktion diese Beschreibung innerhalb von Figners Memoiren erfüllt. Das klassische Legitimationsnarrativ der Terrorist\_innen, das von der Vergeblichkeit der Propaganda und der daraus erwachsenen Notwendigkeit zur Gewaltausübung erzählt, wird ebenso unreflektiert wiedergegeben.

Eine Arbeit über zwei bedeutende Terroristinnen wird nicht ohne geschlechtergeschichtliche Vorüberlegungen auskommen. Diese stellt Rindlisbacher an, allerdings löst er auch diese analytische Kategorie bei der Nacherzählung der Erinnerungen nicht ein, sondern übernimmt weitgehend die Rollenerwartungen der historischen Akteure.

Zur Motivation terroristischer Gewalt führt Rindlisbacher den Begriff der „politischen Religion“ ein. Allerdings ergibt sich hier ein ähnliches Problem wie beim „radikalen Milieu“. Rindlisbacher verharrt bei der Benennung des Konzeptes, lässt es aber keine analytische Kraft entfalten. Grundsätzlich erscheint dieses Konzept aber auch, wenn es denn angewendet werden würde, als ungeeignet dazu, die Beweggründe von Terrorist\_innen zu verstehen. Die Übertragung des Wesens von Religionen in die Sphäre des Politischen ver-

mag zumindest mit Blick auf den russländischen Terrorismus nicht zu überzeugen. Demgegenüber ermöglicht das Gedankenmodell der emotionalen Gemeinschaften,<sup>3</sup> die Beziehung zwischen dem Terroristen und dem Publikum seiner Taten (darunter die unterschiedlichen „radikalen Milieus“) und die daraus entstehenden Motivationen zu klären.

Alles in allem hat Stephan Rindlisbacher eine materialreiche Studie vorgelegt, die sehr gut in die zeitgenössischen Quellen einführt und die erfolgreich im Unterricht eingesetzt werden kann. Auf analytischer Ebene vermag die Arbeit allerdings nicht zu überzeugen.

Anke Hilbrenner, Bonn

- 3 Vgl. zum Konzept der emotionalen Gemeinschaften etwa: Barbara Rosenwein: Worrying about Emotions in History, in: *American Historical Review* 107 (2002), S. 821-845.

**Hanspeter Marti (Hrsg.): Kulturaustausch. Baltisches Echo auf Gelehrte in der Schweiz und in Deutschland. Freundesgabe für Arvo Tering, Köln u.a.: Böhlau Verlag 2014, 312 S.**

Dieser Band ist keine Festschrift, sondern eine „Freundesgabe“. Was es mit dieser zunächst kaum ins Auge fallenden Differenzierung auf dem Titelblatt auf sich hat, wird im Geleitwort des Herausgebers und bei der Lektüre der insgesamt sieben Beiträge von fünf Verfassern schnell deutlich: Hier geht es um die freundschaftliche Ehrung eines estnischen Wissenschaftlers, der „in entsagungsvoller Arbeit“ eine große Bandbreite an hervorragenden wissenschaftlichen Studien auf dem Gebiet der baltischen Gelehrten-geschichte vorgelegt hat, „denen aber bis heute die breite Anerkennung versagt blieb“. So ist es das erklärte Ziel des Bandes, „Arvo Terings Verdienste auf internationaler Ebene zu würdigen, seine Publikationen der Fachwelt besser bekannt zu machen und den estnischen Wissenschaftler zur Fortsetzung seiner Forschungen zu ermutigen“ (S. 7). Diese Ermutigung ist durchaus angebracht, ist Tering doch nach langen Jahren allmählicher Verschlechterung seiner Sehkraft mittlerweile erblindet und auf technische Hilfsmittel sowie Helfer angewiesen, um überhaupt weiterarbeiten zu können. Gerade vor diesem allzu menschlichen Hintergrund wird die „Freundesgabe“ umso verständlicher.

Der Gefeierte verfolgt als Wissenschaftler an der Universitätsbibliothek Tartu beharrlich mit der ihm eigenen Bescheidenheit seine wissenschaftlichen Fragestellungen. Häufig legte er zunächst die Basis, um dann vertiefende Studien folgen zu lassen. Sein Antrieb ist die gediegene, möglichst umfassende kulturgeschichtliche Absicherung der neuen Erkenntnisse aus historischen Quellen. Dies verdeutlicht insbesondere die bereits 1984 publizierte Matrikel der Universität Dorpat/Tartu, die wie kaum eine andere Matrikel zeitgenössische Drucke und das archivalische Material zu den Personen mit einbezog.<sup>1</sup> Von ähnlicher Gestalt und Bedeutung wird das (hoffentlich) bald erscheinende Nachschlagewerk zu den baltischen Studenten an europäischen Universitäten sein.<sup>2</sup> Die Erkenntnisse aus der langjährigen Be-

1 Arvo Tering (Hrsg.): *Album Academicum der Universität Dorpat (Tartu) 1632–1710*, Tallinn 1984. Leider sind Papier und Buchbindung dieses absolut einschlägigen Werkes von geringer Qualität.

2 Arvo Tering (Hrsg.): *Lexikon estländischer, livländischer und kurländischer Studenten an europäischen Universitäten 1561–1800*. Unter Mitwirkung von Jürgen Beyer.

schäftigung mit diesem Forschungsfeld hat Tering 2008 in einer umfangreichen Darstellung in estnischer Sprache zusammengefasst, die den gesamten kulturgeschichtlichen Hintergrund beispielhaft ausleuchtet und in einer vollständigen Übersetzung ins Deutsche zweifellos noch mehr Anerkennung erlangen würde.<sup>3</sup> In den baltischen Forschungen freilich ist der Wert von Terings Untersuchungen und Darstellungen hinlänglich bekannt und anerkannt, denn sie haben mit den Grund gelegt zu einem enormen Aufschwung der kulturhistorischen Forschung in Estland und weit darüber hinaus. Das dem Band beigegebene „Verzeichnis der Publikationen Arvo Terings“ weist sie sämtlich nach.

Eröffnet wird der Sammelband mit einem Beitrag über „Verschollene Pflanzenzeichnungen aus dem Gessner-Nachlass in der Universitätsbibliothek Tartu/Dorpat“ von Mare Rand, der langjährigen Leiterin der Handschriften- und Rara-Abteilung in der Universitätsbibliothek Tartu. Sie zeigt auf, wie Material aus der Schweiz des 16. Jahrhunderts nach Estland gelangte und wie es mit dem übrigen Teil des Nachlasses von Konrad Gessner (1516–1565) zusammengehört. Anhand dieser gediegenen Erarbeitung der Provenienzzgeschichte ist beispielhaft der Austausch von Kulturgütern zu sehen. Ebenso wird aber auch der Austausch von Wissen unter den Gelehrten seit Gessners Zeiten mithilfe des Mediums botanischer Zeichnungen und im Sinne eines Netzwerks deutlich. Wie verdienstvoll es ist, diesen Teil des Nachlasses wieder in der Forschung bekannt zu machen, lässt sich anhand der beigegebenen, großteils farbigen Abbildungen erahnen.

Gerichtsakten des 17. Jahrhunderts aus dem Estnischen Historischen Archiv in Tartu werden im zweiten Beitrag von Katre Kaju behandelt. Sie untersucht am Beispiel einer Klage gegen Christoph Otto Grewe, welcher der Jungfer Anna Katharina Romanowitz die Heirat versprochen und sie geschwängert hatte, nun aber das Eheversprechen bestritt, wie „Literatur“ in den Gerichtsakten erwähnt und benutzt wird. Gemeint ist damit zunächst das juristische Schrifttum, das konkret in der Argumentation genannt und zum Beleg eigener Rechtsauffassung benutzt wird, wie etwa das Estländische Ritter- und Landrecht, das schwedische Landrecht und das römische Recht bis hin zu aktuellen Resolutionen des schwedischen Königs, aber auch Schriften von Rechtsgelehrten wie Benedikt Carpzov, Joachim von Beust, Johannes Loccenius und anderen sowie nicht zuletzt die Schriften Martin Luthers. Überraschend wird darüber hinaus aber auch schöngestige und philosophische Literatur erwähnt, und zwar zur Kennzeichnung des Sprachstils. So wird Grewe und seinem Anwalt vorgeworfen, seine Verteidigungsschrift sei im Stil eines Romans gehalten; genannt werden der Ritterroman Amadis und Philip Sidneys Arcadia. Damit wird nicht nur, wie Kaju richtig hervorhebt, eine stilistische Variante abgelehnt, sondern vielmehr der – fehlende – Wahrheitsgehalt fiktiver Texte dem juristischen Schreiben entgegengehalten. Folgerichtig wird das „philosophische Schreiben“ als grundsätzlich der Wahrheit verpflichtet für die juristischen Schriftstücke eingefordert. Eine dritte Art von Literatur wird Gegenstand des Verfahrens in Form eines Namenstagsgedichts von Grewe. Enthält dieses nach Meinung der Kläger ein Heiratsversprechen, so verteidigte Grewe sich damit, dass er lediglich – der Gattung gemäß – Verse aus anderen Texten zusammengefügt habe und daher auch für die

3 Arvo Tering: Eesti-, liivi- ja kuramaalased Euroopa ülikoolides 1561–1798 [Est-, Liv- und Kurländer an europäischen Universitäten 1561–1798], Tartu 2008. Die sehr umfangreiche deutsche Zusammenfassung (S. 748–780) ist zwar äußerst hilfreich und verdienstvoll, kann aber natürlich nicht eine Übersetzung des vollständigen Textes ersetzen.

inhaltliche Aussage nicht verantwortlich sei. Schließlich sind weitere kleine Erwähnungen von Literatur in antiken Zitaten zu finden. Kaju zeigt mit ihrer Detailstudie eindrucksvoll den Quellenwert von Gerichtsakten für die Kultur- und Literaturgeschichte auf.

Der darauf folgende Beitrag von Hanspeter Marti widmet sich der Aufnahme von Christian Thomasius' Ethik und Vernunftlehre sowie Philipp Jakob Speners Gnadentheologie durch den Dorpater Philosophieprofessor Michael Dau (†1710). Marti zeigt, dass Dau in dem in der Historiografie noch immer verbreiteten Dualismus von pietistischer Frömmigkeit und frühaufklärerischem Rationalismus eine vermittelnde Position einnimmt. Anhand dieser wirkungsgeschichtlichen Studie ist insofern ersichtlich, dass die Koinzidenz von Pietismus und Frühaufklärung auch bei Thomasius genauer untersucht werden müsste. Dem hier gegenüber der Erstfassung von 1997 neu bearbeiteten Beitrag sind zwei Editionen zur Eklektik im Baltikum angehängt, die nicht nur die Analyse verdeutlichen, sondern auch entlegene Texte aus der Region für den größeren Forschungszusammenhang zur Verfügung stellen. Zunächst ist Michael Daus 1699 in Pernau gedruckter Brief an Johann Andreas Dorsch im lateinischen Faksimile und in deutscher Übersetzung mit Anmerkungen zu finden. Dann folgt der Abdruck von Daus „Sitten-Spiegel“ (Pernau 1701) mit Worterklärungen, einem Register der Bibelstellen und Hinweisen zu den Quellen für Daus Text bei Thomasius und Spener.

Die Bedeutung des Schweizers Johann Georg Sulzer (1720–1779) für die baltische Bildungsgeschichte untersucht Ursula Caffisch-Schnetzler in ihrem Beitrag, dem ebenfalls eine reiche Quellenedition beigelegt ist. Vor dem Hintergrund von Sulzers Lebenslauf und seiner zeitgenössischen pädagogischen Bedeutung wird sein Anteil an der Gründungsgeschichte der „Academia Petrina“ in Mitau (1775) ausführlich dargelegt. Sulzers Entwurf einer Schulordnung für dieses akademische Gymnasium von 1773 bescherte der baltischen Provinz eine moderne, ganz der Aufklärung verpflichtete Bildungsanstalt, die ihre Schüler weit in die Studienfächer einführte und auch moderne Sprachen sowie „deutsche Lecture“ vermittelte. Da Sulzer die Besetzung von sechs der neun Professuren mit ausländischen Kandidaten oblag, nutzte er seinen weiten Korrespondentenkreis zur Suche nach geeigneten Kandidaten. Unter diesen befand sich der aus Württemberg stammende Gottlob David Hartmann (1752–1775), der dann als Philosophieprofessor in Mitau angestellt wurde. Der Dichter und Philosoph galt als hoffnungsvolles Talent und stand in Verbindung mit Johann Kaspar Lavater und Johann Jakob Bodmer in Zürich, konnte sich in Mitau mit arrogantem Auftreten allerdings nicht in bürgerliche wie höfische Schranken fügen. Reichhaltige Auszüge aus den Briefen vor allem Lavaters und Hartmanns sowie Sulzers und Bodmers zeigen die zunehmende Sorge um Hartmanns Entwicklung, aber auch die Mitauer Verhältnisse. Die eingefügte Vorstellung eines Mitauer Vorlesungsverzeichnisses von 1778 durch Hanspeter Marti gibt zusätzlich genaueren Aufschluss über die wirkliche Arbeit an der Academia Petrina.

War in dem vorangegangenen Beitrag schon kurz Herder als möglicher, aber durch Sulzer verhandelter Professor für Mitau erwähnt worden, so geht im folgenden Marti der Frage nach, wie der junge Herder in Riga sich mit der Schule und der Form des Unterrichts in seiner Zeit auseinandersetzte. Es wird gezeigt, dass dieser die zeitgenössische Schulliteratur aktuell rezipierte. Als durchaus eigenständiger Kopf setzte er sich mit den Ideen der Zeit auseinander und hing nicht lediglich der etablierten „Schulphilosophie“ an, begründete andererseits aber auch keine eigene neue.

Die Aufklärung in Kurland thematisiert Marti dann in einem längeren Beitrag anhand der Korrespondenz zwischen dem Mitauer Professor Ferber und dem gebürtigen Schweizer

Bernoulli in Berlin. Von Johann Jakob Ferber (1743–1790), der von 1774 bis 1783 in Mitau Naturgeschichte und Physik lehrte, dann bis 1786 an der St. Petersburger Akademie der Wissenschaften Professor für Mineralogie und anschließend Oberbergrat in königlich-preußischen Diensten sowie Mitglied der Berliner Akademie war, liegen 26 Briefe aus den Jahren 1778–1784 vor. Nicht erhalten sind die Gegenbriefe von Johann III Bernoulli (1744–1807), königlicher Astronom und Leiter der Sternwarte in Berlin seit 1767. Trotzdem wird ein freundschaftlicher Austausch sichtbar – es geht u.a. um gemeinsame literarische Projekte – und ein tiefer Einblick in die Mitauer Verhältnisse der Zeit wird gewährt. Hier war die Literatur- und Informationsbeschaffung für Ferber schwierig und kostspielig, war doch das Interesse an Literatur in Kurland (noch) allgemein gering. Deutlich werden die allseitigen Bemühungen um den Aufbau der aufklärerischen Kultur, in denen sich gerade die Bedeutung des gelehrten Austauschs für Kurland zeigt.

Gelehrte Kontakte sind dann auch das Thema des letzten Beitrags von Urs B. Leu über den Briefwechsel des baltischen Anatoms und Embryologen Karl Ernst von Baer (1792–1876) mit den Zürcher Forschern Oswald Heer (1809–1883) und Jakob Messikommer (1828–1917). Aus dem Nachlass von Baers in der Universitätsbibliothek Gießen werden sieben Briefe von Messikommer aus den Jahren 1861 bis 1873 und zwei Briefe von Heer (1866/1876) sowie ein Brief von Baers an diesen (1876) und Heers Nachruf auf von Baer aus der Allgemeinen Schweizer Zeitung (7. Dezember 1876) mit Einleitungen und Kommentaren ediert. Geht es in Messikommers Briefen hauptsächlich um die archäologischen Funde des Pfahlbauforschers in der Schweiz, so zeigt sich bei Heer eine enge Geistesverwandtschaft mit von Baer, die speziell in der ablehnenden Auseinandersetzung mit Darwins Evolutionstheorie greifbar wird.

Die hier versammelten Beiträge spiegeln immer wieder ganz unterschiedliche Aspekte gelehrten Austauschs zwischen der Schweiz und dem baltischen Raum, wie er über die Jahrhunderte hin und bis in die Gegenwart gepflegt wurde und wird. Sie geben damit einen Eindruck davon, wie wissenschaftliche Arbeit und Freundschaft zusammengehen können und bereiten ihrem Leser auf diese Weise das Vergnügen, in der wissenschaftlichen Lektüre zugleich den Wert freundschaftlichen Austauschs – zumal in räumlicher Entfernung – entdecken zu können. Dass der Beitrag von Kaju sich kaum in dieses Konzept fügen lässt, ist angesichts seiner Originalität und Qualität leicht zu entschuldigen. Die erneute Publikation von Martis Beiträgen in zum Teil erheblicher Bearbeitung fügt sich mit dem Mitau-Beitrag von Caflisch-Schnetzler zu einem großen Aufklärungsblock zusammen, der in dieser Verbindung wichtige Impulse für die weitere Forschung geben kann.

Martin Klöker, Tallinn/Osnabrück

**Debora Sommer: Eine baltisch-adlige Missionarin bewegt Europa. Barbara Juliane v. Krüdener, geb. v. Vietinghoff gen. Scheel (1764–1824), Göttingen: V&R unipress 2013, 725 S., 22 Abb.<sup>1</sup>**

In der deutschsprachigen Forschung ist Juliane Barbara v. Krüdener eine der wenigen Frauen aus dem Baltikum, deren Leben Interesse entgeggebracht wurde. Konzentrierte sich die

1 2014 stark gekürzt, auch erschienen beim Verlag Francke in Marburg a.d. Lahn.

historische Forschung v.a. auf das politische Wirken, blieben in der Religionswissenschaft die theologischen Aspekte von v. Krüdeners Missionsarbeit beinahe gänzlich ausgespart.<sup>2</sup> Debora Sommer begegnet mit ihrer Dissertationsschrift diesem Desiderat, indem sie den Fokus auf v. Krüdeners „christliche Identitätsentwicklung“, ihr „Sendungsbewusstsein“ und ihre aktive missionarische Arbeit lenkt. (S. 24)

Auch aus kulturgeschichtlicher Perspektive weckt das Buch insbesondere durch den auf die Salonkultur gerichteten Fokus Interesse. Sommer wirft kirchengeschichtliche Fragestellungen auf, die bislang in der ansonsten so vielfältig beanspruchten europäischen Salonkultur kaum thematisiert worden sind. Ist der Salon bis dato v.a. aus einem geschlechterzentrierten Blickwinkel, als Raum öffentlicher Debatten oder als Verknüpfungspunkt personaler kultureller und politischer Netzwerke untersucht worden, weitet Sommer in ihrer Arbeit das Analysespektrum auf den missionarischen Nutzen des Salons aus. So ist die Deutschbaltin Juliane v. Krüdenener ohne Frage als Mitgestalterin europäischer Salonkultur zu verstehen, die auf ihren Lebensstationen (Paris, St. Petersburg, Riga oder Basel) die Funktion des Salons ausweitet, um ihren pietistischen Glauben missionarisch zu verbreiten. Und genau hier setzt Sommer an. Sie schreibt ihre Protagonistin in die Geschichte des pietistischen Aufbruchs in Europa unter Berücksichtigung eines geschlechterzentrierten Blickwinkels und personaler Verflechtungsgeschichte ein.

Der enorme Umfang (725 S.) des Bandes ist v.a. dem arbeitsreichen Schaffen v. Krüdeners geschuldet, er ist zugleich aber auch das Ergebnis einer unglaublichen Fleißarbeit seiner Verfasserin, die sämtliche „biografischen Stationen“ sozialhistorisch, mentalitätsgeschichtlich sowie religionswissenschaftlich ausleuchtet. Nach theoretisch-methodischen Überlegungen bestimmen Fragen zur Identität den Aufbau des Bandes: Im zweiten Kapitel „Identität & Kontext“ steht der deutschbaltische Hintergrund im Fokus; im dritten Kapitel steht die religiöse Verortung, die „Christliche Identitätsbildung“ im Vordergrund. Im vierten und fünften Kapitel werden sodann die Handlungsräume v. Krüdeners in ihrem missionarischen Wirken vorgestellt: „Die Salongesellschaft als Missionsfeld“, „Missionarisches Wirken“ in verschiedenen Regionen und Höfen. In „Mission & Missionarin“ sowie „Erwecklicher Einfluss & Missionsreisen“ (sechstes und siebtes Kapitel) kommen die religiöse und missionarische Ausrichtung zum Tragen. Im achten Kapitel schließlich werden die Untersuchungsergebnisse noch einmal zusammengeführt. Der Band endet mit einem umfangreichen Literaturverzeichnis sowie drei Registern (Personen-, Sach- und Ortsregister).

Im zweiten Kapitel, „Identität und Kontext“, werden die wesentlichen Analyseraster der Untersuchung vorgestellt. Dabei geht die Verfasserin, anders als in kulturwissenschaftlichen Arbeiten üblich, nicht auf terminologische Probleme des Begriffs Identität bzw. Kontext ein, sondern verweist lediglich auf die Relationalität der Bezugsgrößen und benennt das Begriffspaar Identität und Kontext schlicht als „keine starren, determinierten Größen, ... [die] in dynamischer Spannung voneinander abhängig [sind].“ (S. 57) Mit diesem offenen, fluiden Konzept stellt Sommer „identitätsschaffende Kontexte“ wie den geografischen, den historisch-politischen oder den gesellschaftlichen und den kulturellen Kontext heraus. Großmaschig werden biografische Lebensstationen, historische Ereignisse vorgestellt, die den Lebenslauf v. Krüdeners (gerade in ihrer Funktion als Ehefrau eines russischen Diplomaten) prägten. In einem zweiten Schritt wird sodann die „Salongesellschaft und Beziehungskon-

2 Vgl. die Arbeiten von Peter Zimmerling und Michel Mercier.

text“ in den Mittelpunkt gerückt. Das Kapitel wird mit der Analyse „weibliche[r] Identität“ abgeschlossen.

Die Ausführungen in diesem Kapitel sind, da sie ja der eigentlichen Untersuchung vorangestellt sind, eher oberflächlich gehalten. Dies erklärt jedoch nicht, warum die „Kontexte“ kaum in bestehende wissenschaftliche Forschungen eingebettet werden. Es fehlen nicht nur theoretische Reflexionen, sondern auch grundlegende Fragen wie u.a. zur „Kultur der Deutschbalten“ (S. 71-73), bei der sich Sommer lediglich auf zeitgenössische Quellen aus dem Familienumfeld v. Krüdeners bezieht. Infolgedessen bleiben bei diesem Vorgehen manche Aussagen unklar, wie u.a. warum der „hohe Adel“ in Riga „aufgeteilt in eine englische und russische Gesellschaft“ oder warum die Kultur in den Ostseeprovinzen „kosmopolitisch“ gewesen sei. (S. 71 f.)

Ein Schwerpunkt des Abschnittes wird auf die personalen Netzwerke („Beziehungskontext“) von 1784–1804 gelegt. Es folgen Ausführungen zu v. Krüdeners Herkunft, ihrer Sozialisierung und zu ihrer „weiblichen“ Identitätsbildung. Ähnlich verfährt Sommer bei ihrer Forschungsfrage nach der „christlichen Identitätsbildung“ (mit S. 143 beginnend): Hier rekurriert Sommer auf die religiöse Entwicklung Liv- und Estlands seit der Reformation, um auf die christliche „Prägung“ des Herkunftsmilieus einzugehen. Warum sich die Verfasserin in der Passage unreflektiert Begriffen der Soziologie bedient, ist gerade bei einer Terminologie wie „Prägung“ fragwürdig (u.a. S. 171). Auch hätte es Sommer nicht nötig gehabt, sich in diesem Kapitel auf die zwar sehr lange, jedoch veraltete „Zwei-Welten-Theorie“ in v. Krüdeners Biografie zu berufen (S. 154). Die linear („wachstümlich“, S. 193) interpretierte Biografie an sich widerspricht einer Herangehensweise, in der die „vermeintliche Bekehrung“, 1805, als die tragende biografische Zäsur von einer nicht-„frömmigen“ hin zu einer frömmigen Lebensweise als zentraler Analyse- und Ausgangspunkt für v. Krüdeners „christliche Identitätsbildung“ angesetzt wird. (S. 174) Denn Sommer selbst wendet sich gegen diese Theorie, indem sie das Bekehrungserlebnis v. Krüdeners als Impuls für das weitere missionarische Wirken, als Wendepunkt hin zu einem befreiten Verständnis von Religion und Religionsausübung versteht. (S. 193)

Im vierten Kapitel, der zentrale und innovativste Teil der Untersuchung, distanziert sich Sommer mit Recht von den einschlägigen Forschungsarbeiten zu v. Krüdeners, indem sie den in Paris geführten Salon v. Krüdeners als „Prototyp des religiösen Salons“ einführt. (S. 232) Sommer ordnet den Lebensstil ihrer Protagonistin in den Kanon der Lebensgemeinschaften der Frühromantiker ein und vermittelt ein plastisches Bild einer von Herrnhuter und frühromantischer Salonkultur geführten christlichen Lebensgemeinschaft. Den Lebensabschnitt zwischen 1808 und 1818 weist Sommer als Entwicklungsstufe hin zur „missionarischen Salonnière“ (S. 256), wobei sie hier den Begriff des „religiösen Wandersalons“ aufgreift.<sup>3</sup> (S. 264) Überaus nachvollziehbar arbeitet Sommer das religiöse Moment des Salons heraus, das abhängig von der jeweiligen biografischen Station unterschiedlich ausfiel: Wurde in Riga das gemeinsame Abendmahl gefeiert, befolgte v. Krüdeners in Paris den „liturgischen Plenumstil“ mit gemeinsamem Gebet und gemeinsamer Andacht. (S. 285)

Im fünften Kapitel werden die weiteren missionarischen Wirkungsfelder vorgestellt – auf der einen Seite die Form der Arbeit, die Wohltätigkeit, sowie auf der anderen Seite die Zielgruppen: Arme, Notleidende, Hochadel und Politik. Nach der Analyse der Adressatengruppe und der Handlungsräume folgt im sechsten Kapitel die Darstellung der eigentlichen missiologischen Überzeugungen v. Krüdeners. Sodann nimmt sich Sommer der Selbstzu-

schreibungen ihrer Protagonistin in ihrem christlichen Wirken an und rekurriert dabei auf v. Krüdeners schlichte Definition missionarischer Arbeit, nämlich „die Botschaft des Evangeliums in Wort und Tat weiter zu tragen.“ (S. 438)

Der Untersuchung des „erwecklichen Einflusses“ v. Krüdeners auf ihren zahlreichen Missionsreisen, beginnend mit der ersten Reise zur Herrnhuter Gemeinschaft nach Genf 1813 (Genfer Réveil), widmet sich die Verfasserin im siebten Kapitel. Höchst interessant ist in diesem Abschnitt der finanzielle Aspekt, der Aufwand der Reiseunternehmungen mit dem zum Teil 80 Personen zählenden Gefolge, dem v. Krüdener mit ihrem persönlichen Vermögen sowie mit gezielter Akquise nachkam.

Das Fazit geht weit über das Zusammengetragene hinaus: Konzise werden noch einmal die Rezeptionen zu v. Krüdener zusammengefasst, die „Nachhaltigkeit“ (S. 624) ihres Wirkens dargelegt und darüber hinaus neben ihrem christlichen Sendungsbewusstsein der Genderaspekt bei der Bewertung ihrer Arbeit angesprochen.

Obleich der Monografie an einigen Stellen Kürzungen gut getan hätten, bleibt festzuhalten, dass die Verfasserin mit viel Fleiß eine Biografie erarbeitet hat, in der erstmals Juliane v. Krüdener als Salonnière eines religiösen Salons ausgewiesen wird. Damit hat die Verfasserin eine gänzlich neue Perspektive auf das Schaffen der Deutschbaltin gelenkt und v. Krüdener in einem breiteren Forschungskontext positioniert, auf den in weiteren Forschungsarbeiten zurückgegriffen werden sollte.

Anja Wilhelmi, Lüneburg

- 3 Hier übernimmt Sommer die für die Salonführung von Germaine de Staël gebräuchliche Bezeichnung.

**Per Bolin: Between National and Academic Agendas, Stockholm: Södertörn University Press 2012, 354 S.**

„Between National and Academic Agendas“ von Per Bolin ist ein begrüßenswerter Beitrag zur Erforschung der ethnischen Verhältnisse im Baltikum sowie zur Universitätsgeschichte in Lettland während der Zwischenkriegszeit. Das Buch wurde nicht nur als Institutionsgeschichte geschrieben, sondern auch als Fallstudie, in der wichtige gesellschaftliche Fragen diskutiert werden. Es werden die Schwierigkeiten, v.a. ethnische Auseinandersetzungen, aufgezeigt, mit denen sich Administratoren und Lehrkräfte konfrontiert sahen. Zudem werden die Lösungsversuche der jungen Universität bei der Entschärfung der Probleme dargestellt. Hierin liegt die Stärke der Publikation, wenngleich als Schwachpunkte die Vernachlässigung ethnischer Zugehörigkeiten und der etwas enttäuschend ausfallende Vergleich mit Estland und Litauen zu nennen sind.

Bolins Projekt war ursprünglich als Doktorarbeit konzipiert, wie an der Strukturierung deutlich wird: Der Autor beginnt mit einer kurzen Zusammenfassung der neueren Literatur über den Nationalismus, die zwar präzise und detailgetreu abgehandelt wird, jedoch wenig neue Einsichten bietet. Danach geht Bolin über zu der Frage nach dem Mitwirken westeuropäischer Akademiker des 19. und 20. Jahrhunderts bei der Förderung nationalistischer Projekte, wobei sein Augenmerk auf die Archäologen und die Historiker fällt. Bolin hebt auch hervor, dass, obwohl der Rolle einzelner Personen bereits Aufmerksamkeit zu Teil

wurde, der weitere akademische Zusammenhang, in dem sie lebten und arbeiteten, größtenteils unerforscht blieb. Dies ist ein Defizit, zu dessen Beseitigung sein Werk beitragen soll.

Bei der ausführlichen Diskussion über die Funktion der Universitäten bei der Förderung (oder Hinderung) nationalistischer Zwecke legt Bolin den Schwerpunkt auf die Tätigkeit der Universitäten im Habsburgerreich und im Zarenreich. Bolin behauptet, dass im Untersuchungszeitraum die gesamte akademische Welt Europas paradoxerweise gleichzeitig nationale und internationale Ansichten vertrat. Zur selben Zeit, als in einigen Disziplinen nationale Agenden vorangetrieben wurden, wurden in anderen (v.a. in den Naturwissenschaften) zunehmend internationale Perspektiven eingenommen, nicht zuletzt bei der Zirkulation von Texten.

Dieser Widerspruch bildet den Kern des Buches, weil er das Hauptproblem der Akteure darstellt. Einzelne Professoren, Administratoren, Beamte und sogar Staatsmänner beschäftigten sich mit dem Problem, meist ohne eine wirkliche Lösung zu finden. Die Erfüllung nationaler Ziele, vor allem die Einführung von Lettisch als Sprache des Hochschulwesens, befand sich im Konflikt mit dem Ziel, eine prestigeträchtige, international anerkannte Universität zu schaffen. Bolins Einleitung endet mit einer gebündelten Zusammenfassung wirtschaftlicher und politischer Ereignisse in den Ostseeprovinzen im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert. Hier wird der Begriff des „ethnischen Umschwungs“ („ethnic reversal“) eingeführt, der die neue Machtdynamik zwischen ehemals untergeordneten Letten und herrschenden Deutschbalten beschreiben soll und in den Abschnitten, welche die ethnischen Beziehungen zum Gegenstand haben, als Leitbegriff dient.

Nachdem Bolin die Rahmenbedingungen seines Werkes skizziert hat, schreibt er den historischen Horizont vor, vor dem sein Narrativ stattfindet. Das erste Kapitel beginnt mit einer Beschreibung des Hochschulwesens im Zarenreich etwa 30 Jahre vor der Gründung der Republik Lettland. Hier wird auf jene Letten eingegangen, die sich ein akademisches Leben außerhalb der Ostseeprovinzen aufgebaut hatten. Die Anzahl der Letten war bemerkenswert im Vergleich zu anderen Nationalitäten, was im Übrigen auch auf die Deutschbalten zutrifft. Folgt man Bolin, hatten die Versuche St. Petersburgs, das Hochschulwesen im ganzen Zarenreich zu russifizieren, besonders unter Deutschbalten und Finnen die Wirkung, Akademiker von der Regierung zu entfremden. Diese Entwicklung bereitete der Gründung nationaler Universitäten den Weg.

Mit dem Fokus auf die tatsächliche Gründung und Tätigkeit der Universität Lettlands (Latvijas Universitāte) gerichtet, die anstelle des früheren Baltischen Polytechnikums in Riga etabliert wurde, erkennt Bolin für die Verwaltung der neuen Universität v.a. ein Problem, mit dem es sich auseinanderzusetzen galt: Es ist der fortwährende Mangel an qualifizierten Akademikern lettischer Herkunft, der in den ersten Jahren des Bestehens der Universität besonders deutlich wurde, bevor eine neue Generation von lettischen Gelehrten ausgebildet werden konnte. Der Universitätsrat, teilweise von Lehrkräften und teilweise von Beamten gebildet, versuchte so viele lettische Professoren wie möglich im Ausland zu kontaktieren, um ihnen, falls sie über eine gute Reputation verfügten, Stellen an der neuen Hochschule anzubieten. Trotz dieser Bemühungen konnten nicht alle Dozentenstellen besetzt werden, weshalb auf Dozenten anderer Nationalitäten zurückgegriffen werden musste. Dies führte gleich zum zweiten Problem: der Unmöglichkeit, den Unterricht in lettischer Sprache abzuhalten. Viele der neuen Lehrer waren nicht in der Lage, auf Lettisch zu unterricht-

ten, auch fehlten Lehrbücher und Terminologien in lettischer Sprache. Daher musste die Administration von Anfang an Kompromisse eingehen.

Bolin beschreibt ausführlich die Debatte innerhalb der Verwaltung über die Frage, wer eingestellt und in welcher Sprache unterrichtet werden durfte. Es gab zwei Fraktionen, die schon aus dem Titel des Buches ersichtlich sind. Die eine Fraktion, die „Nationalen“, stellte sich gegen die Einstellung nicht-lettischer Professoren (außer in Notfällen, von denen es bereits am Anfang etliche gab). Wenn Nicht-Letten eingestellt werden mussten, dann sollten Deutschbalten und Russen nachdringlich behandelt werden. Die andere Fraktion waren die ausschließlich akademisch Interessierten, die der Frage der Nationalität relativ gleichgültig gegenüberstanden. Ihnen ging es lediglich um die Fähigkeiten und den internationalen Ruf der Kandidaten.

Letztlich waren die Nationalen siegreich. Das belegt der allmähliche Wandel der Einstellungsentscheidungen: Jahr für Jahr wurden weniger Angehörige ethnischer Minderheiten eingestellt. Der Universität gelang es zwar nie, ausschließlich lettische Lehrkräfte zu gewinnen oder Vorlesungen komplett auf Lettisch abzuhalten, doch mit dem Nachrücken jüngerer Generationen von lettischen Akademikern nahm der Druck, Nicht-Letten einzustellen, ständig ab. Während der Zeit dieses Wandels (1920er Jahre) gingen die Verantwortlichen eine Reihe von Kompromissen ein, infolge derer nicht-lettische Lehrer entweder auf Deutsch oder Russisch lehren durften – in der Regel für eine begrenzte Zeit, in der sie die lettische Sprache erlernen mussten.

Die Frage der Sprachkenntnisse und der ethnischen Zugehörigkeiten wendet Bolin auch auf die Untersuchungsgruppe der Studentenschaft an. Er bemerkt einen verhältnismäßig kleinen Anteil von Studenten deutschbaltischer Herkunft, die sich lieber an Universitäten in Deutschland immatrikulierten, und den verhältnismäßig großen Anteil von Studenten jüdischer Nationalität. Die Universitätsverwaltung versuchte, dem mit strengen Sprachkenntnisvorgaben entgegenzuwirken, da ein *Numerus Clausus* politisch nicht durchsetzbar war und die meisten jüdischen Studenten über nur geringe Kenntnisse der lettischen Sprache verfügten. Bolin zufolge führte dies zu Streitigkeiten zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Studenten, gerade weil die meisten jüdischen Studenten Fakultäten angehörten, in denen Deutsch oder Russisch die eigentliche Lehrsprache war.

Das nächste, kurze Kapitel handelt von der akademischen Zeitschrift der Universität Lettlands. Da die Zeitschrift die Universität international vertreten sollte, erschienen nur wenige Artikel auf Lettisch, doch diese Tatsache wurde nicht unbedingt als problematisch angesehen. Was jedoch geändert werden sollte, war der Umstand, dass die Mehrzahl der Artikel auf Deutsch erschien, da das zu sehr an die frühere kulturelle Dominanz der Deutschbalten erinnerte. Obwohl die Mehrzahl der Professoren ihre Ausbildung in russischsprachigen Gebieten erworben hatte, wurde schließlich entschieden, dass wissenschaftliche Artikel nur auf Englisch, Französisch und – nur in der Ausnahme – auch auf Deutsch publiziert werden durften. Dies deutet auf eine klare Abwendung vom Russischen Reich und der späteren Sowjetunion hin.

Im siebten Kapitel geht es um die Entwicklung „nationaler“ Fächer, namentlich der Archäologie, Folklore, Volkskunde, Geschichte, lettischen Linguistik und lettischen Literatur. Hier bemerkt Bolin eine von Generation zu Generation zunehmende Nationalisierung. Als die Lehre der älteren Generation, die ihre Ausbildung noch im Zarenreich absolviert hatte, endete, wurden diese Fächer schließlich völlig „lettisiert“ („latvianized“).

Das letzte Kapitel handelt von der Entwicklung der „nationalen“ Fächer nach der Macht-ergreifung Kārlis Ulmanis' im Jahre 1934. Bolin skizziert die Veränderungen, die der neue, autoritäre Staat mit seiner Politik der Lettisierung („latviskosana“) in diesen Fächern bewirkte. Bolin behauptet, dass die neue Politik eine entscheidende Rolle für den Wandel der Geschichtsschreibung gespielt habe, wobei der gleiche Prozess im Fach Archäologie schon am Ende der 1920er Jahre begonnen habe.

Im Ganzen gesehen, stellt „Between National and Academic Agendas“ ein nützliches Werk dar, es ist erklärend und detailreich. Der Autor hat neue, unbekanntere Quellen verwendet, um die Problematik klar und informativ zu zeigen. Fehlerlos ist das Buch allerdings nicht. Bolin gelingt es leider nicht, ein häufiges Problem der älteren Literatur zu überwinden, bei der ethnische Identität als ein starres Konzept gehalten wird, trotz der Einbeziehung mehrerer biografischer Beispiele, die einem solchen Modell widersprechen. Jedem Kapitel ist ein Schlussteil beigelegt, welcher eine komparative Analyse mit ähnlichen Entwicklungen in Estland (Tartu) und Litauen (Vilnius) zum Gegenstand hat. Diese Abschnitte sind in der Regel unzureichend abgehandelt und liefern nur wenige Einsichten, besonders beim Vergleich mit Litauen, welches sich in ethnischer Hinsicht von Lettland stark unterschied. Trotz dieser Mängel werden sich die Leser, die sich für die ethnischen Verhältnisse im Baltikum interessieren, für dieses Buch begeistern können.

Adam Brode, Pittsburgh, PA

**Jörg Ganzenmüller: Russische Staatsgewalt und polnischer Adel. Elitenintegration und Staatsausbau im Westen des Zarenreiches (1772–1850), Köln u.a.: Böhlau 2013, 425 S.**

Die für den Druck überarbeitete Habilitationsschrift geht der Frage nach, wie die östlichen Territorien des ehemaligen Königreichs Polen nach den Teilungen Polens in das Russische Reich integriert wurden. Dabei geht es in der Untersuchung nicht um den polnischen Kernbereich, dessen Gebiet seit dem 19. Jahrhundert als Vasallenstaat Russlands charakterisiert werden kann, sondern um die mit den Teilungen Polens entstandenen „russischen Westgouvernements“ in Weißrussland und der Ukraine, die einen integralen Bestandteil des Zarenreiches darstellten und in denen der polnische Adel weithin einer russischsprachigen und orthodoxen Bauernbevölkerung gegenüberstand. Der Untersuchungszeitraum setzt mit der ersten Teilung Polens 1772 ein und endet 20 Jahre nach dem polnischen Aufstand von 1830, als die darauf reagierende russische Gesetzgebung zu einem Abschluss gekommen war. Ausgeblendet bleiben damit die „Maßnahmen der zarischen Regierung nach dem Januaraufstand von 1863/64“, die, wie der Autor hervorhebt, „zu Recht als Russifizierungspolitik bezeichnet“ werden (S. 17) und eine eigene Interpretation verlangen. Minutiös wird in der Arbeit der allmähliche Übergang von einer indirekten Herrschaft durch den polnischen Adel als heimischer Elite zu einer direkten Herrschaftswahrnehmung durch das Imperium aufgezeigt und in den Rahmen einer fortschreitenden herrschaftlichen Durchdringung des Russischen Reiches durch die Zentralmacht gestellt.

Das Problem gewinnt für den Untersuchungsraum insofern an Brisanz, als hier von der graduellen Inkorporation ins Zarenreich eine historische Region betroffen war, die als Teil der vormaligen Adelsrepublik in besonderer Weise eine ständische Tradition entwickelt hatte. Die zarische Regierung stand vor der Herausforderung, „ein Kernland des ständischen

Ostmitteleuropas in ein autokratisch verfasstes Imperium zu integrieren“ (S. 10). Der Erfolg dieses Unterfangens hing wesentlich davon ab, inwieweit es der russischen Staatsmacht gelingen sollte, den polnischen Provinzadel zur Kooperation zu bewegen. Eine solche Kooperation war freilich nicht als wechselseitiges Geben und Nehmen zu verstehen, bei dem die überkommene politische und kulturelle Eigenheit des polnischen Adels respektiert worden wäre, sondern als ein Prozess, der von der Staatsmacht bestimmt wurde und der längerfristig – der russischen Reichstradition entsprechend – zu einer Einebnung der Unterschiede führen sollte.

Wie Ganzenmüller hervorhebt, folgt die Untersuchung bewusst nicht den nationalen Narrativen einer Konfliktgeschichte, welche die „spätere Russifizierungspolitik“ in „anachronistischer Weise auf das 18. und beginnende 19. Jahrhundert“ übertragen. Ebenso wenig will der Autor dem „teleologischen Geschichtsbild“ des polnischen Volkes als einer „Nation ohne Staat“ folgen, sondern ausdrücklich auch alternative Entwicklungen im Blick behalten (S. 22 f.).

Verhandlungspartner der russischen Politik war nach den Teilungen Polens – ebenso wie zuvor bei der Annexion der östlichen Ukraine oder des Baltikums – allein der Adel als indigene Elite. „Die nichtadlige Bevölkerung, die Stadtbürger und die litauischen, weißrussischen und ukrainischen Bauern spielten dagegen als Ansprechpartner russischer Integrationspolitik kaum eine Rolle“ (S. 24). In der Untersuchung wird somit nach der sozialen Integration allein des polnischen Adels der Westgouvernements gefragt, verstanden als Teil der Bevölkerung im russländischen Vielvölkerreich. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie sich die adlige Selbstverwaltung trotz einer zunehmenden Anpassung an die Etablierung staatlicher Herrschaft im Raum behaupten konnte.

Wie gezeigt werden kann, etablierte sich das russische Imperium aufgrund seiner strukturellen Schwäche in den annektierten Gebieten nur schrittweise. Dabei wurde ein innerer Widerspruch sichtbar: Indem die vormodernen Strukturen des Zarenreiches an die Herausforderungen der Zeit angepasst wurden, entzog man zugleich der traditionellen russischen Integrationspolitik die Grundlage; die Integration des polnischen Adels und der russische Staatsausbau gerieten in einen Gegensatz. Längerfristig wurde der polnische Adel, der Kleinadel ebenso wie die Magnaten, in Opposition zum russischen Staat gedrängt – eine Situation, die leicht national aufzuladen war, ohne dass die Staatsmacht nun meinte, nachgeben zu müssen. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts schließlich gab es für das Imperium keinerlei pragmatischen Grund mehr, die bisherige Form der Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten. Die Politik des Zarenreichs war nicht mehr an einem Interessenausgleich mit dem polnischen Adel interessiert, der nun nur noch als agrarsoziale Funktionselite wahrgenommen wurde.

Dabei stellt sich die Frage, warum das Zarenreich in den Westgouvernements mit der früheren Integrationspolitik zu einer Zeit brach, in der die lokale Herrschaft in den Ostseeprovinzen und in Finnland nach wie vor den regionalen Adelskorporationen überlassen blieb (S. 371 ff.). Der Verfasser führt dies einerseits darauf zurück, dass es in den Ostseeprovinzen – anders als in Polen – zu keiner Unterwerfung der Ritterschaften gekommen war, sondern zu einer Inkorporation auf Vertragsbasis, wenn auch unter ungleichen Vertragspartnern. Zudem war zur Zeit der Teilungen Polens unter Katharina II. der russische Staatsausbau weiter fortgeschritten als zur Zeit des Nordischen Krieges, als das Baltikum an Russland fiel. Während die polnischen Landtage in den russischen Westgouvernements längst in russische Adelsversammlungen umgewandelt wurden, blieb die Stellung der überkommenen

Landtage des Adels in den Ostseeprovinzen noch für Jahrzehnte unangetastet. Vor allem aber war im Baltikum beim deutschbaltischen Adel bereits vor dem Herrschaftswechsel die Bereitschaft erkennbar gewesen, die russische Herrschaft zu akzeptieren: „Darauf konnte die zarische Regierung aufbauen“ (S. 375).

Gerade in einem solchen Vergleich zwischen verschiedenen Regionen des Zarenreichs liegt die Stärke der Arbeit, auch wenn damit auf die einleitende Frage, „wie das Russische Reich in Europa funktionierte“, keine erschöpfende Antwort gegeben wird. Mögen weitere, ähnliche Fallstudien folgen.

Manfred von Boetticher, Hannover

**Mari Tarvas (Hrsg.): Bibliothekskataloge der Tallinner Literaten des 18. Jahrhunderts. Quellenedition aufgrund überlieferter Nachlassverzeichnisse, Würzburg: Verlag Königshausen und Neumann 2014, 253 S.**

Nachlassverzeichnisse und Testamente sind seit Langem als wichtige Quellen für kulturgeschichtliche Forschungen anerkannt. Aus ihnen ist viel über die Alltagskultur der Gebildeten, durchaus aber auch der Kaufleute und Handwerker und anderer sozialer Schichten zu ersehen. Nachlassverzeichnisse und Testamente enthalten seit der Zeit des Humanismus oftmals von privaten Sammlern zusammengetragene Listen von Handschriften und Büchern. Die Beachtung dieser Listen nicht nur als Teil eines für wirtschaftliche Zwecke notwendigen Verzeichnisses, also der pekuniären Schätzung, des Hab und Gut eines Menschen, führt zur Bewertung derselben als historische Quelle. Sie sind als eine „via regia zur Erforschung der Sozialgeschichte des Lesens, der Lesegewohnheiten in zeitlicher, sozialer und regionaler Auffächerung“ (S. 9) zu bewerten, wie die Bearbeiterin des hier anzugehenden Werkes, Mari Tarvas, die Worte Reinhard Wittmanns zitiert (Bücherkataloge 1985, S. 13). Sie geben aber auch allgemein Auskunft zu dem Wissensstand und zu den verschiedenen Aspekten von Kultur. Dies gilt auch für die baltische Region und ganz besonders für Tallinn/Reval.

In der Einführung nennt Mari Tarvas die entscheidenden Veröffentlichungen: Raimo Pullat hat sich mit seinen zahlreichen Editionen solcher Verzeichnisse und mit deren Erforschung im heutigen Estland sicher die größten Verdienste erworben. Trotzdem ist festzustellen, dass diese Quellengattung noch längst nicht in allen Teilen zeitlich und geografisch erfasst und forschungsmäßig ausgeschöpft ist. Allen Fachleuten ist bewusst, dass immer wieder neue ähnliche Quellen auftauchen bzw. Regionen in den Blick genommen werden können, aus denen bislang nur wenige oder noch gar keine Verzeichnisse bekannt sind, wie Tarvas in einem „Ausblick“ anführt (S. 29).

Das hier vorzustellende Werk weist drei Abschnitte auf: die Einleitung mit einem analytischen Teil (S. 7-31), die Bücherkataloge selbst, also den editorischen Teil (S. 33-222) sowie ein drittes Kapitel, welches das Register der Autoren enthält, die in den Bücherverzeichnissen vorkommen.

Den analytischen Teil gliedert die Bearbeiterin in elf Abschnitte. Es geht dabei um die „Nachlassverzeichnisse als Quelle“ (S. 7-10), um die „Bibliotheksinhaber und die allgemeine Charakteristik der Bestände“ (S. 11-13), die „Struktur der Nachlassverzeichnisse“ (S. 14-17), den „Umfang der Buchbestände“ (S. 18 f.), die „Verteilung der Bücher nach

Sprachen“ (S. 19-21), die „thematische Verteilung“ (S. 21-25), die „historischen Dimensionen“ (S. 26 f.) sowie um die „Autoren, deren Werke am meisten vertreten sind“ (S. 27 f.) und um die „Editionsprinzipien und Quellen des Index und der Ergänzungen“ (S. 29 f.). Vor den Abschnitt „Editionsprinzipien“ mit eher praktischen Hinweisen setzt Tarvas den kurzen, prägnanten, eben schon genannten „Ausblick“.

Tarvas knüpft ausdrücklich an die Veröffentlichungen von Pullat an, der sich seit Mitte der 1990er Jahre mit Nachlassverzeichnissen und Bibliotheken in Tallinn/Reval beschäftigt, die sich in großer Dichte im dortigen Stadtarchiv erhalten haben (vgl. die Liste der Veröffentlichungen von 1997 bis 2009, S. 7). Mit Schwerpunkt auf dem 18. Jahrhundert, ist der zeitliche Rahmen der Betrachtung im vorliegenden Buch ähnlich wie der bei Pullat, wenngleich Tarvas dezidiert nur die Bücherverzeichnisse in den Nachlassverzeichnissen ediert und analysiert, die bislang von Pullat noch nicht einbezogen worden sind. Ihr Blick fällt auf „die Literaten“ bzw. – wie sie selbst schreibt – die „Gebildeten“ (S. 7), die – soweit sie nicht den Ritterschaften angehörten – als Angehörige akademischer Berufe im Baltikum im 18. und 19. Jahrhundert gleichsam einen sozialen Stand bildeten.

Im Brennpunkt des Interesses stehen zentrale Anliegen der Forschung: Welche Bücher haben die Leser vor 200 bis 300 Jahren besessen und rezipiert? Wo kann man diese Bücher heute in Bibliotheken nachweisen? Existieren die alten, nur schwer ermittelbaren und bislang selten vorgefundenen Besitzvermerke, die eine Zuordnung zum entsprechenden Bücherverzeichnis ermöglichen? Wer waren die Eigentümer der Bibliotheken? Es konnte festgestellt werden, dass es sich hier meist um Schullehrer, um Juristen und höhere städtische Beamte handelte. Da Tarvas das gesamte 18. Jahrhundert als Untersuchungszeitraum zu Grunde legt, war es ihr möglich, die Hauptentstehungszeit der Bücherlisten auf die Zeit von 1770 bis 1790 zu datieren. Eine mögliche Erklärung für diese Ballung sieht Tarvas im Großen Nordischen Krieg, in dessen Folge es erst zu einer allmählichen Erholung auch der kulturellen Gewohnheiten der Menschen bedurfte, die zwei, drei Generationen erforderte.

In den hier vorgelegten 28 Bücherlisten konnte die Bearbeiterin insgesamt 4000 Titel finden. Viele Nachlassbesitzer besaßen nur ein Exemplar der Bibel, ein Gesangbuch und wenige Bände geistlicher Erbauungsliteratur. Durchschnittlich enthielten die Bibliotheken jeweils 20 bis 50 Titel. Bei den hier im Zentrum des Interesses stehenden Literaten waren immerhin 100 bis 150 Bände üblich. Privatbibliotheken mit 200 bis 300 Bänden galten auch noch im 18. Jahrhundert als groß. An der Spitze der großen Sammlungen steht die von Justus Johannes Riesenkampff (1772) mit 800 Titeln. „Diese Bibliothek ist nach den Tallinner Maßstäben des 18. Jahrhunderts geradezu riesig“, beschreibt Tarvas den Umfang dieses Nachlasses (S. 19).

Ausgehend davon, dass die Buchbestände immer kulturelle Beziehungen widerspiegeln, also Einblicke in den Kulturtransfer der damaligen Zeit ermöglichen, beschäftigt sich Tarvas v.a. mit der Frage, in welchen Sprachen die Bücher geschrieben wurden und welchen prozentualen Anteil die einzelnen Sprachen hatten. Im Ergebnis überwogen die Werke in lateinischer und vor allem in deutscher Sprache. Nur wenige waren in schwedischer und russischer Sprache verfasst; sehr gering war auch die Zahl der estnisch- oder lettischsprachigen Veröffentlichungen, bei ihnen handelte es sich vor allem um religiöse Themen und Frömmigkeitsgeschichte. Diese Beobachtungen lassen laut Tarvas die Schlussfolgerung zu, dass sich die baltischen „Intellektuellen“ in dieser Zeit vor allem an Mitteleuropa, insbesondere an Deutschland, orientierten; kaum dagegen an Russland, zu dem sie ja machtpolitisch

gehörten. An den aufgefundenen Schulbüchern kann Tarvas darüber hinaus belegen, dass es sich um die gleichen handelte wie in anderen ehemaligen Hansestädten rings um die Ostsee. Mit dem Schwerpunkt in Norddeutschland zeigt sich die besondere Verbundenheit Revels mit dieser Region. Dass in diesen privaten Bibliotheken des 18. Jahrhunderts Autoren fehlen, die wir für diese Zeit als wichtig einschätzen, erstaunt. Angemerkt sei in diesem Kontext, dass Tarvas zu den fehlenden Autoren auch Johann Gottfried Herder hinzurechnet, der freilich als „Gottlieb“ und ungewöhnlicherweise mit seinem erst spät erworbenen und für ihn persönlich nicht relevanten Adelsprädikat „von“ erscheint (S. 23).

Im zweiten Teil der vorliegenden Veröffentlichung werden die edierten Bücherlisten vorgestellt. Soweit ermittelbar, führt Tarvas jede Liste mit einer kleinen Biografie des Nachlassers ein. Behutsam sind Ergänzungen und leichte Normierungen der Eigennamen vollzogen worden. Im anschließenden, hilfreichen Index erscheinen die Namen selbstverständlich in diesen normierten Formen. Wünschenswert wäre an dieser Stelle ein zusammenhängendes Verzeichnis der genutzten Literatur gewesen.

Die Veröffentlichung von Mari Tarvas ist nicht nur wegen des stringent ausgeführten ersten Analyseteils ein wegweisender Baustein für die Erforschung der Kulturgeschichte des 18. Jahrhunderts in Tallinn/Reval und im Baltikum überhaupt, bei der insbesondere auch Fragen des Buchwesens, der Bibliotheksgeschichte und des Kulturtransfers allgemein angesprochen werden.

Dorothee M. Goeze, Marburg

**Mārtiņš Kaprāns, Olga Procevska u.a.: Padomju deportāciju pieminēšana Latvijā. Atmiņu politika un publiskā telpa [Das Gedenken an die sowjetischen Deportationen in Lettland. Erinnerungspolitik und öffentlicher Raum], Rīga: Mansards 2012, 191 S.**

Die Erinnerung an die Deportationen der Stalinzeit, die zwischen 1940 und 1953 stattfanden und denen mehr als 40000 Einwohner Lettlands zum Opfer fielen, ist in der lettischen Gesellschaft sehr präsent. Schon seit dem Beginn der Unabhängigkeitsbewegung im Jahr 1987, der so genannten dritten *Atmoda*, mobilisierten die Demonstrationen zum Gedenken an diese Ereignisse große Menschenmengen. Mit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Lettlands im Jahr 1991 sind sie zum zentralen Punkt des sozialen Gedächtnisses Lettlands geworden.<sup>1</sup> In einer 2012 im Rahmen des staatlichen Forschungsprogramms „Nacionālā identitāte“ der Republik Lettland entstandenen Monografie der Kommunikations- und Sozialwissenschaftler Mārtiņš Kaprāns, Olga Procevska, Laura Uzule und Andris Saulītis wird nun erstmals genauer untersucht, wie sich das Gedenken an die sowjetischen Massendeportationen in Lettland in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat und welche Rolle diese Thematik in der lettischen Öffentlichkeit spielt.

Das Buch ist in elf Kapitel gegliedert, in denen mehrere Faktoren behandelt werden, die „im Alltag zur Herausbildung von Ansichten hinsichtlich der Deportationen beitragen“ (S. 13). Wie die Autoren im ersten Kapitel erläutern, stützen sie sich bei ihrer Untersuchung

<sup>1</sup> Vgl. Rebekka Blume: Das lettische Okkupationsmuseum. Das Geschichtsbild des Museums im Kontext der Diskussionen über die Okkupationszeit in der lettischen Öffentlichkeit, in: Forschungsstelle Osteuropa Bremen. Arbeitspapiere und Materialien (2007), Nr. 83, S. 28 f.

in erster Linie auf die Auswertung von Zeitungsartikeln, von Interviews, die sie mit Vertretern der Opferverbände sowie mit Historikern und Künstlern geführt haben, von Reden, die lettische Politiker an Gedenktagen gehalten haben, und von lettischen Schullehrbüchern. Das zweite Kapitel ist jenen Organisationen gewidmet, die sich in Lettland mit der Bewahrung und Vermittlung der Geschichte der sowjetischen Massendeportationen beschäftigen. Hierunter verstehen die Autoren u.a. das Lettische Okkupationsmuseum sowie den „Fonds Sibīrijas bērni“ (Stiftung Kinder Sibiriens), eine Stiftung, die sich zum Ziel gesetzt hat, an das Schicksal nach Sibirien deportierter oder in der Verbannung aufgewachsener Kinder zu erinnern. Im dritten Kapitel folgt eine Analyse des Stellenwertes, den die Massendeportationen innerhalb der offiziellen Erinnerungspolitik Lettlands einnehmen. Die öffentliche Meinung Lettlands gegenüber den sowjetischen Repressionen wird im vierten Kapitel untersucht. Im Anschluss daran wird die Rolle der Massenmedien bei den Gedenktagen für die Opfer sowjetischer Repressionen näher beleuchtet. Im sechsten Kapitel wird sich der Frage gewidmet, wie die Thematik der sowjetischen Deportation in Kunst und Kultur Lettlands verarbeitet wird, wobei der Schwerpunkt auf der reichhaltigen lettischen Erinnerungsliteratur liegt.

Im siebten Kapitel wird die Rolle von Denkmälern und Gedenkstätten als „Bewahrer[n] des Gedenkens an die Opfer des kommunistischen Regimes“ zentral behandelt (S. 93). Auch nichtrealisierte Denkmäler und das geplante zentrale Denkmal für die Opfer der sowjetischen Okkupation, das auf dem Schützenplatz im Zentrum Rīgas, direkt neben dem Okkupationsmuseum, entstehen soll, werden hier in die Untersuchung einbezogen. Eng mit der Denkmalsthematik verbunden ist die Tätigkeit diverser Vereinigungen von Opfern der sowjetischen Repressionen, deren Entwicklung im achten Kapitel behandelt wird. Demnach wird die Tätigkeit jener Organisationen durch starke innere Spannungen und Konflikte zwischen den beiden größten Opferverbänden bestimmt, der „Rīgas Politiski reprēseto biedrība“ (Rigaer Gesellschaft der politisch Repressierten) und der „Latvijas Politiski reprēseto apvienība“ (Verband der politisch Repressierten Lettlands). Die Ursache dafür liegt, so die Autoren, in der starken Politisierung der Opferverbände, insbesondere der Nähe einzelner leitender Funktionäre zu nationalistischen und rechtspopulistischen Parteien. Die innerhalb der Opferverbände anzutreffenden starken nationalistischen Tendenzen führen letztlich dazu, dass Angehörige der nationalen Minderheiten Lettlands, in erster Linie Russen bzw. Russischsprachige, aus den Organisationen der Deportierten und deren Veranstaltungen verdrängt werden. Dadurch wird das Gedenken an die Opfer der sowjetischen Deportationen und Repressionen leider wieder verstärkt in den Bereich von ethnischen Spannungen innerhalb Lettlands gerückt.

Das neunte Kapitel behandelt die Rolle von Vertretern der verschiedenen christlichen Konfessionen sowie der jüdischen Gemeinschaft Lettlands bei der Bewahrung des Gedenkens an die Opfer der Massendeportationen. Anschließend gehen die Verfasser der Frage nach, wie die Geschichte der sowjetischen Massendeportationen in den Schulen Lettlands vermittelt wird.

Im abschließenden elften Kapitel geben die Autoren schließlich Anregungen dafür, wie mit konkreten Problemen der Erinnerungspolitik Lettlands – etwa der stark nachlassenden Beteiligung der Bevölkerung an Gedenktagen – umgegangen werden sollte, wobei die Verfasser eine Strategie zu entwickeln versuchen, wie auch in den folgenden zehn Jahren das Gedenken an die Opfer der sowjetischen Repressionen bewahrt werden könnte. Vor allem

plädieren sie für eine stärkere Integration der nationalen Minderheiten Lettlands und deren Organisationen in die Gedenkveranstaltungen und Bildungsprojekte. Nicht zuletzt soll in der lettischen Gesellschaft ein Bewusstsein dafür erzeugt werden, dass Angehörige aller ethnischen Gruppen Lettlands Opfer der sowjetischen Repressionen wurden.

Sämtliche Kapitel sind verhältnismäßig kurz und übersichtlich gehalten. Dies macht das Buch einerseits leicht lesbar und ermöglicht es dem Leser, schnell einen Überblick über die hier behandelte Problematik zu erhalten. Andererseits aber führt es dazu, dass viele Aspekte – z.B. das Lettische Okkupationsmuseum – nur kurz gestreift werden können. Die Autoren heben vor allem die Bedeutung und das Ansehen hervor, die das Okkupationsmuseum in Lettland habe, gehen aber kaum darauf ein, wie die Geschichte der sowjetischen Massendeportationen in der Ausstellung des Museums vermittelt wird. Eine genauere Betrachtung der Ausstellung könnte sowohl die bisherige Dauerausstellung des Okkupationsmuseums, welche noch bis Ende Oktober 2014 zu sehen war, als auch die derzeit im Aufbau befindliche neue Dauerausstellung mit einbeziehen.<sup>2</sup> Zudem wäre es hier wohl notwendig gewesen, zumindest kurz auf die vor allem in Nordamerika, Westeuropa und Australien lebenden Exillettin und deren Organisationen zu verweisen, da diese bei der Finanzierung des Museums nach wie vor eine wichtige Rolle spielen und das von ihnen vertretene Geschichtsbild sich in der Dauerausstellung des Okkupationsmuseums deutlich widerspiegelt.<sup>3</sup>

Besser gelungen sind jene Kapitel, in denen allein ein Aspekt der Untersuchung betrachtet, dieser aber dafür ausführlicher behandelt wird. So gelingt es den Autoren z.B. im dritten Kapitel, die Entwicklung der Erinnerungspolitik Lettlands seit Mitte der 1990er Jahre anschaulich zu beschreiben. Als besonders interessant erweist sich hier die Behandlung des Begriffes „Genozid“, welcher noch Ende der 1990er Jahre zum offiziellen Sprachgebrauch des lettischen Parlaments, der Saeima, in Bezug auf die sowjetischen Massendeportationen gehörte. Beispielsweise nahm die Saeima noch 1998 ohne große Debatten einen Gesetzesvorschlag an, infolge dessen der „Gedenktag für die Opfer des kommunistischen Terrors“ in „Gedenktag für die Opfer des kommunistischen Genozids“ umbenannt wurde (S. 44). In den letzten Jahren ist der Begriff „Genozid“ jedoch aus offiziellen Dokumenten und Reden verschwunden. Dies führen die Autoren sowohl auf außenpolitische Rücksichtnahmen und die Bestrebungen Lettlands, die Opfer der sowjetischen Massendeportationen in eine gesamteuropäische Erinnerung einzubinden, als auch auf neuere Forschungen und die von Experten erhobenen Einwände zurück. Dass die Autoren in diesem Kontext das Wirken der Historikerkommission Lettlands mit keinem Wort erwähnen, erstaunt allerdings,

- 2 Zur alten Dauerausstellung vgl. Blume, Okkupationsmuseum (wie Anm. 1), S. 5 f. u. S. 42-54. Zur neuen Dauerausstellung siehe u.a. Valters Nollendorfs: Die Zukunft der Vergangenheit. Das Okkupationsmuseum in Riga wird (endlich) umgebaut, in: *Baltische Briefe* 64 (2011), H. 10, S. 1-4; Ritvars Jansons: Jaunās ekspozīcijas aktīvie objekti būs apskatāmi jau šogad [Die aktiven Objekte der neuen Ausstellung werden bereits dieses Jahr zu besichtigen sein], in: *Okupācijas muzeja apkārtraksts* 33 (2012), S. 4 f.; ders.: Sargtorņa kājas sāksies Rīgas bruģī [Die Füße des Wachturms werden im Rigaer Pflaster beginnen], in: *Okupācijas muzeja apkārtraksts* 35 (2013), S. 8.
- 3 Vgl. Blume, Okkupationsmuseum (wie Anm. 1), S. 36 f., 40-44, 55 f.; Regina Fritz, Katrin Wetzel: Konkurrenz der Erinnerungen? Museale Darstellungen diktatorischer Erfahrungen in Lettland und Ungarn, in: Katrin Hammerstein u.a. (Hrsg.): *Aufarbeitung der Diktatur – Diktat der Aufarbeitung? Normierungsprozesse beim Umgang mit diktatorischer Vergangenheit*, Göttingen 2009, S. 233-247, hier S. 233-239.

wurde die Kommission doch 1998 ins Leben gerufen, um auf internationale Kritik an in Lettland vorherrschenden Geschichtsbildern zu reagieren und kritische Diskussionen im eigenen Land anzuregen. Zudem soll die Historikerkommission auch zur Schaffung neuen Lehrmaterials für die Schulen Lettlands beitragen.<sup>4</sup> Ob dies schon gelungen ist, wäre eine naheliegende Frage gewesen, auf welche die Autoren jedoch auch in dem eigentlich recht gelungenen Kapitel zu den sowjetischen Massendeportationen als Unterrichtsthema in den Schulen Lettlands nicht eingehen.

Wirklich alle Faktoren der im Zusammenhang mit der vorliegenden Monografie durchgeführten Untersuchung zum Gedenken an die sowjetischen Massendeportationen zu berücksichtigen, hätte wohl den Rahmen von 191 Seiten bei Weitem gesprengt. Etwas mehr Genauigkeit wäre an einigen Stellen dennoch wünschenswert gewesen. Der Wert der Monografie von Mārtiņš Kaprāns, Olga Procevska, Laura Uzule und Andris Saulītis besteht daher vor allem darin, einen ersten Überblick über ein noch kaum untersuchtes Themenfeld und wertvolle Hinweise für dessen weitere Erforschung zu liefern.

Ron Hellfritsch, Jena

- 4 Vgl. Walter M. Iber, Peter Ruggenthaler: Drei Besetzungen unter zwei Diktaturen. Eine vorläufige Bilanz der Forschungsarbeiten der internationalen Historikerkommissionen in Lettland, Litauen und Estland, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 15 (2007), S. 276-296; Eva Claritta Onken: The Politics of Finding Historical Truth: Reviewing Baltic History Commissions and Their Work, in: Journal of Baltic Studies 38 (2007), H. 1, S. 109-116; Darstellung der Historikerkommission Lettlands auf der Seite des lettischen Staatspräsidenten: [http://www.president.lv/pk/content/?cat\\_id=7](http://www.president.lv/pk/content/?cat_id=7) [letzter Zugriff: 07.07.2015].

**Małgorzata Pakier: The Construction of European Holocaust Memory. German and Polish Cinema after 1989, Frankfurt a.M.: Lang 2013, 192 S.**

Małgorzata Pakier's book uses the medium of contemporary film as a window onto broader debates on Holocaust memory in Poland and Germany. The book is built around three case-study chapters dedicated to Holocaust comedy, Holocaust melodrama and the portrayals of "ordinary people" in recent Polish and German cinematography. Attempting both to offer an in-depth analysis of selected post-1989 Polish and German productions devoted to the theme of the Holocaust and to paint a wider context in which these films were received, the author points towards a broader conclusion on the nature of the European memory of the Holocaust.

Opening with a chapter containing a theoretical discussion on European Holocaust memory, collective memory and the role of image in the representation of the Holocaust, the author begins the empirical part of the book with the genre of comedy, taking Agnieszka Holland's *Europa, Europa* (1990) and its reception in Poland and Germany as a case study. Pakier discusses here the implications of the use of humour in popular filmic representations of the Holocaust (referring also to the notable example of Benigni's *Life is Beautiful*), listing arguments both in favour and against it. Pointing to laughter as a self-defensive survival strategy of Holocaust victims and quoting some critics' opinion that the genre of comedy might offer audiences a way of demonstrating empathy with the victims and of manifesting shared moral values within a community, Pakier also remarks that Holocaust comedies have

met with severe criticism as escapist works, and have even been discarded as a form of Holocaust denial.

Apart from sketching a more philosophical debate on the permissibility of humour in the representations of genocide, Pakier devotes a lot of space to the discussion of the historical context portrayed in Holland's film. Her reading of the work elucidates not only crucial references to historical events within the plot, but also the role certain myths and stereotypes, such as that of Judeo-Communism, play in the national reception of the films. Quoting reviews of *Europa, Europa* in Poland and Germany, Pakier notes that while prevalently critical German audiences saw the film as unsophisticated and melodramatic, lacking the micro-scale narrative, Polish viewers enjoyed the broad brushes of Holland's "philosophical tale", judging the genre as appropriate for portraying the universal fate of man in the age of totalitarian regimes. Pakier interprets the diverging reception of *Europa, Europa* in the two countries as indicative of different mnemonic perspectives and "cultures of remembrance" in Poland and Germany.

The following chapter on melodrama concentrates on Max Faerberbox's *Aimée and Jaguar* (1999) and Jan Jakub Kolski's *Far Away from the Window* (2000), analysing both works through the lens of a common theme of everyday life and war-time drama enclosed in the private space of a home. Pakier gives an overview of film critiques in both countries and teases out aspects that require further contextualization, such as the myth of the Polish mother, or that of the German-Jewish symbiosis. In conclusion, the author states that while *Aimée and Jaguar* presents an "escape from history" and provides a symbolic closure of the past, *Far Away from the Window* pictures the "enslavement by history" and a past that continues to haunt (p. 102). Comparison of the two films, however, allows the author to introduce the recent Polish and German debates about anti-Semitism and philosemitism, identify the changing paradigms of Holocaust representation in the post-1945 cinematographic production in both countries, and reflect on the popular image of Jewish women in film.

Chapter four, entitled "Collective Portraits of Poles and Germans," is a comparative analysis of three films: Jan Łomnicki's *Just Beyond this Forest* (1991), Jan Jakub Kolski's *Burial of a Potato* (1990) and Didi Danquart's *Jewboy Levi* (1999). The works become a lens to look both at the genre of the *Heimatfilm* and at the historical discussion over the category of "ordinary" Holocaust gainers. The author situates the category of "ordinary people" within the wider historiographical shift which, originating in the 1990s with works like Daniel Goldhagen's *Hitler's Willing Executioners*, put "ordinary perpetrators" more into the focus of research. Although the Goldhagen debate resonated in Germany in a particular way, Pakier also points to similar developments in Poland, listing recent Polish research on the so-called blue police, collaboration and plunder of Jewish property. An interesting hypothesis she puts forward is that films like Łomnicki's *Just Beyond this Forest* and Kolski's *Burial of a Potato*, breaking with the rhetoric of Polish victimhood in the Second World War, should be seen as "precursory" to scholarly involvement with the topic of Polish complicity in the Holocaust, which gathered momentum in particular after the publication of Jan T. Gross' *Neighbors* in 2000 (p. 132).

In the concluding chapter of the book, Pakier seeks to map the way in which national memories of the Holocaust have been reformulated into "European" ones after 1989. But although she points to transnational developments, such as the rising popularity of oral

history, the focus on perpetrators and bystanders of the Holocaust and the growing interest in the experiences of “ordinary people,” it remains open whether a comparative analysis of the Polish and German case allows us to draw conclusions about a *European* paradigm of Holocaust memory. The German and Polish debates on the Holocaust might bear some semblance to each other and arguably have a leading role in shaping a wider, transnational culture of memory. However, any attempt to define a “European Holocaust memory” would have to factor in all the diverse historical experiences of the Second World War – both in the European countries spatially removed from the Holocaust sites, say Great Britain or Portugal, and in those Eastern European countries at the epicentre of the Holocaust, like Belarus, which still cherish the dominant narrative of the Second World War as a glorious victory and marginalize the Holocaust in the national memorial culture. Without taking into consideration these tensions, differing viewpoints and often incompatible narratives, we cannot speak of outlining any truly “European” paradigm of memory.

Another debatable issue is the question of proposing 1989 as a universal caesura for European collective memory processes. While the fall of Communism brought a shift in the memorial culture of some former Communist countries, like Poland, the year 1989 might have been less meaningful, for example, in the case of (West) Germany, where 1968 constituted a much more significant caesura for the processes of *Vergangenheitsbewältigung*; or for countries like Belarus and today’s Hungary where, even twenty-five years after the dissolution of the Soviet bloc, the significance of the Holocaust for the national memory is heavily contested.

Małgorzata Pakier’s claim that the year 1989 triggered a “democratization of the past” in Europe, turning the lens of historians on the stories of everyday life and ordinary people and overcoming “any particular national framework” (p. 153), likewise seems to be very optimistic in the face of the recent rise of nationalism and xenophobia in many European countries. Is Holocaust memory really an element of a shared European memory? And has the rise of what the author terms, leaning on Volkhard Knigge and Norbert Frei, a “negative memory”, i.e. the memory of the suffering we inflicted on the European “Others”, a truly Europe-wide phenomenon? And has this narrative of guilt really replaced the national discourses of historical innocence? Alone the turbulent and embittered discussions following the publications of Jan T. Gross’s *Neighbors* (2000), *Fear* (2006) and *Golden Harvest* (2012) in Poland suggest that the need for a positive collective identity and self-exculpating “patriotic memory” is not losing its prominence yet.

But although the conclusions of *The Construction of European Holocaust Memory* might not be equally applicable to the whole of Europe, the book offers a comprehensive and succinct comparative overview of the contemporary debates concerning Holocaust memory in Poland and Germany which, accompanied by its in-depth film case-studies, might successfully be used as a companion in academic courses on Holocaust studies. And although the analysis itself lacks a bit of the author’s own voice and her own positioning in the debates she is describing, the combination of the micro-scale analysis of selected films with the broad strokes she uses to explain the background debates on the past in Poland and Germany makes the book a valuable contribution to interdisciplinary Jewish studies.

Magdalena Waligorska, Bremen

**Christoph Dieckmann: Deutsche Besatzungspolitik in Litauen 1941–1944, 2 Bände, Göttingen: Wallstein Verlag 2011, 1652 S.**

Vermutlich ist das bekannteste Dokument zur Geschichte Litauens unter deutscher Besatzung der so genannte Jäger-Bericht, der durch eine minutiöse Auflistung der bis zum 1. Dezember 1941 in Litauen getöteten Juden das Ausmaß des Massenmordes eindrücklich vor Augen führt. In Litauen lebte eine große jüdische Minderheit, mit deren Verfolgung und Vernichtung sich die historische Literatur schon häufiger befasst hat. Auch in Christoph Dieckmanns Darstellung nimmt der Holocaust ein gutes Drittel ein. Eine zusammenfassende Gesamtdarstellung der deutschen Besatzung Litauens dagegen gab es bisher in deutscher Sprache nicht. Dieckmann hat beeindruckende Quellenforschung betrieben, neben litauischen, lettischen, russischen und deutschen Archiven wurden Gerichtsakten und persönliche Zeugnisse ausgewertet.

Dieckmann stellt den Aufbau seines Buches wie folgt vor: 1. Litauen bis zum Juni 1941 und deutsche Kriegsplanung, 2. „Deutsche Herrschaft und litauische Kooperation“, 3. Wirtschafts- und Mobilisierungspolitik, 4. Siedlungspolitik, 5. Massenverbrechen, dargestellt nach den verschiedenen Opfergruppen, 6. Widerstand, 7. das Ende der deutschen Besatzung Litauens 1944 (S. 41-43). In Bezug auf die Judenverfolgung setzt er eine Zäsur Ende Juli 1941 und beschreibt die Ereignisse in zwei verschiedenen Kapiteln.

Die Vorgeschichte zum Zweiten Weltkrieg in Litauen ist in den Grundzügen bekannt: Nach dem Ersten Weltkrieg entstand eine unabhängige Republik, deren Regierung 1926 autoritäre Züge annahm. Litauen verlor seine Unabhängigkeit infolge des Hitler-Stalin-Pakts, 1940 folgten sowjetische Besetzung und Terror. Dies ist zum Verständnis der Reaktionen in Litauen nach dem deutschen Einmarsch 1941 unabdinglich, besonders hinsichtlich einer Gewaltexplosion gegen Juden, die in einigen Landesteilen schon kurz nach dem 22. Juni 1941 einsetzte. Weder die Republik noch das autoritäre Smetona-Regime waren offiziell antisemitisch, aber von starkem Nationalismus geprägt, und es bildete sich eine radikale antisemitische Rechtsbewegung, die zunehmend Kontakte nach Berlin unterhielt. Der litauische Nationalismus war für Juden nicht attraktiv, obzwar sie sich loyal zur Republik verhielten; es existierten allerdings auch linksorientierte jüdische Kreise. Nach der sowjetischen Besetzungszeit wurde Juden, dem Stereotyp des „jüdischen Bolschewismus“ folgend, Unterstützung der Sowjets und Verrat vorgeworfen. Dieckmann diskutiert dieses immer noch brisante Thema anhand der Forschungsergebnisse junger litauischer Historiker. Demzufolge gab es keine Dominanz von Juden in kommunistischen Organisationen, allerdings am Anfang eine überproportionale Beteiligung (S. 171), bis dies von Moskau korrigiert wurde. Dieckmann erklärt den Gewaltausbruch 1941 mit dem Zusammenwirken der politischen Entwicklungen in der Republikzeit und den Erfahrungen unter sowjetischer Herrschaft, ist aber der Meinung, dass es ohne deutsches Einwirken nicht zu der „extremen antisemitischen Gewalt“ hätte kommen können (S. 177).

Auch die deutsche Kriegsplanung mit den Komponenten Vernichtungskrieg, Lebensraumvision und Blitzkriegstrategie und deren Scheitern ist bekannt. Dieckmann weist mit Nachdruck darauf hin, dass die deutsche Kriegsführung die extreme Ausbeutung besetzter Gebiete (wie Litauen) im Hinblick auf Nahrungsmittel und Arbeitskräfte bedingte. Zugleich vertritt er, unter Bezug auf die Arbeiten von Christian Gerlach, die These vom „Hungerplan“, der zufolge Millionen sowjetischer Zivilisten dem Hungertod preisgegeben werden

sollten, um so die deutsche Kriegsführung zu erleichtern. Allerdings wurden diese Planungen von der Wehrmacht nicht realisiert, weshalb sie von anderen Historikern als nicht so wichtig eingestuft werden.

In der deutschsprachigen Literatur sind die litauischen nationalstaatlichen Bestrebungen weniger gut bekannt. Litauen versuchte, das Machtvakuum bei Kriegsbeginn durch die Proklamierung einer Provisorischen Regierung im Juni 1941 auszunutzen. Dies entsprach den deutschen Absichten in keiner Weise, schon im August wurde die Provisorische Regierung wieder aufgelöst und durch eine Kollaborationsregierung, bestehend aus neun Generalräten, ersetzt. Zahlreiche Schlüsselfiguren in der litauischen Verwaltung entstammten der extremen Rechtspartei, die schon früh Fühlung mit Berlin aufgenommen hatte.

In der Zivilverwaltung war auf deutscher Seite die oberste Instanz der Reichskommissar Ostland in Riga, in Litauen gab es einen Generalkommissar, dem Stadt- und Gebietskommissare unterstanden. Auf der litauischen Seite reichten die Instanzen hinunter bis auf die lokale Ebene. Es gab erheblich weniger deutsche als litauische Kräfte, das Verhältnis lag bei etwa 1:3 (S. 481). Dieckmann verwendet aber nicht den sonst häufiger benutzten Begriff „Aufsichtsverwaltung“, sondern er sieht eine „tief ineinander verwobene Mischung aus deutscher und litauischer Verwaltung“ (S. 485).

Des Weiteren wird die Struktur der deutschen und der ihr nachgeordneten litauischen Polizei beschrieben, die, wie auch sonst üblich, in Sicherheits- und Ordnungspolizei aufgliedert waren. Auf deutscher Seite kamen zur Bündelung und Koordination SS- und Polizeidienststellen hinzu. (Hier gibt es einen kleinen Fehler zu korrigieren: Die litauische Sicherheits- und Kriminalpolizei war nicht Teil der Schutzmannschaft des Einzeldienstes, S. 529.) Auch bei der Polizei gab es ein Mehrfaches an litauischen Kräften im Vergleich zu den deutschen. Aus Litauen gebildete „Schutzmannschaftsbataillone“ wurden auch außerhalb Litauens eingesetzt. Das Verhältnis zwischen Zivilverwaltung und SS/Polizei war kompliziert; Dieckmann vertritt hier entschieden die Meinung, dass nicht, wie immer wieder behauptet, die Zivilverwaltung schwach und die SS/Polizei der eigentliche Machtfaktor gewesen sei (S. 488, 1516, 1531). Wichtig sei die persönliche Zusammenarbeit und die Problemlösung durch direkte Kontakte gewesen. In der Frage nach der Motivation litauischer Polizisten dafür, einem Besatzungsregime zu dienen, argumentiert Dieckmann, dass die von anderen Forschern angeführten Gründe wie materielle Besserstellung, Gehorsam oder politische Rache nicht ausreichend seien. Allerdings konzediert er sogleich, dass sich diese Frage in Bezug auf die Mannschaften mangels Quellen kaum klären lasse. Für die höheren Chargen führt er „extremen Antisemitismus“ und „radikalnationalistische rechtsextreme Motive“ an. Die Quellenbasis dafür ist allerdings recht schmal (S. 526-529).

Das grundlegende Problem auf der Ebene der Zivilverwaltung ebenso wie bei SS und Polizei war, dass die Deutschen mangels eigener Kräfte auf die Kooperation der Litauer angewiesen waren. Sie waren jedoch aus politischen Gründen weder gewillt, den litauischen Wunsch nach Unabhängigkeit zu erfüllen, noch die sowjetischen Verstaatlichungen rückgängig zu machen und hatten deshalb Schwierigkeiten, den Litauern attraktive Angebote zu machen. Dieckmann sieht eine mögliche Kompensation in dem Zusammenhalt, der durch gemeinsame Teilnahme an Massenverbrechen geschaffen würde, und in wirtschaftlichen Vorteilen auf Kosten nicht-litauischer Gruppen (S. 510, 536 f., 1517). Während der erste Punkt zu diskutieren wäre, kann der zweite anhand der Wirtschaftspolitik und der Mobilisierung von Arbeitskräften demonstriert werden.

Es bestand ein allgemeiner Mangel an Arbeitskräften, der sich nach der Einsetzung von Fritz Sauckel als „Generalbevollmächtigtem für den Arbeitseinsatz“ im Jahr 1942 durch immer weitere Forderungen nach der Rekrutierung von Arbeitskräften für den „Reichseinsatz“ in Deutschland noch steigerte. In dieser problematischen Lage einigten sich deutsche und litauische Institutionen darauf, hauptsächlich Angehörige der polnischen und weißrussischen Minderheiten sowie russische Zwangsevakuierete heranzuziehen (S. 685, 690 f., 1520-1522). Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch der Hinweis Dieckmanns, dass die Deutschen die jüdische Ghettopolizei sowohl gegen Litauer als auch gegen Polen einsetzten (S. 712, 774). Auch bei der Verteilung von Lebensmitteln wandten die Deutschen rassistische Kriterien an: Juden, sowjetische Kriegsgefangene und russische Zwangsevakuierete standen an letzter Stelle. Nachdem die Aufstellung einer SS-Legion in Litauen im Unterschied zu Estland und Lettland gescheitert war, verschärfte sich die Gangart der Deutschen allerdings und es wurde weniger Rücksicht auf litauische Interessen genommen. Die litauische Seite, sei es die Kollaborationsregierung oder nicht-kommunistische Widerstandsgruppen, verlor nie die eigenen nationalstaatlichen Interessen aus den Augen, ebenso wenig – vor allem gegen Kriegsende –, dass sie zwei Feinden gegenüberstand. Mit dem Ende der deutschen Besatzung begann die zweite sowjetische Okkupationszeit.

Schon unmittelbar nach Kriegsbeginn setzten massive Ausschreitungen gegen Juden ein, zum Teil handelten dabei litauische Aktivisten selbstständig. Rasch trafen jedoch Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei ein, die Pogrome und Massenerschießungen organisierten und hierfür spezielle deutsche und litauische Mordeinheiten bildeten. Besonders berücksichtigt wurde das „Rollkommando Hamann“. Dieckmann beschreibt die Massenverbrechen im Detail, in allen Phasen und für alle Regionen Litauens, bis hinunter auf die Ebene kleiner Orte. Er zieht dabei alle verfügbaren Quellen heran, von offiziellen Dokumenten bis zu persönlichen Zeugnissen. Während das Ausmaß der Mordaktionen unterschiedlich sein konnte – in Plunge etwa war bereits Mitte Juli 1941 kein Jude mehr am Leben (S. 854) – ist insgesamt zu beobachten, dass zuerst Männer getötet wurden, dann Frauen und Kinder. Kleine Orte und das flache Land wurden von jüdischer Bevölkerung „gesäubert“ und einige größere Ghettos gebildet. Diese wurden periodisch verkleinert, die Bewohner selektiert, deportiert und ermordet. Eine solche „Große Aktion“ im Oktober 1941 in Kaunas beschreibt Dieckmann sehr eindrücklich anhand von Augenzeugenberichten (S. 951-958). Ein bemerkenswertes Detail dieser ersten Phase ist, dass deutsche Polizisten selbstständig über vereinfachte Methoden des Massenmords wie den Einsatz von Dynamit nachdachten (S. 858 f.). Bis Mitte November wurden etwa 150 000 Juden ermordet, mit Jahresende trat eine „Aussetzung der Morde“ ein (S. 1009).

Eine Beschreibung des Beginns der Massenmorde 1941 führt zu der immer noch kontrovers diskutierten Frage nach der Entschlussbildung zum Holocaust. Dieckmann vertritt die Ansicht, dass eine Ermordung aller Juden während des Krieges zunächst nicht geplant gewesen sei, sondern nur die von Männern, um durch die Ausschaltung des möglichen Widerstands und der sowjetischen Führungsschicht die Blitzkriegstrategie zu erleichtern (S. 1509 f.). Dabei weist er – für den heutigen Leser ist dies nützlich – darauf hin, dass die Sicherheitspolizei aufgrund ihres antisemitischen Wahns die sowjetischen Juden wirklich für gefährlich hielt (S. 413). Dieckmann geht von mündlichen Befehlen Heydrichs an die Sicherheitspolizei aus, eine Angabe von Zielvorstellungen die zur Selbstermächtigung geführt habe (S. 395, 1512 f.). Weiter nimmt er an, dass eine Entscheidung zum Massen-

mord spätestens im Juli gefallen sei (S. 924); die Quellen belegen, dass Mitte August alle Juden in die Mordaktionen einbezogen wurden (S. 804). Was der Grund für die Wahl des Zeitpunkts war, bleibt vage. Dieckmann sieht eine „Euphorie“ des Sieges, wie sie von einigen Historikern als Motiv angeführt wird, als nicht gegeben an (S. 924 f.). Er vertritt auch die Meinung, dass der Völkermord ohne Befehl Hitlers nicht vorstellbar sei (S. 924, 1513).

Verschiedene Dokumente weisen darauf hin, dass die Sicherheitspolizei den Massenmord beschleunigen wollte. Schon der Kommandeur der Sicherheitspolizei Jäger drückte in seinem oben erwähnten Bericht sein Bedauern darüber aus, dass er nicht alle habe „umlegen“ können (S. 1014). Eine Auseinandersetzung zwischen dem Gebietskommissar Gewecke und dem Führer der mobilen Mordeinheit Hamann zeigt, dass die Sicherheitspolizei ihre mündlichen Tötungsbefehle ausführen wollte, der Vertreter der Zivilverwaltung aber auf seiner politischen Führungsrolle und den wirtschaftlichen Interessen bestand. Der Fall wurde schließlich auf oberster Ebene, zwischen Reichskommissar Lohse und HSSPF Prützmann, erörtert und endete mit einem Rückzieher der Sicherheitspolizei (S. 837-840). Auch die Frage, wie das den Juden geraubte Eigentum verwertet werden sollte, wurde zu Gunsten der Zivilverwaltung entschieden (S. 1034-1036); letztere war auch für die Organisation der Ghettos zuständig und strich den Gewinn aus jüdischer Zwangsarbeit ein. Dieckmann setzt ebenso wie andere Historiker die Bedeutung der Beteiligung von Einheimischen an der Beraubung von Juden sehr hoch an und sieht darin eine „Mitwirkung wesentlicher Teile der litauischen Gesellschaft an der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik“ (S. 1044). Hier wäre jedoch eine Differenzierung zwischen denjenigen angemessen, die gleich zu Beginn aus eigener Initiative ihre jüdischen Nachbarn ausplünderten, und anderen, die zu späterer Zeit auf öffentlichen Auktionen Gegenstände aus jüdischem Besitz kauften.

Das Leben in den Ghettos war geprägt von bedrückender Enge, Hunger und Zwangsarbeit, dazu kam die Unsicherheit, wie weit der Vernichtungswille der Deutschen ging. Dieckmann zitiert das Beispiel einer Frau, die sich aus einem Massengrab herausarbeiten konnte und ins Ghetto zurückkehrte, deren Berichten aber viele keinen Glauben schenkten (S. 979 f.). Dazu kamen Gesundheitsprobleme verschiedenster Art – das Verbot, Kinder zu gebären, stellte zum Beispiel das medizinische Personal vor schwierige ethische Fragen. Dieckmanns dichte Beschreibung enthält auch ungewöhnliche Vorkommnisse, so etwa die Rolle, die Jakob Gens spielte. Dieser war als Chef der jüdischen Polizei im Ghetto Vilnius gewillt, immer größere Teile der Ghettobevölkerung zu opfern, um einen anderen Teil zu retten. Bedenkenswert sind die divergierenden Meinungen verschiedener Chronisten des Ghettolebens hinsichtlich der Frage, ob und unter welchen Umständen musikalische Veranstaltungen im Ghetto angebracht seien (S. 1104 f.).

Im Frühjahr 1943 lebten noch 40 800 Juden in litauischen Ghettos. Dann ordnete Himmler in allen drei baltischen Generalbezirken die Umwandlung der Ghettos in Konzentrationslager an – gegen den Widerstand der Wehrmacht und der Zivilverwaltung, welche die kriegswirtschaftliche Produktion gefährdet sahen. Eine größere Anzahl von Menschen wurde in das KZ Vaivara in Estland zur Arbeit im Ölschieferabbau deportiert. Kaunas wurde das zentrale Konzentrationslager Litauens, die anderen Ghettos wurden als Nebenlager geführt. Mit dem deutschen Rückzug 1944 wurde zumindest ein Teil der jüdischen KZ-Insassen in andere Lager weiter im Westen gebracht. Dieckmann schätzt, dass von 200 000 Juden in Litauen 9 000 bis 10 000 überlebten (S. 1538).

Die zweitgrößte Opfergruppe waren sowjetische Kriegsgefangene, die in Litauen so wie andernorts unter deutscher Besatzung in Lagern verhungerten, obwohl zu dieser Zeit der Mangel an Arbeitskräften bereits deutlich wurde. Eine weitere Opfergruppe, über die relativ wenig publiziert ist, stellten russische Zwangsevakuierete dar, die im Verlauf des Rückzugs der deutschen Wehrmacht vom Landesinneren nach Westen gebracht wurden. Die Verfolgungsgeschichte von Roma in Litauen ist nur bruchstückhaft überliefert; hier war sich die deutsche Seite, ob Zivilverwaltung oder Kriminalpolizei, wie auch an anderen Orten unklar darüber, was mit „sesshaften“ oder „vagabundierenden“ Roma geschehen sollte. Dieckmann geht davon aus, dass 150 bis 200 von 1 000 Roma ermordet wurden (S. 1539). Als letzte Gruppe werden psychisch Kranke genannt; gegen Pläne zu deren Tötung bildete sich ein starker Konsens von Medizinern und Kirchenvertretern. Dieckmann sieht darin den Beweis, dass Widerspruch möglich war, und stellt die Frage, warum sich ein solcher Protest nicht auch für andere Gruppen erhob (S. 1399). Im Hinblick auf alle Opfergruppen stellt Dieckmann fest, dass Litauen in der „kurzen Zeit der deutschen Herrschaft zum Grab für über 400 000 Menschen“ wurde (S. 1541).

Dieses Buch war lange im Entstehen begriffen. Dass es schließlich erschien, wurde von der Fachwelt, die Rezensentin inbegriffen, erfreut zur Kenntnis genommen, da der Autor über großes Fachwissen sowie außergewöhnliche linguistische Kenntnisse verfügt und ein extensives Quellenstudium betrieben hat. Trotzdem sollte, gerade bei einem guten Buch, die Frage nach der erforderlichen Länge aufgeworfen werden. Die vorliegende Arbeit umfasst 1652 Seiten; Überlängen dieser Art sind gerade bei Büchern zum Thema Nationalsozialismus in den letzten Jahren immer wieder zu beobachten. Ist aber große Ausführlichkeit auch immer wissenschaftlicher Mehrwert?

Ruth Bettina Birn, Stuttgart

**Björn M. Felder, Paul J. Weindling (Hrsg.): *Baltic Eugenics. Bio-Politics, Race and Nation in Interwar Estonia, Latvia and Lithuania 1918–1940*, Amsterdam u.a.: Rodopi 2013, 335 S.**

Das Thema Eugenik im Baltikum vermittelt einen geeigneten Zugang zum Verständnis der Zwischenkriegszeit in den baltischen Ländern, weil sich in ihm verschiedene Bereiche überschneiden, die alle in hohem Maße für die Zeit charakteristisch und mit dem Begriff der Modernisierung verknüpft sind. Schon der Untertitel des Sammelbandes weist auf diese mehrdeutige Lesart und Interpretationsmöglichkeit hin, indem neben Eugenik auch „Rasse“ und „Nation“ als Schlüsselbegriffe der Epoche genannt werden. Darüber hinaus ist das Thema Eugenik im Baltikum nicht zuletzt auch deshalb lohnend, da sich das Baltikum an der Schnittstelle verschiedener eugenischer Lehren und Theorien befand. Während in Skandinavien und in schwächerem Maße auch in der Sowjetunion der soziale Aspekt im Vordergrund stand, bei dem vor allem das Gesundheits- und das Sozialsystem aufgegriffen wurde, waren die Einflüsse aus Deutschland sehr viel stärker rassistisch geprägt. Beide Richtungen waren im Baltikum vertreten, wie aus dem dritten Untertitel des Sammelbandes, aus dem Stichwort Biopolitik, hervorgeht. Auf Foucaults Arbeiten zurückgreifend, bezeichnet Biopolitik eine zentral gesteuerte staatliche Politik, in der eine biologisch-genetische Verbesserung der Gesamtbevölkerung angestrebt wird. Während neben anderen Rasse und Nation zentrale

Begriffe innerhalb des Diskurses über Eugenik sind, der in diesem Sammelband insbesondere mit Fokussierung auf einzelne Wissenschaftler behandelt wird, deutet der Begriff Biopolitik an, dass es nicht nur um theoretische Auseinandersetzungen geht, sondern auch um die Frage der praktischen Umsetzung. So entfaltet sich ein recht weites Themenfeld – räumlich bezogen auf die drei baltischen Staaten und ihre umliegenden Regionen: Sowjetunion, Deutschland und Schweden. Untergliedert ist der Sammelband in einen Abschnitt zu den baltischen Staaten mit zwei Aufsätzen zu Estland, drei Beiträgen zu Lettland und nur einem zu Litauen. Letzteres verweist sowohl auf die vergleichsweise geringere Bedeutung der Eugenik in Litauen als auch auf das hier noch bestehende Forschungsdesiderat. Im zweiten Abschnitt wird das Thema Eugenik im Baltikum in einem größeren geografischen Rahmen kontextualisiert.

Trotz der beträchtlichen Bedeutung des Themas für das Verständnis der Zwischenkriegszeit im Baltikum ist es verwunderlich, dass mit diesem Sammelband erstmalig Studien für diesen Zeitabschnitt gebündelt vorliegen. Die Gründe für das späte Interesse liegen zum einen darin, dass während der sowjetischen Periode eine Beschäftigung mit der Zwischenkriegszeit wenig populär war und die Eugenik insgesamt kein zentrales Thema darstellte. Zum anderen wird auch heute noch die Zwischenkriegszeit von der Geschichtswissenschaft weitestgehend vernachlässigt; wie Björn M. Felder treffend in der Einführung bemerkt, ist sie einem gewissen Schleier der Mystifizierung unterworfen. Auch werden problematische Aspekte – insbesondere der autoritären Regime – in den drei Staaten tendenziell eher verharmlost. Damit stellt die Zwischenkriegszeit einen kontrovers diskutierten Untersuchungszeitraum dar. Dies lässt sich auch in diesem Band belegen, in dem zwei Beiträge zur Eugenik in Lettland von Felder und Vladimirs Kuznecovs gegensätzliche Standpunkte aufweisen. Dass in diesem Band ein solcher Widerspruch offen dargelegt wird, ist der Publikation anzurechnen und ist als Plädoyer dafür zu deuten, dass weitere Forschungen und Diskussionen zum Thema wünschenswert wären. Darüber hinaus werden in zahlreichen Beiträgen gängige Narrative aufgehoben, u.a. dass die sowjetische Herrschaftsübernahme zu einem Ende eugenischer Konzepte und Politik geführt habe.

Hingegen fördert die thematische Offenheit gewisse Schwachpunkte des Sammelbandes zu Tage. Der Begriff Eugenik selbst wird beispielsweise erst im letzten Kapitel im Beitrag von Volker Roelcke und hier auch nur in Bezug auf seinen Aufsatz definiert. Sein Beitrag führt darüber hinaus instruktiv vor Augen, wie sehr zwar einerseits Deutschland das Zentrum eugenischen Denkens war, wie sehr aber andererseits auch über persönliche Netzwerke eugenische Ideen ihren Weg in andere Länder, etwa in die USA fanden. Eine ähnliche Funktion der Kontextualisierung erfüllt der Beitrag des Mitherausgebers Paul J. Weindling, der den weiteren geistesgeschichtlichen Rahmen der Eugenik zu ihrer spezifischen Ausformung im Baltikum in Beziehung setzt. Am weitesten vom eigentlichen Thema entfernt ist sicherlich der (gleichwohl lesenswerte) Aufsatz von Maciej Górny zu der Darstellung von nationalen Feindbildern in Ostmittel- und Mitteleuropa im und nach dem Ersten Weltkrieg. Geeigneter wäre an dieser Stelle jedoch eine Abhandlung zu Eugenik, eugenischer Praxis und ihren Verfechtern in Polen gewesen. Ähnliches ist zu dem Beitrag von Vsevolod Bashkuev zu sagen, dessen informative Darstellung über die Maßnahmen gegen Syphilis in Sibirien zwar ein geeignetes Beispiel für Modernisierungsversuche in der Sowjetunion auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik ist, doch waren diese aber eben nicht gegen soziale Unterschichten oder ethnische Minderheiten gerichtet, wie in anderen hier behandelten Bei-

spielen aufgezeigt wird, in denen einmal mehr die sowjetische Vorgehensweise im Bereich der Eugenik zur Anschauung kommt. Im Gegensatz dazu erschreckt die schwedische Politik, wo bis 1976 ein Sterilisationsgesetz Bestand hatte, und – wie Maija Runcis herausarbeitet – der überwältigende Teil der Opfer Frauen waren.

Was die Beiträge zu den baltischen Staaten selbst betrifft, so stellt die Sorge um die Vernichtung kleiner Nationen eine Art Leitmotiv innerhalb der Abhandlungen dar. Felder arbeitet überzeugend heraus, dass insbesondere der Diskurs über den „Rassewert“ der Esten, Letten und Litauer eine ebenso zentrale Rolle spielte, wenn hier der Beweis der Zugehörigkeit zur „Nordischen Rasse“ besonders angestrebt wurde. Für den baltischen Fall lässt sich das Verhältnis von sozialer und rassistischer Komponente in der Eugenik folgendermaßen generalisieren: Während die so genannte positive Eugenik vor allem das Ziel hatte, eine ethnisch reine „nordische Rasse“ von Esten, Letten oder Litauern zu erzeugen, verfolgte die so genannte negative Eugenik das Ziel, soziale Unterschichten an der Fortpflanzung zu hindern, wobei das typische Opfer von Sterilisationen sozial benachteiligt und weiblich war. Insgesamt sind für Estland in den Jahren 1937–1939 41 Fälle von Sterilisationen und für Lettland im Zeitraum 1938/39 63 Fälle belegbar. Während in Estland und Lettland also eugenische Gesetze unter den autoritären Regimen verabschiedet und Sterilisationen und Abtreibungen durchgeführt wurden, war die „eugenische Bewegung“ in Litauen deutlich schwächer. Hier bestand nur eine privat geführte Beratungsinitiative für Paare. Den Grund sehen Felder und Arūnas Germanivičius in der starken Position der Katholischen Kirche, gegen die auch ein grundsätzlich mit der Eugenik sympathisierender Antanas Smetona nicht eugenische Gesetze verabschieden können. Positiv hervorzuheben ist in diesem Abschnitt die Konzentration auf einzelne Akteure und ihre jeweiligen bildungsgeschichtlichen Hintergründe. Dabei werden vor allem die zentrale Rolle der Universität Jur'ev und (später) der einschlägigen Institutionen in München sowie des Kaiser-Wilhelm-Instituts in Berlin deutlich. Für Estland verweist Ken Kalling auf Hans Madisson, hinsichtlich Lettlands beschäftigt sich Björn M. Felder vor allem mit Jēkabs Prīmanis und für Litauen zeigen Felder und Germanivičius die Förderung eugenischen Denkens durch Juozas Blažys auf. Nur der Beitrag von Ineta Lipša zur gesellschaftlichen Akzeptanz von Verhütungsmitteln und Abtreibung in Lettland weitet den Fokus auf die moralischen Vorstellungen innerhalb der Öffentlichkeit aus. Ersichtlich wird, dass kurzzeitig erreichte Erfolge einer liberaleren Politik unter der Ulmanisherrschaft wieder rückgängig gemacht wurden.

Abschließend ist zu betonen, dass in dem Sammelband zweifelsohne ein zentrales Thema zum Verständnis der Zwischenkriegszeit aufgegriffen wurde und weiterhin kontroverse Aspekte berührt sowie Grundfakten zusammengetragen wurden. Wünschenswert wäre es aus Sicht des Rezensenten, die Zeit der deutschen Okkupation während des Zweiten Weltkrieges stärker mit einzubeziehen. Zwar wurden die Gewaltverbrechen, wie die Ermordung psychisch Kranker, von der deutschen Besatzungsverwaltung initiiert und waren daher von ebendieser zu verantworten, doch wäre es lohnenswert, mehr über die Tätigkeiten und Meinungen derjenigen baltischen Politiker zu erfahren, die sich bereits unter den autoritären Regimen für eugenische Konzepte einsetzten und unter der deutschen Besatzungsverwaltung die Möglichkeit erhielten, ihre Vorstellungen in die Tat umzusetzen. Dies wird bedauerlicherweise in den Aufsätzen von Kalling und Kuznecovs ausgespart, in denen das Ende eugenischer Wissenschaft unter sowjetischer Herrschaft als eine weitere Greuelthat der Sowjets dargestellt wird. Eine solche Ausweitung des Untersuchungszeitraums wäre vor allem

im Hinblick auf den Umgang mit den slawischen Minderheiten vor dem Hintergrund der Rekrutierung von Zwangsarbeitern interessant. Auch die Suche nach lettischen und finno-ugrischen Bevölkerungsteilen im Inneren der Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges und deren angestrebte Instrumentalisierung für eine großestnische oder großlettische Politik wären in diesem Zusammenhang ein wichtiges Thema, ist doch die deutsche Besatzungszeit als eine Art letztes Kapitel baltischer Eugenik zu verstehen, dessen genauere Untersuchung nachzutragen bleibt.

Tilman Plath, Greifswald

**Tilman Plath: Zwischen Schonung und Menschenjagden. Arbeitseinsatzpolitik in den baltischen Generalbezirken des Reichskommissariats Ostland 1941–1944, Essen: Klartext Verlag 2012, 502 S.**

Die baltischen Länder sind ein Beispiel dafür, wie unterschiedlich unfreiwillige Arbeit unter deutscher Besatzung im Osten Europas sein konnte: Die im öffentlichen Bewusstsein für Zwangsarbeit emblematisch gewordenen Deportationen von tausenden in Eisenbahnwaggons gepferchten Menschen kamen hier nur punktuell vor. Mit diesem Thema hat sich Tilman Plath im vorliegenden Buch beschäftigt und dafür die in Vilnius, Rīga und Tallinn befindlichen substantiellen Aktenbestände – besonders Hinterlassenschaften der deutschen Zivilverwaltung – ausgewertet.

Das Buch ist in zwei Teile gegliedert: Zuerst werden die verschiedenen Akteure in der Arbeitseinsatzpolitik vorgestellt (S. 41-228), dann Mittel und Folgen dieser Politik mit „Perspektive auf die Betroffenen“ beschrieben (S. 229-450). Obwohl die Akteure alle dasselbe Ziel verfolgten – nämlich das Potential der besetzten Gebiete für die Interessen der deutschen Okkupation zu nutzen –, vertraten sie doch auch unterschiedliche Positionen. Am wichtigsten war die Zivilverwaltung, ihr oblag sowohl Planung als auch praktische Durchführung von Arbeit im Rahmen einer gelenkten Wirtschaft. Aber schon intern bestanden verschiedenartige Interessen: Die Wirtschaftsabteilungen wollten die Gebiete maximal ausbeuten, die Politischen Abteilungen dagegen ihre Regierbarkeit gewährleisten. Plath konstatiert einen „Gegensatz von wirtschaftlicher Ausbeutung und politischem Nutzen“ (S. 79). Mit der Einsetzung von Fritz Sauckel als „Generalbevollmächtigtem für den Arbeitseinsatz“ 1942 kam ein weiterer Problemfaktor hinzu: Sauckel wollte die größtmögliche Menge von Arbeitskräften aus den besetzten Gebieten für den „Reichseinsatz“ herausholen, die Arbeitsbehörden im „Reichskommissariat Ostland“ (RKO) waren dagegen für das Funktionieren der eigenen Wirtschaft, darunter auch kriegswichtige Betriebe, verantwortlich. Eine wieder andere Komponente deutscher Politik waren rassenideologische Zielsetzungen, die einen Teil der Planungen für eine zukünftige Gestaltung Osteuropas und den Platz der baltischen Staaten darin bildeten. Dabei wurde der „rassische Wert“ der verschiedenen Bevölkerungen unterschiedlich eingeschätzt: Die Esten standen auf dem ersten Platz, dann folgten die Letten und die Litauer. Auch dies hatte Einfluss auf die Arbeitseinsatzpolitik. Plath weist auf das Ziel hin, eine „ethnisch einheitliche Bevölkerungsstruktur“ zu schaffen (S. 98), was durch Deportation zur Zwangsarbeit gefördert werden konnte (S. 93). Zukunftsplanungen fanden auf oberster Ebene in Berlin oder Rīga statt. Plath sieht einen Gegensatz zwischen oberen und unteren Ebenen und konstatiert, dass die unteren Verwaltungsbehörden zielorientierter

und pragmatischer waren (S. 99 f., 103 f.). Diese seien auch bereit gewesen, vom „deutschen ‚Herrenmenschengestus‘ abzurücken“ (S. 101). Letzterem wird man in dieser allgemeinen Form nicht zustimmen können; hier muss berücksichtigt werden, um welche Personen es sich jeweils handelte.

Die deutsche Verwaltung in den drei baltischen Staaten war als „Aufsichtsverwaltung“ (S. 183) konzipiert, der Unterbau bestand aus landeseigenen Verwaltungen, deren Exponenten in jedem „Generalkommissariat“ andere Bezeichnungen trugen. Für die Deutschen war die Kooperation mit der landeseigenen Verwaltung schon aus Mangel an eigenem Personal unerlässlich; dies verschaffte letzterer Handlungsspielräume, insbesondere zur Verringerung des „Reichseinsatzes“ in Deutschland (S. 224-228). Plath weist darauf hin, dass einheimische Beamte auf der unteren Ebene meist noch aus der Zeit der unabhängigen Republiken stammten (S. 225) und nimmt an, dass jene deshalb zu widerständigerem Verhalten neigten.

Ein weiterer Akteur war die Wehrmacht, die sowohl Interesse an der Produktion kriegswirtschaftlich notwendiger Güter und der Gestellung von Hilfstruppen („HiWis“ und „Panjefahrer“, S. 149) hatte, als auch einen Zugriff auf Arbeitskräfte in Gestalt von Kriegsgefangenen. Diese Verfügungsgewalt war allerdings beschnitten durch die „Planungshoheit der Arbeitsämter“ (S. 142 f.).

Schließlich sind SS und Polizeidienststellen zu nennen. Ihre Aufgabe war es, als Inhaber der Exekutivgewalt Arbeitsverpflichtungen zu erzwingen und die Lager zu betreiben, in denen Arbeitsverweigerer bestraft wurden, sowie Konzentrationslager, in denen Zwangsarbeit stattfand. Auch hier bestand eine Aufsichtsverwaltung, die zahlenmäßig größere Basis wurde aus landeseigenen Kräften gebildet. In den entsprechenden Kapiteln wird deutlich, dass der Autor die korrekte Terminologie nicht immer sicher beherrscht. „Polizeiorgane“ wird zum Teil synonym mit „Sicherheitspolizei“ verwendet, sogar mit „SS“, und die jeweiligen Zuständigkeiten werden nicht richtig definiert (Beispiele auf S. 123, 404, 422, 430).

In den Kapiteln zur faktischen Umsetzung der Arbeitseinsatzpolitik arbeitet Plath mit zwei Parametern. Er unterscheidet zwischen Bevölkerungsgruppen – Mehrheitsbevölkerung, slawischen Minderheiten, Juden, Roma und Sondergruppen – und beschreibt die Folgen für die Betroffenen jeweils chronologisch. Dabei ist zunächst der zunehmende Mangel an Arbeitskräften zu beobachten. Während es 1941 teilweise noch Arbeitslosigkeit gab, verschärfte sich die Mangellage spätestens 1942 durch wachsende Anforderungen von Arbeitskräften für die Kriegs- und sonstige Produktion und von Männern für die Waffen-SS, Schutzmannschaften und andere Einheiten. Parallel zu dem Mangel steigerten sich die Zwangsmaßnahmen bis 1943 zum Versuch der „totalen Erfassung“ (S. 290). Zugleich nahmen Ineffizienz und Kontrollverlust zu (S. 291). Eine zweite Entwicklungslinie betrifft die Stimmung der einheimischen Bevölkerung. Diese war 1941 verbreitet positiv, wurde jedoch 1942 aufgrund der deutschen Zwangsmaßnahmen und der schlechten Versorgungslage zunehmend negativ. 1943/44 zeitigte die Erkenntnis, dass die Deutschen den Krieg nicht gewinnen würden, zwei gegensätzliche Reaktionen: zum Teil weitere Verweigerung und Abwarten auf das Kriegsende, in anderen Regionen – angesichts der Gefahr einer zweiten sowjetischen Besetzung – erneute Bereitschaft zur Kooperation mit den Deutschen.

Die Auswirkungen der Arbeitseinsatzpolitik auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen waren sehr unterschiedlich: Die Mehrheitsbevölkerung blieb vom „Reichseinsatz“, also der Deportation zur Zwangsarbeit in Deutschland, verschont. Dagegen wurden slawische Minderheiten in Lettgallen und im Wilna-Gebiet als Zwangsarbeiter nach Deutschland geschafft.

Dazu kamen ab 1943/44 auch Russen, die im Zuge des deutschen Rückzugs zwangsevakuert worden waren. Auf Grund unterschiedlicher Intentionen kam es zu einem Zusammenwirken von deutschen und landeseigenen Institutionen mit dem Ziel, die Forderungen Sauckels abzuwehren und keine Arbeitskräfte außer Landes zu bringen. Eine Rechtfertigung hierfür bot die Bedeutung der „Organisation Todt“ und einiger Produktionsstätten im RKO sowie die Wichtigkeit der Werbung für spätere Aushebungen von SS-Divisionen in Estland und Lettland. Dazu kam eine rassistisch grundierte negative Einstellung sowohl der deutschen als auch der landeseigenen Behörden gegenüber slawischen Gruppen. (Man kennt diese Haltung von landeseigenen Behörden auch in anderen Bereichen, wie dem Umgang mit freigelassenen ukrainischen Kriegsgefangenen.) In Litauen scheiterte die Aufstellung von Waffen-SS-Einheiten, was die Vorurteile der deutschen Seite hinsichtlich einer Minderwertigkeit der Litauer weiter nährte und zu härteren Methoden der Arbeitseinsatzpolitik führte.

Wie schon häufiger dargestellt, geht die Vernichtungspolitik gegen Juden über den Rahmen der Arbeitseinsatzpolitik hinaus, da sie zwar zeitweise den Bedürfnissen des Arbeitseinsatzes folgte, der absolute Vernichtungswille aber immer im Hintergrund stand. Nach einer ersten Welle von Massenmorden im ganzen Baltikum durch die Sicherheitspolizei und ihre Helfer folgten in Lettland und Litauen Ghettoisierungsphasen, in denen die Zivilverwaltung Arbeit organisierte. 1943 kam der Befehl Himmlers, alle Ghettos aufzulösen und die Arbeitsfähigen in Konzentrationslager zu schaffen. Kriegswirtschaftlich gesehen, war hier das KZ Vaivara wichtig, das der Ölschiefergewinnung durch die „Baltöl“ in Estland diente. (Plath weist mehrfach auf die Wichtigkeit der Baltöl hin, so auf S. 167. Es verwundert deshalb, dass er deren Aktenhinterlassenschaften in Tallinn nicht konsultiert hat.) Auch bei der Verfolgungsgeschichte der Roma ist der Arbeitseinsatz nur ein Nebenaspekt. Plaths Kapitel über die Roma befindet sich allerdings nicht ganz auf der Höhe der Forschung.

Das Buch weist gewisse Schwächen im Umgang mit strukturellen Fragen auf, wobei oft der arbeitspolitische Aspekt überbetont wird. Das zeigt sich zum Beispiel in der Annahme, dass die Sicherheitspolizei aufgrund eigener wirtschaftlicher Interessen möglichst viele Arbeitskräfte in ihren Lagern habe konzentrieren wollen (Beispiele auf S. 113, 117 f., 123). Dies war nicht der Fall; die von der Sicherheitspolizei betriebenen Lager im Baltikum dienten vornehmlich als Repressionsinstrumente und nicht der wirtschaftlichen Produktion. Die Sicherheitspolizei errichtete überall in ihrem Einflussgebiet Lager, die denselben Zielen dienten, aber die verschiedensten Bezeichnungen trugen (in Lettland zum Beispiel „Ersatzgefängnis“). Die für Estland ab 1942 verwendete Bezeichnung „Arbeitserziehungslager“ (AEL) ist irreführend, weil diese Lager nicht den AEL im Reich entsprachen und der Begriff vom zuständigen Kommandeur der Sicherheitspolizei nur gewählt wurde, um sie dem Einfluss des SS-Wirtschafters/WVHA zu entziehen. Plath weist zwar am Ende eines Abschnitts (S. 122) auf diesen Umstand hin, bezieht ihn aber nicht in seine vorangehende Analyse ein. Ebenso zielten Partisanenaktionen auf die Bekämpfung von Partisanen und die Unterdrückung von Widerstand, auch wenn im Verlauf dieser Aktionen zunehmend die Zivilbevölkerung festgenommen und zur Zwangsarbeit deportiert wurde.

Trotz dieser Mängel stellt Plaths Arbeit einen interessanten neuen Beitrag zur Forschung dar, insbesondere aufgrund der erheblichen Quellenforschung, die der Autor betrieben hat.

Ruth Bettina Birn, Stuttgart

**Anna Moskal: Im Spannungsfeld von Region und Nation. Die Polonisierung der Stadt Posen nach 1918 und 1945, Wiesbaden: Harrassowitz 2013, XIV, 298 S.**

Als Alfred Döblin im Spätherbst 1924 Polen bereiste, steuerte er zunächst die Hauptstadt Warschau an. Dann besuchte er wie selbstverständlich auch fast alle anderen bedeutenden städtischen Zentren des neuen Staates, von Wilno über Lublin und Krakau bis nach Łódź. Nur im ehemals preußisch-deutschen Posen – jetzt Poznań – stieg er nicht aus dem Zug. Ob der gebürtige Stettiner Döblin diese Station bewusst mied, wissen wir nicht; vielleicht verortete er die erst seit Kurzem nicht mehr zum Deutschen Reich gehörige Stadt mental noch nicht in Polen und räumte ihr deshalb keinen Platz in seinem Reisebericht ein. Dies würde zu Anna Moskals Beobachtung passen, dass Posen in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg nicht sogleich als polnische Stadt wahrgenommen worden sei (S. 81). Nicht nur im Ausland, selbst innerhalb Polens habe sie um Anerkennung kämpfen müssen, weil sie wegen ihrer früheren Zugehörigkeit zu Preußen und der „anderen“ Mentalität ihrer Bewohner mitunter misstrauisch beäugt worden sei (S. 34-37).

Als Charakteristika dieser Mentalität – der in der Zweiten Polnischen Republik populäre Essayist Stanisław Wasylewski sprach von „angeborenen Vorzügen des großpolnischen Typus, die in den Grenzen des Posener Teilgebiets hervorgetreten“ seien – galten „Disziplin, Wirtschaftlichkeit, Pünktlichkeit und die Fähigkeit, im Team zu arbeiten“. Alles Dinge, durch die sich die Bewohner Galiziens und Kongresspolens eher nicht auszeichneten.<sup>1</sup> Gestützt auf eine Anzahl ähnlicher, teils noch in jüngster Zeit gefallener Äußerungen, die sowohl die Fremd- als auch die Selbstwahrnehmung der Posener wiedergeben, sieht auch Moskal die Existenz einer spezifischen Posener Mentalität als erwiesen an (S. 2, 28). Nicht vollends erhellen lässt sich dabei offenbar, welche Prägekraft die mit der zweiten Teilung Polens installierte preußische Herrschaft über die Region in dieser Hinsicht entfaltete.

Diese Besonderheit Posens war für die Autorin der vorliegenden, inzwischen schon mehrfach rezensierten Studie ein Anreiz,<sup>2</sup> diachron vergleichend die Polonisierung zu betrachten, die sich in der Stadt nach 1918 und nach 1945 vollzog. Moskal versteht darunter Prozesse, die sowohl „horizontal“ im Verhältnis verschiedener Bevölkerungsgruppen zueinander und im Umgang mit dem jeweiligen Kulturerbe in der Stadt abliefen, als auch „vertikal“ zwischen der Kommune und den ihr übergeordneten Verwaltungsebenen (S. 6). Die Schlusspunkte für ihre auf das jeweils erste Jahrzehnt nach den beiden Herrschaftswechseln von 1918/19 bzw. 1944/45 fokussierten Betrachtungen setzt sie bei der Allgemeinen Landesausstellung von 1929 bzw. bei dem in Posen zuerst ausgebrochenen Aufstand von 1956 an, so dass sie die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen zwar nur summarisch, aber ihrem Ansatz angemessen erfasst.

1 Stanisław Wasylewski: *Różnice dzielnicowe i Niemcy na ziemiach naszych* [Unterschiede zwischen den Teilgebieten und die Deutschen in unserem Land], in: Ders.: *Życie polskie w XIX wieku*, hrsg. von Janusz Tazbir, Warszawa 2008, S. 303-314, hier: S. 303.

2 Vgl. Jonas Grygier: Rezension zu Anna Moskal, *Im Spannungsfeld von Region und Nation. Die Polonisierung der Stadt Posen nach 1918 und 1945*, Wiesbaden 2013, in: <https://www.pol-int.org/de/publikationen/die-polonisierung-der-stadt-poses-nach-1918-und-1945-im#r678> [letzter Zugriff: 16.7.2014]; ferner Peter Oliver Loew, in: *H-Soz-Kult*, 08.10.2014, sowie Agnieszka Zabłocka-Kos, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 64 (2015), H. 1, S. 126-129.

Die oft untersuchte politische Auseinandersetzung zwischen dem polnischen Staat und seiner nach dem Ersten Weltkrieg allmählich abwandernden bzw. am Ende des Zweiten Weltkriegs die Flucht ergreifenden deutschen Minderheit lässt Moskal dabei in den Hintergrund treten. Vor diesem Hintergrund entwickelt sie indes ihre Überlegungen zu der – nur in zweiter Linie materiell zu verstehenden – Aneignung deutschen Kulturerbes durch die Verwaltung und Bevölkerung der Stadt Posen. Diese Aneignung vollzog sich nach beiden Kriegen stets auch in Auseinandersetzung mit der jeweiligen polnischen Staatsgewalt in Warschau. Auf diesem Weg will die Autorin zeigen, dass es eben nicht nur – und vielleicht nicht einmal in erster Linie – die deutsch-polnischen Beziehungen waren, welche die Polonisierungsprozesse entscheidend bestimmten, sondern auch innerpolnische Gegebenheiten, Konflikte und Rivalitäten. Ihre Akteure sind neben der Posener Stadtregierung und -verwaltung die Lokalpresse, aber auch staatliche Behörden wie etwa das Ministerium für das ehemalige preußische Teilungsgebiet.

Die im Rahmen eines internationalen Forschungsprojekts entstandene Arbeit ist interdisziplinär angelegt und soll – dies liest sich etwas atemberaubend – neben kultur-, rechts-, kunst- und architekturhistorischen Aspekten auch soziologische Gesichtspunkte berücksichtigen, um so ein Gesamtbild der Stadt, ihrer Identität und ihres Erscheinungsbildes vor dem Hintergrund geografischer und politischer Zusammenhänge aufzuzeigen (S. 16). Konkret untersucht Moskal ausgewählte „Institutionen“, die im urbanen Raum Posen prominent sichtbar waren und Funktionen erfüllten, denen sowohl die deutsche als auch die polnische Seite eine zentrale Bedeutung bei der Durchsetzung und Außendarstellung ihrer jeweiligen nationalen Interessen beimaßen (S. 8). An ihnen illustriert die Verfasserin, wie die zweimalige Übernahme von vormals deutschen Trägern auch personell vonstattenging und welche neuen Inhalte die polnische Seite diesen Institutionen zuwies. Gänzlich neue bauliche Formen gaben die Posener Polen vormals preußisch-deutschen Objekten nur selten, etwa wenn sie starke Kriegszerstörungen aufwiesen. In voll funktionstüchtigen, technisch auf dem neuesten Stand befindlichen Gebäuden wurde meist nur solche Ausstattung ausgewechselt, die eindeutig mit Fremdherrschaft assoziiert wurde.

Als Untersuchungsobjekte hat Moskal sich die Posener Messe ausgesucht, wodurch sie bei all den schon genannten Aspekten ihrer Studie noch einen ökonomischen Akzent setzt, ferner aus dem kulturellen Bereich das aus dem Opernhaus hervorgegangene „Große Theater“ und schließlich die konfessionellen Friedhöfe der Stadt. Die Grabstätten, die im Zuge von Modernisierungsplanungen allmählich in städtische Grünflächen umgewandelt wurden, scheinen auf Anhieb nur bedingt zu den beiden erstgenannten zu passen, doch lassen auch sie sich wohl als ein Gesamtkomplex ansehen, der nicht nur Stadtverwaltung und Bevölkerung, sondern auch die jeweiligen Kirchengemeinden zu entsprechenden Debatten über Ziel und Mittel der Polonisierungsbemühungen veranlasste. Wie schon andernorts bemerkt wurde, bietet Moskal in diesen drei Hauptteilen ihrer Arbeit solide Darstellungen von Teilaspekten der Posener Stadtgeschichte, aber auch eine luzide Analyse der facettenreichen Polonisierung Posens. Sie kann insbesondere zeigen, dass der Abwurf preußisch-deutschen „Ballasts“ kein alles entscheidendes Motiv der Posener Stadtregierung und auch nicht in der öffentlichen Debatte war; bemerkenswert sind vielmehr die von ihr nachgewiesenen stadtplanerischen Kontinuitäten. Es ging in hohem Maße um die Behauptung einer politisch, wirtschaftlich und kulturell möglichst selbstständigen Position innerhalb des polnischen Staates – sowohl der Zweiten als auch der Volksrepublik – sowie um die Außendar-

stellung Posens als einer zivilisatorisch auf „europäischem“ Niveau stehenden Stadt. Wenn die Übernahme des preußisch-deutschen Erbes dabei helfen konnte, erfolgte sie auch weitgehend mühelos. „Nationale“ Argumentationsmuster wurden dabei, so scheint es, oft eher instrumentalisiert als um ihrer selbst willen vorgetragen.

Gewiss hat diese insgesamt gut lesbare Arbeit auch ihre kleinen Schwächen; dem Rezensenten sind hie und da vor allem formale Optimierungsmöglichkeiten aufgefallen, die den Gesamteindruck indes nicht nachhaltig trüben. In anderen Besprechungen vorgetragene Einwände, dass das theoretische Gerüst der Arbeit nicht alle gewählten Beispiele immer gleichermaßen gut trage oder dass es vielleicht noch zentralere Orte in der Stadt gebe, die Moskal hätte berücksichtigen können, um zu einem vollständigen Bild zu gelangen, sind in der Sache wohl berechtigt. Sie zeigen aber letztlich nur, dass mit einer Dissertation eher selten schon das allerletzte Wort zu einem Thema gesprochen ist. Für alle diejenigen, die zu Posen/Poznań forschen, ist das keine schlechte Nachricht, und Anna Moskals Buch allemal ein hilfreiches.

Pascal Trees, München

**Ulrich Schmid (Hrsg.): Schwert, Kreuz und Adler. Die Ästhetik des nationalistischen Diskurses in Polen (1926–1939). Unter Mitwirkung von Isabelle Vonlanthen und Sabina Schaffner, Wiesbaden: Harrassowitz Verlag, 2014. 584 S., Abb.**

Zum polnischen Nationalismus in der Zwischenkriegszeit sind in den vergangenen Jahren einige bemerkenswerte deutschsprachige Publikationen erschienen. Hervorzuheben ist Stephanie Zlochs unter Betreuung von Heinrich August Winkler entstandene, 2010 veröffentlichte Dissertation, deren Ausgriff auf „Politik und Gesellschaft zwischen den beiden Weltkriegen“ (so der Untertitel der Arbeit) anerkennend, aber auch kritisch kommentiert wurde. So bemerkte Peter Oliver Loew in seiner Rezension (sehepunkte 12/2012, 11) neben der zentralistischen, auf Warschau als Austragungsort nationalistischer Debatten bezogenen Perspektive der Arbeit die geringe Berücksichtigung der „Imagination oder Legitimierung von Nation in Literatur, Kunst oder Musik“. Genau dieser Thematik widmete sich Isabelle Vonlanthen in ihrer zwei Jahre später veröffentlichten, unter Betreuung von Rolf Fieguth angefertigten Dissertation „Dichten für das Vaterland“ über „national engagierte Lyrik und Publizistik in Polen 1926–1939“. Vonlanthen hat wesentlichen Anteil an der hier zu besprechenden, parallel in polnischer Sprache in Warschau unter dem Titel „Estetyka dyskursu nacjonalistycznego w Polsce 1926–1939“ erschienenen Publikation. Sie ist nicht nur an sämtlichen unter Abteilung III „Nationalismus und literarische Ästhetik“ versammelten Beiträgen als Koautorin beteiligt, sondern hat auch umfassend an der Übersetzung polnischer Texte, darunter sowohl die Aufsätze der polnischen Autoren als auch die Biogramme aus Abteilung VI „Anhang“, ins Deutsche mitgewirkt. Leitlinien und theoretisch-methodologische Prämissen des Buches stammen freilich von Ulrich Schmid selbst, der sich seit vielen Jahren mit dem Phänomen des Nationalismus im Osten Europas befasst und mit vorliegendem Buch in die einschlägige Lücke zwischen Geschichts- und Literaturwissenschaft zielt, fehlt doch, wie im Vorwort konstatiert, „eine umfassende kulturwissenschaftliche Darstellung der Zweiten Republik in den 1930er Jahren“ (S. 9) – eine Einschätzung, die man freilich nicht nur auf dieses Jahrzehnt beziehen möchte.

Anders als im Klappentext mitgeteilt, bietet das Buch keine „Studie zum Faschismus in Polen“. Zwar waren über die Rezeption etwa des italienischen Faschismus hinaus gerade auch nach 1926 in Polen grundlegende Fragen des nationalen Selbstverständnisses diskursleitend; mehrheitlich waren sie jedoch nicht mit der Empfehlung verbunden, faschistische Konzeptionen zu übernehmen. Dagegen sprachen schon die teils unübersichtlichen Lagerbildungen auf beiden Seiten des politischen Spielfeldes, auf dem die Anhänger Piłsudskis und Dmowskis um die Gestaltungshoheit in der fragilen Zweiten Republik rangen. Insofern trägt Schmid's Skizzierung faschistischer Ästhetik in Italien und Deutschland weniger zur Klärung des polnischen Falles bei, wo sich allenfalls „isolierte faschistoide Elemente“ (S. 26) zeigten, als das sich daran anschließende methodische Hauptgerüst des Buches: Im Kapitel „Nation als Diskurskategorie: Narrative Organisation von Zeit, Raum, Körper und Gesellschaft“ (S. 29-63) verankert Schmid die vier Kategorien von Zeit (als „Großnarrativ von Ursprung und Bestimmung“, S. 30), Raum (als im nationalistischen Sinn stets „knapp bemessenes Gut“, S. 36), Körper (als „metaphorische Darstellung eines kollektiven nationalen Leibes“, S. 50) und Gesellschaft (als „soziale Bindekraft der Nation“, S. 57) zur Analyse der ästhetischen Dimensionen des polnischen Nationalismus. Leider folgt der Aufbau des Buches diesem stringenten und sachkundig präsentierten Konzept nur begrenzt: Auf Abschnitt I zu „Methode und Begriffsklärung“ folgen zunächst in Abschnitt II „Der nationalistische Diskurs – Institutionen und ideologische Positionen“ ausführliche Erläuterungen zu Nationskonzepten in der Zweiten Republik allgemein (Schmid), zur Rezeption von Faschismus und Nationalsozialismus (Pascal Trees), zu katholischer Kirche und „jüdischer Frage“ (Monika Bednarczuk) sowie zu Geschlechts- und Identitätsfragen (Sabina Schaffner). Dem Leser wird hier so manches (bekannte) Grundlegende etwa über den mehrfach unterbrochenen und wieder aufgenommenen Flirt zwischen Kirchenführern und Nationalisten, über die „Matka Polka“ oder das Pressewesen vorgestellt; die strikt durchgehaltene Struktur des Sammelbandes mit Einzelaufsätzen mindert dabei ein wenig jenen Kohärenzeffekt, den die vier eingangs gebotenen Leitkategorien erhoffen ließen. Redundanzen und, man möchte sagen, unerwartete Resonanzen sind insofern fast zwangsläufig festzustellen, wenn etwa der sehr aufschlussreiche „Fall“ Kazimiera Hłakowiczówna in Schaffners Beitrag aus Abschnitt II nur angerissen, in Abschnitt III über „Nationalismus und literarische Ästhetik“ dann ausführlich mit detaillierten Textanalysen aufbereitet wird. Der Herausgeber hätte insofern zum bereits erworbenen Lorbeer des gediegenen Stilisten noch jenen des systematisch Sammelnden und Ordnenen erwerben können, zumal er ja auch im genannten Abschnitt III bei sämtlichen Aufsätzen als Mitautor firmiert. Die unter diesem Abschnitt gebrachten Beiträge zeichnen sich durch eine Fülle aufschlussreicher Beispiele und Modellanalysen aus. Zur literarischen Mythisierung der Zeit in nationalistischen Texten, etwa in Jerzy Piłkiewicz' Poem „Wyzwolone mity“ von 1937, ist allerdings in Vonlanthens Dissertation, in der auch über Konstanty Dobrzyński gehandelt wird, auf den Seiten 252-272 Ähnliches zu lesen gewesen, wieweil nun die raumzeitlichen Äußerungsformen deutlich konsequenter als Orientierungspunkte der Textanalyse und -interpretation wahrgenommen werden.

Wie stark die territorial-regionale Differenzierung bei der „literarischen Aneignung des polnischen Raums“ in der Zwischenkriegszeit ausgefallen ist, zeigen Vonlanthen und Schmid an den Fallbeispielen der Kresy, Masurens (vgl. S. 249), Schlesiens und nicht zuletzt auch am Paradigma des bekannten sarmatischen Antiurbanismus. Ergänzt durch Schaffner, prä-

sentieren sie sodann exemplarische Ausprägungen der symbolischen Verkörperung der Nation, deren wirkungsvollste wohl im Körper des Marschalls selbst bestand. Vonlanthen, Schmid und Stefan Guth schließlich unternehmen es, in der Untersuchung nationalistischer Autorkonzeptionen vor dem Hintergrund der „Volksgemeinschaft“ mit ihren klar definierten Feindbildern den Schriftsteller als engagierten „Volkserzieher“ zu identifizieren.

Eine gelungene und bereichernde weitere Perspektive auf die nationalistische Ästhetik der Zwischenkriegszeit bieten die in Abschnitt IV über „Kunst als nationales Projekt“ versammelten Beiträge. Skulptur, Architektur und Malerei werden in den Aufsätzen von Joanna M. Sosnowska, Marek Czapelski und Iwona Luba auf ihre nationalistische Dienstbarmachung befragt; exemplarisch können hierfür sicher die gestalterischen Auftragsarbeiten der Lukasbruderschaft unter Tadeusz Pruszkowski in den polnischen Transatlantikschißen „Piłsudski“ und „Batory“ sowie bei den polnischen Ausstellungspavillons 1937 und 1939 stehen. „Nationalkunst“ in einer weitaus exzentrischeren Form projektierte Stanisław Szukalski: Lechosław Lameński behandelt an diesem Einzelgänger, dessen Karriere hauptsächlich in den USA verlief, ein besonders markantes Beispiel für die ästhetische Überhöhung nationalistischer Vorstellungen jenseits gesellschaftlicher oder politischer Umsetzbarkeit. Kaum einem nationalistischen Schriftsteller dürfte ein so hohes Provokationspotential zu Gebote gestanden haben wie Stach z Warty Szukalski und seinem „Szczep Rogate Serce“ – es wäre sehr interessant, über wechselseitige Reaktionen etwa auch zwischen schreibenden und bildenden Künstlern in der erhitzten Atmosphäre gerade der 1930er Jahre mehr zu erfahren.

Abschnitt V als „Zusammenfassung“ besteht aus vier je wenige Seiten umfassenden Texten von Schmid, der damit auf acht Einzelbeiträge sowie vier Sammelbeiträge in dem von ihm herausgegebenen Buch kommt. „Schwert, Kreuz und Adler“ – eine konkrete Erläuterung des Obertitels ist nicht zu finden – könnte man insofern auch als erweiterte Monografie auffassen; dagegen sprechen freilich die zahlreichen Beiträge insbesondere aus Polen sowie der beachtliche Anhang mit einer Zusammenstellung und Kurzbeschreibung wichtiger Zeitungen und Zeitschriften sowie einer Vielzahl von Biogrammen. Hierbei überrascht die Positionierung der „Wiadomości Literackie“ gleich an erster Stelle (S. 447), waren doch ausgerechnet die Skamandriten und ihr Hausblatt sicherlich am wenigsten nationalistischen Denkens verdächtig. Hingegen fehlt in dieser Auflistung ausgerechnet mit dem „Polski Merkuryusz Ordynaryjny“ jenes Blatt, dessen Titelseite gleich sechsmal zu – sehr treffenden – Illustrationszwecken genutzt wird. Unter den ca. 60 Biogrammen finden sich sowohl solche von bekannten Figuren wie der wohl weniger nationalistisch gesinnten Zofia Nałkowska als auch solche von weniger bedeutenden aus dem nationalistischen Lager, die geradezu exemplarische Lebensläufe aufweisen. Jędrzej Giertych ist vertreten, Roman Dmowski hingegen nicht, was trotz des Verzichts der Verantwortlichen auf repräsentative Geltung der Zusammenstellung verwundert. Bei den Übersetzungen insbesondere der Biogramme ist das eine oder andere vermeidbare Missgeschick unterlaufen – so wurde Józef Aleksander Gałuszka bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs wohl eher nicht in die „australische Armee“ eingezogen (S. 483), dürfte Alfred Łaszowski kein „Roman-Dyptichon“ verfasst haben (S. 499), hatte vermutlich weder der RNR „Schlagtruppen“ (S. 512) noch die KN „Kader-Schlagbataillons“ (S. 513), war Maria Rodziewiczówna nicht verantwortlich für die „missionarische Tätigkeit“ von Ordensschwestern (S. 527), ist Rostworowskis Text „Zmartwychwstanie“ hinreichend als „Auferstehung“ und nicht wortwörtlich als „Auferstehung von den Toten“ zu

übersetzen (S. 529), ist die „prasa gadzinowa“ gewiss nicht angemessen mit „Otterngezücht-Zeitungen“ wiederzugeben (S. 532), sind die „obwiepolacy“ keine „Quasipolen“ (S. 533), ist ein „szczep“ kaum ein „Wappen“ (S. 536), sind „Hetmani“ keine „Hetmänner“ (S. 549) und ist die PAU nur mit ähnlicher sprachlicher Verrenkung eine „Polnische Akademie des Könnens“ (S. 552).

Besonders an Bolesław Piaseckis Biogramm wird deutlich, dass die politikgeschichtlich stabil legitimierte Konzentration auf die Jahre 1926–1939 bei der Erschließung und Rekonstruktion des polnischen Nationalismus in dessen ideologischer, aber auch ästhetischer Dimension zu Verkürzungen führen muss. So wie Piasecki eine muntere Karriere in der PRL gemacht hat, so vertreten auch ein Gałczyński, selbst ein Miłosz – die in dieser Darstellung zumindest phasenweise in nationalistischen Denkhorizonten der Erwähnung wert gewesen sind – nach 1939 und natürlich besonders nach 1945 die ästhetisch-literarische Entwicklung Polens aus der Zwischen- in die Nachkriegszeit hinein. Wie relevant diese Kontinuitätslinien sind, bemerkt Schmid selbst anlässlich seines Verweises auf den romantisch-nationalistischen *backlash* infolge der Flugzeugkatastrophe von Smolensk (S. 10). Das Buch ist gerade unter diesem Blickpunkt als wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer tatsächlich kulturwissenschaftlich-integrativen Erforschung und Darstellung polnischer Geistesgeschichte zu betrachten. Der gleichsam modulartige Aufbau des Sammelwerkes (dem auch ein Personen- und Ortsregister spendiert wurden) ermöglicht nicht zuletzt eine gewiss sehr fruchtbare Verwendung in der akademischen Lehre; bei aller vorgebrachten Kritik vermögen Ulrich Schmid und seine Mitautoren in diesem doch sehr reichhaltigen und anspruchsvollen Problemaufriss wertvolle Impulse zu geben. Es wäre ein Glücksfall, würde sich einer der sicherlich zahlreichen Leser des Buches, davon zugleich inspiriert und herausgefordert, dereinst als Verfasser jenes kulturwissenschaftlichen Standardwerks zur polnischen Zwischenkriegszeit erweisen, dessen nicht nur die Fachwissenschaft dringend bedarf.

Christian Prunitsch, Dresden

**Per Andres Rudling: The Rise and Fall of Belarusian Nationalism 1906–1931, Pittsburgh: University of Pittsburgh Press 2015, 436 S.**

Noch in den 1990er Jahren haben renommierte westliche Historiker und Politikwissenschaftler die Existenz einer weißrussischen Nation in Zweifel gezogen bzw. diese als ein künstliches Konstrukt angesehen, das seine Entstehung nur der sowjetischen bürokratischen Planung verdankte. Heute ist Weißrussland, oftmals als letzte Diktatur Europas tituliert, das einzige Land in Europa, das eine Exilregierung hat.

Warum unterscheidet sich die politische Landschaft Weißrusslands so sehr von der seiner Nachbarn? Wie lassen sich der vergleichsweise schwach ausgeprägte Nationalismus und das geteilte historische Gedächtnis erklären? Warum gibt es heute ein unabhängiges Weißrussland und wie ist dieser Staat entstanden? Das ist ein Teil jener Fragen, auf die Per Andres Rudling in seiner Monografie Antworten zu geben versucht.

Die Herausbildung des modernen weißrussischen Nationalismus fand unter äußerst schwierigen Bedingungen statt (sieben Jahre Krieg und Besatzung, Massenumsiedlungen der Bevölkerung, Teilung der weißrussischen Gebiete) und war durch die politische Kon-

kurrenz zwischen Polen, Litauen und der Sowjetunion geprägt, von deren Unterstützung sie abhing. Die weißrussischen Nationalisten hatten nicht nur mit der Zensur, den Behörden und konkurrierenden nationalen Bewegungen zu kämpfen, sondern wurden zunächst auch von breiten Massen des eigenen Volkes ignoriert (S. 63). Vor diesem Hintergrund konnte das nationale Projekt nur unter günstigen Rahmenbedingungen und mit Unterstützung von außen gelingen.

In den Jahren 1915–1918 entwickelten sich der östliche und der westliche Teil Weißrusslands mit unterschiedlichen Voraussetzungen: In seinem westlichen Teil stellten die deutschen Behörden die weißrussische Sprache rechtlich dem Polnischen und Litauischen gleich, um das Russische aus dem alltäglichen Sprachgebrauch zu verdrängen. Die national orientierte Elite nutzte diese vergleichsweise günstigen Bedingungen, um weißrussische Schulen einzurichten. Im Gegensatz dazu war die Bevölkerung der unter russischer Kontrolle stehenden weißrussischen Gebiete intensiver Propaganda ausgesetzt, die die Weißrussen zu einem Teil der russischen Nation erklärte.

Die Idee, einen unabhängigen weißrussischen Staat zu gründen, entstand als Reaktion auf das Handeln der Nachbarn. Die Entscheidung des Litauischen Staatsrats (Taryba), die litauische Staatlichkeit auf die ethnisch litauischen Gebiete zu begrenzen, durchkreuzte die Pläne der weißrussischen Politiker für eine (Wieder-)Errichtung des Litauisch-Weißrussischen Staates und beschleunigte ebenso wie die Unabhängigkeitserklärungen der Ukraine, Lettlands und Litauens die Ausrufung der Weißrussischen Volksrepublik (BNR) (wenn auch zunächst in Föderation mit Russland).

Durch den Friedensvertrag von Brest-Litovsk kam 1918 ganz Weißrussland unter deutsche Kontrolle. Die deutsche Heeresleitung erlaubte zwar weißrussische nationalistische Aktivitäten, zog aber zu keinem Zeitpunkt ernsthaft die Anerkennung eines unabhängigen Staates in Erwägung.

Nicht einmal ein Jahr nach Ausrufung der Weißrussischen Volksrepublik proklamierten die Bolschewiki am 1. Januar 1919 auf etwa dem gleichen Territorium die Sozialistische Sowjetrepublik Weißrussland (SSRB), die wenige Wochen später mit der Litauischen Sowjetrepublik zusammengelegt wurde, bevor schließlich 1920 erneut eine eigene Sozialistische Sowjetrepublik Weißrussland errichtet wurde. Durch den Friedensvertrag von Riga (März 1921) wurden die weißrussischen Gebiete offiziell zwischen Polen und der Sowjetunion geteilt. Auf beiden Seiten der Grenze beteiligten sich jetzt weißrussische Aktivisten am Prozess der Schaffung von Nationalmythen und der nationalen Mobilisierung.

In der WSSR sorgte die sowjetische Nationalitätenpolitik fast im gesamten Verlauf der 1920er Jahre für eine vergleichsweise günstige Ausgangslage. Mit der Gründung weißrussischer Institutionen wie der Nationalen Akademie der Wissenschaften Weißrusslands oder der Weißrussischen Staatlichen Universität, in denen Weißrussisch die offizielle Arbeitssprache war, konnten einige Kernziele der Nationalisten realisiert werden. So entstand entsprechend der Leninschen Formel „National in der Form. Sozialistisch im Inhalt“ ein weißrussischer National-Kommunismus.

Bildungs- und Verlagswesen wurden ebenso wie die lokale Verwaltung recht schnell von der russischen auf die weißrussische, jiddische und polnische Sprache umgestellt. Aber dieser linguistische Nationalismus blieb für die Massen, die größtenteils an ihren vormodernen lokalen und religiösen Identitäten festhielten und sich selber als „Hiesige“, Orthodoxe, Katholiken oder Polen bezeichneten, eine abstrakte Neuerung. Die aufgezwungene moderne

„nationale“ Identität bedeutete für die Bewohner der Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik einen abrupten Bruch mit ihrer vormodernen Vergangenheit. *De facto* versuchten die weißrussischen nationalen Aktivisten und die Bolschewiki, diese neue ethnolinguistische Identität der im Grenzgebiet vorherrschenden prämodernen religiösen Identität überzustülpen.

Durch die Zusammenlegung des Territoriums der WSSR mit zuvor westrussischen Gebieten in den Jahren 1924 und 1926 wuchs deren Bevölkerung auf das Dreifache. Diese Politik war für die national eingestellte Intelligenz im Ausland allerdings attraktiver als für die Bevölkerung der aus dem Bestand der RSFSR herausgelösten Gebiete, deren Wünsche in keiner Weise berücksichtigt wurden. Zahlreiche russischsprachige Stadtbewohner wurden offiziell zu Weißrussen erklärt und den gleichen Formen der Weißrussifizierung unterzogen wie die weißrussischsprachige Bevölkerung in der Gegend um Minsk (S. 162). Die Opposition gegen die Weißrussifizierung richtete sich vor allem gegen die angeblich künstliche Natur der weißrussischen Sprache, während die russische Sprache von vielen mit Modernisierung, Fortschritt und sozialer Mobilität assoziiert wurde.

Während die Sowjetregierung Millionen Menschen zu Weißrussen machte, schlug die polnische Regierung einen großen Teil derer, die sich bei der Volkszählung mit isolierten, lokalen Gesellschaften, ihrer Religion, Dialekten und lokalen Traditionen identifizierten, den Polen zu, um so die weißrussische Komponente im polnischen Staat bewusst zu senken. Dies galt umso mehr, als die Polen die Polonisierung als zivilisatorische Mission und dementsprechend völlig natürlichen und geradezu zwangsläufigen Prozess ansahen.

Die Verschlechterung der Wirtschaftslage ließ im östlichen Grenzgebiet Polens die Sympathien für die UdSSR, für die Kommunistische Partei Westweißrusslands und die mit dieser verbundenen Gruppen und Parteien wachsen. Die in der WSSR betriebene Weißrussifizierungspolitik stärkte auch unter den westlichen Weißrussen das nationale und politische Selbstbewusstseins und bot einen starken Anreiz für nationale Aktivitäten. Seinen Höhepunkt erreichte der weißrussische politische Aktivismus in Polen 1926, als die so genannte Weißrussische Arbeiter- und Bauernvereinigung (Belaruskaja sjaljanska-rabotnickaja-gramada / BSRG) sich zu einer Massenbewegung mit 160 000 Mitgliedern entwickelte, nach den Zahlen der polnischen Volkszählung entsprach dies etwa 15% der weißrussischen Bevölkerung Polens. Damit erreichte die nationale Mobilisierung das dritte Stadium der Entwicklung einer nationalen Bewegung (Stadium C nach Miroslav Hroch), während derer die nationale Bewegung von weiten Teilen der Bevölkerung getragen wird und die nationale Agenda politische Früchte trägt.

Die Weißrussische Arbeiter- und Bauernvereinigung war eine Bewegung des linksgerichteten Nationalismus, deren Führer Mitglieder der illegalen Kommunistischen Partei Westweißrusslands (Kommunističeskaja partija Zapadnoj Belorussii) waren und für die Vereinigung Weißrusslands auch durch Anschluss an die WSSR kämpften. Auch wenn sie von Seiten der UdSSR materielle und ideologische Unterstützung erhielten, folgten die Führer der Weißrussischen Arbeiter- und Bauernvereinigung nicht blind den Vorgaben aus Minsk und Moskau sondern hatten ihre eigene Agenda und eigene Ambitionen, die nur zu Teilen mit denen von Minsk oder Moskau zusammenfielen (S. 199).

Auch im östlichen Weißrussland erreichte die nationale Mobilisierung nach Einschätzung Rudlings im Jahr 1927 das dritte Stadium der Entwicklung hin zu einer nationalen Bewegung.

Die autoritären Putsche in Polen und Litauen im Jahr 1926 und der Machtzuwachs Stalins im Folgejahr änderten die regionale Dynamik und ließen ein durchaus begründetes gegenseitiges Misstrauen entstehen. Von Anfang 1927 an gingen die polnischen Behörden aktiv gegen die Weißrussische Arbeiter- und Bauernvereinigung vor, verurteilten deren Führer zu langjährigen Haftstrafen und ergriffen auch sonst effektive Maßnahmen, um die Mobilisierung der weißrussischen Nationalbewegung zu stoppen. Nach 1930 gab es in Polen keine nennenswerten weißrussischen nationalistischen Organisationen mehr, die die Politik der Warschauer Regierung hätten herausfordern können. Eine Reihe weißrussischer nationaler Politiker verließ Warschau in Richtung Minsk.

In der Sowjetunion führten die mit der Machtkonsolidierung Stalins einhergehenden gesellschaftlichen Umwälzungen zur Zerschlagung des weißrussischen National-Kommunismus. In den Jahren 1930/31, 1933 und 1937/38 rollten drei Terrorwellen über das Land, die sich vor allem gegen die politischen und intellektuellen Führer der 1920er Jahre richteten, darunter auch jene, die aus dem westlichen Weißrussland gekommen oder aus der Emigration zurückgekehrt waren. Die weißrussische nationale Mobilisierung fand ein jähes Ende bzw. wurde – wie es der Autor ausdrückt – zu einer in russischer Sprache erfolgenden Modernisierung sowjetischen Typs reorganisiert.

Per Andres Rudling stützt sich in seiner Studie auf die Theorien der Konstruktivisten und dabei vor allem auf Hrochs Modell der Nationenbildung. Es bleibt allerdings unklar, warum er das Jahr 1906 als Ausgangspunkt für das Anfangsstadium der Nationenbildung wählt, obwohl die just in diesem Jahr erfolgte Gründung der weißrussischsprachigen Zeitung „Naša niva“ faktisch den Beginn der Massenpropaganda und Mobilisierung markierte – mithin Stadium B nach Hroch.

Ein weiterer strittiger Punkt besteht darin, dass die Weißrussen – und zwar nicht nur die breiten Volksmassen, sondern auch die weißrussischen nationalen Aktivisten – fast durchgängig als Spielfiguren in einem fremden Spiel gezeichnet werden. So betont der Autor gleich mehrmals, dass erst die Weißrussifizierungs- und Einwurzelungspolitik die nationalen Kommunisten dazu ermunterte, eine immer unabhängigere Position gegenüber Moskau einzunehmen. Fakten, die diese These stützen könnten, bleibt der Autor allerdings schuldig.

Auch war es wohl weniger die Kriegsgefahr, die 1927 „die Sowjetbürger zwang, sich als Anhänger oder Gegner des Regimes zu positionieren“ (S. 287), sondern vielmehr das Regime, das sich vor dem Hintergrund dieser Kriegsgefahr dafür interessierte, die öffentliche Meinung zu ermitteln, und dadurch den Historikern eine erhebliche Menge Dokumente hinterließ, die die Stimmungen der Bevölkerung im Zusammenhang mit der erörterten Kriegsgefahr charakterisieren.

Nicht ganz überzeugend wirkt auch die Tendenz, die gesamte Politik der Weißrussifizierung auf eine reine Effekthascherei zu reduzieren. So schreibt Rudling:

„Die Weißrussifizierung wurde zur bürokratischen Kategorie der Klassifizierung, die mehr durch außenpolitische Interessen als durch die aktuellen Interessen der einfachen Bürger motiviert war. Infolge der Zerschlagung des organisierten weißrussischen Nationalismus im westlichen Weißrussland durch die Rückkehr Pilsudskis an die Macht, verlor der „Weißrussische Piemont“ seinen Nutzen. Im Gegenteil machte die Rückkehr zum Prometheismus die weißrussischen National-Kommunisten in den Augen der Sowjetregierung verdächtig“ (S. 242).

Es ist doch anzunehmen, dass die Abkehr von der Weißrussifizierungspolitik in erheblichem Maße durch innenpolitische Gründe und die allgemeine Entwicklung des Regimes der Bolschewiki in den 1930er Jahren motiviert war.

Das Buch enthält überdies einzelne Fehler. So wurde etwa 1840 die Bezeichnung „Weißrussland“ nicht gänzlich verboten wie Rudling behauptet (S. 34), lediglich aus dem offiziellen Namen dieser Länder entfernt, um deren Zugehörigkeit zu Russland zu unterstreichen. Außerhalb offizieller Dokumente waren die Begriffe „Weißrussen“ oder „weißrussische Rede“ auch weiterhin gebräuchlich. Auch nennt Rudling unter den in den 1920er Jahren nach Weißrussland zurückgekehrten Remigranten zu Unrecht die bekannten weißrussischen Schriftsteller Janka Kupalu und Jakub Kolas (S. 200).

Des Weiteren betont Rudling, dass Aufstieg und Fall der weißrussischen Nationalbewegung maßgeblich von nicht-weißrussischen Akteuren bestimmt wurden, denen Weißrussland nur als Grenz- und Pufferzone zwischen mächtigen Konkurrenten diene. Der Nationalismus trat spät in Erscheinung, blieb auf eine relativ kleine Elite beschränkt und wurde in seinen frühen Stadien niedergehalten. Das ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass es just die in dieser Zeit gelegten Fundamente waren, die Weißrussland 1991 erlaubten, ein selbstständiger Staat zu werden. Und auch der Autor selbst merkt an, dass sich die aktuellen Machthaber in der Nachfolge der WSSR sehen, während die Weißrussische Volksrepublik eine zentrale Rolle im historischen Gedächtnis der weißrussischen Diaspora und eines erheblichen Teils der Opposition spielt.

Selten stellt die Geschichte Weißrussland ein Forschungsthema westlicher Historiker dar.<sup>1</sup> Allein schon aus diesem Grund weckt die vorzustellende Arbeit Rudlings größtes Interesse. Zugleich handelt es sich bei diesem Buch weitgehend um eine Synthese der zum heutigen Tag vorliegenden Arbeiten weißrussischer Historiker. Zu einem gewissen Grad ist es die Übertragung und Integration der weißrussischen Historiografie in einen größeren Zusammenhang. Nichtsdestotrotz schmälert die Tatsache, dass bereits zahlreiche Publikationen zu diesem Thema vorliegen, in keiner Weise die Bedeutung von Rudlings Buch, da in diesen Arbeiten die Aufmerksamkeit auf enger gefasste Fragen des Werdens und der Entwicklung des weißrussischen Nationalismus gelegt und engere Zeiträume beleuchtet werden. Dies erlaubt zweifellos eine tiefere Analyse, engt jedoch die Perspektive ein. Rudling

1 Zu erwähnen sind vor allem die folgenden Bücher: Nicholas P. Vakar: *Belorussia: the Making of a Nation*, Cambridge, MA 1956; Ivan S. Lubachko: *Belorussia under Soviet Rule, 1917–1957*, Lexington, KY 1972; Jan Zaprudnik: *Belarus: At A Crossroads in History*, Colorado 1987; David Marples: *Belarus From Soviet Rule to Nuclear Catastrophe*, London 1996; David Marples: *Belarus: A Denationalized Nation*, Amsterdam 1999; Grigory Ioffe: *Understanding Belarus and How Western Foreign Policy Misses the Mark*, Lanham, MD u.a. 2008; Nelly Bekus: *Struggle Over Identity: The Official and the Alternative „Belarusianness“*, Budapest 2010; Andrew Wilson: *Belarus: The Last European Dictatorship*, New Haven, CT u.a. 2011; Brian Bennett: *Belarus: The Last Dictatorship in Europe*, London 2011; David Marples: *Our Glorious Past: Lukashenka's Belarus and the Great Patriotic War*, Stuttgart 2014; Grigory Ioffe's: *Reassessing Lukashenka: Belarus in Cultural and Geopolitical Context*, Basingstoke u.a. 2014; Andrew Savchenko: *Belarus – a Perpetual Borderland*, Leiden u.a. 2009.

Viel Beachtung fand auch die Arbeit der polnischen Historikerin Dorota Michaluk über die Weißrussische Volksrepublik. Dorota Michaluk: *Białoruska Republika Ludowa 1918–1920. U podstaw białoruskiej państwowości [Weißrussische Volksrepublik 1918–1920. Grundlagen der weißrussischen Staatlichkeit ]*, Toruń 2010.

hingegen betrachtet den weißrussischen Nationalismus im regionalen Kontext und zeichnet die Entwicklung der Bewegung unter unterschiedlichen Bedingungen nach. Gezeigt wird die Interaktion und gegenseitige Abhängigkeit der Aktivitäten der weißrussischen Nationalisten auf beiden Seiten der Grenze nicht nur in Bezug zueinander, sondern auch gegenüber Dritten. Ohne Zweifel wird die Arbeit für alle, die die Geschichte Weißrusslands und des weißrussischen Nationalismus erforschen, sehr nützlich sein.

Irina Romanova, Vilnius

**Ulrike Huhn: Glaube und Eigensinn – Volksfrömmigkeit zwischen orthodoxer Kirche und sowjetischem Staat, 1941 bis 1960, Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 2014, 363 S.**

Ulrike Huhn versucht in ihrer Dissertation, dem komplexen Verhältnis zwischen dem sowjetischen Staat und der offiziellen Russischen Orthodoxen Kirche in der frühen Nachkriegszeit gerecht zu werden. Anders als die traditionelle Kirchengeschichte stellt sie dabei das Verhältnis zwischen Staat und Kirche auf oberster Ebene nicht in den Mittelpunkt, sondern fragt nach den Auswirkungen und Wahrnehmungen dieses Verhältnisses im lokalen Kontext. Sie bezieht sich auf die gläubige Landbevölkerung, die trotz Zwangskollektivierung und intensiver anti-religiöser Propaganda dem althergebrachten Glauben weiterhin eine Rolle zusprach. Allerdings stehen ihr keine Ego-Dokumente zur Verfügung, die über diese Thematik Auskunft geben können. Stattdessen extrahiert Huhn relevante Informationen aus Archivquellen, allen voran aus den zunächst noch vierteljährlich verfassten Berichten der regionalen Bevollmächtigten des 1943 eingerichteten Rats für Kirchenangelegenheiten. Obwohl diese Berichte von religiös unterschiedlich gesinnten Funktionären und teilweise im sowjetischen Duktus verfasst wurden, erschafft Huhn daraus ein zusammenhängendes Bild ländlich gelebter Religiosität in der Sowjetunion der Nachkriegszeit. Dieses Bild wird sehr plastisch dargestellt durch die Kontextualisierung mit verschiedenen Detailstudien und durch weitläufige intertextuelle Bezugnahmen. Das Gesamtbild, das die Verfasserin dabei entwickelt, ist ein überaus komplexes Verflechtungsgefüge voller Fallstricke und (explizit gewünschten) Unklarheiten. Ihr Fazit ist dann auch, dass „einfache, aber häufig anzutreffende Deutungsschablonen von Frömmigkeit und Renitenz auf der einen und staatliche Repressionen gegen die Kirche auf der anderen Seite zu kurz greifen und der Komplexität von Motiven und Verhaltensweisen nicht gerecht werden.“ (S. 325)

Das Buch ist in acht Kapitel mit jeweils unterschiedlichen Fokussierungen weitgehend chronologisch unterteilt. Im einleitenden Kapitel (S. 9-34) wird ein Forschungsüberblick geboten, die Quellenlage erörtert und Kritik am Konzept der Volksfrömmigkeit geübt. Diese sei in der bisherigen Theoriebildung oft als Gegenstück zur institutionalisierten und „offiziellen“ Religion konzipiert, was Huhn zufolge zu kurz greift, insbesondere in dem von ihr untersuchten Kontext. Alf Lüdtkes Konzept vom „Eigen-Sinn“ wird von ihr als besser geeignetes Instrument eingeführt, um zu verdeutlichen, dass es sich nicht um einen kollektiv wahrgenommenen Widerstand handelt, sondern um Aushandlungsprozesse zwischen Herrschenden und Beherrschten, in denen versucht wurde, Grenzen und Deutungen neu festzulegen.<sup>1</sup>

1 Vgl. Alf Lüdtke: *Eigen-Sinn: Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik bis in den Faschismus*, Hamburg 1993.

Im zweiten Kapitel (S. 35-102) wird die religiöse Dimension der Deutung des Zweiten Weltkrieges unter der ländlichen Bevölkerung herausgearbeitet. Dabei kommt natürlich dem Umschwung im Jahre 1943, als Stalin eine religiöse Duldungspolitik in der Sowjetunion einleitete, eine große Bedeutung zu. Thematisch spielen in diesem Kapitel Gerüchte eine wichtige Rolle, denn „da die Staatsführung einerseits die Russisch-Orthodoxe Kirche für ihre eigenen Ziele zu instrumentalisieren versuchte, andererseits aber kaum geregelt war, wie und in welcher Form religiöses Leben stattfinden durfte, waren mündlichen Ausdeutungen und Gerüchte über Rahmen, Dauer und Gründe der neuen Kirchenpolitik Tür und Tor geöffnet.“ (S. 102) Ebenso wie das vorhergehende Kapitel ist dieses Kapitel fesselnd geschrieben und mit einer Fülle von relevanten Quellenbefunden unterfüttert. Diese werden oft durch weiterführende Informationen in den Fußnoten ergänzt.

Im dritten Kapitel (S. 103-144) wird der Wiederaufbau kirchlicher Administrationen in den 1940er Jahren thematisiert. Huhn untersucht das Beispiel der Eparchie Tambov, in der 1941 keine einzige Kirche mehr offiziell geöffnet war. Es handelt sich hier um eine Region, die in das Kriegsgeschehen nicht direkt eingebunden war. Schon während des Krieges kehrten haftentlassene Priester hierher zurück, die einen radikalen Neuaufbau der kirchlichen Strukturen zu verantworten hatten. Dabei steht das Verhältnis zwischen dem neu eingesetzten Bischof, Luka Vojno-Jaseneckij, und seinem Sekretär, Priester Ivan Leoferov, im Mittelpunkt. Beide vertraten radikal unterschiedliche Haltungen gegenüber dem Sowjetstaat. Während Bischof Luka Grenzen austestete und unter der Hand staatlich nicht anerkannte Priester unterstützte, war Leoferov stets bemüht, seine Loyalität zur Sowjetmacht offen zu legen und nicht aufzufallen. An diesem Verhältnis, das Huhn anhand von Briefen, Berichten und Polizeiakten nachzeichnen kann, lassen sich die komplexen und undurchsichtigen Schwierigkeiten der wieder erstarkenden Kirche auf lokaler Ebene gut nachvollziehen.

Im Kapitel vier (S. 145-213) geht es um den so genannten Untergrund, der sich auch als unklares Phänomen darstellt. Es gab einerseits den orthodoxen Untergrund aus staatlicher Sicht, bei dem es sich um Geistliche handelte, die sich mit religiösen Argumenten gegen staatliche Auflagen wehrten. Andererseits gab es den Untergrund im kirchlichen Sinne, d.h. Geistliche, die das wieder errichtete Patriarchat von Moskau nicht anerkannten oder ohne rechtmäßige Weihe orthodoxe Rituale durchführten. Die Kirche hatte kein direktes Interesse, die erstgenannte Gruppe aufzudecken, während der Staat an der letztgenannten Gruppe kaum Interesse zeigte. Das sich dabei herausstellende Dilemma war, dass weder der Rat für Kirchenangelegenheiten noch die Russische Orthodoxe Kirche über die nötigen Ressourcen und Berechtigungen verfügten, um diesen Untergrund auch nur ansatzweise zu maßregeln. Am Ende eines langwierigen, von Huhn ausführlich geschilderten Lernprozesses waren sich beide Institutionen einig, dass eine Politik der Kirchenöffnungen dem Untergrund den Nährboden entziehen würde. Allerdings blieben alle Gesuche diesbezüglich beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei erfolglos.

Es folgen zwei Kapitel, bei denen konkrete religiöse Praktiken im Mittelpunkt stehen. Einerseits die eindeutig religiös konnotierten Wallfahrten zu einem ehemaligen Klostergelände im Gebiet Kursk (S. 214-248) und andererseits die staatlichen Versuche, aus einem ehemals religiösen Dorffest eine sozialistische Feierlichkeit zu machen (S. 249-282). Beide Fallbeispiele zeigen deutlich, welche Gratwanderung den staatlichen Beamten abverlangt wurde. Zum einen sollte die Religion als rückständig und überwunden dargestellt werden, gleich-

zeitig aber waren religiöse Feste tief in der Dorfkultur verwurzelt und erfüllten wichtige soziale Funktionen, so dass sie nicht leicht diskreditiert werden konnten, ohne Gegenwehr auszulösen. Erst mit den massiven anti-religiösen Kampagnen in der Chrusčev-Ära nach 1958 fand die Sowjet-Führung einen Weg, religiöse Praktiken zu verdrängen, ohne dabei die politische Ideologie des Kommunismus als Gegenleistung zu verlangen.

Im vorletzten Kapitel (S. 283-323) geht Huhn auf das allgemeine Thema der religiösen Narrative im sowjetischen Dorf der Nachkriegszeit ein, wobei sie auch hier anhand von Beispielen vorgeht. Es geht um Gerüchte mit religiösen Hintergedanken oder um solche, die sich in einem religiösen Rahmen deuten lassen. Derartige Gerüchte seien laut Huhn in der durch Hunger und Armut geprägten Nachkriegszeit als Mittel genutzt worden, um dem Elend einen Sinn zu geben und Kriegserlebnisse zu verarbeiten. Dass an der Spitze des Staates der bisherige Antagonismus zwischen Staat und Kirche aufgelockert worden war, drang auch bis in die Provinz durch. Gerüchte hatten sich als das schnellste und sicherste Kommunikationsmedium innerhalb der ländlichen Bevölkerung erwiesen, obwohl die Staatsmacht mit allen Mitteln versuchte, die Urheber und Mittler der Gerüchte unter Strafe zu stellen. Es ist selbstverständlich, dass es dabei natürlich auch zu zweifelhaften Gerüchten kam, aber die Hartnäckigkeit, mit der sich manche dieser Gerüchte bis in die 1990er Jahre hielten, bleibt erklärungsbedürftig. Die Verfasserin hebt hervor, „sie sind somit nicht mehr einfach als Ausdruck für eine ‚bäuerliche Gegenkultur‘ zu sehen, sondern bildeten eine spezifische, eigensinnige Ausdeutung sowjetischer Realitäten durch ein orthodoxen Deutungstraditionen und -praktiken verhaftetes Umfeld.“ (S. 323)

Auch im abschließenden Kapitel (S. 324-335) wird noch einmal hervorgehoben, dass die religionspolitische Wende von 1943 auf allen Ebenen große Handlungslücken offenließ. Am Beispiel eines Sowjetbeamten, dem vorgeworfen wurde, er habe, ohne die Mütze abzusetzen, die Kirche betreten, zeichnet Huhn nach, dass die unklare Linie der zentralen Machthaber in Bezug auf Religion auf dem Lande völlig neue Spielräume ermöglichte. Dabei betont sie noch einmal, dass es „für orthodoxe Gläubige keine anderen Medien als den Austausch im Modus des Hörensagens [gab], um sich über diese und andere Fragen zu verständigen.“ (S. 327) Dass das Verhältnis zwischen Kirche und Staat grundlegend verändert worden war, bleibt unumstritten. Deutlich werden jedoch die vielen Aushandlungsprozesse, die einerseits einen *modus vivendi* zwischen den beiden Institutionen in der Sowjetunion auf lokaler Ebene geschaffen haben, andererseits aber auch ein neues Spielfeld für religiös konnotierte Praktiken in der Bevölkerung eröffneten.

Der Band ist sehr flüssig geschrieben und liest sich fast wie ein Roman. Die vielfältigen und aufschlussreichen Beispiele werden trotz der schlechten Quellenlage lebendig und einfühlsam erzählt. Durch die gekonnt eingesetzten biografischen Kontextualisierungen, die teilweise in den Fußnoten fortgesetzt werden, hat der Leser ein komplexes Bild, in dem die Problematik der Akteure mit eingefangen wird, vor Augen.

Ein negativ anzumerkender Punkt sind die Zwischenfazits am Ende der jeweiligen Kapitel, die teilweise ganze Sätze aus dem gerade gelesenen Kapitel beinhalten. Sie können allerdings aus Sicht des eiligen Lesers als positiv gewertet werden, ermöglichen diese Zwischenfazits es dem punktuell Lesenden doch, auf wenige Seiten das Argument des Kapitels ohne ausführliche Beispiele und detaillierte Quellenverweise nachzuvollziehen.

Huhn hat als Historikerin mit einem religionsgeschichtlichen Thema zu Russland keinen einfachen Weg gewählt, denn dieser Schwerpunkt birgt viele Schwierigkeiten, besonders in

Bezug auf die Auswertung der Quellen. Indem sie jedoch weder das religiöse Element überbewertet noch ausblendet, umgeht sie diese Unwägbarkeiten bravourös. Ihre Kenntnisse zu den Wirren der zwischenkriegszeitlichen Russischen Orthodoxen Kirche werden mit einer treffenden Analyse der Ambivalenz in der gegenwärtigen Bewertung der stalinistischen Kirchenpolitik gekoppelt und bilden die Grundlage einer gelungenen Darstellung der religiösen Verhältnisse der Nachkriegszeit. Obwohl Huhn aufgrund der Quellenlage nur selten detailliert beschreiben kann, entsteht aus den von ihr zusammengetragenen vielfältigen Einzeldarstellungen ein Gesamtbild, das kohärent und deutlich ist. Alles in allem gibt der Band also einen sehr lohnenswerten Blick auf die „gelebte Religion“ in der Sowjetunion der Nachkriegszeit.

Sebastian Rimestad, Erfurt

**Lilita Zalkalns: Back to the Motherland. Repatriation and Latvian Émigrés 1955–1958. Doctoral Thesis in Baltic Languages at Stockholm: Stockholm University 2014, 262 S.**

2014 wurde an der Universität Stockholm ein Buch von Lilita Zalkalns, einer 1955 in Australien geborenen lettischen Sprachwissenschaftlerin, unter dem Titel „Back to the Motherland. Repatriation and Latvian Émigrés 1955–1958“ veröffentlicht. Es handelt sich um eine an der Universität Stockholm erarbeitete Dissertation, die als achter Band in der Reihe „Stockholm Studies in Baltic Languages“ erschienen ist. Die Autorin leitet die Sektion der baltischen Sprachen an der Universität Stockholm. Sie ist dort als Dozentin für lettische Sprache sowie baltische Geschichte und Literatur tätig. Neben der lettischen Sprache beherrscht sie auch Schwedisch, Englisch und Deutsch. International ist Zalkalns zum Beispiel im Bereich der Soziolinguistik und des Multilingualismus aktiv, sie pflegt Kontakte zur Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz und zur Vytautas-Magnus-Universität in Kaunas.

Als Forscherin zur sowjetischen Propaganda hat Zalkalns schon seit dem Jahr 2000 mehrere Veröffentlichungen vorgelegt, die der Repatriierungsfrage der lettischen Nachkriegs-Exilanten gewidmet waren. Weil die bisherigen Publikationen von Zalkalns in Lettland und in lettischer Sprache veröffentlicht wurden, sind sie außerhalb lettischsprachiger Kreise bisher kaum bekannt. Mit dem vorzustellenden Buch ändert sich erstmals die Leserschaft: Die publizierte Dissertation ist als Ergebnis mehrjähriger Arbeit einem breiteren Publikum auf Englisch zugänglich und bietet Einsichten in die Geschichte des besetzten Lettlands und der zwischen Sowjetlettland und dem Westen zerrissenen lettischen Nation.

Zalkalns arbeitet interdisziplinär: Neben der historischen Methode der Quellenforschung werden Methoden der Sprach- und Literaturwissenschaft, der Journalistik und der Politikwissenschaft herangezogen. Dies verwundert kaum, da in Zalkalns' Forschungen seit jeher sprachliche, wissenschaftliche und journalistische mit historischen Dimensionen kombiniert werden. Erwähnenswert ist, dass Zalkalns auch für eine längere Zeit als Journalistin für die lettische Sektion des Senders „Radio Free Europe“ gearbeitet hat.

Das im Buch beschriebene Problem der Exilletten entstand, als am Ende des Zweiten Weltkrieges ungefähr 125 000 Letten ihren von der Sowjetunion besetzten und annektierten Staat verließen und nach Westeuropa, Nordamerika und Australien flüchteten. Die Mehrheit

der lettischen Flüchtlinge waren politische Exilanten. Sie flohen aus Angst vor der zweiten sowjetischen Besatzung und den darauf folgenden Repressionen, die sie in ähnlicher Weise schon während des ersten sowjetischen Besatzungsjahres (1940/41) erlebt hatten. Ein großer Teil der lettischen Exilanten waren diejenigen, die während des Zweiten Weltkrieges mit der deutschen Besatzungsmacht kollaboriert hatten.

In der Monografie liegt der Fokus auf der sowjetischen Repatriierungskampagne 1955–1958, mittels welcher die Sowjetunion die Emigranten zur Rückkehr zu bewegen versuchte. Besondere Aufmerksamkeit widmet die Autorin dem Ziel, der Strategie, den Methoden und der Taktik der sowjetischen Kampagne sowie den Reaktionen auf die Kampagne in der lettischen Exilgesellschaft. Die führende Kraft in der Kampagne war der sowjetische Geheimdienst – der KGB und dessen lettländische Unterabteilung, das „Sowjetische Komitee für die Rückkehr ins Vaterland“ („Padomju komiteja par atgriešanas dzimtenē“).

Die Autorin, die selbst aus einer Familie des lettischen Exils stammt, beschreibt das Thema in sechs Kapiteln. Dem ersten, theoretischen Kapitel folgt im zweiten Kapitel die lettische Emigration und das Repatriierungsproblem. Im dritten Kapitel wird die Tätigkeit des „Sowjetischen Komitees für die Rückkehr ins Vaterland“, im vierten die Ziele und Aufgaben der Repatriierungskampagne und im fünften die Strategien der sowjetischen Kampagne in den Blick genommen, im sechsten Kapitel werden schließlich die Reaktionen auf die sowjetische Kampagne unter den Exilanten untersucht.

Die wichtigste Quellengruppe sind hierfür die 218 Ausgaben der lettischen Repatriierungszeitung „Par atgriešanas dzimtenē“ („Für die Rückkehr ins Vaterland“), die unter der Kontrolle des KGB produziert und im Westen verbreitet wurde. Mehr als 300 verschiedene Artikel der Zeitung werden im Buch erörtert. Vor einigen Jahren wurden diese und alle anderen lettischsprachigen und in Lettland gedruckten Presseausgaben digitalisiert und der Forschung auf einer Internetseite der Lettischen Nationalbibliothek zugänglich gemacht ([www.periodika.lv](http://www.periodika.lv)). Vermutlich hat auch Zalkalns diese Recherche genutzt.

Bisher konzentrierte sich die Erforschung der Sowjetpropaganda vor allem auf zentrale russischsprachige Medien der Sowjetzeit. Die sowjetische Propaganda in den „nichtrussischen“ Medien ist dagegen nur ungenügend erforscht worden. In diesem Sinne ist Zalkalns' Ansatz innovativ, weil sie die sowjetische Auslandspropaganda in lettischer Sprache betrachtet.

Die Autorin kommt zu dem Schluss, dass die sowjetische Politik nicht nur lettische Emigranten ansprechen wollte, sondern die gesamte Emigrantengesellschaft und deren Organisationen zu zerstören versuchte. Dieses Ziel wurde jedoch nicht erreicht und die Kampagne scheiterte, weil nur ein sehr kleiner Teil der lettischen Exilanten (ungefähr 100 Personen, darunter nur zwei Vertreter der Exilanten-Elite) den Versprechungen des KGB glaubten und wieder in die Heimat zurückkehrten. So blieb auch die vom KGB genutzte spezifische Methode der Legendenbildung (*legendirovanie*) ohne Erfolg. In diesem Zusammenhang ist besonders die theoretische Grundlage der Arbeit von Zalkalns hervorzuheben: Die Verfasserin ist die erste Forscherin, die sowjetische Agitations- und Propagandatheorien im Zusammenhang mit dem Repatriierungsproblem näher untersucht. Am Beispiel der lettischen Emigranten erörtert die Autorin erstmals aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive die Strategie der Legendenbildung, mit der sich der KGB an die lettische Diaspora wandte. Diese Methode des KGB schuf glaubwürdig wirkende Legenden und assoziierte diese mit einem realen Ereignis oder einer realen Person.

Insgesamt ist das Buch in einer gut lesbaren englischen Sprache geschrieben. Eine interessante Lektüre stellt es nicht nur für Historiker dar, sondern auch für Politik-, Medien- und Sprachwissenschaftler sowie für alle, die an der Geschichte des Kalten Krieges interessiert sind. Allerdings hat die Arbeit auch einige Schwächen, welche die wissenschaftliche Bedeutung der Forschung freilich keinesfalls reduzieren. Die Struktur etwa könnte verständlicher sein, die Autorin wiederholt mehrmals schon bereits erwähnte Geschehnisse. Zum Teil fehlt es an einer Stringenz der Gedankenführung. Für Historiker klingt auch die häufige Benutzung der ersten Person ein wenig befremdlich, die der wissenschaftlichen Distanz zum Thema zuwiderläuft.

Der Zeitabschnitt, den die Autorin betrachtet, ist nur kurz, so dass eine ausführlichere Behandlung internationaler Prozesse von größter Bedeutung gewesen wäre. Die Autorin hätte zudem auch einen Einblick in den allgemeineren historischen Hintergrund des Themas geben können. Die 1950er Jahre als der von Zalkalns betrachtete Zeitabschnitt waren eine Epoche der Eskalation des Kalten Krieges – man denke an den ungarischen Volksaufstand, die Suezkrise, die kubanische Revolution sowie die Anfänge der europäischen Einigung und der NATO-Bildung; zu dieser Zeit zeigten sich die Auswirkungen der sowjetischen Propaganda am deutlichsten. Des Weiteren wäre eine genauere und umfangreiche Darstellung der sozioökonomischen und politischen Situation in Sowjetlettland wünschenswert gewesen, etwa hinsichtlich der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, aber auch des Beginns der Entstalinisierung und des kulturellen „Taufwetters“ nach dem 20. Parteitag der KPdSU im Jahr 1956.

Diese fehlenden Kontextualisierungen könnten der ausgewählten Quellengrundlage geschuldet sein. Die Konzentration auf die Pressematerialien von „Par atgriešanos dzimtenē“ macht die Arbeit doch ein wenig einseitig, wenn man bedenkt, dass diese Zeitschrift nicht die einzige Pressequelle für die ausländische Sowjetpropaganda darstellt. Mit der Zustimmung des KGB wurde die Zeitung 1958 in „Dzimtenes Balss“ („Die Heimatstimme“) umbenannt. „Dzimtenes Balss“ war wohl das bekannteste Kommunikationsmedium, das unter der Aufsicht des KGB auf Lettisch gedruckt und lange sogar von Sowjetletten geheim gehalten wurde, weil sie offene Propaganda beinhaltete, die nicht mit den realen Verhältnissen in Lettland in Einklang stand.

In dieser Zeit wurden darüber hinaus noch weitere Propagandazeitschriften im Ausland vom KGB finanziert, darunter mit „Daugava“ („Düna“) und „Draugs“ („Freund“) zwei sowjetlettische Zeitungen in der Bundesrepublik Deutschland; die „Viesis“ („Gast“) wurde in Australien veröffentlicht. Über Agenten des KGB wurde „Amerikas Latvietis“ („Der amerikanische Lette“) – eine lettische Zeitung der so genannten Altkommunisten, die schon vor dem Ersten Weltkrieg von Russland in die USA geflüchtet waren – finanziert. Die meisten Materialien für diese Ausgaben wurden in der Redaktion der „Dzimtenes Balss“ in Riga unter der strikten Aufsicht des KGB vorbereitet. So bleibt festzuhalten, dass neben der Zeitung „Par atgriešanos dzimtenē“, die von Zalkalns sehr sorgfältig ausgewertet wurde, in den 1950er Jahren noch weitere propagandistisch ausgerichtete Zeitungen existierten. Alle diese Zeitungen und Magazine dienten dazu, die Exilgesellschaft der Letten im Westen zu demoralisieren und zu zerstören.

Zudem wäre es ratsam gewesen, die benutzten Presseartikel mit anderen Quellen, zum Beispiel Archivquellen im Staatsarchiv Lettlands (Latvijas Valsts Arhīvs) zu vergleichen und zu ergänzen. Von größter Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Archivquellen der

gemeinsamen Redaktion der Zeitungen „Par atgriešanos dzimtenē“ und „Dzimtenes Balss“ sowie die Archivquellen der KP Lettlands. Sowohl Archivquellen als auch Forschungen der lettischen Kollegen über die Sowjetzeit im besetzten Lettland sind im Buch von Zalkalns nur in sehr begrenztem Maße vertreten; möglicherweise hat die Autorin vor, in ihren weiteren Forschungen hieran anzuknüpfen.

Raimonds Ceruzis, Rīga

**Klaus Garber: Das alte Breslau. Kulturgeschichte einer geistigen Metropole, Köln u.a.: Böhlau Verlag 2014, 597 S.**

„Unser weit=berühmtes Schlesien ist ein Auge/ Du aber dessen Aug=Apfel. Schlesien ist ein grüner Lust=Wald/ Du aber dessen Lorbeer=Baum. Schlesien ist ein schöner Himmel/ Du aber dessen hellstrahlende Sonne [...]“ – mit den Worten von Johann Andreas Mauersberger (1649–1693) wird in dem neuen Werk von Klaus Garber das Titelobjekt, die an der Oder liegende Hauptstadt Schlesiens, eingeführt. Der viel versprechende Titel „Das alte Breslau“ mit dem Untertitel „Kulturgeschichte einer geistigen Metropole“ und der Name des Autors selbst ziehen an; der feste Einband mit einem eleganten Bild des Breslauer Rathauses macht einen guten Eindruck. Und wer nach dem Buch greift, wird nicht enttäuscht, denn auf mehreren hundert Seiten werden ausgewählte Elemente der Kulturgeschichte Breslaus sowie Schlesiens thematisiert. Mehr noch – die dargestellten Phänomene aus der Vergangenheit sind nicht nur stark im einstigen, sondern auch im gegenwärtigen und zukunftsorientierten europäischen Kontext verankert.

Das voluminöse Buch besteht aus zehn Kapiteln (mit Unterkapiteln), wobei die ersten drei als Einführung(en) betrachtet werden können. Dann folgen der Reihe nach ein kurzer Epilog, ein Hauptteil mit 38 Abbildungen, knapp 100 (!) Seiten Anmerkungen, ausgewählte Literaturhinweise, ein Nachwort, ein Personenregister und schließlich die Abbildungsnachweise.

Im ersten, einführenden Kapitel wird, ausgehend von den oben zitierten Versen, der Glanz der Stadt hervorgehoben. Daneben skizziert der Autor des Buches einige geografische, historische und soziokulturelle Zusammenhänge, die zu einer solch hervorragenden Entwicklung Breslaus beitrugen: „Die Stadt überragte, als die Humanisten im späten Mittelalter zu schreiben anfangen, alle anderen Städte des Ostens an Größe, Einwohnerzahl und wirtschaftlicher Bedeutung“ (S.7). Worte, die nicht nur für das Spätmittelalter Gültigkeit besitzen. Garber deutet an dieser Stelle bereits die Phänomene an, die in den folgenden Teilen des Buches genauer beschrieben werden.

Das zweite Kapitel „Historische Vergegenwärtigungen. Schlesien aus der Vogelschau“ enthält weitere – diesmal chronologisch und thematisch geordnete – Grundinformationen zur nicht leicht zu greifenden Geschichte Schlesiens. Es ist keine leichte Aufgabe, die Vergangenheit der Region kompakt darzustellen, denn „es gibt kein zweites Territorium im alten deutschen Sprachraum, das so eigenwillige, besondere und verwickelte geschichtliche Konturen aufweist wie eben Schlesien“ (S.20). Garber markiert in diesem Kapitel den zeitlichen Untersuchungsrahmen: Die Darstellung beginnt mit dem ausgehenden, teils noch piastischen Mittelalter (u.a. mit den verfassungsrechtlichen Strukturen und der herrschaftlichen Topografie der Region), kulminiert in der Habsburger Zeit der Reformation

und der Gegenreformation und schließt mit den Anfängen der Hohenzollernschen Ära, als „der schlesische Ständestaat alteuropäischer Prägung konsequent in eine Provinz des straff absolutistisch regierten Königreichs Preußen umgewandelt wurde“ (S. 34).

Im dritten Kapitel wird der Fokus auf die Hauptstadt der Region gerichtet. Beschrieben werden deren Lage an der Kreuzung der Hohen Straße, das städtische Handwerk, die architektonischen Entwicklungstendenzen Breslaus seit dem Beginn des 11. Jahrhunderts, die Zerstörungen durch den Mongoleneinfall 1241 und die daraus folgende Neugründung in der heute bekannten Form mit dem zentral gelegenen Rathaus am Ring. Ein besonders interessantes Unterkapitel ist dem Rat und den ratsfähigen Familiengeschlechtern gewidmet, deren Spezifik nicht ohne Einfluss auf die Sonderentwicklung Breslaus in der kulturellen und der politisch-gesellschaftlichen Hinsicht blieb: „Die vielfältigen Rücksichtnahmen, die Breslau im schwierigen schlesisch-böhmisch-habsburgischen Herrschaftsgefüge zu beobachten hatte, bewirkten stärker als anderwärts den Versuch, die gesamte Bürgergemeinde in alle wichtigen Entscheidungen einzubinden und auf einen breiten Konsens hinzuarbeiten [...]. Auch war das Ratsamt in Breslau viel weniger als im Südwesten das Privileg einiger, teilweise über Jahrhunderte regierender Familien“ (S. 45). Die gegenwärtig zu verzeichnende Anerkennung der historischen Familien Breslaus beruht „in der Regel nicht nur aufgrund der Ratszugehörigkeit alleine, sondern im Bunde mit anderen, zumeist mätzenatischen und kulturellen Verdiensten“ (S. 45). Eine ähnliche Problematik wird in den nachfolgenden Passagen „Handwerk und ständisch-soziale Konflikte“ sowie „Demographie und Stratifikation“ geschildert, wobei der Autor auf die mangelnden Quellenarbeiten in diesem Bereich hinweist. Hervorzuheben ist die Tatsache, dass Garber – trotz seiner durchaus positiven Darstellung des Forschungsgegenstands – auch die „dunklen“ Kapitel der Stadtgeschichte wie z.B. die Armut der breiten Massen der Einwohner oder die Judenpogrome mit ihrem Höhepunkt infolge der Hasspredigten des Franziskaners Johannes de Capistrano in der Mitte des 15. Jahrhunderts einbezieht. Die Narration des dritten Kapitels führt über die Perioden der Reformation, der Gegenreformation und der frühen Aufklärung bis in die preußische Ära.

Das vierte Kapitel – „Wiege des Glaubens“ – fängt auf der Dominsel und in ihrer Umgebung an, die selbst im architektonischen Sinne beeindruckend sind und „eine Brücke zwischen Vergangenheit und Gegenwart stiften“ (S. 68). Dargestellt wird die Entwicklungsgeschichte des Doms von seinen Anfängen im 10. Jahrhundert über die Katastrophe am Ostermontag 1945 bis zur „vorbildlichen“ Wiedererrichtung nach dem Kriegsende. Diese städtebauliche Dimension kann vor allem als eine Bühne für eine andere, viel wichtigere Dimension des geistlichen Lebens verstanden werden. Es geht hier um die jahrhundertelange Entwicklung des Christentums, wobei zum Schwerpunkt der Darstellung Reformation und Konfessionalismus werden. Figuren wie den Breslauer Bischöfen Johannes IV. Roth, Johannes V. Thurso, Jakob von Salza, Balthasar von Promnitz, Kaspar von Logau und Martin von Gerstmann werden separate Unterkapitel gewidmet. Mit dem Letztgenannten endet „der Blick in das katholische Breslau“ und schwenkt in das evangelische Breslau, zu dessen Ausgangspunkten die Hauptkirche St. Elisabeth, ihre „Schwesterkirche“ St. Maria Magdalena sowie St. Bernhardin gehören. In diesem Teil – *per analogiam* zur Darstellung der katholischen Prominenz – werden führende Köpfe des Breslauer und des schlesischen Protestantismus, u.a. Johann Heß, Ambrosius Moibanus und Zacharias Hermann, sowie wichtige Entwicklungsschritte präsentiert.

Im fünften Kapitel – „Hochburg des Wissens“ – werden Breslau und Schlesien als Phänomene „einer Gelehrtenrepublik“ (S. 121) in der Frühen Neuzeit geschildert, trotz des Fehlens einer Universität, die von Krakau als potentielle Konkurrenz gesehen und „blockiert“ wurde. Diese Rolle sollten hervorragende Gymnasien wie das Elisabethaneum und das Magdaleneum in Breslau, die Trozendorfsche Schöpfung in Goldberg, das Brieger Gymnasium und das Schönaichianum in Beuthen a.d. Oder (das u.a. Martin Opitz besuchte) übernehmen. In weiteren Unterkapiteln werden prominente Figuren des Breslauer und des schlesischen Schulwesens wie Petrus Vincentius, Martin Helwig, Kaspar Pridmann, Johannes von Hoeckelshoven, Petrus Kirstenius, Thomas Sagittarius und Elias Major dargestellt. Hervorzuheben ist die Sonderlage der Region und ihrer Hauptstadt, in der sich wissenschaftliche Strömungen und Einflüsse aus den Gebieten des heutigen Deutschlands, Polens, Österreichs und Tschechiens mit einer einheimischen Komponente und der lateinisch-griechisch-hebräischen Klassik mischten. Als Schlusspunkt des „alten“ Schulwesens wird der Übergang in die preußische Zeit präsentiert, die eine gewisse Modernisierung und Zentralisierung mit sich brachte.

Im sechsten Kapitel – „Zentrum des verschriftlichten Wortes“ – steht das Druck-, das Bibliotheks- und das Archivwesen im Zentrum. Hervorgehoben wird das „trotz aller Katastrophen vergleichsweise günstige Geschick“ (S. 179) der schlesischen Bestände, woraus eine relativ hohe Anzahl erhaltener Quellen resultiert. So stellt Garber fest: „Es gibt unseres Wissens – Nürnberg womöglich ausgenommen – keine städtische Bibliothek im alten deutschen Sprachraum, die auch heute noch über einen derart staunenswerten Reichtum an lokalen Quellen zu Stadt und Region verfügt wie die in erster Linie aus der alten Breslauer Stadtbibliothek hervorgegangene jetzige Breslauer Universitätsbibliothek“ (S. 183). Die Tradition der Breslauer und der schlesischen Bibliotheken verweist auf das Mittelalter und auf die reichen Bestände der zahlreichen Kirchen- und Klosterbibliotheken, die in der ganzen Region verstreut waren. Zu den wichtigsten späteren Entwicklungsetappen des Breslauer Bibliothekswesens werden u.a. die Tätigkeit der Familie Rhediger und die Entwicklung der Sammlung bei St. Maria Magdalena gezählt. In einem weiteren Kapitel wird die preußische Zeit angesprochen: Zentralisierung und Säkularisation sind Stichwörter, unter die sich der Wandel des Breslauer und des schlesischen Bibliothekswesens fassen lässt. Das Projekt einer „Zentralbibliothek“, das von einem „jugendlichen Genie“ (S. 230), Johann Gustav Gottlieb Büsching, angefangen wurde, umfasste u.a. drei Breslauer Stammbibliotheken und die Bestände von „91 Klöstern und Stiften“ (S. 230).

Mit den reichen Bibliotheksbeständen ist natürlich ein gut entwickeltes Druckwesen verbunden, das in Breslau um 1475 mit Kaspar Elyan anfängt. Die Blütezeit des Buchdruckes kam aber erst im 16.–17. Jahrhundert und ist mit Namen wie Dyon, Winkler, Scharffenberg, Baumann und Fellgiebel verbunden.

Im siebten Kapitel – „Kulmination des Humanismus auf schlesischem Boden“ – wird die Verbreitung des Humanismus dargestellt, die schließlich Breslau zum „Hauptquartier der späthumanistischen Bewegung im europäischen Kontext“ (S. 268) machten. Hingewiesen wird dabei auf ein günstiges Zusammenspiel der in den früheren Kapiteln beschriebenen Faktoren (Schulwesen, verhältnismäßig friedliche Koexistenz von mehreren intellektuellen und konfessionellen Positionen), die die Entwicklung des Humanismus begünstigten. Erwähnt wird in diesem Kontext eine spezifische, fruchtbare kulturelle Interaktion zwischen Adel und Gelehrtenschaft (S. 278). Im Zuge des Humanismus prägten sich auch Elemente

einer regionalen Identität, ein „Kult der Heimat“ (S.255) aus. Dabei erwähnt der Autor eine in Deutschland wenig verbreitete etymologische Erklärung, der Name Schlesien stamme von „Slenz“ – „dem alten Namen des Vaters Zobten“ und nicht von den Silingern. Als führende Gestalten des schlesischen Humanismus finden u.a. Caspar Ursinus Velius, Georg von Logau, der schon früher erwähnte Martin Helwig (dem die erste Landkarte Schlesiens aus dem Jahre 1561 zu verdanken ist) und schließlich Crato von Crafftheim Erwähnung.

Das achte Kapitel ist dem literarischen Schaffen der Region und der Stadt gewidmet. Schon sein Titel – „Führende literarische Landschaft des 17. Jahrhunderts“ mit dem Untertitel „Deutsche Dichtung zwischen Opitz und Lohenstein“ – zeigt deutlich, dass die deutschsprachige Dichtung von Schlesien aus einen „einschneidenden, um nicht zu sagen revolutionären Paradigmenwechsel“ erlebt habe (S.281), mit dem „Deutschland Anschluß findet an die weiter fortgeschrittene Entwicklung im Osten und Westen Europas, Polens und Ungarns dort, der romanischen Länder, Englands und der Niederlande her“ (S.282). Die Impulse für eine solche Entwicklung verortet Garber an den reformierten Höfen der schlesischen Piasten.

Eine prägende Person auf dem Feld der Literaturtheorie bleibt dabei der gebürtige Bunzlauer Martin Opitz, jedoch findet sich im achten Kapitel auch einiges (u.a. zahlreiche Zitate) von anderen schlesischen Autoren wie Christoph Köler/Colerus, Andreas Tscherning, Christian Hoffmann von Hoffmannswaldau oder Daniel Caspar von Lohenstein (eine lange Analyse des Dramas „Epicharis“). Überraschenderweise werden in diesem Teil Autoren wie Angelus Silesius, Andreas Gryphius, Jakob Böhme oder Daniel Czepko nur knapp erwähnt. Diese Unterlassung erklärt der Autor am Anfang des neunten Kapitels: „wir haben so gut wie kein Wort verloren über die schlesische Mystik, die auch in Breslau eine Heimstatt besaß [...] wir müssen uns bescheiden, schreiben keine Literaturgeschichte Breslaus“ (S.339). Der Verzicht auf diese Personen kommt in der Gesamtschau des Buches unerwartet, denn separate Unterkapitel wurden verdienten, aber weniger bekannten Breslauern und Schlesiern gewidmet. Das neunte Kapitel selbst trägt den Titel „Aufklärung als Bewahrung einer großen Tradition“. Hier werden „große Namen und Projekte aus Breslaus aufgeklärtem Jahrhundert erinnernd vergegenwärtigt“ (S.340); dazu gehören Nicolaus Henel von Hennenfeld, Martin Hanke, Gottlob Krantz, Christian Ezechiel, Christian Friedrich Paritus und Samuel Benjamin Klose.

Im abschließenden zehnten Kapitel – „Alteuropäisches Erbe und Wege in die Moderne“ – wird gezeigt, inwieweit das Erbe der früheren Epochen, insbesondere der Frühen Neuzeit, grundlegend für die kulturelle Entwicklung Breslaus wurde. Thematisiert werden z.B. gelehrte Zusammenschlüsse und Vereine, Museen oder Akademien. In der Menge der hier beschriebenen exponierten Personen und Institutionen des Kulturlebens seien beispielsweise die Zeitschrift „Schlesische Provinzialblätter“, die „Schlesische Gesellschaft für vaterländische Cultur“, der „Verein für Geschichte und Alterthum Schlesiens“, Gustav Adolf Harald Stenzel, Hermann Palm, Julius Krebs und Hermann Luchs herausgehoben. Zum Schluss wird die besondere Rolle Breslaus für das deutsche Universitätswesen erörtert. „Wieder ist von der Gestalt Büschings auszugehen. Und wiederum ist Breslau der intellektuelle Umschlagplatz“ (S.417). Hier nämlich hat Büsching mit seinem Kommilitonen Friedrich Heinrich von der Hagen altgermanische und altdeutsche Texte erarbeitet, was 1817 (bei Garber 1815) zum ersten Ordinariat für germanische Philologie an einer deutschen Universität (der kurz zuvor, im Jahre 1811, gegründeten Breslauer Universität) für von der Hagen führte.

Der „Epilog“ trägt zum Teil einen persönlichen Charakter und ist mit dem „Nachwort“, gute hundert Seiten später, in Verbindung zu setzen. Neben den für solche Buchbestandteile typischen Rückblicken auf den Inhalt sind hier Erfahrungen des Autors zu finden, etwa von dessen erster Breslau-Reise im Jahre 1979. Bemerkenswert sind die Überlegungen Garbers zu Schlesien und zur deutsch-polnischen Nachbarschaft, die heutzutage immer stärker im Geiste einer objektiven Wertschätzung für die Vergangenheit und das gemeinsame Kulturerbe betrieben werden. Die Wahl Breslaus zur Kulturhauptstadt Europas 2016 wird vom Autor als Krönung der langjährigen, manchmal unterschätzten Kulturgeschichte der Odermetropole angesehen.

Zwischen dem Epilog und dem Nachwort sind zwei Teile zu finden („Abbildungen“ und „Anmerkungen“), zu denen an dieser Stelle einige Vorbehalte eingeräumt werden müssen: Als erstes fällt hier eine gewisse Inkonsequenz in den Bildbeschriftungen auf. Bei einigen Bildern, insbesondere bei den Gebäuden (Abbildungen 6, 7, 10, 12, 17 oder 21) fehlt jedwede Datierung. So kann ein Ortsunkundiger verzweifelt nach charakteristischen Turmhelmen, den Häusern zwischen der Markthalle und dem Oderufer oder einem Reiterdenkmal vor dem Vinzenzstift suchen, die heutzutage nicht mehr existieren. Die Abbildungsnachweise an das Ende des Buches zu setzen, erschwert die Nutzung. Andererseits sind die Beschreibungen auf anderen Seiten, z.B. unter den Stadtplänen oder unter der letzten Abbildung Nr. 38, informativ und vollständig.

Eine zweite kritische Bemerkung bezieht sich auf die Platzierung der Anmerkungen. Diese auf den letzten Seiten des Buches als Endnoten zu drucken, behindert den Lesefluss. Möglicherweise ist dieses Vorgehen jedoch dem großen Umfang der zitierten Quellen zuzuschreiben.

Das Verzeichnis „Ausgewählte Literatur“ umfasst sowohl die älteren Werke aus dem 18. Jahrhundert als auch die neuesten Veröffentlichungen der letzten fünf Jahre. Unter den aufgelisteten Werken sind sowohl deutsche und polnische als auch andere (z.B. von Norman Davies und Roger Moorhouse) zu finden.

Hinsichtlich der inhaltlichen Dimension hat der Rezensent drei Anmerkungen. Die erste bezieht sich auf das Nichtvorhandensein von einigen Bereichen der Breslauer Kulturgeschichte. Einige Aspekte erläutert der Autor selbst, etwa: „Von der Musik, dem Lied und dem Gesang, dem Konzert und der Oper, dem Ballett und dem Theater war so wenig die Rede wie von anderweitigen Formen des geistigen Ausdrucks und Austausches“. Dies erfährt der Leser aber erst im Epilog, auf Seite 445. Hinzuzufügen wäre ansonsten die ganz spärliche Erwähnung der „Leopoldina“. Andere Bereiche der Kulturgeschichte (Reformation, Schul-, Bibliotheks- und Archivwesen) werden dagegen sehr detailliert beschrieben – vielleicht wäre also eine andere Formulierung des Untertitels „Kulturgeschichte einer geistigen Metropole“ günstiger gewesen.

Über den ersten, eigentlichen Titel des Werkes „Das alte Breslau“ könnte man ebenfalls länger diskutieren. Es fehlt – vielleicht irgendwie am Anfang des Buches – ein klares Kriterium für die Konstruktion „Das alte Breslau“. Mit der Phrase kann man z.B. nur das mittelalterliche Breslau, Breslau vom Mittelalter bis zur Annexion durch Preußen bzw. zu den Napoleonischen Kriegen, zur Vereinigung Deutschlands 1871 oder sogar zum Ende des Zweiten Weltkrieges assoziieren. Zwar war die „Konzentration auf die Frühe Neuzeit von Anfang an erklärtes Ziel“ (S. 39), doch gibt es davon einige Ausnahmen, denn die Geschichte des Archiv- und Bibliothekswesens (im sechsten Kapitel) wird beispielsweise

bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts fortgeführt. Im zehnten Kapitel haben wir es mit einer ähnlichen Situation zu tun, dort aber kann es als eine im Sinne des Kapitels legitime inhaltliche Erweiterung gesehen werden.

Resümierend ist festzustellen, dass der Titel etwas zu allgemein formuliert ist und manchmal irreführend sein kann.

Die zweite Bemerkung des Rezensenten bezieht sich auf die ebenfalls nicht ganz konsequente geografisch-politische Zuordnung Breslaus und Schlesiens. Im Buch wird die Lage Breslaus mit Formeln wie „im alten deutschen Sprachraum“ (S. 179), „im weiten deutschen Sprachraum“ (S. 323), „im weiten alten deutschen Sprachraum“ (S. 281), „im alten Deutschland“ (S. 44, 183), „auf deutschem Boden“ (S. 189) oder „im alten Reich“ (S. 15) verwendet. Es geht dabei auf keinen Fall um den Vorwurf irgendeines großdeutschen Revisionismus oder Chauvinismus,<sup>1</sup> sondern um innere Konsequenz und Klarheit der Begriffe (Sprachraum, alt, weit). Außerdem hebt der Autor selbst zu Recht hervor, dass „eine Reihe von Optionen sich für Schlesien im späten Mittelalter abzeichneten, bevor im Jahre 1526 die für mehr als zwei Jahrhunderte entscheidende Weichenstellung [die Habsburger; M. M.] erfolgte. Lange Zeit hatten die polnischen Piasten<sup>2</sup> und die böhmischen, bzw. mährischen Premysliden um die Vorherrschaft auf schlesischem Boden gerungen“ (S. 20). Ähnlich unscharf sind die Bezeichnungen mit dem Begriff „das (alte) Reich“: „als Ludwig der Bayer seinen böhmischen Vasallen dann mit allen bis dato erworbenen schlesischen Besitzungen belehnte, war Schlesien mit Ausnahme des selbständig gebliebenen Herzogtums Schweidnitz-Jauer und des Bistums Breslau für einen Moment lang unmittelbarer Teil des Reichs geworden. Karl IV. beseitigte diesen Zustand alsbald wieder, indem er als König von Böhmen die schlesischen Herzogtümer der Krone Böhmens integrierte und damit die Reichsmittelbarkeit festschrieb, die für den Großteil Schlesiens als Nebenland Böhmens bis zur Annexion durch Preußen verbindlich blieb [...] Schlesien war mittelbares Reichslehen und verfügte als solches weder über Sitz noch Stimme auf dem Reichstag“ (S. 21 f.). Hinzufügen ist die Tatsache, dass mehrere im Buch zitierten Autoren sich auf keinen Fall mit Deutschland, Polen oder Böhmen identifizieren, sondern mit dem „Vaterland Schlesien“ (S. 166, 405).

Die dritte Bemerkung betrifft einige Sachfehler und Verallgemeinerungen des historischen Hintergrunds von Schlesien bzw. Breslau. Auf Seite 29 wird z.B. die Zerstörung der Glogauer Friedenskirche mit dem Zweiten Weltkrieg in Zusammenhang gebracht – in der Tat verbrannte dieses Gotteshaus schon im 18. Jahrhundert. Auf der gleichen Seite liest man Folgendes: „Den drei ‚Gnadenkirchen‘ standen schließlich 656 eingezogene evangelische Kirchen gegenüber“. Gemeint sind hier sicherlich die drei Friedenskirchen, da es sich in diesem Teil des Werkes um die Zeit direkt nach 1648 handelt. Eine eventuelle metaphorische Verwendung des Begriffes „Gnadenkirche“ wäre an dieser Stelle irreführend, weil die Gnadenkirchen<sup>3</sup> erst kraft der Altranstädter Konvention 1707 errichtet werden durften. Auf S. 68 wird die Gründung des Bistums Breslau auf das Ende des 11. Jahrhunderts terminiert. Tatsächlich entstand das Breslauer Bistum bereits im Jahre 1000 (gemeinsam

- 1 Diese Zeiten sind Gott sei Dank längst vorbei und der Autor spricht über Polen in vielen Passagen des Buches mit einer großen Sympathie.
- 2 Es ist übrigens fraglich, ob alle Piasten als „polnisch“ beschrieben werden können und ob für diese Zeit eine solche Zuordnung überhaupt möglich ist.
- 3 Mehr als drei, und zwar in Hirschberg, Landeshut, Teschen, Militsch, Freystadt und Sagan.

mit dem Erzbistum Gnesen und den Bistümern Krakau und Kolberg, infolge des „Gipfeltreffens“ des römischen Kaisers Otto III. mit dem Fürsten Boleslaus dem Tapferen, dem späteren ersten König von Polen). In Bezug auf diese Bistumsgründung scheinen außerdem einige verallgemeinernde Urteile über „kaum kultivierte Gegenden“ in Schlesien vor der großen Ansiedlungswelle im 13. Jahrhundert (S. 8) oder über das „Ende der Vorgeschichte der Stadt“ und die „Überwindung des slawischen Heidentums“ in der gleichen Periode (S. 9) fraglich zu sein.

Die genannten kleinen Mängel beeinträchtigen in sehr geringem Maße den unbedingt guten Eindruck, den „Das alte Breslau“ macht. Es ist ein akribisches Werk mit einer überdurchschnittlich reichen Faktografie, insbesondere zur Periode der Frühen Neuzeit.

Hervorzuheben ist die klassische, elegante Sprache des Autors. In Garbers Werk findet man kaum „moderne“ Anglizismen, sondern klassische Formulierungen wie „bis dato“, „Dezennien“ oder „gen“. Aber sogar solche Konstrukte wie „schwerlich wird man behaupten wollen“, „jedwede“, „wir aber betreten diese Insel mit den Zeugnissen einer perennierenden klerikal-urbanen Kultur nicht, um uns an ihrer Splendiddität zu ergötzen“ untergraben nicht den ehrlichen und persönlichen Stil der Narration. Ganz im Gegenteil – sie bilden sogar manchmal eine Sagen-Stimmung, die zur analysierten Thematik sehr gut passt.

Obwohl Breslau Hauptgegenstand der Überlegungen ist, lässt sich von einem universellen Wert des Buches sprechen. Deswegen ist das Werk Garbers nicht nur eine spannende Lektüre für die Breslau- und Schlesiensforscher, sondern für alle, die sich auch im fernerem Sinne mit der europäischen und der globalen Kulturgeschichte befassen.

Marcin Miodek, Wrocław

**Matthias Weber (Hrsg.): Jahrbuch des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 20 (2012). München: Oldenbourg Verlag 2012, 696 S., Abb.**

Musik im östlichen Europa ist ein Thema, zu dem es im deutschsprachigen Kulturraum vergleichsweise wenig einschlägige Literatur gibt: Musikwissenschaftliche Untersuchungen entstehen häufig aus einer euro- oder sogar germanozentrischen Perspektive heraus und beschäftigen sich folglich im Wesentlichen mit anderen Forschungsgebieten. Umso bemerkenswerter ist es, dass sich das Bundesinstitut für Kultur und Geschichte im östlichen Europa (BKGE) mit seinem Jahrbuch 2012 genau diesem Themengebiet widmet: In 23 abwechslungsreichen Aufsätzen geht es in dem Buch um das Thema Musik. In den Aufsätzen werden insbesondere interkulturelle, interethnische und sozialgeschichtliche Aspekte von Musik im östlichen Europa beleuchtet. Hierbei wurde kein durchgehend musikwissenschaftlicher, sondern ein interdisziplinärer Ansatz gewählt. Darüber hinaus gewährt der Band Einblicke in die Forschungsprojekte der aktuellen Immanuel-Kant-Stipendiatinnen und -Stipendiaten des BKGE sowie die durch den Immanuel-Kant-Forschungspreis prämierten Forschungsprojekte.

Mit dem Schwerpunkt „Musik“ erscheint die seit 1993 herausgegebenen Jahrbuchreihe des BKGE erstmalig in einem neuen Format und mit einem Themenschwerpunkt. Das Thema Musik stellt hierbei eine gelungene Wahl dar; durch die Bandbreite der möglichen Forschungsthemen bestand die Möglichkeit, zahlreiche Einzelthemen herauszuarbeiten und

miteinander zu verbinden. Untergliedert wurden die Einzelthemen in die vier Themenblöcke „West-östliche Musikbeziehungen“, „Interpretation und Rezeption“, „Geistliche Musik“ und „Historische Gesangskultur“.

Unter dem Titel „West-östliche Musikbeziehungen“ werden zunächst exemplarisch die Konzertreisen einiger MusikerInnen untersucht (Klaus-Peter Koch) und Richard Wagners Berührungspunkte mit dem östlichen Europa am Beispiel seiner Reaktion auf den Novemberaufstand und seines Aufenthalts in Königsberg herausgearbeitet (Lech Kalego). Zudem wird die künstlerische Arbeit des Pianisten und Dirigenten Johannes Ruckgaber in Galizien einer Betrachtung unterzogen (Luba Kyanovs'ka und Ol'ga Osadcja), ebenso wie der Kapellmeister Fëdor Bogdanovič Gaaze und sein Beitrag zur Entwicklung russischer Militärmusik (Andrej Michajlov). Der Pavlovsker musikalische Bahnhof wird in seiner Funktion als deutsch-russischer Begegnungsort dargestellt (Rüdiger Ritter).

In dem Kapitel „Interpretation und Rezeption“ werden die Archivierungsmodalitäten und die Archivalien vorgestellt. Auf diese Weise wird im weiteren Sinn die Rezeption des kompositorischen Werks der beiden Brüder Joseph und Michael Haydn in böhmischen Musikarchiven aufgezeigt (Michaela Freemanová). Die Funktion von Musik in schlesischen Bade- und Kurorten und die aufführungspraktische Bedingungen für Musikerinnen und Musiker dieser Musik werden umfassend dargestellt (Lucian Schiwietz). Es wird die Rolle des Komponisten Carl Loewe im Salon der Geheimrätin Sophie Auguste Tilebeins in Stettin aufgezeigt und auf diese Weise ein Teil des zeitgenössischen Musiklebens dargestellt (Dominika Wyrzykiewicz). Die Einflüsse der französischen *Opéra lyrique* auf Josef Bohuslav Foersters Oper „Eva“ sowie einige Entstehungs- und Aufführungsbedingungen der Oper werden ebenso behandelt (Jiří Kopecký) wie die Rezeption von Paul Hindemiths künstlerischer Arbeit im Allgemeinen und seiner kompositorischen Arbeit im Besonderen in tschechischen Musikzeitschriften von 1922 bis in die Gegenwart (Lenka Přibylová). Die Rezeption von Musik im weiteren Sinn wird in der Untersuchung von Arnold Zweigs Umgang mit Musik in mehreren ausgewählten Novellen beleuchtet (Gabriella Rácz). Die künstlerische Tätigkeit des Pianisten Svjatoslav Richter im Spannungsfeld der restriktiven sowjetischen Politik wird ausführlich wiedergegeben (Natalia Donig). Als letzter Beitrag dieses Themenblocks werden vierzehn Briefe des israelischen Komponisten Abel Ehrlich an den Geiger Kolja Lessing mit Kommentaren versehen und zum ersten Mal veröffentlicht (Kolja Lessing).

Unter der Überschrift „Geistliche Musik“ findet als erstes die Untersuchung des schlesischen Gesangbuches „Geistliche Kirchen- und Hauß=Music“ Platz (Anna Mańko-Matyasiak). Hierbei werden Entstehung und Inhalt des Gesangbuches dokumentiert und die identitätsstiftende Funktion des Buches erläutert. Im Anschluss daran wird die Zusammenarbeit des evangelischen Predigers und Dichters Michael Albinus und des Kantors und Organisten Christoph Werner herausgearbeitet (Piotr Kociumbas) sowie in einem weiteren Beitrag die Arbeitsverhältnisse von Domkapellmeistern, Instrumentalisten und Choristen exemplarisch durch die Darstellung einzelner Biografien an bedeutenden Domkirchen Südosteuropas beleuchtet (Franz Metz). Darüber hinaus werden die Erscheinungsformen und Protagonisten von nicht-katholischer Kirchenmusik in Polen am Beispiel der evangelisch-augsburgischen Trinitatiskirche in Warschau aufgezeigt (Michael F. Runowski) und das Repertoire des Organisten und Kirchenmusikers Johannes Sermuksl und seine Zusammenarbeit mit anderen Musikerinnen und Musikern untersucht (Helmut Loos). Im letzten Beitrag dieses Kapitels

wird das Kirchenliedrepertoire heimatvertriebener Menschen in westdeutschen Diözesen unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet (Ansgar Franz, Christiane Schäfer).

Unter der Überschrift „Historische Gesangskultur“ geht es in einem ersten Beitrag anhand ausgewählter Aspekte um die Geschichte der deutschen Gesangsvereine in Sankt Petersburg (Jeanna Kniazeva). Außerdem wird das deutsche Männerchorwesen in Ostmitteleuropa untersucht (Harald Lönnecker) und am Beispiel der Gesangspädagogin Monika Hunnius das Spannungsfeld von Weiblichkeit und Berufstätigkeit beleuchtet (Anja Wilhelmi). Zuletzt wird Musik im Allgemeinen und Liedgut im Besonderen als immaterielles Kulturerbe in der Kaschubei untersucht (Cezary Obracht-Prondzyński, Józef Borzyszkowski).

Es wurde bereits eingangs erwähnt und durch diese kurze Zusammenfassung der Beiträge bestätigt: Die Aufsätze bieten eine enormes Themenspektrum und erschließen auf diese Weise das Thema Musik aus vielen Perspektiven. Es wird Musik an verschiedenen Orten, Regionen und in unterschiedlichen Zeiträumen untersucht, es werden sozialgeschichtliche Aspekte analysiert und unterschiedliche Erscheinungsformen von Musik beleuchtet. Musikkulturelles Handeln wird umfänglich dargestellt und Musikerinnen und Musiker in den Mittelpunkt der Forschungen gerückt, die häufig marginalisiert oder sogar ignoriert werden. Viele der Aufsätze befassen sich folglich mit ausgesprochenen Forschungsdesiderata und erläutern aus diesem Grund die Themen nicht erschöpfend, sondern überblicksartig. Der Behandlung dieses breiten Themenspektrums ist vermutlich der beachtliche Umfang des Bandes von knapp 700 Seiten geschuldet.

Die Bandbreite der Themen spiegelt sich auch in der Bandbreite der vertretenen Fachrichtungen wider, beziehungsweise wird durch diese bedingt: Es kommen HistorikerInnen, MusikerInnen, MusikwissenschaftlerInnen und andere aus verschiedenen Ländern zu Wort. Es sind folglich diverse Zugangsweisen und Methoden vertreten, die das Buch lebendig und abwechslungsreich machen. An diesem Aspekt zeigt sich allerdings auch eine Schwäche des Buches: Teilweise wirkt die Zusammenstellung etwas willkürlich, zentrale musikwissenschaftliche Literatur wird teils nicht in die Untersuchungen einbezogen und Sachverhalte in Einzelfällen unvollständig wiedergegeben.

Die Schwächen des Bandes sind jedoch gleichzeitig auch seine Stärken: Thematische Vielfalt wird in diesem Buch einem traditionellen Meisterwerkgedanken entgegengesetzt, Abwechslungsreichtum einem Kanondenken, Methodenreichtum einem eingefahrenen, werkzentrierten Zugang. Durch den interdisziplinären Zugang eröffnet das Buch spannende Perspektiven auf Musik im weiteren Sinne. Es lädt ein, über den Tellerrand der eigenen wissenschaftlichen Disziplin hinauszublicken und zeigt auf, wie gewinnbringend wissenschaftliche Interdisziplinarität sein kann.

Leider kommt der Band nicht ganz lesefreundlich daher. Der Einband informiert beispielsweise erst auf der Rückseite über den Schwerpunkt Musik. Was genau wie und von wem unter dem Begriff Musik zu verstehen ist, wird außerdem an keiner Stelle differenziert dargestellt. Dasselbe gilt für die vier großen Themenblöcke: Die etwas willkürlich wirkenden Überschriften werden weder reflektiert noch vorgestellt. Darüber hinaus sind sie lediglich im Inhaltsverzeichnis abgedruckt und bieten aus diesem Grund beim Lesen selbst keine Orientierungshilfe. Der Versuch, die Aufsätze zu strukturieren und die Orientierung im Buch zu erleichtern ist somit nicht vollständig geglückt. Ebenfalls wenig lesefreundlich sind die Titel der einzelnen Aufsätze: Die wenig griffig daher kommenden Titel laden nicht un-

bedingt zum Lesen ein. Grund hierfür ist vermutlich die fehlende Differenzierung in Haupt- und Untertitel beim Druck. Glücklicherweise sind jedoch die Zwischenüberschriften in den einzelnen Aufsätzen, welche die Texte sinnvoll strukturieren und eine Orientierung bieten. Eine erfreuliche Abwechslung im Fließtext stellen darüber hinaus die teilweise farbigen Abbildungen dar; sie sind gut zu erkennen und ergänzen die Texte in hilfreicher Weise.

Raika Simone Maier, Hamburg

**Karsten Brüggemann, Mati Laur u.a. (Hrsg.): Die baltischen Kapitulationen von 1710. Kontext – Wirkungen – Interpretationen, Köln u.a.: Böhlau Verlag 2014, 217 S.**

Der vorliegende Aufsatzband geht auf eine Jubiläumstagung zurück, die 2010 in Tartu abgehalten wurde. In der Einleitung der Herausgeber wird zunächst an die Umstände erinnert, unter denen es in der Zeit des Großen Nordischen Krieges (1700–1721) zur russischen Inbesitznahme der Provinzen Estland und Livland kam, die bis dahin zum Schwedischen Reich gehört hatten. Die Befehlshaber der erfolgreichen russischen Truppen schlossen 1710 mit den Ritterschaften, den großen Städten und den schwedischen Garnisonen in Estland und Livland „Kapitulationen“ ab, die den dortigen deutschen Ständen den Erhalt ihrer Privilegien zusicherten und die Autonomie der Provinzen garantierten. Beansprucht und bewilligt wurden u.a. der lutherische Glaube, die deutsche Amtssprache und Rechtsordnung sowie Besitzrechte und Verwaltungsbefugnisse des Adels. Zar Peter (der künftige „Große“) bestätigte die Vereinbarungen, und 1721 wurden ihre wesentlichen Punkte durch den Frieden von Nystad international anerkannt.

In geraffter Form gehen die Herausgeber sodann auf die Motive und Folgen der Baltikumspolitik Peters ein. Dem Zaren kam es darauf an, Helfer und ein Modell für die Modernisierung Russlands zu gewinnen. Die Privilegierung der Deutschbalten führte dazu, dass sie treue Anhänger der Romanov-Dynastie blieben. Außerdem geht es in der Einleitung um die Bewertung der Kapitulationen im historischen Schrifttum und um ihre Rolle bei den deutschbaltisch-russischen Auseinandersetzungen in der Zeit der „Russifizierung“. Die dann folgende Kurzvorstellung der Beiträge des Bandes endet sinnvollerweise mit einem Blick auf weitere Forschungsaufgaben.

Grundsätzlichen Charakter besitzt der erste, von Jürgen von Ungern-Sternberg verfasste Beitrag über „Europäische Kapitulationsurkunden: Genese und Rechtsinhalt“. Hier wird zunächst vermerkt, dass der Ausdruck „Kapitulation“ in älterer Zeit ganz allgemein einen Vertrag meinte. Was die baltischen Kapitulationen von 1710 betrifft, hebt der Autor hervor, dass dort an keiner Stelle die bestehenden Rechtsverhältnisse im Interesse des Siegers verändert wurden. Um diesen Befund zu erklären, wendet sich der Verfasser gleichartigen Kapitulationen, die europäische Städte und Provinzen mit Gegnern abgeschlossen hatten, sowie der historischen Genese dieser Vertragsform zu, wobei er bis in die Antike zurückgeht. Besonders beachtenswert ist, dass auch die russischen Regierungen schon seit dem 16. Jahrhundert den Vertragstyp der Kapitulation kannten, bei dem die deklarierten Rechtsansprüche der Unterworfenen prinzipiell akzeptiert wurden. Das Zustandekommen der frühneuzeitlichen baltischen Unterwerfungsverträge mit Schweden, Polen-Litauen und Russland lässt sich mit diesem Usus einfacher und eindeutiger erklären als bisher. Beachtung verdienen auch die gebotenen Hinweise darauf, wie die einzelnen Staaten später mit den baltischen

Kapitulationen umgingen. Ungern-Sternberg hat seine sehr belangvollen Erkenntnisse jüngst auch andernorts dargelegt, an dieser passenden Stelle geschieht dies historisch vertieft.

Anschließend behandelt Ralph Tuchtenhagen „Die Kapitulationen von 1710 im Kontext der schwedischen Reichspolitik Ende des 17. Jahrhunderts“. Der Autor richtet seinen Blick auf das schwedische Gesamtreich, das nach verlustreichen Kriegen Ende der 1670er Jahre vor dem Bankrott stand. Daraufhin beschloss der Reichstag im Jahre 1680 die „Reduktion“ der als Dienstlehen vergebenen Adelsgüter zu Gunsten der Krone. In den Ostseeprovinzen regte sich Widerstand, nachdem dort über die Donationen der schwedischen Könige hinaus mit der Einziehung von Gütern begonnen wurde, die bereits vor der Schwedenzeit im Besitz des Provinzadels gewesen waren. Als schonungslos kennzeichnet der Autor u.a. auch die Unifizierung der Verwaltung der Ostseeprovinzen im späten 17. Jahrhundert und die Schwedisierung der Universität Dorpat. Für ihn bildete diese Politik den entscheidenden Grund dafür, dass Schweden die Provinzen Estland und Livland an das Zarenreich verlor.

Unter dem Titel „The Capitulations of 1710 in the Context of Peter the Great’s Foreign Propaganda“ spürt Pärtel Piirimäe dem ideologischen Wandel bei der Rechtfertigung der russischen Baltikumspolitik nach. Ein wesentliches Anliegen Peters bestand darin, ein positives Bild von Russland zu vermitteln und selbst als christlicher und gerechter Herrscher zu erscheinen. Für den Eroberungskrieg im Baltikum ergaben sich dabei Schwierigkeiten, weil Estland und Livland gemäß einer ursprünglichen Koalitionsvereinbarung an August den Starken (als König von Polen) fallen sollten und die russische Kriegsführung barbarische Züge trug. Umso mehr kam es der russischen Seite darauf an, das rechtswidrige Verhalten der Schweden im Baltikum anzuklagen und den Krieg gegen sie als *bellum iustum* darzustellen. Um möglichen Ansprüchen Schwedens und Polens vorzubeugen, wurde schließlich auf angebliche historische Rechte Russlands auf das Baltikum abgehoben. Piirimäe fragt auch danach, ob die Ideologie Einfluss auf die politische Praxis ausgeübt habe. Dies kommt für die Kapitulationszusagen infrage, die der Autor als ungewöhnlich vorteilhaft für die baltischen Stände einschätzt. Leider blieb ihm der Betrachtungsansatz von Ungern-Sternberg unbekannt, sodass er den im Prinzip üblichen Charakter der Vereinbarungen nicht berücksichtigt. Dies beeinträchtigt seine kluge Darstellung ansonsten aber keineswegs. Zu ihr gehört auch eine Analyse von Peters Gebrauch des Imperator- bzw. Kaisertitels. Dieser wird in den Kapitulationstexten demonstrativ benutzt; seine Verwendung begann aber schon vor der Gewinnung Est- und Livlands, wie der Autor belegt.

Über die estländische Kirchenleitung nach 1710 legt Andres Andresen eine gründliche Studie vor. In der Schwedenzeit wurde die Kirche der Provinz Estland durch einen Bischof und ein geistliches Konsistorium geleitet. Gemäß den Kapitulationen von 1710 hätte es unter der russischen Herrschaft so bleiben sollen. In diese Richtung gingen auch die Bestrebungen der lutherischen Geistlichkeit. Dagegen war die Estländische Ritterschaft bemüht, die Kirche ihrer Kontrolle zu unterwerfen. Im Jahre 1715 hatte sie damit Erfolg: Ein der Ritterschaft angehöriger Landrat wurde Konsistoriumspräsident, und in das Konsistorium wurden auch Nicht-Geistliche aufgenommen. Einen Bischof gab es nicht mehr. Andresen ist überzeugt, dass die deutschbaltische Geschichtsschreibung diesen schwerwiegenden Bruch der Bestimmungen von 1710 seitens der Ritterschaft nicht beachtet hatte, weil er die Programmatik der Deutschbalten beim Kampf gegen die „Russifizierung“ unterhöhlt hätte, stellte dabei doch gerade die Unverletzlichkeit der Privilegien die Grundforderung gegenüber Russland dar.

Zum Thema „Katharina II. und die Kapitulationen von 1710“ steuert Mati Laur einen Aufsatz bei. Darin weist der Autor einen Wandel im Verhältnis der Kaiserin zu den Ostseeprovinzen nach: Als Katharina 1762 die baltischen Privilegien bestätigte, sah sie darin offenbar eine Routineangelegenheit. Bald musste sie jedoch feststellen, dass die im Baltikum geltende Ordnung für ihre an den Interessen des Reiches als Ganzem orientierte Politik hinderlich war. Ihr Streben nach einer Integration der Ostseeprovinzen in das Imperium führte 1783 zur Übertragung der im inneren Russland geltenden Statthalterschaftsverfassung auf Est- und Livland. Dies bedeutete aber keine radikale Aufhebung der baltischen Autonomie. Nach dem Tode Katharinas (†1796) stellte Kaiser Paul die vor 1783 existierende Ordnung weitestgehend wieder her.

Gert von Pistohlkors wendet sich dem politischen Meinungskampf der Deutschbalten zwischen 1841 und 1885 zu, in einer Zeit also, die vor dem massiven Einwirken der russischen Staatsmacht auf die baltischen Verhältnisse liegt, in der die auf den Privilegien von 1710 beruhende Eigenständigkeit der Ostseeprovinzen aber bereits problematisch geworden war. In das Blickfeld geraten konservative (zugleich reichstreue) und liberale (für die Gestaltung eines Regionalismus engagierte) Positionen, die bei ihrer Argumentation nicht selten die Kapitulationen von 1710 in Anspruch nahmen. Besonders ausführlich geht der Autor auf Julius Eckardt und seine Auseinandersetzung mit dem Gegner der baltischen Autonomie Jurij Samarin ein, ferner auf Jegör von Sivers, einen bisher zu wenig beachteten Vertreter fortschrittlicher Auffassungen.

„Die baltischen Kapitulationen von 1710 und die Gesetzbücher des 19. Jahrhunderts“ werden von der Rechtshistorikerin Marju Luts-Sootak genau in den Blick genommen. Was die Vereinbarungen von 1710 betrifft, wurden in der Literatur immer wieder dieselben großen Zugeständnisse wie die lutherische Glaubensform, die deutsche Amtssprache, die Güterrestitution usw. beachtet. Luts-Sootak weist nun darauf hin, dass die Kapitulationen insgesamt 266 Punkte enthalten, von denen sie dauerhaft relevante Punkte aus den Kapitulationen der Ritterschaften genauer vorstellt. Eine Dauerlösung von Problemen wurde von einer umfassenden Kodifikation erwartet. Einen großen Schritt in dieser Richtung bildete 1845 das Erscheinen von zwei Bänden, in denen wesentliche Teile des Provinzialrechts in umgearbeiteter Form enthalten sind. Diese offizielle Publikation besaß einen konservativen Charakter: Sie bestätigte nicht nur die bisherigen Privilegien der baltischen Stände, sondern erweiterte noch einmal die Rechte des immatrikulierten Adels, wie Luts-Sootak herausarbeitet. Dies betraf die Besetzung von Justizstellen und den Erwerb von Rittergütern. Wenig später begann jedoch der Abbau der Adelsprivilegien.

Nach einem kurzen russisch-schwedischen Krieg war 1809 auch Finnland ein Teil des Zarenreiches geworden. Ein Vergleich der dortigen Verhältnisse mit denen in den baltischen Provinzen und die Frage nach einer eventuellen Vorbildwirkung der letzteren verdienen zweifellos Interesse. Der vorliegende Band enthält dazu zwei Beiträge: Lars Björne liefert einen Überblick über die Rechtsentwicklung in Finnland, der auch Vergleiche bietet und Beziehungen nachweist, während Robert Schweitzer die Frage nach der Bedeutung der Kapitulationen und der Autonomie der baltischen Provinzen für Finnland in den Vordergrund stellt. Unbezweifelbar ist, dass Finnland bei der Behauptung seiner Selbstständigkeit erfolgreicher war als die Ostseeprovinzen. Björne sieht den wichtigsten Grund dafür im hartnäckigen Bestreben der führenden finnischen Beamten, die oft den Widerstand russischer Behörden überwand. Für den Aufbau der eigenständigen finnischen Verwaltung bildete

Schweden ein wichtiges Vorbild. Einen Vorteil stellte es dar, dass die höchste regionale Rechtsinstanz in Finnland selbst lag, während sich diejenige für die baltischen Provinzen in St. Petersburg befand. Robert Schweitzer zeigt, dass die Finnen insofern eine konkrete Erfahrung mit der baltischen Autonomie besaßen, als das bereits 1710 von Russland eroberte östliche „Alte Finnland“ (mit Wiborg) in beträchtlichem Umfang Strukturen einer baltischen Provinz aufwies. In begrenztem Maße konnte die baltische Autonomie von den Finnen auch als Modell wahrgenommen werden, doch wirkte die Leibeigenschaft in den Ostseeprovinzen abschreckend, und sehr viel deutlicher tritt hervor, dass umgekehrt Finnland aus baltischer Sicht zum Vorbild wurde.

Der Band enthält fast nur Beiträge estnischer und deutscher Autoren, zwischen denen die Kooperation ja allgemein besonders eng ist. Der souveräne Aufsatz von Lars Björne aus Finnland bestätigt aber, dass es sich lohnt, nach Forschern aus der weiteren Nachbarschaft Ausschau zu halten. Im Übrigen handelt es sich bei allen Aufsätzen um anspruchsvolle Beiträge ausgewiesener Kenner, und am Förderlichen dieser Publikation besteht kein Zweifel.

Norbert Angermann, Buchholz i.d. Nordheide

**Tobias Grill: Der Westen im Osten. Deutsches Judentum und jüdische Bildungsreform in Osteuropa (1783–1939), Göttingen: V&R 2013, 389 S.**

Das spannungsreiche Verhältnis von west- und osteuropäischen Juden im 19. und 20. Jahrhundert ist bereits mehrfach und aus unterschiedlichen Perspektiven beschrieben worden, wobei überwiegend das Leben und die Wahrnehmung von Ostjuden in Westeuropa im Mittelpunkt standen.<sup>1</sup> Seltener sind Studien, in welchen die Aktivitäten von Westjuden in Osteuropa nachverfolgt werden, nimmt man die inzwischen zahlreich vorliegenden Arbeiten zum Ersten Weltkrieg aus.<sup>2</sup> Tobias Grill untersucht in seiner Münchener Dissertation die Bildungsinitiativen deutsch-jüdischer Rabbiner und Pädagogen in Osteuropa vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Grill versteht seine Akteure als Kulturvermittler und damit als Protagonisten eines Kulturtransfers zwischen West und Ost.

Mit dem Bildungswesen rückt Grill ein gesellschaftliches Handlungsfeld in den Mittelpunkt, das von wesentlicher Bedeutung für die traditionelle jüdische Lebenswelt war und zum Kernbereich jüdischer Autonomie zählte. Zugleich wurde das jüdische Bildungswesen zu einem Schlüsselaspekt der Transformation des west- und mitteleuropäischen Judentums seit dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts und erfuhr einen umfassenden Wandel. Dieser beruhte auf mehrere Faktoren: erstens auf einer grundlegenden Kritik innerhalb der jüdischen Gemeinschaft an den Strukturen, Methoden und Inhalten traditioneller jüdischer

1 Immer noch grundlegend: Steven Aschheim: *Brothers and Strangers. The East European Jew in German and German Jewish Consciousness, 1800–1923*, Madison, WI 1982. Darüber hinaus Verena Dohrn, Gertrud Pickhan (Hrsg.): *Transit und Transformation. Osteuropäisch-jüdische Migranten in Berlin 1918–1939*, Göttingen 2010, sowie Anne-Christin Saß: *Berliner Luftmenschen. Osteuropäisch-jüdische Migranten in der Weimarer Republik*, Göttingen 2012.

2 Ein Beispiel bietet Björn Siegel: *Österreichisches Judentum zwischen Ost und West. Die Israelitische Allianz zu Wien 1873–1938*, Frankfurt a.M. 2010. Zum Ersten Weltkrieg sei beispielhaft verwiesen auf Sarah Panter: *Jüdische Erfahrungen und Loyalitätskonflikte im Ersten Weltkrieg*, Göttingen 2014.

Bildung und Erziehung; zweitens auf dem Einfluss der zeitgenössischen pädagogischen Debatten auf die maßgeblichen jüdischen Akteure, seien es die Maskilim, die jüdischen Aufklärer, oder Pädagogen und Rabbiner; drittens darauf, dass der Staat zunehmend auf das jüdische Bildungswesen einwirkte und die Organisation von Schulen, die Qualifikation von Lehrpersonal sowie die vermittelten Inhalte regulierte. Aufseiten deutsch-jüdischer Pädagogen und Rabbiner ging damit ein affirmatives Fortschrittsdenken einher, in dem moderner Bildung ein hoher Stellenwert zugemessen, traditionelle jüdische Bildung hingegen kritisch betrachtet und mindestens im Hinblick auf die Unterrichtsmethoden im Cheder und die vorrangig religiösen Bildungsinhalte als zu einseitig bewertet wurde. Im Bildungswesen replizierte sich ein bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts sich manifestierender Überlegenheitsanspruch der westeuropäischen, respektive deutschen Juden gegenüber den vermeintlich rückständigen, weil weitgehend der traditionellen Lebensweise verhafteten Ostjuden.

Grills Studie ist in fünf chronologisch geordnete Kapitel gegliedert, die unterschiedliche Regionen Osteuropas untersuchen, wobei für diesen langen Untersuchungszeitraum die Änderung von Grenzverläufen und die Schaffung neuer politischer Ordnungen in Osteuropa berücksichtigt werden müssen. Die Ausführungen zum späten 18. und zum 19. Jahrhundert behandeln vorrangig das habsburgische Galizien und das Zarenreich; die Darlegungen zum 20. Jahrhundert schließen zudem Polen und Litauen ein. Nach einer knappen Einleitung folgt ein einführendes Kapitel (I), das zunächst die Ausgangslage des osteuropäischen Judentums beschreibt. Hier betont Grill insbesondere die Rolle des Chassidismus und darüber hinaus die Bedeutung der Haskalah, der jüdischen Aufklärung, die letztlich gleichermaßen von Ost- und Westjuden getragen wurde und in der im Besonderen Bildungsfragen thematisiert wurden. Ausgehend hiervon verfolgt ein kurzes Kapitel (II) frühe Bildungsprojekte galizischer Maskilim. Dazu zählen Herz Hombergs auf staatliche Anordnung errichtete deutsche Schulen in Galizien sowie Joseph Perls reformierte Schule in Tarnopol, die wesentlich von der Jüdischen Freischule in Berlin beeinflusst war und eine wichtige Vorbildfunktion einnahm, so auch für eine frühe Schulgründung in Odessa. Hieran schließt sich das umfangreichste Kapitel der Studie an (III), das fast die Hälfte des gesamten Buches einnimmt und in dem die Bildungsinitiativen zweier deutsch-jüdischer Pädagogen im Zarenreich ausführlich beschrieben werden, um dann noch einmal auf Galizien einzugehen. Ebenfalls recht ausführlich widmet sich Grill den Bildungsinitiativen orthodoxer deutscher Juden in Polen und Litauen und hier vor allem der Bewegung Beis Yaakov, welche die Etablierung orthodoxer jüdischer Mädchenschulen in Zwischenkriegszeit vorantrieb (IV). In den Kapiteln zwei bis vier beschreibt Grill Bestrebungen, das traditionelle jüdische Bildungswesen in Osteuropa zu reformieren bzw. im Hinblick auf die Mädchenbildung überhaupt erst Bildungsstrukturen zu etablieren und dabei moderne pädagogische Ideen einzuführen. Im fünften Kapitel wird die Umkehrung des Blickwinkels infolge einer bereits vor dem Ersten Weltkrieg einsetzenden Moderne-Kritik in West- und Mitteleuropa behandelt, die durch die existentiellen Erfahrungen des Krieges an Einfluss gewann. Westeuropäische Juden betrachteten nun die jüdische Tradition in Osteuropa und jüdische traditionelle Bildung in einem anderen Licht – nicht mehr als rückständig, sondern als authentisch und damit lebendiger als die verbürgerlichte Kultur des mitteleuropäischen akkulturierten Judentums.

Der Verfasser hat sich die ambitionierte Aufgabe gestellt, kulturelle Transfers zwischen westeuropäischen, vornehmlich deutschen und osteuropäischen Juden im Bereich des Bil-

dungswesens in der *longue durée* nachzuvollziehen. Dabei beschreibt er über weite Strecken eine Geschichte des Scheiterns. Vor allem die Aktivitäten Max Lilienthals und Abraham Neumanns im Zarenreich, denen Grill recht viel Platz einräumt, lassen sich dergestalt verstehen. So sah sich insbesondere Lilienthal mit der Ablehnung seiner Reformideen innerhalb der jüdischen Gemeinden konfrontiert, die wesentlich auf einer negativen Bewertung der Entwicklung im deutschen Judentum gründete. Zugleich blieb die Haltung des russischen Staates und der zuständigen Behörden ambivalent bis inkonsequent. Auch wenn die Reformbestrebungen Lilienthals durchaus Unterstützung fanden – zwischenzeitlich nahm er eine offizielle Funktion als Berater ein – reichte diese weder in finanzieller noch in ideeller Hinsicht aus. Der Staat strebte eine Annäherung der Lebensweise der jüdischen Bevölkerung an die christliche an, die perspektivisch eine vollkommene Aufgabe der jüdischen Lebensweise zum Ziel hatte. Dies widersprach selbst den Intentionen Lilienthals.

Am Beispiel Lilienthals zeigt sich, dass zweierlei für die erfolgreiche Umsetzung der Bildungsreformen hinderlich war: zunächst eine Grundhaltung, die dem traditionellen Leben des osteuropäischen Judentums sowie seinen Bildungsstrukturen und -inhalten eher kritisch gegenüberstand, verbunden mit einer höheren Wertschätzung westlicher Bildung und dem Versuch, Ideen des reformorientierten deutschen Judentums einzuführen. Diese Haltung bestimmte lange das Vorgehen der hier vorgestellten Akteure. In traditionellen Kreisen stieß sie jedoch auf Ablehnung, womit den Reformern die notwendige Unterstützung innerhalb der Gemeinden ebenso fehlte wie das Vertrauen der Eltern potentieller Schüler. Darüber hinaus versuchte insbesondere Lilienthal mit Unterstützung staatlicher Stellen, sein Bildungsprogramm durchzusetzen und unterschätzte, dass ihm dies noch mehr Ablehnung einbringen würde. Die russischen Juden erlebten den zaristischen Staat weitgehend als ein oppressives Regime und sahen in Lilienthal dessen Vertreter.

Es ist kaum möglich, die zahlreichen Schulprojekte und Bildungsinitiativen, die Grill in seiner Studie beschreibt, an dieser Stelle zu benennen. Ein besonders interessantes Thema ist jedoch die Mädchenbildung. Auch wenn die Frage der religiösen Erziehung für Mädchen umstritten blieb, so scheint es hier deutlich einfacher gewesen zu sein, entsprechende Bildungsstrukturen aufzubauen und moderne Bildungsinhalte zu etablieren. Dies lag zum einen daran, dass es kein konkurrierendes traditionelles Bildungssystem gab, wie Cheder und Jeshiva. Zum anderen versuchten Bildungsreformer gezielt, über die Etablierung einer modernen Mädchenbildung Akzeptanz für neue pädagogische Ansätze und Bildungsinhalte zu schaffen. Die Frage der Mädchen- und Frauenbildung und hierbei insbesondere die Vermittlung religiösen Wissens gehörte zu den zentralen Themen der Debatte um jüdische Erziehung und Bildung seit Beginn des 19. Jahrhunderts, in West- und Osteuropa ebenso wie in Nordamerika. Auch die deutsche Neo-Orthodoxie nahm sich dieses Themas an und bildet den ideologischen Hintergrund der Bewegung Beis Yaakov und damit der Bildungsinitiative Sarah Schenirers, die gegen Ende des Ersten Weltkrieges in Polen und Litauen durchaus erfolgreich jüdisch-orthodoxe Mädchenschulen etablieren konnte.

Ungeachtet des hohen Erkenntniswertes dieser Einzelaspekte hat Grill ein schwieriges, mithin schwer lesbares Buch vorgelegt. Dies liegt an der Strukturierung der Arbeit, der es an Kohärenz fehlt, sowie daran, dass Grill bei der Darstellung seiner Ergebnisse zuweilen zu sehr ins Detail geht, dabei immer wieder die analytische Ebene aus dem Blick verliert und somit nur unzureichend die Frage beantwortet, ob und wenn ja, inwieweit die hier vorgestellten Akteure zu Mittlern eines kulturellen Transfers zwischen West und Ost werden konnten.

So reizvoll es ist, einen zeitlich wie räumlich breiten Untersuchungsrahmen heranzuziehen, erfordert ein solches Vorgehen zugleich doch Beschränkungen und Fokussierungen. In Hinblick auf die thematische Breite hätte eine Konzentration auf die Kapitel III und IV einen solchen Fokus geboten. Die oft detaillierte bis detailversessene Darstellung der einzelnen Reform- und Schulprojekte erschwert es dem Leser, einen roten Faden zu erkennen und führt aufgrund der chronologischen Ordnung zu unnötigen Redundanzen. Mit Blick auf die Frage nach kulturellen Transfers hätte es der Arbeit zudem gut getan, einzelne Aspekte der hier beschriebenen Bildungsinitiativen in den Mittelpunkt zu rücken, seien es Bildungskonzepte und -ideale, die Frage der Mädchenbildung oder Curricula und spezifische Lehr- und Lernmittel, also konkrete Inhalte und Wissensbestände, die vermittelt werden sollten und an denen sich Wandlungsprozesse besonders gut aufzeigen lassen. Des Weiteren thematisiert Grill immer wieder organisatorische Aspekte des jüdischen Schulwesens, etwa Finanzierung und Ausstattung sowie Fragen der Aufsicht und der politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen. Ein stärker aspektorientiertes Vorgehen hätte es dem Verfasser – und damit auch dem Leser – erleichtert, Transferprozesse zu identifizieren und auf ihre Wirksamkeit hin zu betrachten.

Schwerer wiegt jedoch, dass Grill seine Analyse kultureller Transfers nur unzureichend fundiert. Um Transferprozesse herauszuarbeiten, ist nicht nur ein Grundverständnis dessen notwendig, das potentiell transferiert wurde, sondern auch der jeweiligen Kontexte; in diesem Fall der Bildungsstrukturen der West- und Ostjuden und deren Entwicklung im Untersuchungszeitraum. Grill leistet dies nur unzureichend und vermittelt letztlich ein recht statisches Bild des deutsch-jüdischen Bildungswesens und seiner Entwicklung im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Transferforschung erfordert jedoch zwingend die Einbeziehung vergleichender Perspektiven.<sup>3</sup>

Jenseits dieser teils gravierenden Mängel bietet Grills Studie wichtige Informationen zur jüdischen Bildungsgeschichte Osteuropas, zu Akteuren und Institutionen, verschiedenlichen Reformvorhaben und der Bedeutung staatlicher Interventionen, die – so ist zu hoffen – Anregung für weitere Forschungen bieten.

Kerstin von der Krone (Berlin/Braunschweig)

3 Siehe hierzu Johannes Paulmann: Internationaler Vergleich und interkultureller Transfer. Zwei Forschungsansätze zur europäischen Geschichte des 18. bis 20. Jahrhunderts, in: *Historische Zeitschrift* 267 (1998), S. 649-685, hier S. 681; sowie Hartmut Kaelble: Die Debatte über Vergleich und Transfer und was jetzt?, in: *H-Soz-Kult*, 8.2.2005, <http://www.hsozkult.de/article/id/artikel-574> [letzter Zugriff: 7.6.2015].



## Die Autoren der Abhandlungen

**PhD Dr. Hanna Bazhenova, Instytut Europy Środkowo-Wschodniej, ul. Niecała 5, 20-080 Lublin, Polen, e-mail: bagenovaa@gmail.com**

Research fellow at the Institute of East-Central Europe in Lublin. She graduated from Taras Shevchenko National University of Kiev, Department of History, Major in Russian History; PhDs in history from Taras Shevchenko National University of Kiev (2008) and John Paul II Catholic University of Lublin (2014). She is an active participant at international scholarly conferences, seminars, and scholarship programs at the Centre for European, Russian, and Eurasian Studies (Munk School of Global Affairs, University of Toronto), Harvard Ukrainian Research Institute, and Institut d'études slaves in Paris. Her areas of interest are the history of European universities of the 19<sup>th</sup> and 20<sup>th</sup> centuries, in particular Russian and Polish universities, international contacts among historians, the history of post-Soviet states, the politics of history, modern European historiography. Key publications: *Istoriki Imperatorskogo Varšavskogo universiteta 1869–1915: prosveščenie, nauka, politika* [Die Historiker der Kaiserlichen Universität Warschau: Bildung, Wissenschaft, Politik], Ljublin 2014; *Istoriki Imperatorskogo Varšavskogo universiteta: uslovija formirovanija pograničnoj identičnosti* [Die Historiker der Kaiserlichen Universität Warschau: Die Verhältnisse der Bildung der Grenzidentität], in: E.A. Višlenkova, I.M. Savel'eva (Hrsg.): *Soslovie russkich professorov. Sozdateli statusov i smyslov* [Der Stand der russischen Professoren. Statut- und Sinnschöpfer], Moskva 2013, S. 239-261; *Historycy w Cesarskim Uniwersytecie Warszawskim. Próba portretu zbiorowego* [Die Historiker in der Kaiserlichen Universität Warschau. Versuch eines Gruppenporträts], in: *Rocznik Instytutu Europy Środkowo-Wschodniej* 3 (2012), pp. 139-173.

**Prof. Dr. Per Bolin, Södertörn University, School of Historical and Contemporary Studies, Alfred Nobels allé 7, Flemingsberg, 14189 Huddinge, Sweden, e-mail: per.bolin@sh.se**

Born in 1955, after his postgraduate studies at Lund University, Sweden, and Edinburgh University, U.K. he made his PhD in History at Lund University in 1990, his Dr habilis at Linköping University in 1998; between 2004 and 2010 he was the Head of the School of History and Gender Studies, between 2010 and 2013 Research Leader at the Centre for Baltic and East European Studies and head of the research theme „multidisciplinary historical studies“. since 2012 he is Professor for History and since 2013 Head of the Department of History, History of Ideas and Archival Studies at Södertörn University. Publications connected to the theme of his article: *Between National and Academic Agendas: Ethnic Policies and „National Disciplines“ at the University of Latvia, 1919–1940*, Huddinge 2012; „Svešie elementi“. *Latvijas Universitātes latviešu un ebreju studentu demarkacija un konflikts (1919–1940)* [Foreign elements. Demarcations and conflicts between Latvian and Jewish students at the University of Latvia, 1919–1940], in: *Latvijas arhīvi* 4 (2004), pp. 34-68; „Zeme un Tauta“. *Conceptions of the Latvian Territory and the Latvian Nation*, in: Mats Lindqvist (ed.): *Re-inventing the Nation. Multidisciplinary Perspectives on the Construction of Latvian National Identity*, Botkyrka 2003, pp. 25-74.

**Dr. Jens Boysen, Deutsches Historisches Institut Warschau, Pałac Karnickich, Aleje Ujazdowskie 39, 00-540 Warszawa, Polen, e-mail: boysen@dhi.waw.pl**

Geboren 1968 in Offenbach/Main. 1991–1997 Studium der Osteuropäischen, Mittleren und Neueren Geschichte, Slawistik und Politikwissenschaft in Frankfurt/Main und Dublin, 1997/98 Postgraduiertenstudium am College of Europe in Warschau-Natolin. 1999/2000 Forschungsassistent am College of Europe in Brügge, 2002/03 DAAD-Projekt Koordinator am Simon-Dubnow-Institut in Leipzig, 2003–2007 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Leipzig. 2008 Promotion in Neuerer Geschichte an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen. 2008/09 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fraunhofer-Zentrum Mittel- und Osteuropa (MOEZ) in Leipzig, 2009/10 Stipendiat der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, seit 2010 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut Warschau. Habilitationsprojekt zum kulturgeschichtlichen Hintergrund der Zusammenarbeit zwischen der DDR und Polen im Warschauer Pakt. Relevante Publikationen: Preußische Armee und polnische Minderheit. Royalistische Streitkräfte im Kontext der Nationalitätenfrage des 19. Jahrhunderts (1815–1914), Marburg/Lahn 2008; Staatsbürgerliche Option als Element des Herrschaftswechsels in Posen nach 1918, in: Mathias Beer, Dietrich Beyrau u.a. (Hrsg.): Deutschsein als Grenzerfahrung. Minderheitenpolitik in Europa zwischen 1914 und 1950, Essen 2009, S. 175–188; Die preußische Armee und die allgemeine Wehrpflicht während des Kaiserreichs (1871–1918) als Faktoren der sozialen bzw. nationalen Akkulturation der polnischen Minderheit, in: Akkulturation/Assimilation in kulturellen Grenzgebieten Ostmitteleuropas im 19. und 20. Jahrhundert, Bd. II: Robert Traba (Hrsg.): Deutsch-polnische Nachbarschaft, im Auftrag der Volkswagen-Stiftung und des DHI Warschau, Warszawa 2012, S. 33–132.

**Prof. Dr. Karsten Brüggemann, Tallinna ülikooli Ajaloo instituut, Rüütli 6, 10130 Tallinn, Estland, e-mail: karsten.bruggemann@tlu.ee**

Geboren 1965 in Hamburg, Studium der Geschichte und Slavistik (Dr. phil. 1999). Nach einer Gastdozentur am Narva Kolleg der Universität Tartu 2002–2005 und einem DFG-Stipendium 2006–2009 am Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa (IKGN) in Lüneburg arbeitet er seit 2008 als Professor für estnische und allgemeine Geschichte am Historischen Institut der Universität Tallinn. 2015 hat er seine Habilitation zur Frage der Legitimationsstrategien russischer Herrschaft über die Ostseeprovinzen abgeschlossen. Derzeit bereitet er gemeinsam mit Ralph Tuchtenhagen und dem IKGN ein dreibändiges Handbuch zur baltischen Geschichte zur Publikation vor. Forschungsschwerpunkte: russische und sowjetische Geschichte mit Schwerpunkt auf der Vergangenheit der baltischen Staaten: Revolution und Staatsgründung 1917–1920, Kulturgeschichte des Stalinismus und der poststalinistischen UdSSR, Nationalhistoriografien, Erinnerungskulturen, Geschichte der Freizeit. Publikationen u.a.: zusammen mit Ralph Tuchtenhagen: Tallinn. Kleine Geschichte der Stadt, Köln u.a. 2011; als Herausgeber zusammen mit Bradley D. Woodworth: Russland an der Ostsee: Imperiale Strategien der Macht und kulturelle Wahrnehmungsmuster, Köln u.a. 2012.

**Christin Conrad, M.A., Böhmsholzer Weg 13, 21394 Südergellersen, e-mail: christin.conrad@googlemail.com**

Studium der Kunstgeschichte, Betriebswirtschaftslehre und Architektur in Göttingen und Berlin, Ausbildung und Mitarbeit in der Rahmen- und Gemälderestaurierung und als Ver-

golderin, Studienaufenthalte in Italien und Estland. Forschungsschwerpunkte: Baltische und deutsche Malerei des 19. Jahrhunderts, Künstlerinnengeschichte, Bild und Rahmen. 1993 in der Alten Nationalgalerie Berlin Mitarbeit am Bestandskatalog, seit 1997 im Familienarchiv Schwarz in Lüneburg tätig. Schwerpunkte: Archivierung, Bestandserhaltung, Erschließung von Quellen. 1998 für die Carl-Schirren-Gesellschaft in Lüneburg Ausarbeitung einer Konzeption zur inhaltlichen Gestaltung eines Deutschbaltischen Museums. Im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg Mitarbeit an verschiedenen Ausstellungsprojekten (Die Dorpater Zeichenschule, Silberschätze aus dem Baltikum, Aus Estland nach Europa – Die deutschbaltische Künstlerfamilie Hagen-Schwarz). Seit 2001 ständige freie Mitarbeit am Familienarchiv Schwarz in Lüneburg und Dresden. Publikationen u.a.: Eesti Ajaloomuuseum (Hrsg.): August Matthias Hagen – kunstniku reisipäevikud 1820–1821 [August Matthias Hagen – Reisetagebücher eines Künstlers 1820–1821], Tallinn 2011; „Leb wohl, leb wohl, Du mein Alles...“. Der Briefwechsel zwischen Emilie Hagen und Ludwig Schwarz in den Jahren seiner ersten sibirischen Expeditionsreise 1847 bis 1853, Bd. I, Dresden 2012; Eesti Ajaloomuuseum (Hrsg.): Kaotused ja leidmised, 1854, Julie Hageni pöördeline aasta kirjades [Verluste und Funde, 1854, das Umbruchsjahr von Julie Hagen in Briefen], Tallinn 2013.

**PhD Dr. Andrea Griffante, Vytautas Magnus University, Department of Political Sciences and Diplomacy, Gedimino g. 44, 44240 Kaunas, Lithuania, e-mail: a.griffante@pmdf.vdu.lt**

Born in 1980 in Schio (Italy), after his postgraduate studies at the University of Trieste, in 2003 and 2004 he was the recipient of two grants from the Lithuanian Ministry of Education at Vilnius University in 2003 and 2004. In 2006 he was a Research Fellow at the ICM Institute in Gorizia, Italy. In 2011 he defended his PhD in History at the Lithuanian Institute of History, Vilnius. Since 2012 he is a Research Fellow at the Faculty of Political Sciences and Diplomacy of Vytautas Magnus University. Publications (among others): [as editor:] *Confini della modernità. Lituani, non-lituani e stato nazionale nella Lituania del XX secolo* [Borderlands of Modernity: Lithuanians, non-Lithuanians, and Nation State in 20<sup>th</sup> Century Lithuania], Gorizia 2010; *A New Master and a New Serfdom: Understanding the Compulsory Labour Experience of Lithuanians During the German Occupation, 1915–1918*, in: *Res Balticae* 12 (2013), pp. 91-105; *We and Homeland: German Occupation, Lithuanian Discourse, and War Experience in Ober Ost*, in: J. Bürgschwentner, M. Egger et al. (eds.): *Other Fronts, Other Wars? First World War Studies on the Eve of the Centennial*, Leiden/Boston 2014, pp. 237-255.

**Dr. Tobias Grill, Lehrstuhl für Jüdische Geschichte und Kultur an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Geschwister-Scholl-Platz 1, 80539 München, e-mail: tobias.grill@lrz.uni-muenchen.de**

Studium der Slavischen Philologie, der Osteuropäischen Geschichte sowie der Neueren und Neuesten Geschichte in München (1992–1998), 2009 Promotion am Lehrstuhl für Jüdische Geschichte und Kultur der LMU München, seit 2006 Wissenschaftlicher Assistent an verschiedenen Lehrstühlen, 2013 bis 2015 Postdoc an der Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien der LMU München. Derzeit Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Jüdische Geschichte und Kultur der LMU München. In seiner Habilitation beschäftigt er

sich mit einer globalgeschichtlichen Biografie zu Isaak Nachman Steinberg. Publikationen u.a.: *Der Westen im Osten. Deutsches Judentum und jüdische Bildungsreform in Osteuropa (1783–1939)*, Göttingen 2013; *Rabbis as Agents of Modernization in Ukraine, 1840–1900*, in: *Journal of Ukrainian Studies* 37 (2012), S. 63-83; *Antizionistische jüdische Bewegungen*, in: *Europäische Geschichte Online (EGO)*, URL: <http://www.ieg-ego.eu/grillt-2011-de>, URN: [2011-11-16]; *The Politicisation of Traditional Polish Jewry. Orthodox German Rabbis and the Founding of Agudas Ho-Ortodoksim and Dos yidishe vort in Gouvernement-General Warsaw, 1916–18*, in: *East European Jewish Affairs* 39 (2009), Nr. 2, S. 227-247.

**Martin Müller-Butz, M.A., Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Fürstengraben 13, 07743 Jena, e-mail: m.l.mueller@uni-jena.de**

Studium der Osteuropäischen Geschichte und der Politikwissenschaft in Jena und Krakau (2004–2010). 2011–2015 war er als Doktorand und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Imre Kertész Kolleg in Jena tätig. Im Rahmen seines Promotionsprojekts erforscht er Darstellungen des Russischen Zarenreichs in polnischen Autobiografien des 20. Jahrhunderts. Dazu absolvierte er etliche Forschungsaufenthalte u.a. in Warschau, New York und London als Stipendiat des DAAD und als Empfänger der Gerald D. Feldman-Reisebeihilfen der Max Weber Stiftung. Bisherige Publikationen: (mit Christian Werkmeister): *Die Geschichte des Gulag im russischen Internet (RuNet)*, in: Jörg Ganzenmüller, Raphael Utz (Hrsg.): *Sowjetische Verbrechen und russische Erinnerung. Orte – Akteure – Deutungen*, Berlin 2014, S. 217-244; *Von Russland nach Polen. Zum Potential imperialer Erfahrung nach dem Zerfall der Imperien am Beispiel der Biographie von Aleksander Lednicki*, in: Tim Buchen, Malte Rolf (Hrsg.): *Eliten im Vielvölkerreich. Imperiale Biographien in Russland und Österreich-Ungarn (1850–1918)*, Berlin 2015, S. 199-220.

**Dr. Katrin Steffen, Nordost-Institut an der Universität Hamburg (IKGN e.V.), Conventstr. 1, 21339 Lüneburg, e-mail: k.steffen@ikgn.de**

Studium der Osteuropäischen und Neueren Geschichte sowie der Slavistik in Gießen, Mainz, Krakau und Berlin. Promotion 2002 an der FU Berlin. Von 2002 bis 2007 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Historischen Institut Warschau, 2007 bis 2008 Forschungsstipendiatin der Max-Weber-Stiftung an der Martin Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie assoziierte Mitarbeiterin am Zentrum für Literatur- und Kulturforschung in Berlin. Seit 2008 wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektleiterin am Nordost-Institut Lüneburg an der Universität Hamburg (IKGN e.V.). In ihrer Habilitation beschäftigt sie sich mit den transnationalen Biografien der Wissenschaftler Jan Czochralski und Ludwik Hirszfeld. Publikationen u.a.: *Jüdische Polonität. Ethnizität und Nation im Spiegel der polnischsprachigen jüdischen Presse 1918–1939*, Göttingen 2004 (Schriftenreihe des Simon-Dubnow-Instituts für jüdische Geschichte und Kultur 3); *Migration, Transfer und Nation: Die Wissensräume polnischer Naturwissenschaftler im 20. Jahrhundert*, in: Gangolf Hübinger (Hrsg.): *Europäische Wissenschaftskulturen und politische Ordnungen in der Moderne (1890–1970)*, München 2014, S. 185-205 (Schriften des Historischen Kollegs 87); gemeinsam mit Martin Kohlrausch und Stefan Wiederkehr als Hrsg.: *Expert Cultures in Central Eastern Europe. The Internationalization of Knowledge and the Transformation of Nation States since World War I*, Osnabrück 2010.

**PhD Dr. Valters Ščerbinskis, The National Encyclopedia, The Latvian National Library, Mūkusalas iela 3, 1423 Rīga, Latvia, e-mail: valters.scerbinskis@lnb.lv**

Born in 1969, he graduated from the University of Latvia and received a PhD in history in 2003. He has spent most of his professional career working at the Latvian State History Archives as researcher and at the Riga's Stradiņš University as lecturer and head of the study program. Since 2014 he is the editor-in-chief of the National Encyclopedia at the Latvian National Library. His main research interests are related to the political history of Latvia and the history of educated elites in Latvia, including history of student population. He is the author and co-author of several books and many articles mostly focusing on Interwar Latvia: The Latvian Student Corps and Politics in the Inter-war Period of the Twentieth Century, in: *Journal of Baltic Studies* 36 (2005), No 2, pp. 157-177; Leaders, Divided Society and Crisis. The Coup d'État of 1934 in Latvia, its Causes and Consequences, in: Martyn Housden, David Smith (eds.): *Forgotten Pages in Baltic History. Diversity and Inclusion*, Amsterdam 2011, pp. 187-211; Sport and Politics. The Latvian-Lithuanian Basketball „War“ of 1939, in: *Revue d'histoire nordique* 14 (2012), pp. 153-167.

**Mathias Voigtmann, M.A., Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung, Gisonenweg 5-7, 35037 Marburg, e-mail: mathias.voigtmann@herder-institut.de**

Geboren 1983 in Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz), Studium der Europäischen Geschichte und Europäischen Kulturgeschichte in Chemnitz und Frankfurt/Oder, 2011 Master of Arts zum Thema: „Literatur als historische Quelle – Erkenntnisse über die sowjetische Lagerwelt nach der Lektüre von Varlam Šalamov“, derzeit Doktorand am Herder-Institut (Arbeitstitel der Dissertation: „Paramilitärische Verbände im Ostmitteleuropa der Zwischenkriegszeit – Gewalt als Gemeinschaftserlebnis am Beispiel der baltischen Freikorps“); Forschungsschwerpunkte: Zeitgeschichte Osteuropas, Gesellschaftsgeschichte der DDR, Geschichte der Sowjetunion (GULag-Thematik), paramilitärische Gruppierungen.